

Scheer, Christian (Ed.)

Book

Die Ältere Historische Schule: Wirtschaftstheoretische Beiträge und wirtschaftspolitische Vorstellungen. Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XX

Schriften des Vereins für Socialpolitik, No. 115/XX

Provided in Cooperation with:

Verein für Socialpolitik / German Economic Association

Suggested Citation: Scheer, Christian (Ed.) (2005) : Die Ältere Historische Schule: Wirtschaftstheoretische Beiträge und wirtschaftspolitische Vorstellungen. Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XX, Schriften des Vereins für Socialpolitik, No. 115/XX, ISBN 978-3-428-51406-9, Duncker & Humblot, Berlin, <https://doi.org/10.3790/978-3-428-51406-9>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/285768>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Band 115/XX

Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XX

Von

**John S. Chipman, Toni Pierenkemper, Bertram Schefold,
Karl-Heinz Schmidt, Erich W. Streissler,
Hans-Michael Trautwein**

Herausgegeben von Christian Scheer



Duncker & Humblot · Berlin

Schriften des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 115 / XX

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 115 / XX

Studien zur Entwicklung
der ökonomischen Theorie XX



Duncker & Humblot · Berlin

Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XX

Die Ältere Historische Schule:
Wirtschaftstheoretische Beiträge und
wirtschaftspolitische Vorstellungen

Von

John S. Chipman, Toni Pierenkemper, Bertram Schefold,
Karl-Heinz Schmidt, Erich W. Streissler,
Hans-Michael Trautwein

Herausgegeben von Christian Scheer



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

**Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.**

**Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten**

© 2005 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme und Druck:

Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0505-2777

ISBN 3-428-11406-X

**Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺**

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Der vorliegende Band der Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie vereinigt die überarbeiteten Referate der 20. Tagung des Dogmenhistorischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik. Der Ausschuß tagte vom 13. bis 14. Mai 1999 auf Einladung von Rainer Klump in Ulm in der schönen Jahrhundertwende-Villa Eberhard mit ihrer beeindruckenden Bibliothek. Zum Generalthema wählte sich der Ausschuß die (deutsche) Ältere Historische Schule. Gegenstand der einzelnen Beiträge sind dementsprechend vor allem die drei führenden Persönlichkeiten dieser Gruppierung, Roscher, Knies und Hildebrand: Erich Streissler und Karl-Heinz Schmidt befassen sich mit Wilhelm Roscher (1817–1894), dem wohl bedeutendsten deutschen Ökonomen seiner Zeit und der Zentralfigur der deutschsprachigen Nationalökonomie im dritten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts. Hans-Michael Trautwein analysiert das kredittheoretische Werk Carl Knies' (1821–1898), und Toni Pierenkemper und Bertram Schefold untersuchen aus unterschiedlichem Blickwinkel Bruno Hildebrand (1812–1878). Den Abschluß des Sammelbandes bildet John S. Chipmans umfassende Untersuchung und Neubewertung der Aussagen der deutschen Ökonomen vor allem der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Nutzentheorie.

Die inhaltliche Weite der Älteren (und Jüngeren) Historischen Schule wird heute verkannt. Soweit junge Ökonomen diesen Teil der Geschichte des ökonomischen Denkens überhaupt kennenlernen, wird er ihnen eher als abschreckendes Beispiel „falschen“ oder fehlenden wirtschaftstheoretischen Denkens vorgestellt. Die überraschenden Neubewertungen, die die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes präsentieren, zeigen, wie unangemessen derartige simplifizierenden „Verdammungen“ sind, die jahrzehntelang von Verfasser zu Verfasser wiederholt worden sind, in der Regel ohne sich der Mühe zu unterziehen, die Werke der beanstandeten Autoren zu lesen.

Der Reigen der Beiträge wird eröffnet durch *Erich Streisslers* Essay „*Nationalökonomik als Naturlehre. Roscher als Wirtschaftspolitiker, verglichen mit dem ‚liberalen‘ Rau*“. In der komparativen Analyse der Rauschen „Grundsätze der Volkswirtschaftspflege“ (1. Aufl. 1828, ab der 4. Aufl. 1854: „Volkswirtschaftspolitik“) und der Roscherschen „Nationalökonomik des Ackerbaus und der verwandten Urproduktionen“ (Erstauflage 1859) sowie der „Nationalökonomik des Handels und Gewerbefleißes“ (Erstauflage 1881) arbeitet der Referent die deutlichen Unterschiede zwischen den beiden Autoren heraus. Im Detail konzentriert sich der Vergleich auf fünf „klassische“ ökonomische Themenkreise: Kornhandel, internationaler Handel, agrarisches Kreditwesen, Brandschutzversicherung und

Papiergeld. Die Gegenüberstellung kommt zu überraschenden Ergebnissen: Während Raus „Volkswirtschaftspflege“ jedenfalls programmatisch wirtschaftsliberal konzipiert ist, wäre nach den vielen einschränkend-skeptischen Ausführungen Roschers zum Liberalismus eigentlich zu erwarten, daß Roscher Raus Programm durch ein gerüttelt Maß an Vorschlägen für Staatseingriffe aufweicht. Streissler zeigt Schritt für Schritt, daß das genaue Gegenteil zutrifft: Rau entpuppe sich noch 1854 viel eher als Vertreter eines patriarchalischen, spätbarocken Staates und im Außenhandel als purer Merkantilist, Roscher dagegen stelle sich bei genauer Lektüre als Wirtschaftsliberaler dar: Während Rau seine wirtschaftspolitischen Eingriffe grundsätzlich mit externen Effekten rechtfertige, seien die leitenden Gesichtspunkte der Roscherschen Überlegungen zum (modern gesprochen) Thema „Marktversagen und Staatseingriff“ einerseits Anreizeffekte, andererseits fehlende Information. Die „geschichtliche Methode“ und der „geschichtliche Standpunkt“ werden bei Roscher geradezu zur Rechtfertigung für einen wirtschaftspolitischen Liberalismus.

Anhand von Roschers „eigenständiger Entwicklungstheorie der Wirtschaftsinformation“ demonstriert Streissler die überraschende Roschersche These, daß gerade in der „reifen“ Volkswirtschaft der Staatseingriff überflüssig werde: Im historischen Ablauf wachse mit steigender Kapitalintensität die Komplexität der Wirtschaft. Bei ebenfalls zunehmender Arbeitsteilung der Berufe zwingt zugleich die zunehmende Konkurrenz die agierenden Wirtschaftssubjekte, diese wachsende Komplexität zu lernen. Ein solcher Lernprozeß vollziehe sich aber nur bei der betroffenen Geschäftswelt, kein Außenstehender, kein Beamter sei in der Lage, die Komplexität der modernen Wirtschaftswelt zu verstehen. Der Staatseingriff scheitere damit an der mangelnden Information der Staatsorgane. Streissler, der bereits in früheren Arbeiten sehr vehement für ein Neubewertung des vermeintlich „unoriginellen Autors“ und „bloßen Lehrbuchschreibers“ Roscher eingetreten ist und der Wilhelm Roscher als Kulminationspunkt einer deutschen „Proto-Neoklassik“ bezeichnet hat, formuliert damit einmal mehr ein temperamentvolles Plädoyer zugunsten einer wirtschaftstheoretischen Neubewertung Roschers. Die Diskussion des Streisslerschen Referates im Ausschuß war dementsprechend intensiv, sie vertiefte vor allem die Frage nach dem Verhältnis von Entwicklungsperspektive und Staatstätigkeit bei Roscher und erörterte den Begriff der Natur in Roschers Werk. Auch wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit mit fortschreitender Zeit ein Wandel in der Roscherschen Theorie und in den Grundpositionen erkennbar sei.

Karl-Heinz Schmidt analysiert in seinem Beitrag „*Wilhelm Roscher und das Distributionsproblem der Volkswirtschaftslehre*“ das Roschersche Werk auf seinen Gehalt an positiven und normativen verteilungstheoretischen Aussagen und auf die daraus abgeleiteten oder damit verbundenen Vorschläge zur staatlichen Beeinflussung der Einkommens- und Vermögensverteilung. Gefragt wird zum einen nach den Auffassungen Roschers zur funktionellen, personellen und intertemporalen Verteilung, zum anderen nach der Aufnahme der Roscherschen Gedanken im zeitgenössischen und späteren Schrifttum. Alles in allem kommt Schmidts Analyse zu

einer wohl durchaus positiv zu nennenden Beurteilung auch des distributiven Aspektes des Roscherschen Gesamtwerkes, und der Verfasser verteidigt Roscher ausdrücklich gegen den mancherseits (und auch in der Diskussion des Referates) erhobenen Vorwurf der Formulierung wirtschaftspolitischer Aussagen ohne theoretische Fundierung. Deutlich erkennbar sei insbesondere, daß Roscher bei seinen Überlegungen von der Verknüpfung des Distributionsproblems mit der Allokation und der wirtschaftlicher Entwicklung ausgegangen sei. Gerade an dieser Einschätzung entzündete sich im Ausschuß eine lebhaftige Diskussion. Mehrere Diskutanten hielten entgegen, bei Roscher sei keine klare Trennung zwischen Distribution, Allokation und Stabilisierung gegeben, und vor allem fehle es an einer genaueren theoretischen Herleitung der Zusammenhänge zwischen den drei Bereichen. Auch habe Roscher allenfalls eine soziologische, nicht aber eine ökonomische Theorie der personellen Verteilung gehabt.

Hans-Michael Trautwein wendet sich in seinem Aufsatz „*Carl Knies' Erörterungen über den Kredit*“ einem zweiten Hauptvertreter der Älteren Historischen Schule zu und beschäftigt sich mit dessen weitläufigen kredittheoretischen Aussagen. Von Anfang an haben diese im Schatten der geldtheoretischen Überlegungen desselben Autors gestanden und nur wenig Beachtung gefunden. Dem kritischen Leser der Kniesschen Ausführungen wird die Aufgabe aber auch nicht einfach gemacht, sie umfassen im Originaltext immerhin mehr als tausend Seiten, die – so Trautwein – „sich der Abkürzung durch Querlesen weitgehend versperren“. Knies hatte nach eigenen Worten etwas vorlegen wollen, was „in der Litteratur noch nicht vorhanden“ sei, eine umfassende Theorie des Kredites, und diese umfassende Theorie sollte den Rahmen für seine Ausführungen über Wert, Kapital und Geld bilden. Die zentrale Frage Trautweins lautet dementsprechend, ob Knies mit dieser Absicht tatsächlich gescheitert sei (wie es die Nachwelt stillschweigend unterstellt hat) und wenn ja, nach welchen Maßstäben. Trautwein stellt drei Aspekte in den Mittelpunkt seiner Analyse: (a) die Frage, wie sich Knies' Betonung der überragenden Bedeutung des Kredites mit dessen rigorosem Metallismus vertrage; (b) die Frage, inwieweit Knies in seinen kredittheoretischen Beiträgen seinem eigenen geschichtsmethodischen Programm untreu geworden sei; (c) die deutlichen Unstimmigkeiten in der Beurteilung, die das Kniessche Werk erfahren hat. Der Verfasser kommt unter anderem zu dem Ergebnis, daß die werttheoretische Argumentation bei Knies „entscheidende Lücken“ aufweise und daß namentlich die Realillusion eines *Geldgutes* ein Problemfaktor im Gedankengebäude des Kredittheoretikers Knies gewesen sei. In der kritischen Beurteilung des heutigen „Gebrauchswertes“ der Kniesschen Theorie (i. S. von Erklärungsgehalt und Impulsen) hebt Trautwein aber auch erstaunlich aktuelle Aspekte in Knies' Äußerungen zum moralischen Risiko, zur Anreizinkompatibilität und zum Problem der Erwartungsbildung im Kreditverkehr hervor. Die Diskussion des Trautweinschen Beitrages griff die Rolle der „historischen Methode“ in Knies' Kredittheorie noch einmal auf. Die Mitglieder des Ausschusses stellten ferner Fragen nach der Begrenzung der Geldschöpfung bei Knies und nach Knies' Zinstheorie, und sie wollten wissen,

ob es auch eine Rückwirkung von Böhm-Bawerk (der seine Kapitaltheorie in einem Vortrag in Knies' Seminar entwickelt hatte) auf Knies gegeben habe. Es wurde aber auch die Frage aufgeworfen, inwieweit Knies überhaupt über seine Vorgänger und seine Zeit hinausgehe und ob Knies nicht mit seiner Nutzungstheorie hinter Adam Smith zurückfalle.

Die beiden folgenden Beiträge haben Bruno Hildebrand zum Gegenstand, also jenen Repräsentanten der Älteren Historischen Schule, der mehr noch als Knies und ganz im Gegensatz zum „Stubengelehrten“ Roscher Professor und Politiker zugleich war und der sich als begnadeter Organisator überdies maßgeblich engagierte bei der Gründung von Eisenbahnen und Spar- und Kreditinstituten. *Toni Pierenkempers* Studie „*Bruno Hildebrand – ein deutscher Liberaler in Vormärz, Revolution und liberaler Ära*“ konzentriert sich auf eine Würdigung weniger des Ökonomen als des Politikers Hildebrand, denn das politische Engagement stelle einen zentralen Faktor auch für das Verständnis des wissenschaftlichen Werkes Hildebrands dar. Die biographische Analyse Pierenkempers unterscheidet drei Etappen des Lebensweges (Burschenschaftler im Frühliberalismus, Professor im Parlament und Ordinarius in Jena). Der Verfasser arbeitet anhand dieser Etappen heraus, welchen Wandel Bruno Hildebrand als liberaler Politiker durchlaufen habe und wie sehr dabei sein Weg von einer revolutionären Utopie zur bürgerlichen Ideologie zugleich exemplarisch die Entwicklung des deutschen politischen Liberalismus im 19. Jahrhundert veranschauliche. In bewußtem Widerspruch zum nachfolgenden Beitrag Schefolds formuliert Pierenkemper die These, Hildebrands Liberalismus wurzele nicht nur im Persönlichen, sondern sei „ganz und gar ein Kind seiner Zeit“ gewesen, einer Epoche, in der „ein schillernder deutscher Liberalismusbegriff“ seine erste spezifische Ausprägung erhielt, die sich dann im Laufe des Jahrhunderts „noch mehrfach deutlich verändern sollte“. Die lebhaft diskutierte Aussagen des Referenten galt naturgemäß insbesondere dem Verhältnis zwischen politischem Liberalismus und wirtschaftlichem Liberalismus.

Ganz anders als Pierenkempers These von den Wandlungen Hildebrands betont *Bertram Schefolds* Essay „*Bruno Hildebrand: Die historische Perspektive eines liberalen Ökonomen*“ die innere Kontinuität Hildebrands. Soziale Probleme und Verteilungsprobleme seien Hildebrand erschienen als „Aspekte des ... alten moralischen Problems, ob die marktwirtschaftliche Entwicklung ... ihr gemäßige Fortschritte der Moral, also solche Werte wie Pünktlichkeit und Ehrlichkeit, mit sich brächte und das Vertrauen mehrte, oder ob sie umgekehrt überkommene Tugenden untergrabe“; der Verfasser zieht in diesem Zusammenhang Vergleiche mit der modernen Institutionenökonomie. Obwohl Hildebrand die spontane Besserung der Moral durch die Ausbreitung des Marktsystems in Zweifel gezogen habe, sei er, „wie später Schmoller, von der Möglichkeit der Verbindung des moralischen und kulturellen mit dem technischen und wirtschaftlichen Fortschritt überzeugt“ gewesen, und dieser Optimismus spiegele sich auch in Hildebrands bekannter Stufentheorie. Seine These von der Entwicklung der Sittlichkeit durch die Ausdehnung des Kreditsystems bewahre mit der Hoffnung, der wirtschaftliche Fortschritt werde

den moralischen Fortschritt vorantreiben, „ein Stück vom Erbe des 18. Jahrhunderts“ und könne im übrigen als direkte Antwort auf zeitgenössische kommunistische Strömungen verstanden werden, an deren Kritik Hildebrand den moralischen Kern durchaus ernst genommen habe. Die Diskussion des Schefoldschen Beitrags war besonders angeregt und berührte Fragen wie eine etwaige Ambivalenz zwischen moralischem Argument und Effizienzdenken bei Hildebrand, Hildebrands stufentheoretische These, der Kredit sei mit höherer Sittlichkeit verbunden, das Verhältnis zu Knies u. a. Der Verfasser hat diese Diskussion in die vorliegende Druckfassung seines Referates ausführlich einbezogen, so daß der Leser an ihr teilhaben kann.

Den würdigen Abschluß des vorliegenden Sammelbandes bildet *John S. Chipmans* umfassende Untersuchung „*Contributions of the Older German Schools to the Development of Utility Theory*“. Die Analyse wurde angeregt durch einen Artikel Erich Streisslers aus dem Jahre 1990 zur Bedeutung der frühen deutschen Ökonomen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts für die Entwicklung der sog. „Österreichischen Schule“. Mit minutiösem Vergleich der Textvarianten der verschiedenen Auflagen des Rauschen Lehrbuches und mit großer Akribie und Sorgfalt in der Interpretation arbeitet Chipman heraus, warum bei dieser Entwicklung gerade dem von Schumpeter als „mittelmäßigen Lehrbuchschreiber“ disqualifizierten und von Streissler als „meistunterschätzten Pionier in der Geschichte des ökonomischen Denkens“ bewerteten Karl Heinrich Rau (1792–1872) die zentrale Bedeutung zukommt. Raus Konzept des „concreten“ Wertes (im Unterschied zum „Gattungswerth“ oder „abstractem Werth“) bilde die Grundlage für „a peculiar early version of the principle of diminishing marginal utility“, die (zusammen mit der vermutlich unter dem Einfluß von Louis Say formulierten Annahme sinkenden Grenznutzen des Einkommens) ab der 5. Auflage (1847) der „Volkswirtschaftslehre“ erscheint. Nach Lloyd (1834) und Senior (1836) sei dies „the third independent statement to be found in the 19th-century literature of the principle of diminishing marginal utility of goods-consumption“. Interessanterweise zielten dabei Raus (und dann auch Riedels) werttheoretische Überlegungen eigentlich weniger auf eine Erklärung der Marktpreise als auf die Schätzung des „Volkswohlstandes“ im Sinne des Smithianischen „Wealth of Nations“ ab.

Das ist aber noch nicht alles. Chipman beginnt seine Betrachtungen mit einer ausführlichen Untersuchung zahlreicher vor der Erstauflage (1826) des Rauschen Lehrbuches erschienener Beiträge (u. a. Schlözer, Soden, Jakob, Lotz und Storch) und spürt der „Genealogie“ der wert- und nutzentheoretischen Ideen nach. Der aufmerksame Leser wird durch eine ganze Reihe von Entdeckungen belohnt. Genannt sei hier nur die Andeutung einer möglichen Beziehung zwischen Sodens „Ktenometer“ („Vermögens-Messer“) und dem Weber-Fechnerschen „Konzept der gerade noch spürbaren Unterschiede“. Ein dritter Abschnitt des Aufsatzes verfolgt die Weiterentwicklung der Rauschen Ideen bei Hildebrand, Friedländer, Roscher, Knies, Schäffle u. a. mit ähnlicher Intensität und mit ebenso bemerkenswertem Resultat. Chipman demonstriert beispielsweise, daß Hildebrand (1848) bei seiner

Auseinandersetzung mit Proudhon für den implizit unterstellten Spezialfall einer loglinearen Nutzenfunktion zum Prinzip des sinkenden Grenznutzens gelangt, ausgehend von der spezifischen Annahme, daß für die einzelnen Güterkategorien jeweils ein fester Teil des Einkommens ausgegeben werde. Hildebrand sei damit 1848 in seinem Verständnis des Prinzips des sinkenden Grenznutzens „far ahead of Walras in 1860“. Ein abschließendes Kapitel der Chipmanschen Arbeit beschäftigt sich mit der Kommentierung der beschriebenen nutzentheoretischen Ideen bei späteren deutschsprachigen Ökonomen (insbesondere bei Knies' Schülern Friedrich von Wieser und Eugen von Böhm-Bawerk) und bei einigen russischen Autoren.

Chipman geht nicht euphemistisch über analytische Defizite der frühen deutschen Autoren hinweg, er stellt Fehler, Widersprüche und Unebenheiten in der Argumentation deutlich heraus. Immer wieder aber überrascht er in der Gesamtbewertung den Leser (vor allem den vom Schumpeterschen Verdikt der „Geistlosigkeit“ jener Autoren befangenen Leser) mit Urteilen, die aufhorchen lassen: Rau ist der Ökonom, „who, more than any other, made the contributions of the Austrian school possible“, und Autoren wie Hildebrand (1848), Knies (1855) und Schäffle (1866) haben – wenn auch unter speziellen Annahmen hinsichtlich der Konsumentenpräferenzen – bereits „die essential ideas of the marginal revolution later associated with the names of Gossen (1854), Menger (1872) and Jevons (1872)“ entwickelt. Und was Gossen selbst betrifft, dem die traditionelle Bewertung allein „Entdeckerruhm“ zuerkennt, so lautet Chipmans Befund, „that (1) his subjective and even utilitarian approach was fully in the tradition of German economics; (2) the greatest influence on his development was that of Rau; and (3) a special assumption he introduced to simplify his theory made it equivalent to Rau's theory as reinterpreted by Hildebrand, Knies, and Roscher.“ Erich Streissler spitzte dies in der anschließenden Diskussion des Chipmanschen Referates zu mit der Formulierung, Gossen habe Rau popularisiert.

Der Dogmenhistorische Ausschuß ist Rainer Klump für seine organisatorischen Mühen und das vielfältige Begleitprogramm zu der Tagung gleichermaßen zu Dank verpflichtet wie Herrn Stadtarchivar Dr. Peter Schaller, der in einer ebenso lehrreichen wie launigen After-Dinner-Speech über „Ulmer Wirtschaft im 19. Jahrhundert“ sprach und über die nicht einfachen Versuche wagemutiger Ulmer Unternehmer, das Dampfschiff nach Ulm zu bringen, berichtete.

Christian Scheer

Inhaltsverzeichnis

Nationalökonomik als Naturlehre. <i>Roscher</i> als Wirtschaftspolitiker, verglichen mit dem „liberalen“ <i>Rau</i> Von <i>Erich W. Streissler</i> , Wien	13
Wilhelm Roscher und das Distributionsproblem der Volkswirtschaftslehre Von <i>Karl-Heinz Schmidt</i> , Paderborn	41
Carl Knies' Erörterungen über den Kredit Von <i>Hans-Michael Trautwein</i> , Oldenburg	73
Bruno Hildebrand – ein deutscher Liberaler in Vormärz, Revolution und liberaler Ära Von <i>Toni Pierenkemper</i> , Köln	107
Bruno Hildebrand: Die historische Perspektive eines liberalen Ökonomen Von <i>Bertram Schefold</i> , Frankfurt a. M.	125
Contributions of the Older German Schools to the Development of Utility Theory By <i>John S. Chipman</i> , Minneapolis, USA	157

Nationalökonomik als Naturlehre*

Roscher als Wirtschaftspolitiker, verglichen mit dem „liberalen“ Rau

Von *Erich W. Streissler*, Wien

I. Einführender Überblick

(1) Haben die „ältere“ und die „jüngere“ historische Schule der deutschen Nationalökonomie überhaupt irgendeine Gemeinsamkeit? Sicherlich doch insofern, als sie beide „historisch“ argumentieren? Aber Wilhelm Roschers wirtschaftspolitische Hauptwerke sind wieder einmal der schlagende Beweis dafür, daß Wirtschaftswissenschaftler unschwer in der Lage sind, aus den gleichen Grundprämissen und den gleichen methodischen Ansätzen in der praktischen Konsequenz zu diametral entgegengesetzten Standpunkten zu gelangen. Roschers wirtschaftspolitische Ausführungen belegen die alte Weisheit, daß die dritte Steigerungsstufe der Verhüllung durch den Wissenschaftler nach der Täuschung und der Selbsttäuschung sein wissenschaftstheoretisches Programm ist.

(2) Karl Heinrich Raus „*Volkswirtschaftspflege*“, später „*Volkswirtschaftspolitik*“¹ genannt, ist programmatisch wirtschaftsliberal konzipiert. Nach den vielen einschränkend-skeptischen Ausführungen Roschers zum Liberalismus würde man meinen, daß dieser wohl jener reichsten Klasse von Ökonomen angehört, die mein viel zu früh verstorbener Kollege, das ehemalige Mitglied dieses Ausschusses, Adolf Nußbaumer, in treffender Selbstcharakterisierung und nur scheinbar widersprüchlich, „interventionistische Liberale“ nannte. Mit anderen Worten: man würde nach Roschers Prinzipien erwarten, daß er Raus wirtschaftsliberales Programm durch ein gerütteltes Maß von vorgeschlagenen Staatseingriffen aufweicht. Aber das genaue Gegenteil ist der Fall: Das sinnvoll-vernünftige Betätigungsfeld für den Staat schrumpft bei Roscher noch weiter zusammen gegenüber demjenigen, welches Rau zeichnet. Das hat drei Gründe, welche in den drei folgenden Abschnitten näher auszuführen sein werden.

* Ich danke *H. Rieter* insbesondere für den Vorschlag eines neuen Untertitels und *H. G. Monissen* für wichtige technische Korrekturen.

¹ *Karl Heinrich Rau*, Grundsätze der Volkswirtschaftspolitik mit anhaltender Rücksicht auf bestehende Staatseinrichtungen, Heidelberg 1828, ⁴1854 (ab dieser Auflage: „Volkswirtschaftspolitik“, davor „Volkswirtschaftspflege“, schließlich noch ⁵1862), Karl Winter.

(3) Erstens: Während Rau schon im Titel seines Werkes die Wirtschaft „pflegen“ läßt, der „Politik“ das Wort redet, also staatlichen Aktionismus propagiert – wenn freilich, wie Priddat (1997) so treffend betonte, einen befreienden Aktionismus –, bedeutet die geschichtliche Sicht für Roscher vor allem einmal *Kontemplation*. Seine *Nationalökonomik des Ackerbaues und der verwandten Urproductionen*² und seine *Nationalökonomik des Handels und Gewerbefleißes*³ – man beachte: das Wort „Politik“ fällt nicht – sind fast ausschließlich Beschreibungen von Erscheinungen, sind vor allem *Institutionenkunde*. Oder, wie Roscher immer wieder sagt, sie sind „Naturlehre“, das heißt gesellschaftliche *Wesensbeschreibung*, womit sich Roscher schon im *verbalen Ausdruck* als Nachfolger von Adam Smith decouvriert, der das Wort „*natural*“ immer in diesem nicht physikalisch-naturwissenschaftlichen Sinn verwendet. Historische Analyse heißt für Roscher, die Sachadäquanz wirtschaftlicher Phänomene, je für ihre Zeit und für ihre Umstände, verstehen lernen. Damit aber ist das geschichtlich Gewachsene im wesentlichen auch schon das Richtige, das keines radikalen Politikeingriffes Bedürftige. Die wirtschaftlichen Umstände sind zwar keineswegs unveränderlich: *Panta rhei!* Aber der einzelne vermag in das Rad der Geschichte kaum einzugreifen. Was vielleicht noch viel zu wenig gesehen wurde: Roscher entspricht auch in dieser Sichtweise außerordentlich stark Adam Smith in dessen „Reichtum der Völker“, womit die wirtschaftsliberale Konsequenz von Roschers Darstellung umso deutlicher wird.

(4) Zweitens: Roscher ist von der *Fortschrittsidee* des mittneunzehnten Jahrhunderts durchdrungen. Fortschritt wird wirtschaftlich definiert als dauernd steigende Kapitalintensität, verbunden mit dauernd zunehmenden technischen Verbesserungen. Das ist genau wieder die entwicklungstheoretische Perspektive, welche, als neue Botschaft, Adam Smiths „Reichtum der Völker“ zugrundeliegt. Das einzige, was Roscher hinzufügt, ist die spezifisch deutsche Nuance, daß technischer Fortschritt auf *Wissenschaft* beruhe, und zwar spezifisch auf der *universitären* Wissenschaft: Roscher ist ein ausgeprägter Vertreter akademischen Sendungsbewußtseins. Wirtschaftspolitische Konsequenz dieser Sicht ist jedoch, daß „Fortschritt“, wie schon das Wort suggeriert, *von selbst* erwächst. Politik kann höchstens darin bestehen, die Steine, die hindernd im Strom der Zeit liegen, etwas früher wegzuräumen, als sie von diesem ohnehin weggerissen worden wären.

(5) Drittens und am wichtigsten: Während Rau seine wirtschaftspolitischen Eingriffe grundsätzlich mit externen Effekten rechtfertigt, sind die leitenden Prinzipien bei Roscher einerseits die *Anreizeffizienz*, andererseits die *mangelhafte Information*. Sie setzen dem Staatshandeln notwendige Schranken. Wiederum entspricht

² *Wilhelm Roscher*, *Nationalökonomik des Ackerbaues und der verwandten Urproductionen*. Ein Hand- und Lesebuch für Staats- und Landwirthe. Stuttgart 1859, ⁷1873 (und noch bis ¹⁴1912), Cotta. Zitiert für die 7. Auflage als NA.

³ *Wilhelm Roscher*, *Nationalökonomik des Handels und Gewerbefleißes*. Ein Hand- und Lesebuch für Geschäftsmänner und Studierende, Stuttgart 1881 (und noch bis ⁸1913–1917), Cotta. Zitiert: NHG.

Roscher genau Adam Smith in seinem „Reichtum der Völker“, diesmal insbesondere in dessen durch F. A. von Hayek propagierten Version.

Was aber kann wirtschaftsliberaler sein als Smith in der Sichtweise von Hayek? Wer sich nämlich auf externe Effekte beruft, dem fallen nach und nach immer mehr solch staatliche Eingriffsnotwendigkeiten ein. Im Effekt viel freiheitlicher denkt derjenige, der zwar eine große Zahl von wünschenswerten Staatseingriffen zugesteht, schlußendlich jedoch die Unmöglichkeit ihrer Durchführung einbekennt, weil die Staatsorgane träge, am Gemeinwohl persönlich desinteressiert und nicht hinreichend kundig und informiert sind. Oder in Roschers eigenen Worten: „So zweckmäßig dieß scheint unter Voraussetzung idealer (!) Beamten, so würde es doch in Wirklichkeit auch solchen kaum möglich sein, jeden einzelnen Fall gründlich von allen Seiten zu prüfen“. Und das ist die Wirklichkeit sogar bei „idealen Beamten“, die selbst wieder so gut wie nie zur Wirklichkeit werden! Und so „sinkt auf die Länge der Beamtenconsens gewöhnlich zur bloßen Formsache herab“ (NA, S. 481).

(6) Es heißt, daß Roscher im Methodenstreit gegen und nicht für Menger Stellung nahm, weil er erstens im Gegensatz zu Menger holistisch dachte, statt dem methodologischen Individualismus zu huldigen; und weil er zweitens – im Popperischen Sinn – ein „naiver Induktivist“ war. Es ist klar, daß Roscher von Mengers erst 1883 deutlich ausgesprochenem Apriorismus abgestoßen war, welcher in dessen *Grundsätzen* noch nicht notwendig erkennbar wurde.⁴ Denn Roscher verallgemeinerte aus seiner reichen historischen Erfahrung. Und er konnte dies mit Recht und voller wissenschaftlicher Logik tun. Sein unleugbar einbekannter Holismus war aus wirtschaftsliberaler Sicht unschädlich, weil Roschers Holismus bezüglich der individuellen Entscheidungsfreiheit lediglich auf gewisse gesellschaftliche Prämissen des Handelns verwies und das „übergeordnete“ Wesen Staat bei ihm deswegen praktisch irrelevant blieb, da es der für die Handlungsfähigkeit erforderlichen wirkkräftigen Organe ermangelte. Gerade das aber erschloß Roscher aus seiner geschichtlichen Erfahrung: „Ideale“, das heißt fleißige und voll motivierte Beamte sind selten; und selbst dann haben sie nicht hinreichend viel Zeit und sind mangelhaft informiert. Ein Allsatz im philosophischen Sinn ist für Roschers Staatskepsis gar nicht erforderlich: Wenn Staatshandeln „kaum möglich“, „auf die Länge“ und „gewöhnlich“ wirkungslos ist, wenn also der Erfolg

⁴ Roscher fügte seinen Grundlagen der Nationalökonomie die Fußnote hinzu: „C. Menger's Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften und der polit. Oekonomie insbesondere (1883) sind eigentlich nur eine Bekämpfung der historischen Methode, der nicht bloß völlige Unbrauchbarkeit für die politische Oekonomie, sondern selbst völliges Mißverständnis für das Wesen der Geschichte nachgesagt wird. Für seinen Hauptzweck, diese „verderbliche“ Methode zu beseitigen, scheint das Werkchen ziemlich unfruchtbar; desto lehrreicher charakteristisch ist es aber unwillkürlich für die ältere Methode, welche von aller Wirklichkeit abstrahirt und das organische Ganze der Volkswirtschaft und des Volkslebens verkennt“. Siehe z. B. Roscher 1886, S. 62. Keineswegs streicht jedoch Roscher nach 1883 die zahlreichen anderen, vielfach sehr positiven Verweise auf Menger in seinen Grundlagen.

sehr unwahrscheinlich, ein gewisser Schaden hingegen sicher ist, dann muß man *immer* einen Staatseingriff unterlassen. Es war Mengers Fehler zu meinen, man müsse in einer Gesellschaftswissenschaft für jeden einzelnen Menschen stets gültige Aussagen treffen können, während vielmehr bereits hohe Wahrscheinlichkeiten eines bestimmten *Gruppenverhaltens* hinreichend sichere Orientierungshilfen bieten. Und ein konsequenter Wirtschaftsliberaler ist nicht nur der, der dartun kann, daß Staatseingriffe gar nicht wünschenswert seien, sondern vielmehr bereits der – ja dieser oft viel effektvoller –, der lediglich betont, selbst grundsätzlich sinnvolle Staatseingriffe würden kaum je gelingen.

II. Naturlehre der Wirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte

(1) Raus Lehrbuch der Volkswirtschaftspolitik ist eine detailreiche Sammlung von Vorschlägen für staatliches Handeln, geschrieben, wie Priddat betonte, für den Verwaltungsbeamten. Schon den Adressaten nach wendet sich Roscher an andere: Er schreibt ein „Hand- und Lesebuch für Geschäftsmänner und Studierende“. Und in seiner *Nationalökonomik des Ackerbaues* – ich benütze die 7. Auflage aus 1873 der Wiener Bibliothek, erstens weil sie mir leicht verfügbar ist, zweitens und vor allem aber auch, weil sie durch den Stempel „Dr. Eugen Böhm Universitäts-Professor“ ausgezeichnet ist, erworben wohl als damals neueste Auflage auf dessen deutschem ökonomischen Studienaufenthalt 1875–1877 – in diesem Werk also muß man bis Seite 268 blättern, um die ersten Erörterungen konkreter wirtschaftspolitischer Maßnahmen aufzuspüren. Erörterungen über irgendeine „Polizei“ finden sich schließlich erst ab S. 542 in dem auf 646 Seiten angelegten Buch.

Es ist keine Agrarpolitik, die uns Roscher präsentiert, vielmehr eine *Staats- und Gesellschaftstheorie auf der materialistischen Grundlage der Nahrungsmittelproduktion*. Sie beruht auf „drei hochwichtige(n) Naturgesetze(n)“ – und Böhm dünner Bleistiftstrich am Seitenrand hebt diese hervor: „1) Ausbildung der persönlichen Freiheit und des Privateigentums zur freien Concurrenz, 2) Entwicklung der Centralisation aus der Selbständigkeit der kleinen Staaten im Staate, endlich 3) Uebergang von der extensiven zur intensiven Landwirtschaft“ (S. V von NA). Das seien die „Fäden“ der Entwicklung. Betrachtet man nur den ersten „Faden“, so könnte man meinen, schlicht und einfach eine Geschichte des „naturgesetzlichen“ Werdens des Liberalismus vor sich zu haben. Aber wird dieser Strang nicht andersseits ganz und gar aufgewogen durch den zweiten, den der staatlichen „Centralisation“? Denn gerade diesem widmet sich Roscher als erstes in der „Einleitung“ (und das in einer *Nationalökonomik des Ackerbaues*!). Er wird nicht aufgewogen: Denn schon gleich am Beginn des Werkes werden wir konfrontiert mit Roschers erstaunlicher Fähigkeit, tatsächlich das genaue Gegenteil von dem zu schreiben, was er am Anfang zu schreiben behauptet:

(2) „Es ist eine weitverbreitete Ansicht der neueren Publizisten, daß der *Zweck des Staates* nicht beschränkt sei auf die Befriedigung einzelner Bedürfnisse des Volkes, sonder das ganze Volksleben umfasse. Der Staat ist hiernach ‚für alle vernünftigen Zwecke und alle vernünftigen Mittel zu deren Erreichung berufen; von ihm hängt es ab, was und auf welche Weise anderen Verbindungen oder Einzelnen überlassen bleiben soll‘ (Albrecht). – So richtig diese Lehre das Verhältniß des Staates auf den höheren Kulturstufen der meisten Völker bezeichnet, so wenig paßt sie doch für die niederen Stufen. Vielmehr ist ein Hauptnaturgesetz der Volksentwicklung, daß mit Aufsteigen zu höherer Kultur die Staatsgewalt immer Mehreres in das Reich ihrer Zwecke hereinzieht“ (S. 1 NA). Hier spricht der illiberale Etatist, könnte man meinen. Leichte Zweifel, ob das wirklich Roschers letzte Position sein kann, dämmern freilich dann auf, wenn man bedenkt, daß Roscher diese etatistische Aussage den „Publizisten“, also den Öffentlichrechtlern – Hayeks *bêtes noires* – in den Mund legt, während er selbst doch von dem römischrechtlichen Zivilisten Savigny her stammt; und wenn wir uns weiter erinnern, daß seine Zeit die Blüte historisch denkender Deutschrechtler brachte, die das Prinzip der „*Gemeinschaft*“ anpriesen. Und so lesen wir natürlich auch gleich über die „*Familien, Corporationen, Gemeinden, Stände und Provinzen*. Der Centralgewalt gegenüber sind diese Verbindungen so autonom, daß man sie oft genug mit dem Namen ‚Staaten im Staat‘ bezeichnet hat“ (S. 2 NA). „Uebrigens gehört es im vollen Mittelalter zu den wesentlichsten Rechten jedes Freien, für an sich erlaubte Zwecke mit anderen Freien eine Einigung zu schließen“ (S. 4 NA; Böhm setzt einen *roten* Marginalstrich): Wir sehen also die liberale Vereinigungsfreiheit durch Roscher geschichtlich gerechtfertigt. „Der klassische Boden für Centralisation ist bekanntlich Frankreich, wo das Wort ‚*souverainité*‘ zuerst aufgekomen“ (S. 10 NA), nicht ganz also das, was der patriotisch denkende Deutsche anstreben sollte. „Wirklich scheint der *Gipfelpunkt jeder Volksentwicklung* da einzutreten, wo sich die übrigen juristischen Personen zwar dem Staate unterworfen haben, sonst aber noch lebenskräftig fort dauern“. (S. 11 NA): Die Kurve ist gekratzt, die *concordantia discordantium* erreicht. Und so schließt die Einleitung: „Als *rechte Mittelstraße* zwischen dem Zuviel und Zuwenig auf diesem Gebiete läßt sich folgender Grundsatz behaupten. Wo der Wetteifer der einzelnen Staatsglieder schaden würde, da ist Centralisation heilsam: also namentlich in der auswärtigen Politik, im Heerwesen, bei allen Staatsthätigkeiten welche am besten maschinenähnlich (!) geübt werden“. – Man beachte, das sind weit weniger Aktivitäten, als selbst Adam Smith sie dem Zentralstaat zuerkennt; keinerlei Wirtschaftspolitik ist benannt, nicht einmal Verkehrspolitik, nicht einmal ein einheitliches Währungsgebiet. Roscher fährt fort (und Böhm streicht am Rande rot an): „Umgekehrt, wo jener Wetteifer nützt, da würden Centralisationsversuche nur schaden (!) können“ – extremes Subsidiaritätsprinzip bei Roscher also! „Im Zweifel sollte man immer für die Sache präsumieren, welche von den sonstigen Umständen am leichtesten verhindert wird, sich geltend zu machen: also im Mittelalter (!) jedes Volkes für die Centralisation, auf den höheren Kulturstufen für die Selbständigkeit der politischen Gliedmaßen. Jeden-

falls beruht die gedeihliche Fortentwicklung unserer Volkswirtschaft und unseres Volkslebens zum großen Theile darauf, daß es gelingt, durch neue Genossenschaften (!) mit wahrer Selbstverwaltung (!) in vielseitiger Combination der Einzelinteressen (!) gegenüber der Centralgewalt den zeitgemäßen Ersatz der veralteten Körperschaften ec. zu bilden. Von allen neueren Staaten ist *England* derjenige, wo das heilsame Gleichgewicht (!) der beiden Gegensätze am frühesten erreicht und wohl eben darum auch am längsten bewahrt worden“ (S. 15 NA). Und so endet der anscheinende Lobpreis der unaufhaltsamen staatlichen „Centralisation“ – sie wird nach Roscher materiell vor allem durch die Verbilligung und Verbesserung des *Verkehrs* getragen – im Hymnus auf England als Musterbeispiel während seiner liberalsten Periode; und Politik hat, wenn überhaupt, darin zu bestehen, in „zeitgemäßer“ Weise die „wahre Selbstverwaltung“ der „vielseitigen ... Einzelinteressen“ als „heilsames“ Gegengewicht zu fördern. Ist das noch ein Staat, der „das ganze Volksleben umfaßt“?

(3) Nach dieser Einleitung bringt uns Roscher in der *Nationalökonomik des Ackerbaues* eine deutlich an Adam Smith orientierte Entwicklungsgeschichte von den „Jäger- und Fischervölkern“ – *horribile dictu*, bei ihnen herrscht sogar „Lokkerheit ihrer Familienverhältnisse, die an Weibergemeinschaft“ erinnert! (S. 23 NA) – über die „Hirtenvölker“ schließlich hin zum „Ackerbau“, der aber bald einen „*Uebergang eines bloßen Ackerbauvolkes zum städtischen Gewerbefleiß*“ (S. 53 NA) mit sich bringt. Damit eng verbunden ist der Übergang zu einer bürgerlichen Gesellschaft. Böhm unterstreicht am Rande rot den Satz: „Man sollte ... sagen, daß der Ackerbau einen conservativen, aristokratischen Sinn besitzt, der Gewerbefleiß einen progressiven, demokratischen“ (S. 57 NA). Im Zuge der Verbürgerlichung der Gesellschaft gilt dann aber doch: „Aus einer Sitte und Lebensart ist die Landwirtschaft neuerdings eine Industrie, Kunst und Wissenschaft geworden“ (S. 64 NA). All das wird mit unzähligen historischen, aber auch gleichzeitigen regionalen Beispielen belegt. „Das Erste, was uns bei der Musterung einer Reihe verschiedener Wirtschaftssysteme [sc.: des Ackerbaus] in die Augen fällt, ist der immer *größere Rohertrag, den jedes intensivere gewährt*“ (S. 97 NA). Aber Intensivierung ist auch Kostensteigerung. Solcher Fortschritt ist daher nicht absolut zu sehen, nicht preisunabhängig: „Jedes intensivere Ackerbausystem ist nur unter Voraussetzung eines höheren Preises der Producte möglich“ (S. 107 NA). Daher gilt – und Böhm unterstreicht in zweierlei Farben, wohl zu verschiedenen Zeitpunkten: „Die Volkswirtschaft im Ganzen also wird zu den intensiveren Ackerbausystemen, die so viel höhere Productionskosten verursachen, erst dann übergehen, wenn sie muß: d. h. wenn sich die Bedürfnisse einer dicht gedrängten, durch Bildung und Reichthum luxuriös gewordenen Bevölkerung nicht anders befriedigen lassen“ (S. 102 NA). Entwicklung ist somit rational und zwangsläufig. Was bedarf es da noch des wirtschaftspolitischen Eingriffes?

(4) Im „Anhang“ zu dieser Entwicklungsgeschichte werden wir mit „Entwässerungen, Bewässerungen ec.“ vertraut gemacht. Hier erwarten wir natürlich explizite wirtschaftspolitische Ausführungen, wohl das klassische Loblied auf das segens-

reiche Wirken altorientalischer Despotien. Aber Vorsicht: „Im Zeitalter Friedrich M. schwärmte man viel zu unbedingt für solche Maßregeln. Dieselben sind vielmehr für die Volkswirtschaft nützlich nur dann, wenn der von ihnen herrührende Mehrertrag des Bodens nachhaltig größer ist, als der sonst wahrscheinliche Ertrag der aufgewandten Kapitalien“ (S. 118 NA). Böhm merkt die Stelle in Rot an: hier lernte er wohl die Skepsis gegenüber allzu lautstark angepriesenen Großprojekten, die ihn in seiner fiskalischen Orthodoxie später das Projekt des Donau-Oder-Kanales abwürgen ließ: Wohl ungerechterweise klagte ihn Gerschenkron an, Totengräber von *The Spurt that Failed*⁵ gewesen zu sein. Was aber können Sie anderes von einem k.k. Finanzminister erwarten, wenn er obendrein noch in seiner Jugend lernen mußte, solche Ideen seien nur für „Friedrich M.“ – recte, in Österreich natürlich, für „Friedrich, von manchen auch der Große genannt“ – charakteristisch gewesen? Zurück zum Lehrer Roscher: „Gleichwohl ist die *Vornahme* der Urbarung ec. von *Staatswegen* da angezeigt, wo die Vortheilhaftigkeit, wohl gar Nothwendigkeit der Maßregel außer Zweifel steht und die Kräfte der Privaten ebenso unzweifelhaft nicht dafür reif sind“. Man beachte: Kein Wort von Umwegrentabilität als Rechtfertigung fällt! (S. 123 NA) „Wo es keine reichen Klöster, Majorate, Gemeinden ec. gibt, da bleibt für diesen Zweck in der Regel nur noch der Staat übrig“ (S. 124 NA). Nur ein melancholischer Blick also auf den Staat als letzten Notnagel! Und dann lesen wir noch von „corporativen *Genossenschaften*“, wie den „spanischen Bewässerungsgesellschaften als Vorbild (!)“ (S. 129 NA). Jetzt ist es im Grunde ganz anders als vorhin: „Centralisation“ der Wirtschaftstätigkeit durch den Staat ist das Zeichen viel eher einer wirtschaftlich noch *unterentwickelten* Gesellschaft. Nur eines wird dem Staat entschieden zugestanden: Die „*Privatindustrie* (kann) nur ganz ausnahmsweise ... entbehren ... die mittelbare Unterstützung durch den Staat“. Denn „zunächst muß das *Eigenthumsverhältniß* ... *unzweifelhaft* festgestellt werden“. Weiters: „Fast jede größere Bewässerung, Entwässerung ec. bedarf einer *Expropriation*, wo natürlich der volle (vorgängige) Schadenersatz nicht bloß gerecht ist, sondern auch bei jeder wirklich gemeinnützigen Veränderung, die also mehr einträgt, als der frühere Zustand, leicht gewährt werden kann. Um aber das Recht des Einen wenigstens keinem bloßen Fehlgriffe des Andern preiszugeben, thut der Staat wohl, die Expropriation nur in dem Falle anzuordnen, wo der überwiegende Vortheil der beabsichtigten Veränderung ihm selbst außer Zweifel steht“ (S. 125 NA). Wirklich empfohlen wird schließlich nur: „Sehr wirksam läßt sich die Sache fördern, ohne das geringste positive Opfer des Staates, wenn die ganz neugewonnenen Ländereien [sc. bei Entwässerungsmaßnahmen] eine Zeitlang von jeder *Steuer*, die verbesserten wenigstens von jeder Steuererhöhung *frei* bleiben“ (S. 129 NA). Und gleich wird als Beispiel wieder England (!) herangezogen. Man sieht: strikterer Wirtschaftsliberalismus, ein rigoroseres Beispiel in der Anwendung marktkonformer Maßnahmen läßt sich kaum bieten als Roschers Darstellung von Entwässerung und Bewässerung. Auch Smith schloß ja Enteignung für gemeinnützige Zwecke keineswegs aus. Von dem durchaus nicht

⁵ Gerschenkron 1977.

zimperlichen Karl I. oder dem von ihm hierfür privilegierten Earl of Bedford als Entwässerer der Fens wollen wir lieber schweigen. „Fortschritt“ ist *in praxi* nicht immer harmlos.

(5) Diese beiden ausführlich dargestellten Beispiele mögen genügen. Rasch sei der Rest des Werkes rekapituliert: Wir werden mit dem „Standort der einzelnen Landwirtschaftszweige“ (nach Thünen) vertraut gemacht sowie mit einem Kapitel „Große, mittlere, kleine Landgüter“, wobei hier anscheinend weniger die physische Natur oder das Klima zählt, sondern was „der Sinnesart und Fähigkeit des Volkes besser entspricht“ (S. 166 NA), und eine „Mischung von großen, mittleren und kleineren Gütern, wobei die mittleren vorherrschen, das national und wirtschaftlich heilsamste Verhältniß“ (S. 175 NA) ist. Hierauf folgen das „Verhältniß des Grundeigentümers zum Landwirthe“ und „das Grundeigentum und die Gemeinden“. Erst hier finden wir in den § 77 – § 84, S. 249–272 die ersten ausführlichen wirtschaftspolitischen Überlegungen zur Flurbereinigung und „Gemeintheilung“, alles sehr zurückhaltend dargestellt unter der Warnung: „nur ja kein blindes Schwärmen“ (S. 268 NA). Es folgt „Das Grundeigentum und die Familien“. Hier spricht sich Roscher natürlich – typisch liberal – gegen die Unverkäuflichkeit von Landgütern und gegen Verpfändungshindernisse aus; denn „auf den höheren Stufen der Volkswirtschaft bedarf natürlich der Landbau mit seiner *wachsenden Intensität* immer größerer Kapitalmengen“ (S. 307 NA). Schließlich folgen „Das Grundeigentum und die Stände“ und „Bäuerliche Lasten“, wo wir belehrt werden, Frondienste seien die „Volksschule der Faulheit“ (S. 369 NA). Sie sind also nicht nur als Zeichen unzeitgemäßer Unfreiheit abzulehnen, sondern auch als wirtschaftlich effizienzwidrig. Bei der Grundablöse (S. 383 ff. NA) bedarf es selbstverständlich der „Beihülfe des Staates“ (S. 395 NA), die in ihren verschiedensten Formen ohne deutliche Stellungnahme geschildert wird. Agrarpolitik erschöpft sich somit in den ersten zwei Dritteln des Werkes vornehmlich in der Unterstützung der Herausbildung einer *Privateigentumsordnung* – das klassisch-liberale Programm.

Nach diesem Hauptteil des Werkes folgen erst ab S. 408 zentrale wirtschaftspolitische Bereiche der damaligen Zeit: „Landwirtschaftlicher Credit“, „Kornhandel und Theuerungspolitik“ (äußerst liberal konzipiert), „Landwirtschaftliche Kapitalversicherung“ und „Landwirtschaftlicher Unterricht“, wobei ja gerade technische Volksbildung ein besonderes liberales Anliegen war und blieb. Den Abschluß bilden die „Nebenzweige des Ackerbaus“, und hier bietet die „Forstwirtschaft“ dann nochmals Anlaß für wirtschaftspolitische Ausführungen. Insgesamt finden wir bei Roscher somit weit mehr eine *Schilderung des Seins* als des Sollens, wobei auch das Sollen hauptsächlich im Kleide eines Kataloges des vielfältigen Seins auftritt.

(6) Roschers 22 Jahre später als die erste Auflage des „*Ackerbaues*“ geschriebene *Nationalökonomik des Handels- und Gewerbefleißes* (1881) ist in ihrer Art ganz ähnlich der erstgenannten aufgebaut. Sie beginnt wieder gesellschaftstheoretisch mit einer „Einleitung“: „Aus der Naturlehre des Städtewesens im Allgemei-

nen“. Zu der Standorttheorie von Städten hatte ja Roscher zehn Jahre davor ein bedeutendes und innovatives Essay geschrieben (Roscher 1871). Es folgt die „Erste Abtheilung. Handel“, eingeführt durch ein Kapitel „Naturlehre des Handels im Allgemeinen“. Hierauf folgen „Hauptzweige des Handels“, „Handelsverfassung der niederen Kulturstufen“, „Neuere Handelsgesellschaften“, „Internationaler Handel“, „Münzwesen“, „Papiergeld“, „Wechsel“, „Bankwesen“, „Theorie und Geschichte der Transportmittel im Allgemeinen“, alles im wesentlichen nur historisch darstellende Kapitel. Das erste Kapitel, das die Wirtschaftspolitik im Namen trägt, findet sich erst, nachdem fast die Hälfte des auf 823 Seiten angelegten Werkes schon vorüber ist: Es ist das 11. Kapitel, „Politik der Transportmittel im Allgemeinen“. Nach zwei weiteren politiknahen Kapiteln schließt der Abschnitt mit „Andere Anstalten der neueren Handelspolitik“.

Die „Zweite Abtheilung. Gewerbefleiß im engeren Sinne“ ist ähnlich darstellend. Deutlich schon vom Titel her wirtschaftspolitisch sind hier nur das 7. und 8. Kapitel, „Innere Handels- und Gewerbefreiheit im Allgemeinen“ und „Staatliche Gewerberegulative“. Das letzte Kapitel schließlich, „Absatzkrisen“, greift wiederum eine Thematik auf, welcher Roscher bereits in seiner Jugend einen großartigen Aufsatz gewidmet hatte.⁶

(7) Schon von der Sprache her ist all dies völlig verschieden von den Ankündigungen, welche Rau im Inhaltsverzeichnis seiner *Grundsätze der Volkswirtschaftspolitik mit anhaltender Rücksicht auf bestehende Staatseinrichtungen* trifft. Dessen Buch beginnt mit der „Beförderung der unmittelbar hervorbringenden Thätigkeit . . .“, legt uns als Überschrift die „Sorge für die Bedingungen der Hervorbringung . . .“ nahe, die „Sorge für die Arbeit . . .“, die „Sorge für das Capital“ – um dann zur „Pflege der einzelnen Classen von Stoffarbeiten“ überzugehen, gegliedert in vielfältigste einzelne „Pfleger“, legt uns „Maaßregeln in Bezug auf die Ländereien“ nahe, usf. Mit einem Wort: Der Leser muß den Eindruck gewinnen, bei Roscher wachse die Wirtschaft von selbst, höchstens ausnahmsweise einmal durch einen wirtschaftspolitischen Landschaftsgärtner gehegt, bei Rau hingegen bedürfe sie der steten Obsorge des Staatsmannes, ja würde ohne dessen dauernde Dünung rasch wieder dahinsiechen.

III. Beispiele einer Gegenüberstellung von Rau und Roscher

(1) Nach diesem überblickshaften Systemvergleich wirtschaftspolitischer Vorstellungen der beiden großen deutschen Lehrbuchautoren der Ökonomie um die Mitte des 19. Jahrhunderts wollen wir *fünf Beispiele* herausgreifen, anhand welcher

⁶ *Wilhelm Roscher*, Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte, Aufsatz VI, „Zur Lehre von den Absatzkrisen“, Leipzig 1861 (der genannte Aufsatz erstmals 1849). Siehe auch *Streissler* 1994, S. 37 – 121, hier S. 108 ff.

wir uns die jeweils unterschiedliche Behandlungsweise vergegenwärtigen können. Die Beispiele sind einerseits typisch für wirtschaftsliberale Anliegen, nämlich erstens die Wertung des Kornhandels und zweitens die Frage des internationalen Freihandels; andererseits betreffen sie die Haltung zur Entwicklung markanter neuer, somit „fortschrittlicher“ Institutionen des 19. Jahrhundert. Ich wähle als solche Roschers Ausführungen erstens zum Geldwesen, zweitens zu den Finanzinstitutionen, drittens die Frage des aufkommenden agrarischen Kreditwesens, viertens die Brandversicherung und fünftens schließlich Papiergeld und Banken.

(2) Wirtschaftspolitische Beschränkungen des *Kornhandels* sind schon für Adam Smith ein Musterbeispiel unsinniger öffentlicher Eingriffe, entstanden aus der Verständnislosigkeit des Pöbels für die wohltätigen Wirkungen des Marktes.⁷ Und John Stuart Mill erörterte am Beispiel des Kornhandels die segensreichen Wirkungen sogar der Spekulation,⁸ welche, wenn sie gewinnbringend sei, preisstabilisierend wirken müsse.⁹ Dementsprechend wählte der junge Carl Menger gerade den Kornhandel als dasjenige Beispiel aus, mittels dessen er in einem „Crash-Course“ der Wirtschaftswissenschaft im 16jährigen Kronprinzen Rudolf das Verständnis für die wohltätigen Wirkungen einer freien Unternehmerwirtschaft wecken könnte;¹⁰ aber da konnte er sich schon auf Rau und Roscher stützen.

Obwohl prinzipienfest im allgemeinen, sieht Rau eine erstaunliche Fülle von zweckdienlichen staatlichen Einzeleingriffen (*Priddat* 1997): „Obgleich die bei einer *Theuerung* der Nahrungsmittel zu ergreifenden Maaßregeln mit Rücksicht auf die besonderen Umstände eines Landes, auf Hülfsmittel der Regierung und die Zeitverhältnisse eingerichtet werden müssen, so lassen sich doch allgemeine Regeln hierüber aufstellen . . . Die Vorstellung, daß die Theuerung mehr die Folge wucher-

⁷ *Smith* 1776/1976, III.ii.21 und vor allem „Digression Concerning the Corn Trade and Corn Laws“, IV.v.b, S. 524–543.

⁸ *Mill* 1848, Book IV, ch.2, § 4 und 5, S. 257–261 des 2. Bandes.

⁹ Die Argumentation lautet, daß der gewinnerzielende Spekulant kaufen müsse, wenn der Preis niedrig ist, wodurch er den Preis erhöht, und verkaufen müsse, wenn der Preis hoch ist, was den Preis senkt, wodurch insgesamt die Preisausschläge reduziert werden. Diese Argumentation wurde aufgegriffen von *Milton Friedman* (1953), „The Case for Flexible Exchange Rates“, S. 175. Tatsächlich ist jedoch Friedmans Analyse falsch, Mills hingegen richtig. Weizenpreisschwankungen gehen vor allem auf Ernteschwankungen zurück, die einer einsichtigen Verteilung folgen, so daß man sagen kann, wann der Weizenpreis unterdurchschnittlich niedrig oder überdurchschnittlich hoch sei. Wechselkurse hingegen zeigen eine starke Komponente eines zufälligen Irrweges, genauer: eines Martingalverhaltens. Bei einem zufälligen Irrweg ohne Drift, oder allgemein in einem Martingal der Preise, ist der gegenwärtige Preis der beste Prognosewert der Zukunft, so daß man nie sagen könnte, der Preis sei im Moment „hoch“ oder „niedrig“. Daher ist dann auch stabilisierendes Spekulationsverhalten undurchführbar.

¹⁰ Siehe Carl Menger’s *Lectures to Crown Prince Rudolf of Austria*, *Streissler und Streissler* (1994), Heft Politische Ökonomie XII, Abschnitt „Über die Maßregeln, welche bei einer Hungersnot seitens der Regierung zu ergreifen sind (Zur Lehre vom Preise)“, S. 182–187. Für Menger ist somit die richtige staatliche Politik bezüglich des Getreidehandels das Grundbeispiel für angewandte Preistheorie schlechthin.

licher Künste, als unwillkürlicher Umstände sei, hat zur Empfehlung verschiedener Zwangsmittel geführt, die ihre Bestimmung nothwendig verfehlen mußten, weil sie, ohne die Vorräthe zu vergrößern, nur die Zehrer in Furcht setzen, die Getreidebesitzer am Verkaufe abhielten und dadurch die Preise noch weiter steigerten ... Unter die Veranstaltungen, welche theils als unzweckmäßig, theils sogar als drückend gegen die Landwirthe und Getreidehändler zu betrachten sind, gehören: die Besichtigung und Aufzeichnung aller Vorräthe mit einer auf Verheimlichung gesetzten Strafe, – der Zwang zum Verkaufe –, die Bestimmung eines nicht zu überschreitenden Preises (Maximum) u.dgl.“ Rau spricht sich dann gegen „Korn-Ausfuhrverbote (Sperrn)“ aus, setzt aber erstaunlicherweise – und entgegen Adam Smith – hinzu:

„Ein mit dem Steigen der Preise zunehmender Ausfuhrzoll in solchen Ländern, wo die Ausfuhr in einzelnen Zeitpunkten gegründete (?) Besorgnisse erweckt, leistet ohne alle gewaltsame Störung des Verkehrs Alles, was man mit einer Sperre beabsichtigen kann“. Im folgenden Paragraphen hält er dann fest: „Demnach bleiben vorzüglich folgende Maaßregeln übrig: 1) Zeitige Einziehung genauer Nachrichten über die Ergebnisse der Ernte ... 2) Ist das Bedürfniß der Einfuhr außer Zweifel, so ist es nöthig, das Fehlende bald, wo möglich noch vor Winter, auf die wohlfeilste Weise anzukaufen und herbeizuführen, wozu geräuschlose Einkäufe in einer für das Angebot des Einkaufsplatzes nicht unverhältnißmäßigen Menge zu empfehlen sind. Es ist am einfachsten, wenn dieß durch Getreidehändler auf eigene Errechnung geschieht. Ist aber die Gefahr dringend und die Zeit kostbar, so daß die Regierung selbst für diese Anschaffung sorgen muß, so wird dieselbe am vortheilhaftesten durch vertraute inländische Kaufleute ausgeführt, die man dazu bevollmächtigt ... 3) Den dürftigen Familien, z. B. den Lohnarbeitern ist es besonders wohlthätig, wenn ihnen aus den von der Regierung angeschafften Kornvorräthen Brot zu einem niedrigen Preis verschafft wird. 4) Die kleineren Landwirthe ... werden durch einen Vorschuß von Getreide bis zur Ernte unterstützt. Zugleich sollte in solchen Jahren auf sparsamere Verfahren bei der Aussaat hingewirkt werden (!) 5) Hat die Regierung noch weitere Vorräthe ... so können dieselben verwendet werden, um vermittelst regelmäßiger Verkäufe auf den Märkten die Preise zu erniedrigen ...“.

Erstaunlicherweise ist es also gerade Rau, und weit weniger Roscher, der für sozialpolitisch motivierte Maßnahmen plädiert. Rau ist für Ausfuhrzölle, für Staatskäufe (natürlich nur für „geräuschlose“: gerade durch solche wurde Maier Amschel Rothschild freilich reich); und sogar für staatliche Preispolitik durch Interventionskäufe, ohne auch nur mit einem Wort zu fragen – was Roscher getan hätte –, ob sie auch als gesamtwirtschaftlich rentabel bezeichnet werden können.

Roscher äußert sich höchst ausführlich – über 38 Seiten lang – in einem eigenen Kapitel zu „Kornhandel und Theuerungspolitik“. Seine üblichen blumigen und bilderreichen Ausführungen sind weit staatsseptischer als die nüchternen von Rau. Eingestimmt werden wir durch den Satz („Dr. Eugen Böhm“ unterstreicht ihn rot):

„Die hohen Kornpreise (sind) durchaus nur *Symptom*, und zwar wohlthätiges, eine heilsame Krise“ (S. 499 NA). Zitiert wird dazu Dupont de Nemours: „Ce que l'on appelle cherté, c'est l'unique remède à la cherté“ (S. 501 NA). „Die große Mehrzahl ... läßt sich die Sparsamkeit nur durch theuern Preis einschärfen, sehr theuern“ (S. 499 NA). Dann erfahren wir: „Das natürlichste und wirksamste *Heilmittel* gegen Theuerung ist ein lebhafter, intelligenter (!) und kapitalreicher (!) *Kornhandel*. Unternimmt der Staat selbst oder der Grundeigenthümer neben ihren sonstigen Geschäften die gegenseitige Ernte-Assecuranz der Districte und Jahre, so thun sie es eben auch als Kornhändler, und zwar, nach dem Princip der Arbeitstheilung, in der Regel weit unvollkommener und theurer, als Personen, welche den Kornhandel zu ihrem Lebensberufe gemacht haben.“ (S. 503 NA) Lange Ausführungen sollen uns dann zeigen: „Selbst nach einer Mißernte läuft der wahre Nutzen des Kornhändlerstandes mit dem des Publicums in derselben Richtung“. Alles läuft umso besser, „je mehr der Kornhandel nicht allein rechtlich frei, sondern auch thatsächlich von lebhafter Concurrenz gespornt und gezügelt ist“. „Auf den höchsten Kulturstufen ist ... die *Furcht vor dem Kornwucher* in der Regel eben nur eine Abart von Gespensterfurcht“ (S. 503, 504, 505 NA). Der dem „Kornwucherglaube(n)“ verfallene Sir James Steuart wird gerügt, Adam Smith gelobt (S. 507 NA). „Wo der Privatkornhandel zur Erfüllung seiner Aufgabe noch unreif (!) ist, da mag der Staat einstweilen (!) aushelfen. Gleich so vielen anderen Staatsanstalten, sind auch die *Staatskornmagazine* von Kirche und Staat vorbereitet worden“ (S. 508 NA). Anders als Rau ist Roscher bereits *konjunkturpolitisch* orientiert und sieht gerade in der Konjunkturpolitik eine legitime Staatsaufgabe. Fehlernten aber führten im 19. Jahrhundert zu Rezessionen. Daher gilt: „Je weniger die Regierung durch den, für sie immer verlustvollen, Selbstkornhandel ihre Mittel vergeudet, um so kräftiger kann sie *den secundären Folgen der Theuerung entgegentreten*. Also namentlich der Handelskrise durch Kapitalvorschüsse an die bedrängten Gewerbetreibenden, der Lohnerniedrigung durch außerordentliche Vornahme von Arbeiten. Die eigentliche Armenpflege sollte während der Theuerung intensiv und extensiv thätiger werden, als gewöhnlich ... Nur darf die Mildthätigkeit nie vergessen, daß ein Mangel an Korn vorhanden ist, also an Korn gespart werden muß, namentlich von der ärmeren Klasse“ (S. 512 f. NA). Der aufmerksame Leser „Dr. Eugen Böhm“ unterstreicht die letztzitierte Passage rot, wie er freilich auch, als Beweis der alten österreichischen „austrokeynesianischen“ Tradition die *konjunkturpolitisch* motivierten „Kapitalvorschüsse“ und die „außerordentliche Vornahme von Arbeiten“, d. h. Infrastrukturinvestitionen, unterstrichen hatte. Roscher beschließt das Kapitel, indem er „Künstliche Vermehrung des Vorrathes“ und „Künstliche Verminderung des Bedarfs“ bedenkt und als „ziemlich unnütz“ abtut.

Weit mehr als Rau ist also Roscher der Wirtschaftsliberale. Und was ist das Geschichtliche an seiner Perspektive? Gleich am Anfang werden wir getröstet: „Im Ganzen übrigens sind Kornmangel wie Korntheuerung mit dem Steigen der volkwirtschaftlichen Kultur immer seltener und milder geworden“ (S. 499 NA). „Im Ganzen werden *die Preise mit dem Steigen der volkwirtschaftlichen Kultur*

immer regelmäßiger“ (Roscher 1886, § 115, S. 276), hatte Roscher seit jeher schon einen Paragraphen seines Theorielehrbuches begonnen. Der Historiker weiß natürlich, daß Roschers Urteil zutrifft.¹¹ Für unsere wirtschaftspolitischen Überlegungen bleibt jedoch Roschers zentraler Schluß bemerkenswert: Gerade in „reifen“ Wirtschaften wird Staatseingriff überflüssig, gerade *keine* „Centralisation“, *kein* Anwachsen, sondern ein Schwinden der Staatsaufgaben ist festzustellen, entgegen dem ursprünglich verkündeten Programm.

Ein interessanter Aspekt sei noch erwähnt: Roscher äußert sich in den (wie bei ihm üblich) umfangreichen Fußnoten auch zu den *Termingeschäften* im Kornhandel: „Ob man wohl tut, die *Differenzgeschäfte* im Kornhandel zu verbieten? Unfruchtbar sind sie durchaus, und können leicht über die wahre Lage des Marktes täuschen ... (Ihr) wahre(s) Ergebnis ... besteht in einer gemeinschädlichen Verstärkung des Preisschwankens, das jedoch an und für sich mehr Ursache (!), als Folge der Neigungen zu Scheingeschäften ist.“ Der Markttheoretiker könnte die ersterwähnten Kritikpunkte Roschers bezweifeln. Aber sie sind irrelevant. Denn dann folgt seine charakteristische, informations skeptische Wendung: „Leider zeigt die Erfahrung in allen solchen Fällen, daß es unmöglich (!) ist, den Scheinhandel zu verhindern, ohne zugleich den wahren Handel zu knebeln. (Evang. Matth.13, 24 ff.) Das beste Mittel, jenen unschädlich zu machen, ist volle Ausbildung des Börsenverkehrs (!)“ (S. 506 NA). Ist das nicht geradezu ein „tract for our times“? Für denjenigen, der nicht so bibelfest wie Roscher ist, sei Mt 13, 29–30 zitiert: „Da sagten die Knechte zum (Gutsherrn): Sollen wir gehen und es (das Unkraut) ausreißen? Er entgegnete: Nein, sonst reißt ihr zusammen mit dem Unkraut auch den Weizen aus.“ Der bibelfreudige lutherische Christ Roscher kritisiert sogar Spr 11, 26 und auch Luther; wen er beim Kornhandel in Zeiten der „Theuerung“ hingegen nicht zustimmend zitiert, ist Joseph von Ägypten: Und wohl deswegen, weil der Wesir des Pharao – ein Staatsinterventionist war! „Daß eine Staatsregierung durch Einkauf in wohlfeilen, Verkauf in theueren Jahren kaufmännisch ein gutes .. Geschäft machen sollte, ist schwer zu glauben“ (S. 508 NA); da ist Mt 13, 30 zu glauben schon wesentlich leichter!

(3) Zur *Freiheit des internationalen Handels* können wir Roscher weit kürzer zitieren. Denn seine Ausführungen im Abschnitt „Gewerbeschutzsystem und internationale Handelsfreiheit“ sind glasklar und einfach. Er beginnt dieses Thema wie folgt:

„Daß die vornehmsten Maßregeln, welche das Mercantilsystem zur künstlichen Hebung des Volksreichthums empfahl, die unmittelbaren Wirkungen, welche ihre Urheber davon erwarteten, nicht haben konnten, ist namentlich mit Gründen aus der Naturlehre des Geldes gezeigt worden. In Wahrheit müssen ihre *nächsten ökonomischen Erfolge* darin bestehen, daß die vorhandenen Productivkräfte des Volkes von den bisherigen Verwendungsplätzen auf andere, der Staatsgewalt vortheilhafter scheinende, abgelenkt werden“. (S. 617 NHG) Das ist purer, und

¹¹ Siehe Braudel und Spooner 1976, „Prices in Europe from 1450–1750“.

genauestens verstandener, Adam Smith, gewürzt mit dessen (von Roscher in seiner Natur(!)lehre des Geldes dargestellten) Ablehnung der Sinnhaftigkeit einer forcierten Geldeinfuhr. Und die Staatsgewalt? Sie ist hier keineswegs Ausdruck des „Volkslebens“, sondern nur ein Hort der Unvernunft! Roscher fährt fort: „Sind die inländischen Producenten im Stande, ihre Waare ebenso gut und wohlfeil zu liefern, wie die Ausländer, so ist jeder ‚Schutz‘ der ersteren durch *Einfuhrzölle* oder gar *Verbote* überflüssig ... Könnten freilich die Ausländer wohlfeiler oder besser liefern, und werden sie nun künstlich von der Versorgung unsers Marktes ferngehalten: so nöthigt der Staat unsere Consumenten zu einem Genußopfer, und zwar einem solchen, das keineswegs durch den Gewinn der begünstigten Producenten aufgewogen wird“ (S. 617 f. NHG). Anscheinend erfaßt also Roscher intuitiv sogar so etwas wie „Harberger Triangles“.

Erstaunlich ist Roschers entwicklungstheoretische Perspektive: „A. Solange ein Volk zwar politisch selbständig, aber wirthschaftlich *noch ganz roh* ist, steht es sich am besten bei voller *Handelsfreiheit* nach Außen, weil diese am schnellsten die Reize, Bedürfnisse und Befriedigungsmittel der höheren Kultur einwirken läßt. B. Der *weitere Fortschritt, selbst einen Gewerbefleiß zu entwickeln*, kann freilich durch die ganz ungehinderte Concurrenz des schon entwickelten ausländischen Gewerbefleißes ungemein erschwert werden“ (S. 630 NHG). Nun folgen die Überlegungen zu Erziehungszöllen. Sie werden abgeschlossen durch die Feststellung: „Jede vernünftige Erziehung hat als Ziel die spätere Selbständigkeit des Zöglings im Auge. Wollte sie Bevormundung, Schulgeld ec. bis zum höhern Alter fortsetzen, so würde sie damit entweder die Unfähigkeit ihres Zöglings, oder aber die Verkehrtheit ihrer Methode beweisen. Auch das Gewerbeschutzsystem kann darum als Erziehungsmaßregel nur unter Voraussetzung seines allmählichen Entbehrlichwerdens, also im Hinblick auf eine dadurch anzustrebende *Handelsfreiheit* gerechtfertigt werden“ (S. 641 NHG). Roscher läßt keinen Zweifel: Die historische Entwicklung hat von der Handelsfreiheit über einen kleinen Umweg zurück zur Handelsfreiheit zu gehen. Der reife, der fortschrittliche Bürger kann nur ein Liberaler sein.

Rau hingegen ist in seiner Darstellung der internationalen Handelspolitik im Grunde überhaupt nur ein etwas *gemäßigter Merkantilist* zu nennen. In seinem Abschnitt „Aus- und Einfuhrhandel“ (Rau 1858, S. 301) erfahren wir, daß „das Streben des Handelsstandes seines eigenen Vortheiles willen auf die Handelsfreiheit gerichtet ist“; Adam Smith hätte das freilich keineswegs so gesehen. Dann heißt es: „Störungen (!) in der Aus- und Einfuhr sind aber nicht bloß wegen des Nachtheils für die Handelsleute, sondern auch wegen der Rückwirkung auf die Gütererzeugung und den Verbrauch der Bürger schädlich“. Der „Verbrauch der Bürger“ als Nachgedanke – das ist die einzige Passage, in welcher die Konsumentenwohlfaht ihr – obendrein sehr blaßes – Abbild findet. „Wenn Aus- und Einfuhrzölle aus anderen Rücksichten der wirthschaftlichen Staatsklugheit (!) angelegt oder beibehalten werden, so soll man sie so einrichten, daß sie dem Handel (!) am wenigsten schaden. Die Gründe, welche für das Zollwesen geltend gemacht werden, liegen ... theils in Zwecken der Volkswirthschaftspflege. Darin gehört 1) die

Verhütung einer nachtheiligen Handelsbilanz (!), 2) die Beschützung des inländischen Gewerbefleißes“. Die holistische Vorstellung einer von der Wohlfahrt der Bürger evidentermaßen abweichenden „wirthschaftlichen Staatsklugheit“, die gibt es also bei Rau, und gerade nicht bei Roscher. Der einzige Trost, den uns Rau bieten kann: „Bei den *Einfuhrzöllen* muß man dafür sorgen: 1) daß ihre Größe nicht über das Bedürfniß (!) des inländischen Gewerbe hinausreiche und nicht dem Schleichhandel Nahrung gebe“ (Rau 1858, S. 311). Auch das „inländische Gewerbe“ ist also ein holistisches Ganzes, welches sein eigenes „Bedürfniß“ kennt und gebieterisch Zölle heischt. Punktum!

(4) Wie steht Roscher zur *kapitalmäßigen Kommerzialisierung* der Landwirtschaft? Gerade der Historiker ist für alles „Moderne“: Das Thema „Landwirthschaftlicher Credit“ füllt ein ganzes Kapitel. „Die steigende Kultur (muß) mit der Zunahme des Kapitalreichtums, der landwirthschaftlichen Intensität und der Bodenmobilisirung alle ... Hindernisse der Creditbenutzung in ihr Gegentheil verwandeln. Aber das zweischneidige Wesen des Credites zeigt sich auch hier: er kann ebenso wohl dem Verschwender, wie dem guten Wirthe dienen“ (S. 409 NA). Zweischneidig mag der „Credit“ sein, aber historisch unaufhaltsam.

„Die Macht des Credites, wie überhaupt des Kapitals, hängt wesentlich mit dem Bürgerthume zusammen. Wäre deßhalb noch gar kein Credit vorhanden, so möchte das für die relative Stellung der Aristokratie ersprießlich sein. Nun aber thut sie wohl, das neue, unwiderruflich (!) vorhandene Gebiet nicht blindlings zu verschmähen, sondern sich desselben wo möglich vor Anderen zu bemächtigen. Wo kein gutes Hypothekenwesen, da werden die bürgerlichen Gewerbe dem adeligen Landbau leicht noch rascher über den Kopf wachsen!“ (S. 424 NA). Roscher preist die „*neuere Hypothekenreform*“: „Das Wesentliche derselben liegt in der Wiederbelebung (!) und zeitgemäßen Verwendung der uralten Grundsätze von Publicität, Specialität und Priorität“ (S. 419 NA). Roscher tritt also nur ein einerseits für möglichst vollständig und leicht erhältliche *Information*, andererseits für *Rechtssicherheit*; er hatte zu zeigen versucht, daß diese Prinzipien bereits das germanische (!) und das ältere römische Recht prägten (S. 414 f. NA). „Daß der Gläubiger vollkommen sicher gehe, muß der redliche Schuldner selbst im eigenen Interesse wünschen“ (S. 413 NA). Roscher lobt die „*neueren Creditvereine*“ und hält schließlich *Hypothekenbanken*, also Aktiengesellschaften, für den größten „Fortschritt“ im Sinne höchster Effizienz: „Der technische Vorzug der Hypothekenbank vor den Creditvereinen beruht darauf, daß ihre städtische und Bankiernatur sie ungleich beweglicher macht. Sie kann auch die Persönlichkeit des Creditsuchenden berücksichtigen. Sie hat von ungelegener Kündigung weniger zu fürchten, weil sie durch anderweitige Geschäfte immer Geld bereit halten (sic)“ (S. 434 NA), und so weiter. Mit einem Wort: auch hier entstehen im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung von selbst die gedeihlichen Einrichtungen, denen der Staat lediglich seinen Rechtsschutz zu gewähren hat.

Rau äußert sich zu dem Thema „Landwirthschaftliches Creditwesen“ (Rau 1858, S. 218–237) auf 20 Seiten kaum weniger ausführlich als Roscher und zeigt

hier auch genau den gleichen Grundtenor, abgesehen davon, daß er natürlich einen etwas früheren Wirtschaftszustand schildert. Er warnt vor staatlichen Kredit-Moratorien, um überschuldeten Agrariern zu helfen, eine Maßnahme, welche Roscher lieber gar nicht einmal erwähnt. Ausführlich stellt auch er Kreditvereine dar, lediglich vorsichtig warnend: „Wenngleich ein solcher Creditverein die überspannten Erwartungen, die man bisweilen von seinen Wirkungen gehegt hat, nicht zu befriedigen vermag, so bringt er doch erhebliche Vortheile zu Wege“ (Rau 1858, S. 226). Und die Staatsskepsis, die Roscher im Kornhandel an den Tag legt, findet sich diesmal bei Rau. (Roscher freilich erwähnt die Möglichkeit einer staatlichen agrarischen Kreditgewährung nicht einmal, damit gewissermaßen eine noch höhere Stufe des Antietatismus erklimmend.) Rau sagt, „Creditanstalten . . . I. Als Unternehmen der Regierung. Daß von dieser eine solche Anstalt gegründet werde, ist im Allgemeinen nicht nöthig, weil sie durch einen Privatverein eben so gut errichtet werden kann und selbständiger ist, als bei der Verbindung mit dem Finanzwesen. Dieses ist schon eine schwere Aufgabe für die Regierung, die also billig von jenem neuen mühsamen Verwaltungsgeschäft freigehalten werden mag“ (Rau 1858, S. 222). Ob, wie bei Rau, aus gespielmtem Mitleid, ob, wie bei Roscher, aus offenkundiger Verachtung auf eine direkte Staatswirtschaft zu verzichten ist, das läuft letztlich auf dasselbe hinaus.

(5) Bei der Darstellung von *Brandschadenversicherungen* zeichnet sich Rau, und nicht Roscher, wieder einmal durch eine geradezu atemberaubende Illiberalität aus. Er beklagt, „daß bei einem Brandschaden leichter Betrug vorgehen kann, indem der Versicherte gerettete Sachen verheimlicht, um größeren Ersatz zu erlangen. Jene Mißbräuche bringen aber auch die Assecuranzanstalten für Gebäude in Schaden, weil dann die muthwilligen Brandstiftungen häufig werden. Es ist daher rathsam, mehrere Vorsichtsmaßnahmen anzuordnen, zu denen hauptsächlich (!) folgende gehören:

1) daß den Unterthanen nur bei gewissen Gesellschaften, die von der Staatsbehörde nach vorgängiger Prüfung ihrer Satzung zugelassen sind, die Versicherung gestattet sei,

2) daß auswärtige Gesellschaften diese Zulassung nur unter gewissen Bedingungen erhalten; namentlich müssen sie Geschäftsführer im Inlande aufstellen, welche unter der Aufsicht der Staatsbehörden stehen und verantwortlich sind,

3) daß kein Gegenstand über seinem mittleren Verkehrswerthe angeschlagen, oder doppelt versichert werden dürfe,

4) daß jede Versicherung von Fahriß der Obrigkeit angezeigt und der Anschlag einer Prüfung durch die Gemeindevorsteher unterworfen werde,

5) daß bei einer eingetretenen Verschlechterung des versicherten Gegenstandes über einen gewissen Betrag hinaus der Versicherte selbst Anzeige mache und seinen Anschlag herabsetze“ (Rau 1858, S. 57).

Alle Brandschadensversicherten sind somit als gefährliche Subjekte, wenn nicht als lichtscheues Gesindel zu behandeln! Punkte 1) und 2) ergeben sich dabei so offensichtlich nicht aus der vorgeschützten Angst vor dem Betrug der Versicherten, daß man lediglich vermuten kann, der Zähringer Löwenorden hätte sich hier vampirisch dem Gehirne des illustren Ehrenmitgliedes der k. Akademie der Wissenschaften in Wien genähert (so Rau stolz am Titelblatt) – Roscher brachte es nur zu deren korrespondierendem Mitglied. Und Punkt 4) enthält eine offensichtlich unsinnige Duplizierung der Prüfung. Soweit Rau.

Roscher war die Frage der Versicherung so wichtig, daß er sie schließlich in sein Theorielehrbuch aufnahm.¹² „Der privatwirthschaftliche *Nutzen der Versicherung* besteht hauptsächlich in der Elimination des Zufalls! Ihr volkwirthschaftlicher Nutzen beruht darauf, daß ein unter Viele repartirter Schaden, welcher also jeden Einzelnen nur leicht berührt, wahrscheinlich nicht durch Anbruch des noch vorhandenen Vermögensstammes, sondern durch Ersparnisse vom Einkommen ersetzt wird“ (S. 619). Das ist eine etwas unbeholfene Ausdrucksweise für die dogmenhistorisch im wesentlichen erst nach *Neumann-Morgenstern* (1944) gewürdigten Vorteile des Risikominderung gegenüber konkaven individuellen Nutzenfunktionen; im Kerne aber ist sie treffend. „Andrerseits liegt namentlich in der See- und Feuerversicherung ein großer Reiz zu culposen oder gar dolosen Zerstörungen, letzteres, wenn der versicherte Gegenstand zu hoch geschätzt wird. ‚Speculationsbrände!‘ Und es ist schwer zu sagen, ob dieser Nachtheil oder jener Vortheil größer. Dagegen hat jede Art der Versicherung gute Folgen für den Credit des Volkes . . . Die Gesamtgefahr ist geringer, als die Summe der Einzelgefahren, weil sie gewisser ist, die Ungewißheit aber an sich gefährdet“ (S. 619). Nach diesen klug abwägenden Überlegungen erwartet man sich mit Recht den Vorschlag eines weitgehend liberalen Versicherungsrechtes; und Roscher täuscht diese Erwartung nicht. Seine Ausführungen lassen freilich weitgehend offen, was die Versicherungsunternehmen von sich aus tun werden, was andererseits die öffentliche Hand tun muß. Er sagt: „Zu einem guten Feuerversicherungswesen gehört namentlich Folgendes: A. Bei der Annahme (!) von Versicherungen *Maßregeln zur Verhütung dolosen Mißbrauchs* durch die Versicherten . . . Gleichzeitige Versicherung desselben Gegenstandes bei mehreren Anstalten, ohne gehörige Anzeige davon, pflegt (!) unbedingt verboten zu sein. Die Controle über alles dieß wird namentlich dadurch erleichtert (!), daß ausländische Anstalten nur auf Grund einer besonderen Erlaubniß und durch Vermittlung inländischer verantwortlicher Agenten Versicherungen übernehmen dürfen . . . B. *Richtiges Verhältniß der Assecuranzprämie* zur Gefahr . . . C. *Sicherheit der Entschädigung*. Die obrigkeitliche Prüfung der Statuten (!) muß namentlich darauf gerichtet sein, daß die Anstalt nicht mehr verspricht, als sie vermöge ihres Actienfonds und ihrer Prämienhöhe leisten kann.“ Schließlich empfiehlt Roscher Feuerwehren und diskutiert verschiedene Formen derselben.

¹² Z. B. *Roscher* 1886, V. Buch, 3. Kapitel, S. 611 – 628.

Man sieht, bis auf die unsinnige Doppelprüfung durch Versicherung und „Gemeindevorsteher“, empfiehlt Roscher gar nicht viel anderes als Rau, nur moderater formuliert. Aber seine Begründungen fußen klar auf Informationsproblemen, auf der erforderlichen Bonitätsprüfung aller Finanzinstitutionen zwecks Vertrauensschutz für das Publikum und auf dem Gedanken einer nur subsidiären Wirksamkeit des Staates. Alle seine Vorschläge ließen sich auf das Prinzip der gesamtwirtschaftlich kostengünstigsten Produktion von Information zurückführen. Seine Überlegungen beruhen auf guter ökonomischer Theorie und sind – gerade bei ihm – bar jeder rein historischen Komponente. Auch ein strikter moderner Liberaler, z. B. Judge *Richard Posner* (1998), könnte an seiner rein effizienzorientierten Begründung von Staatseingriffen – der Staat als billigster Informationsvermittler – nichts auszusetzen haben.

(6) Ein letztes Vergleichsbeispiel bezieht sich auf das Problem der *Bankenkontrolle* und die Haltung zur Schaffung von *Papiergeld*, die eng mit der Bankenorganisation verbunden ist. Dieser Testfall bietet sich deswegen an, weil er denjenigen Tatbestand betrifft, für den Adam Smith seine einzige ausdrückliche Ausnahme begründet für einen staatlichen Eingriff in die privatwirtschaftliche Kapitalverwendung trotz der Existenz eines auch ohne Eingriff funktionsfähigen Marktes: „Such regulations may, no doubt, be considered as in some respect a violation of natural liberty. But those exertions of the natural liberty of a few individuals, which might endanger the security (!) of the whole society, are, and ought to be, restrained by the laws of all governments; of the most free, as well as of the most despotical. The obligation of party walls, in order to prevent the communication of fire, is a violation of natural liberty, exactly of the same kind with the regulations of the banking trade which are here proposed“.¹³

Die Ausführungen von Smith stehen freilich in offensichtlichem Widerspruch zu den von ihm in seiner Passage zur „Unsichtbaren Hand“ geäußerten Bedenken gegenüber der informierten Entscheidungsfähigkeit der Staatsorgane, ein Widerspruch, den eine jahrzehntelange Erfahrung mit mißglückten staatlichen Banküberwachungen nur zu deutlich gemacht hat. In Wahrheit handelt es sich bei der Bankenkontrolle um ein bis heute noch nicht befriedigend gelöstes Problem.

Wie der Leser nach den Erörterungen zur Brandschadenversicherung schon vermutet haben wird, entscheidet sich Rau für *strikteste Beschränkungen* für das Bankwesen und dessen Ausgabe von Papiergeld: Selbst wenn dadurch große Vorteile verhindert würden, ist es die wichtigste Aufgabe des Staates, die Bürger vor möglichen Nachteilen zu bewahren – das Grundprinzip jedes patriarchalischen Etatismus: „Für diejenigen, welche dieses wohlfeilere Umlaufmittel in den Verkehr bringen, entsteht daraus ein Gewinn [*horribile dictu*]. Der Reiz desselben, sowie die häufigen Irrthümer in Bezug auf das Geldwesen und den Credit, haben öfters zu einem Mißbrauche des Papiergeldes verleitet, der für den Verkehr und den Wohlstand der Völker sehr nachtheilig geworden ist ... Obschon es in man-

¹³ *Smith 1776/1976, II.ii.94.*

chen (!) Fällen den Einzelnen überlassen werden muß, sich durch Vorsicht beim Creditgeben vor Verlusten zu schützen, so würde dieß doch bei einem die Münze ersetzenden Umlaufmittel nicht zweckmäßig sein . . . Die Regierung ist daher verpflichtet, die Bürger vor diesen Nachtheilen zu bewahren“ (Rau 1858, S. 186 f.) Dann folgen in einem recht knapp gehaltenen Buch 12 Abschnitte auf 12 Seiten voll Regulierungsempfehlungen, die auch nur zusammenfassend im einzelnen darzustellen jeden Rahmen sprengen würde. Erwähnt sei lediglich (Rau 1858, S. 187): „1) Das Recht zum Ausgeben von Bankscheinen wird nur solchen Gesellschaften . . . bewilligt, welche für die Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten genügende Sicherheit gewähren“. (Was „genügend“ ist, entscheidet ohne Rauischen Anhaltspunkt im einzelnen wohl die „wirtschaftliche Staatsklugheit“.) „4) Einer Zettelbank dürfen keine solchen Geschäfte gestattet werden, die mit einem starken Wagniß verbunden sind“ (Rau 1858, S. 190). An anderer Stelle schaudert Rau überhaupt vor Banken, weil diese „den größten Reinertrag des zusammengelegten Capitals beabsichtigen und dieser Erwerbzweck nicht nothwendig mit dem größten Vortheil für die ganze Volkswirtschaft des Landes zusammenfällt. Der weite Spielraum (!), der ihnen eröffnet ist, macht es möglich, daß sie Geschäfte unternehmen, die nicht gemeinnützig, ja volkswirtschaftlich nachtheilig sind, zumal da es ihnen frei steht, die zu ihrer Verfügung stehenden Mittel auch in anderen Ländern (!) anzulegen, wenn dieß mehr Gewinn verspricht“ (Rau 1858, S. 341). Rau kommt schlußendlich zu dem Urteil: „Die beschriebenen gewerblichen Banken sind noch so neu, daß nicht genug Erfahrungen gesammelt sind, um für das Verhalten der Regierungen gegen sie feste Regeln abzuleiten . . . Ihre Errichtung ist aber auch kein Bedürfniß, weil auch ohne ihre Vermittlung Gesellschaften für nützliche Unternehmungen entstehen, wenn es an Sicherheit, Capital und Sinn für Speculationen nicht fehlt . . . Da nun in Deutschland insbesondere schon eine Anzahl solcher Anstalten besteht, so ist es rathsam, dieselben einstweilen nicht zu vermehren“ (Rau 1858, S. 346 f.). So geschrieben 1858, bevor im deutschen Sprachraum die Bankengründungswelle überhaupt erst begann. „Fortschritt“, da gefährlich, ist also nach Rau am besten zu verbieten.

Von weiser Liberalität erweist sich wieder einmal der Historiker Roscher, und diesmal gerade aufgrund seiner entwicklungstheoretischen Perspektive: „Bei der Zweischneidigkeit des gewaltigen Instrumentes [sc. des Papiergeldes] und bei der Furchtbarkeit der Folgen, die sein Mißbrauch hervorrufen kann, ist es begreiflich, daß manche Nationalökonomern ernste Zweifel geäußert haben, ob die *Erfindung des Papiergeldes* im Ganzen *mehr ein Segen, oder ein Fluch* der Menschheit zu nennen sei. Die Streitfrage ist insofern müßig, als kein reifes oder sich für reif haltendes Volk (und Individuum!) auf eine glänzende Wachstumsmöglichkeit darum verzichten wird, weil es fürchtet, der damit verbundenen Versuchung zu gefährlichem Mißbrauche nicht widerstehen zu können“ (S. 257 NHG). Wieder ist es also die Unaufhaltsamkeit des „Fortschritts“, die zu Liberalismus nötigt. Besonders ist Roschers unmittelbar folgender staatspolitischer Schluß: „Politisch ist die beste Schutzwehr gegen solche Versuchungen eine sog. gemäßigte Verfassung,

welche die oberste Staatsgewalt durch weise bemessene Gegengewichte nöthigt, jedes rechtmäßige Interesse zur Geltung, wenigstens zu Worte kommen zu lassen, und sich selbst nicht bloß der geschicktesten, sondern namentlich auch der geachteten Werkzeuge und Mittel zu bedienen“ (S. 257 f. NHG). „Was die wirtschaftliche Entwicklungsstufe betrifft“, die den Gebrauch von Papiergeld anempfiehlt, so sind es einerseits die „fortschrittlustigen Kolonialländer“, „sodann aber auch die sehr hochentwickelten, reichen Länder: nicht bloß weil ihre wirtschaftliche Volksbildung (!) sie vor den Gefahren des Papiergeldes schützen kann, sondern weil überhaupt der Reiche verhältnismäßig am wenigsten Geld braucht“ (S. 258 NHG). Man ist versucht zu schließen, für Roschers „hochentwickelte, reiche Länder“ gilt eben *nicht* mehr das Prinzip: „In God we trust, all others pay cash!“

Bezüglich der Banken liest man bei Roscher – wie üblich – seitenweise, ohne je auf den Staat zu treffen. Er betont, jede „Zettelbank“ muß „eine *Baarkasse* bereit halten, deren Größenverhältniß aber nicht durch eine allgemein gültige Ziffer ausgedrückt werden kann“ (S. 290 NHG). Hierauf stellt er – als Prinzipien ordnungsgemäßer Bankgeschäftsführung – Fristenkongruenzregeln auf und erklärt, eine nach solchen „Grundsätzen ... verwaltete Zettelbank ist *eine der gefahrlosesten Unternehmungen*“ (S. 300 NHG). „Von allen *Geldsurrogaten* ist eine gute *Banknote* das beste“ (S. 303 NHG). Die Peelsche Bankakte ist Roscher viel zu mechanistisch. „Das wahrhaft freien und gebildeten Völkern jedenfalls mehr angemessene Bankierprinzip (*banking principle*) ... beruht auf dem Grundsatz, daß man von der Bank weder eine doch unausführbare (!) ‚Beobachtung des Geldmarktes‘, noch eine, den Einzelnen freilich obliegende, patriotische Großmuth zur ‚Hebung des Verkehrs‘ verlangen darf, sondern nur Gerechtigkeit und Vernunft“ (S. 308 NHG). Vernunft des Bankkaufmanns schließt freilich bei Roscher die Berücksichtigung auch der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur ausdrücklich ein. Er ist für Konkurrenz auch unter den Notenbanken und vergleicht, für erstere nachteilig, das Monopol der Bank of England mit der Konkurrenz unter den schottischen Banken: „Und daß solches zur Ueberspannung ihres Credits ausarte, läßt sich durch eine gute Bankgesetzgebung und Justiz [man beachte: kein Wort von der Verwaltung] unschwer verhüten; ja die wechselseitige Beaufsichtigung der Banken, also der sachkundigsten, scharfsichtigsten Nebenbuhler (!), ist der beste Schutz dagegen“ (S. 316 NHG). „Die volle *Notenfreiheit*, in dem Sinne, daß jedermann beliebige Noten ausgeben dürfe ... mag gegenwärtig in Deutschland kaum noch Vertreter finden: obschon sie dem abstracten Liberalismus und Freihändlerthume unstreitig nahe liegt ... Jedes Geld als solches hat eine öffentliche Seite“ (S. 321 NHG). Aus solchen Formulierungen schloß man gern, Roscher sei gegen den Liberalismus aufgetreten, wobei man freilich verkennt, daß Roscher hier nur als Echo von Adam Smith fungiert. Auch das Lob der Banknote als preiswertes Surrogat von Metallgeld war ja genau eine Wiedergabe von Smith¹⁴. Denn Roschers „*Normativbedingungen* ein(es) allgemeine(n) Bankgesetz(es)“ sind wenig restriktiv und heute

¹⁴ *Smith 1776/1976*, II.ii.16–94, insbes. 24, 26, 30, 41.

Standard: „A. Ein nicht zu niedriges, voll eingezahltes *Stammkapital*. . . B. Sofortige *Einlösung* der zu diesem Zwecke präsentierten Noten . . . C. Verbot der zu *kleinen Appoints* . . . D. *Verbot aller unbankmäßigen Geschäfte* . . . E. Regelmäßige *Veröffentlichung* aller Thatsachen, deren Kenntniß zur Beurtheilung des Bankcredits nöthig ist . . . Ein staatliches *Controlamt* mit dem dazu gehörigen Amtsblatte sollte der Mittelpunkt aller Bankpublicationen sein, nachdem es schon bei Errichtung jeder neuen Bank deren Statut auf seine Uebereinstimmung mit den Gesetzen geprüft hätte“ (S. 329 f. NHG). Man beachte: bei Roscher *kein Konzessionssystem*, sondern ein bloßes Anmeldegewerbe mit hauptsächlichlicher Betonung der Informationspflichten. Roscher fordert noch: „F. Unmittelbar für den Staatsfiscus sollen freie Banken nur auf dem Wege der gewöhnlichen (!) *Besteuerung* ausgebeutet werden“ (S. 330 NHG), und warnt gleichzeitig vor den gefährlichen Folgen eines wechselseitigen „moral hazard“, welches zwischen Staat und Bank entsteht, wenn „eine Zettelbank sich vom Staate zu unbankmäßigen Geschäften in dem Grade bereden oder zwingen läßt, daß sie zur sofortigen Einlösung ihrer Noten nicht mehr im Stande ist“ (S. 333 NHG). Nicht ganz geheuer sind ihm schließlich „Die *Gründerbanken, crédits mobiliers*“, (S. 345 NHG), ohne daß er aber nach dem Staate ruft. Gerade in seiner Haltung zum Papiergeld und zum Bankgeschäft erweist sich somit Roscher durch und durch als „echter“ Liberaler.

IV. Informationsmängel und Anreizbedarfe statt externer Effekte

So, wie sich Rau in den geschilderten Beispielen präsentiert, wobei diese der „vermehrten und verbesserten“ Auflage von 1854 bzw. 1858 entnommen sind, war doch nur recht wenig davon zu erkennen, daß er „zur gewaltigen Aufgabe der Abschaffung der älteren, cameralistischen Wirtschaftspolitik“ wesentlich beigetragen hätte, daß er „Verwaltungsabschaffung durch Verwaltung“ propagiert hätte oder daß er „notfalls mit staatlicher Zwangsgewalt die Marktfreiheit durchzusetzen“ versucht hätte.¹⁵ Rau entpuppt sich noch 1854 viel eher als Vertreter eines patriarchalischen, spätbarocken Staates und im Außenhandel als purer Merkantilist. Bei Roscher hingegen wird die „historische Kunst“, die „geschichtliche Methode“, der „geschichtliche Standpunkt“ geradezu zur *Begründung für den Liberalismus*: „Ganz vornehmlich aber wächst mit der Kultur die Freiheit des Umlaufs . . . Die *freie Concurrenz* . . . ist die natürliche Folgerung aus den Grundsätzen der persönlichen Unabhängigkeit und des Privateigenthums. Sie . . . kommt zur Blüthe nur bei hochkultivirten Völkern“; und gerade auch „die Ausbildung des Geldverkehrs (läuft) mit der Entwicklung der persönlichen Freiheit parallel“.¹⁶ Unaufhaltsam, „unwiderruflich“ kommt es zu einer immer höheren Kapitalintensität der Produk-

¹⁵ So Priddat (1997), S. 34, 35, 36.

¹⁶ Roscher 1886, § 91, S. 218 f. und § 117, S. 286.

tion, in diesem Sinne also zu immer mehr Kapitalismus, das aber führt immer mehr zur Verbürgerlichung der Gesellschaft (denn „die Macht des Crediten, wie überhaupt des Kapitals, hängt wesentlich mit dem Bürgerthume zusammen“), eines Bürgertums, welches selbst die Landwirtschaft zu einer „Industrie, Kunst und Wissenschaft“ umgestaltet. Kapitalismus und Bürgertum bei einem „hochkultivirten“ Volk machen weiters wirtschaftspolitischen Liberalismus einerseits möglich, andererseits aber auch notwendig. Sie führen zur freien Wirtschaft im freien Staat, könnten wir epigrammatisch verkürzen.

Liberalismus ist aber nicht nur Folge, er ist selbst auch Ursache dafür, daß ein Volk „reift“. Die „volle Handelsfreiheit“ läßt „am schnellsten die Reize, Bedürfnisse und Befriedigungsmittel einwirken“. Liberalismus erzieht zur „Reife“.

Wo bleibt in dieser immer wieder vorgetragenen, zwangsläufig „materialistischen“ Sicht¹⁷ Roschers vielberufener „Volksgeist“? Bestenfalls werden wir häufig gemahnt, wie liberal und rechtsstaatlich – nach Roscher! – schon die Germanen waren. Es bedarf nur „der Wiederbelebung und zeitgemäßen Verwendung der uralten Grundsätze“. Außenhandelspolitik zum Beispiel geht den Weg von der „Handelsfreiheit“ zur „Handelsfreiheit“, unterbrochen lediglich durch ein (hoffentlich) kurzes Intermezzo eines, erzieherisch konzipierten, Protektionismus. Zwar heißt es: „eine nationale Eigenthümlichkeit der Deutschen“ sei es, „die aus England oder Frankreich eingeführte Regel der *Verkehrsfreiheit* durch zahlreiche Ausnahmen zu Gunsten der Staatseinmischung zu durchbrechen“;¹⁸ aber wohl nur die Regeln eines „abstracten“(!), das heißt nicht aus rechter historischer Erfahrung abgeleiteten „Liberalismus und Freihändlerthums“? Und schließlich ist das Vorbild bei Roscher doch immer – England. Oder ist für Roscher, der in seiner *Geschichte der National-Oekonomie in Deutschland* seitenweise deutsche Fürsten als große Ökonomen würdigt – insbesondere Friedrich Wilhelm I. in Preußen, aber auch „Friedrich M.“ – die liberale englische Wirtschaftspolitik gar Ausdruck eines *deutschen* Volksgeistes? War doch ein *deutscher* Fürst am Guy-Fawkes-Day 1688 in Torbay gelandet, um die patriarchalisch-staatsinterventionistischen Stuarts zu vertreiben; und waren es doch die Hannoveraner Georg I. und Georg II., welche den Whigs mit deren Motto „liberty and property“¹⁹ fünfundvierzig entscheidende Jahre lang zur fast ausschließlichen Herrschaft verhalfen, „liberty and property and the Protestant succession“ also? Der gebürtige Hannoveraner Roscher mag vielleicht so gedacht haben!

¹⁷ Zu der ökonomisch fundierten Theorie der Gesellschaftsentwicklung, man könnte sie eine „materialistische“ Geschichtsauffassung nennen, siehe *Erich W. Streissler* (1999), sowie *Peter Rosner*, „Karl Marx and the German Tradition“, im Druck.

¹⁸ *Roscher* 1874, S. 1014 f.

¹⁹ *H. T. Dickinson*, *Liberty and Property. Political Ideology in Eighteenth-Century Britain*, 1977. Wie „liberty and property“ das Motto des Whigs war, so war „the church and property“ das der Tories. In seinem Entwicklungsgesetz „1) Ausbildung der persönlichen Freiheit und des Privateigentums“ folgt somit *Roscher* ganz der englischen Ideologie des 19. Jahrhunderts.

Zurück zu eindeutiger Belegbarem. In den sehr liberal klingenden programmatischen Anfangsbemerkungen Raus zu seiner *Volkswirtschaftspolitik* – auch hier darf man seinen behaupteten Prinzipien, wie wir im Ergebnis gesehen haben, nicht zu viel Glauben schenken, da ja nach der Täuschung und Selbsttäuschung das wissenschaftstheoretische Programm nur die dritte Steigerungsstufe der Verhüllung durch den Wissenschaftler ist – in den besagten Anfangsbemerkungen begründet Rau den Staatseingriff im wesentlichen durch *externe Effekte*, nämlich dort, wo „1) die Bestrebungen der Einzelnen, ihren Vermögenszustand zu verbessern, durchgängig nicht wirksam genug seien, oder 2) der eigene Vortheil, den die Einzelnen hierbei verfolgen, oft nicht mit dem Gemeinwohle zusammentreffe und jene deshalb durch die Staatsgewalt gelenkt und gezügelt werden müssen“ (Rau 1854, S. 4). Externe Effekte werden dann von Rau auch häufig bedacht, z. B. als Grund für die „*Erhaltung der Wälder*“ (Rau 1854, S. 311 f.). Interessanterweise meint Rau, daß negative externe Effekte bei der Landwirtschaft häufiger aufträten als beim Gewerbe, und begründet damit eine gegenüber der „Landwirtschaftspflege“ stärker liberale Gewerbepolitik. Bezüglich der „Gewerke“ (sic!) gelte: „Dieselben kommen ungeachtet ihrer in mehrfacher Hinsicht stattfindenden Verschiedenheit doch in Ansehung der Hindernisse, welche von der Regierung hinweggeräumt, so wie der Beförderungsmittel, welche durch sie herbeigeführt werden können, größtentheils mit einander überein. Daher ist die Regierung der Mühe überhoben, für jedes einzelne Gewerk auf ähnliche Weise zu sorgen, wie es bei den Zweigen der Landwirtschaft Bedürfniß ist“ (Rau 1858, S. 1).

Bei Roscher hingegen werden negative externe Effekte kaum je nur irgend ausführlich behandelt. Ein Beispiel liefert in seiner *Nationalökonomik des Ackerbaues* die Stelle, in der – schon ziemlich am Ende – das Wort „Polizei“ zum ersten Mal fällt: „Eine positive oder negative Bevormundung der Landwirtschaft durch die *Polizei* ist um so weniger drückend, je seltener die Handlungen vorkommen, welche sie gebietet oder verbietet, je mehr sie bloß mittelbar den Privatwillen beschränkt, je mehr sie endlich mit Vortheilen verbunden ist, welche schon auf den ersten Blick einleuchten. Das letzte zeigt sich besonders auf solchem Gebieten, wo die Interessen Vieler in dem Grade solidarisch sind, daß die Nachlässigkeit eines Einzigen alle Sorgfalt der Uebrigen vereiteln würde. Also z. B. im Kampfe gegen Unkräuter, schädliche Thiere, ganz vornehmlich aber gegen Viehseuchen“ (S. 542 f. NA). Negative externe Effekte werden also zumal als Begründung dafür herangezogen, welche Eingriffe für die Betroffenen *einsichtig* sein werden. Schon der nächste Satz befaßt sich dann aber gleich mit Informations- und Anreizproblemen: „Jedenfalls, je kleiner, unwissender und ärmer die Landwirthe sind, umso mehr vertragen sie und bedürfen wohl gar der Vormundschaft des Staates . . . Ob eine an sich unzweifelhaft nützliche Neuerung ‚von selbst‘ eintreten wird, sobald ‚es Zeit ist‘, hängt viel zu sehr von der Empfänglichkeit und Initiative der Betheiligten ab, als daß man die Frage für Bauern allgemein bejahen könnte. Die zeitgemäße Form landwirtschaftlicher Polizeimaßregeln möchte jetzt in der Regel die Genossenschaft sein, die sich für gesetzliche Zwecke freiwillig, unter Umständen aber mit

Beitrittszwang für die Minorität, zu bilden, und dann nach einem gesetzlichen Statute zu richten hätte“ (S. 543 NA). Der Staat hat also die Aufgabe, Geburtshelfer des „Fortschrittes“ zu sein; aber auch hier zumal durch Hilfe zur Selbsthilfe. Daß Roscher für „*landwirtschaftliche Lehranstalten*“ ebenso wie für gewerbliche besonders eintritt, versteht sich fast von selbst. Denn für Roscher ist der *Informationsbedarf der Angelpunkt der Wirtschaftspolitik*.

Ist also für den einzelnen Wirtschaftstreibenden die Information zu heben und eine entsprechende Anreizstruktur zur Entwicklung zur „Reife“ zu fördern, so scheidet andererseits der Staatseingriff an der mangelhaften Information der Staatsorgane. Selbst für die Notenbank, so haben wir gesehen, ist die „Beobachtung des Geldmarktes“ „unausführbar“! Die behördliche Kontrolle der Grundstücksteilung scheidet, weil selbst „ideale Beamte“ nie „jeden einzelnen Fall von allen Seiten“ prüfen können. Der „Beamtenconsens“ wird „gewöhnlich zur bloßen Formsache“ (S. 481 NA). Bezüglich der Kontrolle von Aktiengesellschaften ist festzuhalten: „Oesterreich ist durch sein Concessionssystem ... nicht vor dem ärgsten Actienschwindel bewahrt worden! Auch während des ‚Krachs‘ von 1873 haben einzelne insolvente Banken die skandalösesten Manipulationen in Gegenwart des Regierungscommissärs geübt, ohne von diesem gehindert zu werden“ (S. 163 NHG). Selbst gut gemeinte Staatseingriffe sind noch lange nicht gut. Mangels des erforderlichen Verständnisses der Bürokratie entarten sie nur zu leicht zur Farce.

Roschers Theorie mangelnder Information ist sehr nahe verwandt mit derjenigen von *Friedrich A. v. Hayek* (1945); oder vielleicht sollten wir besser sagen, beide begründen nur näher einen bekannten Schlüsselsatz von Adam Smith in dessen Passage zur unsichtbaren Hand. Denn daß Roscher erstaunlich stark von Adam Smith abhängt, gerade in seinen volkswirtschaftspolitischen Ausführungen, haben wir in unseren Probebeispielen erkannt: Von der Begründung einer Nicht-Außenhandelspolitik über die Ausführungen zum Kornhandel bis zum Lobpreis auf die Banknote, zumal der der schottischen (!) Banken, lehnt er sich ganz und gar an Smith an. Der Schlüsselsatz von Smith lautet: „What is the species of domestick industry which his capital can employ, and of which the produce is likely to be of the greatest value, every individual, it is evident, can, in his local situation, judge much better than any statesman or lawgiver can do for him“.²⁰ Roschers implizite Begründung lautet: Im historischen Ablauf steigt mit zunehmender Kapitalintensität die Komplexität der Wirtschaft. Aber in der ebenfalls zunehmenden Arbeitsteilung der Berufe zwingt die zunehmende Konkurrenz die agierenden Wirtschaftssubjekte auch, diese zunehmende Komplexität zu lernen. Das ist ein wesentlicher Aspekt der „Reife“ einer Wirtschaft, anders ausgedrückt von Roschers Fortschritts glauben. Eben wegen dieser nur von der betroffenen Geschäftswelt gelernten Komplexität ist andererseits kein Außenstehender, kein Beamter, in der Lage, die Komplexität der modernen Wirtschaftswelt zu verstehen.

²⁰ *Smith* 1776/1976, IV.ii.10.

Roscher war sich evidentermaßen nicht voll bewußt, wie stark ausgeprägt seine eigenständige *Entwicklungstheorie der Wirtschaftsinformation* war. Ist es übertrieben anzunehmen, daß ein anderer Bewunderer von Adam Smith wie von Wilhelm Roscher, der Autodidakt Carl Menger, in seinen ja gerade Roscher gewidmeten *Grundsätzen* auch hier unter einem „einheitlichen Gesichtspunkte“ schreiben wollte, der den „allgemeinsten Lehren unserer Wissenschaft“ eigen sei, welche „zum nicht geringen Theile so recht eigentlich das Besitzthum der neueren (!) Entwicklungen der deutschen National-Oekonomie ist“²¹, also wohl eher von Roscher als dem damals schon sehr weit zurückliegenden Hufeland? Kurz gesagt: Versuchte Menger eine vereinheitlichende Theorie der Fülle von beispielhaften Aussagen zur historischen Entwicklung von Information bei Roscher aufzustellen? „Alle Dinge stehen unter dem Gesetz von Ursache und Wirkung ... Die fortschreitende menschliche Entwicklung hat nicht die Tendenz, dies Princip zu erschüttern, sondern vielmehr den Erfolg, dasselbe zu befestigen, die Erkenntnis des Gebietes seiner Geltung immer mehr zu erweitern und die unerschütterte und wachsende Anerkennung desselben ist somit geknüpft an den menschlichen Fortschritt“ (*Menger* 1871, S. 1), so beginnt seine Habilitationsschrift. Aber das Informationsproblem ist bei Menger der „Causal-Zusammenhang“ der *Gütererngung* für den Menschen. „Je weiter die Menschen ... fortschreiten, um so vielfältiger werden die Güterarten, um so vielfältiger ... die Verrichtungen, um so nothwendiger und ökonomischer auch die fortschreitende Theilung der Arbeit“ (*Menger* 1871, S. 2, S. 28). Entscheidend sei für die Menschen „die fortschreitende Erkenntnis des ursächlichen Zusammenhanges der Dinge mit ihrer Wohlfahrt“ (*Menger* 1871, S. 29). Es ist verständlich, daß sich Roscher in dieser Mensch-Ding-Begründung wirtschaftlicher Informationsprobleme nicht wiedererkannte. Für ihn entsteht das zentrale Informationsproblem in der Wirtschaft aus der *zunehmenden Komplexität zwischenmenschlicher Beziehungen*; diese sind von den einzelnen zu lernen; und das ist keineswegs weniger subjektivistisch, ja auch keineswegs weniger individualistisch gedacht als bei Menger, nur eben ein anderer, gleichwertiger Denkansatz.²² Daß dieser durchaus auch dem Denken der österreichischen Schule entsprach, erkennen wir daraus, wie sehr deren Mitglieder gerade immer wieder auf Roschers Ansätze zurückgriffen, auf Roscher, den sie ja bekanntlich ebenso, wenn nicht sogar mehr lasen als die bald vergriffenen *Grundsätze* Carl Mengers.

²¹ *Menger* 1871, S.X.

²² *Vaughn*, *Austrian Economics in America*, 1994, ch. 2, sieht zwar, wie stark *Menger* in der sog. „älteren historischen Schule“ wurzelt, glaubt jedoch fälschlich, daß *Mengers* Sicht mangelhafter Information als solche im *Gegensatz* zu *Roscher* stand, während der Unterschied vielmehr nur in der *verschiedenen Begründung* dieses Phänomens liegt.

Literaturverzeichnis

- Braudel, F.P./Spooner, F.* (1967), „Prices in Europe from 1450–1750“, in: *The Cambridge Economic History of Europe*, vol. IV, E. E. Rich und C. H. Wilson (Hrsg.), Cambridge, Cambridge Univ. Press, Kapitel VII, S. 374–575.
- Dickinson, H.T.* (1977), *Liberty and Property. Political Ideology in Eighteenth-Century Britain*, London, Methuen.
- Friedman, Milton* (1953), „The Case for Flexible Exchange Rates“, in: ders., *Essays in Positive Economics*, Chicago und London, Chicago Univ. Press, S. 157–203.
- Gerschenkron, Alexander* (1977), *An Economic Spurt that Failed, Four Lectures on Austrian History*, Princeton, N.J., Princeton Univ.Press.
- von Hayek, Friedrich August* (1945), „The Use of Knowledge in Society“, *American Economic Review* 35, S. 519–530.
- Menger, Carl* (1871), *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, Wien, Braumüller.
- Mill, John Stuart* (1848), *Principles of Political Economy with Some of their Applications to Political Philosophy*, London, Parker.
- von Neumann, John/Morgenstern, Oskar* (1944), *Theory of Games and Economic Behavior*, Princeton, N.J., Princeton Univ. Press.
- Posner, Richard A.* (1998), *Economic Analysis of Law*, 5. Auflage, New York, Aspen (1. Aufl. 1972).
- Priddat, Birger P.* (1997), „Volkswirtschaftspolizei bzw. -politik als Kunstlehre der Beamtenjuristen. Zur Theorie und Praxis der ‚angewandten Volkswirtschaftslehre‘ im frühen deutschen 19. Jahrhundert“, in: *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XVI*, E.W. Streissler (Hrsg.), *Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. 115/XVI*, Berlin, Duncker und Humblot, S. 17–42.
- Rau, Karl Heinrich* (1828), *Grundsätze der Volkswirtschaftspflege mit anhaltender Rücksicht auf bestehende Staatseinrichtungen*, Heidelberg, Karl Winter.
- (1854), *Grundsätze der Volkswirtschaftspolitik mit anhaltender Rücksicht auf bestehende Staatseinrichtungen*, 4. Auflage von Rau (1828), Heidelberg, Karl Winter.
 - (1858), „Zweite Abtheilung“ [zweiter, der Industriepolitik gewidmeter Halbband] von Rau (1854), Leipzig und Heidelberg.
- Roscher, Wilhelm* (1861), „Zur Lehre von den Absatzkrisen“, in: ders., *Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte*, Leipzig, C.F. Winter, Aufsatz VI, S. 279–398 (ursprüngliche Fassung des Aufsatzes: 1849).
- (1871), *Betrachtungen über die geographische Lage der großen Städte*, Leipzig, Hinrichs.
 - (1873), *Nationalökonomik des Ackerbaues und der verwandten Urproductionen. Ein Hand- und Lesebuch für Staats- und Landwirthe*, 7. Auflage, Stuttgart, Cotta.
 - (1874), *Geschichte der National=Oekonomik in Deutschland*, München, Oldenbourg.
 - (1881), *Nationalökonomik des Handels und Gewerbefleißes. Ein Hand- und Lesebuch für Geschäftsmänner und Studierende*, Stuttgart, Cotta.

- (1886), *Grundlagen der Nationalökonomie. Ein Hand- und Lesebuch für Geschäftsmänner und Studierende*, 18. Auflage, Stuttgart, Cotta.
- Rosner, Peter*, „Karl Marx and the German Tradition“, Manuskript im Druck.
- Smith, Adam* (1776 / 1976), *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, London 1776, Ausgabe R.H. Campbell und A. S. Skinner (Hrsg.), Oxford 1976 („Glasgow Edition“), Clarendon Press 1996.
- Streissler, Erich W.* (1994), „Roscher als führender Wirtschaftstheoretiker“, in: *Vademecum zu einem Klassiker der historischen Schule*, Düsseldorf, Verlag Wirtschaft und Finanzen, S. 37–121.
- (1999), „Wilhelm Roscher 1817–1894“, in: *Edward Elgar Companion to Law and Economics*, Aldershot, Edward Elgar.
- Streissler, Erich W. / Streissler, Monika* (1994), Hrsg., *Carl Menger’s Lectures to Crown Prince Rudolf of Austria*, Aldershot, Edward Elgar.
- Vaughn, Karen J.* (1994), *Austrian Economics in America. The Migration of a Tradition*, Cambridge, Cambridge Univ. Press.

Wilhelm Roscher und das Distributionsproblem der Volkswirtschaftslehre*

Von *Karl-Heinz Schmidt*, Paderborn

I. Das Distributionsproblem der Volkswirtschaftslehre – Dimensionen und Methoden

Was bleibt noch zu sagen über Wilhelm Roscher, nachdem so viele – auch neue – Beiträge über diesen zu seiner Zeit erfolgreichsten deutschen Lehrbuchautor geschrieben worden sind? Bertram Schefold beschreibt ihn im „New Palgrave“ (1987) „... as one of the most important German economists of his time“¹, und nach Erich Streisslers Auffassung (1991) ist „Wilhelm Roscher als führender Wirtschaftstheoretiker“ seiner Zeit anzusehen.² Auch die von Jürgen Backhaus durchgeführten Heilbronner Symposien³ sowie die von Birger Priddat herausgegebenen Beiträge zur Geschichte der deutschen Nationalökonomie⁴ heben bisher weniger beachtete Aspekte in Roschers Werk hervor. Dennoch bleiben Fragen offen. Dazu zählt auch die Frage, welche Bedeutung das von Ricardo als „Hauptproblem der Volkswirtschaftslehre“⁵ hervorgehobene Verteilungsproblem in Roschers Werk hat.

* Den Mitgliedern des Dogmenhistorischen Ausschusses, die sich an der Diskussion zu meinem Vortrag während der Tagung in Ulm am 14. Mai 1999 beteiligten, möchte ich nachdrücklich danken. Besondere Anregungen erhielt ich durch die Voten der Herren Backhaus, Helmstädter, Heuss, Rieter, Spahn, Streissler, van Suntum und des Vorsitzenden Scheer. Dabei wurde zum einen das Verhältnis von funktioneller und personeller Verteilung in Roschers Werk erörtert, zum anderen die Bedeutung der Verfügungsrechte und der Einfluß des Staates und nichtstaatlicher Organisationen erörtert. Die Anregungen sind durch ergänzende Hinweise und Fußnoten in den Text aufgenommen worden.

¹ *Schefold*, B.: Roscher, Wilhelm Georg Friedrich, in: *The New Palgrave. A Dictionary of Economics*, Vol. 4, London, New York, Tokyo 1987, p. 221.

² *Streissler*, E. W.: Wilhelm Roscher als führender Wirtschaftstheoretiker, in: Schefold, B. u. a. (Hrsg.): *Die Handelsblatt-Bibliothek „Klassiker der Nationalökonomie“*, Vademecum zu einem Klassiker der Historischen Schule, Düsseldorf 1994, S. 37 – 121.

³ *Backhaus*, J. (ed.): *Sixth Annual Heilbronn Symposium in Economics and the Social Sciences: Wilhelm Roscher (1817–1894). A Centenary Reappraisal*, Heilbronn (Germany), June 23 – 26, 1994.

⁴ *Priddat*, B.P.: *Produktive Kraft, sittliche Ordnung und geistige Macht. Denkstile der deutschen Nationalökonomie im 18. und 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie*, hrsg. v. B.P. Priddat, Marburg 1998.

⁵ *Ricardo*, D.: *Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung*, 3. Auflage, Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, hrsg. v. H. Waentig, Jena 1923, Vorwort, S. 6.

Damit werden zwei Teilfragen zugleich gestellt: (1) Welche Auffassung bekundete Roscher zum Distributionsproblem der Volkswirtschaftslehre? (2) Wie ist Roschers Auffassung zum Distributionsproblem von zeitgenössischen und nachfolgenden Autoren und Schulen der Volkswirtschaftslehre aufgenommen worden?

Seitdem Erich Preiser das Distributionsproblem der Volkswirtschaftslehre in seinem grundlegenden Beitrag über „Distribution“ (1959) knapp und klar umrissen hat,⁶ ist die Warnung deutlich geworden, vor jeder Untersuchung der Distribution zu klären, was zu verteilen ist und wie die Verteilung gemessen werden soll. Also müssen die Dimensionen der Verteilung und die Methoden der Verteilungsanalyse dargestellt werden. Erich Preiser erkennt den Gegenstand der Verteilung im Einkommen und deren Bestimmungsgründe in natürlichen und gesellschaftlichen Faktoren. Die Methoden der Verteilungsanalyse sieht er – wegen des statischen Charakters der Grenzproduktivitätstheorie – als ergänzungsbedürftig an, einerseits um die Einkommensverteilung als dynamisches Problem zu analysieren, andererseits um nicht nur die Höhe der Faktorpreise und funktionellen Einkommen, sondern auch die Anteile der Produktionsfaktoren am Volkseinkommen zu erklären und damit Ricardos Fragestellung wieder aufzunehmen.⁷

Über Ricardo hinausgehend stand jedoch in der deutschen Volkswirtschaftslehre die Frage im Vordergrund, wie die Verteilung gestaltet werden soll, d. h. wer wieviel erhalten soll. Damit wurde das Problem der „gerechten“ Verteilung hervorgehoben. Bereits J.H. von Thürens Lohnformel war Ausdruck der Suche nach einer Lösung dieses materiellen Verteilungsproblems. Sie lenkte die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Besitzverteilung und der zugrundeliegenden Verfügungsrechte, andererseits auf die Möglichkeiten des Staates und nichtstaatlicher Organisationen, die Verteilung durch zielkonforme Maßnahmen zu verändern. Dabei wurden systemkonforme, z.T. nichtstaatliche Maßnahmen empfohlen, jedoch zum anderen – im Zuge des Sozialismus – Änderungen des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems gefordert. Die Vorstellung der „gerechten Verteilung“ wurde somit nicht auf das Einkommen beschränkt, sondern auf die Beteiligung an der Verfügung über Vermögen bzw. Ressourcen der Volkswirtschaft und an den Entscheidungen über deren Verwendung erweitert. So ergab sich die intensive Diskussion über den Einfluß wirtschaftlicher Macht auf die Verteilung. Die Konflikte wurden überwiegend in dem Verhältnis von Distribution und Allokation, jedoch im Prozeß von Wachstum und Konzentration zunehmend auch im Verhältnis von Distribution und Stabilisierung gesehen.

Dennoch erweist sich Roschers Ansatz zur Behandlung des Distributionsproblems breiter und vielseitiger. Als Dimensionen der Verteilung sieht er nicht nur das Einkommen an, sondern auch die Güter und die damit zu befriedigenden Bedürfnisse. Zum anderen bezieht er die Einkommensverwendung in die Betrachtung

⁶ Preiser, E.: Distribution I (Theorie), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HdSW), Band 2, Göttingen u. a. 1959, S. 620 – 635.

⁷ Ebenda, S. 628.

der Verteilung ein, denn er behandelt die Folgen des Konsums, der Vermögensbildung und Versicherung in enger Verknüpfung mit der Faktorpreisbildung und der funktionellen und personellen Einkommensverteilung.⁸

Auch hinsichtlich der Methoden läßt Roscher ein breiteres Spektrum erkennen als etwa Preiser. Zwar weist Preiser ausdrücklich auf die makroökonomische dynamische Verteilungstheorie hin,⁹ doch enthalten Roschers Ausführungen zum Verteilungsproblem nicht nur theoretische, mikro- und makroökonomische Aussagen zur Einkommensverteilung, sondern auch empirisch-historische Daten und deren theoriegeleitete Interpretation. Gerade weil der Begründer der älteren historischen Schule nicht nur die Lehren von Adam Smith und der klassischen Nationalökonomie übernehmen und anwenden wollte, sondern eine dynamische, den historischen Wandel des Wirtschaftens einbeziehende Untersuchungsmethode anstrebte, ging er über die klassischen Dimensionen und Methoden zur Untersuchung der Verteilung hinaus.

Diese Vorbemerkungen zu Roschers Werk riefen anläßlich der Ulmer Tagung des Dogmenhistorischen Ausschusses unterschiedliche Stellungnahmen hervor. Dabei knüpfte Erich W. Streissler an Roschers Interpretation des Begriffs „Gerechtigkeit“ an, derzufolge das Volkseinkommen nach den produktiven Beiträgen der Produktionsfaktoren verteilt werden müsse. Somit schließe Roschers Vorstellung einer „gerechten“ Einkommensverteilung die Verpflichtung zur Gleichbehandlung ein, gegebenenfalls auch unter Kontraktionszwang. Andererseits müsse man beachten, daß Roscher überwiegend systemkonforme Maßnahmen zur Änderung der Einkommensverhältnisse und zur Förderung des Wettbewerbs empfohlen habe, zum Beispiel die zu Roschers Zeit nicht ungewöhnlichen Fabrikinspektoren. Heinz Rieter vermutete, daß Roscher eher eine soziologische Theorie der Verteilung vorschwebte, da er keine nachvollziehbare Erklärung der personellen Verteilung geboten habe, wohl aber hervorgehoben habe, daß die Gesellschaft stabil sein solle. Daran knüpfte Christian Scheer mit der Bemerkung an, daß Roscher das Distributionsproblem überwiegend mit Hilfe normativer Theorie zu lösen versuchte.

Um Roschers Position zu belegen, werden die zuvor genannten Teilfragen auf folgende Problemaspekte ausgerichtet:

- (1) Welche Elemente einer dynamischen Analyse des Distributionsproblems sind in Roschers Werk erkennbar?
- (2) Welche Sichtweisen zeichnen sich bei der dogmenhistorischen Einordnung von Roschers Beiträgen zur Untersuchung der funktionellen, personellen und intertemporalen Verteilung ab?

⁸ Roscher, W.: Grundlagen der Nationalökonomie. Ein Hand- und Lesebuch für Geschäftsmänner und Studierende, 26. Auflage, Stuttgart und Berlin 1922, S. 438 ff.

⁹ Preiser, E. (1959), S. 627 ff.

II. Roschers Sichtweise des Distributionsproblems

Während in neueren Verteilungsanalysen die Veränderungen der Einkommensarten und der Anteile der Faktoreinkommen am Volkseinkommen im Wachstumsprozeß den zentralen Gegenstand bilden, ging Roscher von den Bedürfnissen der Menschen aus und fragte nach der Verteilung der Güter.¹⁰ Zwar wird auch in der Einkommensverteilungstheorie der Gegenwart die Frage, „für wen“ die Güter einer Volkswirtschaft produziert werden,¹¹ zu den Grundproblemen jeder Gesellschaftsordnung gezählt, doch nahm Roscher unmittelbar auf die durch Einkommen vermittelte Verfügungsmacht über Güter Bezug, denn deren Zweck sei die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse.¹² Darin erkannte Roscher das Distributionsproblem, nämlich die unterschiedliche Ausstattung der Personen mit Einkommen und dadurch vermittelter Verfügungsmacht. Deshalb verknüpfte er seine Erläuterungen zur Entstehung und Struktur der funktionellen Einkommen mit Hinweisen auf die personelle Einkommensverteilung und die Einkommensverwendung, im besonderen für Konsum, Sparen und Versicherung, also für Gegenwarts- und Zukunftskonsum.¹³

Roschers Sichtweise des Distributionsproblems läßt sich anhand seiner „Grundlagen der Nationalökonomie“ wie folgt belegen:

(1) „Jeder Mensch hat zahllose Bedürfnisse, ... namentlich Natur-, Anstands- und Luxusbedürfnisse.“¹⁴

(2) „Vermögen ist die Summe aller wirtschaftlichen Güter, welche sich im Eigentum einer physischen und juristischen (realen oder idealen) Person befinden, nachdem man ihre Schulden ab-, ihre wertvollen Forderungsrechte zugerechnet hat.“¹⁵

(3) „Jedes Einkommen besteht aus Produkten (Arbeitserfolgen oder Vermögensnutzungen).“¹⁶

(4) „Die Gerechtigkeit fordert, ... daß jedermann folglich genau dieselbe Quote des Volkseinkommens genießt, wie seine Person oder rechtmäßige Habe zu dessen Entstehung beigetragen“ (hat).¹⁷

(5) „Wie nun das reine Volkseinkommen nach den drei großen Faktoren jeder wirtschaftlichen Produktion in drei große Zweige zerfällt, Grundrente, Arbeitslohn,

¹⁰ Roscher, W.: Grundlagen... , S. 438 ff.

¹¹ Scheele, E.: Einkommensverteilung I. Theorie, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW), Band 2, Stuttgart u. a., 1988, S. 257 – 285, hier S. 257.

¹² Roscher, W., 1922, S. 438.

¹³ Ebenda, S. 627 ff.

¹⁴ Ebenda, S. 1.

¹⁵ Ebenda, S. 17.

¹⁶ Ebenda, S. 438.

¹⁷ Ebenda, S. 447.

Kapitalzins: so läßt sich auch das reine Einkommen jeder selbständigen Privatwirtschaft auf einen oder mehrere dieser Zweige zurückführen . . . Wir mögen bei jedem von ihnen fragen: nach seiner absoluten Größe, nach seinem Verhältnis zum Volkseinkommen im ganzen, zur Größe des Produktionsfaktors, dessen Bezahlung er bildet, zur Anzahl und Bedürfnismenge der Menschen, von welchen er bezogen wird.“¹⁸

(6) „Mit dem Steigen der volkswirtschaftlichen Kultur pflegt sich der persönliche Unterschied der drei Einkommenszweige immer schärfer auszubilden.“¹⁹

(7) „Die beste persönliche Einkommensverteilung im Volke ist diejenige, welche dasselbe in, stand setzt, die größte Menge wahrer Güter zu genießen und nachhaltig weiter zu produzieren.“²⁰

(8) „Zur wirtschaftlichen Blüte des Volkes muß. . . eine Harmonie der großen, mittleren und kleinen Einkommen die unentbehrliche Voraussetzung heißen.“²¹

(9) „Daß der Staat auch auf die persönliche Einkommensverteilung mächtig einzuwirken vermag, ist unzweifelhaft.“²²

(10) „Wollte ein Volk alles dasjenige sparen, was ihm seine dringendsten Bedürfnisse übrig lassen, so würde es bald vermehrten Absatz im Auslande suchen, oder Kapital dahin verleihen müssen, würde aber an Lebensfreude und höherer Bildung durchaus nicht fortschreiten. Umgekehrt, wollte es gar nicht sparen, so könnte es seine Genüsse bloß auf Kosten seines Kapitals, seiner Zukunft erweitern.“²³

(11) „Namentlich kann eine Staatsregierung. . . durch Zwang zur Teilnahme das wohlthätige Bedürfnis der Versicherung anerkennen und sofort die zur wahren Sicherheit nötige Ausdehnung der Anstalt beschaffen. . .“²⁴

(12) „Mit jeder großen wirtschaftlichen Veränderung sind als Ursache und Wirkung allerlei politische, soziale etc. Umgestaltungen verbunden, die fast niemals ohne Bedenken und Beschwerden vor sich gehen. . . Diese Klassen widersetzen sich nun dem Fortschritte; es bedarf eines Kampfes, um ihn durchzuführen.“²⁵

Roscher verknüpft mithin die statische Betrachtung der funktionellen und personellen Verteilung von Verfügungsrechten, Vermögen und Einkommen mit der dynamischen Betrachtung der Verteilung unter dem Einfluß von Änderungen der Bevölkerung, der Kapitalbildung, des technischen Wissens und der Wirtschaftsordnung (vgl. Übersicht 1). Er weist auf kurz- und langfristige Veränderungen der Ein-

¹⁸ Ebenda, S. 448.

¹⁹ Ebenda, S. 622.

²⁰ Ebenda, S. 627.

²¹ Ebenda, S. 636.

²² Ebenda, S. 648.

²³ Ebenda, S. 682.

²⁴ Ebenda, S. 719.

²⁵ Ebenda, S. 862.

kommens- und Vermögensverteilung hin und hebt deren Rückwirkungen auf die Entwicklung und Struktur des Sozialprodukts hervor. Er ergänzt seine Aussagen durch z.T. umfangreiche Quellenhinweise und historische Beispiele. Sowohl durch die zitierte Literatur als auch durch seine theoriegeleitete Argumentation erweist Roscher sich weitgehend als Anhänger der verteilungstheoretischen Aussagen von Adam Smith. Jedoch geht er zugleich darüber hinaus, indem er die Folgen von Absatzkrisen und veränderten Produktionsmethoden für die Einkommensverteilung sowie deren Rückwirkungen auf die Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in die Betrachtung einbezieht.

Um dies zu erkennen, muß der Leser neben den „Grundlagen...“ auch Roschers Arbeiten über die Maschinenindustrie, den Luxus, die Armenpflege und Armenpolitik sowie seine Ausführungen über das Versicherungswesen und die Aufgaben des Staates berücksichtigen. Dabei werden die Gründe für die positive Beurteilung von Roschers Arbeiten durch viele seiner zeitgenössischen Fachkollegen sichtbar: die treffende Kennzeichnung der langfristigen Wandlungen der Distribution und die Hervorhebung der Interdependenzen zwischen Verteilung und Wachstum des Sozialprodukts. So hob G. Schmoller hervor, „... daß Roscher der ganzen älteren sogenannten klassischen Nationalökonomie in den liberalen Grundanschauungen und in der Gestaltung ihrer wichtigsten dogmatischen Lehren sympathisch und anerkennend, ja fast bewundernd gegenübersteht.“²⁶ Aber obwohl Roscher zu seinem Lehrer Karl Heinrich Rau „vollends ein Pietätsverhältnis“ gehabt habe, sei er über Rau hinausgegangen, indem er als „weitblickender vorsichtiger Historiker“ geurteilt habe.²⁷ In seinen Untersuchungen des Ackerbaus und des Handels- und Gewerbefleißes habe Roscher darüber hinaus „Neues, Epochenmachendes“ geschaffen.²⁸ Ebenso positiv beurteilte Schmoller auch Roschers „Geschichte der Nationalökonomie in Deutschland“. Diese Arbeit sei „... vor allem eine gelehrte, bibliographisch erschöpfende“.²⁹

Roschers Sichtweise des Distributionsproblems wurde ebenfalls positiv beurteilt. Sie erweist sich zugleich als erstaunlich modern, wenn man seine Begriffe und Darstellungen der kurz- und langfristigen Veränderungen der Einkommensverteilung mit der gegenwärtigen verteilungstheoretischen Grundlagenliteratur vergleicht.³⁰ Häufig geht er sogar über die Aussagen neuer Verteilungsanalysen hinaus. Das wird in den folgenden Abschnitten deutlich. Dabei wird an der dogmenhistorischen Auffassung festgehalten, vom Subjekt des Autors auszugehen und

²⁶ Schmoller, G.: Zur Litteraturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaften, Leipzig, 1888, S. 153.

²⁷ Ebenda, S. 154.

²⁸ Ebenda, S. 157.

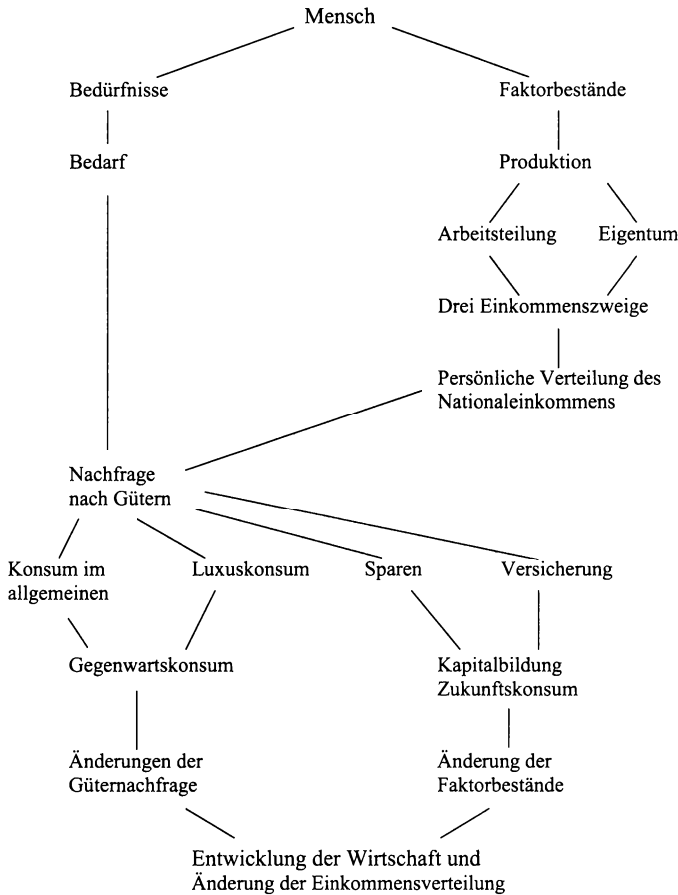
²⁹ Ebenda, S. 160.

³⁰ Z. B. Blümle, G.: Theorie der Einkommensverteilung. Eine Einführung. Heidelberg u. a. 1975; Ramser, H.J.: Verteilungstheorie, Heidelberg u. a. 1987; Külp, B.: Verteilung, Theorie und Politik, 3. Auflage, UTB 308, Stuttgart, Jena, 1994.

seine Aussagen so darzustellen, wie er sie unter den Rahmenbedingungen seiner Zeit getroffen hat. Der Vergleich mit den Lehren früherer oder späterer Autoren wird erst danach angestrebt.

Zu den verteilungstheoretischen Grundlagen in Roschers Werk wurden jedoch anlässlich der Tagung des Dogmenhistorischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik in Ulm einschränkende Stellungnahmen vorgetragen. Dazu zählte sowohl Heinz Rieters Feststellung, daß bei Roscher keine Theorie der personellen Verteilung erkennbar sei als auch der Hinweis von Ernst Helmstädter, Rolf Spahn und weiteren Diskussionsteilnehmern auf die Bedeutung der Produktivität als Bestimmungsgrund der funktionellen Verteilung in Roschers Aussagen zum Distributionsproblem. Nach Helmstädters Eindruck hat Roscher indessen zu wenig zum Ausdruck gebracht, daß die Grenzproduktivität für die Einkommensverteilung maßgeblich ist; Roscher habe das Zurechnungsproblem der Grenzproduktivitätstheorie „beiseite geräumt“; auch habe er, indem er die Verteilung an die Beiträge der Person oder der rechtmäßigen Habe knüpfte, nicht auf die Relation der Besitzverhältnisse in Vergangenheit und Zukunft hingewiesen; es sei nicht klar, ob Roscher die bestehenden Besitzverhältnisse rechtfertigen wollte. Ulrich van Suntum erweiterte die Perspektive, indem er auf die vergleichende Darstellung von Nutzenverteilungen hinwies; jedoch wird der Aussagewert solcher Vergleiche von Sozialprodukt und Umverteilung durch die Annahme der kardinalen Nutzenmessung stark eingeschränkt. Das Dilemma zwischen Einkommen und Gerechtigkeit bleibt somit ungelöst. Gleichwohl können auf diesem Wege unterschiedliche Gerechtigkeits- und Umverteilungsnormen anschaulich dargestellt werden, wie auch neuere Lehrbücher zeigen.³¹ Rolf Spahn machte dagegen auf das Problem aufmerksam, das in dem Einfluß der ungleichen Einkommensverteilung auf die Stabilität des Gleichgewichtssystems besteht. Wenn eine ungleiche Besitzverteilung – durch die nach der Produktivität bemessenen funktionellen Einkommen – zu einer Verstärkung der Einkommensungleichheit führt, können sich daraus Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ergeben. Daher sind kompensierende verteilungspolitische bzw. wirtschaftspolitische Maßnahmen erforderlich.

³¹ Vgl. van Suntum, U.: Die unsichtbare Hand. Ökonomisches Denken gestern und heute, Berlin u. a., 1999, S. 35 ff.; Blankart, Ch.B.: Öffentliche Finanzen in der Demokratie, 3. Auflage, München 1998, S. 81 ff.

*Übersicht I***Roschers Sichtweise des Distributionsproblems**

III. Die Entstehung und Verteilung der Einkommen und Güter

1. Die Voraussetzungen der Güterproduktion und Einkommensverteilung

Roscher bereitet seine Aussagen über die Einkommensverteilung in den „Grundlagen...“ vor, indem er zunächst die Produktionsfaktoren äußere Natur, Arbeit und Kapital abgrenzt und auf ihre Fähigkeiten hin untersucht, „Tauschwert zu erlan-

gen“, d. h. durch ihre Produktivität zum Nationaleinkommen beizutragen und nach Maßgabe ihrer relativen Seltenheit bewertet zu werden.³² Die Naturkräfte gliedert er in appropriierbare und nicht appropriierbare Gaben der Natur. Letztere ordnet er den freien Gütern oder – sofern sie eine unübertragbare Verbindung mit einer gesamten Volkswirtschaft aufweisen – dem Volksvermögen zu. Für die appropriierbaren Naturgaben gilt dagegen die Stufenfolge: Übergang ins Privateigentum – Bewertung nach der relativen Seltenheit – Ermittlung des Tauscherts. Dabei kann es sich um bewegliche oder an Grundstücke festgebundene Gaben der Natur handeln. Für die Nutzung der letztgenannten stellt Roscher entweder eine unveränderliche Nutzungsintensivität oder die Geltung des Ertragsgesetzes fest. Dabei beruft er sich auf Senior, aber auch auf Steuart und J.S. Mill, doch erwähnt er hierbei nicht J.H. von Thünen. Eindringlich lehnt er die gegen das Ertragsgesetz vorgebrachten Einwände sozialistischer Autoren ab, im besonderen August Bebels Vorwurf, das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages sei nur eine „Schrulle des schülerhaft oberflächlichen, pfäffisch deklamierenden Plagiators“ Malthus. Jedoch seien die Behauptungen von A. Bebel und K. Kautsky, daß eine streng einheitliche, gemeinwirtschaftliche Organisation den höchstmöglichen Grad der Ausnutzung der Naturbedingungen herbeiführen werde, auf unbewiesene und willkürliche Voraussetzungen gegründet.³³ Roscher hält am Ertragsgesetz fest und begründet damit das Realeinkommen des Produktionsfaktors Boden. Er unterscheidet die Ertragswirkungen eines erhöhten Aufwands an Arbeit und Kapital bei gegebener Produktionstechnik und bei Verbesserungen der Technik.³⁴

Die Produktivität der menschlichen Arbeit sieht Roscher zwar ebenfalls als Wirkung der Faktorkombinationen und der Technik an, doch hebt er besonders den Zusammenhang zwischen dem Lohnsystem und der Arbeitsproduktivität hervor: „Die Arbeitslust der Menschen wird vorzugsweise davon bedingt, in welcher Ausdehnung und mit welcher Sicherheit sie die Früchte ihres Fleißes selber zu genießen hoffen.“³⁵ Er vergleicht den Sklaven mit dem Zeitlöhner und dem Stücklohnempfänger und sieht Vorteile des Stücklohns vor allem in Wirtschaftszweigen mit großen Produktionsmengen, Nachteile dagegen in der Produktion qualifizierter Leistungen. Die Mängel des Stücklohns könnten durch den Akkordlohn z.T. behoben werden, doch werde der Fleiß der Arbeiter noch stärker angespornt, wenn der Arbeiter auf eigene Rechnung beschäftigt und der Gewinn verteilt wird. Dadurch könne zugleich der Interessenkampf zwischen Arbeitern und Unternehmern abgeschwächt werden. Jedoch seien die Voraussetzungen dafür nur in Wirtschaftszweigen gegeben, in denen die Güte der Arbeit den Erfolg mehr bestimme als die Größe des Kapitals.³⁶

³² Roscher, W., 1922, S. 86 ff.

³³ Ebenda, S. 95.

³⁴ Ebenda, S. 94.

³⁵ Ebenda, S. 107.

³⁶ Ebenda, S. 108 f.

Zu den weiteren Bedingungen einer Gewinnbeteiligung zählte Roscher vor allem die Bildung und den Einfluß der Arbeiter auf die Entwicklung der Unternehmung. Auch Übersichtlichkeit des Geschäfts, gegenseitiges Vertrauen von Arbeitnehmern und Unternehmern, Reservefonds oder ein gewisses Vermögen der Arbeiter für den Fall der Verlustbeteiligung seien Voraussetzungen für die Gewinnbeteiligung bzw. den „Quotenlohn“, d. h. einen Gewinnanteil oder einen Investivlohn der Arbeiter. Er eigne sich deshalb vor allem für aufsichtsführende und sehr tüchtige Arbeiter.³⁷ „Jedenfalls sollte man bei der Gewinnbeteiligung die verantwortlichsten Beamten am stärksten bedenken, die Stücklöhner am schwächsten, die Zeitlöhner dazwischen in der Mitte“³⁸ Der „Tantiemenlohn“ sei zwar ein treffliches Mittel gegen Proletariernot“, doch sei es zweifelhaft, ob man den Arbeiter hinsichtlich seines Lohnes jeweils auf den Erfolg des Unternehmens verweisen könne.

Roscher gibt hiermit zugleich ein Beispiel für die Verwendung seiner „historischen Methode“: er relativiert die empirische Beobachtung, indem er auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Reaktionen von Arbeitern und Unternehmern in den Entwicklungsphasen der Volkswirtschaft hinweist: „In Despotien und Anarchien wird selbst der Fleißigste zuletzt entmutigt. Auf der anderen Seite gibt auch die größte Sicherheit in einem fatalistischen Volke keinen genügenden Sporn.“³⁹

Andererseits weist Roscher auf die Interdependenz zwischen Lohnhöhe, Produktivität und sozialen Verhältnissen der Arbeiter hin. Er hebt den Effizienzlohngedanken hervor, indem er schreibt: „Ein Arbeiterstand, welchen man verachtet, menschenunwürdig belohnt, wird fast sicher durch die Schlechtigkeit seiner Arbeit dem entsprechen; meist auch umgekehrt. . . . Regelmäßig entspricht es daher auf die Länge dem eigenen Interesse der Unternehmer, ihre Arbeiter gut zu bezahlen.“⁴⁰

Weniger ausführlich nimmt er dagegen zu dem Produktionsfaktor Kapital Stellung. Er erläutert verschiedene Kapitalbegriffe, weist auf ihre Geschichte hin und hebt die Entstehung des Kapitals durch Ersparnisse sowie Wertsteigerungen durch Kulturfortschritte und Verbesserungen der Technik hervor.⁴¹ Insgesamt gelangt er zu der Schlußfolgerung, daß in der Regel das Zusammenwirken der äußeren Natur, der Arbeit und des Kapitals zur wirtschaftlichen Produktion erforderlich ist. Als Schlüsselgröße erweist sich dabei die Produktivität. Deshalb fügt er eine „kritische Dogmengeschichte des Begriffes Produktivität“ hinzu. Er unterscheidet zwischen wirtschaftlicher und technischer Produktivität, andererseits zwischen privat-, volks- und weltwirtschaftlicher Produktivität.⁴² Hiermit deutet er die spätere volks-

³⁷ Ebenda, S. 108 f.

³⁸ Ebenda, S. 115, Fußn. 20 und 21.

³⁹ Ebenda, S. 110.

⁴⁰ Ebenda, S. 116.

⁴¹ Ebenda, S. 133.

wirtschaftliche Diskussion externer Effekte und des Marktversagens an. Roscher selbst widmet den positiven und negativen Wirkungen der Arbeitsteilung breiten Raum.⁴³ Er bewegt sich dabei im Rahmen der Darstellung von Adam Smith, ergänzt sie jedoch durch eigene Hinweise auf Maßnahmen zur Vermeidung der negativen Wirkungen der Arbeitsteilung, z. B. durch Arbeitszeitverkürzungen und Arbeitsvereinigung, sei es in großen Unternehmungen oder durch Assoziation kleiner Unternehmungen.

Dagegen über A. Smith hinausgehend stellt Roscher die Wirkungen unterschiedlicher Eigentumsrechte auf die Güterproduktion und Einkommensverteilung dar. Sehr aktuell klingt seine Warnung, „... daß gerade auf dem Gipfel der Volkswirtschaft eine Menge von Tendenzen mächtig sind, welche... die Reichen immer noch reicher, die Armen, wenigstens relativ, noch ärmer machen, und somit den Mittelstand von beiden Seiten her schmälern.“⁴⁴ Nachdem er auch auf die Folgen des Erbrechts und die Bedeutung des Grundeigentums für die Entwicklung der Volkswirtschaft hingewiesen hat, wendet er sich den Problemen des Güterumlaufs⁴⁵ und der Güterverteilung zu.⁴⁶ Hier finden wir wieder den Anschluß an seine im wesentlichen der klassischen Ökonomie folgenden Ausführungen zur funktionalen Einkommensverteilung und seine Auffassung zur Entwicklung der personellen Einkommensverteilung.

2. Die persönliche Verteilung des Nationaleinkommens

Roscher unterscheidet zunächst zwischen dem rohen, reinen und freien Betrag des Einkommens. Dabei geht er von der funktionalen Einkommensverteilung aus, indem er auf die Produktionskosten, die Differenz zwischen dem rohen und reinen Einkommen, Bezug nimmt. Jedoch weist er zugleich auf die personelle Einkommensverteilung und – an G. Schmoller anknüpfend – auf die Grundfrage der Verteilungspolitik hin: „... ob mehr nach Steigerung des Arbeitslohnes für die niederen Klassen, oder nach Steigerung der Grundrente und des Kapitalzinses für die höheren gestrebt werden soll.“⁴⁷ Die Gerechtigkeit der Einkommensverteilung erfordere, „... daß jedermann folglich genau dieselbe Quote des Volkseinkommens genießt, wie seine Person oder rechtmäßige Habe zu dessen Entstehung beigetragen.“⁴⁸ Also sollten die Einkommen entsprechend der Produktivität bzw. gemäß den produktiven Beiträgen der Produktionsfaktoren verteilt werden. Roscher er-

⁴² Ebenda, S. 149 ff.

⁴³ Ebenda, S. 164 ff.

⁴⁴ Ebenda, S. 215.

⁴⁵ Ebenda, Drittes Buch, S. 266 ff.

⁴⁶ Ebenda, Viertes Buch, S. 438 ff.

⁴⁷ Ebenda, S. 446, Fußn. 1.

⁴⁸ Ebenda, S. 447 f.

wähnt auch das Zurechnungsproblem, hält es jedoch nur dort für lösbar, „... wo die Produktionsfaktoren entweder gleichartig, oder doch unter einen Nenner zu bringen sind“; andererseits weist er auf die verteilungspolitischen Folgen der Zurechnung des Einkommens hin: „... bei der bloßen Gerechtigkeit würde kein Mensch bestehen.“ Die Liebe muß hinzukommen, um denjenigen zu helfen, die, namentlich unverschuldeterweise, gar nichts oder nicht genug zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse produzieren können. (Kinder, Arme.) Die Liebe ist auch hier „des Gesetzes Erfüllung!“⁴⁹ In neuerer Formulierung: Weil es möglich ist, daß Menschen „pareto-optimal verhungern“, ist ein zusätzlicher Maßstab für Verteilungsgerechtigkeit von Anfang an notwendig. Effizienzorientierte funktionale Einkommensverteilung reicht nicht aus. Entscheidend ist, wie die personelle Verteilung der funktionalen Einkommen gerecht gestaltet werden kann.

Für die weitere Darstellung der Einkommensverteilung in Roschers „System“ ist seine folgende Feststellung wegleitend: „Die drei großen Einkommenszweige (Grundrente, Arbeitslohn, Kapitalzins, d.V.) können aus einer Menge verschiedener Gesichtspunkte mit Nutzen betrachtet werden. ... : nach seiner absoluten Größe, nach seinem Verhältnisse zum Volkseinkommen im ganzen, zur Größe des Produktionsfaktors, dessen Bezahlung er bildet, zur Anzahl und Bedürfnismenge der Menschen, von welchen er bezogen wird.“⁵⁰ Von dieser Grundlage aus prüft er die „Harmonie der drei Einkommenszweige“ und die „persönliche Verteilung des Nationaleinkommens.“⁵¹ In Theseform stellt er die zentralen Aussagen jeweils voran: „Mit dem Steigen der volkswirtschaftlichen Kultur pflegt sich der persönliche Unterschied der drei Einkommenszweige immer schärfer auszubilden.“ Und: „Die beste persönliche Einkommensverteilung im Volke ist diejenige, welche dasselbe in stand setzt, die größte Menge wahrer Güter zu genießen und nachhaltig weiter zu produzieren.“⁵² Weder die absolute Gleichheit der Einkommensverteilung („in lauter gleiche Proportionen“) noch die extreme Ungleichverteilung – Roscher kennzeichnet sie durch Plutokratie (Geldoligarchie) und Pauperismus – führt nach Roschers Auffassung zu einer stabilen Gesellschaft, sondern: „Zur wirtschaftlichen Blüte des Volkes muß ... eine Harmonie der großen, mittleren und kleinen Einkommen die unentbehrliche Voraussetzung heißen. Am besten, wenn das mittlere dabei vorherrscht“. Roscher beruft sich hierbei ausdrücklich auf J.J. Rousseau,⁵³ anschließend auch auf Aristoteles, Sismondi u. a. Autoren.

Roscher nimmt hier z.T. Erkenntnisse der Neuen Politischen Ökonomie und der aktuellen Verteilungspolitik vorweg, indem er auf die Versuchungen von Parteiführern zu „Müßiggang, Hochmut und Schwelgerei“ und auf die Einkommensverteilung

⁴⁹ Ebenda, S. 448.

⁵⁰ Ebenda, S. 448.

⁵¹ Ebenda, S. 622 ff., S. 627 ff.

⁵² Ebenda, S. 622 u. 627.

⁵³ Ebenda, S. 636.

lung als „... einen der wichtigsten, aber auch dunkelsten Gegenstände der Statistik“ hinweist.⁵⁴

Roschers Aussagen über die Probleme einer laufenden statistischen Messung von Verteilungsänderungen treffen auch für die wirtschaftliche Entwicklung nach seiner Lebenszeit zu. Noch immer ist die Statistik der personellen Einkommensverteilung und der Verteilung des verfügbaren Einkommens lückenhaft. Die Umverteilung nimmt zu, „... ohne daß die statistischen Informationen eine Erfolgskontrolle ermöglichen“.⁵⁵ Dennoch zeichnet sich auch in der Gegenwart die Tendenz einer erhöhten Einkommenskonzentration ab. Darauf deuten etwa die Anteile der Erwerbstätigen mit Nettomonatseinkommen von 3.000 DM und mehr in Deutschland 1991 (18,3%) und 1996 (28,1%) hin.⁵⁶ Auch die Veränderungen der Schichtung der Jahreseinkünfte im früheren Bundesgebiet lassen vermuten, daß die Konzentration der Steuerpflichtigen und Jahreseinkünfte in den oberen Einkommensgruppen seit 1950 zugenommen hat. So stieg die Quote der Steuerpflichtigen mit Jahreseinkünften von 50.000 bis 100.000 DM von 0,4% (1950) auf 32,9% (1992), und der Anteil der Größenklasse von 100.000 bis 1 Mio. DM nahm von 0,2% (1954) auf 9,8% (1992) zu.⁵⁷

Für das 19. Jahrhundert trug u. a. Werner Sombart empirische Daten der Konzentrationsbewegung im Gewerbe Deutschlands und anderer Länder zusammen, doch konnte er sich dabei nur auf die Beschäftigtenzahlen der Unternehmungen, nicht unmittelbar auf Einkommensdaten stützen. Dabei unterschied er Gewerbe mit geringer und mit besonders starker Konzentrationstendenz. Für die Vereinigten Staaten glaubte er indessen einen Stillstand der Konzentrationsbewegung zu erkennen.⁵⁸

Auf weitere empirische Darstellungen der Entwicklung der personellen Einkommensverteilung wiesen die einschlägigen Beiträge im Handwörterbuch der Staatswissenschaften hin. Robert Meyer hob in der zweiten Auflage verschiedene Untersuchungen aus dem letzten Viertel des 19. Jh. hervor, in denen eine Verbesserung der Lage in den unteren und mittleren, aber eine besonders starke Erhöhung des Einkommens in den oberen Einkommensgrößenklassen festgestellt wurde. So sei in Sachsen von 1879 bis 1894 die Zunahme der Reichen und ihres Einkommens relativ größer gewesen als in den unteren und mittleren Einkommensgruppen. Daraus sei jedoch „nichts Bedenkliches“ abgeleitet worden, weil aus den Ergebnissen

⁵⁴ Ebenda, S. 636 f.

⁵⁵ *Albers, W.*: Einkommensverteilung II: Verteilungspolitik, in: HdWW, Band 2, Stuttgart u. a. 1988, S. 285–315, hier: S. 287.

⁵⁶ Ergebnisse des Mikrozensus, vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 1998, Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 1998, Tabelle 5,13 B.

⁵⁷ Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik, vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 1998, ebenda, Tabellen 5.12 und 5.13.

⁵⁸ *Sombart, W.*: Der moderne Kapitalismus, Dritter Band, Zweiter Halbband, München und Leipzig 1928, S. 835–851.

auf ein „Aufsteigen von unten“ und auf wachsende Sparfähigkeit und Finanzierung gewinnbringender Unternehmungen geschlossen werden könne.⁵⁹

Für das 20. Jahrhundert liegen zwar ebenfalls Untersuchungen der langfristigen Änderungen der Einkommensverteilung vor, wie etwa Armin Bohnets Analyse der personellen Einkommensverteilung in Deutschland von 1936 bis 1961 zeigt, doch deuten die Ergebnisse auf unterschiedliche Entwicklungen der Einkommensverteilung hin, einerseits infolge unvollständiger statistischer Daten, andererseits weil außerökonomische und institutionelle Faktoren die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig beeinflussten. Dennoch gelangte A. Bohnet (1967) zu der Schlußfolgerung, daß eine tendenzielle Nivellierung im Bereich der Lohneinkommen nicht nachgewiesen werden konnte, sondern daß sich auf lange Sicht eine zunehmende Ungleichverteilung der Lohneinkommen abgezeichnet habe.⁶⁰ In neueren Veröffentlichungen zeigte A. Bohnet – auf der Grundlage von Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) –, daß sich in der Zeit von 1950 bis 1985 zwar an der Rangfolge der Durchschnittseinkommen der sozialen Gruppen – Selbständige, Angestellte und Beamte, Arbeiter, Rentner – nichts geändert habe, aber „... daß sich die relative Einkommensposition der Selbständigen im Zeitablauf ständig verbessert hat“.⁶¹

Erich W. Streissler wies indessen anlässlich der Berliner Tagung des Vereins für Socialpolitik 1968 auf nivellierende Wirkungen von Einkommensdifferenzialen im Wirtschaftswachstum hin und unterstrich, daß ein egalisierender Trend in der Einkommensverteilung erkennbar sei, der von der Statistik belegt werden könne, der aber eintrete, bevor die sozialpolitische Umverteilung eingreife.⁶²

Da die neueren Untersuchungen zur langfristigen Entwicklung der personellen Einkommensverteilung jedoch weitere unterschiedliche Bestimmungsgründe – vor allem die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, der Technologien, der menschlichen Fähigkeiten sowie der institutionellen und politischen Faktoren – hervorgehoben haben, sind Aussagen über die langfristigen Tendenzen der personellen Einkommensverteilung keineswegs einfacher geworden. Das gilt auch für entsprechende Untersuchungen in den Nachbarländern.⁶³

⁵⁹ Meyer, R.: Einkommen II. Statistik des E. und der Einkommensverteilung., in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften (HdSt), 3. Band, 2. Auflage, Jena 1900, S. 354–380, hier: S. 373.

⁶⁰ Bohnet, A.: Zur Theorie der personellen Einkommensverteilung, Stuttgart u. a. 1967, S. 57 f.

⁶¹ Bohnet, A.: Finanzwissenschaft: Staatliche Verteilungspolitik, München u. Wien 1989, S. 74.

⁶² Streissler, E.: Wandlungen der Einkommensstruktur im Wirtschaftswachstum, in: Arndt, H. (Hrsg.): Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Band 51, Berlin 1969, S. 199–217, hier: S. 215 f.

⁶³ Thatcher, A.R.: The New Earnings Survey and the Distribution of Earnings, in: Atkinson, A.B. (ed.): Wealth, Income and Inequality, 2nd ed., New York, 1980, S. 91–99; Krelle, W.: Verteilungstheorie, Tübingen 1962, S. 9–22.

3. Konsum und Sparsamkeit

Wie in der Einleitung dargelegt, sieht Roscher das Distributionsproblem nicht nur in der Verteilung des monetären Einkommens begründet. Vielmehr bezieht er die Verteilung des gesamten realen ökonomischen Substrats, d. h. einschließlich des Vermögens und der Güter, in die Betrachtung ein, und zwar zu einem Zeitpunkt und im langfristigen historischen Zusammenhang. Wie G. Schmoller hervorgehoben hat, wollte Roscher nicht bloß die „heutige Einkommensverteilung“ darstellen, sondern auch erklären, wie sie entstanden ist, und er wollte „... das heutige Lohnverhältnis als ein Glied in der sozialen Entwicklung aufdecken“.⁶⁴ Deshalb stellte er den Zusammenhang zwischen Verteilung und Verwendung des Einkommens dar, indem er zunächst „Wesen und Arten der Consumption“ erläuterte und hierbei besonders auf die „Gebrauchtsteilung und Gebrauchsvereinigung“ hinwies. Während erstere nach Roschers Auffassung mit der Arbeitsteilung und der Entwicklung zu „höheren Kulturstufen“ zunimmt, stellt letztere auf Güter ab „... welche ebenso wohl Mehreren dienen können, wie einem ausschließlichen Benutzer... So kann z. B. eine öffentliche Bibliothek ungleich vollständiger und in noch höherem Grade zugänglicher sein, als zehn Privatbibliotheken, welche zusammen ebenso viel kosten.“⁶⁵

Hiermit berücksichtigt Roscher zugleich die Verteilungs- und Allokationseffekte öffentlicher Güter. Er weist darauf hin, daß sie positiv oder negativ sein können, z. B. indem die Gebrauchsvereinigung – etwa durch öffentliche Verkehrsmittel – es auch den unteren Einkommensgruppen ermöglicht, schneller zu reisen, jedoch zugleich die persönliche Ungebundenheit einschränkt. Negative Effekte öffentlicher Güter zeigt er im Rahmen des „unproduktiven Konsums“ auf. Als Beispiele nennt er Bauten für Vergnügungszwecke und verfehlte Eisenbahn- und Kanalspekulationen.⁶⁶

Weiterhin führt Roscher die ordnungspolitische Förderung des Konsums der oberen Einkommensgruppen bei Beschränkung des Konsums der unteren an; diese Maßnahmen hatte George Berkeley bereits um 1735 als „irisches Verfahren“ der Lebensmittelexporte und Luxusgüterimporte in Frageform angeklagt.⁶⁷

Damit wird auch die Bedeutung der Einkommensverteilung für das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion angesprochen. Roscher – in der Phase

⁶⁴ *Schmoller, G.*: Zur Litteraturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaften, Leipzig 1888, S. 155.

⁶⁵ *Roscher, W.*, 1922, S. 651.

⁶⁶ Ebenda, S. 661.

⁶⁷ Ebenda, S. 662; Roscher gibt das von Berkeley in Frageform angesprochene Problem jedoch als Aussagen wieder. Der Originaltext von Berkeley lautet: „Whether national wants ought not to be the rule of trade? And whether the most pressing wants of the majority ought not to be first considered? Vgl. *Luce, A.A. and T.E. Jessop* (eds.): *The Works of George Berkeley, Bishop of Cloyne*, Vol. Six, ed. by T.E. Jessop, Nelson, 1979, Kraus Reprint, Nendeln, p. 119, Question 168. Roscher führt zusätzlich an: 175.

des Umbruchs von der objektiven zur subjektiven Werttheorie – stellte hierzu fest, daß jede wirtschaftliche Produktion das Mittel zum Zweck irgendwelchen Konsums sei und daß deshalb eine gleichmäßige Entwicklung von Produktion und Konsumtion, von Angebot und Nachfrage eine der wesentlichsten Bedingungen darstelle. Das sei auch bereits von Petty, Becher, Boisguillebert, Canard und anderen Autoren hervorgehoben worden.⁶⁸ In diesem Zusammenhang erwähnt Roscher – nebenbei – Wirkungen von Produktivitäts- und Einkommenssteigerungen, die in späterer Zeit – ohne Rückgriff auf Adam Smith oder Roscher – als „Dreissektorenhypothese“, „Strukturwandelshypothese“ oder Voraussetzung für die „große Hoffnung des 20. Jahrhunderts“ (J. Fourastié) erörtert worden sind.⁶⁹ Auch das „Engel-Schwabe'sche Gesetz“ wird – verbal und empirisch – unter Hinweis auf Untersuchungen vor oder simultan zu E. Engels diesbezüglichen Veröffentlichungen (1857) dargestellt.⁷⁰

An dieser Stelle ist auf Unterschiede der Texte in den frühen und späten Auflagen von Roschers „System der Volkswirtschaft“ und auf die verschiedene Behandlung einzelner Probleme in seinen Spezialstudien und in den zusammenfassenden Werken hinzuweisen. Das gilt auch für Aussagen über die Koordination von Produktion und Konsumtion sowie über den Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung und Absatzkrisen. Während die frühen Auflagen zum Teil an der Auffassung von J.B. Say bis zu J.S. Mill festhielten, daß „... Angebot und Nachfrage in letzter Instanz nur zwei verschiedene Seiten einer und derselben Handlung“ seien, wird in den späteren Auflagen eine Unterkonsumtion für möglich gehalten. In diesem Zusammenhang wird H. Herkner – in Abgrenzung zum Marxismus – mit dem Hinweis zitiert, daß die Volkswirtschaft „... sich wegen der mangelnden Kaufkraft der Massen gewissermaßen in dem Zustand eines labilen Gleichgewichts...“ befindet, so daß „... vergleichsweise geringe Störungen schon verhängnisvolle Katastrophen herbeiführen“.⁷¹ Roschers Text von 1922 (ergänzt von Robert Pöhlmann) führt diese Krisen dagegen auf eine „... ruck- oder stoßweise“ sich vollziehende Umwandlung der jährlichen Ersparnisse der Gesellschaft in Produktivkapital zurück. Die Unternehmer warten mit ihren Investitionen, bis Zins, Preise und Löhne günstige Voraussetzungen für die Erweiterung der Produktion bieten. Somit werden die Konjunkturschwankungen als „beständige Wechsel von Hausse- und Depressionsperioden“⁷² dargestellt und auf das Verhalten der Unternehmer zurückgeführt. Der Einfluß der Einkommensverteilung und der Unterkonsumtion auf die wirtschaftliche Entwicklung wird also nach Roschers Auffassung überlagert durch die Wirkungen des Unternehmerverhaltens auf Investitio-

⁶⁸ Ebenda, S. 668; 669 f.

⁶⁹ *Willms*, M.: Gesamtwirtschaftlicher Strukturwandel, in: *Bender*, D. u. a. (Hrsg.): *Vahle's Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik*, 2. Band, München 1985, S. 363 – 399.

⁷⁰ *Roscher*, W., 1922, S. 668.

⁷¹ Ebenda, S. 672.

⁷² Ebenda, S. 672.

nen, Beschäftigung, Produktion und Preisbildung. Das Distributionsproblem ist von dem Stabilitätsproblem der Volkswirtschaft nicht zu trennen.

Aber auch die den Konsum ergänzende Größe des Einkommens, die Ersparnis, beeinflusst das volkswirtschaftliche Distributionsproblem. Roscher stellt fest: der Nutzen oder Schaden der Ersparnis hängt „... von der nachmaligen Anwendung des Ersparten ab“.⁷³ Einer „müßigen Aufspeicherung“ steht die „Gründung eines stehenden Kapitals“ gegenüber. Einerseits entfällt Nachfrage, andererseits entsteht Nachfrage. Das Problem liegt in dem Prozeß der Nachfrageänderungen: „Wenn ein Reicher die Summe (der Ersparnis, d.V.) zum Häuserbau verwendet, die er sonst für Mattressen auszugeben pflegte, so verdienen Maurer, Zimmerleute etc., was sonst Friseure, Putzhändler etc. in Anspruch nahmen; es wird an Trüffeln und Champagner weniger, desto mehr an Fleisch und Brot verzehrt werden. Das Endresultat ist ein Haus, welches entweder die persönlichen Genüsse, oder die materiellen Produkte der Volkswirtschaft dauernd vergrößert“.⁷⁴

Roscher behält also auch bei dieser Erörterung die Verknüpfung des Distributions- und Stabilitätsproblems im Blick. Zugleich bringt er den Zusammenhang zwischen funktioneller und personeller Verteilung zum Ausdruck.

Roschers Aussagen zur Einkommensentwicklung sind auch hinsichtlich ihres Verhältnisses zur klassischen Ökonomie und zu der späteren Entwicklung der subjektiven Wertlehre sowie der neoklassischen Wirtschaftstheorie zu interpretieren. Darauf wies Erich W. Streissler bereits zu Beginn der Diskussion über diesen Vortrag in Ulm hin. Er erinnerte daran, daß vor und während der Zeit, in der Roschers „Grundlagen“ entstanden, Adam Smith in Deutschland vollständig rezipiert, dagegen David Ricardo weitgehend abgelehnt und J. St. Mill hinsichtlich der Aussagen über Gerechtigkeit und Distribution nachdrücklich abgelehnt wurde. Wie sorgfältig Roscher – etwa bei der Darstellung der Grundrententheorie – zwischen den Aussagen der klassischen Ökonomen unterschied und seine eigene Auffassung vertrat, zeigte er z. B. in seiner Stellungnahme zu Ricardos Grundrententheorie: „Was neuerdings gegen Ricardo vorgebracht worden ist ... ,zeugt entweder von Mißverständnis dieses großen Denkers, oder enthält nur Milderungen einzelner abstrakter Schärfen desselben.“⁷⁵

Andererseits sind Roschers Aussagen zur Entwicklung der „drei Einkommenszweige“ nach Streisslers Auffassung zu wenig differenziert. Man müsse berücksichtigen, daß Roscher die Entwicklung der Arbeits- und Kapitaleinkommen unter dem Einfluß der Forschung und Entwicklung, des Aufstiegs der Manager und der Vermögenskonzentration in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Zeit der Entstehung seiner „Grundlagen“ nicht vorhersehen konnte. Andererseits habe Roscher viele Aussagen zur Geschichte und zum damaligen Stand der National-

⁷³ Ebenda, S. 679.

⁷⁴ Ebenda, S. 680.

⁷⁵ Roscher, W., 1922, S. 462.

ökonomie zusammengetragen, an die spätere Autoren, darunter auch Carl Menger, anknüpften.

Streissler erinnerte bereits zu Beginn der Diskussion zu diesem Beitrag daran, daß Carl Menger sein Hauptwerk, die „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Erster allgemeiner Teil“ ausdrücklich „dem königl.sächsischen Hofrate Dr. Wilhelm Roscher, Professor der Staats- und Kameralwissenschaften an der Universität Leipzig etc., in achtungsvoller Verehrung zugeeignet“ hatte.⁷⁶ Obwohl der zweite Teil seines Werkes die funktionellen Einkommensarten sowie die Kapitel Kredit und Papiergeld enthalten sollte, jedoch – ebenso wie der vorgesehene dritte und vierte Teil – niemals erschien, ist es aufschlußreich festzustellen, daß Carl Menger sich auf „... so viele ausgezeichnete Gelehrte“ aus Deutschland berief und – zumindest in einigen Fußnoten, z.T. mit kritischen Anmerkungen – auch Roscher nannte. Offenbar hoffte Menger auf diesem Wege zu erreichen, daß seine „Grundsätze“ in der Fachwelt zur Kenntnis genommen wurden. So führte er u. a. Roschers Definition des Gutes an: „Alles dasjenige, was zur Befriedigung eines wahren menschlichen Bedürfnisses anerkannt brauchbar ist“.⁷⁷ Nochmals zitierte er Roscher, um wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Güter abzugrenzen.⁷⁸ In gleicher Weise nahm er – durchaus kritisch – auf diese Quelle Bezug bei der Abgrenzung des Vermögensbegriffs.⁷⁹ Auch ablehnende Feststellungen traf Menger, und zwar ausdrücklich in dem Kapitel über die Lehre der Werte. Dort widersprach Menger der Auffassung von Roscher und Knies, daß der Wert den Grad der Brauchbarkeit eines Gutes für menschliche Zwecke zum Ausdruck bringe.⁸⁰

Weitere Beispiele könnten angeführt werden, um zu belegen, daß Roschers Werk die Entwicklung der subjektiven Wertlehre beeinflußt hat. Darauf deuten auch die neueren Beiträge zur Roscher-Renaissance hin, wie die von Jürgen Backhaus 1995 herausgegebene Sammlung von Tagungsbeiträgen erkennen läßt. Darin hebt Karl Milford Carl Mengers Reaktionen auf dessen Eindruck hervor, daß die deutschen Ökonomen Mengers neuen Forschungsansatz nicht beachtet hätten.⁸¹ Ebenfalls aufschlußreich ist der Beitrag von P. R. Senn, in dem Roschers Einfluß auf die Entwicklung der Volkswirtschaftslehre in den angelsächsischen Ländern nachgezeichnet wird.⁸² Die darin enthaltenen dogmenhistorischen Informationen unterstützen die Auffassung, daß Roscher als weit gebildeter Ökonom hervortrat

⁷⁶ Menger, C.: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, 2. Auflage, mit einem Geleitwort von Richard Schüller aus dem Nachlaß hrsg. v. Karl Menger, Wien u. Leipzig 1923, Einleitung, S. VI.

⁷⁷ Roscher, W.: System, I, § 1; Menger, C.: Grundsätze, 2. Aufl., S. 11.

⁷⁸ Menger, C.: Grundsätze, 2. Aufl., S. 65 f.

⁷⁹ Menger, C.: Grundsätze, 2. Aufl., S. 85.

⁸⁰ Menger, C.: Grundsätze, 2. Aufl., S. 103.

⁸¹ Milford, K.: Roscher's epistemological and methodological position. Its importance for the Methodenstreit. In: Journal of Economic Studies, Vol. 22, Nrs 3/4/5, 1995, S. 26 – 52 (hier S. 42 – 44).

⁸² Ebenda, S. 53 – 105.

und geachtet wurde. Darauf deuten auch die zahlreichen Ehrungen hin, die ihm im In- und Ausland zuteil wurden. Darunter sind die folgenden hervorzuheben: Ehrendoktor der Rechte der Universitäten Königsberg, Bologna und Edinburg, Ehrendoktor der Staatswirtschaft der Universität Tübingen, Ehrenmitglied der Universitäten Kasan und Kiew, Mitglied verschiedener Wissenschaftsorganisationen in zahlreichen europäischen Hauptstädten (Wien, Budapest, Mailand, München, Venedig, Stockholm, Rom, Paris). Roscher war auch aus heutiger Sicht „... die Zentralfigur der deutschsprachigen Nationalökonomie im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts“.⁸³

Was noch zu zeigen bleibt, betrifft Roschers Aussagen über die Einkommensverteilung der Gegenwart und Zukunft sowie über den Zusammenhang zwischen der personellen und intertemporalen Verteilung des Einkommens, im besonderen durch Versicherung.

4. Intertemporale Verteilung und Versicherung

Die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung wird nach Roschers Auffassung durch Eigentumsrechte und Ersparnisse maßgeblich beeinflusst, doch sieht er das Versicherungswesen als notwendig an, um die langfristige intertemporale Verteilung zu stabilisieren. Er vergleicht die auf dem Gedanken wechselseitiger Unterstützung beruhende Korporation des Mittelalters und die in seiner Gegenwart verbreitete Assoziation: „Dort stehen die Mitglieder als Personen zusammen. ...; hier nur als Vertreter bestimmter Kapitalien und gegenüber einer bestimmten, im Durchschnitte genau zu berechnenden Gefahr.“⁸⁴ Damit rückt er das Versicherungswesen in den Mittelpunkt, einerseits als Privatassekuranz, andererseits als Staatsassekuranz.

Zunächst weist Roscher auf die historische Entwicklung des Versicherungswesens hin. Er hebt die positiven Wirkungen der Staatsassekuranz hervor: „Namentlich kann eine Staatsregierung... durch Zwang zur Teilnahme das wohlthätige Bedürfnis der Versicherung anerkennen und sofort die zur wahren Sicherheit nötige Ausdehnung der Anstalt beschaffen“.⁸⁵ Dagegen werde die Privatassekuranz für die ärmste Klasse der Versicherungsbedürftigen vielleicht niemals recht zugänglich. Dazu merkt er an, daß die Privatversicherung die sog. kleinen Leute meist ungern aufnimmt, während die öffentlichen Anstalten meist verpflichtet sind, keinen Versicherungsantrag zurückzuweisen.⁸⁶ Roscher beurteilt den Kontrahierungs-

⁸³ *Streissler*, E. W.: Wilhelm Roscher als führender Wirtschaftstheoretiker, in: Sixth Annual Heilbronn Symposium in Economics and the Social Sciences: Wilhelm Roscher (1817–1994). A Centenary Reappraisal, Heilbronn (Germany), June 23–26, 1994, S. A II ff. (hier: S. A II, 1).

⁸⁴ *Roscher*, W., 1922, S. 718.

⁸⁵ Ebenda, S. 719.

zwang also positiv. Dennoch warnt er vor negativen Wirkungen eines erhöhten staatlichen Einflusses auf das Versicherungswesen und einer Staatsversicherung. Er fürchtet die „... monopolische Regalisierung des Versicherungswesens, die neuerdings nicht selten von der Zentralisationssucht und dem Sozialismus angeregt worden ist, als einem der gefährlichsten Rückschritte...“,⁸⁷ und er wendet sich dagegen, durch Steigerung der Staatsallmacht „... auf dem Wege der Assekuranz eine erzwungene Mildtätigkeit, Ausgleichung der Vermögensunterschiede etc. anzustreben.“⁸⁸ Roscher zitiert in den späten Auflagen seines „Systems“ Adolph Wagner als „die Hauptautorität für die Verstaatlichung“, aber er hält ihm entgegen: „Welche schwerlich zu regelnde Omnipotenz würde da entstehen!“⁸⁹ Andererseits sieht Roscher „... die Fortdauer einiger Staatsassekuranztätigkeit“ als wünschenswert an, „... weil das Prinzip der Gegenseitigkeit für den Kapitalismus so wenig Reiz besitzt.“⁹⁰

Am Beispiel Ungarns demonstrierte Roscher (1922) einmal mehr seine pragmatische Einstellung, indem er Ungarn empfahl, daß man den Bauern eine staatliche Feuerversicherung auferlegen solle, „... den Städtern und Mobilien aber Freiheit ließe.“⁹¹

Roscher strebte ein effizientes und die soziale Lage der unteren Einkommensgruppen berücksichtigendes Versicherungswesen an, aber er fürchtete die Macht der Staatsversicherung und eine Tendenz zum Kommunismus.⁹² Die Effizienz sah er am weitesten durch die Versicherung auf Gegenseitigkeit mit Ansammlung von Reservefonds gewährleistet.⁹³ Er ließ jedoch auch die Gefahren des „dolosen Mißbrauchs“ – des „moral hazard“ – nicht außer acht: „Niemand soll vom Aufbrennen seiner versicherten Güter Vorteil haben.“⁹⁴ Deshalb, und weil Wohnungen und Mobilien gerade für die unteren Einkommensgruppen dringend notwendig sind, sah Roscher die Beteiligung des Staates im besonderen am Feuerversicherungswesen als notwendig an.

IV. Die Redistribution von Einkommen und Vermögen

Roscher untersuchte nicht nur die Entstehung und Entwicklung der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Güterbeständen im Zeitablauf, sondern er nahm

⁸⁶ Ebenda, S. 719, 721, Fußn. 7.

⁸⁷ Ebenda, S. 719.

⁸⁸ Ebenda, S. 720.

⁸⁹ Ebenda, S. 722, Fußn. 10, dort: *Wagner, A.*, in: *Tübinger Zeitschrift* 1881.

⁹⁰ Ebenda, S. 724.

⁹¹ Ebenda, S. 731.

⁹² Ebenda, S. 722, Fußn. 9.

⁹³ Ebenda, S. 723, 725, Fußn. 6.

⁹⁴ Ebenda, S. 731.

auch zu verteilungspolitischen Fragen Stellung. Wie die voranstehenden Abschnitte erkennen lassen, bezog er sowohl zu den Zielen als auch zu den Trägern und Instrumenten der Verteilungs- und Sozialpolitik Stellung. Während in den früheren Auflagen des „Systems der Volkswirtschaft“ und in seinen Spezialstudien die Methodenprobleme und die Aufdeckung historischer Entwicklungsgesetze im Mittelpunkt standen, nahm in den späteren Auflagen des „Systems“ und in seinen spezialisierten Beiträgen die Frage, wie eine gerechte Einkommensverteilung herbeigeführt werden kann, zunehmenden Raum ein.

In bezug auf die Landwirtschaft hob Roscher schon in der dritten Auflage des zweiten Bandes seines „Systems“ hervor: „Die unteren Schichten des Volkes gegen Uebergriffe der höheren zu schützen, liegt ebenso wohl im Interesse, wie im Berufe der Staatsgewalt. Am wenigsten konnte es dieser gleichgültig sein, wenn sich durch solche Uebergriffe das steuerfreie Vermögen auf Kosten des steuerpflichtigen vergrößerte.“⁹⁵

Noch genauer äußerte er sich zu den Aufgaben des Staates bei der Neuordnung der landwirtschaftlichen Eigentumsrechte im Verlauf der Ablösung von Naturalabgaben und –diensten durch Geldzahlungen zu Beginn des 19. Jh.. Roscher unterschied hierbei: Erlaß der Ablösungsgesetze, Einsetzung von Ablösungsbehörden, Errichtung von Ablösungscreditanstalten, Aufhebung bäuerlicher Lasten und Verbot unablösbarer Reallasten durch den Staat.⁹⁶ Allgemein hob er die ordnungspolitischen Aufgaben des Staates hervor. So sollte der Staat zum Schutz der landwirtschaftlichen Produzenten vor Kreditkrisen die Gründung landwirtschaftlicher Creditvereine vorantreiben, während häufig geforderte staatliche Subventionen eher einzuschränken seien, weil sie unwirtschaftliche Maßnahmen darstellten.⁹⁷

Andere Beispiele für Roschers Vorschläge zu verteilungspolitischen Maßnahmen sind in der Untersuchung des Handels und Gewerbefleißes enthalten, dem dritten Band seines „Systems“. In der dritten Auflage führte er im Zusammenhang mit dem Gewerbeschutzsystem und mit staatlichen Gewerberegulativen u. a. aus, daß „... alle billigen und zugleich wichtigen Interessen, die unzweifelhaft nicht im Stande sind, sich selbst zu schützen, wo möglich vom Staate geschützt werden müssen“.⁹⁸ Zu diesem Zweck empfahl er Fabrikordnungen und die staatliche Anstellung unabhängiger Fabrikinspektoren, letztere sogar als „... eins der nothwendigsten und wirksamsten Mittel . . . , die „sociale Frage“ auf diesem Gebiete zu lösen.“⁹⁹ Voraussetzung sei jedoch die Anmeldepflicht für neue oder geschlossene Fabriken und für ihre Beschäftigten.

⁹⁵ Roscher, W.: System der Volkswirtschaft, zweiter Band, dritte Auflage, Nationalökonomik des Ackerbaues und der verwandten Urproductionen. Stuttgart 1861, S. 274.

⁹⁶ Ebenda, S. 334–339.

⁹⁷ Ebenda, S. 369, 371.

⁹⁸ Roscher, W.: System der Volkswirtschaft, dritter Band, dritte Auflage, Nationalökonomik des Handels und Gewerbefleißes, Stuttgart 1882, S. 683 f.

⁹⁹ Ebenda, S. 685.

Hier erweist sich Roscher wiederum als Kenner der Probleme, die auch gegenwärtig im Rahmen der Neuen Politischen Ökonomie untersucht werden: Abhängigkeit der Gemeindebehörden von großen Fabrikanten und Standortverlagerungen der Industrie infolge unterschiedlicher Maßnahmen der Gemeindebehörden. Einschränkend fügt er jedoch hinzu, daß Gesetze, die die Lebenshaltung der Arbeiter verbessern sollen, „... mit der äußersten Schonung durchgeführt werden“ sollten.¹⁰⁰ Andererseits fordert er verstärkten Schutz der Kinder- und Frauenarbeit, die Einführung eines „Normalarbeitstages“ für die verschiedenen Gewerbe, den schriftlichen Abschluß von Lehrverträgen, die Verpflichtung der Unternehmungen zu Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, im besonderen die Einführung einer Unfallversicherung. Dadurch käme man zwei Idealen näher: Ersatz eines wachsenden Teils der Armenpflege durch rechtliche Versicherung und Ersatz der „Staatspolizei“, d. h. der staatlichen Maßnahmen, durch „freie Verabredung“.¹⁰¹ Auch die längere Dauer der Arbeitsverträge sollte angestrebt werden, weil sie sittlich und wirtschaftlich positiv zu beurteilen sei. Allerdings geriet Roschers weitere Empfehlung, die Führung von Arbeitsbüchern, unter heftige Kritik. Dennoch sah er darin eine Möglichkeit für tüchtige Arbeiter, „... sich damit aus bloßen Tagelöhnern zu Genossen des Gewerbes mit einem organischen Lebensberufe zu erheben.“¹⁰²

Diese Beispiele zeigen, daß Roscher nicht streng zwischen Maßnahmen zur Lösung des Distributionsproblems und des Allokationsproblems der Volkswirtschaft unterschied. Er beabsichtigte dies offensichtlich auch gar nicht, weil er von dem Wirken „historischer Entwicklungsgesetze“ überzeugt war.

Dieser Grundposition entsprechen auch Roschers Vorschläge zur Therapie von Absatzkrisen. Nach seiner Auffassung kann der Staat sie in den meisten Fällen lindern durch Abbau von Ausfuhr- und Einfuhrhindernissen, Kredithilfen an gefährdete Unternehmen, eine begrenzte Geldvermehrung sowie durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, jedoch „... müssen es wirkliche, an sich nützliche Arbeiten sein, die wohl erst für eine spätere Zeit, aber doch überhaupt beschlossen waren“.¹⁰³

Auf die Verteilungswirkungen dieser Maßnahmen geht er bereits bei der Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Absatzkrisen ein. Er hebt die politisch bedeutenden Folgen hervor: die Verstärkung des Unterschieds zwischen Reichtum und Armut und die erhöhte Abhängigkeit der Armen von den Reichen.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 685.

¹⁰¹ Ebenda, S. 700.

¹⁰² Ebenda, S. 708.

¹⁰³ Ebenda, S. 797; *Streissler*, E.W.: Wilhelm Roscher als führender Wirtschaftstheoretiker, in: *Streissler*, E.W. u. a.: Wilhelm Roscher und seine Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte. Vademecum zu einem Klassiker der Historischen Schule, Düsseldorf 1994, hier bes. S. 118 ff.; *Roscher*, W.: Zur Lehre von den Absatzkrisen, in: Derselbe: Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte, zweiter unveränderter Abdruck, Leipzig und Heidelberg 1861, S. 279–398;

„Dem eigentlich Reichen pflegt die Krise nur wenig zu schaden, desto mehr den mittleren und handarbeitenden Klassen.“¹⁰⁴

Roscher prüft daher drei Mittel zur Vorbeugung gegen die „Krankheit“ in der Form der Absatzkrisen: (1) eine gut ausgebaute Statistik, (2) eine liberale, bei Eingriffen in das Marktgeschehen zurückhaltende Wirtschaftspolitik, und (3) Gleichmäßigkeit der Politik, vergleichbar mit Walter Euckens konstituierendem Prinzip der Konstanz der Wirtschaftspolitik.¹⁰⁵

Zu den Maßnahmen zur Überwindung der Absatzkrisen führt er Beispiele aus verschiedenen Ländern an, und er nutzt die empirischen Daten, um die Multiplikatoreffekte der Maßnahmen nachzuweisen und die Vorteile der Mobilitätsförderung und ergänzender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen des Staates darzustellen.¹⁰⁶

Allerdings setzt die Entwicklung des Steueraufkommens diesen staatlichen Maßnahmen nach Roschers Auffassung Grenzen. Auch die Forderung nach dem „Recht auf Arbeit“ und die Vorstellung, daß der Staat in jeder Krise seinerseits eine erhöhte Nachfrage nach Arbeit herbeiführen solle, seien daher leider sehr zu beschränken.¹⁰⁷ Weitere Ausführungen betreffen die geld- und kreditpolitischen Maßnahmen. Als die „einzig wahren Schutzmittel“ vor den monetären Folgen der Absatzkrisen erkennt Roscher indessen nur „freie Concurrenz, volle Oeffentlichkeit und zuverlässige Rechtspflege“¹⁰⁸ an.

Die staatlichen Maßnahmen zur Veränderung der Einkommens- und Vermögensverteilung untersuchte Roscher darüber hinaus in den Bänden seines „Systems“, die auf die Finanzwissenschaft und die Armenpflege und Armenpolitik ausgerichtet sind (vgl. Übersicht 2).¹⁰⁹

¹⁰⁴ Roscher, W.: Zur Lehre von den Absatzkrisen, 1861, S. 359.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 366–373.

¹⁰⁶ Roscher, W.: Zur Lehre von den Absatzkrisen, 1861, S. 380 f.

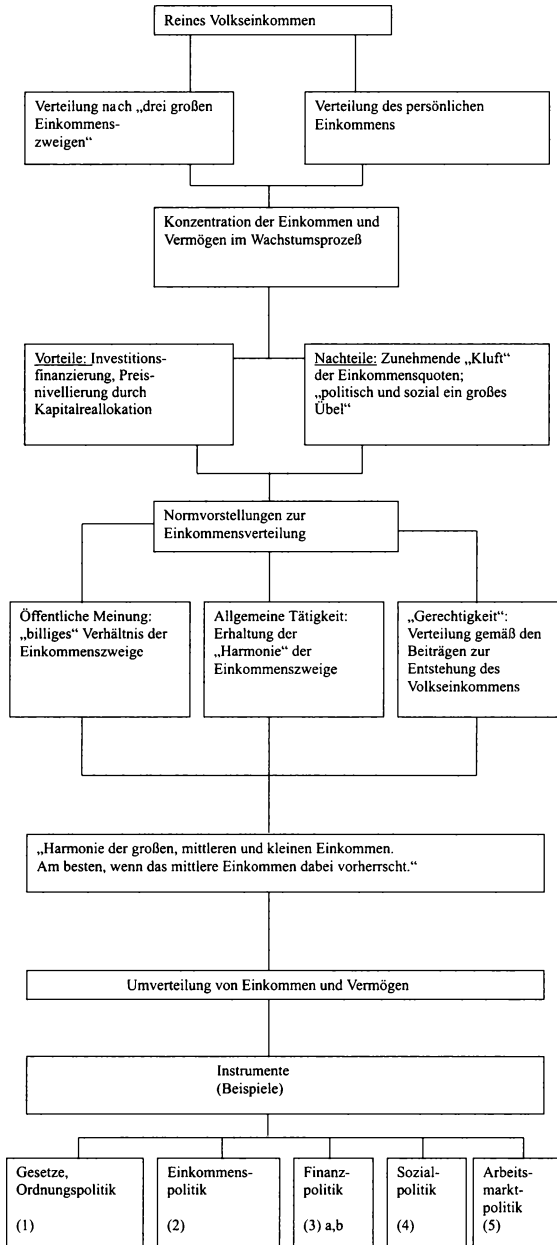
¹⁰⁷ Ebenda, S. 383.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 398.

¹⁰⁹ Roscher, W.: System der Volkswirtschaft. Vierten Bandes erste Abtheilung. System der Finanzwissenschaft. Stuttgart 1886; Derselbe: System der Volkswirtschaft. Fünfter Band. System der Armenpflege und Armenpolitik. Zweite Auflage, Stuttgart 1894.

Übersicht 2

Roschers Vorstellungen zur Einkommensverteilung und -umverteilung



-
- (2) Zulassung von Gewerkschaften, schriftliche Arbeitsverträge, „Normalarbeitstag“; Fabrikinspektoren
 - (3)a Einnahmenpolitik: Indirekte Steuern auf Luxusgüter; beschränkt progressive Einkommensteuer; Erbschaftsteuer; Armensteuern
 - (3)b Ausgabenpolitik: Schulen; Wohnungsbau; Statistik
 - (4) Arbeitsschutzgesetze; Fabrikkontrollen; Arbeitszeitbeschränkungen; „Staatsassekuranz“ und Privatversicherung
 - (5) Arbeitsschutz; Fabrikkontrollen, Arbeitsbücher, Informationen für Arbeiter und Unternehmer
- Weitere Instrumente, z.T. in sektoraler Gliederung –
-

Auf Anregung von Ernst Heuss in der Ulmer Diskussion ist besonders auf Roschers Auffassung zur „Staatsassekuranz“ und Privatversicherung sowie zu den Verteilungswirkungen von Sozialabgaben, direkten und indirekten Steuern hinzuweisen. Dabei müssen die unterschiedlichen Erscheinungsjahre der Teile seines „Systems“ und der verschiedenen Auflagen beachtet werden. Roscher zeigte sich zwar schon in der ersten Auflage seiner „Grundlagen“ überzeugt, daß der Staat die persönliche Einkommensverteilung nachdrücklich zu beeinflussen vermag, jedoch sollten den Reichen vor allem indirekte Luxusabgaben, Armensteuern und allenfalls Erbschaftsteuern auferlegt werden, dagegen nur in beschränktem Umfang progressive Einkommensteuern. Er begründete diese Aussage mit dem Hinweis auf die Mängel der SelbstdeklARATION des Steuerpflichtigen und die z.T. fehlende Einsicht in die Steuerzwecke. Die direkte Progressivbesteuerung sei von einem gewissen Grade an sogar „höchst gefährlich“, weil sie der aufgezwungenen Gütergemeinschaft näherrücke.¹¹⁰

Roscher schwächte seine Zurückhaltung gegenüber der progressiven Einkommensteuer indessen durch Hinweise auf Aussagen anderer Autoren, im besonderen von Adolph Wagner, ab. Das geht vor allem aus dem vierten Band seines „Systems“, der „Finanzwissenschaft“, hervor. Darin empfahl er die Differenzierung der Steuersätze zum einen durch Degression der Besteuerung, zum anderen durch Steuerbefreiung des Existenzminimums. Dadurch sollte der Mißbrauch der Progression – die „Plünderung der Reichen“ – vermieden werden. Aber auch hierzu fügte Roscher abschwächende Aussagen anderer Autoren an, hauptsächlich von Adolph Wagner, der sich in der Durchführung seines Grundsatzes der fiskalischen und sozialpolitischen Steuerzwecke viel gemäßigter gezeigt habe als zu erwarten gewesen sei.¹¹¹

Auch die Grundprobleme der Versicherung behandelte Roscher bereits in seinen „Grundlagen“. Dabei erörterte Roscher Vor- und Nachteile der staatlichen obligatorischen Versicherung und der Privatversicherung. Seine Empfehlungen liefen auf eine Mischung von Privatversicherung, gegenseitiger Versicherung und „Staats-

¹¹⁰ Roscher, W., 1922, S. 648.

¹¹¹ Roscher, W.: System der Finanzwissenschaft, Stuttgart 1886, S. 188 ff. (bes. S. 191).

assekuranz“ hinaus.¹¹² Auf die Gestaltung der einzelnen Versicherungsweige, im besonderen der Lebensversicherung, und auf die gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland eingeführten Zweige der Sozialversicherung ging Roscher im Schlußkapitel des fünften Bandes seines „Systems“, der „Armenpflege und Armenpolitik“, ein.¹¹³ Dabei stellte er vor allem die Entwicklung der Gesetzgebung und Institutionen dar. Darüber hinaus erörterte er die Begründungen und Folgen des Versicherungszwangs, der Organisation, der Finanzierung durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die Höhe und Struktur der Leistungen der Versicherungsweige. Den staatlichen Versicherungszwang hielt Roscher für notwendig, und er berief sich hierbei vor allem auf A. E. Schäffle. Aber auch Lujo Brentanos Vorstellungen zur Arbeiterversicherung wurden berücksichtigt.¹¹⁴ Ebenso wies Roscher auf Ansätze zur Einführung einer Sozialversicherung in den Nachbarländern und auf Anfänge des internationalen Arbeiterschutzes hin.¹¹⁵

Roscher stimmte somit dem von Bismarck und der Bürokratie auf Reichsebene eingeschlagenen „deutschen Weg“ weitgehend zu. Dabei sah er sich in weitgehender Übereinstimmung mit Schäffle, aber nicht mit Brentano, der eher dem von den Gewerkschaften getragenen Versicherungswesen, dem „englischen Weg“, zuneigte. Roschers Gedanken zum Versicherungswesen sind jedoch in den „Grundlagen“ seines „Systems der Volkswirtschaft“ niedergelegt. Damit schließt sich der Kreis von Roschers Stellungnahmen zum Distributionsproblem der Volkswirtschaftslehre.¹¹⁶

Es ist jedoch erstaunlich, daß Roschers Beiträge zum Versicherungswesen in der sozialpolitischen Fachliteratur nicht häufiger berücksichtigt werden. Viele seiner Hinweise auf die Probleme der Organisation, Finanzierung und Verteilungseffekte der Versicherungen, im besonderen der Sozialversicherung, waren – lange vor der Einführung der deutschen Sozialversicherung – bereits „in Roscher“ enthalten. Auch darauf machte Ernst Heuss in Ulm mit Recht aufmerksam.

Zusammenfassend können folgende Merkmale der in Roschers „System“ enthaltenen Auffassung zum Distributionsproblem hervorgehoben werden:

- (1) Roscher legt einen weit gefaßten Begriff der Distribution zugrunde; dieser umfaßt nicht nur die Verteilung des monetären Einkommens, sondern auch die Verteilung des Vermögens, der Eigentumsrechte und der verfügbaren Güter.
- (2) Roscher versucht, „historische Entwicklungsgesetze“ nachzuweisen; darauf sind auch seine Ausführungen zur Einkommens-, Vermögens- und Güterverteilung ausgerichtet.

¹¹² Roscher, W., 1922, S. 723 f.

¹¹³ Roscher, W., 1894, S. 283 ff.

¹¹⁴ Roscher, W., 1894, S. 314 f.

¹¹⁵ Roscher, W., 1894, S. 319 f.

¹¹⁶ Roscher, W., 1922, S. 718 – 736.

(3) In seinem „System der Volkswirtschaft“ faßt Roscher Ergebnisse seiner Spezialstudien zusammen und straft und vertieft seine Aussagen. Das gilt auch für die Darstellung der funktionalen, personellen und intertemporalen Einkommensverteilung.

(4) Das Distributionsproblem ist in Roschers Untersuchungen untrennbar mit dem Allokations- und Stabilitätsproblem der Volkswirtschaft verknüpft. Dabei legt er ein Phasenschema – Aufstieg, Blüte und Verfall der Volkswirtschaften – zugrunde. Seine Feststellungen stützen sich auf theoretisch begründete Aussagen (im Haupttext) und empirisch-historische Belege (zumeist in Fußnoten).

(5) Als Roschers zentrale Aussage zum Distributionsproblem kann seine Feststellung angesehen werden, daß die „beste persönliche Einkommensverteilung“ diejenige sei, die das Volk „... in stand setzt, die größte Menge wahrer Güter zu genießen und nachhaltig weiter zu produzieren.“¹¹⁷ Roschers weitere Ausführungen zur Einkommens-, Vermögens- und Güterverteilung dienen dazu, diese Aussage zu interpretieren und die Interdependenz des Distributions-, Allokations- und Stabilitätsproblems in der historischen Entwicklung der Volkswirtschaften nachzuweisen.

V. Dogmenhistorische Einordnung von Roschers Aussagen zum Distributionsproblem

Der Versuch, Roschers Aussagen dogmenhistorisch einzuordnen, folgt den unterschiedlichen Aspekten des Distributionsproblems: (1) Funktionale Verteilung, (2) Personelle Verteilung, (3) Eigentumsrechte und Verteilung, (4) Intertemporale Verteilung, (5) Ziele und Maßnahmen der Redistributionspolitik. Im Mittelpunkt stehen Roschers Aussagen über die Bestimmungsgründe und Entwicklungstendenzen der Einkommensverteilung sowie seine Vorschläge zur Gestaltung verteilungs- und sozialpolitischer Maßnahmen, im besonderen zur Lösung der „socialen Frage“. Dabei werden vor allem neuere Beiträge über Roschers Werke zugrundegelegt.

Bertram Schefold (1994) bezeichnet Roscher als einen der bedeutendsten, international anerkannten deutschen Nationalökonomien des 19. Jahrhunderts, und Erich W. Streissler schreibt über „Roscher als führender Wirtschaftstheoretiker“.¹¹⁸ Dennoch wurde Roscher im 20. Jahrhundert selten gewürdigt. Ausnahmen wie Alfred Marshall (1897) sind schnell aufgezählt.¹¹⁹ Bei dem Vergleich von Marx und Roscher kommt Schefold zu dem Ergebnis, daß Marx „– bei allen Irrtümern

¹¹⁷ Roscher, W., 1922, S. 627.

¹¹⁸ Streissler, E.W. u. a.: Wilhelm Roscher und seine Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte. Vademecum zu einem Klassiker der Historischen Schule, Düsseldorf 1994, S. 5 ff., S. 37 ff.;

¹¹⁹ Marshall, A.: The Old Generation of Economists and the New, in: The Quarterly Journal of Economics, vol. XI, 1897, (repr. Kraus, New York, 1961), S. 115 – 135.

Roscher geistig und an historischer Bedeutung überlegen – “ gewesen sei, Roscher aber die Wirklichkeit besser eingeschätzt habe als Marx.¹²⁰ Schefold und Streissler heben Roschers Verdienste um die ökonomische Analyse des Einsatzes von Maschinen im Produktionsprozeß und der Schwankungen von Nachfrage und Absatz hervor.¹²¹ Wiederum wird deutlich, daß Roscher – dem von ihm verehrten K.H. Rau folgend – einerseits an den Stand der ökonomischen Theorie zu seiner Zeit anknüpfte, andererseits darüber hinausging und weiterführende, zumindest ergänzende theoretische Überlegungen und umfangreiche historisch-empirische Belege zusammengetragen hat. So weist Schefold darauf hin, daß Roscher bereits der Nachfrageanalyse breiten Raum widmete und die Elastizität der Nachfrage beschrieb, jedoch ohne den Begriff zu formulieren, daß er den Einfluß der sozialen Zusammensetzung der Käuferschichten auf Nachfrageveränderungen beachtete, die Bedingungen für Nachfrageausfall und Nachfragesteigerungen untersuchte und in diesem Zusammenhang die Kritik von Karl Marx an dem Sayschen Gesetz des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage vorwegnahm. Auf der Angebotsseite habe er die Möglichkeit einer Kompensation der Arbeitsfreisetzung im Zuge des Einsatzes von Maschinen untersucht und an Beispielen gezeigt, daß die Arbeitsfreisetzung nicht notwendigerweise eintreten muß, daß andererseits die Kritik von Friedrich Engels an der Verbreitung der industriellen Fabriken übertrieben gewesen sei und daß die Einführung unabhängiger Fabrikinspektoren auf der Grundlage einer neuen Fabrikgesetzgebung zu besseren sozialen Verhältnissen der Arbeiter führen könne.¹²² Auch E.W. Streissler hebt Roschers Widerlegung des Sayschen Gesetzes – neben seinen weiterführenden Ausführungen zum Maschinenwesen, zur Produktivitätsentwicklung und zur Nachfrageentwicklung – hervor.¹²³ Nach Streisslers Urteil ist Roscher gerade wegen seiner Beiträge zur Weiterentwicklung der ökonomischen Theorie und wegen seiner institutionalistisch ausgerichteten Untersuchungen „die Zentralfigur der deutschsprachigen Nationalökonomie im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts“.¹²⁴ Er habe auch den abnehmenden Grenznutzen und die Grenzproduktivität der Produktionsfaktoren gekannt. Die Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung habe er sogar durchgängig genutzt „... und zwar eher noch virtuoser als die Österreicher!“ Carl Menger habe seine „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“ (1871) daher mit Recht Wilhelm Roscher gewidmet.¹²⁵ Holt die deutsche Dogmengeschichte der Volkswirtschaftslehre also am Ende des 20. Jh. nach, was sie zuvor viele Jahrzehnte lang versäumt hat?

¹²⁰ *Schefold*, B.: Wilhelm Roschers „Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte“, in: Streissler, E.W. u. a.: Wilhelm Roscher und seine Ansichten der Volkswirtschaft. . . , Düsseldorf 1994, S. 5 ff., hier: S. 9.

¹²¹ *Streissler*, E.W. u. a.: Wilhelm Roscher und seine Ansichten der Volkswirtschaft. . . , 1994, S. 18 f., 37 ff.

¹²² Ebenda, S. 19.

¹²³ Ebenda, S. 112 ff.

¹²⁴ Ebenda, S. 37.

¹²⁵ Ebenda, S. 38.

Weniger deutlich zeichnet sich dieser Umschlag in den Stellungnahmen zu Roschers Aussagen zur sozialen Frage und zur Verteilungs- und Sozialpolitik ab. Das gilt im besonderen für die Untersuchungen über die „ältere historische Schule“ der deutschen Nationalökonomie, der in der Regel neben dem Begründer W. Roscher auch B. Hildebrand und K. Knies, ggfs. noch weitere Autoren (C.F. Schüz), zugeordnet werden. Jedoch werden die Arbeiten dieser Autoren zu wenig differenziert beurteilt, wie etwa Albert Müßiggangs Aussagen (1968) über die Arbeiten der älteren historischen Schule zur sozialen Frage erkennen lassen.¹²⁶ Müßiggang ist zwar zuzustimmen, daß Roscher von den Ideen der klassischen Ökonomie und von liberalen wirtschaftspolitischen Vorstellungen ausging, doch trifft es nicht zu, daß er die klassische Lehre als „... unfehlbaren Weg zur Überwindung der sozialen Mißstände“ ansah.¹²⁷ Roscher verfügte über genaue Kenntnisse der Real- und Theoriegeschichte, die ihn durchaus veranlaßten, der klassischen Lehre zu widersprechen. Müßiggang zitiert selbst „drei große theoretische Vorwürfe“, die Roscher gegen die klassische Lehre erhebt: sie sei zu abstrakt, zu wenig historisch und zu optimistisch.¹²⁸ Eben deshalb widerlegt Roscher das Saysche Gesetz, fordert er neue Gesetze für Arbeitsschutz, gegen Unternehmenskonzentration, zugunsten des Schutzes von Frauen und Kindern und zur Stabilisierung von Beschäftigung, Produktion und Absatz, wie in den voranstehenden Abschnitten gezeigt wurde. Auch Müßiggangs Einwand, daß Roschers konservativer, zwischen Liberalismus und romantischer Reaktion schwankender Standpunkt ihn auf die Ausarbeitung von Leitbildern und wirtschaftspolitischen Forderungen auf der Grundlage theoretischer Erkenntnisse verzichten lassen habe,¹²⁹ trifft in dieser Form nicht zu. Vielmehr baut Roscher seine Forderung nach gerechter Einkommensverteilung auf grenzproduktivitätstheoretischen Vorstellungen auf, und er verschweigt auch nicht die wesentlichen Einwände, wie das Zurechnungsproblem und die Ausklammerung alter und kranker Menschen aus der Einkommensverteilung. Wohl sind die Maßnahmen, die er zur Durchsetzung des Gerechtigkeitspostulats empfiehlt, unzureichend, doch sollte nicht übersehen werden, daß Roscher zur Zeit einer Umbruchphase der Volkswirtschaft schrieb und daß er gerade deswegen versuchte, „Gesetzmäßigkeiten der gesamten Völkerentwicklung“ durch „Vergleichung aller Völker“ – mit Hilfe von Analogien – aufzudecken; nach seiner Auffassung ist Volkswirtschaftslehre „... die Lehre von den Entwicklungsgesetzen der Volkswirtschaft, des wirtschaftlichen Volkslebens“.¹³⁰ Deshalb forderte er auch – wie zuvor gezeigt – nachhaltige Verbesserungen der Statistik der Einkommens- und Vermögensverteilung.

¹²⁶ Müßiggang, A.: Die soziale Frage in der historischen Schule der deutschen Nationalökonomie, Tübingen 1968.

¹²⁷ Ebenda, S. 81.

¹²⁸ Ebenda, S. 87; Roscher, W.: Geschichte der National=Ökonomik, München 1874, S. 1017 ff.

¹²⁹ Müßiggang, A., 1968, S. 87.

¹³⁰ Roscher, W.: System der Volkswirtschaft, Erster Band, Die Grundlagen der Nationalökonomie, Vierte Auflage, Stuttgart 1861, S. 25; Müßiggang, A., 1968, S. 83 f.

Dennoch ist Roschers Programm als „... noch in keinem Bezug zu modernen Konzeptionen des Sozialstaates“ bezeichnet worden.¹³¹ E. Pankoke hat es sogar als paradox bezeichnet, „... daß bei der „älteren historischen Schule“ gerade das neue Bewußtsein der geschichtlichen Bedingtheit den politischen Impuls, in die Geschichte gestaltend einzugreifen, verdrängt hat.“¹³² Aber auch diese Interpretation erscheint im Lichte der neuen Urteile über Roschers Werke von einer zu hohen Norm ausgehend. Roscher erkannte die Wandlungen der Sozialstruktur, der Eigentumsrechte, der politischen Institutionen, der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung und der Konzentration von Einkommen und Vermögen. Seine Forderungen richteten sich auf soziale Gerechtigkeit, aber gegen den Sozialismus. Daher beschränkten sich seine Vorschläge zur Verminderung der „socialen Frage“ auf systemkonforme, vor allem ordnungspolitische Maßnahmen.

Folglich bleibt festzuhalten: Roscher ging von der Verknüpfung des Distributionsproblems mit dem Allokations- und Stabilitätsproblem der wirtschaftlichen Entwicklung aus; daher vermied er Forderungen nach einer Veränderung des „gesamten Systems der Volkswirtschaft“, sondern bevorzugte Kompromißlösungen – wie z. B. Kombinationen von Privatversicherung und Sozialversicherung,¹³³ Verbesserungen des Arbeitsschutzes, Kontrollen der Arbeitszeit und Beschäftigung und andere Maßnahmen auf gesetzlicher Grundlage. Dabei muß der „frühe Roscher“ vom „späten Roscher“ unterschieden werden. Je weiter die industrielle Entwicklung fortschritt, desto stärker trat in Roschers Sichtweise das Distributionsproblem in den Vordergrund. Deshalb widmete er den fünften Band seines „Systems“ nicht zufällig der Armenpflege und Armenpolitik, somit dem Distributionsproblem der Volkswirtschaftslehre (vgl. Übersicht 3).

VI. Schlußfolgerungen

Roschers Ausführungen zum Distributionsproblem sind in verschiedenen Teilen seines „Systems der Volkswirtschaft“ und seiner Spezialstudien und Aufsätze enthalten. Die Kerngedanken findet der Leser bereits in den ersten Auflagen der „Grundlagen“, des ersten Bandes seines „Systems“.

Überwiegend institutionell ausgerichtete Darstellungen zu Maßnahmen der Verteilungs- und Sozialpolitik enthält vor allem der fünfte Band des „Systems“. Jedoch sind auch theoretische Ausführungen darin enthalten, z. B. zur Versicherung.

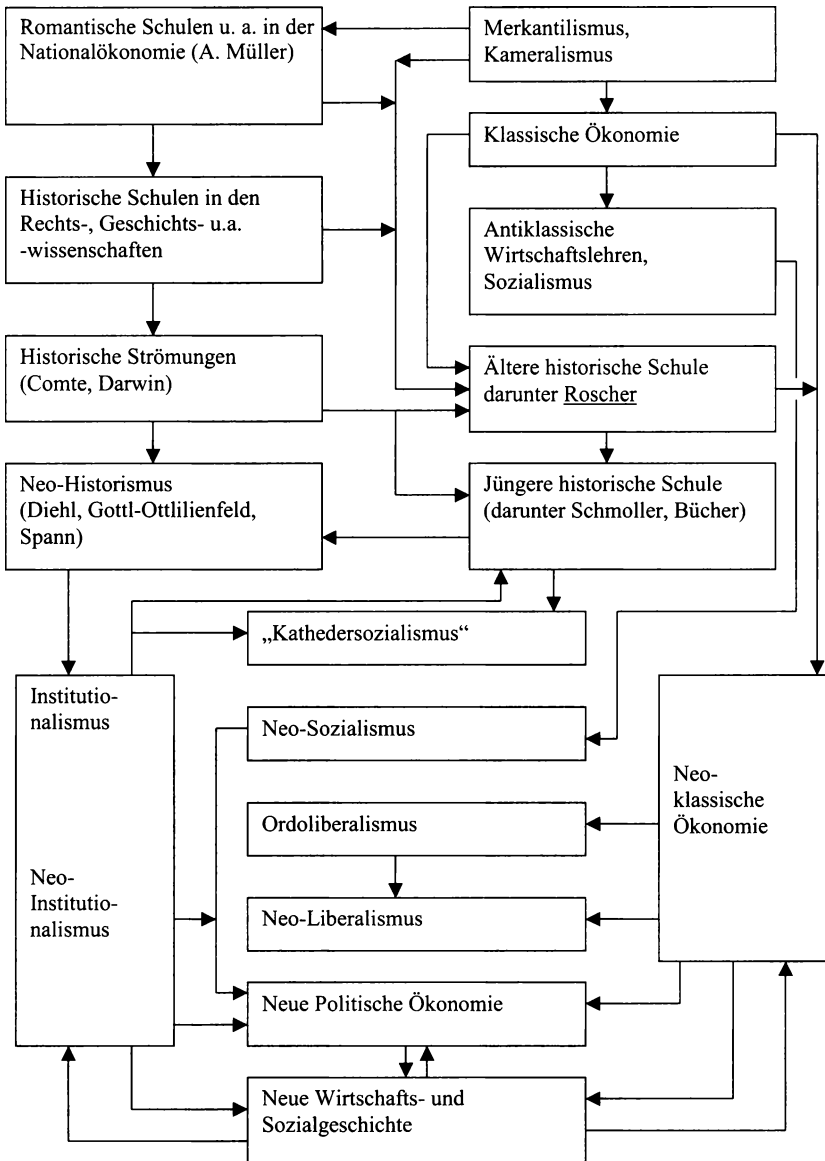
¹³¹ Pankoke, E.: *Soziale Bewegung – Soziale Frage – Soziale Politik. Grundfragen der deutschen „Socialwissenschaft“ im 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1970, S. 138; vgl. dazu auch: Eisermann, G.: *Die Grundlagen des Historismus in der deutschen Nationalökonomie*, Tübingen 1956, S. 118 ff.

¹³² Pankoke, E., 1970, S. 139.

¹³³ Földes, B.: Eine Erinnerung an Wilhelm Roscher, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, III. Folge, Band 26, Jena 1903, S. 237 – 239.

Übersicht 3

Wilhelm Roschers Einordnung in die Dogmengeschichte



Vgl. dazu *Rieter*, H.: Historische Schulen, in: Issing, O. (Hrsg): Geschichte der National-ökonomie, 3. Auflage, München 1994, S. 127-162, hier: S. 129

Roscher hat dem Distributionsproblem unter dem Einfluß des „Pauperismus“ und der „socialen Frage“ des 19. Jh. in seinen Werken im Zeitablauf einen breiteren Raum gewidmet. Hatte der „frühe Roscher“ noch auf die Stabilisierungshypothese gesetzt, so sah der „späte Roscher“ angesichts zunehmender Einkommens- und Vermögenskonzentration, Spekulations- und Absatzkrisen, Verarmung und sozialer Unsicherheit die Erweiterung privater und staatlicher Vorsorgemaßnahmen als notwendig an. Einerseits sollten die Arbeiter durch Änderungen ihres Verhaltens die Zunahme des Arbeitsangebots einschränken, andererseits sollten die Unternehmer durch bessere Arbeitsbedingungen die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter verbessern und die Effizienz der Beschäftigung erhöhen. Der Staat sollte durch neue Gesetze und Institutionen den Produktionsprozeß und den Einsatz von Arbeitskräften vor allem in der Großindustrie kontrollieren.

Um dem Leitbild einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung näherzukommen, sah Roscher darüber hinaus die erhöhte Aktivität von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und nichtstaatlichen Organisationen als erforderlich an. Sie sollten Caritas vermitteln.

Gegenüber den Forderungen nach einem umfassenden Sozialstaat oder grundlegenden Änderungen der Staatsform hielt Roscher sich dagegen zurück. Er blieb ein religiös-konservativer, die Entwicklungsgesetze der Volkswirtschaft suchender Ökonom.

Das Distributionsproblem sah er eng verknüpft mit dem Allokations- und Stabilitätsproblem. Aus diesen Erkenntnissen zog er seine Folgerungen für die Empfehlungen verteilungs- und sozialpolitischer Maßnahmen. Dabei berücksichtigte er Zeit und Raum. Die „historischen Vergleiche“ – Analogien – sollten Roscher davor bewahren, allgemeingültige Aussagen über *die* Lösung des Distributionsproblems zu erteilen. Insoweit ist er wohl mit Recht als Begründer der „älteren historischen Schule“ in die Dogmengeschichte der Volkswirtschaftslehre eingeordnet worden.¹³⁴ Dabei sollte jedoch sein fester Platz in der Geschichte der ökonomischen Analyse ebenso unstrittig sein wie in der Geschichte der Politischen Ökonomie und der Institutionen.

¹³⁴ Vgl. *Rieter*, H.: Historische Schulen, in: Issing, O. (Hrsg.): Geschichte der Nationalökonomie, 3. Auflage, München 1994, S. 127 ff., bes. S. 129.

Carl Knies' Erörterungen über den Kredit

Von Hans-Michael Trautwein, Oldenburg

Sicherlich gehört die Handhabung und Ausbildung des Creditverkehrs zu den wichtigsten und folgenreichsten Thatsachen für das gesammte Culturleben des menschlichen Geschlechtes.

(Knies 1876, S. 238)

I. Einleitung

Aus den Schriften von Carl Knies (1821–98) ragen zwei Werke heraus. Das eine ist *Die politische Oekonomie vom Standpunkte der geschichtlichen Methode* (1853). Das andere sind die drei Bände über *Geld und Credit* (1873, 1876 und 1879). Der erstgenannten Schrift verdankt Knies seinen Ruf als Mitbegründer der Älteren Historischen Schule. Ungeachtet der späteren Neuauflage (1883) wirkt sie allerdings wie ein früher Solitär im Gesamtwerk dieses Verfassers. Das zweite Hauptwerk bildet hingegen den Kulminationspunkt umfangreicher Vorarbeiten, an deren Anfang Überlegungen zur Geldentwertung (1858) und vor allem die *Erörterungen über den Credit* (1859, 1860) stehen.¹

Knies betrachtete den Kredit als das intertemporale Bindeglied des Verkehrs in einer arbeitsteiligen Gesellschaft. Die Kredittheorie war daher für ihn der natürliche Ort der Darlegung seiner Ansichten über Wert, Kapital und Geld. In diesem Sinne betonte er im Vorwort zur geldtheoretischen Abtheilung der Trilogie, ‚dass die Ausführungen über das Geld [und diesen vorangestellt die Ausführungen über Kapital und Wert] mehr nur als eingefügte Theile innerhalb eines weiteren Rahmens von Erörterungen über Credit auftreten sollten‘ (1873, S.V). Die beiden folgenden Bände über den *Credit* versah er mit dem Anspruch einer allumfassenden Theorie und dem Hinweis, daß ‚ein Buch mit dieser Aufgabe‘ bis dahin ‚in der Litteratur noch nicht vorhanden‘ gewesen sei (1876, S. III).

Wenn Knies mit diesem Anspruch Hoffnungen auf fruchtbare Auseinandersetzungen über seine Kredittheorie und entsprechenden Nachruhm verbunden haben sollte, so haben sie sich kaum erfüllt. Während die *politische Oekonomie* als Programmschrift der Historischen Schule fleißig zitiert und diskutiert worden ist, haben die kredittheoretischen Beiträge nur wenig Beachtung gefunden. Für Schatz-

¹ Zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte siehe *Eisermann* (1996) und *Häuser* (1996).

sucher der Theoriengeschichte wäre dieser Umstand alles andere als ein Hindernis. Doch wer sich bei Knies auf die Suche begibt, braucht langen Atem. Allein in puncto Kredit sind mehr als tausend Seiten Originaltext durchzuarbeiten, die sich der Abkürzung durch Querlesen weitgehend versperren. Auch ein erster Gang durch die dogmenhistorische Sekundärliteratur verhilft nicht zu einem schnellen Überblick. Er ist eher noch geeignet, von der weiteren Befassung mit der Knieschen Kredittheorie abzuschrecken.

So begegnet man zunächst dem Urteil, daß Knies seinem eigenen geschichtsmethodischen Programm nicht gefolgt oder gar im Versuch der Umsetzung gescheitert sei.² *Schumpeter* (1965) macht Knies zwar hieraus keinen Vorwurf, sondern gelangt zu der Einschätzung, daß Kniesens ‚Hauptleistung.. auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens [liege], auf dem er seine Spuren als Theoretiker zurückließ‘ (1965, S. 988). Aber er verweist immer wieder auf eine spätere Würdigung dieser ‚Hauptleistung‘ – bis er den Spannungsbogen unvermittelt mit der Bemerkung abbricht, daß ‚Karl Knies *Geld und Credit...*, so wichtig es auch in anderer Hinsicht ist,.. zu den in seinem Titel genannten Themen nur wenig‘ hinzufüge (1965, S. 1312). *Wagner* (1937) wird in *dieser* Hinsicht deutlicher und beklagt, daß in der Kredittheorie von Knies ‚das wirtschaftstheoretische hinter dem klassifikatorischen Denken.. zurücktritt‘ und daß ‚die Ausführungen trotz aller Weitschweifigkeit an allen zentralen Punkten der Theorie vorbeigehen‘ (S. 55 und 58).

Tatsächlich wirkt die Kniesche Geld- und Kredittheorie auf den ersten Blick wenig attraktiv. In ihrer Kernaussage, daß nur Geld sein könne, was auch als Gut Gebrauchswert besitzt, mußte sie schon nach wenigen Jahrzehnten überholt erscheinen. So behandeln beispielsweise *Diehl/Mombert* (1923) und *Wieser* (1927) Knies als typischen Vertreter des Metallismus, dessen Theorie lediglich noch den Hintergrundkontrast zu Knapps *Staatlicher Theorie des Geldes* (1905) bildet. Obwohl Knies keineswegs ‚klassifikatorischer‘ (bzw. weniger ‚wirtschaftstheoretisch‘) argumentierte als Knapp,³ hat die Geschichte seine Behauptung der Unabdingbarkeit des Metallgeldes eindrücklich widerlegt und damit die Kontroverse zu seinen Ungunsten entschieden. Dieser Umstand mag auch erklären, warum Knies bereits in der Zwischenkriegszeit fast vollständig aus der einschlägigen Literatur verschwunden war, obwohl noch 1931 ein Neudruck der drei Bände über *Geld und Credit* (bei Buske in Leipzig) erschien.⁴

² Siehe z. B. *Wagner* (1937, S. 54 f.), *Salin* (1951, S. 141), *Schumpeter* (1965, S. 659, Fn. 22) und *Schefold* (1987), der resümiert: Knies ‚also provided an analysis of money, capital, credit and interest... However, his analysis followed conventional methodological patterns; he did *not* succeed in applying the historical method to the analysis of concrete economic problems‘ (S. 55 – meine Hervorhebung).

³ Zu Knapp siehe auch *Trautwein* (2003).

⁴ Siehe hierzu auch *Häuser* (1996). Mit Ausnahme von *Wieser* (1927) findet Knies in den einschlägigen Artikeln des *Handwörterbuchs der Staatswissenschaften* (4. Auflage, 1923–1929) allenfalls per Literaturhinweis Erwähnung. Zur geringschätzigen Behandlung bei *Wagner* (1937) ist mit den obigen Zitaten alles gesagt. *Ellis* (1934) geht auf Knies nicht

In neuerer Zeit hat dieses Werk meines Wissens nur noch in zwei Kommentaren zur Faksimile-Edition des ersten Bandes (1996) ausführlichere Würdigung erfahren.⁵ *Häuser* (1996) lobt Knies als einen Pionier in der Herausarbeitung der Geldfunktionen, und *Yagi* (1996) diskutiert Kniessens Positionen zur Wertformenanalyse bei Marx. Aufgrund der editorischen Beschränkung auf die Geldtheorie ist die Kredittheorie allerdings in diesen Beiträgen weitgehend ausgeblendet geblieben.

Trotz des insgesamt negativen Befundes ist die Beschäftigung mit Kniessens weitaufgeklärten Erörterungen über den Kredit nicht ohne Reiz. Denn die ersten Blicke auf die Primär- und Sekundärliteratur geben doch einige Rätsel auf. Aus heutiger Sicht stellt sich *erstens* die Frage, wie sich Kniessens Betonung der überragenden Bedeutung des Kredits mit seinem rigorosen Metallismus verträgt. Angesichts der vielen historischen Rekurse und Relativierungen in den kredittheoretischen Beiträgen ist *zweitens* zu prüfen, inwieweit Knies tatsächlich seinen ursprünglichen methodischen Prinzipien untreu geworden ist. *Drittens* ist einigen Unstimmigkeiten in den Beurteilungen nachzuspüren, die das Kniessche Werk erfahren hat. Schließlich besteht ein auffälliger Kontrast zwischen dem Wagnerschen Verdikt der sterilen Klassifikatorik und der ansonsten durchgängig anzutreffenden Anerkennung Kniessens als eines ‚führenden Theoretikers‘ oder gar ‚Klassikers der deutschen Geldtheorie‘.⁶ Bei solch lobenden Erwähnungen bleibt wiederum verwunderlich, daß man aus der Sekundärliteratur so wenig über den Inhalt der Kniesschen Kredittheorie erfährt.

Diese Diskrepanz gibt Anlaß zu der Vermutung, daß Knies zwar in einzelnen Elementen (z. B. in bezug auf die Geldfunktionen und den Kapitalbegriff) als Wegbereiter für moderne Theorien gilt, sein Projekt einer umfassenden Theorie des Kredits in der Nachwelt aber stillschweigend als gescheitert betrachtet wird. Ist Knies tatsächlich gescheitert? Und wenn ja: nach welchen Maßstäben?

Diese und die drei oben genannten Fragestellungen bilden das Gerüst der folgenden Auseinandersetzung mit der Kniesschen Kredittheorie. Hierfür sind zunächst deren zentrale Aussagen herauszuarbeiten. In den *Abschnitten II. – IV.* wird

ein, weil seine Geschichte der deutschen Geldtheorie erst mit *Knapp* (1905) beginnt. Erstaunlich ist hingegen das Fehlen jeglicher Hinweise auf Knies in zwei anderen umfangreichen Werken jener Zeit, nämlich in der *Geschichte der Geld- und Kredittheorien* von *Rist* (1947), der selbst noch metallistisch argumentierte, und in der zweibändigen *Theory of Prices* von *Margat* (1938, 1942), der in seiner ‚nochmaligen Untersuchung der zentralen Probleme der Geldtheorie‘ auch der entlegensten Literatur nachgegangen ist.

⁵ Daneben gibt es einige knappe, teils ausschnittshafte Zusammenfassungen, z. B. bei *Brandt* (1993, S. 59 – 62), *Eisermann* (1996), *Schefold* (1996) und *Holtfrerich* (1988).

⁶ Eine Zusammenstellung entsprechender Zitate findet sich im epigrammatischen Teil des Begleitbandes zur Faksimile-Edition von *Das Geld* (1996). Darüber hinaus sind zwei weitere Würdigungen erwähnenswert. *Böhm-Bawerk*, der selbst ein Jahr bei Knies in Heidelberg studiert hatte, zählte Knies zu ‚den ernstesten und würdigsten Denkern unserer Wissenschaft‘ (1896, S. 87). Und selbst *Marx*, der mit abfälligen Worten über deutsche Ökonomen nie geizte, spottete 1877 in einem Brief an Engels vergleichsweise milde über ‚Herr[n] Knies, das kritische Genie der Professoralökonomie‘ (1954, S. 234).

Kniessens begriffliche Systematik des Kreditverkehrs erläutert und in ihrem Verhältnis zu den Grundkategorien Kapital, Nutzung, Wert und Geld dargestellt. *Abschnitt V.* behandelt die zinstheoretischen Überlegungen von Knies, *Abschnitt VI.* seine Auslassungen zu den Wirkungen des Kreditverkehrs auf realwirtschaftliche Aktivitäten. Im Anschluß an die kommentierte Darstellung werden in den *Abschnitten VII. und VIII.* das Verhältnis von Geld und Kredit sowie die Rolle der Geschichte bei Knies diskutiert. *Abschnitt IX.* taxiert schließlich den Gebrauchswert der Kniesschen Kredittheorie, d. h. ihren Erklärungsgehalt und die Impulse, die sie für die Weiterentwicklung monetärer Theorien gesetzt hat und die sie möglicherweise noch setzen kann.

II. Das Wesen des Kredits

Die folgende Darstellung der Kniesschen Kredittheorie bezieht sich auf die drei einschlägigen Aufsätze in der *Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft* (1858–60) und auf die drei Bände über *Geld und Credit* (in den Auflagen von 1873–79).⁷ In allen diesen Schriften verwendet Knies größte Sorgfalt darauf, den jeweils zentralen Gegenstand der Abhandlung zunächst einmal auf seinen Begriff zu bringen. Es gilt, ‚zu dem Allgemeinen vorzudringen, welches alles Einzelne in sich begreift, und jede Erklärung vor Widersprüchen zu sichern‘ (1859, S. 565). Im Gegensatz zur funktionalistischen Verkürzung der Geldtheorie, mit der das Untersuchungsobjekt üblicherweise nach dem Motto *money is what money does* definiert wird, beharrt Knies darauf, daß ‚der Begriff des Geldes nicht der Begriff einer Function [sei], sondern der Begriff eines zu besonderen Functionen berufenen wirtschaftlichen Gutes‘ (1873, S. 163). Folglich analysiert er ausführlich die wesentlichen Eigenschaften und Erscheinungsformen des Geldes, um erst *hieraus* dessen Funktionen und Wirkungen auf realwirtschaftliche Aktivitäten abzuleiten.

Auch in bezug auf den Kredit geht es Knies an erster Stelle darum, das Wesen des Phänomens zu ergründen. Wie beim Gelde nähert er sich dem Begriff der Sache über Auseinandersetzungen mit der Begriffsgeschichte und mit Auffassungen anderer Autoren, wobei er stets auch rechtliche Aspekte einbezieht.⁸ In den *Erörte-*

⁷ Zwei weitere Schriften, die unter dem gleichen Titel *Zur Lehre vom wirtschaftlichen Güterverkehr, vom Geld und vom Credit* jeweils in Freiburg 1862 bzw. als Prorektoratsschrift in Heidelberg 1871 erschienen, sind in deutschen Bibliotheken offenkundig so rar, daß sie über die zugänglichen Kataloge nicht auffindig zu machen waren.

⁸ ‚An der Einbeziehung der juristischen Probleme erweist sich .. ein Charakteristikum der Historischen Schule: die Einheit der Sozialwissenschaften einschließlich des Rechtswesens...‘. Knies suchte ‚die gesellschaftlich relevanten Aspekte zu berücksichtigen, insbesondere auch die Rechtsnatur des Geldes, nicht nur weil die Wirtschaftswissenschaft meist noch innerhalb des juristischen Studiums absolviert wurde – es gab noch keine akademischen Grade für ein wirtschaftswissenschaftliches Studium –, sondern weil Währungsordnungen und Kreditbeziehungen in einer sich der Moderne öffnenden Wirtschaft beständig neue Ordnungs- und Rechtsprobleme aufwarfen.‘ (*Häuser* 1996, S. 40 und 37)

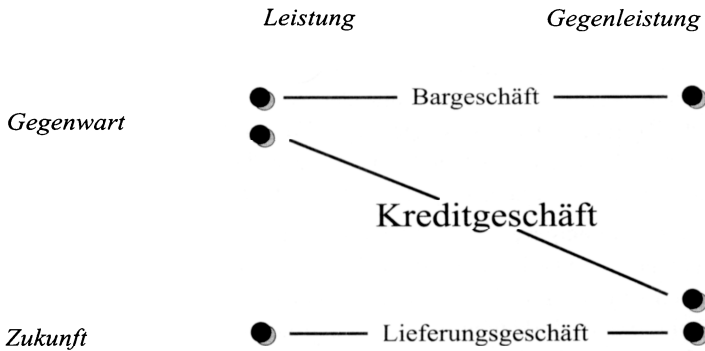
rungen (1859, S. 563 ff.) stellt er zunächst fest, daß die Geschichte des Kreditbegriffs von einem besonderen Mißgeschick begleitet gewesen sei. Die altrömische Bezeichnung für ‚das Anvertraute‘ (*creditum*) als ‚Gegenstand eines durchgeführten sachlichen Vorgangs‘ habe im Laufe der Zeit einen allgemeinen Interpretationswandel erfahren, wonach ‚das eigentliche Wesen des Credits... in subjectiven Stimmungen und Stellungen der Individuen‘ zu suchen sei, also im Vertrauen des Gläubigers bzw. in der Glaubwürdigkeit des Schuldners.

Knies setzt dem entgegen, daß das Vorhandensein von Vertrauen weder hinreichende noch notwendige Bedingung für Kreditgeschäfte sei und diese nicht einmal grundsätzlich von anderen Transaktionen unterscheide (1859, S. 579 ff.). So weist er darauf hin, daß in Barkäufen und Lieferungsgeschäften regelmäßig darauf vertraut werden müsse, daß Versprechungen im Hinblick auf die Qualität der Güter und andere Konditionen des Geschäfts eingehalten werden. In bezug auf Kreditgeschäfte argumentiert er frei nach dem (später Lenin zugeschriebenen) Motto *Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser*. Vertrauen ist nur bedingt notwendig, weil solche Geschäfte in der Regel durch reale Sicherheiten, gerichtlichen Zwang und andere Sanktionen gegen säumige Schuldner flankiert werden, die Vertrauen teilweise, wenn nicht vollständig ersetzen. Süffisant merkt Knies an, daß manches Kreditgeschäft nur dadurch zustandekomme, daß der Gläubiger auf eine spätere Zahlungsunfähigkeit des Schuldners vertraut, mittels der er sich Gewalt über dessen Person oder Sachen verschaffen kann.

Nach der Kritik am oberflächlichen Subjektivismus gängiger Kredittheorien geht Knies zur positiven Begriffsbestimmung über.⁹ Seiner Definition zufolge sind Kreditvorgänge entgeltliche Güterübertragungen, bei denen die Leistung der einen Partei (Gläubiger) in die Gegenwart, die Gegenleistung der anderen Partei (Schuldner) in die Zukunft fällt (1876, S. 5–11). Diese zeitliche Verschränkung unterscheidet den Kreditverkehr einerseits vom Barverkehr, in dem beide Übertragungen in der Gegenwart stattfinden, und andererseits vom Lieferungsverkehr, der in vorab vereinbarten Barkäufen bzw. Termingeschäften besteht. Somit ergibt sich das auf S. 78 folgende Schema der entgeltlichen Übertragungen.

Der Begriff der ‚*entgeltlichen* Übertragung‘ dient Knies zur Unterscheidung von einseitigen Transaktionen, wie z. B. Schenkungen, Erbschaften oder Wettgewinnen. Er ist keineswegs auf den geldwirtschaftlichen Verkehr beschränkt. In Kniesens mißverständlicher Diktion bezeichnet ‚Barverkehr‘ alle Zug-um-Zug-Geschäfte und schließt somit naturalwirtschaftlichen Tausch ein. Auch Kreditgeschäfte können vollständig in Gebrauchsgütern getätigt werden, z. B. in Saatgut oder in anderen Naturalien. Andererseits ist im Begriff der ‚*entgeltlichen Güterübertragungen*‘ auch die übliche Form des Kredits in der *Geldleihe* enthalten, weil Knies Geld ebenfalls als Gut betrachtet (hierzu mehr in *Abschnitt IV.*).

⁹ Im *Credit* (1876) stellt Knies hingegen die Begriffsbestimmung der Kritik voran.



Für *Knies* (1876, S. 100 ff.) bildet der reine Naturalkredit ein rück- und randständiges Phänomen, da sich der Kreditverkehr erst richtig entfalten kann, wo Geld als Zahlungsmittel fungiert. Doch die Gegenüberstellung von Naturalwirtschaft und Geldwirtschaft hilft ihm, den Kredit weiter von übrigen Formen entgeltlicher Übertragung abzugrenzen. Während es in anderen Transaktionen, seien sie nun durch Geld vermittelt oder nicht, stets auf die Verschiedenartigkeit der Gebrauchswerte ankommt, findet in vielen Kreditgeschäften die Übertragung *gleichartiger* Güter (zu verschiedenen Zeitmomenten) statt – ein Vorgang, der im Bar- oder Lieferungsverkehr unsinnig wäre:

„Geld wird man mit Geld ebensowenig „kaufen“ wollen, als man Getreide gegen Getreide derselben Art und Güte tauschen wird“ (1876, S. 12).

Der Naturalkredit verdeutlicht zum anderen, daß im Kredit *vertretbare* Güter übertragen werden, also in der Regel nicht dieselben Güter, sondern andere Güter derselben Güte zurückzuerstatten sind. Aus *Kniessens* Sicht ist Geld das vertretbarste aller Güter, weil seine Gleichartigkeit stets zertifiziert wird und es im höchsten Maße als Tausch- und Zahlungsmittel fungibel ist. Daher liegt es in der Natur der Sache, daß sich der Kreditverkehr mit der Verwendung von Geld entwickelt. Mit dem obigen Zitat will *Knies* zugleich klargestellt wissen, daß das Wesen des Kredits keineswegs im Verkauf und Kauf von Geld besteht. Die Betrachtung verschiedener Arten von Kreditgeschäften zeigt vielmehr, daß es im wesentlichen um den ‚Kauf und Verkauf von Nutzungen‘ geht.

Hier trifft nun *Knies* eine weitere feinsinnige Unterscheidung zwischen Geschäften, in denen der Kreditverkehr mit dem Bar- und Lieferungsverkehr konkurriert, und der ‚eigenthümlichen Domäne‘ des Kredits (1860, S. 166 und 1876, S. 97 ff.). Zur ersten Kategorie zählen die Warenkredite, aber auch alle anderen Transaktionen, die im Grunde als Bar(ver)käufe bewerkstelligt werden könnten, in denen der Kredit aber den Absatz fördert und insofern durchaus auch Geschäfte ermöglicht, die ansonsten nicht zustande gekommen wären. Bedeutsamer ist gleichwohl die zweite Kategorie, in der sich ‚der Umsatz nothwendigerweise immer als Creditgeschäft vollzieht‘, nämlich im ‚Verkehr mit den Nutzungen der Fac-

toren der wirtschaftlichen Production, der „Productivkräfte“: Natur, Arbeit und Capital‘ (1860, S. 166). Zwar besteht für Maschinen, Grundstücke und andere Produktionsmittel durchaus die Option des Barkaufs, wie dies eben für die *Resultate* der Nutzung von Produktionsfaktoren grundsätzlich der Fall ist. Anders steht es aber mit der Nutzung selbst – also dem, was man heutzutage gemeinhin als ‚Faktorleistung‘ bezeichnet:

„Die Nutzung der menschlichen Arbeitskraft, der Bodengrundstücke und des Kapitals kann nur creditweise ge- und verkauft werden. Der Grund liegt darin, dass dieses Tauschobject nicht fertig übergeben werden kann, vielmehr durch eine Reihe von Zeitmomenten hindurch ins Leben tritt, gleichwohl aber in allen Stadien seiner Verwirklichung von dem Käufer der Nutzung angeeignet, aus den Händen des Verkäufers entlassen werden muss. Der Preis der Nutzung kann desshalb allerdings sowohl vor- wie nachbezahlt werden, aber jeder der beiden Contrahenten muss immer entweder Gläubiger oder Schuldner in Bezug auf ihn sein, ein Baarkauf ist nicht möglich.“ (1860, S. 169)

Im gesellschaftlichen Produktionszusammenhang wäre eigentlich nach zwei Wirkungskreisen des Kredits zu unterscheiden. Zum einen bestehen in der Lohnarbeit und der Nutzung fremder Grundstücke und Kapitalgüter Kreditverhältnisse dahingehend, daß die Leistungen der Faktoren vor oder nach den entsprechenden Zahlungen der Unternehmen erbracht werden. Zum anderen finanzieren Unternehmen diesen ‚kreditweisen Kauf von Nutzungen‘ nicht nur mit Eigenkapital, das aus früheren Gewinnen gebildet worden ist, sondern ihrerseits auch mit Krediten, die sie bei Banken oder Geldvermögensbesitzern aufnehmen. Während sich moderne Kredit- bzw. Finanzmarkttheorien auf den zweiten Wirkungskreis beschränken, hat Knies im obigen Zitat offenkundig nur den ersten Wirkungskreis im Auge.

Jedenfalls geht Knies in den *Erörterungen* (1860) nicht auf die Differenzen und Wechselwirkungen zwischen den beiden Sphären des Kredits ein, obwohl sich immerhin aus seinen eigenen Ausführungen (unter anderem) der Unterschied ergibt, daß es sich etwa bei der Lohnarbeit nicht um die Leistung und Gegenleistung von Gleichartigem handeln kann, während dies bei der geldförmigen Rückerstattung des vorgeschossenen Kapitals an die Kreditgeber regelmäßig der Fall ist. Zudem fehlt jede Erörterung des Zinses und anderer Preise der Nutzungen. In *Credit* (1876, Kap. I – IV) läßt Knies das Kreditverhältnis in der Lohnarbeit unter den Tisch fallen, hebt aber dafür um so stärker hervor, daß zwischen Kredit und Kapital ein enger Zusammenhang besteht. Zum einen ist die Existenz von Kapital die Vorbedingung des Kredits, denn ‚Gläubiger kann überhaupt nur Jemand werden, wenn und soweit er Kapital hat‘ (1876, S. 120). Zum anderen fördert der Kredit die Nutzung des Kapitals in einer arbeitsteiligen Gesellschaft:

„Die umfassende – wirtschaftliche, politische, sociale, ethische – Bedeutung des Creditverkehrs führt sich immer wieder darauf zurück, dass die Creditgeschäfte den wirtschaftlichen Verkehr zwischen Gegenwart und Zukunft für die Individuen und ihre Gemeinschaften darstellen.“ (1876, S. 33)

III. Kredit und Kapital

In den drei Bänden über *Geld und Credit*, die Knies zwischen 1873 und 1879 veröffentlicht hat, nimmt die Kreditabteilung mit 850 Seiten den größten Raum ein. Gleichwohl läßt sich die Kniessche Kredittheorie nicht ohne Bezug auf die Geldabteilung in den 344 Seiten des ersten Bandes verstehen. Daß die *Grundlehren von dem Gelde* der Kredittheorie vorangestellt sind, liegt in der Natur der Sache, sofern man den Kredit im wesentlichen als Geldforderung bzw. Geldschuld betrachtet. Ungewöhnlich erscheint hingegen der Aufbau der Kniesschen Geldlehre. Denn sie beginnt mit zwei langen Kapiteln über das Kapital und die entgeltliche Übertragung seiner Nutzungen und mündet dann in ein noch viel längeres Kapitel über Geldfunktionen, das den Rest des Buches umfaßt und unter anderem eine ausführliche Diskussion der Begriffe des Tauscherts und des Gebrauchswert enthält. In dieser Reihenfolge ist Kniessens *Geld*, Bd. 1 (1873) fast spiegelbildlich dem Aufbau von Marxens *Kapital*, Bd. 1 (1867) entgegengesetzt – einem Werk, mit dem sich Knies auch weitaus intensiver auseinandergesetzt hat als die meisten Ökonomen seiner Zeit.¹⁰

Ein erster Punkt der Kritik an Marx ist dessen Reduktion des Kapitals auf eine ‚historische Kategorie‘ bzw. ‚vorübergehende Existenz‘ (1873, S. 53 ff.). Knies vertritt zwar durchgängig die Ansicht, daß sich Kapital auf vielfältige Weise definieren lasse, es also keine alleinseligmachende Version dieses Begriffes geben könne. Doch er ist sich durchaus sicher, daß es sich um eine überhistorische Kategorie handeln muß. Schließlich beginnt seine Geldlehre mit folgenden Worten:

‚Der Mensch ist den naturgesetzlichen Bedingungen des animalischen Körperlebens unterstellt. Erhaltung und Wachstum seines Leibes ist nur möglich durch stetige Zuführung stofflicher Gegenstände von aussen her. Obendrein ist ihm allein „von Natur“ wol das Bedürfniss der Scham und der Lust am Putze, nicht aber auch eine solche Bekleidung mitzugeben, welche ihn gegen die Unbilden der Witterung schützen könnte. . .

Damit ist uns der primäre Kreis der wirtschaftlichen Bedürfnisse und der wirtschaftlichen Güter, wie die elementare Richtung der wirtschaftlichen Arbeit des Menschen vor Augen gestellt, aber auch schon dasjenige Verhältniss bezeichnet, welches immer und überall Vorbedingung für jede weitere Gestaltung bleibt.‘ (1873, S. 1)

Das Verhältnis von Produktion und Bedarf verweist unmittelbar auf die Notwendigkeit von Produktionsmitteln im Sinne von Gütern, die ausschließlich der Herstellung anderer Güter dienen. Auf einen solch engen Kapitalbegriff will sich Knies allerdings nicht einlassen. Schließlich rechneten auch ‚hervorragende Männer der Wissenschaft‘ mit ernstzunehmenden Argumenten Grundstücke in ihrer natürlichen Beschaffenheit, Vorräte von Genußmitteln, ja sogar ‚die Kenntnisse des

¹⁰ Marx (1867) beginnt mit der Wertformanalyse und setzt mit den Geldfunktionen und dem Kapitalbegriff fort. Die Marxsche Kredittheorie konnte Knies noch nicht kennen, da ihr Entwurf erst im dritten Band des *Kapital* (1894) veröffentlicht wurde. *Böhm-Bawerks* bekannte Marx-Kritik (1896) erschien passenderweise in einer Festschrift für Knies.

Gelehrten, ... die Stimmittel einer Sängerin, ... alle menschlichen Arbeiter, ... auch den Staat, die Nationalehre eines Volkes usw.' zum Kapital einer Gesellschaft hinzu (1873, S. 5).

Zur Klärung der Frage, wo in diesem Sammelsurium eine sinnvolle Abgrenzung vorzunehmen ist, greift Knies wieder auf die Begriffsgeschichte zurück. Dort taucht Kapital zunächst als Kategorie des Kredits auf: als ‚in einem Darlehen hingebene Geldsumme‘ – eine Definition, zu der er anmerkt, daß sie ‚in der Sprache des gewöhnlichen Lebens noch heute nicht verschwunden ist‘ (1873, S. 6 ff.). Über die physiokratische Gleichsetzung von Kapital mit angesparten Gütervorräten begibt sich Knies dann in die Auseinandersetzung mit älteren Lehrmeinungen, aus der er schließlich die folgende trinitarische Definition des Kapitals herausdestilliert:

‚der für eine Wirthschaft vorhandene Bestand von... Gütern, welcher zur Befriedigung des Bedarfs in der Zukunft verwendbar ist...: die einen als Güter, welche Genussmittel nur für die Zukunft sind, die anderen als Güter, welche Genussmittel auch noch für die Zukunft sind, und die dritten als Güter, mit welchen Genussmittel für die Zukunft hergestellt werden.‘ (1873, S. 47)

Somit unterscheidet Knies zwischen Lagerbeständen an Konsumgütern, Nutzkapital in Form dauerhafter Konsumgüter und Erwerbskapital in Form reiner Produktionsmittel – wobei er nicht deutlich macht, ob hierzu auch jungfräulicher Boden und andere natürliche Ressourcen zählen. Eine eindeutige Trennung von Kapital- und Konsumgütern nach deren sachlichen Eigenschaften betrachtet Knies als unmöglich, hält aber daran fest, den Kapitalbegriff auf Güter zu beschränken. Infolgedessen lehnt er den Einschluß dessen ab, was heutzutage leichthin als Humankapital bezeichnet wird: ‚[M]enschliche Personen [!] oder von ihnen untrennbare, die Persönlichkeit selbst mit constituirende Fragmente des Leibes oder des Geistes‘ könnten nicht im entgeltlichen Verkehr entäußert und übertragen werden (1873, S. 20 f.). Die Betrachtung derartiger ‚innerer Güter‘ gehöre folglich zur Lehre von der Arbeit, nicht zur Lehre vom Kapital.

Neben anderen Passagen zeigt dieser Bezug auf die Übertragung im entgeltlichen Verkehr, daß Knies Kapital als eine gesellschaftliche Kategorie faßt, die in ‚nächst-nachbarschaftlichem Zusammenhang‘ mit dem Kredit steht (1873, S. 49). Das Gemeinsame liegt in der Ausrichtung auf die Zukunft, im Kapital als einem ‚Fond für Nutzungsbedarf in der kommenden Zeit‘ und im Kredit als einer ‚Güterübertragung mit zukünftiger Gegenleistung‘. Doch im Unterschied zu den *Erörterungen* (1860) diskutiert Knies im zweiten Kapitel seiner Geldlehre die entgeltlichen Übertragungen von Nutzungen nicht als ‚eigenthümliche Domäne des Kredits‘.

Er grenzt seinen Kapitalbegriff nun implizit auf fixes Kapital ein, auf ‚Nutzungsgüter‘, deren Fortbestand im Unterschied zu ‚Verbrauchsgütern‘ nicht ‚durch den einmaligen Gebrauch aufgehoben wird‘ (1873, S. 61). Die Nutzungsgüter lassen nach Knies ‚mehrfache Verwendungen zu entgeltlichen Übertragungen im Verkehr in Aussicht nehmen‘ (1873, S. 62), nämlich ihren Verkauf, den Verkauf ihrer Erträ-

ge und ihre zeitweilige Überlassung zum Gebrauch durch andere – also das, was er als Übertragung von Nutzungen bezeichnet.

In der weiteren Diskussion konzentriert sich Knies auf die Übertragung von Nutzungen und behandelt dabei Pacht, Miete und Darlehen als gleichrangige Unterarten. Mit der entsprechenden Einstufung von Geld als Nutzungsgut (z. B. 1873, S. 72 f.) vermengt er also auch hier wieder die zwei Wirkungskreise des Kredits im gesellschaftlichen Produktionszusammenhang. Ihm fällt nicht auf, daß zwischen Kapital in Form zeitweilig überlassener Maschinen und Kapital als dargeliehener Geldsumme (mit der z. B. Maschinen gemietet werden) wesentliche Unterschiede bestehen können, obwohl es auch nach seinen früheren *Erörterungen* unsinnig wäre, alternativ einen ‚Verkauf von Geld‘ in Aussicht zu nehmen. Der Grund für die Konfusion von Realkapital und Finanzkapital ist möglicherweise darin zu suchen, daß Knies Geld prinzipiell als gebrauchswertiges Gut betrachtet.

IV. Geld, Wert und Kredit

Knies definiert Geld als ‚das fungibelste aller Güter‘, als ein ‚Mittelsgut‘, dessen Gebrauch ‚nicht das Ergebnis einer besonderen Uebereinkunft der Menschen und nicht Folge einer gesetzlichen Vorschrift des Staates‘ ist, sondern eine ‚natürliche Frucht des Tauschverkehrs an sich‘ (1873, S. 107 f.).¹¹ Aus den fungibilitätsnotwendigen Eigenschaften der ‚allgemeinen Begehrtheit‘, Dauerbarkeit und beliebiger Teilbarkeit leitet er die Geldfunktionen ab, allen voran die des allgemeinen Wertmaßes. Gleich hier markiert er unmißverständlich seine Position, nach der das, was als Geld fungiert, auch selbst ein werthaltiges Gut sein muß:

‚Es ist eine naturgesetzliche Nothwendigkeit, dass man zur Messung d. h. zur Feststellung des besonderen quantitativen Verhältnisses in irgend einem quantitativ bestimmbarern Gegenstand nur einen solchen Gegenstand als Maasswerkzeug verwenden kann, welcher selbst die Qualität dessen, was gemessen werden soll, besitzt. . .

Mag sich also sonst herausstellen, was da will, *Geld* in dem Sinne, dass durch es wirtschaftlicher Werth abgeschätzt und bemessen werden soll, *kann nur ein Werthgegenstand sein.*‘ (1873, S. 113 f. – *Hervorhebung im Original*)

Diese Behauptung wirft zwei Fragen auf:

- 1) Wodurch ist der Wert des Geldes bestimmt?
- 2) Muß tatsächlich alles, was als Geld fungiert, den Gütern in den betreffenden Akten der Wertmessung und Übertragung als Gegenstand gleichwertig sein?

Die erste Frage ist für Knies letztlich die Frage nach dem Wert der Güter. Deren Beantwortung beginnt er (1873, S. 115 ff.) mit einer ausführlichen Kritik an der Marx'schen Reduktion des Tauschwertes der Waren auf die in ihnen verkörperte, ge-

¹¹ Für eine hilfreiche Einführung in die Geldtheorie von Knies sei nochmals auf *Häuser* (1996) verwiesen.

sellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Man dürfe Gebrauchswerte, die ‚Träger für Genüsse‘, nicht auf ihr Gegenteil, ‚auf Quantitäten von Bemühungen, auf Opfer‘ zurückführen.

‚Das ist Substitution von Fremdartigem. Die Gleichsetzung verschiedenartiger Gebrauchswerte lässt sich nur erklären durch eine Reduction derselben auf ein gemeinsames Gebrauchswerthige[s].‘ (1873, S. 119)

Nach Knies bestimmt sich der Tauschwert der Güter letztlich durch ihren ‚gesellschaflichen‘ oder ‚fungiblen‘ Gebrauchswert. Diese beiden Begriffe bezeichnen ‚die gesellschaftliche Taxation‘ des Verhältnisses von ‚summarischem Gesamtbedarf‘ und ‚vorhandenem Gesamtquantum‘ des betreffenden Gutes, deren Differenz zur jeweils individuellen Schätzung des spezifischen Gebrauchswerts gerade den Umsatz der Güter bewirke (1873, S. 123 ff.). Der Sinn dieser und weiterer Ausführungen, die Knies zum Wertbegriff macht, verbirgt sich im Dunkel solcher vieldeutigen Begriffe.¹² Die Argumentation scheint darauf hinauszulaufen, daß der Wert eines Gutes mit seiner Marktgängigkeit bzw. mit dem Verhältnis von Nachfrage und Angebot steige und falle. Wie sich aus den entsprechenden Verhältniszahlen bei einzelnen Gütern Wertrelationen zu anderen Gütern oder gar Geldpreise ergeben, bleibt allerdings unklar, da Knies den Einfluß von Substitutionselastizitäten und anderen Faktoren allenfalls andeutet (z. B. 1873, S. 126 f.).¹³

Knies (1873, S. 135 ff.) betont zwar, daß Geld als Tauschmittel Fungibilität schlechthin verkörpere, beharrt aber darauf, daß es sich in seiner Marktgängigkeit nur graduell und nicht prinzipiell von anderen Gütern unterscheide. Neben seinem besonderen Gebrauchswert als allgemeinem Tauschgut müsse Geld stets noch einen durch anderweitige Benutzung ‚selbständig festgestellten‘ fungiblen Gebrauchswert besitzen. Dieser gehe wiederum in die Bestimmung des Tauschwertes des Geldes mit ein.¹⁴ Da Gold und Silber sowohl die notwendigen Eigenschaften eines allgemeinen Tauschguts aufweisen als auch für anderweitige Verwendung

¹² Auch *Kniessens nationalökonomische Lehre vom Werth* (1855) trägt hierzu nichts Erhellendes bei. Zur Problematik der Wertanalysen bei Knies und Marx siehe *Yagi* (1996).

¹³ So bedeutet ‚Fungibilität‘ bei Knies einmal ‚Vertretbarkeit‘, ein andermal ‚Marktgängigkeit‘. Zwischen beiden Aspekten kann man durchaus ein inneren Zusammenhang im Sinne des heutigen Liquiditätsbegriffs herstellen, so wie dies *Yagi* (1996) eindrucksvoll anhand von *Knies-Zitaten* tut. Interpretiert man aber Vertretbarkeit als ‚Ersetzbarkeit‘ und Marktgängigkeit als ‚ständige Absetzbarkeit‘, können aus ein und demselben Begriff (Fungibilität) auch gegensätzliche Wirkungen auf den Wert bzw. Preis eines Gutes abgeleitet werden. Ein marktgängiges Unikat dürfte allemal teurer sein als vertretbare Dutzendware. (Wer solche Überlegungen für spitzfindig hält, wird wenig Vergnügen an der Lektüre der *Kniesschen Werke* haben).

¹⁴ ‚Da zum Werthmessen überhaupt nur ein wirklicher Werthgegenstand gebraucht werden kann... so beruht auch der Tauschmitteldienst des Geldes von Anfang an und fortdauernd darauf, dass das Geld ein reelles, im Verkehr anerkanntes Tauschgut ist, was absolut durch nichts anderes zu vermitteln ist als dadurch, dass das Geldgut neben seinem Gebrauch zu Geldesdiensten einen durch anderweitige Benutzung selbständig festgestellten Werth besitzt.‘ (1873, S. 140)

(Schmuck etc.) nachgefragt werden, bilden sie die idealen stofflichen Träger der Geldfunktionen. Für Knies ist der metallische Wertgehalt des Geldes somit unabdingbar.

Gleichwohl kommt Knies nicht umhin, sich bereits im Band über *Geld* mit der Frage auseinanderzusetzen, inwieweit Metallgeld selbst durch verschiedene Formen des Kredits vertreten werden kann. Da ein großer Teil des Kreditverkehrs in Geldforderungen besteht, die sich in ihren Verkettungen miteinander verrechnen lassen, erkennt er an, daß im Kredit ein großes Potential zur Ersparung von Geldgebrauch besteht. Doch gerade das *Clearing* von Forderungen zeigt ihm die Unverzichtbarkeit des Geldes:

„Alle diese Vorgänge würden freilich unmöglich sein, wenn nicht das Geld unentwegt als Preismaassstab allseits coulant verwendet würde. Nur der gleichzeitig vorhandene Gebrauch des Geldes selbst macht diese Vorgänge zur Ersparung von Geld im Einzelfalle möglich.“ (1873, S. 152)

Im weiteren diskutiert Knies ausgiebig die Frage, ob Wechsel, Anweisungen, Banknoten und andere ‚Geldcreditpapiere‘ als besondere Arten von Geld neben dem Metallgeld betrachtet werden können. Er verneint, indem er auf den Charakter dieser ‚Schuldscheine‘ als Geldforderungen im Rahmen von *Güterübertragungen* verweist, und formuliert eine Art *Clower-Beschränkung*, die Geldkreditpapiere einschließt:

„Es hat also keineswegs ein Gut weil es tauschwerthig ist Anspruch auf den besondern Wertcharakter eines andern Gutes, kein anderes Gut kann deshalb Geld sein, weil für es Geld erhältlich ist!“ (1873, S. 165)

Geldkreditpapiere können nur deshalb zur Erleichterung der Zirkulation von Geldforderungen beitragen, weil ‚das Geld mit *seinem* Tausch- und Cirkulationsmitteldienst den „Umlauf“ aller Verkehrsgüter einschliesslich der Geldforderungen in gleicher Weise erleichtert‘ (1873, S. 204 – Hervorhebung im Original).

Allerdings räumt Knies ein, daß die Banknote ‚eine Hybrida, ein Mischling ist, dessen eigenartiges Wesen aus der Verbindung der allgemeinen Grundlagen für ein Cirkulationsmittel von Geldforderungen mit der grundsätzlichen Uebernahme der Aufgabe des Zahlungsmittels herangewachsen ist‘ (1873, S. 206). Er plädiert für ein staatliches Notenausgabemonopol, weil die Banknoten im Grunde zinslose Darlehen an die ausstellenden Banken bedeuten. Dieser Umstand birgt zwei Gefahren. Erstens würden Geschäftsbanken, die mit dem Privileg der Notenausgabe versehen sind, den volkswirtschaftlichen Gewinn der effizienteren Verwendung von Metallgeld teils als ungerechtfertigte Rente einstreichen, teils schmälern, weil seine Realisierung nicht immer ihren privaten Interessen entspricht.¹⁵ Zweitens würden Geschäftsbanken in ihrem Gewinnstreben regelmäßig dazu tendieren, die

¹⁵ Dieses Argument wird im zweiten Band des *Credit* (1879, Kap.XIV) noch stärker herausgearbeitet.

notenförmigen Geschenke einer Kapitalnutzung zur Überremission von Geldforderungen zu mißbrauchen.

„Es ist eine verderbliche Illusion, wenn man die kostenfreie „Creation“ von Geldforderungen in Banknoten-Form durch dieselben Bedingungen regulirt findet, welche für die Production von Gütern unter präsentem Einsatz von Kapital maassgebend sind.“ (1873, S. 313)¹⁶

Die Forderung nach staatlicher Übernahme der Banknotenemission provoziert allerdings die Frage, ob es nicht wenigstens in der Macht des Staates steht, Metallgeld in der Zirkulation von Gütern und Forderungen durch andere Geldformen zu ersetzen. In der Auseinandersetzung mit dieser Frage vollführt Knies einen wahren Eiertanz. Zunächst attackiert er den Glauben in die Fähigkeit der Staatsgewalt, ‚Geld und Geldwerth schaffen zu können aus Nichts‘ (1873, S. 187). Dies sei eine jahrhundertalte Irrung, vergleichbar dem uralten Gespensterglauben oder der absurden Vorstellung, die Staatsgewalt könne erklären, ‚ein Berg sei doppelt so hoch, als er in Wirklichkeit ist, oder zwei Pfund seien sechs Pfund‘ (1873, S. 189). Zwar könne und solle der Staat das Geldwesen durch Münzung und andere Wertgarantien regulieren. Doch schon die Namen der Währungen, die den Maßeinheiten für Edelmetalle entlehnt seien, zeigten den notwendigen Bezug auf ‚wirkliches Geld‘, das im Hintergrund als Wertmaß fungieren und auch als Tausch- und Zahlungsmittel zirkulieren müsse:

„Eine wirklich neuartige Aufschrift, wie etwa 10 Sasa oder 100 Hoho würde für Jedermann ein unlösbares Räthsel bleiben; man würde erklären müssen, dass sie gleichbedeutend mit der Bezeichnung für einen realen Werthgegenstand, wie 10 Gramme Gold, 100 Loth Silber u. dergl. sein solle.“ (1873, S. 188)

Man sieht, spätestens mit der wirklich neuartigen Aufschrift ‚100 Euro‘ hätte Knies seine liebe Not gehabt. Denn die gleichbedeutenden 195,58 DM und 655,96 Ffr hätte er wohl nicht zu realen Wertgegenständen erklären wollen.

Auch wenn man Knies in seinem Beharren auf der metallischen Werthaltigkeit des Geldes als Kind seiner Zeit betrachtet,¹⁷ bleibt das Problem, daß seine Argumentation nicht in sich geschlossen ist. Immerhin bestimmt er den Tauschwert des Geldes nicht nur durch den ‚fungiblen‘ Gebrauchswert der Edelmetalle in anderweitigen Verwendungen (als Schmuck etc.), sondern auch durch seinen Gebrauchswert als allgemeines Tauschgut und definitives Zahlungsmittel (1873, S. 135 ff.). Dabei zeigt er allerdings nicht, *wie* sich der Wert des Geldgutes in der Arbitrage zwischen den unterschiedlichen Verwendungen bildet und *daß* Dinge, die als Geld präsentiert werden, ohne anderen Gebrauchswert zu besitzen, im Marktprozeß

¹⁶ Hier deutet sich eine Unterscheidung zwischen Übertragungen von Realkapitalnutzungen und Finanzkrediten in Form ‚bloßer‘ Geldforderungen an; auf die Implikationen wird in der Diskussion der Wirkungen des Kreditverkehrs (*Abschnitt VI.*) eingegangen.

¹⁷ ‚Es ist wohlfeil, heute zu sagen, Knies habe sich mit der Vorstellung, Geld könne nur ein Wertgegenstand sein, geirrt. Doch damals schien es keine andere Wahrheit zu geben. Sie wurde nicht nur von nahezu allen Ökonomen des vorigen Jahrhunderts, sondern auch noch von A. Marshall beschworen.‘ (*Häuser* 1996, S. 39)

ihren Gebrauchswert als Geld verlieren müssen. Für ihn ist die Fungibilität des Geldgutes das wertbildende Moment schlechthin. Damit muß er aber auch die Akzeptanz des Geldes als Tausch- und Zahlungsmittel als ein wertbildendes Moment anerkennen. Wenn die Staatsgewalt die allgemeine Akzeptanz von Zahlungsmitteln erzwingen kann, die keinerlei Gebrauchswert außerhalb der Zirkulation von Gütern und Dienstleistungen haben, wäre nach Kniesscher Logik also auch solchen Zahlungsmitteln Wert und Geldcharakter zuzubilligen.

In späteren Abschnitten, in denen Knies die Rolle des staatlichen Papiergeldes und die Einrichtung eines Notenausgabemonopols erörtert (1873, Kap.III.7), macht er einen halben Rückzieher in diese Richtung. Denn nun spricht er vom Tausch- und Zahlungsmittelcharakter gesetzlicher Zahlungsmittel, die in Form von Banknoten oder anderen Papierscheinen zirkulieren. Gleichwohl besteht er darauf, daß man gesetzliche Zahlungsmittel mit Zwangskurs eigentlich nicht als *Papiergeld* oder gar als Kreditgeld bezeichnen dürfe:

„Jeder Gebrauch von Papierscheinen als gesetzliches Zahlungsmittel setzt unvermeidlich voraus, dass Gold oder Silber als gesetzliches Werthmaass und gesetzlicher Preismaassstab fungirt, selbst in dem Fall, wenn es gesetzlich verboten sein sollte, ein anderes Zahlungsmittel als Papiergeld zu gebrauchen!...“

Die von einer isolirten Function abstrahirten Bezeichnungen: Papiergeld und Creditgeld haben für wissenschaftlich strenge Kritik eine ähnliche Berechtigung, wie die des hölzernen Eisens oder des auf Vertrauens begründeten Nichtvertrauens.‘ (1873, S. 269)

Unabhängig davon, wie man zur Frage der Unabdingbarkeit eines metallischen Wertmaßes steht,¹⁸ sind zwei gegensätzliche Schlußfolgerungen zu würdigen, die Knies in diesem Zusammenhang zieht.

Zum einen ist Papiergeld, das nicht in Metallgeld eingelöst werden kann, kein *Kreditgeld*. Nach Kniessens Lesart ist es ‚vielmehr Träger und Circulationsmittel einer Ermächtigung zu Gebrauch für Zahlung anstatt des Geldes‘ (1873, S. 266). Papiergeld begründet keine Forderung auf eine Geldsumme anderer Art, allenfalls eine Forderung auf eine andere Stückelung der gleichen Art. Folglich ist der Aussteller auch kein Schuldner, der Besitzer kein Gläubiger. Mit der Erklärung solcher Papierscheine zum gesetzlichen Zahlungsmittel mit Zwangskurs kann sich der Staat Güter von den Empfängern aneignen, indem die Scheine durch Steuerfundation Akzeptanz im weiteren Zahlungsverkehr finden (1873, S. 277 ff.). In der Selbstermächtigung zur Zahlung durch intrinsisch wertlose Zettel sieht Knies die Möglichkeit eines fiskalischen Mißbrauchs des Geldwesens durch den Staat.

Zum anderen geht Knies, wie erwähnt, von einem Marktversagen bei freier Notenemission durch konkurrierende Banken aus. Banknoten werden als Geldforderungen zum gewinnträchtigen Umlaufmittel für andere Geldforderungen und finden auch im Güterverkehr Akzeptanz. Das Gewinnstreben der Banken produziert Mißverhältnisse von Forderungen und Einlösungsmitteln, die sich in peri-

¹⁸ Diese Frage wird in den *Abschnitten VI. und VII.* wieder aufgegriffen.

odisch wiederkehrenden Liquiditätskrisen niederschlagen. Mit seiner Forderung nach einer Verstaatlichung der Notenausgabe entwickelt Knies Überlegungen zu einer Regulierung des Kreditwesens, die über den Rechtsschutz von Gläubigern und Schuldern hinausgeht und auf eine Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Spannung zwischen Kreditexpansion und Geldknappheit zielt. In der Verwandlung der Banknote in staatliches Papiergeld sieht Knies nun nicht mehr den möglichen Mißbrauch, sondern vielmehr die Beseitigung eines Marktversagens durch staatliches Handeln.

V. Die Bestimmungsgründe des Zinses

Kritische Auslassungen zu historischen Zinsverboten, Zinsregulierungen und diesbezüglichen Ansichten anderer Autoren durchziehen die gesamten kredittheoretischen Beiträge von Knies. Eine positive Theorie des Zinses findet sich hingegen in den *Erörterungen über den Credit* noch gar nicht und im *Geld und Credit* erst zu Beginn des letzten Bandes. Dort definiert Knies den ‚rohen Zins‘, so wie er im Zusammenhang mit der Rückzahlung von Krediten erscheint, als Summe von ‚reinem Zins‘ und ‚accessorischen Vergütungen‘ (1879, S. 1). Zunächst erörtert er diese spezifischen Aufschläge.

Bei Miete, Pacht und anderen Übertragungen der Nutzung von Realkapital bestehen die akzessorischen Vergütungen in Versicherungsprämien, die dazu dienen, den Vermögensanspruch der Gläubiger auch bei Untergang der Kapitalgüter im Wege der Konsolidierung von Risiken zu schützen. Anders liegt die Sache im Falle der Gelddarlehen. Hier hebt Knies hervor, daß die akzessorischen Vergütungen keine überwältigten Versicherungsprämien, sondern allenfalls Risikoprämien sein können (1879, S. 20 ff.). Der Untergang des Kapitalgutes ‚Geld‘ sei für den Gläubiger nicht versicherbar, weshalb er für die Inkaufnahme von Vermögensverlusten vom Schuldner in der Regel eine Prämie verlangen wird, ‚welche in dem günstigen Falle einen Zusatz zu seinem – des Gläubigers – Vermögen bildet‘ (1879, S. 21). Mit einigen im Ton antiquiert, aber in der Sache modern anmutenden Bemerkungen macht Knies auf moralische Risiken der Risikoprämie aufmerksam, die sich selbst verstärken können. Die betreffenden Passagen sind es wert, in voller Länge zitiert zu werden:

‚Die Risico-Prämie bezahlt grade derjenige Schuldner, bei welchem ein besorgter Verlust sich nicht einstellte und die in Erwägung genommene und veranschlagte Gefahr thatsächlich = Null war, während grade derjenige Schuldner sie nicht bezahlt, bei welchem die Gefahr sozusagen „unendlich gross“ war, d. h. der thatsächliche Verlust bevorstand. Der Gläubiger A kann die Prämie gewinnen, nachdem der warnende Vermögensverlust den Gläubiger B heimgesucht hat. Und weil nur die guten Schuldner die Prämie zahlen, deren Forderung durch die an den bösen Schuldnern sich verwirklichenden Verluste begründet wird, so kann auch keine Erhöhung in dem Ansatz der Risico-Prämie die Frequenz der verlustbringenden Schulden vermindern. Im Gegentheile, sie ist geeignet, diese Frequenz

zu erhöhen, weil durch sie die Last der Gegenleistung für den gutgesinnten Schuldner verstärkt wird. Und wie viele Menschen werden gegen ihre Verpflichtung überhaupt von dem Augenblick an gleichgiltig, da ihnen die Unmöglichkeit klar wird, derselben in ihrem vollen Umfang nachkommen zu können! Und wiederum wirkt umgekehrt jede Steigerung der Verluste durch böse Schuldner auf Erhöhung der Risiko-Prämien, welche die guten Schuldner zu zahlen haben.' (1879, S. 21)

Die Gefahr moralischer Hazardspiele wird dadurch verstärkt, daß die Angemessenheit von Risikoprämien *ex ante* nicht eindeutig festgestellt und deshalb auch nicht *ex post* eingefordert werden kann:

„Obwohl die Höhe dieser Risiko-Prämie für jeden einzelnen Fall im Voraus abgegrenzt ist, kann es sich doch in keinem solchen Falle um das Ergebniss einer eigentlichen „Berechnung“ der Grösse der Gefahr handeln. Der wirkliche Ausgang enthält niemals eine Bestätigung, immer nur eine Desavouierung des Prämien-Ansatzes, ist ebendeshalb aber auch nicht geeignet, für dritte Personen Irrungen des Gläubigers über die Grösse der ihm drohenden Gefahr nachzuweisen – eine wichtigste Thatsache für Credit-Wirtschaft und Recht!... Lässt sich doch insbesondere auch an dem Verhalten ganzer Reihen von Gläubigern während des Verlaufes einer „Handelscrisis“ ... nach beiden Richtungen hin feststellen, wie weithin sich unter Umständen eine „vorgefasste“ Meinung der Gläubiger über jede eigentliche Prüfung der Gefahr im einzelnen Falle hinwegsetzt!“ (ebenda)

Die ersten Sätze dieser Passage mögen die Interpretation nahelegen, Knies nehme stochastische Abweichungen der Ereignisse von den Ausfallerwartungen fälschlicherweise zum Anlaß, die Berechenbarkeit von Erwartungswerten generell zu bestreiten. Spätestens der letzte Satz zeigt jedoch, daß er hier ein reales Problem anspricht. Modern ausgedrückt besteht dieses Problem in der Bildung von ‚objektiven Erwartungswerten‘ für die Übergänge von einzelwirtschaftlich begrenzten Ausfallrisiken mit gegebenen Wahrscheinlichkeitsverteilungen zu Systemrisiken, echter Unsicherheit im Sinne von *Knight* (1921) oder gar Marktunsicherheit im Sinne der Theorien spekulativer Blasen.

Festzuhalten bleibt, daß Knies eine risikobezogene Unterscheidung zwischen den Zinsaufschlägen im Realkapitalkredit und im Geldkapitalkredit trifft. Zwar ist die Trennlinie zwischen Versicherungs- und Risikoprämien nicht durchgängig haltbar. Auch bei Übertragungen von Realkapitalnutzungen gibt es Risiken, die nicht versicherbar sind und die der Gläubiger übernimmt (i.d.R. Einwirkungen höherer Gewalt). Zum anderen ist die Konsolidierung von Risiken in bestimmten Kategorien von Gelddarlehen durchaus möglich. Dies zeigt nicht erst die moderne Praxis der Verbriefung von ‚gepoolten‘ Bankkrediten; schon Knies selbst spricht an anderer Stelle von ‚Assecuranzprämien‘ im Zins für Bankkredite (1879, S. 260). Gleichwohl macht die Kniessche Trennung darauf aufmerksam, daß Geldkredite besondere Risiken aufweisen, indem sie zu ‚übermäßiger‘ Ausweitung von Produktion und Konsum beitragen, systematische Ausfallrisiken erzeugen und zyklische Schwankungen verschärfen können (hierzu mehr in *Abschnitt VI.*).

Nach den akzessorischen Vergütungen befaßt sich Knies mit dem reinen Zins, den er als den eigentlichen Preis der Nutzung von zeitweilig übertragenen Gütern

betrachtet. In gewohnter Ausführlichkeit bemüht er sich zu zeigen, daß der reine Zins weder eine unmoralische noch eine natürliche Größe ist (1879, S. 30–131).

„Der Zins für den zeitweiligen Gebrauch eines fremden Kapitals ist innerhalb der überhaupt vorfindlichen Volkswirtschaft das Ergebnis derselben Verursachung, aus welcher sich der Preis für ein Sachgut erklärt.“ (1879, S. 110)

So wie Knies am Ende des ersten Kreditbandes (1876, Kap. VII) die mittelalterlichen Zinsverbote und neuzeitlichen Zinsregulierungen einer ausgiebigen Kritik unterzogen hatte (1876, Kap. VII), so verwirft er nun am Anfang des zweiten Bandes auch die moderne ‚Zurückführung des Zinsempfangs‘ auf eine ‚durch die Rechtsordnung abgeschirmte Beraubung der Produzenten‘, die er in den arbeitswertbasierten Verteilungstheorien von Marx und vor allem Rodbertus vorfindet.

Mit ähnlichen Argumenten kritisiert *Knies* (1879, S. 97 und 125 ff.) die arbeitswerttheoretische Bestimmung eines ‚natürlichen Zinses‘ bei Thünen. Indem Thünen den natürlichen Zins als diejenige Differenz zwischen dem Arbeitsertrag und dem ‚natürlichen Lohn‘ definiert, die sich aus einer Art Arbitrage der Arbeiter zwischen Lohnarbeit und selbständiger Produktion bilde, begehe er zwei Fehler. Wie Marx und Rodbertus übersehe Thünen den natürlichen Wesensunterschied *und* den komplementären Charakter von Arbeit und Kapital. Zudem baue Thünens Zinsbestimmung auf einen Verzicht an Kapitalgewinn durch den Arbeiter (als potentiell selbständigem Produzenten). Damit werde der Zins durch eine Situation ‚erklärt‘, in der gar kein Anreiz zur Begründung eines Kreditverhältnisses besteht.

Beachtenswert sind daher die allgemeinen Bestimmungen der Zinshöhe bei *Knies* (1879, S. 85 ff.). Grundsätzlich betrachtet er den Zins als eine Größe, die im Verhältnis zum Nutzungsertrag der Kapitalgüter variabel ist. Innerhalb bestimmter Ober- und Untergrenzen ergibt sich die Zinshöhe normalerweise aus der Konkurrenz der Kreditnehmer, die nach höchstmöglichem Reingewinn der Produktion streben. Mit der Ausnahme von Notlagen besteht die Obergrenze des Zinses somit in der Produktivität des Kapitals, dem ‚Gebrauchswert des Kapitals als Hilfsmittels zur Erzielung geschäftlichen Einkommens‘. Diese Obergrenze wird gelegentlich erreicht – z. B. bei Überbrückungskrediten, in denen der Unternehmer den gesamten Reingewinn (nach Unternehmerlohn) dem Gläubiger überläßt und dennoch in der Sicherung des Fortbestands des Unternehmens einen Anreiz zur Kreditaufnahme hat.

Aus der Existenz zinsloser Darlehen folgt für Knies jedoch keineswegs der Geschluß, daß die ökonomische Erklärung der Zinsuntergrenze bei Null ansetzen könne. Solcher Verzicht auf den Empfang eines Nutzungspreises sei allenfalls als eine Randerscheinung zu betrachten.¹⁹ Die Untergrenze des Zinses besteht nach Knies vielmehr im Anspruch des Vermögensbesitzers auf ein Einkommen aus der

¹⁹ Die betreffende Stelle liefert eine Kostprobe des trockenen Humors in Kniesschen Analogieschlüssen: ‚Auch das Cölibat, ein Leben wie das der Bettelmönche u.A. ist in geschichtlicher Wirklichkeit vorhanden, ohne dass Jemand über die unvermeidliche Beschränktheit ihrer Verbreitung im Zweifel ist.‘ (1879, S. 99)

kreditmäßigen Nutzung seines Kapitals. Die Interpretation des Zinses als Preis des Sparens, gar als Prämie für den Verzicht des Gläubigers auf den Gebrauch seiner Güter, lehnt Knies ab (1879, S. 35 f.). Sparen im Sinne eines Konsumverzichts sei keine spezifische Voraussetzung für Kredit und Zins. Denn einen großen Teil der ‚nicht verbrauchlichen Güter‘, die zu Kapital werden, könnte der Sparer gar nicht sinnvoll nutzen, wohl aber anstelle einer zeitweiligen Überlassung auch gänzlich verkaufen. Knies geht an dieser Stelle nicht auf den komplizierteren Fall des Geldkredits aus Ersparnissen ein, in dem (a) in jedem Falle die Alternative eines (indirekt) konsumtiven Gebrauchs des gesparten Geldes denkbar ist, (b) nach seiner eigenen Definition kein Verkauf von Geld stattfindet und (c) der Verkauf der entsprechenden realen, ‚nicht verbrauchlichen Güter‘ oder ihrer Nutzung nicht vom Sparer, sondern von anderen Akteuren zu bewerkstelligen ist.

Ungeachtet der Kritik an Konsumverzichtstheorien des Zinses bildet die Zeitpräferenz des Konsums auch bei Knies ein erklärendes Moment der Zinsuntergrenze. Denn ‚der Reiz des Zinsempfanges muss nur den Reiz einer jetzigen Consumption an Stelle einer späteren überwinden, muss der etwaigen Abneigung gegen einen Aufschub begegnen‘ (1879, S. 98). Die Zeitpräferenz des Konsums allein genügt jedoch nicht. Knies fügt ein zweites erklärendes Moment hinzu, das man marginalanalytisch als die Freizeitpräferenz des Vermögensbesitzers interpretieren könnte, der ‚als abgeneigt gegen eigne Erwirthschaftung von Kapitalgewinn‘ gelten muß (ebenda). An anderer Stelle deutet *Knies* (1879, Kap. IX) hingegen an, daß die kreditweise Überlassung der Nutzung von Kapital nicht nur auf Konsumaufschub und auf der Arbeitsscheu von Playboys und feinen Damen beruht, sondern auch auf der fehlenden unternehmerischen Eignung vieler Vermögensbesitzer. In bezug auf die Zinshöhe wirkt das Gemisch von Abneigung und Eignungsmangel jedenfalls der Zeitpräferenz des Konsums entgegen, d. h. es drückt die Zinsuntergrenze. An einer späteren Stelle führt Knies sogar – entgegen den obigen Auslassungen – ein ökonomisches Motiv für einen Nullzins ein. Dieses besteht im ‚Interesse eines Kapitalbesitzers an der blossen Erhaltung seines Kapitals‘, oder darin, ‚dass Jemandem das spätere Wiederbekommen seines Kapitals höherwerthig sein kann, als das Behalten desselben in eigner Hand‘ (1879, S. 165).

Im weiteren merkt Knies an, daß sich Geldkredite dadurch auszeichnen, daß die Konkurrenz innerhalb der Ober- und Untergrenzen der Zinsentwicklung bei Krediten gleicher Art und Fristigkeit für eine besonders schnelle und effektive Zinsarbitrage sorgt. Da Geld ein ‚eminent vertretbares Gut‘ sei, könne Geldkapital auch in kleinsten Beträgen durch die Losgrößentransformationen von Aktiengesellschaften und Sparkassen kreditfähig gemacht werden (1879, S. 100 ff.).

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß Knies die Zinshöhe in einigen Ausführungen auch von der Höhe des Geldwerts abhängig macht. Gemeinsamkeiten mit dem heute so genannten *Fisher*-Effekt sind nicht zu verkennen:

‚In allen Fällen.., wo sich während der Dauer des Credites eine allgemeine Geldwerth-Veränderung vollzogen hat, besteht die ohne Beachtung des letzteren festgestellte Gegengabe

des Schuldners nicht in dem gemeinten Werthquantum, sondern in einem um die vollendete Geldwerthdifferenz erhöhten oder geminderten Werthquantum. Soll diese Veränderung berücksichtigt werden und ist man über die Richtung, in der sie zu erwarten ist, nicht im Zweifel, so werden die Erwartungen der beiden Parteien ein besonderes Element zur Bestimmung der Höhe des Zinsfusses zur Geltung bringen: es wird z. B. der Gläubiger, wenn ein Sinken des Geldwerthes in Aussicht steht, eine Gefahrprämie begehren.' (1879, S. 106)

Knies läßt offen, ob es sich bei dem Inflationsaufschlag um eine akzessorische Vergütung oder ein Element des reinen Zinses handelt. Wie der nächste Abschnitt zeigt, hat die implizite Unterscheidung zwischen nominalem und realem Zins in seiner Kredittheorie wohl auch nur Bedeutung für Deflationstendenzen, gegen die sich der Schuldner kaum wappnen kann.

VI. Die Wirkungen des Kreditverkehrs

An verschiedenen Stellen seiner Trilogie erörtert Knies lang und breit die Wirkungen des Kredits auf die Preise und Produktion in einer arbeitsteiligen Gesellschaft. Dennoch ist es kaum möglich, seine verstreuten Ansichten zu einer eindeutigen Sicht der Dinge zusammenzufassen. Denn er beläßt es häufig bei bloßen Andeutungen, verwickelt sich immer wieder in Widersprüche zu Ausführungen an anderer Stelle und versäumt es, seinen Standpunkt gegen Ende der dreibändigen, überaus weitläufigen *tour d'horizon* abschließend zusammenzufassen.

Ein zentrales Beispiel für die Uneindeutigkeit der Kniesschen Beurteilung des Kredits bilden seine Ausführungen zu dessen Wirkungen auf die hergestellte Gesamtmenge der Güter. Zunächst würdigt er in Kapitel VI (1876) die überragende Bedeutung des Kreditverkehrs ‚für das gesammte Culturleben des menschlichen Geschlechts‘. Dann schränkt er ein, daß durch Kredit nur eine Umverteilung der vorhandenen Güter, nicht aber eine Veränderung ihrer Gesamtmenge bewirkt werden könne.²⁰ In Kapitel IX (1879) stellt er dagegen fest, daß der Kreditverkehr seine segensreichen Wirkungen bereits in der *Möglichkeit* entfaltet, kreditmäßig zu verkehren. Denn schon allein die Aussicht auf eine durch Kreditfinanzierung relativ höhere Nachfrage rege den Hersteller von Kapitalgütern zu größerer Produktion an:

‚Er kann, gestützt auf die in den Händen von „Sparern“ zur Verwendung von Productiv-Credit sich auf sammelnden Geldsummen (Kaufmittel für naturale Kapitalgüter durch Unternehmer) zur Production naturaler Kapitalgüter schreiten, die er sonst wohl unterlassen müste.‘ (1879, S. 133)

²⁰ ‚Die Vertheilung des jetzt und des später überhaupt vorhandenen Gütervorrats wird eine veränderte, die jetzt und die später vorhandene Gesamtmenge bleibt unberührt.‘ (1876, S. 241)

Daß es sich bei diesem ‚causalen Zusammenhang zwischen der Ersparung eines Kapitalvermögens durch die Einen mit einer Kapitalgüter-Production durch die Andern‘ nicht um eine bloße Umverteilung von gegebenen Gütermengen mit unterschiedlichen Datierungen handeln kann, wird daran deutlich, daß Knies im weiteren Verlauf des Kapitels von produktionssteigernden Wirkungen des Kredits spricht. Diese sieht er bereits in der personellen Trennung der Kapitalisten in Vermögensbesitzer und Unternehmer angelegt. Denn die Konzentration von kleineren Kapitalien in der Hand von Leuten, die mit fremdem Kapital für eigenen Gewinn arbeiten können, fördert im allgemeinen eine effizientere Nutzung der Ressourcen in immer größeren Unternehmungen (1879, S. 135 ff. und 186 ff.).

Nur am Rande deutet Knies gelegentlich an, daß der Kreditverkehr die Nutzung von Massenvorteilen der industriellen Güterproduktion unterstützt. Hingegen verwendet er größte Sorgfalt auf den historischen und logischen Nachweis, daß die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zur Realisierung von Massenvorteilen der Kreditproduktion führt. Dies geschieht durch die weitgehende Konzentration des Kreditverkehrs auf ‚eine besondere Gattung von Geschäftsführungen für Credit‘ in Gestalt der Banken (1879, Kap. X). Geradezu mustergültig arbeitet Knies die Bankfunktionen der Losgrößen- und Fristentransformation heraus. Dabei zeigt er, daß Banken die gesamtwirtschaftliche Effizienz des Kreditverkehrs nicht einfach nur dadurch erhöhen, daß sie in doppelseitigen Kreditgeschäften zwischen Gläubigern und Schuldnern vermitteln. Hierfür würde es im Prinzip schon genügen, wenn sie die ‚normal empfehlenswerte‘ Fristeninkongruenz (kurzfristige Forderungen, langfristige Verbindlichkeiten) beachten würden.

Knies betont vielmehr, daß das eigentümliche Geschäft der Banken in der Umkehrung der Fristeninkongruenz besteht – also darin, daß sie langfristige Kredite gegen stets fällige Verbindlichkeiten in Form von Banknoten und Depositen vergeben. Unter Verweis auf das Gesetz der großen Zahl (und ein entsprechendes Rechenexempel) zeigt er zunächst, daß im normalen Bankbetrieb ein gewisser Bodensatz von Sichtguthaben entsteht und auch in der Verrechnung von Forderungen zwischen den Banken erhalten bleibt. Dieser Bodensatz kann für die Vergabe langfristiger Kredite und somit zur Erzielung eines besonderen Ertrags aus der Marge zwischen Einlagen- und Kreditzinsen genutzt werden (1879, S. 241 ff.). Später merkt Knies an, daß Geschäftsbanken mit Notenprivileg von der Zirkulation ihrer Banknoten in der gleichen Weise profitieren wie vom Bodensatz der Einlagen (1879, Kap. XIV). Bei allen Unterschieden zwischen ‚passiven‘ Depositen und ‚aktiven‘ Banknoten ist von den Banken jeweils nur Vorsorge dagegen zu treffen, daß unvorhergesehene negative Bestandsveränderungen (Negativsalden der Stromgrößen) auftreten und sich zu ruinösen Stürmen der Abhebung bzw. Einlösung verstärken.

Knies (1879, S. 417 ff.) weist darauf hin, daß etliche Banken noch nicht einmal für diese Vorsorge die entsprechenden Kassenvorräte halten, sondern ihrerseits zu Einlegern oder Kreditnehmern bei großen Banken werden. Folgerichtig konzen-

trieren sich die metallischen Kassenvorräte einer Volkswirtschaft im Laufe der Zeit bei solchen ‚Central-Anstalten‘ und verleihen deren Banknoten besonders hohe Akzeptanz. Der volkswirtschaftliche Kreditschöpfungsspielraum, der auf diese Weise entsteht, gibt Knies Anlaß über die ‚natürlichen Grenzen des Credites‘ nachzudenken (1879, S. 210 ff.). In den direkt auf die Banken bezogenen Kapiteln (1879, Kap. X-XIV) bleibt er eine direkte Antwort auf diese Frage schuldig. Interessanter sind in diesem Zusammenhang seine früheren Ausführungen über die Wechselwirkungen von Kredit und Preisen, die man durchaus als Ansatz zu einer monetären Konjunkturtheorie betrachten kann.

In Erörterung der Wirkungen des Kredits auf den allgemeinen Stand der Preise nimmt Knies Stellung zur *Currency-Banking*-Kontroverse in England (1876, Kap. VI). Er kommt zu dem Schluß, daß wegen irriger Auffassungen über die Natur der Banknote ‚weder die „Banktheorie“ noch die „Geldtheorie“ gebilligt werden kann‘ (1876, S. 286).²¹ Er findet jedoch eine Verbindung zwischen beiden Theorien, die den quantitativ-theoretischen Rahmen der *Currency*-Argumentation wahrt und dennoch Abhängigkeiten der Zahlungsmittelmenge von den Preisen im Sinne der *Banking*-Theorie anerkennt.

Der Witz der Kniesschen Synthese besteht darin, daß Banknoten als Faktor der Geldumlaufgeschwindigkeit betrachtet werden (1876, S. 261 ff.). Nach dem *Currency Principle* zählten Banknoten zur Geldmenge, nach der Auffassung von Knies aber nicht. Wie in *Abschnitt IV.* ausgeführt worden ist, bilden Banknoten nach seinem Dafürhalten Geldforderungen, die das maßgebliche Metallgeld lediglich als Umlaufmittel ersetzen könne. Bei einer gleichbleibenden (Metall-)Geldmenge wirkt eine Zunahme der Menge zirkulierender Banknoten demnach wie eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des (Basis-)Geldes. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Knies und den *Currency*-Theoretikern verdeutlicht folgende Transformation der Fisherschen Verkehrsgleichung in Wachstumsraten:

$$p = (m + v) - t$$

mit p für die Preissteigerungsrate, v für die Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit und m bzw. t für die Wachstumsraten der Geldmenge bzw. des Transaktionsvolumens. Gemeinsam ist beiden Positionen, daß eine Vergrößerung der Banknotenmenge *ceteris paribus* das Preisniveau ($p > 0$) erhöht. Der Unterschied besteht darin, daß aus der Sicht der *Currency*-Theoretiker ursächlich die Geldmenge zunimmt ($m > 0$), aus der Sicht von Knies hingegen die Umlaufgeschwindigkeit ($v > 0$). Gegen den Einwand, ‚dass während der grossartigen Entfaltung des modernen Creditverkehrs der Werth des Geldes nicht gesunken sei‘, macht Knies (1876, S. 295) geltend, daß hier ‚die Heranziehung weiter Landgebiete in lebhafteren Weltverkehr, die verstärkte Verdrängung der Eigenproduction durch Verkehrspro-

²¹ Für eine ausführlichere Würdigung der Kniesschen Rezeption der *Currency-Banking*-Kontroverse siehe Holtfrerich (1988).

duction und die Steigerung der Arbeitsteilung gewirkt haben'. Die damalige Globalisierung der Märkte bedeutete also in Kurzform: $v = t > 0$.

Das *banking*-theoretische Argument einer umgekehrten Wirkung der Preise auf die Zahlungsmittelmenge (*reverse causation*) findet sich in Kniessens Ausführungen über einen Gegensatz von Geld und Kredit, der sich in periodischen Krisen geltend macht. Eine der Hauptwirkungen des Kreditverkehrs besteht nach Knies darin, daß er im großen Stile spekulative Geschäfte mit fremdem Vermögen ermöglicht²² und über die reale Arbeitsteilung hinaus Abhängigkeiten vom Geschäftserfolg Anderer herstellt (1876, S. 302 ff. und 1879, S. 139 ff.). Die Spekulation auf steigende Preise kann mit Hilfe des Kredits die Zahlungsmittelmenge, die Nachfrage und somit auch tatsächlich die Preise erhöhen. Derartige sich selbst erfüllende Erwartungen führen nach Knies zu ‚ausserordentlichen, überdurchschnittlichen Ausdehnungen des industriellen Betriebes‘. Allerdings sieht er hier eine ‚natürliche Grenze des Kredits‘ im Wirken des Preismechanismus:

„Indem.. die Production die Steigerung des Marktbegehrs mit einer Vermehrung ihres Angebotes begleitet, auch für diese grössere Anstrengungen macht, je höher die Preise der Waaren steigen, so erstellt sie selbst die Kraft, welche die Bewegung schliesslich zum Stehen bringt und darnach in das rückläufige Geleise drängt. Es kommt allmählig zu einer Sättigung der laufenden Nachfrage und schliesslich zur Uebersättigung. Die eingreifende Wirkung, welche für die handelsmännische Speculation mit einem Artikel wie Kaffee durch eine neue reichliche Erndte der Bodenbewirthschaftung ausgeübt wird, stellt sich hier in Folge der überreichlichen industriellen Production ein. Der übrige Verlauf, die Einschränkungen der Consumption, die Wirksamkeit der Fälligkeitstermine für die im Creditverkehr erforderlichen Gegenleistungen, das erzwungene Vorgehen Einzelner mit Verkäufen zu niedrigeren Preisen, das massenhafte Nachdrängen Anderer, der Absturz der Preise bis zur Tiefe von „Schleuderpreisen“ u.s.w. ist im Ganzen derselbe.“ (1876, S. 306)

Anders als in der Naturalwirtschaft oder der auf Barverkehr beschränkten Geldwirtschaft bleiben solche Absatzkrisen nicht auf einzelne Branchen beschränkt. Durch Kreditverkettungen und Verallgemeinerungen der Stimmung durch Banken und Börsen werden weite Teile der Volkswirtschaft erfaßt (hierzu auch 1876, S. 136 ff. und 1879, S. 139 ff.).

Gegen Tooke hält Knies daran fest, daß Banken mit ‚ihren Noten an der Verstärkung der Krisis mitwirken können, ganz abgesehen davon, dass dann durch die Entwerthung der Noten die Verwüstung auch noch weithin über Kreise von Menschen verbreitet wird, welche dem bethörten Getriebe leidenschaftlicher Speculation ganz fern geblieben sind‘ (1876, S. 315). Andererseits sieht er mit Tooke das Problem, daß die Vorsicht der Geschäftsbanken zu starken Einschränkungen der Kreditgewährung und Notenausgabe führt. Damit schafft sich der Preisverfall die passende Zahlungsmittelmenge, d. h. es besteht eine Rückwirkung der Preise auf

²² Knies verteuftelt die Spekulation keineswegs, obwohl er auch kaum eine Gelegenheit ausläßt, auf die moralischen Risiken im Geschäftskredit hinzuweisen. Diese bestehen nach seinem Dafürhalten im allgemeinen darin, daß der Kreditnehmer im Erfolgsfall den gesamten Gewinn einstreicht, im Verlustfall aber den Gläubiger mit ‚daran glauben läßt‘.

den Kredit. Hierzu trägt auch die abrupte Veränderung des Realzinses bei, die durch das Steigen der Risikoprämie (im nominalen Bruttozins) und durch den Fall der Absatzpreise bewirkt wird. So sinkt nicht nur das Kreditangebot, sondern auch die normale Kreditnachfrage. Allerdings tritt nun die Nachfrage nach Notkrediten zu jedem Zins in den Vordergrund. In moderner Interpretation könnte man aus den diesbezüglichen Passagen bei Knies das Problem der *Negativauslese* (*adverse selection*) herauslesen. Der oben angedeutete Fisher-Effekt spielt aber in diesem Zusammenhang keine Rolle, weil der Verfall der Preise zum Zeitpunkt des Abschlusses der Kreditverträge von (einer der) beiden Parteien nicht vorausgesehen wird.

Das Übel liegt für Knies letztlich in der Abhängigkeit der Banknotenausgabe von privaten Gewinninteressen. Da der mit ihrer Hilfe geschaffene Kredit einen wesentlichen Bestandteil des ‚Verursachungssystems moderner Krisen‘ bildet, plädiert er (1873, III, 7. und 1879, Kap. XIV) für ein staatliches Emissionsmonopol. Dieses ‚befugte Organ öffentlicher Gewalt‘ solle die bedarfsgerechte Versorgung der Volkswirtschaft mit ‚Geldscheinen‘ übernehmen, ohne die Menge der gesetzlichen Zahlungsmittel *a priori* zu kontingentieren. So schließt Knies seine langen Erörterungen über Geld und Kredit mit den Worten:

‚Es ist hier nichts vorauszusetzen, als zweckgemässes Handeln einer wohlgesinnten Landesregierung. Ohne diese Voraussetzung kann jedoch von befriedigenden Erfolgen einer Lehre für die praktische Politik überhaupt keine Rede sein.‘ (1879, S. 477 f.)

VII. Zum Verhältnis von Metallismus und Kredittheorie

Nach dem Versuch, die Kniessche Kredittheorie in eine kurze und nach heutigem Verständnis übersichtlichere Form zu bringen, sind nun die einleitend gestellten Fragen zu behandeln. Die erste zielt auf das Verhältnis des harten Metallkerns der Kniesschen Geldtheorie zu der umfassenden Bedeutung, die Knies dem Kredit beimaß. Angesichts der Relationen von Finanztransaktionen zum Güterverkehr, die sich gerade seit der Aufhebung der Goldkonvertibilität des US-Dollars (1971) weltweit enorm erhöht haben, neigt man leicht dazu, den historischen Kreditverkehr in den ‚Fesseln des Goldes‘ als ein vergleichsweise unbedeutendes Phänomen zu betrachten. Wie kam Knies zu seiner Zeit dazu, die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Kredits so stark herauszustreichen und dennoch an seinem Glauben an die Unabdingbarkeit des Metallgeldes festzuhalten? Drei Erklärungen bieten sich an: Gefahrenwarnung, Zeitgebundenheit und werttheoretische Konsequenz.

Mit Gefahrenwarnung ist eine Interpretation gemeint, nach der es Knies vor allem darum gegangen sei, die Systemrisiken des Kredits aufzuzeigen und eine Regulierung des Kreditverkehrs nach den Prinzipien realwirtschaftlicher Solidität zu fordern. Eine solche Deutung wäre allerdings weniger eine Reflektion auf Knies

als ein Reflex auf die Argumente für eine Wiederbelebung des Goldstandards, die in Nachhutgefechten der Zwischenkriegszeit oder sogar in jüngster Zeit vorgebracht worden sind. Sicherlich ist Knies für eine politische Beschränkung (und Abstinenz vom Mißbrauch) des Kredits eingetreten. Doch die zugrundeliegenden Ausführungen über moralische Risiken und spekulative Verstärkungen von Konjunkturschwankungen bilden relativ knappe Abschnitte unter der Rubrik ‚Nachteile des Kreditverkehrs‘, denen er mit großem Fleiß die vielfältigen ‚Vorteile des Kreditverkehrs‘ gegenübergestellt hat. Vor allem findet sich bei Knies kein einseitiges Plädoyer für eine *normative* Begrenzung des Kreditvolumens auf die vorhandenen Metallgeldreserven. Er war Autometallist in dem Sinne, daß er den Kredit natürlich auf Metallgeld bezogen und durch Metallgeld beschränkt sah. Dem Staat kommt es in diesem Verhältnis nur zu, die schlimmsten Auswüchse durch Rechtsschutz und Notenausgabemonopol zu beseitigen. Gleichzeitig zeigen die vielfältigen Argumente, die Knies gegen Zinsregulierungen, die Kontingentierung von Banknoten und andere Kreditrestriktionen angeführt hat, daß ihm die ‚bedarfs-‘ bzw. ‚nutzungsgerechte‘ Elastizität der Kreditschöpfung kaum weniger am Herzen lag als deren Solidität.

Mit Zeitgebundenheit ist eine zweite Interpretation gemeint, nach der es für Knies und seine Zeitgenossen aufgrund der damaligen Gegebenheiten nicht vorstellbar war, daß ein Zahlungsverkehr ohne jeden Bezug auf stofflichen Wert zur Regel werden könnte. Auch diese Interpretation wird durch einen Blick in die Kniesschen Werke unmittelbar widerlegt. Denn dort erläuterte Knies seine Positionen gerade in der Kritik an anderen Autoren, für die ein endgültiger Übergang zu einer Kreditwirtschaft ohne (Metall-)Geld durchaus vorstellbar war. Mehrfach setzte er sich z. B. mit der Hildebrandschen Stufentheorie auseinander, nach der sich arbeitsteilige Gesellschaften von der Naturalwirtschaft über die Geldwirtschaft zu einer reinen Kreditwirtschaft fortentwickeln (*Hildebrand* 1848, S. 276 ff.).²³ Gebetsmühlenartig wiederholte Knies gegenüber solchen Visionen, daß der ‚Umlaufmitteldienst unseres (Metall-)Geldes . . . durch „Stellvertreter“ und Geschäftsmanipulationen weithin, der des allgemeinen Werthmessers nicht im Geringsten ersetzt werden‘ kann, weil das Wertmaß selbst ein werthaltiger Gegenstand sein muß (1860, S. 154 ff. und 1879, S. 205 ff.).

Das Beharren auf der Werthaltigkeit des Wertmaßes verweist auf eine dritte Interpretation, nach der Knies seinen metallistischen Standpunkt aus seiner Nutzentheorie des Tauscherts entwickelte. In dieser Deutung bildet die Kniessche Argumentation einen Versuch, dem Zirkelschluß zu entgehen, der später von *Wicksell* (1903) als ‚dunkler Punkt der Geldtheorie‘ gebrandmarkt worden ist. Der Zirkel

²³ Hildebrand war Kniessens Lehrer und Freund (siehe *Eisermann* 1996). Möglicherweise bildete seine Vision einer reinen Kreditwirtschaft den entscheidenden Antrieb für Knies, sich in solch umfassender Weise mit dem Phänomen des Kredits auseinanderzusetzen, obwohl das Kreditwesen in Deutschland zu seiner Zeit noch sehr rückständig war (v.a. im Verhältnis zu Großbritannien). Zu Hildebrands Stufentheorie siehe auch Schefolds Beitrag in diesem Band.

besteht in der ‚Erklärung‘ des Tauschwertes des Geldes aus dem Nutzen, der in seiner Kaufkraft liegt – und damit wiederum in seinem Tauschwert. Obwohl Knies dies natürlich nicht so aussprach, wollte er mit seinem Autometallismus von der Nutzenseite her die Einheit von Geldtheorie und (relativer) Preistheorie mit einem Argument wahren, das auch die von ihm verworfene Produktionskostentheorie des Geldes benutzt hatte: nämlich mit der Einstufung des Geldes als ein Gut. Zwar hat er die Gleichsetzung von Geld und Gütern durch seine (in *Abschnitt IV.* zitierte) *Clower*-Beschränkung dahingehend modifiziert, daß es als allgemeines Tauschgut eine besondere Güterkategorie bildet.²⁴ Aber er bestand vehement darauf, daß Geld stets noch anderweitiges Gebrauchsgut mit selbständig festgestelltem Tauschwert bleiben muß, um als Geld fungieren zu können.

Die weitere Entwicklung des Geldwesens hat diese These widerlegt. Um mit Knies zu sprechen, hat sie den Metallkern der Währungen weltweit durch ‚hölzernes Eisen‘ ersetzt²⁵ – oder anders gewortspielt: sie hat den Autometallismus durch *Fiat Money* aufgehoben. Ironischerweise verweist gerade die zweite Metapher ‚des auf Vertrauens begründeten Nichtvertrauens‘, mit der Knies die Begriffe Papiergeld und Kreditgeld *ad absurdum* führen wollte, auf eine Erklärung für den Siegeszug des ‚hölzernen Eisens‘. Staatliches Zentralbankgeld entsteht großenteils erst im Zuge der Kredit- und Giralgeldschöpfung von Geschäftsbanken und ist insofern tatsächlich ‚auf Vertrauen‘ in den Geschäftserfolg kreditfinanzierter Unternehmungen gegründet.²⁶ Daß es auch ohne jeden stofflichen Eigenwert als Wertmaß fungieren kann, liegt unter anderem daran, daß es – zumindest hypothetisch – funktionstauglicher ist als Metallgeld.

Knies hatte selbst festgestellt, daß ein Unterschied zwischen Metallgeld als Wertmaß und anderen Maßen (für Länge, Gewicht etc.) darin besteht, daß das Wertmaß veränderlich ist (1858, S. 272 ff. und 1873, S. 130 ff.). In Kritik an Ricardo und anderen stellte er die Behauptung auf, daß es unmöglich sei, einen unveränderlichen Wertmaßstab zu finden. Die Veränderlichkeit eines Maßstabes ist allerdings ein funktioneller Mangel, der gerade im Falle des Wertmaßes die Akzeptanz schmälern, zumindest aber erhebliche Transaktionskosten für die gesamte Ökonomie nach sich ziehen kann. Daher haben sich in den Jahrzehnten nach Knies Vor-

²⁴ *Mises* (1912) würdigte Knies genau wegen der entsprechenden Dreiteilung der Güter in Konsumgüter, Produktionsgüter und Tauschgüter (vgl. *Mises* 1912, S. 96 ff.).

²⁵ Siehe das Zitat (1873, S. 269) in *Abschnitt IV.*

²⁶ Genauer ausgedrückt: Giralgeld entsteht ‚im Vertrauen‘ der Geschäftsbanken auf den Geschäftserfolg ihrer Kreditnehmer. Auch wenn Giralgeld Zentralbankgeld im bargeldlosen Zahlungsverkehr weitgehend ersetzt, enthält es ein ‚Nichtvertrauen‘ des Publikums, soweit es eine Forderung auf Zentralbankgeld bleiben muß. Das moderne Zentralbankgeld entsteht wiederum (größtenteils) in der Refinanzierung der Geschäftsbanken. Mit der Knieschen Charakterisierung des uneinlöslichen Papiergeldes (1873, S. 266) kann es ebenfalls als ‚Nichtvertrauen‘ in dem Sinne aufgefaßt werden, daß es eine Zahlungsermächtigung und keine Forderung auf irgend ein anderes, gar metallisches Geld darstellt (siehe *Abschnitt IV.*). Zentralbankgeld ist aber auch ‚auf Vertrauen begründetes Nichtvertrauen‘ in dem Sinne, daß es Akzeptanz als allgemeines Zahlungsmittel findet.

stellungen entwickelt, mit Hilfe einer Orientierung der Geldpolitik an der Stabilität des Preisniveaus das Wertmaß selbst zu stabilisieren. Eine Bindung der Geldmenge an Bewegungen von Preisindices, die es zwecks Wertmaßstabilisierung zu minimieren gilt, schließt die Bindung an den spezifischen Gebrauchswert eines einzelnen Gutes aus. Andererseits erfordert die völlige Loslösung des Geldes von stofflichem Wert um so deutlicher seine politische Knapphaltung im Sinne einer Kaufkraftstabilität, die die Akzeptanz der betreffenden Geldform sichert. Das Wechselspiel von zinspolitischen Demonstrationen der Verknappung von wertmaßbildendem Basisgeld und dessen Akzeptanz durch Vermögensbesitzer und andere private Akteure offenbart Externalitäten des Geldgebrauchs, die sich selbst verstärken und jeglichen Rekurs auf einen anderweitigen Gebrauchswert des Wertmaßes überflüssig machen.

Es wäre ein Anachronismus, Knies vorzuwerfen, daß er die Möglichkeiten zur praktischen Durchsetzung des Zirkelschlusses ‚Geldwert = Kaufkraft‘ übersehen hat. Trotz der Vorarbeiten von Tooke und Newmarch, Soetbeer u. a. steckte die Entwicklung von Preisindices zu seiner Zeit noch in den Kinderschuhen; als Richtschnur geld- und kreditpolitischen Handelns konnten sie kaum in Betracht kommen. Angesichts der enormen Preisniveaubewegungen in unserem Jahrhundert wäre es außerdem vollkommen weltfremd, die historische Entwicklung der Geldpolitik als Verwirklichung der Vorstellung von einem wertstabilen Wertmaß zu erklären. Für die Kniessche Beobachtung, daß sich Gegensätze zwischen der nutzungsbestimmten Elastizität des Kredits und der akzeptanznotwendigen Knappheit der Zahlungsmittel in periodischen Krisen geltend machen, gibt es auch in modernen Geldsystemen hinreichend Belegmaterial. Über die Relation der Stabilisierungskosten in Währungssystemen mit und ohne stoffliche Geldbindung darf weiter gestritten werden.

Ohne die Gnade der späteren Geburt zu mißbrauchen, kann man jedoch auch feststellen, daß Knies seine Werttheorie des Geldes nicht hinreichend konsequent durchdacht hat. Bereits in *Abschnitt IV.* war aufgezeigt worden, daß die werttheoretische Argumentation bei Knies entscheidende Lücken aufweist. Wenn er *A* sagte, indem er die besonders stark ausgeprägte Fungibilität des Geldes zum wertbildenden Moment erklärte, mußte er auch *B* sagen und die Existenz positiver Externalitäten im Gebrauch von intrinsisch wertlosen, durch Kredit geschaffenen Zahlungsmitteln als hinreichende Geldbestimmung akzeptieren. Letztendlich war es die *Realillusion* eines Geldgutes, die den Kredittheoretiker Knies bis auf weiteres in die Abstellkammer der ‚historischen Verlierer und Vergessenen der Dogmengeschichte‘ (*Häuser* 1996) verbannt hat.

VIII. Zur Rolle der Geschichte bei Knies

Soweit die Geld- und Kredittheorie von Knies in der Nachwelt überhaupt noch Erwähnung gefunden hat, ist dies zumeist mit dem Vermerk geschehen, daß Knies

in ihrer Ausarbeitung seinem geschichtsmethodischen Programm von 1853 nicht gefolgt sei. In Wagners *Geschichte der Kredittheorien* gipfelt der latente Vorwurf der Inkonsequenz gar in einer Klage über Geschichts- und Theorielosigkeit:

„Das Bestreben [der Älteren Historischen] Schule, wenn man beispielsweise Knies als repräsentativen Vertreter nimmt, ging dahin, das abstrakte Schema der klassischen Wirtschaft mit der lebendigen Fülle aktueller und historischer, soziologischer und institutioneller Realität auszustatten. Diese Absicht wurde allerdings häufig aus den Augen verloren. Ebenso war die Gefahr nicht vermieden, daß an Stelle der gedanklichen Abstraktion, welche die wirtschaftlichen Phänomene isolierte und aus ihren geschichtlichen, soziologischen und anderen lebendigen Verbindungen löste, eine trockene begriffliche und klassifikatorische Systematik trat, die trotz erschöpfender Gründlichkeit und großem Reichtum an realistischen Einzelzügen die Heraushebung der bewegenden Kräfte der Erscheinungen oft vermissen ließ. In diesem Punkte ist die Erbschaft der deutschen Kameralisten unverkennbar, bei denen ja auch, im Gegensatz zu den westeuropäischen Merkantilisten, das staatspolitische hinter dem staatlich-administrativen und das wirtschaftstheoretische hinter dem klassifikatorischen Denken durchaus zurücktritt. Diese Verwandtschaft zeigt sich in der Kredittheorie bis in Einzelheiten.“ (Wagner 1937, S. 54 f.)

Nun kann man das Problem der Diskrepanz zwischen den methodischen Prinzipien von Knies (1853) und der Vorgehensweise von Knies (1855 – 1879) in mindestens drei Fragestellungen ausdifferenzieren:

- (1) Ist der Geld- und Kredittheoretiker Knies den *eigenen* Anforderungen an die Anwendung der geschichtlichen Methode nicht gerecht geworden?
- (2) Hat Knies im Rahmen seiner Geld- und Kredittheorie explizit von Teilen seines früheren Programms Abstand genommen?
- (3) Ergibt sich das Urteil der Inkonsequenz aus Maßstäben, die erst die Nachwelt – etwa anhand von Werken der Jüngeren Historischen Schule – gesetzt hat?

Eine Auseinandersetzung mit Frage (3) ist hier nicht am Platze; sie würde eine umfangreiche Diskussion der Historischen Schule *nach* Knies erfordern. Auch die Fragen (1) und (2) bedürfen im Grunde einer Darstellung des Bezugspunktes in der *politischen Oekonomie* von 1853, deren Ausführlichkeit den Rahmen des vorliegenden Aufsatzes sprengen würde. Gleichwohl lassen sich selbst in diesem beschränkten Rahmen einige Aussagen zur Rolle der Geschichte in der Kredittheorie von Knies machen.

Frage (2) läßt sich ohne weiteres mit einem Nein beantworten: Knies hat sich in seinen Erörterungen über Kredit, Kapital und Geld nicht von seinen früheren Überlegungen zur Methode der politischen Ökonomie distanziert. Nach der Fertigstellung der Bände über *Geld und Credit* hat er jene Überlegungen, wenn auch in teilweise veränderter Form, in einer zweiten Auflage (1883) wiederholt und erweitert. Allerdings fällt auf, daß sich Knies in seinen umfangreichen Beiträgen zur Geld- und Kredittheorie (m.W.) nirgends auf die Schrift von 1853 bezogen hat, während sich ansonsten so gut wie jedes seiner früheren Werke zitiert findet. Daraus kann

man den Schluß ziehen, daß es ihm in Sachen Geld und Kredit nicht um eine Umsetzung seines früheren Programms gegangen ist.

Für die Behandlung der Frage (1) soll es hier genügen, zwei Kernaussagen des Programms von 1853 als Maßstab heranzuziehen. Die erste ist die Ablehnung der formal-abstrahierenden Methode, welche die politische Ökonomie auf ewig und allgemein gültige ‚Naturgesetze‘ reduzieren will. Positiv gewendet vertrat Knies die Position, daß ökonomische Realität und Theorie gleichermaßen nur als Ergebnis einer offenen historischen Entwicklung begriffen werden können. Damit verband er seine zweite Kernthese, nach der der wirtschaftliche Entwicklungsprozeß nationale Eigentümlichkeiten aufweist, die sich nur unter Berücksichtigung ‚äußerer Territorialfaktoren‘ und ‚sinnlich-kultureller Faktoren‘ erklären lassen. Insbesondere legte er Wert auf die Feststellung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse stets in einem engen Zusammenhang mit der jeweils gültigen Rechtsordnung und anderen sozialen und politischen Bedingungen zu sehen sind. Die beiden Kernaussagen in Knies (1853) beinhalten folglich explizite Forderungen nach historischer Offenheit und Einheit der Sozialwissenschaften. Inwieweit ist Knies diesen Anforderungen in seiner Geld- und Kredittheorie gerecht geworden?

Es wäre falsch zu sagen, er habe ihnen überhaupt nicht entsprochen. Knies bemühte sich insbesondere mit der Geschichte der Währungen (1873, Kap. III, 6–8), des Zinses (1876, Kap. VII) und der Banken (1879, Kap. X-XIV), das historische Wechselspiel von Wirtschaftsentwicklung, Rechtsordnung und Theoriebildung deutlich zu machen. Seine vielschichtigen Ausführungen zu kulturellen Wirkungen des Kreditverkehrs, zur Schuldknechtschaft und zu anderen Phänomenen, die man später in die Miszellen der Soziologie abgeschoben hat, lassen auch keinen Zweifel daran, daß er an der Einheit der Sozialwissenschaften festgehalten hat.

Andererseits ist unverkennbar, daß der Geld- und Kredittheoretiker Knies an vielen Stellen gegen sein früheres Gebot der Offenheit und Relativität der Theorie verstoßen hat. Gegen die Marxsche Fassung des Kapitalbegriffs als historische Kategorie setzte er seinen eigenen überhistorischen Begriff eines Güterfundus ‚für Nutzungsbedarf in der kommenden Zeit‘. Daß er selbst den Ursprung des landläufigen Begriffs ‚Kapital‘ auf Geldsummen zurückgeführt hatte, die mit einem Anspruch auf ein Mehr an Geld verbunden sind, gab ihm dabei nicht zu denken. Auch die Kniessche Kritik an der Hildebrandschen These eines Übergangs zur reinen Kreditwirtschaft zeugt nicht gerade von Offenheit für die historische Entwicklung. Sicherlich steckt ein haltbarer Kern in den Argumenten von Knies, daß Kredit immer eine Forderung auf etwas anderes als sich selbst darstellen muß und daß die Evolution des Zahlungsverkehrs besser als Übergang von Barverkehr zu Kreditverkehr zu verstehen ist. Der entscheidende Kritikpunkt lag für Knies jedoch darin, daß Hildebrand die ‚naturgesetzliche Notwendigkeit‘ eines eigenwerthaltigen Wertmaßes übersehen habe. In *Abschnitt VII.* ist bereits gezeigt worden, daß Knies mit seinem Nutzwertmetallismus die historische Reichweite der eigenen Theorie stark verkürzt hat.

IX. Zum Gebrauchswert der Kniesschen Kredittheorie (Schluß)

Welchen Nutzen haben Kniessens Erörterungen über Kredit, Kapital und Geld für andere gehabt? Und welchen Nutzen können sie noch heute haben?

Folgt man Wagner, so ist der Gebrauchswert der Kniesschen Kredittheorie nicht hoch zu veranschlagen. Denn über die oben zitierte Kritik der Inkonsequenz hinaus fällt Wagner auch noch das vollends vernichtende Urteil, daß die Ausführungen von Knies ‚trotz aller Weitschweifigkeit an allen zentralen Punkten der Theorie vorbeigehen‘ (Wagner 1937, S. 58). Nun fragt sich, was Wagner unter ‚zentralen Punkten‘ versteht, da man heutzutage kaum noch von der Kredittheorie als einem eigenständigen Forschungsgebiet sprechen kann.²⁷ Aber es ist deutlich, daß Knies ein anderes Verständnis von den zentralen Fragen monetärer Theorie hatte als die Literatur seit den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts.

Etlche Eigenheiten in der Kniesschen Gliederung und Gewichtung des Stoffes sind in der obigen Darstellung nicht aufgefallen, da deren Auswahl und Anordnung auf die nach heutigen Maßstäben interessantesten Punkte ausgerichtet worden ist. Andere Strukturdifferenzen, die aus heutiger Sicht merkwürdig oder zumindest bemerkenswert erscheinen, sind oben schon angesprochen worden. Einige dieser Differenzen sollen an dieser Stelle aber noch einmal festgehalten werden. So findet sich bei Knies keine systematische Analyse von Finanzmärkten; dagegen reicht seine Definition des Kreditverkehrs als Übertragung von Faktornutzungen direkt in die Produktion hinein. Die Frage der (Nicht-)Neutralität des Kredits in bezug auf die Güterproduktion wird nur am Rande gestreift und widersprüchlich beantwortet. Die Zinstheorie wird fast vollständig von der Kredit-, Kapital- und Geldtheorie getrennt und erst *nach* der kursorischen Erörterung des Wechselspiels von Zinsen, Preisen und Produktion dargelegt. Und obwohl Knies vielfach darauf hinwies, daß die Durchsetzung des Kreditverkehrs mit der Entwicklung der Bankwesens einhergeht, behandelte er die Geschichte und Theorie der Banken erst am Ende seiner Trilogie. Auf einen anderen Unterschied zur modernen Literatur spielt Häuser (1996, S. 35) mit dem Hinweis an, daß Knies den Begriff ‚Theorie‘ nicht im analytischen, sondern im ontologischen Sinne verstanden habe, seine Theorie des Geldes also ‚nicht Geldwerttheorie, sondern Geldwesentheorie‘ sei.

Wie auch Häuser betont, war die Kniessche Vorgehensweise zu ihrer Zeit aber in allen diesen Aspekten weder ungewöhnlich noch fern jeder Realität. Wenn sie uns heute fremd anmutet, bestätigt sie damit nur die These der historischen Bedingtheit von Wirtschaftstheorien, die der frühe Knies formuliert hatte. Anderer-

²⁷ Gerade im deutschsprachigen Raum ist die Kredittheorie weitgehend in Unterabteilungen der betriebswirtschaftlichen Finanzierungstheorie und der volkswirtschaftlichen Geldtheorie zerlegt worden. Mit der Reduktion der letzteren auf eine Theorie der Geldpolitik ist die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Kredits schließlich mehr und mehr aus dem Blickfeld des *Mainstream* geraten.

seits ist zu bezweifeln, daß man bei Knies streng zwischen analytischer Geldwerttheorie und ontologischer Geldwesentheorie unterscheiden kann. Analytische Substanz wird man ihr wohl kaum absprechen können. Ihre Mängel kommen hingegen gerade dort zum Vorschein, wo sie Geldwerttheorie ist – und zwar so radikal, daß ihr als Geld nur gilt, was auch eigenständigen Nutzen und somit Wert hat. Wenn sich Geldtheoretiker heutzutage mit dem Problem herumschlagen, ‚intrinsisch wertloses‘ Geld in die Allgemeine Gleichgewichtstheorie zu integrieren, haben sie es im Grunde noch immer mit derselben nutzentheoretischen Aporie zu tun, aus der Knies einen Ausweg gefunden zu haben glaubte (siehe *Abschnitt VII.*). Seine realilludische Abkürzung hat sich historisch als ungangbar erwiesen.

Gleichwohl ist zu vermuten, daß sich Knies auch nicht mit den modernen Ansätzen zur Modellierung von Geldfunktionen zufriedengegeben hätte, die etwa im *Handbook of Monetary Economics* (1990) repräsentativ versammelt sind. Denn in den Generationenmodellen, Konstruktionen mit Bargeld-im-Voraus-Beschränkungen und anderen Ansätzen werden jeweils einzelne Geldfunktionen als Lösungen vorausgesetzt, zu denen man die passenden Probleme sucht und in Friktionen zu finden hofft, die möglichst minimale Abweichungen vom Kernmodell vollkommener Märkte darstellen:

„Da sich das Geld als solches mittels seiner Functionen zur Geltung bringt, so ist es ja doch ganz unzulässig, durch eine blosse Auswahl der einen und der andern unter den verschiedenen anerkannten Geldfunctionen die Entscheidung der Wissenschaft geben zu wollen. . . Im Gegentheil, das Wesentliche des Geldes muss über alle diese Verschiedenheiten in seinen einzelnen Functionen hinausliegen, sodass deshalb das Geld alle diese Functionen darbieten kann.“ (1873, S. 112 f.)

Wo will man hier die Grenze zwischen Ontologie und Analyse ziehen? Und sollte man nicht auch in modernen Lehrbüchern die Multifunktionalität des Geldes (wieder) aus dessen Eigenschaften ableiten anstatt sie einfach vorauszusetzen?

Die analytische Substanz der Überlegungen von Knies hat sich nicht nur in der vorbildlichen Herausarbeitung der Geldfunktionen gezeigt (die gerade von Häuser besonders gewürdigt wird), sondern auch in den Impulsen, die sie anderen Weiterentwicklungen der Geld- und Kapitaltheorie gegeben hat.²⁸ Im Kontext der Kredit-

²⁸ Häufig wird auf einen Einfluß von Knies auf die Kapitalzinstheorie von Böhm-Bawerk hingewiesen. Immerhin ist Knies neben Menger einer der am häufigsten zitierten Autoren in Böhms *Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorieen* (1884), und auch in dessen *Positiver Theorie des Kapitals* (1888, ⁴1921) ist er noch reichlich vertreten. Bei näherem Hinsehen muß man jedoch feststellen, daß es sich bei dem Einfluß von Knies auf Böhms Zinstheorie allenfalls um eine ‚negative Anregung‘ zur kritischen Auseinandersetzung gehandelt haben kann. Der große Respekt vor dem ‚durch Scharfsinn und Gewissenhaftigkeit der Forschung gleich ausgezeichneten Denker‘ Knies hinderte *Böhm-Bawerk* (1884, Kap.VIII) nicht daran, die Nutzungstheorie von Knies – wie auch die von Menger – zu verwerfen. Es sei falsch, mit Hilfe einiger ‚täuschender Analogien‘ die Verfügung über ein Gut selbst zu einem Gut zu erklären, aus dessen Übertragung dann der Anspruch auf Kapitalzins abgeleitet wird. Nach

theorie können hier zum Beispiel die Einflüsse auf die Geldtheorie von *Wicksell* (1898) genannt werden.

Eine Anregung lag in der Einstufung von kreditgeschöpften Umlaufmitteln als Faktoren der Geldumlaufgeschwindigkeit, die Knies wegen seiner strikten Trennung von Geld und Kredit vorgenommen hatte (siehe *Abschnitt VI.*). Sie bildet unverkennbar auch ein Grundelement des Wicksellschen Versuchs, die Allgemeingültigkeit der Quantitätstheorie nachzuweisen. Denn mit der Einstufung von Banküberweisungen als Beschleunigungsfaktor der Umlaufgeschwindigkeit konnte Wicksell seine quantitätstheoretische Erklärung des Tauschwertes des Geldes im Wechselspiel von Geldzins und Güterpreisen bis auf das hypothetische Extrem einer reinen Kreditwirtschaft ausdehnen.²⁹

In der Entwicklung seiner Vision einer Welt ohne Metallgeldzirkulation griff *Wicksell* (1898, S. 59) explizit auf eine andere Anregung von Knies zurück, die er aus dessen Theorie der Banken bezogen hatte: auf das Gesetz der großen Zahl, nach dem die Banken über die vorhandenen Einlagen hinaus Kredit schöpfen können. Neben Irving Fisher kann Wicksell wohl als einer der Gründer der modernen Geldwerttheorie gelten. Ironischerweise war es auch *Wicksell* (1898), der mit seinen Forderungen nach einer Orientierung der Geldzinspolitik am Ziel der Geldwertstabilität und nach entsprechender Loslösung von den ‚Zufälligkeiten der Edelmetallproduktion und -konsumtion‘ letztendlich einen viel wirksameren Kontrapunkt zu Kniessens Metallismus gesetzt hat als Knapp mit seiner *Staatlichen Theorie des Geldes* (1905).

Welchen Nutzen könnten heutige Leser von Kniessens Erörterungen über den Kredit noch haben? Einmal abgesehen von der Erfüllung dogmenhistorischer Inter-

Reaktionen von Knies wurde Böhm-Bawerk auch im Ton schärfer und kritisierte den Knieschen Nutzungsgedanken als eine Theorie, ‚die nicht allein mit Geschichte und Statistik nicht das mindeste gemein hat, sondern die... überhaupt jeder induktiven Grundlage entbehrt und die Frucht einer reinen – und nicht eben glücklichen – Spekulation ist‘ (1921, S.XIX).

Knies selbst hätte allerdings Grund gehabt, Böhm-Bawerks eigene Kredit- und Kapitalzinstheorie als realillusorischen Rückfall hinter die eigene Theoriebildung zu verwerfen, da sie auf einen *Tausch* von Gegenwartsgütern gegen Zukunftsgüter abstellt. Knies hatte den Kredit in den *Erörterungen* (1859/60) noch mit ähnlichen Gedanken als Tausch definiert, später aber ausdrücklich davon Abstand genommen, weil im Kredit – im Gegensatz zum Tausch – in der Regel identische bzw. vertretbare Gegenstände übertragen werden (1876, Kap. I-III). Die unterschiedliche Wertschätzung von gleichen Gütern zu verschiedenen Zeitpunkten war ihm nur ein unter den Einkommensanspruch der Gläubiger untergeordnetes Moment.

Über die Frage, ob andererseits die besondere Betonung des Zeitmomentes in der Kapital- und Kredittheorie von Knies eine ‚positive Anregung‘ für Böhm-Bawerk und die weitere Entwicklung der Österreichischen Schule gebildet hat, kann hier nur spekuliert werden.

²⁹ *Laidler* (1998) geht davon aus, daß Wicksell und seine (der Quantitätstheorie abgeneigten) Schüler zu ganz anderen Schlußfolgerungen im Hinblick auf die Stabilität monetärer Gleichgewichte gekommen wären, wenn sie Bankdepositen nicht als Faktor der Umlaufgeschwindigkeit, sondern (wie Irving Fisher) als Teil der Geldmenge behandelt hätten; zur Kritik an dieser Vermutung siehe *Trautwein* (1998).

essen dürfte deren aktueller Gebrauchswert nicht mehr groß sein. Vieles von dem, was man bei Knies liest, wirkt abseitig oder überholt, anderes aus der Literatur altbekannt, wenn nicht schon trivial. Was Knies zur Durchsetzung solcher Selbstverständlichkeiten (wie den Systematiken der Funktionen des Geldes und der Banken) beigetragen hat, läßt sich heute nicht mehr erkennen, wird aber auch den meisten Zeitgenossen gleichgültig sein. Gelegentlich dürften heutige Leser allerdings überrascht sein, wie klar und deutlich schon Knies über Dinge geschrieben hat, die erst in jüngster Vergangenheit wieder in das Blickfeld der ökonomischen Forschungsfrente geraten sind. Ein herausragendes Beispiel bilden seine Ansichten zu moralischen Risiken, Anreizinkompatibilitäten und Erwartungsbildungsproblemen im Kreditverkehr. Unter den Stichworten *moral hazard* und *ex ante and ex post state verification* könnten sie ohne weiteres als Illustrationsmaterial in moderne Lehrbücher über Informationsökonomik und Geldtheorie aufgenommen werden. Leider erkennt man solche Aktualität in den Werken alter Meister meistens erst *nach* den entsprechenden Entwicklungen der modernen Theorie.

Alles in allem erscheint es als wenig wahrscheinlich, daß das Studium der kredittheoretischen Beiträge von Knies noch zu weiteren Erkenntnisfortschritten anregen wird. Betrachtet man die politische Ökonomie vom ‚geschichtlichen Standpunkte‘ des Carl Knies, wäre dies auch gar nicht zu erwarten.

Literaturverzeichnis

- Böhm-Bawerk*, Eugen von (1884), *Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien*. Innsbruck.
- (1896), ‚Zum Abschluß des Marxschen Systems‘, in *Staatswissenschaftliche Arbeiten*. Festgabe für Karl Knies, hrsg. von Otto von Boenigk. Berlin (S. 87–205).
 - (1921), *Positive Theorie des Kapitals*, Bd. 1 (4. Aufl.; 1. Aufl. 1888). Jena.
- Brandt*, Karl (1993), *Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre*, Bd. 2: *Vom Historismus zur Neoklassik*. Freiburg.
- Diehl*, Karl / *Mombert*, Paul (Hrsg., 1923), *Ausgewählte Lesestücke zum Studium der Politischen Ökonomie*. Erster Band: *Zur Lehre vom Geld* (4. Aufl.; 1. Aufl. 1912). Jena.
- Eisermann*, Gottfried (1996), ‚Carl Knies in seiner Zeit‘, in *Vademecum zur Faksimile-Edition von Carl Knies, Das Geld (1873)*. Düsseldorf (S. 53–97).
- Ellis*, Howard (1934), *German Monetary Theory, 1905–33*. Cambridge, Mass.
- Häuser*, Karl (1996), ‚Knies als Geldtheoretiker‘, in *Vademecum zur Faksimile-Edition von Carl Knies, Das Geld (1873)*. Düsseldorf (S. 31–52).
- Handbook of Monetary Economics* (1990), hrsg. von Benjamin Friedman und Frank Hahn. Amsterdam, New York.
- Hildebrand*, Bruno (1848), *Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft*. Frankfurt.

- Holtfrerich*, Carl-Ludwig (1988), ‚Zur Rezeption der Bullion- und der Banking-Currency-School-Kontroverse in Deutschland‘, in *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VI*, hrsg. von Harald Scherf. Berlin (S. 9–27).
- Knapp*, Georg Friedrich (1905), *Staatliche Theorie des Geldes*. Leipzig.
- Knies*, Carl (1853), *Die politische Oekonomie vom Standpunkte der geschichtlichen Methode*. Braunschweig; neue, veränderte Auflage als: *Die politische Oekonomie vom geschichtlichen Standpunkte*. Braunschweig 1883.
- (1855), ‚Die nationalökonomische Lehre vom Werth‘. *Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft* Bd. 11, S. 421–475.
 - (1858), ‚Ueber die Geldentwerthung und die mit ihr in Verbindung gebrachten Erscheinungen‘. *Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft* Bd. 14, S. 260–292.
 - (1859, 1860), ‚Erörterungen über den Credit‘. *Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft* Bd. 15, S. 561–590 (Teil I) und Bd. 16, S. 150–208 (Teil II).
 - (1873), *Das Geld. Darlegung der Grundlehren von dem Gelde (Geld und Credit, Erste Abtheilung)*. Berlin; hier zitiert nach der Faksimile-Edition: Düsseldorf 1996.
 - (1876), *Der Credit. Erste Hälfte (Geld und Credit, Zweite Abtheilung)*. Berlin.
 - (1879), *Der Credit. Zweite Hälfte (Geld und Kredit, Zweite Abtheilung)*. Berlin.
- Knight*, Frank (1921), *Risk, Uncertainty and Profit*. New York.
- Laidler*, David (1998), ‚The Wicksell Connection, the Quantity Theory and Keynes‘, in *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XVIII. Knut Wicksell als Ökonom*, hrsg. von Erich Streissler. Berlin (S. 15–34).
- Marget*, Arthur (1938, 1942), *Theory of Prices. A Re-Examination of the Central Problems of Monetary Theory* (2 Bde.). London.
- Marx*, Karl (1867), *Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie*, Bd. 1. Hamburg.
- (1954), *Briefe über „Das Kapital“*. Berlin (DDR).
- Mises*, Ludwig von (1912), *Theorie des Geldes und der Umlaufmittel*. Wien (hier zitiert nach *The Theory of Money and Credit*, Wiederabdruck der 2. englischen Auflage. Indianapolis 1980).
- Rist*, Charles (1947), *Geschichte der Geld- und Kredittheorien von John Law bis heute*. Bern.
- Salin*, Edgar (1951), *Geschichte der Volkswirtschaftslehre* (4. Aufl.). Bern, Tübingen.
- Schefold*, Bertram (1987), ‚Karl Knies‘, in *The New Palgrave*, Bd. 3. London, Basingstoke (S. 55).
- (1996), ‚Zum Geleit‘, in *Vademecum zur Faksimile-Edition von Carl Knies, Das Geld (1873)*. Düsseldorf (S. 5–12).
- Schumpeter*, Joseph Alois (1965), *Geschichte der ökonomischen Analyse* (2 Bde.). Göttingen.
- Trautwein*, Hans-Michael (1998), ‚The Wicksell Connection, the Quantity Theory and Keynes: A Comment‘, in *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XVIII. Knut Wicksell als Ökonom*, hrsg. von Erich Streissler. Berlin (S. 35–38).
- (2003), ‚G.F. Knapp – an economist with institutional complexión‘, in *European Economists of the Early 20th Century – Studies of Neglected Continental Thinkers*, Bd.II, hrsg. von Warren Samuels. Aldershot (S. 167–178).

Wagner, Valentin Fritz (1937), *Geschichte der Kredittheorien*. Wien.

Wicksell, Knut (1898), *Geldzins und Güterpreise. Eine Studie über die den Tauschwert des Geldes bestimmenden Ursachen*. Jena.

– (1903), ‚Den dunkla punkten i penningteorin‘. *Ekonomisk Tidskrift* 5, S. 485 – 507.

Wieser, Friedrich (1927), ‚Theorie des Geldes. Allgemeine Lehre vom Gelde‘, in *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* (4. Aufl.), Bd. 4. Jena (S. 681 – 717).

Yagi, Kiichiro (1996), ‚Carl Knies und die Wertformenanalyse bei Marx‘, in *Vademecum zur Faksimile-Edition von Carl Knies, Das Geld (1873)*. Düsseldorf (S. 99 – 115).

Bruno Hildebrand – ein deutscher Liberaler in Vormärz, Revolution und liberaler Ära

Von *Toni Pierenkemper*, Köln

Neben Karl Knies und Wilhelm Roscher wird Bruno Hildebrand gemeinhin zu den Begründern der Älteren Historischen Schule der Deutschen Nationalökonomie gerechnet. Und wie das bei einer solchen Zuordnung zu „Schulen“ gelegentlich geschieht, werden dabei neben den vorgeblichen oder tatsächlichen Gemeinsamkeiten der Protagonisten häufig die individuellen Unterschiede zwischen ihnen eher verdeckt.¹ Diese könnten erst in einem Vergleich von Werk und Persönlichkeit der verschiedenen Vertreter solcher Schulen wieder hervorgehoben werden.

Ein wichtiger und m. E. bislang nur unzureichend hervorgehobener Gesichtspunkt im Zusammenhang mit den Forschungen über Bruno Hildebrand liegt in der Tatsache begründet, daß dieser zumeist nur als Nationalökonom gewürdigt wird. Hier sind seine Verdienste durchaus bemerkenswert, wenn auch gelegentlich umstritten bleibt, wo seine Leistungen genauer zu verorten sind, ob mehr im Bereich der Theorie, der Geschichtswissenschaften oder gar lediglich in der Sozialpolitik.² Daß er mindestens ebenso auch als bedeutender Politiker seiner Zeit anzusehen ist, bleibt hingegen meist im Hintergrund. Genau diesen Aspekt möchte ich in meinem Beitrag hervorheben, denn ich bin der Meinung, daß diese Facette seiner Persönlichkeit keinesfalls mit einigen Hinweisen auf die Mitgliedschaft in der Leipziger Burschenschaft oder auf sein Wirken im Paulskirchenparlament hinreichend gewürdigt wird. Darüber hinaus scheint mir sein politisches Engagement sogar für das Verständnis seiner wissenschaftlichen Arbeit zentral zu sein, ein Verhältnis, das noch weiter zu ergründen wäre. Außerdem, und dieser Frage möchte ich mich hier weiter zuwenden, bietet sein Schicksal ein Musterbeispiel für die Entwicklung des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert. Allerdings kann eine solche Charakterisierung erst vorläufig vorgenommen werden, da sein zerstreuter Nachlaß –

¹ Vgl. dazu neuerdings Erich *Streissler*, Nationalökonomie als Naturlehre. Vom Wandel wirtschaftspolitischer Vorstellungen von *Rau* und *Roscher* (in diesem Tagungsband).

² Die Rezension von *Gerald Braunberger* (FAZ, 7. Juni 1999, Nr. 128, S. 18) über die Faksimile-Edition in den Klassikern der Nationalökonomie sieht in ihm auch noch den Gründer von Eisenbahnen, Banken und Versorgungskassen und stellt die Frage, ob man diesem zweifellos vielseitigen Mann als „Klassiker der Nationalökonomie“ nicht zu viel der Ehre antue.

von der Hildebrandforschung bislang nahezu gänzlich vernachlässigt – noch einer Bearbeitung harrt.³

„Hildebrand war politisch liberal im Sinne der Befürwortung liberaler politischer Institutionen“ so charakterisiert Bertram Schefold in der allerjüngsten Arbeit über Bruno Hildebrand knapp dessen politischen Standpunkt.⁴ Daß dieses Denken allein nicht ausreicht, ihn als „liberalen Ökonomen“ zu bezeichnen, wie es im Titel seines Beitrages erscheint, bleibt auch Schefold nicht verschlossen. Der Gegensatz zwischen Hildebrands politischem Denken einerseits und der von ihm favorisierten historischen Methode als einer Kritik an der englisch geprägten klassisch-liberalen Ökonomie andererseits wird von Schefold als ein Paradox empfunden. Dies wird aber m. E. dem Denken Hildebrands und den Eigentümlichkeiten des deutschen Liberalismus nicht gerecht. So unscharf die Verwendung des Begriffs „Liberalismus“ in der zeitgenössischen deutschen Literatur des frühen 19. Jahrhunderts auch gewesen sein mag, sein Hauptinhalt bezieht sich gewiß auf die Verfassungsbewegung des 18. und frühen 19. Jahrhunderts und unterscheidet sich grundlegend von individualistisch geprägten angelsächsischen Vorstellungen von Liberalismus.⁵ Das deutsche Verfassungsstreben jener Jahre war eng verknüpft mit Entwürfen zu einer „bürgerlichen Gesellschaft“, deren Verwirklichung von den Protagonisten jedoch mit zwei konkurrierenden Konzeptionen in Angriff genommen wurde. Den bürokratischen Reformen von oben stand das Streben nach politischer Emanzipation von unten gegenüber, und nur letzteres steht im Kontext eines gemeinsamen kontinentaleuropäischen Frühliberalismus. Genau hier, in diesem Spannungsfeld der deutschen Verfassungsbewegung aber ist Bruno Hildebrand einzuordnen, mit seiner Befürwortung liberaler Verfassungsinstitutionen einerseits und seiner „Ablehnung kommunistischer, sozialistischer und utopisch genossenschaftlicher Tendenzen“ andererseits.⁶

³ Ein Teil seines lückenhaften Nachlasses befindet sich im Bundesarchiv Berlin – Lichterfelde, nämlich fünf Bände, die neben Briefen vor allem Auszüge aus Protokollen u.ä. im Zusammenhang mit seinen Schwierigkeiten 1846/47 in Marburg enthalten. Dann gibt es einiges Material im Bundesarchiv, Außenstelle Frankfurt a.M., sowie in den Universitätsarchiven in Marburg, Jena und Breslau.

⁴ *Bertram Schefold*, Bruno Hildebrand. Die historische Perspektive eines liberalen Ökonomen, in: Bertram Schefold (Hrsg.), Bruno Hildebrands „Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft.“ Vademecum zu einem Klassiker der Stufenlehre, S. 5–53, Düsseldorf 1998, S. 6.

⁵ Vgl. dazu *Lothar Gall*, Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: *Historische Zeitschrift*, 220, 1975, S. 324–356; wiederabgedruckt in: *Lothar Gall*, Bürgertum, Liberale Bewegung und Nation. Ausgewählte Aufsätze, S. 99–125, München 1996. Zur Auseinandersetzung mit diesen Thesen vgl. *Wolfgang Schieder*, Probleme einer Sozialgeschichte des frühen Liberalismus, S. 9–21, in: ders. (Hg.), *Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz*, Göttingen 1983.

⁶ So *Bertram Schefold*, Bruno Hildebrand, S. 6 und zu ergänzen wäre an dieser Stelle in der Aufzählung wohl auch die Ablehnung englisch-liberaler Vorstellungen.

Die Umdefinition von Liberalität als Persönlichkeitsmerkmal in antiker Tradition, wie bei Schefold vorgenommen,⁷ erscheint also für das Verständnis Bruno Hildebrands als Politiker entbehrlich. Hildebrands Liberalität wurzelte nicht nur im Persönlichen und offenbarte sich auch nicht unmittelbar in seinem Handeln, wie bei Schefold unterstellt, sondern er war auch ganz und gar ein Kind seiner Zeit, einer frühliberalen deutschen Epoche, in der ein schillernder deutscher Liberalismusbegriff seine erste spezifische Ausprägung erhielt, die sich dann im Laufe des Jahrhunderts noch mehrfach deutlich verändern sollte.⁸ Zunächst, angesichts des Umsichgreifens der Restauration in Deutschland nach 1815, entwickelte der Frühliberalismus hier durchaus revolutionäre Züge, in die sich Bruno Hildebrands politisches Denken ohne Zweifel einfügen läßt.

I. Burschenschaftler im Frühliberalismus

Bruno Hildebrand wurde am 6. März 1812 in Naumburg an der Saale geboren, wo sein Vater als Gerichtskanzlist, also als mittlerer Beamter tätig war. Er entstammte daher einer sächsischen, später (seit 1815) preußischen Beamtenfamilie, weshalb die nachmaligen landsmannschaftlichen Charakterisierungen als „ächtstes Kind Thüringens“ (Johann Conrad, 1878) oder als „feinsinniger Hesse“ (Carl Brinkmann, 1952) etwas befremdlich anmuten und nur als eine Zuschreibung zu bestimmten Stationen seiner wechselvollen beruflichen Karriere gelten können, keinesfalls aber für Erläuterung persönlicher Merkmale. Ein Vorteil seines Geburtsortes war jedoch, daß sich dort mit der „Schulpforta“ eine Eliteschule befand, die einer umfassenden humanistischen Bildung verschrieben war und in die der junge Hildebrand 1826 mit vierzehn Jahren Eingang fand. Seine Eltern hätten eher eine von vornherein theologisch orientierte Karriere für ihren Sprößling vorgezogen, doch dieser hatte sich ohne deren Wissen auf die Aufnahmeprüfung in Schulpforta vorbereitet, sie erfolgreich absolviert und dabei sogar eine Freistelle erlangt. Sechs Jahre lang widmete er sich nun seinen Studien und wechselte 1832 mit zwanzig Jahren an die Universität Leipzig. Im ersten Semester schrieb er sich in der theologischen Fakultät ein, offenbar um damit dem ursprünglichen Studienwunsch seiner Eltern zu entsprechen, doch schon im nächsten Semester wechselte er an die Philosophische Fakultät und konzentrierte sich auf das Studium der Philosophie, der Philologie und der Geschichte. Während seiner frühen Studienzeit erwachte in ihm bereits ein ausgeprägtes politisches Interesse, und er schloß sich bald der jungen Burschenschaftsbewegung an, die gerade nach Abbruch der

⁷ „Liberalität ist nach der ursprünglichen antiken Wertbedeutung der Inbegriff der guten Eigenschaften des frei Geborenen ...“, ebd.

⁸ Auch Schefold weist darauf hin, daß bis „... zum modernen politischen und ökonomischen Liberalismus [noch] ein weiter Weg zu gehen ...“ war. Allerdings von einem anderen Ausgangspunkt, so meine Einschätzung, als dem hier unterstellten antiken Liberalismus. Ebd. S. 7.

Reformbewegungen und dem Beginn der Reaktion in Deutschland nach 1820 großen Zulauf erhielt. Als gerade Zwanzigjähriger zeigte Hildebrand politisch also schon ein bemerkenswertes Engagement.

Die Burschenschaften waren zweifellos ein „aktiver Bestandteil der frühliberalen Bewegung“⁹ und bildeten quasi deren politische Jugendbewegung.¹⁰ Die erste Ur-Burschenschaft war am 12. Juni 1815 in Jena gegründet worden. Die folgenden Gründungen an den verschiedenen Universitätsorten unterschieden sich jedoch sehr stark: Gießen trat z. B. durch besondere Radikalität hervor.

Eine herausragende Rolle für die Burschenschaftsbewegung spielte das mit ca. 500 Teilnehmern organisierte Wartburgfest, bei dem am 18. Oktober 1817 die „allgemeine deutsche Burschenschaft“ als Gesamtorganisation der lokalen Initiativen gegründet wurde. Das Fest endete allerdings mit einem Eklat, als dort „undeutsche“ reaktionäre Bücher bzw. Makulaturbögen verbrannt wurden.

Das Wartburgfest selbst hatte freilich auf die Verhältnisse in Leipzig, die dann gut zehn Jahre später für Hildebrand von Bedeutung werden sollten, nur wenig Einfluß. Die Leipziger Studentenschaft stand diesem Fest eher distanziert gegenüber, und die „teutonische“, d. h. die deutschlandweite Bewegung hatte hier die landsmannschaftlich sächsische noch nicht überwunden. Immerhin waren beim Wartburgfest 15 Männer aus Leipzig dabei, doch noch im Herbst 1817 standen die Leipziger Burschenschaftler weiterhin abseits, und nur allmählich konnten diese dort gegenüber den älteren Landsmannschaften Raum gewinnen. Ähnlich war es auch in Breslau, an dem Ort, der ab 1832 für Hildebrand wichtig wurde, wo sich der nationale Gedanke nur allmählich gegenüber preußischen und polnischen Orientierungen durchsetzen konnte.¹¹ Das Wartburgfest erzielte eine ungeheure Öffentlichkeitswirkung: in Preußen wurden daraufhin bereits im Oktober 1817 die Burschenschaften an allen Universitäten verboten. „Metternich sah in den Burschenschaften die Vorhut einer revolutionären Bewegung“, und der burschenschaftliche Radikalismus wies tatsächlich „revolutionäre Züge“¹² auf, und genau dies hatte er mit dem deutschen Frühliberalismus gemeinsam.¹³

⁹ *Hans-Ulrich Wehler*, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1815–1845/49. Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“*, München 1987, S. 333.

¹⁰ *Thomas Nipperdey*, *Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat*, München 1983, S. 279.

¹¹ Ausführlich dazu *Paul Wetzke*, *Geschichte*, S. 119–29, S. 206–09 und S. 254–98.

¹² Ebd., S. 281/82, insgesamt S. 279–285, vgl. auch *Hans-Ulrich Wehler*, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1815–1845/49*, S. 333–341; umfassend: *Paul Wetzke*, *Geschichte der deutschen Burschenschaft. Erster Band. Vor- und Frühzeit bis zu den Karlsbader Beschlüssen*, Heidelberg 1919 und *Georg Herr*, *Geschichte der deutschen Burschenschaft. Zweiter Band. Die Demagogenzeit. Von den Karlsbader Beschlüssen bis zum Frankfurter Wachensturm (1820–1833)*, Heidelberg 1927.

¹³ *Lothar Gall*, *Liberalismus*, S. 103–107.

Verschärft wurde die Lage in Deutschland durch einige Attentate, von denen vor allem die Ermordung des Literaten und Polizeispitzels Kotzebue am 23. März 1818 besondere Aufmerksamkeit erzielte. Gegen die oppositionelle Bewegung wurden im gesamten Gebiet des Deutschen Bundes Maßnahmen ergriffen: die sogenannten „Karlsbader Beschlüsse“¹⁴ vom 20. September 1818 markierten den Beginn der „Demagogenverfolgung“. Ein Universitätsgesetz ermöglichte die Entlassung mißliebiger Professoren, verbot alle Burschenschaften im Bund und stellte die Universitäten unter Überwachung durch einen Staatskommissar. Ein Pressegesetz führte eine Vor- und Nachzensur bei Druckerzeugnissen ein. Für die Burschenschaften begannen schwere Zeiten, zahlreiche Burschenschaftler wanderten in die Gefängnisse. Dennoch bestanden die Burschenschaften geheim weiter fort und konnten ab ca. 1830 wieder einigermaßen offen auftreten.

Als nun 1832 Bruno Hildebrand in Leipzig mit seinem Studium begann, wandte er sich unmittelbar den dortigen Burschenschaften zu. Genauer lässt sich darüber aus der Literatur allerdings nicht entnehmen. Wilhelm Stieda¹⁵ weist in seiner Charakterisierung Hildebrands lediglich auf die Tatsache seines Beitritts zu einer Burschenschaft in Leipzig hin und bemerkt, daß er sich deshalb später in Breslau, wo er studierte und seiner Militärpflicht genüge tat, einer längeren Untersuchungshaft unterwerfen mußte. Hildebrands Schwiegersohn und Nachfolger auf dem Jenaer Lehrstuhl, Johannes Conrad¹⁶, gilt wohl als Quelle für diese Information. Man bleibt also nur auf allgemeine Mutmaßungen über die Burschenschaften jener Jahre und ihre Ziele angewiesen, um etwas über Bruno Hildebrands frühe politische Orientierung erfahren zu können.

Wichtig ist es jedoch, die allgemeinen Zeitumstände mit im Auge zu behalten, denn im Juli 1830 hatte in Frankreich eine revolutionäre Bewegung ihren Ausgangspunkt genommen, die auch in Deutschland und insbesondere am späteren Studienort Hildebrands, in Leipzig, große Wirkungen entfaltete. Eine „... neue politische Generation [trat] in die Arena, die das alte Europa nicht mehr gekannt hat“.¹⁷ In Leipzig kam es vom 2. bis 5. September 1830 zu tumultartigen Protesten, bei denen Villen reicher Bürger und ebenso Maschinen in den Fabriken zerstört wurden. Begonnen hatten diese Unruhen mit der Verhaftung eines Schneiderlehrlings, dessen unsanfte Behandlung zu Gegenreaktionen seiner Freunde Anlaß gab

¹⁴ So genannt nach einer vom 6. bis 31. August 1818 währenden Geheimkonferenz in Karlsbad.

¹⁵ *Wilhelm Stieda*, Zum Gedächtnis Bruno Hildebrands, in: *Schmollers Jahrbuch*, 55 (1931), S. 87 ff., hier S. 91.

¹⁶ *Johannes Conrad*, J. Bruno Hildebrand (Nachruf), in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 30 (1878), S. I ff., hier S. V.

¹⁷ So *Hans-Ulrich Wehler*, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1815–1845/49*, S. 345, um die Zäsur in der politischen Kultur zu unterstreichen, die den Grundstein für die liberal-demokratische Bewegung der 1840er Jahre in Sachsen legte. Dazu vgl. *Michael Hammer*, Die „Septemberunruhen“ des Jahres 1830 in Sachsen, in: *Jahrbuch für Regionalgeschichte*, Bd. 11 (1984), S. 85–108, hier S. 108.

und dann schließlich zu einem Volksauflauf vor dem Haus des Polizeipräsidenten führte, dem die Polizei hilflos gegenüber stand. Obwohl es zu keinen weiteren Ausschreitungen kam, wurde am folgenden 3. September die Reiterei aus Pegau zur Verstärkung in die Stadt gebracht, da in Leipzig selbst keine Garnison vorhanden war. Daraufhin kam es abends wiederum zu Versammlungen von „Unruhestiftern“ und am nächsten Tag wurde eine Bürgerwehr unter Einfluß der Studentenschaft gegründet. Die Situation eskalierte und am 7. September rückten schließlich eintausend Soldaten in die Stadt ein und sorgten für Ruhe.¹⁸ Die Leipziger Burschenschaft wurde am 24. April 1833 unter Vernichtung ihrer Papiere aufgelöst.

Der Aufruhr hatte jedoch das ganze Land ergriffen¹⁹ und führte zur Abdankung des sächsischen Königs, der durch seinen Neffen Friedrich August ersetzt wurde. Dieser suchte einen politischen Neubeginn und initiierte eine Reformpolitik in Sachsen, die u. a. 1831 eine Verfassung und 1832 eine neue Städteordnung sowie den Beginn der Agrarreformen auf den Weg brachte.²⁰ Die radikaloppositionellen Elemente konnten so unter Kontrolle gebracht werden, obwohl in Dresden im April 1831 nochmals ein kurzlebiger Aufstand aufflackerte, der durch reguläre Truppen niedergeschlagen werden mußte. Auch in Leipzig meuterte ein Teil der Kommunalgarde, so daß ebenfalls das Militär eingesetzt wurde und anschließend mehrere Tote zu beklagen waren.²¹

Hierher, an diesen revolutionär geprägten Ort, begab sich also der junge Bruno Hildebrand und beteiligte sich auch ganz offensichtlich noch an den revolutionären Umtrieben. Wie stark die politische Mobilisierung in Deutschland auch zu diesem Zeitpunkt noch gewesen war, zeigte der Erfolg des Hambacher Festes im Mai 1832. Doch die Reaktion reagierte schnell: am 5. Juli 1832 wurden weitere Bundesartikel zur Verfolgung der Opposition seitens der Bundes-Zentralbehörde erlassen und zwei Jahre später, im Juli 1834, in Wien noch einmal sechzig, dann bis 1843 weitere geheimgehaltene Artikel hinzugefügt. „Das konstitutionelle Leben stand fortab unter Kuratel,“ so Wehler in einer knappen Charakterisierung der Situation²².

Da Hildebrand während seiner Leipziger Studienzeit in diese sächsischen Auseinandersetzungen verwickelt war und ihm ein Hochverratsprozeß drohte, entzog er sich diesem durch einen Wechsel an die preußische Universität Breslau, wo er sich allerdings 1834 dennoch einer längeren Untersuchungshaft²³ unterwerfen

¹⁸ Detailliert dazu *Paul Reinhardt*, Die sächsischen Unruhen der Jahre 1830–1831 und Sachsens Übergang zum Verfassungsstaat, Halle a.d.S. 1916, insbes. S. 122–137.

¹⁹ Zu den Unruhen außerhalb Leipzigs vgl. *Michael Hammer*, Die „Septemberunruhen“, S. 85–108.

²⁰ *Hubert Kiesewetter*, Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert, Köln 1988.

²¹ Zu den Verhältnissen in Sachsen und Leipzig vgl. *Ulrich Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1815–1845/49, S. 352–54 und die Hinweise auf die lokale Literatur dort in FN 17 auf S. 841 und *Paul Reinhardt*, Die sächsischen Unruhen, S. 234–38.

²² So *Hans-Ulrich Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 367.

mußte. Später widmete er sich in Breslau insbesondere dem Studium der Geschichte und wurde 1836 mit einer Arbeit „De veterum Saxonum republica“ in Breslau promoviert. Daß sein politisches Schicksal eher als gnädig zu klassifizieren ist, wird dadurch deutlich, daß 1836 auch in Preußen 204 Studenten in Mammutprozessen schwer bestraft wurden: 39 von ihnen immerhin mit dem Tode, wobei die Todesurteile bald in eine dreißigjährige Haftstrafe umgewandelt, aber dann ebenfalls nicht gänzlich vollstreckt wurden. 1840 beendete eine Amnestie den Vollzug aller Strafen, und zahlreiche Beispiele zeigen, daß eine Verurteilung in dieser Sache keinesfalls zu einer Dauerbeeinträchtigung im beruflichen Fortkommen der Betroffenen führen mußte. Dies gilt auch für Bruno Hildebrand, der ja trotz längerer Haft im Jahre 1834 bereits kurz darauf promovieren konnte. Mit derselben Arbeit wurde er 1836 an der Universität Breslau auch habilitiert.

Anders sind die Konsequenzen für den politischen Liberalismus in Deutschland zu bewerten, denn hier erwies sich in der Einschätzung der Historiker die Oppositionsbekämpfung der Jahre 1832/34 nicht nur als rigoros, sondern ebenfalls als außerordentlich effektiv.²⁴ Lothar Gall schlußfolgert ähnlich: „Und bezeichnenderweise rückte in eben dieser Zeit ein erheblicher Teil des Liberalismus von seinem Konzept der Reformpolitik ‚von unten‘ durch politische Emanzipation der Gesellschaft ab und näherte sich dem Konzept bürokratischer Reformen in der Tradition des aufgeklärten Absolutismus.“²⁵ Der deutsche Liberalismus befand sich im Umbruch und Bruno Hildebrand mitten in diesem Prozeß des Umdenkens.

Dem jungen Privatdozenten²⁶ ging es nun wie vielen seiner Kollegen: er war von finanziellen Sorgen geplagt und gezwungen, zunächst außerhalb der Universität seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Zeitweilig unterrichtete er in den folgenden Jahren, nämlich vom Herbst 1836 bis Ostern 1838, als Lehrer am Realgymnasium²⁷ in Breslau, zeitweilig war er auch als Angestellter der Universitätsbibliothek tätig.²⁸ In seiner Lehrtätigkeit an der Universität widmete er sich zunächst vor allem historischen Vorlesungen, denn seine „venia“ bezog sich ja auch auf die Geschichte.²⁹ Seine wissenschaftlichen Interessen wandten sich erst nach

²³ *Heinrich Best und Wilhelm Weige*, Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1996, S. 180/81.

²⁴ *Hans-Ulrich Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1815–1845/49, S. 368.

²⁵ *Lothar Gall*, Liberalismus, S. 118.

²⁶ Die Königliche und Universitäts-Bibliothek zu Breslau. Eine Skizze von Fritz Milkau, Breslau 1911, S. 85.

²⁷ Festschrift zur fünfzigjährigen Jubiläumsfeier des Realgymnasiums am Zwinger zu Breslau am 15. Oktober 1886. Herausgegeben vom Lehrerkollegium der Anstalt, Breslau 1986, S. 35.

²⁸ Chronik und Statistik der Königlichen Universität zu Breslau. Bei Gelegenheit ihrer fünfzigjährigen Jubelfeier am 3. August 1861 im Auftrag des akademischen Senats verfaßt und herausgegeben von Bernhard Nadbyl, Breslau 1861, S. 50. Vom August 1836 bis März 1839 war er dritter Bibliotheks-Kustos und wurde am 16. März 1839 zum außerordentlichen Professor ernannt. Am 10. März 1839 konnte er in die zweite Kustos-Stelle aufrücken, aus der er aber am 10. April 1841 aus eigenem Wunsch entlassen wurde.

dem Fortgang aus Breslau stärker den wirtschaftlichen Staatswissenschaften zu. Im Sommersemester 1841 las er neben der „Geschichte Deutschlands“ in Marburg dann bereits „Finanzwissenschaft“, und ab Wintersemester 1841/42 gab er seine historischen Kollegs gänzlich auf und widmete sich ausschließlich der „Nationalökonomie“ und ihren verwandten Gebieten.³⁰

II. Professor im Parlament

Während der vorausgehenden Jahre hatte Bruno Hildebrand seinen akademischen Status und damit auch seine persönlichen Lebensumstände entscheidend verbessern können. Bereits 1839 war er in Breslau zum außerordentlichen Professor ernannt worden, und 1841 erhielt er einen Ruf auf ein Ordinariat an die Universität des kurhessischen Marburg, dem er auch Folge leistete.

Damit begann die zweite Phase im Leben Bruno Hildebrands – mit neunundzwanzig Jahren als ordentlicher Professor der Staatswissenschaften. Obwohl nun zum akademischen Establishment gehörend und im Jahre 1844 sogar zum Prorektor seiner neuen Universität gewählt, scheute er keineswegs den Konflikt mit der Obrigkeit. Neben seinem Einsatz für die Rechte der Studenten, die z. T. aus nichtigem Anlaß (Lärm) diszipliniert werden sollten, war es vor allem eine Studienreise, welche er in den Osterferien 1846 nach England unternommen hatte, die ihn in Konflikt mit dem Marburger Polizeidirektor und dem kurhessischen Ministerium brachten. In London hatte er mit dem „Deutschen Kommunistischen Club“ Kontakt aufgenommen und am 14. April 1846 dort gar an einer Sitzung teilgenommen.

Von dieser Sitzung berichtete Hildebrand in einem ausführlichen Brief vom folgenden Tage, in dem seine Stellung zum Kommunismus und Liberalismus jener Tage deutlich durchscheint.³¹ Ein „Demagoge aus Frankfurt“ namens Schopper führte ihn auf Empfehlung seines Freundes Diefenbach³² beim „Bildungsverein

²⁹ Im „Verzeichnis der auf der Universität Breslau im Sommersemester 1837 vom 17. April an zu haltenden Vorlesungen“ werden unter dem Teilbereich „Geschichte und ihre Hilfswissenschaften“ für Herrn Dr. Hildebrand folgende Veranstaltungen angeführt: „Historische Kritik“, „Geschichte Deutschlands“ und „Über die Quellen der slawischen Geschichte“. An dieser historischen Orientierung seiner Vorlesungen änderte sich bis 1839, als er im Vorlesungsverzeichnis des Wintersemesters erstmals als Professor titulierte, nichts.

³⁰ Die letzte Eintragung für das Sommersemester in Breslau verzeichnet lediglich „Geschichte Deutschlands“ und „Historische Übungen“, die er zweimal wöchentlich halten wollte. Da er aber bereits zum 10. April d.J. abschied, hat er diese Veranstaltungen wohl nicht mehr abgehalten.

³¹ Bruno Hildebrand über den kommunistischen Arbeiterbildungsverein in London (Brief mit Datum vom 15. April 1846), in: Archiv für Geschichte des Sozialismus (Grünberg-Archiv), 11 (1925), S. 455 – 549.

³² Ernst Diefenbach (1811 – 1855) stammte aus einer Marburger Beamtenfamilie und hatte einen ganz ähnlichen Lebensweg wie Hildebrand zurückgelegt. Er war Burschenschaftler in Gießen gewesen, mußte in die Schweiz flüchten, dort ausgewiesen ging er nach England.

deutscher Arbeiter“ in London ein. In dessen Statuten, die Hildebrand bei dieser Gelegenheit ebenfalls studierte, wurde deutlich, daß als oberster Grundsatz des Vereins galt, den Menschen durch Ausbildung seines Geistes zu Freiheit und Selbstbewußtsein gelangen zu lassen, und daß daher die Zusammenkünfte des Vereins als Unterricht bestimmt waren.³³

Der Vortrag des Abends wurde von Schopper gehalten und beschäftigte sich mit tagespolitischen Fragen, insbesondere in Spanien, Polen und im Habsburger Reich. Das „Proletariatsthema“ bildete dabei den roten Faden, und Hildebrand gestand freimütig: „... ich kann eine gute Portion Liberalismus vertragen, aber bei einzelnen Stellen standen mir dennoch die Haare zu Berge.“

Er gibt sich hier als „Liberaler“ zu erkennen, allerdings wohl kaum im Sinne der revolutionären Burschenschaftler wie gut zehn Jahre zuvor, sondern weitaus abgeklärter, gouvernementaler. Seine Distanz zu den vorgetragenen revolutionär-emanzipatorischen Vorstellungen wird auch darin deutlich, daß er den Referenten in seinen Bemerkungen zu den deutschen Angelegenheiten als einen „Feind der Liberalen“ bezeichnete und sich nach Ende der Veranstaltung mit ihm darüber austauschte: „Ich verhandelte hierauf noch sehr ernsthaft mit Schopper über seine Feindseligkeit gegen den Liberalismus...“. Die aufklärerische Wurzel des revolutionären Emanzipationsstrebens wurde deutlich, als das Protokoll der vorausgehenden Sitzung verlesen wurde, in der man sich mit der Kritik am Christentum befaßt hatte. Als „Glaubensbekenntnis des Vereins“ konnte Hildebrand daraus den unabdingbaren Glauben an die Vernunft als einziger Führerin der Menschheit entnehmen.

Positiv beeindruckt war er davon, daß durch das Wirken der Kommunisten im Ausland zu seiner großen Freude auch „... die Wissenschaft zur Anerkennung gebracht“ wurde. Nicht zuletzt durch die zahlreichen politisch Verbannten³⁴ aus Deutschland, die hier an Universitäten studiert hatten und wegen der „Unempfänglichkeit der Massen in Deutschland für politische Ideen“ zur Emigration gezwungen waren. Der gewandelte Liberale, erfolgreiche Hochschullehrer und spätere Parlamentarier mit seiner Hinwendung zu bürokratischen Reformen tritt in diesen Zeilen bereits deutlich hervor.

Der Besuch Hildebrands in London und seine Teilnahme an der Sitzung des dortigen Arbeitervereins blieben jedoch nicht ohne Konsequenzen. Seine Reise war

Nach einer Forschungsreise nach Neuseeland und einer mühsamen Karriere in Gießen konnte er 1850 dort endlich eine außerordentliche Professur erhalten, vgl. Allgemeine Deutsche Biographie Bd. 5, Leipzig 1877, S. 120.

³³ Auch über das Lehrprogramm gibt Hildebrand Auskunft. Dazu zählten englische Sprache, Geographie, Geschichte, Zeichnen und Physik sowie neben Gesang und Tanz auch „spezielle kommunistische Politik“, jedoch nicht zentral, sondern als ein Lehrgegenstand unter anderen.

³⁴ Dazu zählte Hildebrand in London neben Schopper, Aug. Beck, Engels und Schuster 1846 auch einen gewissen Marks (!), gemeint war natürlich Karl Marx.

der kurhessischen Polizei offenbar bekannt geworden und hatte ihr bereits gewecktes Mißtrauen gegenüber Hildebrand verstärkt. Zum Verhängnis wurde ihm aber, daß er in einem Paket mit dreißig von der Reise mitgebrachten englischen Zeitungen auch ein Exemplar der „Deutschen Londoner Zeitung“ mitgeführt und dieses dann im Akademischen Museum in Marburg zur Lektüre ausgelegt hatte. Diese Zeitung war im Kurfürstentum Hessen verboten, was Hildebrand jedoch nicht wußte, ihn jedoch mit einer alsbaldigen Hausdurchsuchung durch die Polizei konfrontierte. Doch damit nicht genug, Bruno Hildebrand wurde seitens des Ministeriums sogleich als Prorektor der Universität seines Amtes enthoben und 1847 gar vom Lehramt suspendiert, vorübergehend verhaftet und einer eineinhalbjährigen Kriminaluntersuchung unterworfen, die mit einer Anklage wegen Majestätsbeleidigung endete.³⁵ Obwohl schließlich freigesprochen, erfolgte seine Rehabilitierung erst im Jahre 1848, als infolge der Märzereignisse auch in Kurhessen eine liberale Regierung eingerichtet wurde.

Das Kurfürstentum Hessen war bereits seit 1831 Verfassungsstaat, dennoch durch ein autoritäres Herrschaftssystem der Regierung Hassenpflug geprägt.³⁶ Aufgrund dieser Situation kam es dann 1848 neben Hanau und Kassel auch in Marburg zu einer revolutionären Eruption, die zum Rücktritt des verhaßten Ministers Hassenpflug und zur Regierungsübernahme durch Vertreter des Groß- und Bildungsbürgertums in Kurhessen führte. Die neu erlassenen „Märzgesetze“ brachten mit Freiheitsrechten und Verfassungsreform auch hier einen wesentlichen Schritt in die liberale Richtung und eine nachfolgende Politisierungswelle mit nationalen Affekten. Kurhessen war damit auch im Frankfurter Vorparlament und später in der Paulskirchenversammlung vertreten, und einer der Abgeordneten war Bruno Hildebrand als Vertreter Marburgs. An den Verfassungsberatungen in der Nationalversammlung war er von Anfang an beteiligt. Er gehörte in der Nationalversammlung dem linken Flügel der „Westendhalle“ an, einer linksliberalen Vereinigung, und war ebenfalls Mitglied im Märzverein. Im Parlament war er in verschiedenen Ausschüssen tätig. So wirkte er im Ausschuß zur Begutachtung der Ministerialvorlage über das österreichische Verhältnis zur Bildung eines Bundesstaates der deutschen Länder als Vizepräsident, war Mitglied im Kirchen- und Schulausschuß und dort mit dem Entwurf eines Reichsgesetzes über die Universitäten betraut. Insbesondere war er auch im volkswirtschaftlichen Ausschuß tätig. Letzterer entwickelte sich mit seinen dreißig Mitgliedern zu einer Art ökonomischem und sozialpolitischem Sonderparlament³⁷ und war neben dem Verfassungsausschuß zwei-

³⁵ NL Bruno Hildebrand, Bundesarchiv Außenstelle Lichterfelde, N 2115, Bd. 4, „Schriftstücke btr. den Marburger Universitätsstreit 1845 – 1847“, und *Rainer Koch* (Hg.), *Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Ein Handbuch der Abgeordneten der deutschen verfassunggebenden Reichsversammlung*, Kelkheim 1989, S. 215.

³⁶ Zu den Verfassungsbemühungen in Kurhessen seit 1816 und den bescheidenen Erfolgen vgl. ausführlich *Eckart G. Franz*, „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Forderungen und Errungenschaften der 48er Revolution in Hessen, in: Klaus Böhme und Bernd Heidenreich (Hg.), „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Die Revolution von 1848/49 im Bundesland Hessen, S. 9 – 34, Opladen 1999.

fellos der wichtigste des Parlaments.³⁸ Darin wurden sieben Unterausschüsse gebildet, und Hildebrand war in dreien von ihnen tätig.³⁹ Überhaupt zeichnete sich dieser Ausschuß durch eine ungewöhnliche Zusammensetzung aus, beinahe die Hälfte waren Professoren, der Rest erfahrene Geschäftsleute. Die Mehrheit war, wie Hildebrand, eher schutzzöllnerisch gesinnt. Dies wird u. a. in der Behandlung einer Vorlage des Handelsministers deutlich, die in der 52., 53. und 54. Sitzung des Ausschusses im September 1848 beraten und abgeändert wurde, und auf der 64. Sitzung am 30. Oktober plädierte Hildebrand ganz offen für Schutzzölle, jedoch gegen ein allgemeines Schutzzollsystem.⁴⁰

In der Nationalversammlung selbst meldete er sich nur gelegentlich zu Wort.⁴¹ In die Debatte um die Grundrechte griff Hildebrand als Berichtersteller des volkswirtschaftlichen Ausschusses jedoch von Anfang an ein.⁴² Es ging dabei darum, gegenüber den Vorschlägen des Verfassungsausschusses die Meinung der Mehrheit des volkswirtschaftlichen Ausschusses hinsichtlich der Grundrechte der Niederlassungsfreiheit, der Freiheit Grundeigentum zu erwerben, Kunst und Gewerbe zu betreiben und die Gemeindebürgerrechte zu gewinnen, zu Gehör zu bringen. Seine eigenen Motive zum Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses lagen der Versammlung dabei in gedruckter Form vor, so daß er sich auf einige grundlegende Feststellungen beschränken konnte. Als wichtigen Grundsatz seiner nationalökonomischen Überzeugung schien es ihm unentbehrlich festzuhalten, daß „eine vernünftige Lösung der großen sozialen Probleme der Gegenwart möglich“ und nötig sei. Hinsichtlich der Voraussetzungen dazu sei es erforderlich, für das ganze Deutschland nur *eine* Gewerbeordnung und weitere allgemeine Regelungen zu schaffen.⁴³ Dies stand im Widerspruch zu einem Minoritäts-Gutachten des volkswirtschaftlichen Ausschusses, das in der gleichen Sitzung durch Herrn Herrmann aus München vorgetragen wurde und das anstelle gesamtdeutscher Gleichförmigkeit für staatliche Mannigfaltigkeit und gegenüber reichseinheitlichen Regelungen eine Partikular-Gesetzgebung bevorzugte.

³⁷ So die Einschätzung bei *Veit Valentin*, Geschichte der deutschen Revolution von 1848–49, 2 Bde, Berlin 1930 und 1931, Bd. 2: Bis zum Ende der Volksbewegung von 1849, S. 15.

³⁸ Die Sitzungsakten des Ausschusses wurden publiziert von *Werner Conze* u. *Wolfgang Zorn* (Hg.), Die Protokolle des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der deutschen Nationalversammlung 1848/49, bearbeitet von Rüdiger Moldenhauer, Boppard am Rhein 1992.

³⁹ Nämlich in den Ausschüssen für Gewerbe und Bergbau, Geld, Kredit- und Bankwesen, sowie für Allgemeine Arbeitsangelegenheiten, Auswanderung, Ansässigmachung, Freizügigkeit u. a.

⁴⁰ *Werner Conze* und *Wolfgang Zorn* (Hg.), Die Protokolle, S. 142, 175.

⁴¹ *Franz Wigard* (Hg.), Stenographische Berichte über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt/Main, Frankfurt a. M. 1848.

⁴² Erstmals am 18. Mai 1848 wegen der Überreichung eines Schreibens der kurhessischen Bevölkerung, vgl. ebd. S. 12.

⁴³ Vgl. seinen Redebeitrag vom 6. Juli 1848, in: ebd., S. 756/57 und auch die Beratungen im Volkswirtschaftlichen Ausschuß, 82. Sitzung am 9. Dezember 1848.

Gegen derartigen Partikularismus wendet sich Hildebrand auch in einer ausführlichen Darlegung über das Recht der Freizügigkeit, das in diesem Falle durch 38 unterschiedliche Heimatgesetze der deutschen Staaten praktisch ausgehebelt werden würde. Das Recht des Aufenthaltes an jedem Orte des deutschen Staates schien ihm hingegen ein „unanastbares Recht jedes Menschen“⁴⁴ zu sein. Er zitiert in diesem Zusammenhang sogar die Habeas-corpus-Akte und verwies damit ganz eindeutig auch auf die angelsächsische Verfassungstradition. Das Minoritäts-Gutachten, das er selbst mit unterzeichnet hatte, sah er gar nicht so weit von diesem Standpunkt entfernt und erwartete darüber hinaus, daß dies gar nicht zur Abstimmung gestellt werden würde.

Die Erfahrungen, die Hildebrand und seine Zeitgenossen während der 48er Revolution und durch die Arbeit in der Nationalversammlung gemacht hatten, waren für die Entwicklung des Liberalismus in Deutschland von ausschlaggebender Bedeutung.⁴⁵ Diese nahm dadurch eine ganz andere Wendung, als es die revolutionäre Situation im Vormärz, die man als Frühliberalismus klassifizieren kann, hätte vermuten lassen. Drei unterschiedliche Reaktionsweisen sind auffindbar.⁴⁶ Zum einen das altliberale dogmatische Beharren auf dem emanzipatorisch-gouvernementalen Konzept der Frühzeit, trotz der veränderten Bedingungen und Chancen und damit eine Ideologisierung des Liberalismus als geistige Basis des Besitzbürgertums. Daneben findet sich die Wendung ins Private, eine opportunistische Verengung des Politischen bis hin zur Rechtfertigung der neuen Klassengesellschaft. Und schließlich eine revisionistische Variante des Liberalismus, orientiert an Sozialreform und aktiver Sozialpolitik.⁴⁷ Diesen zuletzt genannten Wandel des Liberalismus vollzog auch Bruno Hildebrand in seiner persönlichen Entwicklung. Gegenüber den revolutionären Intentionen seines burschenschaftlichen Engagement traten nunmehr weitaus stärker staatserhaltende Elemente hervor. Der Versuch zur Mitgestaltung der neuen Gesellschaftsordnung, seine Kritik an den sozialistischen Vorstellungen, dargelegt in seinem eben im Jahre 1848 erschienenen Hauptwerk „Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft“,⁴⁸ wie auch die bereits dort aufscheinenden und später praktizierten reformatorischen Bestrebungen weisen alle in diese Richtung. Unterstützt wurde diese Neubesinnung gewiß auch durch die Repression, der Hildebrand nach seiner Parlamentarierzeit unterworfen war.

⁴⁴ Redebeitrag vom 17. Juli 1848, in: ebd., S. 967 – 969.

⁴⁵ *Lothar Gall*, *Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung*, Wiesbaden 1968, sieht in der Revolution von 1848/49 die entscheidende Wende in der liberalen Bewegung, von der sozialemanzipatorischen Utopie des Vormärz zu einer stärker sozialdefensiv geprägten Einstellung.

⁴⁶ *Lothar Gall*, *Liberalismus*, S. 119 – 121.

⁴⁷ Vgl. dazu *Jürgen Reulecke*, *Sozialer Frieden durch soziale Reform. Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klasse in der Frühindustrialisierung*, Wuppertal 1983.

⁴⁸ *Toni Pierenkemper*, *Bruno Hildebrand und der Pauperismus*, in: Bertram Schefold (Hrsg.), *Bruno Hildebrands „Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft“*, *Vademecum zu einem Klassiker der Stufenlehre*, Düsseldorf 1998, S. 173 – 207.

Wie stark sein diesbezügliches Engagement von der kurhessischen Obrigkeit als Opposition empfunden wurde, bezeugt die Härte der Verfolgung, welcher Bruno Hildebrand nach Rückkehr des reaktionären Regimes in Kassel ausgesetzt war. Nach Niederschlagung der revolutionären Bewegung und der Rückkehr reaktionärer Kräfte in die kurhessische Regierung im Jahre 1850 – und hier ist insbesondere Minister Hassenpflug als Leiter der Regierungsgeschäfte hervorzuheben, der Hildebrand wegen persönlicher Feindschaft verfolgte –⁴⁹ wurde gegen Hildebrand wegen seiner Haltung in der Revolutionszeit ein Hochverratsprozeß angestrebt. Es erging ein Haftbefehl gegen ihn, und er wurde auf dem Disziplinarweg seiner Professur enthoben. Die Obrigkeit schien zu dieser harten Haltung auch allen Anlaß gehabt zu haben. Als Abgeordneter der Paulskirche sprach sich Hildebrand nach der Auflösungsanordnung der Nationalversammlung für eine Verlegung des Parlaments nach Stuttgart aus, er plädierte ebenso für die Wahl eines Reichsregenten und für die gewaltsame Durchführung der Reichsverfassung.⁵⁰ Und auch im Kurhessischen Landtag stellte er den Antrag, der Regierung den verlangten verfassungswidrigen Finanzzuschuß zu verweigern. Beide Maßnahmen standen in striktem Widerspruch zu den Wünschen der jeweiligen Regierungen.

Ein Ausweg aus dieser verfahrenen Situation wäre eine Wegberufung Hildebrands aus Marburg und Kurhessen gewesen, und diese Möglichkeit deutete sich auch 1850 an. Friedrich Jakob Schmitthenner (1796–1850), von 1828 bis 1832 Professor für Geschichte, dann für Staatswissenschaften an der Universität Gießen, war verstorben und sein Lehrstuhl vakant. Kein Geringerer als Justus von Liebig schlug nun Hildebrand als dessen Nachfolger vor.⁵¹ Er verfaßte zu diesem Zweck ein ausführliches Gutachten, in dem er Hildebrand als einen „umsichtigen Geist“ und einen „der ausgezeichnetesten Lehrer dieser Fächer“ bezeichnete und dabei insbesondere sein Werk von 1848 hervorhob. Seine darin vorgestellte induktive Methode führe zu einer Revision von Lehransätzen der Nationalökonomie und wende sich vor allem gegen die Einseitigkeit der Smithschen Lehre.

Diese Einschätzung war jedoch kontrovers, wie ein Gegengutachten von Professor Heinrich Schäfer aus Heidelberg zeigt. Dieser hob vor allem Hildebrands politische Orientierung hervor, die er als „extrem“ klassifizierte und dabei auf seine Opposition gegen die Staatsregierung und seine Zuordnung zur extremen Linken in der Frankfurter Nationalversammlung hinwies. Darüber hinaus sei er nach Auflösung der Nationalversammlung mit dem Rumpfparlament nach Stuttgart gegangen. Schäfer resümierte, daß Hildebrand „anders spricht und schreibt als er handelt“. Aufgrund dieses Gutachtens kam Hildebrand nicht zum Zuge, doch war mit

⁴⁹ Hassenpflug war bereits 1832–1837 im Amt gewesen, vgl. *Wehler*, S. 351, konnte aber seinen Einfluß nach Rückkehr ins Amt im Februar 1850 wieder voll zum Tragen bringen. Vgl. dazu *Helmut Seier*, *Revolution*, S. 51–54.

⁵⁰ Vgl. dazu *Bertram Schefold*, *Bruno Hildebrand*, S. 15; er bezieht sich dabei auf Carl Grünberg, *Bruno Hildebrand*, S. 453.

⁵¹ *Wilhelm Stieda*, *Zum Gedächtnis Bruno Hildebrands*, in: *Schmollers Jahrbuch* 55 (1931), S. 87–121, insbes. S. 100–120, mit dem Abdruck der bezeichneten Gutachten.

der beschlossenen Berufsliste, auf deren erste Stelle übrigens Wilhelm Roscher gelangte, der den an ihn ergangenen Ruf jedoch ablehnte, die Auseinandersetzung um Hildebrand noch nicht beendet.

Im Senat der Universität Gießen kam es erneut zu Auseinandersetzungen um die Person Hildebrands, und ein erneutes Gutachten sprach von dessen „anerkanntem, ausgezeichnetem wissenschaftlichem und literarischem Verdienst“, was auch nicht bestritten wurde. Doch erneut rückte seine politische Zuverlässigkeit in den Mittelpunkt. Der Kanzler schloß sich dem negativen Votum an, dies nunmehr auch mit wissenschaftlichen Argumenten. Er bezeichnete dessen Dissertation und zugleich Habilitation „de veterum Saxonum republica“ als den historischen Versuch eines Anfängers und das Hauptwerk von 1848 als „unvollendetes Werk“, das lediglich eine nicht einmal vollständige „Kritik der nationalökonomischen Systeme der Gegenwart“ darstelle. Die politische Gesinnung des Autors wurde in keinem dieser Werke offenbar. Als Ergebnis formulierte auch der Kanzler, daß er eine Berufung Hildebrands nach Gießen nicht empfehlen könne.

Damit war auch dieser Ausweg für Hildebrand, der drohenden Anklage in Marburg zu entgehen, versperrt, und er mußte nach anderen Möglichkeiten Ausschau halten.

III. Ordinarius in Jena

In dieser Situation blieb Bruno Hildebrand, wie vielen seiner Mitstreiter, nur die Flucht, um sich der drohenden Verhaftung und Verfolgung als Hochverräter zu entziehen. Doch Hildebrand flüchtete nicht wie viele andere in die USA,⁵² sondern er fand seine rettende Insel in der Schweiz. Zunächst siedelte er, von Freunden unterstützt, nach Zürich über, wo er alsbald eine Professur für Staatswissenschaften⁵³ erhielt und in so hohem Ansehen stand, daß ihm die Stadt später sogar die Ehrenbürgerwürde zuerkannte. 1856 wurde er dann nach Bern berufen und bekleidete dort ebenfalls eine Professur für Staatswissenschaften. In dieser nun beginnenden dritten Phase seines Lebensweges – zunächst als Emigrant in der Schweiz in den Jahren 1850 bis 1861 – neigte sich Bruno Hildebrand verstärkt neben seinen wissenschaftlich-akademischen Interessen auch praktischen sozialpolitischen Tätigkeiten zu. Bei der Gründung einer Witwenkasse sowie der Förderung des Eisenbahn- und Bankwesens entwickelte er vor allem in Bern sein Organisationstalent (J. Conrad: „Organisationsgenie“), das ihm auch später noch in seiner akademi-

⁵² Vgl. dazu *Sabine Freitag* (Hrsg.), *Die Achtundvierziger, Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49*, München 1998, mit 25 Biographien.

⁵³ Während dieser Zeit muß wohl Jakob Venedey, ein Mitstreiter aus dem Frankfurter Parlament, im Jahre 1854 bei ihm im Fach Geschichte habilitiert haben. Vgl. *Birgit Bublies-Godau*, *Jakob Venedey – Henriette Obermüller-Venedey: Der Held des Parlaments und die Heckerin*, in: *Sabine Freitag* (Hg.), *Die Achtundvierziger*, S. 237 – 248, insbes. S. 247.

schen Laufbahn nützlich werden sollte. Die Art, wie er sich an diesem Projekt auch finanziell beteiligt hatte, muß jedoch derart umstritten gewesen sein, das ihm dieses Projekt eine weitere Anklage einbrachte, deren Verhandlung ihn jedoch rehabilitieren konnte.⁵⁴ In einem Brief⁵⁵ an Jakob Venedey vom 21. März 1861 berichtete Hildebrand von der kurz bevorstehenden Niederschlagung einer strafrechtlichen Untersuchung, die gegen ihn als ehemaligen Gründungsdirektor der Ostbahn in Bern nach dem Konkurs der Bahngesellschaft wegen angeblicher geschäftlicher Verfehlungen aufgenommen worden war. Immerhin hatte diese Untersuchung zur Ausgabe eines Steckbriefes geführt, der sogar in einem badischen Amtsblatt veröffentlicht wurde und um dessen Zusendung Hildebrand Venedey bat. Er selbst sei in dieser Sache niemals vernommen worden und werde nach Ende der Untersuchung eine Ehrenerklärung seitens der Behörden verlangen. Trotz seiner vielfältigen Aktivitäten in der Schweiz und seiner nachhaltigen Wirkung dort, die er durch die Beteiligung an der Gründung des Statistischen Büros der Schweiz erzielen konnte, blieb dieses gute Jahrzehnt auf Hildebrands Lebensweg nur eine Episode. Seiner eigentlichen Neigung folgend, ging er 1861 zurück nach Deutschland, an das Staatswissenschaftliche Seminar der Universität Jena.

Der Aufenthalt in der Schweiz, so wichtig er für sein persönliches Schicksal auch gewesen sein mag, blieb für Hildebrand also nur ein Zwischenspiel. Doch die Berufung nach Jena war bei weitem nicht so unproblematisch, wie das auf den ersten Blick scheint. Das Staatswissenschaftliche Seminar an der Universität Jena war 1848, nicht zuletzt wegen des gesteigerten Interesses an Fragen der politischen, wirtschaftlichen und staatswissenschaftlichen Bildung unterstützt, vom Historiker Adolph Schaumann angeregt worden. Als Mitdirektor konnte dieser den Nationalökonom Gustav Eduard Fischer gewinnen, der wie Hildebrand als Abgeordneter der Nationalversammlung in Frankfurt a.M. weilte. Im Sommersemester 1849 konnte dann das Staatswissenschaftliche Seminar in Jena, als erstes seiner Art in Deutschland, eröffnet werden. 1860 trat, wegen Wegberufungen und Tod unter den Vertretern des Faches, in Jena eine Situation ein, die die Einrichtung eines Ordinariats angemessen erschienen ließ. Der Kurator Seebeck nutzte die Situation und berief Bruno Hildebrand aus Bern.⁵⁶

Die Bedenken der thüringischen Regierung richteten sich vor allem gegen Hildebrands bisheriges politisches Verhalten. Doch dem Kanzler gelang es, diese Bedenken zu zerstreuen – unter anderen mit dem Hinweis, daß „Jahre der Erfahrung“ auch bei diesem eine heilsame Wirkung gezeigt und ihn „wie so viele andere“ bekehrt hätten. Dies beweise auch sein Lehrbuch – gemeint ist sein Hauptwerk

⁵⁴ M. Vollert, Geschichte der Kuratel der Universität Jena. Nach den Kuratelakten bearbeitet, Jena 1921, S. 132.

⁵⁵ Ein Auszug des Briefes, der sich im Bundesarchiv, Außenstelle Lichtenfelde befindet, wurde mir freundlicherweise von Birgit Bublies-Godau, M.A., zur Verfügung gestellt. Faszikel 90 Ve 1 / 26 Nr. 3–4.

⁵⁶ Geschichte der Universität Jena 1548/58–1958. Festgabe zum vierhundertjährigen Universitätsjubiläum, Jena 1958, S. 420.

von 1848 –, in dem nichts Ferneres als „doktrinäres oder gar radikales Theoretisieren“ zum Ausdruck käme.⁵⁷

Das wissenschaftliche Wirken Bruno Hildebrands in Jena bestätigte die Erwartungen und Hoffnungen des Kurators bei seiner Berufung aufs schönste. Hildebrand ließ seinem Werk von 1848 in rascher Folge eine Reihe weiterer größerer Schriften folgen,⁵⁸ die nicht unwesentlich zur Begründung der sogenannten „Älteren Schule“ der Deutschen Nationalökonomie beitrugen. 1862 gründete er in Jena die „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“, die sich in den folgenden Dekaden zum führenden Organ der deutschen Nationalökonomie entwickeln sollten. Auch schuf er im Jahr 1864 das „Statistische Büro Vereinigter Thüringischer Staaten“ in Jena und betreute dies zunächst persönlich. Als das Statistische Büro jedoch bald darauf von Weimarer Ministerialbeamten übernommen wurde, war dessen Verlagerung nach Weimar absehbar.⁵⁹

In seiner Tätigkeit in Lehre und Forschung erschöpften sich Hildebrands Aktivitäten jedoch auch in Jena nicht. Hier verfolgte er seine praktischen Interessen erneut und beteiligte sich, wie in der Schweiz, an Initiativen zum Bau von Eisenbahnen. Dieses war insbesondere für das Großherzogtum Weimar ein äußerst dringendes Problem, da der Verkehrsanschluß bis zu diesem Zeitpunkt allein durch die Postkutsche möglich war. Das Projekt einer Saalbahn wurde daher seit langem diskutiert, aber nicht ein Jenaer Komitee, sondern eines aus Camburg bemühte sich 1856 und 1862 mit Eingaben an den Gemeinderat in Jena, diesen für ein entsprechendes Projekt zu erwärmen. Endlich faßte der Gemeinderat am 6. Juni 1862 den Beschluß, daß sich zwei Mitglieder aus seiner Mitte mit „zwei bis drei tüchtigen Männer[n] aus der Bürgerschaft“ zu einem entsprechenden Komitee konstituieren sollten.⁶⁰ Hildebrand wurde in das Komitee berufen und übernahm bald darauf dessen Vorsitz. Es dauerte noch bis 1864, ehe das Komitee gemeinsam mit dem Gemeinderat die Großherzogliche Regierung in Weimar um Unterstützung bat. Nach einigem Hin und Her zwischen dem Komitee und der Regierung um die Streckenführung der Bahn und Koordinationsproblemen zwischen den betroffenen Gemeinden und Nachbarstaaten konnte das Projekt schließlich erfolgreich zu Ende gebracht werden. 1874 erhielt so auch Jena als letzte deutsche Universitätsstadt einen Anschluß an das Eisenbahnnetz.⁶¹

⁵⁷ M. Vollert, *Geschichte*, S. 133.

⁵⁸ „Die gegenwärtige Aufgabe der Wissenschaft der Nationalökonomie“ (1863), „Die Natural-, Geld- und Kreditwirtschaft“ (1864) und in seinen letzten Lebensjahren „Die Entwicklungsstufen der Geldwirtschaft“ (1876).

⁵⁹ M. Vollert, *Geschichte*, S. 133, weist darauf hin, daß das Statistische Büro zunächst wegen der geringen staatlichen Unterstützung in Hildebrands Privatwohnung untergebracht wurde und nach Hildebrands Tod 1878 nach Weimar verlegt wurde.

⁶⁰ Die Eisenbahn in Jena, Jena 1998, S. 10, sowie *Walther Keller*, *Die Saal- und Weimarer-Jenaer Eisenbahn in historisch-staatlicher Darstellung*, Frankfurt a. M., und *Wilhelm Lins*, *Die thüringischen Eisenbahn-Verhältnisse in ihrer geschichtlichen Entwicklung und gegenwärtigen Lage dargestellt*, Jena 1910.

⁶¹ *Geschichte der Universität Jena*, S. 420.

Neben seinem Engagement in der Kommunalpolitik in Jena wurde Hildebrand auch in der überregionalen Politik tätig. In seinen letzten Lebensjahren vertrat er den Jenaer Wahlkreis im Weimarerischen Landtag.⁶² Schließlich war er 1872 als einziger der drei Vertreter der älteren Historischen Schule der Deutschen Nationalökonomie aktiv an der Gründung des „Vereins für Socialpolitik“ beteiligt und dokumentierte damit sein weithin bestehendes Interesse auch an sozialpolitischen Fragen. Am 29. Januar 1878 verstarb Bruno Hildebrand knapp sechsundsechzigjährig in Jena.

*

Die Hoffnungen, die der Kanzler der Universität Jena bei der Berufung Bruno Hildebrands auf die Läuterung dieses politischen Feuerkopfes gesetzt hatte, wurden durch dessen Wirken eindrucksvoll bestätigt. Hatte die Tätigkeit als Parlamentarier ihn von seinen revolutionären Utopien des Vormärz Abstand gewinnen lassen, so boten ihm Emigration und ruhiges Wirken in Jena Gelegenheit, zu einem staatstragenden Ordinarius zu reifen. Hildebrand folgte damit genau der Entwicklung des deutschen Liberalismus unter den veränderten Bedingungen der Zeit. Zug um Zug gab dieser Punkte seines ursprünglichen revolutionären Konzeptes auf und wurde zu einer staatstragenden Ideologie.⁶³ Diesen fortschreitenden Niedergang bezahlte der Liberalismus mit dem Verlust an politischer und sozialer Integrationskraft teuer, und die Entwicklung mündete nach 1873, als durch die Reichseinigung eine weitere frühliberale Antriebskraft wegfiel und in der folgenden Wirtschaftskrise neuen Herausforderungen offenbar wurden, in eine schwerwiegende Krise des Liberalismus. Alle diese Brüche werden meines Erachtens auch im politischen Leben Hildebrands überaus deutlich, und sein Schicksal veranschaulicht daher in exemplarischer Weise die Tragik des deutschen Liberalismus: seine Entwicklung von einer revolutionären Utopie zur bürgerlichen Ideologie, in der nun reale Lebensverhältnisse und Selbstbild deutlich auseinandertreten.

⁶² M. Vollert, *Geschichte*, S. 133.

⁶³ Lothar Gall, *Liberalismus*, S. 123/24. Erst jetzt in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts sieht Wolfgang J. Mommsen, *Der deutsche Liberalismus zwischen „klassenloser Bürgergesellschaft“ und „organisiertem Kapitalismus“*. Zu einigen Liberalismusinterpretationen, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 1978/1, S. 77–90, insbes. S. 86, im Unterschied zu Gall die entscheidende Zäsur in der Entwicklung des deutschen Liberalismus.

Bruno Hildebrand: Die historische Perspektive eines liberalen Ökonomen¹

Von *Bertram Schefold*, Frankfurt a. M.

I.

1848! Bei der hundertfünfzigsten Wiederkehr des Jahres der demokratischen Revolution in Europa denkt der deutschsprachige Dogmenhistoriker zuerst an Bruno Hildebrand, der ein Delegierter in der Paulskirchenversammlung war und dessen Werk damals erschien. Er gehörte zu den Besten, die in der Folge der gescheiterten deutschen Revolution in die Schweiz emigrierten und ihre Kräfte in den Dienst des neuen Bundesstaates stellten. Denn das einzige Land, in dem die Revolution ihr Ziel erreichte, war die Eidgenossenschaft, zweihundert Jahre zuvor im Westfälischen Frieden nicht nur *de facto*, sondern auch *de iure* unabhängig geworden, fünfzig Jahre zuvor durch die napoleonische Eroberung und Besetzung aus den alten patrizischen Verhältnissen aufgeschreckt und in den ungeliebten Einheitsstaat der helvetischen Republik gezwungen. Hier war die Restauration nach dem Wiener Kongreß nur halbherzig durchgeführt worden, hier hatten kantonale Volksbewegungen in der Regenerationszeit mit verschiedenen Formen republikanischer Herrschaft experimentiert, und hier fand man 1848 ein neues Gleichgewicht zwischen Volkssouveränität und repräsentativer Demokratie und zwischen Einheitsstaat und Föderalismus.

Hildebrand war politisch liberal im Sinn der Befürwortung liberaler politischer Institutionen und eines Verfassungsstaates. Liberal war er auch in seiner Ablehnung kommunistischer, sozialistischer und utopischer genossenschaftlicher Tendenzen, mit denen er sich vorurteilsfrei und mit persönlichem Mut auseinandersetzte. Später fand er sich mit der deutschen Verfassungswirklichkeit so weit ab, daß er 1861 einen Ruf nach Jena annahm.

Nun mag es angesichts geläufiger Vorurteile als ein Paradox erscheinen, daß dieser Hildebrand nicht nur der Historischen Schule der Nationalökonomie nahestand, sondern regelmäßig, neben Roscher und Knies, als einer ihrer drei Begründer ge-

¹ Zweite Überarbeitung und Erweiterung des gleichnamigen Beitrags in: Schefold (1998) 5–53. Die zweite Überarbeitung wurde nach der Diskussion des Vortrags durch den Kreis der Ausschußmitglieder vorgenommen. Besonders dem Vorsitzenden, Herrn Scheer, gebührt mein Dank für seine Ratschläge und seine Geduld.

nannt wird, daß er sogar konsequenter als Roscher und Knies an der historischen Methode festhielt und seine Kritik an der englischen klassischen Nationalökonomie nicht auf Ricardo und seine Schule beschränkte, sondern sie auch auf Adam Smith erstreckte. Darin war er jedoch nicht allein. Eine ausgeprägt liberale Haltung bewiesen als Menschen und als politisch Handelnde beispielsweise auch Knies oder, in der jüngeren Historischen Schule, Karl Bücher und Lujo Brentano, darin der freundschaftliche Gegenspieler Schmollers. Im Fall Hildebrands läßt sich allerdings besonders schön zeigen, wie die Liberalität im Persönlichen wurzelt und sich im Handeln offenbart.

Liberalität ist nach der ursprünglichen antiken Wortbedeutung der Inbegriff der guten Eigenschaften des frei Geborenen, dessen edle Gesinnung sich im Umgang mit seinen Freunden, im geschäftlichen Verkehr am Markt und im politischen Handeln zeigen muß. Die *liberalitas* geht auf die ἐλευθεριότης bei Aristoteles zurück (*Eth. Nic.* II. 7.4 und *Eud. Eth.* III. 3.2); diese von der Freiheit abgeleitete Tugend bildet, wie die anderen aristotelischen Tugenden, eine Mitte: Die Freigebigkeit ist eine Mitte zwischen Verschwendung einerseits, Kleinlichkeit und Geiz andererseits. Der von Hildebrand geschätzte Cicero fügt hinzu, daß die *liberalitas* gerecht sein müsse und nicht als Eitelkeit in Erscheinung treten dürfe (*De off.* I. 14), und in charakteristischer Wendung meint Cicero fernerhin, ein gelegentliches spontanes Geben sei nicht nur „liberal“, sondern auch nutzbringend (weil Gegengaben erhofft werden dürfen); man müsse dabei allerdings haushälterisch sein, ohne geizig zu erscheinen².

Bis zum modernen politischen und gar dem ökonomischen Begriff des Liberalismus war ein weiter Weg zu gehen, in dessen Verlauf die prozeduralen Regeln eines liberalen Verkehrs unter den Menschen sich immer schärfer abzeichneten, während die alten Tugendbilder verschwammen. Aber ganz verschwunden sind sie nicht; wir können es als menschlich liberal empfinden, wenn der Staat bei einem Marktversagen zugunsten der Geschädigten interveniert, und als dogmatische Verirrung des ökonomischen Liberalismus, wenn dies nicht geschieht. In gewissem Sinn entsprach dem die Ausgangslage, die sich den Vorläufern der Historischen Schule im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts in Deutschland darbot: Die Ökonomen der Ricardianischen Schule propagierten den Freihandel (obwohl Ricardo persönlich als Parlamentarier davon Ausnahmen zuließ), während List in der wirtschaftlich zurückgebliebenen Mitte Europas nach einem Entwicklungsschutz für junge Industrien suchte und glaubte, damit das bürgerliche Ideal in zeitgemäßer Form zu verfolgen³.

² „Est enim non modo liberale paullum non numquam de suo iure decedere, sed interdum etiam fructuosum. Habenda autem ratio est rei familiaris, quam quidem dilabi sinere flagitiosum est, sed ita, ut illiberalitatis avaritiae absit suspicio“. *Cicero De officiis*, II. 18. Vgl. *Schefold* (2000) 5–32.

³ Herr Streissler vertiefte diesen Gedanken in der Diskussion durch die Unterscheidung verschiedener Formen des Marktversagens.

Hildebrand sah schon Anfänge einer industriellen Entwicklung – er selbst sollte sich tatkräftig am Eisenbahnbau beteiligen –, aber er sorgte sich um soziale und um Verteilungsprobleme sowie um den gesellschaftlichen Zusammenhalt; sie alle erschienen ihm als Aspekte des damals schon alten moralischen Problems, ob die marktwirtschaftliche Entwicklung, wie es noch das frühe 18. Jahrhundert glaubte und wie es die Überzeugung des jungen Adam Smith gewesen war, ihr gemäß Fortschritte der Moral, also solche Werte wie Pünktlichkeit und Ehrlichkeit, mit sich brächte und das Vertrauen mehrte, oder ob sie umgekehrt überkommene Tugenden untergrabe. Die moderne Institutionenökonomik kann überzeugend darlegen, daß eine von Vertrauen gestützte Wirtschaft besser funktioniert als eine beständig zusätzlicher rechtlicher Sicherungen bedürftige, aber daraus folgt nicht, daß ein reiner Nutzenmaximierer nicht auch zu illegalen Mitteln greifen wird, wenn er glaubt, nicht erpapt zu werden, oder wenn die rechtlichen Sicherungen fehlen⁴. Um den Willen zu folgerichtigem und regelmäßigem tugendhaftem Handeln in sich zu entwickeln, muß der Marktteilnehmer über den unmittelbaren Nutzen hinausdenken, sich klarwerden, daß die Ehrlichkeit und Verlässlichkeit, die er an seinen Handelspartnern schätzt, auch diese an ihm schätzen werden, daß also seine Reputation und sein Einfluß steigen, wenn er wenigstens den Eindruck von Charakterfestigkeit erweckt, und unter erfahrenen Menschen wird nur derjenige den Eindruck einer gefestigten Persönlichkeit erwecken können, der auch über sie verfügt. Er muß den Sinn tugendhaften Handelns kennen und bereit und imstande sein, die damit verbundenen Normen zu verinnerlichen – im äußersten Fall, wenn es zur Unterdrückung kommt, unter Einsatz des Lebens und weitestgehender Preisgabe des individuellen Nutzens.

Daß das Handeln von sich untereinander verantwortenden Menschen von einem Verständnis für ihre wechselseitige Bedingtheit und einem Arbeiten an der je eigenen Persönlichkeit, also von Gewissenhaftigkeit und vom Wunsch, auch verlässlich zu erscheinen, abhängt, sollte von der Historischen Schule in verschiedenen Formen immer wieder ausgesprochen werden. Adam Smith hatte in der *Theory of Moral Sentiments* die Herausbildung einer Gesellschaft in einer Art moralischen Gleichgewichts dargestellt, gestützt auf das Faktum, daß wir über ein Gewissen verfügen und daß wir wünschen, in den Augen anderer gewissenhaft zu erscheinen. Schmoller hat im *Grundriß* den Einfluß des normgeleiteten Handelns auf die wirtschaftliche Entwicklung zu erweisen gesucht. Einen Höhepunkt erreicht die Untersuchung der Ethik als Bedingung und Folge wirtschaftlicher Transformationen bei Max Weber, der die Historische Schule kritisierte, um das von ihr Erreichte desto besser für seine Zwecke zu verwenden, insbesondere für den Nachweis der mit der Rationalisierung einhergehenden Verrechtlichung.

Obwohl Hildebrand die spontane Besserung der Moral durch die Ausbreitung des Marktsystems in Zweifel zog, war er, wie später Schmoller, von der Möglichkeit der Verbindung des moralischen und kulturellen mit dem technischen und

⁴ Baumann (1996).

wirtschaftlichen Fortschritt überzeugt⁵. Es war schon viel, wenn gezeigt werden konnte, daß die wirtschaftliche Entfaltung bei vernünftiger Politik die Moral nicht untergrub, sondern es mit zunehmender wirtschaftlicher Unabhängigkeit leichter wurde, ein guter Mensch zu sein⁶. So wuchsen auch für Hildebrand persönliche Liberalität, wie sie in seinem Charakter erschien, bürgerliche Tatkraft, die er in wirtschaftlichen Projekten wie dem Eisenbahnbau bewährte, mit den Grundsätzen liberaler Wirtschaftspolitik, die er historisch entwickelte, zusammen⁷.

Sein Optimismus⁸ spiegelte sich in seiner Stufentheorie, die den Gedanken einer zeitlichen Abfolge des Vorliegens verschiedener Verkehrsformen (Tausch – Geld – Kredit) mit zugehörigen Rechtsverhältnissen und ihrer staatlichen Sicherung sowie mit der Entwicklung der Moralbegriffe verbindet (z. B. Sicherung des Kredits und Wachsen des Vertrauens). Sofern hier die Progression im Vordergrund steht, muß man von einer Stufentheorie sprechen, doch wußte Hildebrand so gut wie sonst jemand, daß die Formen ineinander greifen, sich überlagern und ältere Formen zuweilen wiederkehren, so daß man, was den Zusammenhang von Allokation und Institutionen betrifft, auch von Systemen sprechen könnte. Und so wie die Stufentheorie schon auf eine Systemtheorie vorausweist, deutet sich in der Untersuchung des Zusammenhangs mit der gesellschaftlichen Moral auch schon die später ent-

⁵ Zum Niedergang des Fortschrittsparadigmas in der jüngsten Historischen Schule vgl. Schefold (1998 a) 31–70. Emma Rothschild (1998) 133–172 hält Hildebrand zurecht vor, die Ethik Smith's in der *Theory of Moral Sentiments* übergangen zu haben. Diesen Vorwurf könnte man abgewandelt noch gegen Schmoller erheben, denn obwohl dieser, wie an anderer Stelle zu zeigen wäre, seine Wirtschaftsethik teilweise auf Smith sogar abstützt, gesteht er seine Abhängigkeit nicht ein und bleibt dabei, dem Smithianismus Egoismus vorzuwerfen. Die in Deutschland verbreitete Mißachtung der *Theorie der sittlichen Gefühle* wurzelt in der Entgegensetzung von Pflicht und Neigung: wer aus eigenem Interesse etwas tut, hat nicht um des Guten willen gehandelt und verdient insofern nicht das Lob, das dem Einsatz für Recht und Pflicht gebührt. Hildebrand fehlt das bei Smith der stoischen Tradition entsprossene Vertrauen, die Welt sei so eingerichtet, daß die Verfolgung des recht verstandenen eigenen Interesses (bei Cicero das *utile*) stets zum Guten (*bonum*) führe (etwa weil, wie bei Cicero und Smith, die Verfolgung des Schlechten dem Ruf schadet und sich insofern als „unnütz“ herausstellt). Soweit es statthaft ist, die Diskussion mit den Begriffen der antiken Philosophie auszudrücken, könnte man sagen, daß Hildebrand das ethisch Richtige sokratisch in der Verfolgung des Guten sieht, das auch nützlich sein kann, aber nicht muß, und die stoische (Smithsche) Position will er von einer epikuräischen (Primat des Lustprinzips) nicht unterscheiden.

⁶ Herr Häuser erinnerte in der Diskussion daran, daß noch Röpke den Markt einen „Verzehrer von Moral“ genannt habe.

⁷ Auf Herrn Rieters in der Diskussion gestellte Frage, worin der gemeinsame Nenner der Liberalität bei Hildebrand bestünde, weiß ich keine bessere Antwort als den Verweis auf die aristotelische „Ethik“ und „Politik“, die versuchen, die Beschreibung der gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung der demokratischen Polis mit den ihr zuzuordnenden Tugenden und insbesondere mit der Liberalität zu verbinden, wobei anderen Ordnungen andere Menschenbilder entsprechen. Die „Charaktere“ Theophrasts ergänzen Aristoteles durch die ironisch-kritische Beschreibung des von der Norm abweichenden Verhaltens. Schefold (1998) 235–256.

⁸ Herr Backhaus meinte in der Diskussion, der oft zitierte Optimismus der historischen Schule sei, auch bei Schmoller, recht verhalten gewesen.

wickelte Stilidee an⁹. Stufentheorien stehen heute nicht hoch im Kurs. Aber was soll das allgegenwärtige Reden von „Globalisierung“ bedeuten, wenn nicht die Vermutung, durch die Fortschritte der Telekommunikation und die im Zuge des Niedergangs des Kommunismus erfolgte Neuordnung der Weltwirtschaft werde eine neue Stufe der Entwicklung erreicht¹⁰?

Man führt das ausgeprägte Bewußtsein der Existenz unterschiedlicher Wirtschaftsformen bei den Mitgliedern der Historischen Schule gerne auf Erfahrungen mit dem Gegensatz zwischen dem industrialisierten England und dem zurückgebliebenen Kontinent zurück. Die tiefen, gründlichen und mannigfaltigen Kenntnisse der Geschichte, durch die sich viele Mitglieder der Historischen Schule auszeichneten, reichten allerdings weit darüber hinaus und sind Ausdruck von Kultur und Bildung des 19. Jahrhunderts, im besten Sinne dieser Worte. Dabei spielte eine vertraute Kenntnis der Literatur des Altertums, vermittelt durch eine langjährige Lektüre der Texte an den Schulen, fortgesetzt in privaten Lesezirkeln und im Studium, eine herausragende Rolle. Keine Übersetzung – auch kein Vergleich von Übersetzungen – kann die Erfahrung des Ringens mit der Originalsprache ersetzen, und es läßt sich zeigen, daß Hildebrands Auseinandersetzung mit dem Denken des Altertums einen bedeutenden Einfluß auf ihn ausübte, wie dies auch bei Karl Bücher der Fall war.

Hildebrand wurde nicht nur in Deutschland bekannt, sondern auch das Ausland erkannte ihn als einen der Gründer der Historischen Schule an; die Historische Schule selbst war ein europäisches, nicht nur ein deutsches Phänomen – eine Tatsache, die sich leicht erweisen läßt, die aber in noch höherem Grad in Vergessenheit geraten ist als ihre markanteste und langlebigste Ausdrucksform, die deutsche Historische Schule¹¹. Zu Hildebrands nicht umfangreichem Werk ist also viel zu sagen.

II.

Bruno Hildebrand, am 6. März 1812 in Naumburg an der Saale geboren, war „von seltener Selbständigkeit und Energie“. Er wußte „auf selbstgewählten Wegen die Ziele zu erreichen, die er sich gesetzt. Dafür legte er schon in frühem Alter einen Beweis ab, als er, ein Knabe von 14 Jahren, ohne Wissen seiner Eltern sich zum Examen um eine Freistelle in Schulpforta bewarb. Er erlangte sie und gab

⁹ *Schefold* (1994 und 1995).

¹⁰ Diesen Hinweis verdanke ich Herrn Borchart. Die Aussagen über eine neue Stufe, die zu erklimmen man erst im Begriffe ist, entsprechen noch nicht historischem Wissen, sondern werden von Hoffnung und Furcht geprägt. Auch Hildebrand war weniger historisch, als er dachte: seine Beschreibung der älteren Zustände enthielt mehr Theorie, seine Vorausschau in die Zukunft mehr Absicht, als er zugab. Vgl. *Gioia* (1998) 209 – 264.

¹¹ Zum internationalen Charakter der historischen Schule vgl. das wichtige Buch von *Pearson* (1997).

dadurch selbst seinem weiteren Leben die auf klassischer Bildung beruhende Richtung.“¹² Das Gymnasium von Schulpforta ging auf die reformatorische Gründung einer fürstlichen Landesschule (ihrerseits hervorgegangen aus der Schule eines Klosters) durch Herzog Moritz von Sachsen zurück; 1815 kam sie an Preußen. Der Unterricht in den alten Sprachen war und blieb die Grundlage. Klopstock, Fichte, Ranke, Nietzsche zählten zu den berühmten Schülern dieser Anstalt, deren Gründlichkeit als Vorbild wirkte. Hildebrand verließ Schulpforta 1832 mit 20 Jahren und studierte in Leipzig erst auf elterlichen Wunsch Theologie, dann Philosophie, Sprachen und Geschichte; im letzteren Fach promovierte er 1836 und habilitierte sich auch gleich. Er gewann seinen Lebensunterhalt durch Unterricht am Gymnasium, wurde 1839 zum außerordentlichen Professor ernannt und schließlich, nachdem er auf diesem Gebiet zu lesen begonnen hatte, 1841 nach Marburg als ordentlicher Professor für Staatswissenschaften berufen.

Von den umfangreichen Studien, die Hildebrand in jenen Jahren nach Conrads Zeugnis¹³ über seine sich verschiebenden Interessensgebiete anstellte, wissen wir nur wenig, denn es scheint Hildebrand wichtiger gewesen zu sein, sich den Stoff anzueignen als ihn zu veröffentlichen. Er soll hohe Ansprüche an Publikationen gestellt und den Schülern geraten haben, nichts der Presse zu übergeben, womit sie nicht völlig zufrieden sein könnten oder wovon man befürchten müsse, daß man es später, bei größerer Reife, wieder zurückzunehmen wünschen werde¹⁴.

Nun hinderten ihn allerdings auch seine außerordentliche organisatorische Begabung und sein ausgeprägtes politisches Engagement an der Verwirklichung großer wissenschaftlicher Pläne. Nicht der Ehrgeiz habe ihn dabei getrieben, sondern der Wille zur Sache. Er muß dem Bild alter Liberalität auch darin entsprochen haben, daß er im Gespräch frei und freundschaftlich mit vielen Menschen verkehrte und Unterhaltungen, ohne gezwungen zu wirken, geistig zu heben wußte, ohne berechnende Zurückhaltung oder eitles Sich Hervortun¹⁵.

¹² *Conrad* (1878) I-XVI (hier II).

¹³ *Conrad* (1878) III. Nach Bovensiepen ist es das wichtigste Jahrzehnt im Leben Hildebrands. *Bovensiepen* (1942) 205–219.

¹⁴ *Conrad* (1878) XI.

¹⁵ Conrads etwas trockener und nur lobender Nachruf wird etwas kritischer ergänzt durch seine wenig bekannten und verbreiteten, aus dem Nachlaß herausgegebenen Lebenserinnerungen, von denen ein Exemplar, „als Manuskript gedruckt“, in der Königlichen Bibliothek (heute Staatsbibliothek) in Berlin niedergelegt ist (worauf Herr Scheer mich freundlicherweise aufmerksam machte). Danach hätte sich Conrads Verhältnis zur Familie seines Schwiegervaters etwas abgekühlt, als seine Frau Bertha schon im fünften Ehejahr starb und er in zweiter Ehe eine Cousine der ersten, Ida Ritschl, die Tochter des Professors der klassischen Philologie Friedrich Ritschl, heiratete. *Conrad* (1917) 17.

Aus der Erfahrung der ersten Begegnungen erscheint Hildebrand in diesen Erinnerungen als ein anregender, Ideen versprühender Gelehrter, kein außergewöhnlicher Redner, aber ein Lehrer, der zahlreiche Schüler nach ihren besonderen Begabungen zu bilden wußte. Conrad selbst war von der Agrikulturchemie zur Nationalökonomie gekommen und promovierte über Liebigs These von der Bedrohung durch sinkende Bodenfruchtbarkeit, die er durch den Nie-

1845 war er Prorektor an der Universität Marburg, 1848 vertrat er Marburg in der Paulskirche zu Frankfurt, 1849 bis 1850 die Stadt Bockenheim im Kurhessischen Landtag. In seiner akademischen Verantwortung wurde er in allerhand Querelen mit der Obrigkeit verwickelt, in denen sich untergeordnete Probleme mit politisch ernsteren Fragen vermengten (Ob die Studenten nachts auf der Straße singen durften? Ob es aufrührerische Lieder waren? Ob die Professoren sich in freien wissenschaftlichen Vereinigungen treffen und die ausländische Presse lesen durften?)¹⁶. Als Abgeordneter in der Paulskirche gehörte er „zu jenen Abgeordneten, die es mit der bürgerlichen Revolution ernst nahmen, für die Souveränität der Nationalversammlung als verfassunggebenden Körpers für das deutsche Volk eintraten, sich für die Verlegung des Parlaments nach Stuttgart erklärten und für die Wahl der Reichsregenten sowie für den Antrag auf gewaltsame Durchführung der Reichsverfassung stimmten“¹⁷. Als Vertreter der Stadt Bockenheim im Kurhessischen Landtag stellte er den Antrag, der Regierung den verlangten verfassungswidrigen Finanzausschuß zu verweigern, und wurde deshalb auf dem Disziplinarwege seiner Stellung entsetzt; der Verhaftung entzog er sich durch die Flucht.

In einem Brief an seine Eltern beschrieb er die näheren Umstände:

„Zürich, 13. Dezember 1851 *Liebe Eltern!* Hier ist das Züricher Haus, in dem ich von Neujahr an meine neue Heimath aufgeschlagen habe, . . . Die beiden letzten Monate waren eine höchst bewegte Zeit für uns. Den 16. October wurde in Kassel von Hassenpflug beschossen, mich . . . verhaften zu lassen. An demselben Tag wurde ich aber noch durch gute Freunde im Ministerium von dem Beschlusse benachrichtigt und an demselben Abende reiste ich noch mit der Eisenbahn von Marburg fort. Ich . . . schrieb . . . nach Zürich, ob sie mich hier nicht als Professor brauchen könnten . . . In Hessen bekam ich meine Entlassung und in Zürich wurde ich sehr rasch angestellt . . . Hassenpflug glaubte nun, ich würde vor Antritt meiner neuen Stellung in Zürich wieder zurückkommen, weil ich, als ich meine Entlassung einreichte, zugleich nur auf 8 Tage Urlaub nahm, und hoffte so mich doch noch verhaften lassen zu können. Dieser Spaß wurde ihm aber natürlich verdorben, und als meine Polizeiagenten mich in Marburg und Naumburg suchten, war ich bereits hier in Zürich sicher. Ihr könnt Euch nun denken, welche unruhige Zeit folgte. . . . Die Wohnung mußte in Marburg gekündigt, die Sachen, die wir nicht mit hierher nehmen wollten, verauctionirt werden, und das alles mußte meine Frau allein besorgen, ohne daß ich an Ort und Stelle sein konnte. . . . es war eine fürchterliche Zeit, die umso schlimmer war, als meine Frau gerade in anderen Umständen ist, und in 4 Monaten ihre Entbindung erwartet. Indessen ist nun glücklich alles überstanden. Meine Frau und Kinder sind bereits hier in

dergang der alten orientalischen Reiche und Roms bestätigt sah. Conrad setzte dem unter Hildebrands Anleitung die andere These entgegen, wonach der Niedergang auf die aus gesellschaftlichen und politischen Gründen (Bildung der Latifundien, Kriege) verursachte Vernachlässigung der Bewässerung und Düngung zurückzuführen sei; der wohlhabende freie Landwirt werde aus eigenem Antrieb immer richtig zu bewässern und zu düngen wissen. *Conrad* (1917) 67 ff.

¹⁶ *Grünberg* (1925) 445–459.

¹⁷ *Grünberg* (1925) 453. Trotz seiner ehrlichen republikanischen Überzeugung stimmte er am 27. März 1849 für ein deutsches Erbkaisertum, er erblickte in ihm wohl die einzige Möglichkeit der Schaffung eines einheitlichen Deutschlands. *Bovensiepen* (1942) 207.

Zürich und unsere Sachen werden in den nächsten Tagen auch wohl nachkommen. *Treulichst Euer Bruno*¹⁸.

In Zürich wurde Hildebrand von Freunden unterstützt; er erhielt, wie der Brief vermeldet, die Professur für Staatswissenschaften und erlangte später das Ehrenbürgerrecht. 1856 wurde er nach Bern berufen. Dort schuf er das Statistische Büro der Schweiz. Die mit dem Leben in der Schweiz einsetzenden Jugenderinnerungen des Sohnes Adolf von Hildebrand lassen das Bild einer harmonischen kinderreichen Familie um den Vater Bruno Hildebrand entstehen. Klassische Musik und Theater spielten in der sonst eher spartanischen, selbst den Luxus von Polsterstühlen verpöndenden Erziehung eine bedeutende Rolle. Großzügig wurde den Heranwachsenden jedoch die Wahl des Lebenswegs freigestellt. So durfte Adolf von Hildebrand später seiner künstlerischen Berufung folgen, obwohl die Eltern die bildende Kunst wenig beachteten, und als dem Vater die künstlerische Ausbildung des Sohnes in Rom lang und teuer schien, kürzte er ihm zwar die Unterstützung, bestellte aber gegen Bezahlung seine Büste beim werdenden Meister¹⁹. 1861 kehrte die Familie nach Deutschland zurück; Bruno Hildebrand wurde Professor in Jena; dort gründete er die *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* (1862) und das Statistische Büro der Vereinigten Thüringischen Staaten (1864). Er starb in Jena am 29. Januar 1878. Sein ältester Sohn Richard Hildebrand wurde ein geachteter Nationalökonom eigenen Ranges²⁰.

Bruno Hildebrands Arbeitsgebiete überspannten die Staats- und Geisteswissenschaften. Er war ein bedeutender Statistiker²¹, ein Wirtschaftshistoriker²² und wirkt durch seine Untersuchungen zum Pauperismus bis heute nach²³. Das Interesse für Wirtschaftsfragen der Antike verließ ihn nicht; so soll er in den letzten Monaten eine Arbeit über die Finanztheorien im klassischen Altertum fast druckfertig gemacht haben²⁴. Andererseits war er immer wieder organisatorisch tätig; genannt werden eine Witwenkasse (in Marburg und Jena), eine Spar- und Leihbank in Bern oder Eisenbahnen, die er gründete: in Zürich die Nordostbahn, in Bern die

¹⁸ Da viele persönliche Nachrichten über Bruno Hildebrand im zweiten Weltkrieg verloren gingen, greifen wir hier auf eine bisher in der ökonomischen Dogmengeschichte ungenutzte Quelle zurück, nämlich ein Werk über Bruno Hildebrands berühmten Sohn, den Bildhauer Adolf von Hildebrand. Vgl. *Sattler* (1962) 9–11.

¹⁹ *Sattler* (1962) 5, 16, 38, 84 und 94.

²⁰ Mehrfach zitiert bei *Pearson* (1997).

²¹ Nach *Eisermann* (1998) 119 wird ihm die Verankerung der Statistik an deutschen Universitäten verdankt.

²² Vgl. *Bovensiepen* (1942) 214 zu Hildebrands anonym erschienenen Aufsätzen zur Wirtschaftsgeschichte.

²³ Er deckte beispielsweise in seiner Marburger Zeit auf, daß selbst die Meister unter den oberhessischen Handwerkern mehrheitlich arm wie Tagelöhner lebten, nicht imstande, Gesellen oder Lehrlinge zu unterhalten, und schlechter ernährt als gemeine Soldaten; *Bovensiepen* (1942) 213.

²⁴ *Conrad* (1878) IX.

Ostwestbahn, in Jena die Saalbahn²⁵. Adolf von Hildebrand meinte dazu später: „Dabei ist wesentlich, daß er das Alles für die ökonomische Entwicklung der Länder that, nicht als Spekulation für Privatzwecke. Er hatte meist den Schaden davon bei seinem rein sachlichen Interesse und oft auch wenig Dank bei den Finanzleuten, denn der Nutzen kam erst später zur Geltung . . .“²⁶.

Im Hinblick auf sein Hauptwerk von 1848, *Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft*, müssen wir uns besonders für die politischen Auffassungen des jungen Hildebrand interessieren; auf diese wirft ein von Hildebrand entworfener, von Grünberg veröffentlichter Brief über einen Besuch beim „Deutschen Communistenclub“ in London aus dem Jahre 1846 ein Licht. Hildebrand war dort von Karl Schapper eingeführt worden, der zu den Führern des „Bildungsvereins deutscher Arbeiter“ gehörte, wie der Club der Communisten eigentlich hieß (Schapper war 1848 Korrektor der „Neuen Rheinischen Zeitung“ und nahm später, oft in Verbindung mit Marx stehend, verschiedene Funktionen in der deutschen Arbeiterbewegung ein, insbesondere sollte er 1865 Mitglied des Generalrats der I. Internationale werden). Beim Besuch Hildebrands im Londoner Arbeiterverein wurden Fragen der internationalen Politik besprochen, die christliche Religion kritisiert und die Möglichkeiten der sog. Weibergemeinschaft und der Emanzipation der Frauen erörtert. Vor diesem Hintergrund stellte Hildebrand gegen Mitternacht Schapper wegen seiner Feindseligkeit gegen den Liberalismus zur Rede; die politische Herrschaft der „Geldliberalen“ war besonders angegriffen worden. Die Entwicklung des Kreditsystems sollte zu einer der zentralen Fragen in Hildebrands Lebenswerk werden.

Hildebrand hatte beobachtet, daß Deutsche in der europäischen kommunistischen Bewegung eine besonders wichtige Rolle spielten – er nannte Schapper in London, A. Becker in der Schweiz, Marks (*sic*) und Engels in Belgien sowie Schuster in Paris. Sie waren politische Flüchtlinge, die er wie folgt charakterisierte:

„Jene politischen Verbannten waren die eigentlichsten Proletarier, die eine Fülle von Körper- und Geisteskraft mit dem gänzlichen Mangel an Mitteln und an Kapital verbanden und deshalb nie aus dem Kampfe um ihre Existenz herauskamen. . . . Sie hatten sämtlich auf deutschen Universitäten studiert, waren unter philosophischen Einflüssen aufgewachsen, brachten die natürliche Anlage zur Speculation mit und ergriffen deshalb die neue Welt der Ideen mit umso größerer Energie. . . . Was war natürlicher als daß sie ihre patriotischen Wünsche und Ideale in kosmopolitische umwandelten? . . . Die deutschen Flüchtlinge (haben) zu meiner großen Freude überall im Communismus die Wissenschaft zur Aner-

²⁵ *Conrad* (1878) III. „Wegen widriger Schwierigkeiten, die sich den gemeinnützigen Unternehmen in den Weg stellten“ (Gründung der Ostwestbahn) und der damit verbundenen Undankbarkeit, wurde ihm sein Leben in der Schweiz derartig verbittert, „daß er den ehrenvollen Ruf an die Universität Jena als wahre Erlösung und als Rückkehr in die geliebte Heimat Thüringen betrachtete“; *Bovensiepen* (1942) 208.

²⁶ Zu Adolf Hildebrands Jugenderinnerungen vgl. *Sattler* (1962) 15 f. *Conrad* (1917) 129 berichtet, Hildebrands praktisches Engagement und organisatorisches Geschick hätten schließlich seine theoretische Begabung verdrängt, so daß ihm die Ruhe und Konzentration fehlten, die zur Hervorbringung eines größeren Werks notwendig sind.

kennung gebracht. Das materielle Leben soll nur ein Mittel zum Geistigen sein. Die kommunistische Verfassung soll gleichsam die Sklaverei des Altertums ersetzen und die ganze Menschheit von der materiellen Arbeit oder vielmehr von ihrem Druck befreien“²⁷.

Hildebrands Charakterisierung dieser Emigrantenschicksale trifft insbesondere die materielle Lage und die geistige Haltung eines Marx – dem er in London gar nicht begegnet war – und die Interpretation des kommunistischen Endziels als Errichtung einer Gesellschaft, die wundersam wie die griechischen Polisbürger den Idealen geistiger Entfaltung und der Freundschaft sollte leben können, jedoch ohne mit der Niedertracht der Sklaverei belastet zu sein; er drückte die Utopie von der aufzuhebenden Entfremdung in einer ungewohnten historischen, aber die Wunschvorstellung treffenden Formel aus. Die linken Ricardianer formulierten ihre Kritik dagegen mit Hilfe der Arbeitswertlehre. Erinnerung sei beispielsweise an die berühmte frühe Andeutung einer Begründung von Ausbeutung durch Hodgskin, an die später Marx anknüpfen sollte: „Fixed capital does not derive its utility from previous, but from present labour; and does not bring its owner a profit because it has been stored-up, but because it is a means of obtaining a command over labour“²⁸. Gemeint ist, im Sinne von Marx: Der Kapitalist erzielt Gewinn, weil er über die Produktionsmittel verfügt. Es sollte folgen, wenn Marx recht behielte, daß der Arbeiter von Ausbeutung befreit wird, wenn man ihm die Produktionsmittel übergibt. Obwohl Hildebrand die Aussichtslosigkeit und Gefährlichkeit der kommunistischen Utopie erkannt hatte, fand er seinen Weg, ihren Grundgedanken auszudrücken: den der historischen Analogie.

III.

Bevor wir auf Hildebrands Hauptwerk zu sprechen kommen, wenden wir uns einigen kleineren Schriften zu. Seine lateinische Rektoratsrede über die Wirtschaftslehren des Xenophon und des Aristoteles von 1845²⁹ wird gewiß nicht oft gelesen. Sie ist aber ein besonders wichtiger Beleg für den Einfluß des Studiums der Antike auf die Entstehung der Historischen Schule. Sie sollte in zwei Teilen erscheinen; der zweite ist jedoch verschollen. Der erste Teil über Xenophon bietet den besonderen Reiz, eine Brücke zum in der Reihe der *Klassiker der Nationalökonomie* jüngst publizierten *Oikonomikos* zu schlagen³⁰.

Die kurze, in langen Satzperioden formulierte Broschüre beginnt mit der Versicherung, die Überzeugung, die Antike habe keine Nationalökonomie gekannt, dürfe als widerlegt gelten. Boeckh und ein gutes halbes Dutzend auf ihn folgende Autoren hätten den Nachweis erbracht. Zwar versuchten noch viele, bei den Alten

²⁷ Zitiert nach *Grünberg* (1925) 458 f.

²⁸ *Hodgskin* (1825) 55.

²⁹ *Hildebrand* (1845).

³⁰ *Xenophon* (1998).

nur in isolierten Stellen einzelne Belege für ihre eigenen modernen Theorien aufzufinden; eine genauere und feinere Kenntnis der Geschichte der antiken Volkswirtschaftslehre sei aber heute erwünscht, da der Zustand der modernen Nationalökonomie dies fordere. Nicht zu Unrecht werde nämlich die Smithsche, nun in ganz Europa verbreitete Lehre kritisiert, wonach jeder eigennützig nach dem Gewinnmotiv zu entscheiden berechtigt sei: das untergrabe die Ehrlichkeit und führe zur Zwietracht zwischen den Individuen. In der Antike sei die Privatwirtschaft durch die öffentliche Gewalt gemäßigt und zum Wohl der Gesamtgemeinschaft hingelenkt worden –

„antiquis temporibus oeconomia privata per publicam auctoritatem temperata dirigebatur ad commoda civitatis universae“³¹

– eine verwirrende Formulierung, da Hildebrand keine Planwirtschaft, auch keinen keynesianischen Interventionismus im Auge hat. Vielmehr geht es ihm um die gegenseitige Stützung staatlichen Rechts und privater Moral, wenn er weiter von der Antike sagt:

„... quas honestatis leges sequebatur civitas, easdem civium studia ac negotia sequebantur“³².

Und er verweist auf dazu im Gegensatz stehende, wachsende Mißstände jener in der Tat krisenhaften Jahre. Klagen über Armut und Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit der Industrie vom Geldkapital und Subventionsforderungen der Fabrikanten werden in klassischer Sprache vorgetragen. Die Durchführung einer Sozialpolitik, durch die das 19. Jahrhundert später die Schrecken der frühen Industrialisierung milderte und die nicht nur vom Staat, sondern auch von privater und genossenschaftlicher Initiative³³ getragen wurde – denken wir an Hildebrands Witwenkassen –, erschien ihm als moralische Aufgabe.

Die Rektoratsrede verfolgt nun allerdings kein wirtschaftspolitisches Programm, sondern begründet Hildebrands Interesse für die Wirtschaftslehren des Xenophon und des Aristoteles mit dem einfachen Hinweis, daß die Nationalökonomie benachbarten Disziplinen (gedacht wird offenbar an die Historische Rechtsschule) zu folgen und die Denkweise der Antike mit der modernen zu verbinden habe:

„... quam secuta antiquitas est ratio quasi coalescat cum ea quam nos sequi consuevimus ...“³⁴.

Und so will er nun die Lehren einzelner antiker Schriftsteller rekonstruieren. Sokrates habe das Augenmerk der Philosophen auf Ethik, Politik und Ökonomie

³¹ Hildebrand (1845) 3.

³² Hildebrand (1845).

³³ In seinem Hauptwerk zeigt sich Hildebrand (1848) als Skeptiker gegenüber dem Genossenschaftswesen und als scharfer Kritiker genossenschaftlicher Utopien.

³⁴ Hildebrand (1845) 4.

gelenkt, und der „oeconomia“ sei kein geringeres Gewicht beigemessen worden, als den Lehren,

„quae ad mores et ad rem publicam spectant“³⁵.

Bewiesen wird dies mit dem Verweis auf die in Herculaneum etwa zwei Jahrzehnte zuvor aufgefundene Schrift des Philodem, in der die Xenophontische Ökonomie ausführlich aufgenommen, kritisiert und in epikuräischem Sinn weitergeführt wird³⁶, und auf zwei Cicero-Stellen, die ebenfalls die Bedeutung dieser xenophontischen Schrift hervorheben, hatte doch Cicero diese selbst aus dem Griechischen ins Lateinische übersetzt.

Die erste dieser beiden Cicero-Stellen³⁷ verdient hier kurz in einem Einschub besprochen zu werden, da sie den Zusammenhang von Kreditsystem und Moral der Gesellschaft anspricht, der Hildebrand so beschäftigte, und von da den Weg zur Ökonomie weist. Nichts halte den Staat so zusammen, sagt Cicero, wie das Vertrauen, und dieses wiederum setze Zahlungsfähigkeit und Zahlungsmoral voraus („Nec enim ulla res vehementius rem publicam continet quam fides, quae esse nulla potest nisi erit necessaria solutio rerum creditarum“³⁸). Er berichtet, wie unter seinem Konsulat der Kreditschwindel ärger geblüht habe denn je, bis hin zu dem Punkt, wo er aus lauter Lust am Betrug auf die Spitze getrieben worden sei. Das war zu unterbinden, und die Gleichheit vor dem Recht mußte durchgesetzt werden; weder durfte man den Schwachen übergehen noch dem Wohlhabenden das Seine neiden. Für die zugrundeliegende Ordnung beruft sich Cicero auf die stoische Tradition, die das dem Menschen Nützliche nenne, wozu Gesundheit und Geld, obwohl von den Philosophen gelegentlich übergangen, doch gehörten. Wie jeder auf die Gesundheit achten möge, bedarf hier nicht der Erörterung. Was aber das Ökonomische betrifft, ist für Cicero das Haushalten die eigentliche Grundlage – er spricht nicht von der „oeconomia“, sondern von der „res familiaris“, die der „res publica“ entgegengesetzt wird. Die „res familiaris“ muß sich nähren aus ehrenhafter Tätigkeit, sie muß bewahrt werden durch Sorgfalt und Sparsamkeit, und durch diese wird sie auch vermehrt. Der Passus in Cicero, auf den Hildebrand verweist, zeichnet sich also durch eine besonders konservative Auffassung vom Ökonomischen aus, indem von einem Kreditwesen bei den Römern ausgegangen wird, das jedoch als möglicher Störenfried des Staatslebens der Überwachung bedarf. Den Rückverweis auf das häusliche Leben nach alter Sitte steigert Cicero durch die Erinnerung an den älteren Cato, der die ehrwürdigere Viehzucht noch über den Landbau stellte. Es kann Hildebrand damit nicht unbekannt geblieben sein, daß es bei den Römern ein Kreditwesen gab, und wenn er in der Entfaltung des Kreditsystems die Wirtschaftsstufe der Zukunft erblickte, muß er diese Vorstel-

³⁵ Hildebrand (1845) 4.

³⁶ Zu ihrem Bezug auf Xenophon vgl. Schefold (1998 c) 5 – 42.

³⁷ Cicero De officiis, II. 24 (bei Hildebrand unvollständig zitiert) und Cicero De senectute 17.

³⁸ Cicero De officiis.

lung offenbar mit der eines qualitativen Wandels verbunden haben, den wir später aufspüren müssen.

In der Rede von 1845 stellt sich Hildebrand einstweilen die Aufgabe, die Lehren des Xenophon und des Aristoteles aus ihren verstreuten Schriften je einzeln in einem xenophontischen und einem aristotelischen ökonomischen System zusammenzufassen und diese dann untereinander zu vergleichen. Das Vorgehen unterstellt eine doktrinäre Konsequenz der beiden Autoren, der die Wirklichkeit der Texte nicht entspricht. Den zweiten Teil der Rede, über Aristoteles, haben wir in Bibliotheken nicht finden können, so daß die Vermutung naheliegt, er sei nicht geschrieben oder nicht veröffentlicht worden; in Schriftenverzeichnissen wird er genannt, in den zugehörigen Texten aber nicht zitiert. Wir haben also lediglich Hildebrands Systematisierung Xenophons vor uns, die diesem dadurch Konsequenz nachweisen will, daß nicht ohne Gründe, aber auch nicht ohne Willkür xenophontische Passagen, die nicht ins System passen, einem sokratischen Einfluß zugeschrieben werden. Die antiken Autoren hatten eben ihre Wirtschaftslehren, aber diese nahmen aus an anderem Ort zu entwickelnden Gründen nicht den Charakter von „Systemen“ an. Nichtsdestoweniger ist Hildebrands Versuch, ein solches System zu rekonstruieren, scharf durchdacht und eine spannende Herausforderung für den, der sich mit Xenophon beschäftigt. Dogmenhistorisch interessant sind beispielsweise die Einzelheiten der Güterlehre³⁹, die Hypothese, die Verachtung des Handwerks sei mehr sokratisch als xenophontisch⁴⁰, und die andere Hypothese, Sokrates, aber nicht Aristoteles, sei als Gegner der Sklaverei aufgetreten⁴¹. Schließlich werden sogar rudimentäre Ansätze zur Erklärung der Höhe von Preisen bei Xenophon identifiziert⁴². Für weitere Einzelheiten ist hier jedoch kein Raum.

Wir haben einen Einblick in die wissenschaftliche Perspektive des jungen Hildebrand gewonnen. Gegen Ende seiner wissenschaftlichen Laufbahn faßte er das nicht von ihm allein Erreichte wie folgt zusammen:

„Aus dem Widerstreit der philosophischen Speculation, welche alle Erfahrung unbeachtet ließ, und der willkürlichen und unkritischen Auffassung der Erfahrung, der sich die Restaurationspolitiker hingaben, hat sich allmählig das Streben entwickelt, durch exacte Erforschung der in der Geschichte und in der Gegenwart wirklich vorhandenen Erfahrung zur Erkenntnis des wahren Wesens des Staates und der menschlichen Gesellschaft vorzudringen; ein Streben, das von den Gegnern der Philosophie den Sinn für die Thatsachen der Erfahrung, von der Philosophie aber die Schärfe des Gedankens ererbte ... an die Stelle der alten Cameralistik ist in der Nationalökonomie eine Wissenschaft getreten, welche das gesammte wirthschaftliche Leben der Völker in seinem gesetzlichen Zusammenhange zu erforschen sucht und sowohl für die gewerbliche Gesetzgebung, die Verwaltung und

³⁹ Hildebrand (1845) 10.

⁴⁰ Hildebrand (1845) 23 ff.

⁴¹ Hildebrand (1845) 26. Hildebrand bezieht sich hier auf Aristoteles Politik, I. 2.3 (1253 b 20–23), wo es heißt, Herr und Sklave seien von Natur gleich, ihre Unterscheidung nur Konvention ($\nu\acute{\omicron}\mu\phi$), also ungerecht und ein Gewaltverhältnis ($\delta\iota\acute{\omicron}\tau\epsilon\rho\ \sigma\acute{\omicron}\delta\grave{\epsilon}\ \delta\iota\kappa\alpha\iota\omicron\nu,\ \beta\acute{\iota}\alpha\iota\omicron\nu\ \gamma\acute{\alpha}\rho$).

⁴² Hildebrand (1845) 30.

Steuerverfassung der Staaten, als auch für die staatswissenschaftlichen Disciplinen, welche sich mit dem Einfluß der Staatsgewalt auf die wirtschaftliche Cultur beschäftigen, ganz neue Unterlagen bietet“⁴³.

Tatsachenforschung und Erkenntnis der Entwicklungslogik sollten sich in der Konstruktion der Wirtschaftsstufen verbinden. Hildebrand meinte, der Nachvollzug der Stufen müsse die Überzeugung vermitteln,

„das wirtschaftliche Leben der Völker (sei) einer gesetzlichen Entwicklung zu immer höherer Cultur unterworfen“,

und der Lessingsche Gedanke einer Erziehung des Menschengeschlechts lasse sich nicht nur auf die Religion und die geistige Kultur, sondern auch auf das national-ökonomische Leben anwenden⁴⁴. Beweisen lassen sich solche Fortschrittshoffnungen jedenfalls nicht, wie Popper, einen schon vielfach geäußerten Einwand vertiefend, in seiner Kritik des Historismus⁴⁵ gezeigt hat; Hildebrand scheint auch nicht mehr als die Plausibilität des Fortschritts im Sinne einer wegleitenden Idee vermitteln zu wollen. Auch dieser Gedanke, in dem noch Schmollers Werk gipfelt, wurde von der jüngsten Historischen Schule preisgegeben, als die Objektivierung ihrer wissenschaftlichen Bemühungen zum Werturteilspostulat führte und überdies die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs in einen eigentlichen Fortschrittspessimismus führten⁴⁶. Die jüngste Historische Schule verlegte sich auf das Verstehen und den Vergleich der Wirtschaftssysteme und -stile und nahm dabei die neuen Errungenschaften der Geistes- und der Kulturwissenschaften in sich auf. Schon K. Bücher war J. Burckhardt mit Ehrfurcht begegnet, und Schmoller berief sich auf Dilthey als auf eine Autorität der Geisteswissenschaften. Die damals bestehende Verbindung von Sozial- und Geisteswissenschaften hätte vielleicht zu bis heute nicht erreichten, ja nicht einmal versuchten Synthesen geführt, wenn der Nationalsozialismus die deutsche geisteswissenschaftliche Tradition nicht niedergedrückt und ihre besten Vertreter nicht ins Ausland vertrieben hätte⁴⁷.

⁴³ Hildebrand (1872) 1 – 11.

⁴⁴ Hildebrand (1864) 1 – 24, abgedruckt in: Hildebrand (1922) hier 357.

⁴⁵ Popper (1957).

⁴⁶ Schefold (1996) 173 – 196.

⁴⁷ Herr Rieter bezweifelte dies in der Diskussion, indem er maßnahmte, die historische Schule habe genug Zeit gehabt, solche Synthesen zu erarbeiten. Ich antwortete zunächst mit dem Hinweis, daß es eine unserer größten Aufgaben sei, zu zeigen, daß deutsche geisteswissenschaftliche Tradition im wesentlichen Opfer und nicht Ursache des von den Braunen angerichteten Unheils war, das nicht nur in Tod und Zerstörung, sondern auch in geistige Verluste mündete. Damit verwies ich auf Ideen, die besonders von Tenbruck angeregt wurden. Die angesprochenen Synthesen von Sozial- und Geisteswissenschaften hätten insbesondere zur Zusammenführung von Theorie und Geschichte führen können, wie sie Schumpeter gefordert und Eucken mit einem aus heutiger Sicht kleinen theoretischen Instrumentarium vorangetrieben habe. Mittlerweile sei das Instrumentarium vielfältiger, aber den Theoretikern fehlten oft die geisteswissenschaftlichen Voraussetzungen. Als Schmoller sich gegen Menger wandte, gab es von neoklassischer Seite erst die Anfänge einer Theorie des allgemeinen Gleichgewichts bei vollkommener Konkurrenz, und Euckens großer Fortschritt beruhte

Hildebrands Stufentheorie sucht nicht den Bezug zur Kulturgeschichte, sondern zur Soziologie⁴⁸. Es mag für ihn unwandelbare Naturgesetze und eine bleibende psychische Bedingtheit des Menschen geben, aber in der Wirtschaft sieht er eine durch die Arbeit des Menschen geschaffene, aus der Freiheit des menschlichen Geistes entworfene Höherentwicklung⁴⁹. Nach dem gelehrten Hinweis auf Antike und der Kritik an einigen neueren Stufentheorien wird die einfache Logik der Abfolge von Naturaltausch, Geldwirtschaft und Entfaltung eines Kreditsystems entwickelt – durchaus in Kenntnis der Tatsache, daß man sich schon in der Tauschwirtschaft Kredit gewähren kann und das Altertum bankähnliche Institutionen kannte. Die Konstruktion kann also keine universalgeschichtliche Geltung beanspruchen; sie erfolgt in Anwendung auf das nachantike Abendland.

Die Umsatzformen haben „weitgreifende Wirkungen auf das ganze soziale Leben der Völker“ und begründen je „eine eigene ökonomische Welt mit selbständiger Organisation und selbständigen Lebensbedingungen“⁵⁰. Beispielhaft für eine Wirtschaft, in der der Naturaltausch vorwiegt, ist das frühe Mittelalter mit der Hörigkeit. Die Geldwirtschaft, die von vornherein einen zur Gewinnung der Metalle hinreichenden Überschuß voraussetzt, läßt ein monetäres Arbeitsentgelt, also Lohnarbeit und Kapital zu. Der Staat kann in größerem Umfange Steuern erheben, das Kapital stellt Ansprüche an seine Organisation und seine allgemeine Gerichtsbarkeit⁵¹. Allerdings treten auch eine Vereinzelung und eine Lösung von Bindungen ein.

Der Kredit kann Metallgeld ersparen und damit Kosten⁵²; er kann sich aber nur entfalten, wenn Kredit gegeben wird nicht nur an den, der über reale Sicherungen verfügt, sondern auch an jenen, der Vertrauen erwecken kann, ihn sinnvoll zu verwenden:

„Es gibt nicht nur einen Kredit für den, der etwas hat, sondern auch für den, der etwas ist. Auch die sittlichen Eigenschaften der Menschen können den Kredit begründen und dem Verkäufer oder Darleiher als hinreichende Bürgschaft für die Wiedererstattung seiner Werte gelten. Es kann ein Umsatz im Vertrauen auf die künftigen Leistungen eines Menschen stattfinden. Wird dieser persönliche oder vielmehr moralische Kredit ausgebildet und durch Bank- oder Kreditinstitute wie die gegenwärtigen Spar- und Leihkassen der Schweiz oder die deutschen Vorschuß- und Kreditgenossenschaften realisiert, so hört das Monopol der Kapitalisten, die Kluft zwischen Eigentümern und Nichteigentümern auf. Der moralische Wert des Menschen erhält die Kraft des Kapitals“⁵³.

wesentlich auf der geringfügigen Erweiterung der Theorie durch die Marktformenlehre. Vgl.: Acham / Nörr / Schefold (1998) und Schefold (1995) 9–40.

⁴⁸ Vgl. hierzu *Pierenkemper* (1998) 173–207. Herr Heuß hob hervor, Hildebrand habe mit seiner Stufenlehre theoretische Zusammenhänge zum Ausdruck gebracht, die sich mit der Smithschen Gleichgewichtstheorie nicht fassen ließen.

⁴⁹ *Kalveram* (1933) 91.

⁵⁰ *Hildebrand* (1864) 335.

⁵¹ *Hildebrand* (1864) 349.

⁵² *Hildebrand* (1864) 351.

So wird die Kreditwirtschaft die Menschen wieder durch „geistige und sittliche Bande“ verbinden und „arbeitet an der Beseitigung des Proletariats“, sie ruft

„eine ökonomische Lebensordnung hervor, welche die Vorteile der beiden früheren wirtschaftlichen Entwicklungsepochen miteinander verbindet“⁵⁴.

Daher könne sich diese Wirtschaftsform

„nur auf einer hohen Kulturstufe der Völker entfalten“⁵⁵.

Und in einer längeren Fußnote versucht Hildebrand gegen Roscher den Nachweis, daß der nicht durch reale Sicherheiten verbürgte Kredit am Anfang zahlreicher Fabrikgründungen gestanden habe und Kreditgenossenschaften eine Massenerscheinung seien.

Man kann an dieser Stufentheorie manches bemängeln, so die illustrative Verknüpfung mit der europäischen Wirtschaftsentwicklung, als ob darin eine logische Notwendigkeit läge. Man kann sie aber auch durch zusätzliche Hinweise stärken: Schon der monetäre Tausch verlangt ein entwickelteres Rechtssystem als die Tauschwirtschaft, beispielsweise zur Sicherung des Geldes gegen Fälschung, und man könnte auf die lange Geschichte der Entwicklung des Wechsels von einem konventionellen Instrument bis zum entwickelten Wechselrecht verweisen und so der Parallelität der Herausbildung der ökonomischen Institutionen und ihrer erst konventionellen, dann staatlichen Absicherung nachgehen.

Man sollte aber vor allem sehen, wogegen diese Stufentheorie sich richtet: Die marxistische Überzeugung, daß als Kapitalist nur auftreten kann, wer bereits Kapital besitzt, also geerbt hat und seiner kapitalistischen Klasse entstammt oder seine Ausstattung einer „ursprünglichen Akkumulation“ verdankt, die dann in der einen oder anderen Weise auf ein Unrechtsverhältnis, auf Raub, auf die Einhegung der Schafweiden o. ä. zurückgeführt wird. Diese Gegenthese ist natürlich nicht aus der Luft gegriffen, aber sie entspricht unserem modernen Erleben eines raschen Generationen- und Personenwechsels unter den Besitzenden und der Erfahrung der Existenzgründungen in jungen und in dynamischen Volkswirtschaften wenig⁵⁶.

⁵³ *Hildebrand* (1864) 354. Herr Streissler fragte in der Diskussion, ob es bei Hildebrand nicht ein Pendeln zwischen moralischem Argument und Effizienzdenken gebe. Der letzte Satz decke eine Rationalität des moralischen Handelns auf, die sich beispielsweise durch eine „Politik der Moral“, veranschaulichen lasse, wie sie die Kapetinger (Ludwig der Heilige) betrieben hätten, um den königlichen Machtanspruch besser zu untermauern. Ich habe dagegen bei Hildebrand nichts wahrgenommen, was die Verfolgung des Guten aus anderen Gründen als um seiner selbst willen gerechtfertigt hätte. Eine Kreditvergabe an den Tüchtigen rechtfertigt sich (und der moralische Wert wirkt wie ein Kapital), wenn er die Tugenden wirklich besitzt und sie nicht nur vorspiegelt, um andere Ziele zu erreichen.

⁵⁴ *Hildebrand* (1864) 355.

⁵⁵ *Hildebrand* (1864) 356.

⁵⁶ Herr Helmstädter trat in der Diskussion für den moralischen Gehalt des persönlichen, nicht real gesicherten Existenzgründerkredits ein. Die Herausbildung von Vertrauensverhältnis-

Auch die These, der Kredit sei mit höherer Sittlichkeit verbunden, ist als direkte Antwort auf zeitgenössische kommunistische Strömungen zu verstehen. Die Stufentheorie kann ihr politisches Motiv und den Einfluß des französischen Sozialismus (seine „Kreditphantasien“⁵⁷) nicht verleugnen. Beim jungen Marx, dem Kommunisten, hieß es in einem zu Lebzeiten allerdings unveröffentlicht gebliebenen Manuskript dagegen:

„Innerhalb des Kreditsystems betätigt sich seine ... entfremdete Natur unter dem Schein der höchsten nationalökonomischen Anerkennung ... auf doppelte Weise: 1. Der Gegensatz zwischen Kapitalist und Arbeiter ... wird noch größer, indem der Kredit nur dem gegeben wird, der schon hat ... oder indem der Arme im zufälligen Belieben oder Urteil des Reichen über ihn seine ganze Existenz bestätigt oder verneint, sie völlig von diesem Zufall abhängig sieht; 2. indem die wechselseitige Verstellung, Heuchelei und Scheinheiligkeit bis auf die Spitze getrieben werden, daß über den Kreditlosen nun außer dem einfachen Urteil, daß er arm ist, nun auch das moralische Urteil, daß er kein Vertrauen, keine Anerkennung besitzt, also ein geselliger Pariah, ein schlechter Mensch ist, hinzukommt, und ... 3. indem durch diese ganz *ideelle* Existenz des Geldes die *Falschmünzerei* von den Menschen an keinem anderen Stoff, sondern nurmehr an seiner eigenen Person vorgenommen werden kann, er selbst sich zu einer falschen Münze, Kredit erschleichen, erlügen etc. muß ... Im *Staatskredit* hat der Staat ganz dieselbe Stellung, wie oben der Mensch ... Im Spiel mit Staatspapieren zeigt sich, wie er zum Spielzeug der Handelsleute geworden ist“⁵⁸.

Auch dieser Text hatte und hat seine Wahrheit. Der moderne Theoretiker kann versuchen, einen Schritt weiterzukommen, indem er in erster Linie die Effizienz der Kreditgewährung abzuschätzen unternimmt. Dann geht es weniger um die Einordnung des Kreditnehmers als moralische Person, als um die Prüfung der Gewinnchancen der von ihm vorgeschlagenen Investitionsprojekte. In zweiter Linie nehmen moderne Theoretiker Hildebrands Fragestellung ohne notwendige Kenntnis des historischen Vorläufers auf und untersuchen mit Mitteln der Spieltheorie, unter welchen Bedingungen Spieler in wiederholten Spielen interessiert sind, moralische Grundsätze zu verinnerlichen⁵⁹.

In wieder anderem Sinn erschließt sich die moralische Dimension unseres Problems im Nachdenken über die individuellen Schicksale unserer beiden Protagonisten und der mit ihren Namen verbundenen Bewegungen: Auf der einen Seite das heiter-optimistische, tatkräftige Unternehmertum Hildebrands, der Sparkassen schuf, auf der anderen die gequälte Existenz des Londoner Emigranten, der seine Familie über Wasser hielt, indem er wieder und wieder den Freund F. Engels anpumpt. Als er die Exzerpthefte schrieb, wußte er wohl noch nicht, wie sehr er selbst ein „Außenseiter“ werden würde.

nissen zwischen Bank und Kunde wird auch in spieltheoretischen Experimenten untersucht. *Güth/Ockenfels* (1998).

⁵⁷ *Kalveram* (1933) 93.

⁵⁸ *Marx* (1966) 251 f.

⁵⁹ Z. B. mit ausdrücklichem Bezug auf das Kreditproblem: *Güth* (1998).

Hildebrand versucht nicht, die Geltung seiner idealtypischen Stufenbildung auch außerhalb Europas empirisch nachzuweisen; Nachrichten über, beispielsweise, chinesisches Papiergeld haben ihm wohl nicht vorgelegen. Die Antike fällt aus der Entwicklungsreihe heraus. Hildebrand möchte sie der Geldwirtschaft zuordnen – sie schrumpfte im Mittelalter weitgehend zur Naturalwirtschaft zurück – und bemüht sich in einer Reihe von Anmerkungen um den Nachweis, daß die Kreditgeschäfte der Privaten und des Staates in Anfängen steckenblieben⁶⁰.

„Der Umstand, daß das Altertum nicht zur Entwicklung des Kreditverkehrs gelangte, kann deshalb ebensowenig einen Grund gegen die geschichtliche Wahrheit der drei genannten Umsatzformen abgeben, als die Tatsache, daß manche Völkerstämme bisher bei der ersten dieser Formen stehengeblieben sind“⁶¹.

Das Problem ließ ihn jedoch nicht ruhen, und 1869 formulierte er die Hypothese, man habe im Altertum in Ermangelung der Wertpapiere, vom Geldverleih gegen Sicherheiten abgesehen, das Vermögen nur in Sklaven oder in Grund und Boden anlegen können. Sklaven habe man verpachtet und gewerblich beschäftigt oder in Bergwerken eingesetzt, doch seien die meisten Anwendungsmöglichkeiten dem Grundbesitz verhaftet geblieben; er schließt daher:

„Während in den modernen Staaten Kapitalvermögen und Kapitalaristokratie im Gegensatz und im Kampfe mit der Grundaristokratie groß geworden sind und oft auf eine Zer-

⁶⁰ *Hildebrand* (1864) 332 ff.

⁶¹ *Hildebrand* (1864) 334 f. Hier ließen sich vielfältige weitere Überlegungen anschließen. Herr Binswanger fragte, ob Hildebrands Kreditwirtschaft mehr als nur ein Postulat sei. Offenbar hält Hildebrand seine Stufentheorie für eine nicht nur idealtypisch gültige Konstruktion. Vgl. dazu *Gioia* (1998) 209–264. Um ihren realtypischen Wert zu bemessen, müßte man die üblichen Argumente zur Überlagerung der Stufen durchgehen und dazu vor allem die Kreditformen differenzieren. Herr Spahn meinte in der Diskussion, daß der Kredit dem Geld sogar vorausgehe. Die Antwort wäre, daß die Gewährung von Tauschkrediten, wo ein direktes Äquivalent nicht zur Hand ist, im Rahmen einer Wirtschaft, in der Selbstversorgung überwiegt, nicht ein Kreditverhältnis begründet, wie es Hildebrand im Auge hatte, da die Personen in der Naturalwirtschaft sich in der Regel schon in der Dorfgemeinschaft kennen oder in einem vorgegebenen Abhängigkeitsverhältnis stehen (wenn der Kredit darin besteht, daß der Grundherr dem Bauern die Naturalabgabe stundet). Der Wechselkredit und der Personalkredit zu unternehmerischen Zwecken, die für Hildebrand im Vordergrund stehen (der eine primär der Zirkulation des Warenkapitals, der andere primär der Akkumulation des Kapitals dienend), vermitteln dagegen zwischen vor dem Gesetz gleichen, aber nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unterschiedlich einzuschätzenden Personen. Dieser soziologische Aspekt fasziniert Hildebrand; Kredit als Beleihung von Gegenständen (Pfandkredit, Hypothekarkredit) schien ihm dagegen für sein Thema nicht relevant. Die Geldwirtschaft erscheint Hildebrand unpersönlich; durch den Personalkredit wird in seinen Augen etwas von der menschlichen Nähe, die mittelalterliche Verhältnisse auszeichnete, zurückgewonnen und dabei doch die Gleichheit der Rechte verwirklicht. Herr Binswanger wandte gegen diese Hypostasierung des Personalkredits ein, sie sei arg dünn als Grundlage historischer Theorie und einer modernen Sozialpolitik. *Eisermann* (1998) 73–132 hat Hildebrands Kredittheorie dagegen als über 150 Jahre bewährte Prognose der Dominanz des modernen Wertpapiermarkts und Kreditverkehrs über die Produktion gefeiert. Mir ist es vor allem darum zu tun, die historische Bedeutung Hildebrands als eines Kritikers des französischen Frühsozialismus und der Anfänge des Marxismus in Erinnerung zu rufen. *Pierenkemper* (1998) 173–207.

stückelung und Mobilisierung des Bodens hingewirkt haben, waren im Altertume Kapital- und Grundaristokratie identisch. Die Grundherren waren die einzigen Kapitalisten, und das Kapital diente ihnen wieder zur Erweiterung ihrer Grundherrschaft“⁶².

An diese Hypothese ließen sich zahlreiche Überlegungen knüpfen, etwa die hier von Hildebrand nicht erwähnten antiken Schiffsdarlehen betreffend, oder den besonderen Charakter der Sklavenarbeit und ihre sehr unterschiedliche Ausdehnung in verschiedenen Phasen der antiken Entwicklung. Das entscheidende Verdienst Hildebrands und seiner Generation bestand nicht in der abschließenden Behandlung wirtschaftsgeschichtlicher Einzelfragen, sondern in der Neuformulierung der Grundprobleme in einer Weise, welche die Forschung für Jahrzehnte beleben und ihr eine unerwartete Aktualität durch die immer wieder versuchte Gegenüberstellung mit modernen Verhältnissen verschaffen sollte⁶³.

IV.

Hildebrands Buch *Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft*⁶⁴, sieben Jahre nach dem Lists erschienen, reagiert auf die romantischen und sozialistischen Kritiken des neuen Industriesystems. Folgerichtig aufgebaut führt es über vier Stufen an Hildebrands Gegenwart heran. Ihm unterliegt, auf den ersten Blick nicht leicht erkennbar, die historische Vision der Hildebrandschen Stufenlehre: Hildebrand teilt mit den vorangegangenen romantischen Autoren wie Adam Müller und dem von ihm leider nicht ausführlich behandelten Sismondi eine, wenn auch zurückhaltender formulierte Liebe für den Gesellschaftszusammenhalt der mittelalterlichen Feudalzeit – oder er erkennt wenigstens das Problem an, daß die von ihm mit der Einfuhr der Edelmetalle aus der neuen Welt verbundene Ausdifferenzierung der Geldwirtschaft mit dem wirtschaftlichen Fortschritt auch zu einer Verinselung geführt habe. Das Buch setzt mit dem System von Adam Smith ein, in dem er eine staunenswerte Meisterleistung erblickt, weil Smith zum ersten Mal konsequent analysiert, wie die Produktivitätssteigerung durch Arbeitsteilung in einer Marktwirtschaft über die Wertbildung und die Preise reguliert wird und das wachsende Produkt nach bestimmten Gesetzen – die Ricardo später modifiziert und präzisiert – zur Verteilung gelangt. Hildebrand hält dieses System für genial, aber zeitgebunden; das Interesse an der historischen Relativierung leitet sich aus der Hoffnung ab, aus der Analyse der Entwicklungsgesetze Aussagen über die Gegenwartstendenz und die Zukunft gewinnen zu können.

Adam Müller erscheint nun als der Reaktionär, der glaubt, die absterbende Ständegesellschaft neu beleben zu können. List kommt das Verdienst zu, die Moderni-

⁶² *Hildebrand* (1869) 1–25 und 139–155, hier 155.

⁶³ Herr Häuser und Herr Trautwein verwiesen in der Diskussion auf die geldtheoretischen Fragestellungen Knies', die durch Hildebrand verständlicher würden.

⁶⁴ Nachfolgend nach der Ausgabe von Gehrig zitiert als *Hildebrand* (1922).

tät des Smithschen Systems verstanden, aber es entwicklungspolitisch relativiert zu haben. Dann folgt der ausführlichste Teil des Buchs, der drei Viertel des Ganzen einnimmt: die Auseinandersetzung mit der sozialistischen Kritik des Industriesystems, die mit Recht an sozialen Konflikten ansetzt, die aber in der Diagnose übertreibt und falsche Therapien vorschlägt. Hildebrand behandelt vor allem französische Genossenschaftstheoretiker und die deutschen Kommunisten. In die Darstellung der Schicksale der letzteren gehen offensichtlich Hildebrands Londoner Erfahrungen ein. Passagen aus dem oben nach Grünberg zitierten Brief sind im Buch mit wenigen Veränderungen übernommen⁶⁵. Hier heißt es nun:

„... die Mitglieder derselben deutschen Burschenschaften, aus denen so viele Vertreter der heutigen konservativen Politik und Staatslenker der Gegenwart in Deutschland hervorgegangen sind, wurden im Auslande aus patriotischen Schwärmern Verbreiter der Sozialtheorien ... Eine rein geistige Bestimmung des Menschen und eine Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit der menschlichen Anlagen, der sittlichen und geistigen Fähigkeiten blieb ihnen ein unzweifelhafter Grundsatz“⁶⁶.

Es sei ihnen eine gleichsam platonische Weltanschauung eigen, und die Organisationspläne eines frühen deutschen Sozialisten schlossen tatsächlich die Vorstellung ein, es sollten an der Spitze der Gesellschaft die drei größten Philosophen als Dreimännerrat stehen⁶⁷. Diese Lehre lasse

„im Gegensatz zum klassischen Altertum nicht den Menschen in dem Bürger, sondern den Bürger in dem Menschen aufgehen“⁶⁸,

sie negiere dadurch Staat und Nationalitäten. Der hohen Stellung, die der Wissenschaft eingeräumt werde, entspreche, daß die deutschen Kommunistenvereine des Auslandes zugleich Bildungsvereine seien, die Unterricht in verschiedenen Wissenschaftszweigen anböten. So wollten die französischen Autoren die Herrschaft der Industrie unter Gleichheit der Arbeiter, die deutschen aber die Befreiung von der Industrie und das Ende der Fabrikarbeit.

Hildebrand betrachtete das Werk von Engels, der sein *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, nach einem Aufenthalt in England vom November 1842 bis August 1844, 1845 in Leipzig veröffentlicht hatte, als eine besondere Herausforderung. Da es viele richtige Tatsachen mitteilt, ausgehend von einer Darstellung der industriellen Revolution in England, die Hildebrand lobt, muß zur Widerlegung ein breites Tatsachenmaterial aufgeführt werden, das den Fortschritt der Industrie auch für den Arbeiter belegt⁶⁹.

⁶⁵ Insbesondere die von uns zitierte Passage (siehe FN 27) findet sich in *Hildebrand* (1922) 102.

⁶⁶ *Hildebrand* (1922) 102 f.

⁶⁷ W. Weitling bei *Hildebrand* (1922) 107 ff.

⁶⁸ *Hildebrand* (1922) 103.

⁶⁹ Zur wirtschaftshistorischen Kontroverse über die von Engels und Marx behauptete Verelendung der Arbeiter in der beginnenden Industrialisierung vgl. *Pierenkemper* (1998) 173–207.

Rascher wird Hildebrand mit Engels' Aufsatz *Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie*⁷⁰ fertig. Engels' früher Versuch, begrifflich innere Widersprüche des Konkurrenzsystems aus angeblichen inneren Widersprüchen der Werttheorie abzuleiten, weist Hildebrand, der sich hier durchaus in der klassischen Werttheorie beschlagen zeigt, zurück; vor allem hebt er hervor, daß der „Widerspruch“ sich durch die Aufhebung des Privateigentums nicht lösen ließe,

... denn auch unter der Herrschaft der Gütergemeinschaft würden die Produkte der Arbeit und das Maß von Genußmitteln, welche dem einzelnen zugeteilt werden, einer Schätzung unterliegen müssen. Es würde, sobald nicht vollständige Anarchie herrschen soll, irgendeine feste Formel für den Umsatz der individuellen Arbeitsbeiträge zum Gemeingut gegen die dem Individuum zufallenden Genußanteile gelten müssen⁷¹.

Als mögliche Formeln solcher Zuteilung greift Hildebrand dabei die folgenden auf: *Gleichviel Arbeit für gleichviel Lohn*, oder *Jedem nach seiner Fähigkeit und jeder Fähigkeit nach ihren Werken*, oder (unter Verweis auf J. Fröbel, 1847) *Jedem Arbeit nach seinen Kräften und Güter nach seinen Bedürfnissen*. Man bemerkt, daß Hildebrand mit dieser Auswahl die von Marx in seinen Randglossen zum Gothaer Programm entwickelte Steigerung von einer Verteilung der Arbeitsprodukte gemäß den individuellen Beiträgen zu dem später gefeierten Prinzip *Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen*⁷² vorwegnimmt. Dem nüchternen Hildebrand ist klar, daß selbst so berauschende Formeln wie die von Fröbel und Marx von einer Auseinandersetzung um die Präzisierung ihres Inhalts und dem Nachweis, wie ihnen praktisch Genüge getan werden könnte, nicht entbinden.

Da Hildebrand den moralischen Kern der sozialistischen Kritik ernst nimmt, stellt sich die Frage, wie er selbst die Lösung sah. Dazu hätte wohl der zweite Band die Antwort enthalten sollen, den er uns schuldig blieb. Immerhin finden wir schon im ersten die Tendenzen angedeutet, auf die es ihm ankam. Anders als die Maschinenstürmer bejaht Hildebrand den technischen Fortschritt, den er mit emanzipatorischen sozialen Entwicklungen verbunden sieht:

„Die Arbeitsteilung, die Maschinen und alle jene großen mechanischen Erfindungen und Fortschritte der Industrie, welche während der letzten 70 Jahre der englischen Geschichte in ununterbrochener Reihenfolge ins Leben getreten sind und lediglich der freien Konkurrenz ihr Dasein verdanken, haben zunächst Wirkungen gehabt, die sie als notwendiges Glied in der Kulturentwicklung der Menschheit legitimieren, und die sich durch nichts in der Welt ersetzen lassen. Sie haben die Armut der unteren Schichten der Gesellschaft nicht geschaffen oder vergrößert, sondern nur ans Tageslicht gebracht. Sie haben das Elend und das Laster ebenso wie den Reichtum, die Bildung und die sittliche und geistige Kraft der Menschen konzentriert und dadurch den vorhandenen Gegensatz zu einer sichtbaren und unleugbaren Tatsache erhoben. Sie haben die Hände des Arbeiters durch den gleichmäßigen Takt der Maschinen an angestrengte regelmäßige Tätigkeit, Ausdauer und gewissen-

⁷⁰ Erschienen in „Deutsch-Französische Jahrbücher“, Paris 1844, abgedruckt in: *Marx/Engels* (1974), Bd. I, 499 – 524.

⁷¹ *Hildebrand* (1922) 136 f.

⁷² *Marx/Engels* (1966) Bd. III, 180.

hafte Zeitbenutzung gewöhnt und in ihm Tatkraft und Energie des Willens großgezogen. Sie haben die Arbeiter aus einem Geschäftszweige in den anderen gedrängt und durch diese Nötigung zum Gewerewechsel ihren Blick erweitert und ihm eine gewisse Beweglichkeit des Geistes und Selbstvertrauen verliehen. Sie haben die einzelnen isolierten Berufsgenossen in große Gemeinschaften vereinigt und dadurch in ihnen zum ersten Mal ein Selbstbewußtsein, gesellschaftliche Ansprüche und einen Trieb nach Vervollkommnung geschaffen. Selbst alle kommunistischen und sozialistischen Bestrebungen der neueren Zeit, soweit sie einen Boden in den Herzen der Arbeiterwelt haben, was sind sie anderes als ein phantastischer Ausdruck jenes an der modernen Industrie erwachten Selbstbewußtseins der Arbeiter⁷³?

Das lange Zitat erinnert im Rhythmus der Sätze und in der pathetischen Beschwörung der historischen Tendenz an das *Kommunistische Manifest*, das im Februar 1848 erschienen war, wenn es dort etwa heißt: „Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose ‚bare Zahlung‘. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlervorbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt“⁷⁴.

Es scheint mir ebenso möglich, daß Hildebrand den Text des Kommunistischen Manifests schon kannte und durch die Kadenz seiner Sätze bewußt darauf anspielte, wie daß die Ähnlichkeit der Formulierungen auf dem zeitgenössischen Schreibstil beruht. Jedenfalls sind die Konsequenzen entgegengesetzt⁷⁵. Das anwachsende Kapital hat nach Hildebrand die Grundprobleme nicht geschaffen, sondern sie deutlicher gestellt und Lösungen nähergerückt. Insbesondere hat sich die Lage des Arbeiters bereits gebessert, indem sich der Horizont erweiterte und sich neue Institutionen wie die Gewerkschaften und Genossenschaften, denen Hildebrand – wenn auch nicht ohne Vorbehalte – wohlwollend gegenüberstand, bildeten. Er glaubte allerdings auch nicht, daß sich alle Probleme von selbst lösten, sondern war der eigentliche Vordenker der Sozialpolitik in Deutschland; weder Müller, noch List hatten dazu beigetragen⁷⁶. So war Hildebrand später auch an der Gründung des Vereins für Socialpolitik beteiligt⁷⁷.

⁷³ Hildebrand (1922) 184 f

⁷⁴ Manifest der Kommunistischen Partei, abgedruckt *Marx/Engels* (1971), Bd. IV, 465.

⁷⁵ Eisermann schreibt geradezu, der Text Hildebrands sei „das bürgerliche Manifest in Replik auf das Kommunistische Manifest“. *Eisermann* (1998) 73 – 132, hier 110.

⁷⁶ Herr Schmidt ergänzte in der Diskussion, was Roscher zu den Anfängen der Sozialpolitik beigetragen hatte, und meinte, Hildebrand habe besonders unbürokratische, auf den Charakter der zu unterstützenden Personen bezogene Lösungen gesucht.

Hildebrand hatte Sparkassen schon vorgefunden und berichtete in seinen Vorlesungen⁷⁸, es habe in Bern zwei Sparkassen für Arbeiter gegeben, welche die Ersparnisse der Arbeiter sammelten und das Kapital den Kleingewerbetreibenden zur Verfügung stellten. Hildebrand setzte sich dafür ein, auch ungedeckte Kredite, die freilich selten bleiben mußten, zu vergeben:

„Endlich war die Tendenz, was selten vorkam, auch ohne Bürgschaft Darlehen zu geben, bloß auf die Kenntnis der moralischen Eigenschaften des Leihers hin, so daß auch Nichtbesitzende Kapital erlangen konnten“⁷⁹.

Der moderne Standpunkt wäre demgegenüber, die Investitionsprojekte des Kreditnehmers zu begutachten und auch bei größeren Risiken und fehlender Deckung gelegentlich Kapital einzusetzen, gemischt mit anderen Projekten, wenn ein höherer Zins gezahlt wird. Dennoch ist auch der moderne Kreditgeber nicht von der Aufgabe befreit, sich von der Person des Nachfragers eine Vorstellung zu bilden, denn in den persönlichen Eigenschaften liegt das Unternehmerische, wie uns Schumpeter lehrt. Hildebrands Problem, wie dem mittellosen Arbeiter zu helfen sei, ist durch eine Sozialpolitik, die über Hildebrands konkrete Vorschläge hinausreicht, weitgehend obsolet geworden, da die hauptsächlichen Zwecke solcher Kreditnahme, wie die Sicherung einer Wohnung oder einer Weiterbildung, durch die Sozialhilfe – die vielleicht zuwenig nach dem Charakter fragt – berücksichtigt worden.

Der technische Fortschritt spart Arbeit. Hildebrands Antwort war doppelt. Einerseits meinte er, die

„... Maschinen befreien die Arbeiterwelt immer mehr von aller mechanischen und geisttötenden Tätigkeit und führen das Menschengeschlecht allmählich einer Zukunft entgegen, in welcher jedem Individuum bei erleichterter Befriedigung aller physischen Bedürfnisse ein weit größeres Maß von geistiger Bildung möglich ist. Nach ihrer vollständigen Entwicklung vertreten sie gleichsam die Sklaverei des Altertums und gewähren erst die Grundbedingungen einer sittlichen und geistigen Vollendung aller Individualitäten“⁸⁰.

Andererseits erwartete er, die Arbeiter würden die Fabriken künftig zunehmend wieder verlassen und in anderen Sektoren Beschäftigung finden. Der moderne Leser wird hier an Fourastié⁸¹ denken, aber es stellt sich heraus, daß Hildebrand

⁷⁷ Für Eisermann verkörperte Hildebrands Auseinandersetzung mit Marx den „Gegensatz zwischen der liberal-nationalen Einheitsbewegung“ und dem „proletarisch-kommunistischen Kosmopolitismus“. *Eisermann* (1998) 73–132, hier 84.

⁷⁸ Die Vorlesungsmanuskripte waren, als *Franz* (1928) seine Inauguraldissertation schrieb, noch einsehbar; sie scheinen im zweiten Weltkrieg verlorengegangen zu sein.

⁷⁹ zitiert bei *Franz* (1928) 24.

⁸⁰ *Hildebrand* (1922) 186 f. Heute beschämt uns diese Zukunftshoffnung, wenn wir bedenken, daß die materiellen Möglichkeiten des modernen Sozialhilfeempfängers jene des athenischen Bürgers, der den kulturellen Aufschwung des fünften Jahrhunderts mittrug, jedenfalls insofern weit übertreffen, als Bibliotheken und Museen und damit das unübersehbar große Erbe der Tradition allen als „Grundbedingungen geistiger Vollendung“ offen stehen. Vgl. *Schefold* (1999 a) 134–144.

eher eine Rückkehr zur Landwirtschaft als die Wanderung in einen neuen Dienstleistungssektor vor Augen hat. Er preist das Privateigentum, das der individuellen Verwirklichung dient, und den Handel als Hebel der Kultur. So sucht er zwischen den individualistischen Ideen der Klassiker und den universalistischen der Romantik zu vermitteln; aus dieser Spannung begründet er die Notwendigkeit der Sozialpolitik, die bei ihm freilich nicht so viel staatliche Initiative voraussetzt, wie wir nach unseren Erfahrungen mit dem Begriff vermuten könnten. Zumindest in seiner Vorstellung über die Entwicklung der Sittlichkeit durch die Ausdehnung des Kreditsystems ist ein Stück vom Erbe des 18. Jahrhunderts bewahrt: die Hoffnung, der wirtschaftliche Fortschritt werde den moralischen selbst vorantreiben.

„Was in der Naturalwirtschaft durch äußerliche, sinnliche Bande aneinander gefesselt, von der Geldwirtschaft aber voneinander gelöst wird, das verbindet die Kreditwirtschaft wieder durch geistige und sittliche Bande“⁸².

Eineinhalb Jahrhunderte später mögen wir manches an dieser Vision als naiv, anderes als genial empfinden. Gewiß hat Hildebrand die Funktionsweise der Kreditwirtschaft nur unzureichend durchschaut, denn ihm war jede Spekulation unmoralisch; wenn im von ihm hochgeschätzten England mit der Industrie die Spekulation zugenommen hatte,

„... so beweist dies eben nur, daß die moralische Kraft der Völker mächtiger ist, als alle theoretischen Grundsätze, und daß namentlich in einem Lande wie Großbritannien, wo der Staat und das ganze öffentliche Leben eine ethische Erziehungsanstalt des Volkes ist, falsche theoretische Prinzipien sich selbst vernichten“⁸³.

Diese „unsittlichen Grundlagen der Smithschen Lehre der Nationalökonomie“ sind nicht, wie er meinte, „für die Zukunft unmöglich“ geworden, sondern ein Fortschritt besteht gerade darin, die Spekulation in einen institutionellen Kontext einzubinden, der betrügerischen Mißbrauch verhindert und durch sie die Flut der Informationen kanalisiert, welche die Entwicklung vorantreiben⁸⁴. Deshalb war auch der auf die Reichseinigung folgende spekulative Aufschwung der Gründerzeit Hildebrand nicht geheuer; an seinen Sohn schrieb er unter Anspielung auf die französische Kriegsentschädigung aus Jena am 22. November 1873:

„Ohnedies macht sich das Capital-Parvenüthum mit seinem Börsen-Schwindel jetzt in Deutschland so breit und hat namentlich die Berliner Welt so angefressen, daß es Pflicht jedes ehrlichen Menschen ist, sich von den Geldprozen (sic) unabhängig zu halten. Die 5 Milliarden haben namentlich in Norddeutschland unendlich nachtheilig gewirkt“⁸⁵.

⁸¹ Fourastié (1949).

⁸² Hildebrand (1922) 226.

⁸³ Hildebrand (1922) 229.

⁸⁴ Unter dem Eindruck des Scheiterns des *Crédit Mobilier* habe sich Hildebrand in einer Vorlesung für eine Beschränkung des Wertpapiergeschäfts von Banken ausgesprochen und den Typus der englischen Depositenbank als Vorbild angesehen. Franz (1928) 24 f. Anm.

⁸⁵ Bruno Hildebrand in: Sattler (1962) 172.

Obwohl der zweite Band von Hildebrands Werk nicht erschien, können wir uns ein Bild von den Entwicklungstendenzen machen, die Hildebrand am Werke sah, und erschließen, welche er wie zu fördern und welche er zu hemmen empfahl. So wie er zwischen Individualismus und Universalismus eine Mitte anstrebte, suchte er auch eine zwischen der Anerkennung spontaner Tendenzen oder Entwicklungsgesetzen und willensmäßiger Beeinflussung der historischen Entwicklung durch politisches Handeln, das sich nach den historischen Gegebenheiten richten muß. Er war ein entschiedener Verfechter der Gewerbefreiheit – insofern also einer liberalen Wirtschaftspolitik –, meinte aber, daß diese Freiheit nur so lange das „Gedeihen der Völker“ begründe,

„als die sittliche Tatkraft im Volke wächst und auch das ganze Staatsleben die Bedingungen erfüllt, welche für das Wachstum der sittlichen Volkskraft unentbehrlich sind“⁸⁶.

V.

Hildebrand ist viel kritisiert worden, seine Texte bieten viele Angriffsflächen. Wir haben uns bemüht, beckmesserische Kritiken zu vermeiden⁸⁷, und lieber nach versöhnenden Formeln gesucht, die seine uns ferne Denkweise verständlich machen können – beispielsweise, indem wir den Hinweis aufnahmen, daß Hildebrands Betonung der Sittlichkeit auf die Forderung hinausläuft, die Analyse des *homo oeconomicus* durch die des *homo sociologicus* zu ergänzen⁸⁸. Die historische Methode, die er mitbegründete, erfuhr auch allgemeine Kritiken, die auf ihn nicht spezifisch zutreffen. So wendete man ein, die Logik künftiger Entwicklungen sei nicht bestimmbar, da jede neue Erkenntnis darüber die Grundlage unseres Handelns veränderte. Selbstverständlich können gleichwohl begründete Vermutungen über Entwicklungen angestellt werden, die auf Annahmen über künftiges Verhalten beruhen, und in diesem Sinne hat wohl Hildebrand seine so zuversichtlich ausgesprochenen Fortschrittshoffnungen verstanden. Man hat der Historischen Schule weiter vorgeworfen, ihr Relativismus sei nur eine Standpunktlosigkeit und habe ihre Vertreter politisch verführbar gemacht. Nun war Hildebrand gewiß nicht ohne Standpunkt. Ob er ihn allerdings überzeugend begründen und insbesondere die Verschlingungen seiner soziologischen und ökonomischen Argumentationen wissenschaftlich rechtfertigen konnte, darf man fragen; daran arbeiten wir heute noch, so wie die Wissenschaft heute noch um die Kriterien ringt, nach denen wirtschaftliche Stufen oder Systeme voneinander zu unterscheiden sind.

⁸⁶ *Hildebrand* (1863), hier nach dem Abdruck in der Ausgabe Hildebrand (1922) 301.

⁸⁷ Die Dissertation von Franz bietet dafür zahlreiche Beispiele aus der Literatur.

⁸⁸ Dagegen haben wir uns hier nicht bemüht, diejenigen Elemente im Text aufzugreifen, die auf die Grenznutzenschule vorausweisen und die Gegenstand des Plenumsreferats von John S. Chipman auf der Konferenz der European Society for the History of Economic Thought (ESHET) in Valencia (1999) waren.

Vor allem arbeitete die Historische Schule selbst weiter. Während viele moderne Ökonomen die damit verbundenen Bemühungen mit einem verächtlichen Achselzucken abtun, ohne sie wirklich zu kennen, wurde sie für die Zeitgenossen in ganz Europa zu einer ernst zu nehmenden Herausforderung. Dies werde abschließend an Hand einiger englischer Reaktionen dokumentiert.

In seinem klassischen Werk *The Scope and Method of Political Economy* unterscheidet John Neville Keynes zwei Schulen der politischen Ökonomie; die Methode der ersten charakterisiert er als positiv, abstrakt und deduktiv, die der zweiten als ethisch, realistisch und induktiv⁸⁹. Er nimmt die scharfe Gegenüberstellung sogleich begütigend zurück, indem er anfügt: „It should be distinctly understood that this sharp contrast is not to be found in the actual economic writings of the best economists of either school. In the method that they employ – when they are discussing the same problems – there is to a great deal substantial agreement“. Hieraus ergibt sich, daß sich die Methode nach der Fragestellung zu richten hat; eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die in der Debatte allzu oft vergessen wurde und es noch wird, wenn man nämlich die Frage klar zu formulieren versäumt.

Die Methode der ersten Schule verfolgt Keynes, bei Smith beginnend. In der unendlichen Fülle der Erscheinungen zeigten sich wenige Grundtatsachen, von denen deduktiv, oder, wie Mill sich ausgedrückt habe, wie von einem *a priori* auszugehen sei. Diese Identifikation der deduktiven Vorgehensweise mit dem Ausgangspunkt von einem *a priori* Gegebenen scheint mir ein wichtiges Kennzeichen der Auffassung des 19. Jahrhunderts gewesen zu sein⁹⁰. Denn der moderne Vertreter der reinen Theorie wird sich sogleich mit der Charakterisierung seiner Methode als einer deduktiven identifizieren, wird aber seine Prämissen als hypothetisch und variabel auffassen, und zum Beleg der Flexibilität in seinen Annahmen wird er auf die Vielfalt der Modelle verweisen, mit denen er umgeht. Hier besteht ein wirklicher Gegensatz zwischen dem mathematischen Ökonomen des späten 20. und dem neoklassischen des späten 19. Jahrhunderts, insofern der letztere – man denke an Böhm-Bawerk – tatsächlich überzeugt war, seine Theorie auf zeitlosen Grundcharakteristika allgemeiner Geltung wie namentlich der Nutzenmaximierung aufgebaut zu haben, während die Virtuosität eines Samuelson darin besteht, die Verhaltensannahmen immer wieder zu variieren und heute von einer keynesianischen Konsumfunktion auszugehen und morgen mit der Lebenszyklushypothese zu arbeiten. Etwas tiefer blickend sehen wir allerdings diesen Unterschied relativiert, wenn wir bedenken, daß auch im 19. Jahrhundert die Annahmen zuweilen als hypothetische bezeichnet werden und andererseits im 20. sich viele mathematische Ökonomen zuletzt doch insofern als neoklassische im alten Sinn entpuppen, als sie sich zu einem Glauben an die Dominanz des Eigennutzens als wie zu einem *a priori* Wahren bekennen, das dann allerdings auch noch von einer Lebenserfahrung gestützt sein soll. Die experimentellen Ökonomen und die Institutionisten heute,

⁸⁹ Keynes (1890) 9.

⁹⁰ Keynes (1890) 16.

die Historische Schule früher, behaupten dagegen, andere Verhaltensweisen beobachten zu können, oder finden sie wenigstens als ethisch begründete in Texten beschrieben.

Der Aufstand gegen das Vorherrschen der englischen Klassischen Schule sei in Deutschland durch Roscher, Hildebrand und Knies erfolgt. Die Bewegung sei aber nicht nur deutsch, sondern auch „represented by a rising school of economists in the United States, who expressly repudiate the view that the new movement is exclusively a German movement“⁹¹, fährt Keynes fort. In England habe früher schon Richard Jones den historischen Standpunkt begründet, neuerdings ihn Cliffe Leslie übernommen, während Deutschland in von Thünen einen bedeutenden Vertreter der abstrakten Richtung gehabt habe. Der Standpunkt der Historischen Schule werde nun durch Schmoller in Deutschland, Ingram in England, radikaler vertreten. Diese meinten, die deduktive Methode habe ihre Lebenskraft eingebüßt. Sie wollten eine aktivere Wirtschaftspolitik und hielten die an die Ökonomie angrenzenden Disziplinen für notwendig interdependent. Man habe nun unterschiedliche Entwicklungsperspektiven ins Auge zu fassen und insbesondere „European, Oriental and Savage States of Society“⁹² zu vergleichen. Hier kommt Keynes der Aufgabe, die Unterschiede zwischen den Schulen von den Fragestellungen her anzugehen, am nächsten, aber da er selbst sich nicht auf die Geschichte und nicht auf die Zukunft, auch nicht auf den anthropologischen Vergleich einläßt, bleibt seine Erörterung matt und akademisch. Selbst unter methodischem Gesichtspunkt gewinnt er wenig; die große Herausforderung der Methodik im Kulturvergleich, dem sich die Verstehende Nationalökonomie in der Generation Max Webers stellen sollte, wird nicht einmal als Problem gesehen.

Eine viel lebendigere Polemik entfaltete Ingram in einer 1878 gehaltenen Rede. Sie ist in dem Band *Essays in Economic Method* abgedruckt, der Vorträge enthält, die vor Section F der British Association for the Advancement of Science in den Jahren 1860 bis 1913 gehalten wurden⁹³. Ingram sprach zu einem Zeitpunkt, als naturwissenschaftliche Mitglieder der Akademie der wirtschaftlichen Klasse in derselben die Existenzberechtigung abgesprochen hatten; Ingram verband seine Verteidigung gegen diesen Angriff mit der Auseinandersetzung mit einer Debatte, die sich in ganz Europa über die Aufgabenstellung der Ökonomie erhoben habe: „... Dissatisfaction has risen to the dimensions of a European revolt ... The largest and most combined manifestation of the revolt has been in Germany, all whose ablest economic writers are in opposition to the methods and doctrines of the school of Ricardo“⁹⁴. Aber auch in Italien⁹⁵, Dänemark, Belgien und England⁹⁶

⁹¹ Keynes (1890) 21.

⁹² Keynes (1890) 322.

⁹³ Ingram (1878) 41 – 72.

⁹⁴ Ingram (1878) 47.

⁹⁵ Zur historischen Schule in Italien vgl.: Bock/Homann/Schiera (1989) und Gioia (Mimeo, 1999). Die Wirkung der Historischen Schule wird als ambivalent beschrieben: It is

hätten sich namhafte Wissenschaftler dieser Bewegung angeschlossen; in Frankreich sei sie nicht so deutlich, obwohl er ihren Ursprung dort auf Comte zurückführt⁹⁷. Die Stichworte sind ähnliche wie bei J. N. Keynes, wenn auch Variationen in den Begründungen und Bewertungen vorkommen. Ingram hat gewiß recht, sich auf Smith als Historiker und Vertreter der Interdisziplinarität zu berufen und die *Theory of Moral Sentiments* als Zeugnis eines umfassenderen Entwurfs von Adam Smith heranzuziehen. Dagegen sei es ein falscher Purismus, wenn ein Senior sich dafür entschuldige, Fragen des Arbeiter- und des Familienlebens, also Soziologie, berührt zu haben; die Institutionen der politischen Ökonomie seien in der Tat geschaffen und insofern gegeben; es bleibe aber die soziale Frage, damit auch die Aufgabe, die Grenze zur Nachbardisziplin zu überschreiten. Hinsichtlich der Abstraktion verweist er darauf, daß es die Vielfalt der Motive bei der Reichtumsakkumulation aufzugreifen gelte, hinsichtlich der Deduktion meint er, deren Reichweite werde übertrieben (auch er setzt sie einem *a priori* gleich). Mit Induktion sei ein historisches Vorgehen gemeint. Es gebe kein Verständnis von Zuständen ohne Kenntnis ihrer Genese, aber die Entwicklungseinflüsse seien zu komplex, um zukünftige Zustände prognostizieren zu können. Er zeigt sich fasziniert von der Geschichte des Landbesitzes und der Entstehung des Privatbesitzes an Land (er nennt de Laveye als wichtigsten Zeugen); er glaubt aber nicht an eine Rückkehr zum Gemeinbesitz und setzt sich von sozialistischen Bestrebungen ab. Obwohl er so die von der historischen Nationalökonomie zu benutzenden Methoden von den Aufgaben her untersucht, gelangt er nicht bis zur Gegenüberstellung von anschaulicher Beschreibung wirtschaftlicher Gestaltung und kausaler Analyse wirtschaftlicher Abläufe; wieder muß man also folgern, daß ein entscheidender Schritt der Methodenreflexion erst von der jüngsten Historischen Schule vollzogen, oder im Ausland vor ihr nicht als notwendig begriffen wurde. Ob er heute begriffen wird?

Abschließend sei Ashley erwähnt, dessen Arbeiten eine Brücke zwischen dem umfassenderen Anspruch der Historischen Schule und den bescheideneren Aufgabenstellungen der Wirtschaftsgeschichte bilden. Wirtschaftsgeschichte dient hier der Bildung und Orientierung: Wo kommen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Formen her, in denen wir leben und die unser Dasein bedingen⁹⁸? Ashley beklagt, man habe sich in Großbritannien nicht rechtzeitig um die Historische Schule gekümmert, denn, als sie begann, war „the time of Germany’s humiliation,

„proved both for the influence exercised in Italy from the theories of the German historical school on economists like Lampertico, Cossa, Luzzatti, etc., and from the radical attacks addressed by Ferrara against the Italian representatives of what he defined, with a statement which immediately had great success, *economic Germanism*“. Allerdings, wenn man genauer hinsehe, hätten die italienischen Autoren Distanz bewahrt.

⁹⁶ Breton/Lutfalla (1991) 399 ff.

⁹⁷ Ingram (1888) Kap. 6.

⁹⁸ Vgl. den in Smyth (1962) 223 ff. abgedr. Vortrag „A Survey of the Past History and Present Position of Political Economy“ (1907) sowie das Werk von Ashley (1914), das die Entstehung der modernen Wirtschaft bis ins Mittelalter zurückverfolgt, unter Verwendung zentraler Ideen der Stufentheorien, wobei die Antike allerdings vorsichtig ausgespart wird.

and I suppose the victories of 1870 did more to make us learn German than any spontaneous enlargement of interests“⁹⁹. Auch er verbindet die Aufnahme der Tendenz der Historischen Schule mit C. Leslie und fügt Arnold Toynbee hinzu. Was die Historische Schule leisten könne, sei freilich noch nicht klar umrissen, außer im „Great Treatise of Gustav Schmoller“¹⁰⁰. Ihm ist die Historische Schule nun ein Mittel, um die Ansprüche der neoklassischen Theorie in Schranken zu weisen; er selbst allerdings wendet sich dann zur Wirtschaftsgeschichte.

Wie diese Beispiele belegen, war die Historische Schule ein Phänomen, dessen räumliche und zeitliche Erstreckung und dessen inhaltliche Weite heute in der Regel verkannt werden. Der Einfluß Hildebrands als einer ihrer Begründer war groß, brach aber irgendwann ab. Ihn zu studieren scheint gleichwohl aus den verschiedensten Gründen besonders lohnend. An ihm lassen sich die Fragestellungen und Beweggründe, die zur Herausbildung der Schule führten, ihre Visionen, ihre methodischen Probleme, ihre politischen und institutionellen Erfolge und deren Grenzen studieren. Und er war ein Liberaler, dessen Integrität, wissenschaftliche Gründlichkeit und Tatkraft Anerkennung verdienen.

Literaturverzeichnis

- Acham, K. / Nörr, K. W. / Schefold, B.* (Hrsg.) (1998): Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und 50er Jahren. (Aus den Arbeitskreisen „Methoden der Geisteswissenschaften“ der Fritz Thyssen Stiftung). Stuttgart: Steiner.
- Ashley, W.* (1907): A Survey of the Past History and Present Position of Political Economy. Vortrag abgedr. in: Smyth, R. L. (Hrsg.) (1962): Essays in Economic Method. London: G. Duckworth. 223 ff.
- (1914): The Economic Organisation of England. An Outline History. Repr. London: Longmans, Green 1963.
- Baurmann, M.* (1996): Der Markt der Tugend. Tübingen: Mohr.
- Bock, M. / Homann, H. / Schiera, P.* (a cura di / hrsg. v.) (1989): Gustav Schmoller oggi: lo sviluppo delle scienze sociali in Germania e Italia – Gustav Schmoller heute: die Entwicklung der Sozialwissenschaften in Deutschland und Italien. Bologna: Il Mulino und Berlin: Duncker & Humblot.
- Bovensiepen, R.* (1942): Bruno Hildebrand. In: Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck 1830 – 1930, hrsg. v. Schnack, I., 3. Bd. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck 20). Marburg: Elwert, 205 – 219.
- Breton, Y. / Lutfalla, M.* (eds.) (1991): L'économie politique en France au XIX^e siècle. Paris: Economica, 399 ff.

⁹⁹ Ashley (1914) 230.

¹⁰⁰ Ashley (1914) 238.

- Chipman, J. S.* (Mimeo, 1999): The History of Utility Theory. Vortrag auf der Konferenz der European Society for the History of Economic Thought (ESHET) in Valencia.
- Cicero, M. T.* (44 v.Chr./1465 n.Chr.): De officiis. Repr. (Klassiker der Nationalökonomie). Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen 2000.
- Conrad, J.* (1878): J. Bruno Hildebrand (Nachruf). In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 30, I-XVI.
- (1917): Lebenserinnerungen. Aus seinem Nachlaß hrsg. v. Kesten-Conrad, E./Conrad, H. Als Manuskript gedruckt. Berlin: Staatsbibliothek.
- Eisermann, G.* (1998): Bruno Hildebrand und die „Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft“. In: Schefold, B. (Hrsg.) (1998): Vademecum zu einem Klassiker der Stufenlehren. Kommentarband zum Repr. von Hildebrand, B. (1848): Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft. Repr. (Klassiker der Nationalökonomie). Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen 1998, 73 – 132.
- Engels, F.* (1844): Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie. (Deutsch-Französische Jahrbücher) Paris; abgedruckt in: Marx, K./Engels, F. (1974): Werke, (MEW), Bd. I. Berlin: Dietz, 499 – 524.
- Fourastié, J.* (1949): Le Grand espoir du XX^e siècle. Paris: Presses universitaires.
- Franz, G.* (1928): Studien über Bruno Hildebrand. Diss. Marburg: Schröder.
- Gioia, V.* (1998): Die Stufenlehre aus heutiger Sicht. Einige Bemerkungen zu Hildebrands Stufentheorie. In: Schefold, B. (Hrsg.) (1998): Vademecum zu einem Klassiker der Stufenlehren. Kommentarband zum Repr. von Hildebrand, B. (1848): Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft. Repr. (Klassiker der Nationalökonomie). Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen 1998, 209 – 264.
- Gioia, V.* (Mimeo, 1999): German Historical School and Italian Economists: Some Remarks on the Italian Historical School. Vortrag auf der Konferenz der European Society for the History of Economic Thought (ESHET) in Valencia.
- Grünberg, C.* (1925): Bruno Hildebrand über den kommunistischen Arbeiterbildungsverein in London. Zugleich ein Beitrag zu Hildebrands Biographie. In: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 11. Jahrgang, 445 – 459.
- Güth, W.* (1998): Do Banks Crowd in or out Business Ethics? – An Indirect Evolutionary Analysis. Referat, vorgetragen vor dem Theoretischen Ausschuß des Vereins für Socialpolitik, 17. April 1998.
- Güth, W./Ockenfels, P.* (1998): Will banks promote trade? Equilibrium selection for the trust game with banks. SFB Discussion Paper 104/98. HUB Discussion Paper 135/98.
- Hildebrand, B.* (1845): Xenophontis et Aristotelis de oeconomia publica doctrinae. Particula I. Marburgi, Typis Bayrhoferi Academicis.
- (1848): Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft. Repr. (Klassiker der Nationalökonomie). Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen 1998.
- (1863): Die gegenwärtige Aufgabe der Wissenschaft der Nationalökonomie. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1, 5 – 25 und 137 – 146, hier nach dem Abdruck der Ausgabe Hildebrand (1922) 301.

- (1864): Natural-, Geld- und Kreditwirtschaft in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 2, 1 – 24; hier nach dem Abdruck der Ausgabe Hildebrand (1922).
 - (1869): Die sociale Frage der Vertheilung des Grundeigenthums im klassischen Alterthum. In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 12, 1 – 25 und 139 – 155.
 - (1872): Die Verdienste der Universität Jena um die Fortbildung und das Studium der Staatswissenschaften (eine akademische Rede, am 17. Juni 1871 in der Aula der Universität Jena gehalten). In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 18, 1 – 11.
 - (1922): Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft und andere gesammelte Schriften, hrsg. u. eingel. v. H. Gehrig, Bd. I. Jena: G. Fischer.
- Hodgskin*, Th. (1825): *Labour defended against the claims of capital*. Repr. New York: A. M. Kelley 1969.
- Ingram*, J. K. (1878): *The Present Position and Prospect of Political Economy*, Vortrag, 1878, abgedr. in: Smyth, R. L. (Hrsg.): *Essays in Economic Method*. London: G. Duckworth 1962, 41 – 72.
- (1888): *A History of Political Economy*. Edinburgh: Black, Kap. 6.
- Kalveram*, G. (1933): *Die Theorie von den Wirtschaftsstufen* (Frankfurter Wirtschaftswissenschaftliche Studien, in Verb. m. W. Gerloff und A. Löwe hrsg. v. K. Pribram, Heft 1). Leipzig: H. Buske.
- Keynes*, J. N. (1890): *The Scope and Method of Political Economy*. New York, A.M. Kelley 1986 [Reprint der 4. Ausg. 1917; 1. Ausg. 1890].
- Marx*, K. (1966): Aus den Exzerptheften: Die entfremdete und die unentfremdete Gesellschaft, Geld, Kredit und Menschlichkeit, hier zitiert nach: *Marx, K./Engels, F.*: Studienausgabe in 4 Bänden, hg. v. I. Fetscher, Bd. II. Frankfurt am Main: Fischer 1966, 251 f.
- Marx, K./Engels, F.* (1966): Gothaer Programm, hier zitiert nach: *Marx, K./Engels, F.*: Studienausgabe in 4 Bänden, hg. v. I. Fetscher, Bd. III. Frankfurt am Main: Fischer 1966, 180.
- (1971): Manifest der Kommunistischen Partei, abgedruckt in: *Werke, (MEW)*, Bd. IV. Berlin: Dietz, 465.
 - (1974): *Werke, (MEW)*, Bd. I. Berlin: Dietz, 499 – 524.
- Pearson*, H. (1997): *Origins of Law and Economics. The Economists' New Science of Law 1830 – 1930*. Cambridge: University Press.
- Pierenkemper*, T. (1998): Bruno Hildebrand und der Pauperismus. In: *Schefold, B.* (Hrsg.) (1998): *Vademecum zu einem Klassiker der Stufenlehren. Kommentarband zum Repr. von Hildebrand, B. (1848): Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft*. Repr. (Klassiker der Nationalökonomie). Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen 1998, 173 – 207.
- Popper*, K. R. (1957): *The Poverty of Historicism*. Repr. London: Routledge 1969.
- Rothschild*, E. (1998): Bruno Hildebrands Kritik an Adam Smith. In: *Schefold, B.* (Hrsg.) (1998): *Vademecum zu einem Klassiker der Stufenlehren. Kommentarband zum Repr. von Hildebrand, B. (1848): Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft*. Repr. (Klassiker der Nationalökonomie). Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen 1998, 133 – 172.
- Sattler*, B. (Hrsg.) (1962): *Adolf von Hildebrand und seine Welt. Briefe und Erinnerungen*. München: Callwey.

- Schefold, B.* (1994 und 1995): *Wirtschaftsstile* Bd. 1 und 2. (Fischer Wissenschaft 12243 und 12505). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuchverlag 1994 und 1995.
- (1995): Theoretische Ansätze für den Vergleich von Wirtschaftssystemen aus historischer Perspektive. In: *Schefold, B.* (Hrsg.) (1995): *Wandlungsprozesse in den Wirtschaftssystemen Westeuropas*. Marburg: Metropolis, 9–40.
 - (1996): The German Historical School and the Belief in Ethical Progress. In: *Brady, F. N.* (Hrsg.): *Ethical Universals in International Business*. Berlin: Springer, 173–196.
 - (1998): Bruno Hildebrand: Die historische Perspektive eines liberalen Ökonomen. In: *Schefold, B.* (Hrsg.) (1998): *Vademecum zu einem Klassiker der Stufenlehren*. Kommentarband zum Repr. von Hildebrand, B. (1848): *Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft*. Repr. (Klassiker der Nationalökonomie). Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen 1998, 5–53.
 - (1998 a): Der Nachklang der Historischen Schule in Deutschland. In: *Acham, K./Nörr, K.W./Schefold, B.*: *Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste*. Stuttgart: Steiner, 31–70.
 - (1998 b): Spontaneous Conformity in History. In: *Hagemann, H./Kurz, H. D.* (eds.): *Political Economics in Retrospect. Essays in Memory of Adolph Lowe*. Cheltenham: Edward Elgar, 235–256.
 - (1998 c): Xenophons „Oikonomikos“: Der Anfang welcher Wirtschaftslehre? In: *Schefold, B.* (Hrsg.) (1998): *Vademecum zu einem Klassiker der Haushaltsökonomie*. Kommentarband zum Repr. von Xenophon (zw. 385–370 v.Chr.): *Oikonomikos*. Repr. Hamburg 1734 (Klassiker der Nationalökonomie). Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen 1998, 5–42.
 - (1999): Antike Theoriebildungen. In: *Korff, W.* (Hrsg.): *Handbuch der Wirtschaftsethik*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 1999, Bd. 1, Kap. 4.1, 344–358.
 - (1999 a): Wege aus der geistigen Enge der Ökonomie. Zum Zusammenhang von Wirtschaft und Kultur sowie von Nationalökonomie und Geisteswissenschaften. In: *Lehner, F.* (Hrsg.) (1999): *Wertschöpfung – Maßstäbe einer neuen Ökonomie*. (Arbeit und Technik Bd. 12, Schriftenreihe des Instituts für Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen). München und Mering: Hampp, 134–144.
 - (2000): Von den Pflichten. In: *Schefold, B.* (Hrsg.) (2000): *Vademecum zu dem Klassiker des römischen Denkens über Staat und Wirtschaft*. Kommentarband zum Repr. von *Cicero, M. T.*: *De officiis*. Repr. (Klassiker der Nationalökonomie). Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen 2000, 5–32.
- Smyth, R. L.* (Hrsg.) (1962): *Essays in Economic Method*. London: G. Duckworth.
- Xenophon* (zw. 385–370 v.Chr./1734 n. Chr.): *Oikonomikos* oder *Xenophon vom Hauswesen*. Repr. 1734 (Klassiker der Nationalökonomie) Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen 1998 und Kommentarband: *Schefold, B.* (Hg.): *Vademecum zu einem Klassiker der Haushaltsökonomie*. (Klassiker der Nationalökonomie). Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen 1998.

Contributions of the Older German Schools to the Development of Utility Theory*

By John S. Chipman, Minneapolis, USA

Introduction

The contributions of German economists to utility theory in the 19th century are virtually unknown outside Germany, and today hardly even known inside it.¹ Yet *Streissler* (1990), in a pioneering article, has shown convincingly that they played an enormous role in the later development of the “Austrian school”; he has also explained the reasons for their neglect. The present paper, stimulated entirely by *Streissler*’s, tries to probe a bit more deeply into one aspect of this development: the utility theory that was handed down to the Austrians.

My conclusion is that the major figure in all this development was Karl Heinrich Rau, whose treatise (which went into eight editions) had an extraordinary influence. Rau introduced in the second edition (1833) a dichotomy between two types of “use value”: “species value” (*Gattungswerth*) and “concrete value”, the first being an objective quantity, independent of the quantity consumed of the goods in a given group (“species”) of goods, and the second a function of these quantities. One of Rau’s principal concerns was the measurement of national wealth, and he was aware that the use of current market prices in such an index would not correctly

* Presented at the meeting of the Dogmenhistorischer Ausschuß in Ulm, 13 May 1999. I wish to thank Erich Streissler and the other participants in that meeting for their valuable suggestions; and above all I am especially grateful to Christian Scheer for his very detailed and penetrating comments on successive drafts. An earlier version of this paper was presented on the occasion of the receipt of an honorary doctorate at the University of Würzburg, 18 December 1998. I wish also to thank Prof. Werner Tschiderer of the University of Salzburg for his help in retrieving the 1933 Blum manuscript for me (see footnote 93 below); to Cherie Weston and other members of the University of Minnesota Library’s Interlibrary Loan services for their invaluable help and cooperation in gaining access to difficult-to-find sources; to Roger Rosko for his magnificent help with the translation of the many German sources cited here; to Karen Rosenflanz and Igor Livshits for their help with the Russian sources, and to Selma de Ridder for her help with the Dutch source. Unless otherwise stated, italics in quoted passages correspond to emphasized words in the originals.

¹ Since this paper was completed I came across a fine study by *Baloglou* (1995) and an interesting collection of articles edited by *Priddat* (1997) (including one of his own on Rau’s *Gattungswerth*), showing that a revival of interest in this subject is well underway.

indicate the direction of movement of national welfare; some fixed prices needed to be used, and this function could be served by the “species values”, except that these could not be directly observed, but only estimated on the basis of past prices. On the other hand, a different concept of use value was needed to explain market prices, and this was the “concrete value”. He (at first) adopted the heroic postulate that under the assumption of satiable wants (an assumption that was accepted by almost all the German writers, and was fully retained by their Austrian successors), within the bounds of satiety (“requirement”) of a commodity, the species and concrete use values would agree; beyond these bounds the concrete use value would be equal to be zero, or to the “exchange value” (price) if higher. This discontinuity was clearly a source of discomfort to Rau who, in successive editions of his work, kept finding ways to smooth it over; he finally (1868) allowed the use value to decline continuously below the species value beyond the “requirement” level, as a function of the quantity consumed, thus in effect dispensing with the assumption of satiable preferences. Already in the earlier editions he allowed for insatiable preferences, and for these he introduced in the fifth edition (1847) a clear statement of the principle of diminishing marginal utility (that is, concrete use value as a decreasing function of the quantity consumed), successively clarified in later editions.

Rau’s principal followers were the three founders of the older historical school (Hildebrand, Knies, and Roscher), who developed Rau’s theory in a particular way: under an assumption, deeply influenced (via Hildebrand) by Proudhon, of unitary price-elasticity of demand. *Hildebrand* (1848) identified a commodity’s constant expenditure share under unitary price elasticity with Rau’s species value. With this, Hildebrand introduced a formulation of the law of diminishing marginal utility and a demonstration that concrete use value and exchange value remained proportional to each other; this was reiterated by *Knies* (1855), who then tried to use Hildebrand’s model to explain the data brought to light by *Roscher* (1854), showing that increases in grain output were accompanied by declines in the market value of the total output. Since these data (exhibiting inelastic demand) were inconsistent with Hildebrand’s assumptions, already a great difficulty in the theory had to be faced; Knies’s attempted explanation required adjusting the premise of constant expenditure shares in an *ad hoc* manner. *Roscher* (1857) used the Hildebrand-Knies model to provide an explanation of Smith’s paradox of value, but his brief demonstration was difficult for others to follow, and he finally withdrew it from his treatise.

In section I, I survey the contributions that appeared prior to the publication of the first edition of Rau’s treatise (1826), with attention to their focus on use value and exchange value. It appears that, without exception, these writers considered “use value” – a concept which of course descends from Smith’s “value in use” – to be a quantity that was independent of the amount consumed. While Storch regarded it as quite variable, being subject to the whims of human evaluation, nevertheless he along with the others made no connection between use value and quantity consumed. This tradition was broken in 1833 by Rau’s introduction of the

“concrete” or “quantitative” use value, which he juxtaposed with the older concept, which he called “species value” and later, following *Riedel* (1838), “abstract value”. He made explicit the relative constancy of species value, allowing it to differ according to climatic and other conditions, and he stressed its dependence on physical attributes, relating, for example, the species value of different kinds of grain to their nutritive power. As further developed by *Friedländer* (1852), *Knies* (1855), and *Michaelis* (1863), this foreshadowed the theory of “characteristics” introduced by *Lancaster* (1971).

In the fourth edition of his work (1841a) and shortly thereafter in a Belgian journal (1841b), Rau introduced intersecting supply and demand curves independently of *Cournot* (1838); he also noted that an individual’s demand-price for a quantity of a good was equal to its “concrete use value” (marginal utility) divided by the marginal utility of income, which he took to be the reciprocal of income. I also show that the idea of a hierarchy of wants, usually attributed to Menger, had been fully developed by, among others, Soden, Lotz, Hermann, Rau, Riedel, Friedländer, and Knies, and that Rau and Knies pioneered in the development of a theory of substitutable and complementary commodities.

In the subsequent sections I examine the contributions author by author, except that I have dealt with those of Hermann and Riedel within the other sections. The question obviously arises: where does Gossen fit into this development? I have therefore devoted a section to Gossen, showing among other things that (1) his subjective and even utilitarian approach was fully in the tradition of German economics; (2) the greatest influence on his development was that of Rau; and (3) a special assumption he introduced to simplify his theory made it equivalent to Rau’s theory as reinterpreted by Hildebrand, Knies, and Roscher.

I conclude with two sections discussing the reactions of outside commentators (mostly two Ukrainians) on the German economics of this period, and those of later German and Austrian writers, including in particular Knies’s two students, Wieser and Böhm-Bawerk.

I. Contributions prior to Rau

The study of the theory of value and utility began in earnest in Germany with the translation by Garve of Adam Smith’s *Wealth of Nations* in 1794, and the expositions and developments of Smith’s work by *Sartorius* (1796) and *Lueder* (1800–1802). There followed a steady development up to the 1880s. In this section I treat the writings that preceded *Rau* (1826), whose work started a whole new train of thought.

1. Kraus

One early response to Smith's work, by a student and later colleague of Kant's, C. J. Kraus – whose work did not see publication until after his premature death –, provides an illustration of the excitement generated by Smith's work (cf. *Kraus*, 1808, § 16, pp. 102–3):

The unit or measure of exchange value devised by Smith is as important for political economy [*Staatswirtschaft*] as is the unit of velocity devised by Galileo in physics. And the notion of regarding labor as the absolute value and the basic standard of value of all things is – to the customary notion that regards money as the absolute value and basic standard of value of all things, including labor – what the Copernican or Newtonian astronomy is to the common view that the earth is at the center of the universe and the sun and stars rotate around it.

As we shall see, however, later German writers – with the partial exception at least of *Michaelis* (1863) and *Schäffle* (1870b) – were to replace the notion of measuring the value or utility of a thing (or of an amount of a thing) by the amount of effort one was willing to devote to obtain it, by the notion of the subjective esteem, or utility, that one attached to the thing, or to an amount of it. This was to go hand in hand with the notion of measuring the utility of a *bundle* of things – “wealth” in Smith's conception – by a weighted average of its commodity components, the weights being appropriate indicators of the commodities' “value”.

2. Schlözer

An early exposition by *Schlözer* (1805, §§ 50–52, pp. 39–41) follows Smith quite closely, but also departs from Smith in an interesting way:

As long as someone does not contemplate *exchanging* a good which he possesses, but consumes it himself, solely its *inner*, or *absolute*, or *use value* comes into consideration. As soon, however, as he has a mind to sell it, he must also take its *relative* or *exchange value* into consideration. Such a person is one who values the utility of a good in relation to other goods as one who is in a position to obtain for himself a greater or smaller quantity of other goods through exchange.

Both values, *use value* and *exchange value*, are completely independent of one another. The evidence shows this. For there are goods which possess a high *use value* but scarcely any *exchange value*. For others the reverse is true. Nevertheless there are many [goods] that also possess both values at the same time.

Water has a high *use value* and *no exchange value at all*. A *precious stone* possesses a *high exchange value* and *hardly any use value*. Finally, *metals, grain, cattle, wine*, etc., have both values at the same time.

No-one, for example, would be willing to give up a *pearl* for a pail of *water*, notwithstanding the latter possesses a far *higher use value*.

Now Schlözer proceeds to fill the gaps in Smith's argument and explain this paradox (§ 52, p. 41):

That the *exchange value* of a thing stands in relation to the *quantity of goods that other people are inclined to give for it*, is subject to no doubt. This *disposition to give up more or less for a thing* is again none other than the action of the *greater or less desire* to place oneself in possession of a thing. If we now find this degree of desire for various things to be entirely independent of their inner value or of the utility which they promise in use . . . , then it is clear that there must be another basis upon which this desire for a thing, or the relative desire that one assigns to it – its exchange value – depends.

What is this “other basis”? It is the allocation of people's productive powers (§ 53, p. 41):

We find this basis in the natural *indolence* of each and every man, and in his *self-interest*. Accordingly, man's endeavor is directed towards *enjoying* without *exerting* himself proportionately, and thus each is concerned with gaining possession of the fruit of a third party's *productive powers*.

In a very detailed analysis of the motivations of two contracting parties in using their “productive powers”, he comes to a precise explanation of the paradox of value as follows (§ 53, pp. 44–45):

. . . nobody would be inclined to give up a *pearl*, which is completely devoid of inner value, for a quantity of *water* with all its inner value; for it costs an insignificant expenditure of energy [*Kraftaufwand*] to gain possession of the latter [water] and a very great one to gain possession of the former.

Thus Schlözer here essentially follows Smith in arguing that a pearl will require a greater effort to obtain than water. But if pearls have no “inner value”, why will people want to acquire them? Schlözer at least had the merit of recognizing that this was a problem, but chose to postpone the answer to a future occasion (1805, p. 45):

. . . as concerns the *causes* which enable men to direct the expenditure of their energy to the acquisition of a good which, like a pearl . . . , possesses *no inner value* whatsoever and for this reason appears to designate a completely worthless good, this is another question, and its resolution does not yet belong here.

According to what criterion does Schlözer assign higher “inner value” to one good than to another? He says (§ 53, p. 45) that “if the *inner* or *use value* were to serve as the standard, then the exchange value of iron would have to exceed that of copper”, suggesting, in part at least, that certain physical attributes of iron make it more useful to people than copper; likewise with water and pearls.

3. Fulda

Fulda (1805) was perhaps the first of the German economists (and one of the few early ones) who recognized that human need was more fundamental than labor in determining value, since it was the motivating force for the exertion of labor in order to satisfy the need. The following is his nice statement to this effect (§ 16, p. 11):

Indisputably, need lies deeper than labor, for the former first gives rise to the latter. If, therefore, practically everything which sheer existence, in addition to living well, requires can only be obtained through labor, we are then not entitled to regard labor as the first price which is paid for all things, and hence to regard it as the true measure of the exchange value of all goods; rather, life, and living well itself, is what it is that induces us to estimate these values.

4. Soden

Like the three previous contributions, *Soden's* (1805)² had found its starting-point in Smith (1776); but there the resemblance ends. In the preface to his work (1805, p. III), Soden points out that it originated in a request he received from a critical journal to review Smith's work as translated by Garve in 1794, and that he realized that he needed much more space to expound his views than was permitted by a journal devoted to book reviews. But his judgment of Smith's work was hardly flattering; after stating (p. IV) that it "undoubtedly possesses great merits", he went on to complain of its "lack of logical order, of a correct view of the whole, of a solid coherence, and of a systematic plan." Thus, "one can regard Smith's work only as praiseworthy fragments." For such judgments Soden was severely rebuked by *Hermann* (1832, p. 47) and *Roscher* (1874, p. 677). Soden also characterized Smith's "political economy" [*Staatswirthschaft*], with its principle of the "highest welfare of the state domestically", as one that "places nations in a state of mutual antagonism, and would have to dissolve the bonds of world citizenship" (p. VII). He therefore replaced this by his proposed science of "national economics" [*Nazional-Ökonomie*], which would embrace "the entire science of humanity" – as if Smith would have disagreed with such an objective.³

² Count (later Imperial Count) Soden had an unusual and colorful career (cf. *Schmidt* (1893, 1901), *Schanz* (1911, pp. 50–52)). At age 14 he wrote the libretto for an operetta that was subsequently set to music and performed on several stages; he later became a theater director and dramaturge, made the acquaintance of Mozart in Vienna, and in later life built theaters in Bamberg and Würzburg. In 1803 he submitted one of his plays to Goethe for his consideration; Goethe responded (cf. *Rothkirch* 1999, p. 15) by devoting the fifth stanza of Part I of his "Der neue Alcinous" (*Goethe* 1803: 1893, p. 164) to "Der Director *Graf von Soden*". Soden held a number of high government posts; his political career, stopped in its tracks by the Napoleonic invasions, is well recounted by *Rothkirch* (1999) (I am indebted to Prof. Scheer for this reference). And (cf. *Schanz* 1911) he engaged in some quixotic business ventures that cost him most of his fortune. He did not turn to economics until his fifties; for the circumstances, see footnote 4 below.

What is particularly interesting about Soden's work is its strong (pre-Benthamist) streak of utilitarianism, possibly stemming from *Quesnay* (1767, pp. 391–398; Meek, 1962, pp. 211–213) or *Le Mercier de la Rivière* (1767, Ch. IV: I, p. 45; Ch. XXIX: II, p. 85), but undoubtedly with a firm basis in Stoic philosophy (particularly that of Marcus Aurelius Antoninus with its emphasis on world citizenship).⁴ Thus, the “principle of national economics” is “the generation of prosperity

³ By contrast, and much more accurately, *List* (1827) criticized Smith for his cosmopolitanism and failure to appreciate the importance of the nation state. Soden continued with his distinctions in Vol. IV of his work (1810, §9, p. 5) replacing the terminology *Staats-wirtschaft* (literally “state economics”) by *Staats-Haushaltung* (literally “state housekeeping”), which he identified with the French *économie politique*, yet defined formally (§15, p. 8) as “the aggregate of rules according to which the state administration determines the rights and duties of citizens in their social relationships”. In an apparent dig at J.-B. Say's translator *Jakob* (cf. Say 1807) he stated (§11, p. 6n): “*Staats-Haushaltung* is what the French call *économie politique*. National economics (*économie nationale*) as a science of its own is still foreign to them.” However, *Jakob* had rendered Say's *économie politique* as *National-Oekonomie*. Ironically, the term *économie politique* in the title of the work by *Baden-Durlach* (1772) so admired by Soden (see footnote 4 below) was translated by *Saß* as *Staats-haushaltung* (*Baden-Durlach* 1782). Later (1812) *Soden* devoted an entire monograph to *Staats-Haushaltung* (which, logically, he could not include in his 9-volume work); while it lists (p. 14) *Smith* (1776) and *Say* (1803, 1807) as examples of the subject, as well as *Jakob* (1809) (though with the erroneous title *Grundzätze der National-Wirtschaft!*), the book consists largely of definitions of terms and does not cover any of the substantive material dealt with by *Smith* and *Say* (or *Jakob*). On Soden's subsequent controversy with *Jakob* see footnote 9 below.

⁴ *Lenz* (1924, pp. 9–11 ([413]–[415]) has argued the case that Soden, while in Würzburg writing his *philosophischer Versuch* (the title of one of *Schelling's* works) in his fifties (see *Groß*, 1892), fell under the influence of *Schelling* (1799, 1803), twenty-one years his junior and at that time professor of philosophy at Würzburg. His argument is that *Schelling's* concept of productive power or force (*Produktionskraft*) (e.g., *Schelling*, 1799: 1858, pp. 171–2) is the source of Soden's concept; but we have seen that this concept was also in *Schlözer* (1805) – indeed it is found in the Introduction and Book I, Chapter I, of *Adam Smith* (1776) (see also *Sommer's* comments in *List* (1930, p. 509)). Even if this is so, however, it cannot account for Soden's utilitarianism. *Schanz* (1911, p. 51) recounts that on a visit to Karlsruhe and *Durlach* in 1789, Soden made the acquaintance of the physiocrat *Carl Friedrich, Margrave of Baden-Durlach*, whose essay (1772, p. 3) had proclaimed that “the welfare of the human race consists in the multiplicity of its enjoyments”, and who had carried out an extensive correspondence with *Mirabeau* (1769–1789) and *Du Pont* (1771–1806) (cf. *Knies* 1892). (As pointed out by *Mirabeau* in a letter of 14 June 1772 to *Carl Friedrich* (*Knies* 1892, I, p. 59) referring to the latter's 1772 article, *Du Pont de Nemours* (editor of the *Éphémérides*) had edited and cut the essay substantially, reducing it “to a lapidary style”.) *Schanz* quotes from Soden's unpublished autobiography (in which he referred to himself in the third person) as follows: “they devoted a number of unforgettable evenings to informative conversations primarily on national economics And it is these conversations which above all caused Soden to dedicate himself thereafter to this field of literature.” We know from a letter of 1770 from *Carl Friedrich* to *Mirabeau* (*Knies* 1892, I, p. 18) that the former had arranged to have *Du Pont's* (1768) exposition of physiocratic doctrine – which was particularly that of *Le Mercier* (1767) – translated into German. Given the fact that Soden had already published a prize-winning treatise on criminal law (1782–1783, second edition 1792), one might be tempted to conjecture that he might have been influenced in his utilitarianism by *Beccaria's*

distributed amongst the greatest number of people” (*Soden* 1805, § 88, p. 106); that principle is “human welfare, and this consists in the sum-total of pleasures” (§ 104, p. 140); “the goal of production is pleasure, whether this pleasure is only sensual and animal, or moral and spiritual” (§ 108, p. 147); “the principle of national economics does not intend that man *merely exist*, but rather that he *enjoy*, and exist *in order to enjoy*” (§ 159, p. 224); “well-being consists in pleasure” (1806, § 294, p. 173); “the principle of national economics is that of world citizenship [*ist Weltbürgerlich*]. National economics can have no other goal than to secure lasting well-being [*Wohlstand*] for the greatest possible number of citizens” (1806, § 301, p. 188). “First of all, national economics is concerned with prosperity [*Wohlstand*], with the *pleasure* of the greatest possible number of people ...” (1808, § 450, p. 10); “The principle of national economics, namely the greatest possible welfare for the greatest number of national citizens, entails *freedom* of productive power” (1810, § 323, p. 243); “The greatest possible welfare of the nation is the law of national economics” (1810, § 340, p. 263); “The principle of national economics is the greatest possible *serene [heiterer] life-pleasure*” (1811, § 180, p. 130); “The national-economic principle, which intends that the greatest possible number of people live in well-being [*Wohlstand*], is then determined and delimited by the human organism itself” (1816, § 206, p. 277).

In order to remedy what he regarded as Smith’s “lack of exhaustive definitions and properly formulated complete concepts” (1805, p. V), Soden laid out a classification of different types of value, as follows (1805, Ch. III, §§ 43–44, pp. 39–42; 1810, §§ 53–62, pp. 23–26): “positive value” is defined as the capacity of a commodity to produce “enjoyability”, as evidenced by the “urge for its possession”; in particular (§ 44), scarcity or abundance “are foreign to the concept of *positive* value”, and “whether a good is scarce or abundant ... has nothing to do with its enjoyability, with the *urge for its possession*”; thus, the degree of positive value has nothing to do with the scarcity or abundance of the commodity, nor the difficulty of procuring it, whereas these are properties of what Soden calls “comparative value”. Thus, “positive value” seems to be just another name for an interpretation of Smith’s “value in use”, and “comparative value” for Smith’s “value in exchange”.⁵ These concepts are best understood by seeing how Soden uses them in the following illustration (§ 46, pp. 44–45):

work (1764), especially given that according to *Liebel* (1965, p. 18) it had made a strong impression on the Margrave. But there is no trace of such influence in this work. The utilitarianism first appeared in his 1805 work.

⁵ *Hufeland* (1807, I, § 33, p. 130) spoke of Soden’s “piled-up new terminologies”; and *Hermann* (1832, p. 47) stated: “Count Soden changes nothing substantial [in Smith’s theory], [but] only replaces comprehensible names by incomprehensible ones.” List, who had earlier described Soden, who had contributed to a weekly journal that List edited, as “the most celebrated German author in political economy” (cf. *List* 1827: 1931, pp. 111, 380), later said of him (1841, p. LI; 1930, p. 30): “Count Soden, whom I knew quite well, was, in contrast [to Lotz], incomparably more learned in his social intercourse than in his writings, and he was exceedingly liberal in the face of doubt or contradiction. What is new in these writings con-

Water, however, has positive value for humanity under all conditions, because it contains enjoyability, in other words urge to possession. Absence of scarcity does not exclude the concept of positive value. We see that in dry areas water is sold or apportioned to the inhabitants; and in the deserts of Africa water is of inestimable value. Through the absence of scarcity, the surplus amount of a good, though not the good itself, can thus lose value.

We see here that Soden is rather loose in the use of his own terminology: as Hildebrand and Knies (and of course Menger) were later to stress, each unit of a good must (owing to arbitrage) have the same value – unless one has in mind two quite different concepts of “value”, as is apparently the case here: the value of a good abstractly considered (“positive value”), and the value of a particular quantity of the good (“comparative value”). Thus, we may understand Soden to mean that water never loses its “positive value” but may lose its “comparative value”. This is confirmed by (at least) two other passages: First: (1805, § 46, p. 45):

If a diamond, as in *Eldorado*, rolled on the streets, then it would surely lose the greatest part of its comparative value, though indeed not *all* of its positive value. It would have the value of gleaming pebbles. But scarcity increases the degree of its comparative value; for this reason the Crown of Portugal has all diamonds from Brazil which exceed a certain weight and a certain size deposited in the royal treasury.

If this treasury were opened, the diamonds would indeed not lose their positive value, but a major part of their comparative value.

At first Soden equivocates, allowing the diamond to lose *some* of its positive value, but he later corrects himself. Second: In Vol. 2 (1806), he states (§ 355, p. 327) that there was no international agreement concerning the relative values of gold and silver, but that “no doubt there was agreement that gold should have a significantly higher positive value [than silver]. This lay in its greater metallurgical nobility. There was also agreement that the degree of its comparative value was considerably higher; this lay in its scarcity.” This suggests that “positive value”

sists primarily of method and terminology. Unfortunately, however, the latter is far more grandiloquent than the former, and would lead the science even further into the mud of scholasticism than that of Smith or Say.”

Stein (1858, pp. 42, 46), who himself rivals Soden in obscure terminology, expressed bewilderment over Soden’s concept “*Ktemometer*” (cf. *Soden*, 1806, § 338, pp. 299–300, and § 339, p. 308n), which was presumably a misspelling of *Ktenometer* (ctenometer), which he used to express a measure of wealth in integral multiples of a smallest discernable unit, by analogy presumably to the teeth of a comb (from the Greek κτενός). Soden later (1825, p. 3) replaced this by the more sensible terminology *wealth-meter* [*Vermögens-Messer*]. Although expressed only in the vaguest terms, this idea may be conceived as foreshadowing the use by *Weber* (1834, 1846) and *Fechner* (1860) of the concept of “just-noticeable differences” to obtain a measure of sensation. As we know, this idea was championed by *Edgeworth* (1881, p. 7) as a basis for measuring utility. In particular it led to what *Fechner* (1860, I, pp. 64–5; 1966, p. 54) called “Weber’s Law”, according to which sensation is a logarithmic function of the stimulus (measured in natural units). This law was compared by *Fechner* (1860, I, pp. 236–8; 1966, pp. 197–8) to that of *Bernoulli*’s (1738) utility function adopted by *Laplace* and *Poisson* (see footnote 103 below); see also *Wundt* (1874, pp. 304–7, 432–4; 1880, I, pp. 356–361, 468–9). Of course, this all went far beyond Soden!

depends (at least in part) on certain physical attributes of the good that make it potentially useful to people.

5. Jakob

Jakob was one of a number of German economists who at some points in their careers took up teaching positions in Russia, which then included the Ukraine and the Baltic States, and who according to *Roscher* (1870) formed a “German-Russian school”.⁶ Jakob, who taught at Halle, and had to move to Kharkov during the Napoleonic invasions, produced the first German translation of Henry Thornton’s *Paper Credit of Great Britain* in 1803 and of J. B. Say’s *Traité* in 1807.⁷

The idea of a distinction between a type of value that is independent of quantity and one that is dependent upon quantity is suggested by the following passage from *Jakob* (1805, 1809, § 29, p. 16):

The value of a thing . . . comes to be determined either through the type of need and degree of urgency for the thing, or through the quantity and type of useful things which are received for it. The first may be called the *need value* [*Bedürfnißwerth*], the second the *exchange value*.

A revised version of this statement appeared in the third edition of Jakob’s text (1825, § 40, p. 36):

The principle of exchange is . . . *value*, i.e., the *magnitude or degree of utility* of a thing. However, one can consider the utility of a thing from a dual standpoint: 1) its fitness for the satisfaction of needs; 2) its fitness to be exchanged for other means of satisfaction. The first kind of value may be called *need value*, the other the *exchange value*.

In the version from the first two editions, quantity is mentioned only with respect to exchange value, which suggests that “need value” is considered to be independent of quantity. The main reason for drawing this inference, however, comes from a remarkably explicit statement by one of Jakob’s students, the French-born naturalized British economist *Daniel Boileau* (1811, pp. 6–7).⁸

⁶ Roscher discussed the work of Schlözer, Storch, and Georg Cancrin (Kankrin), and mentioned Jakob in a footnote. He did not include Friedländer, who taught in Estonia. He later (1874, p. 1041) added *Bernhardi* (1849). The concept of a “German-Russian school” was subsequently challenged by Seraphim (1924).

⁷ Jakob began his career as a philosopher and published numerous philosophical works including one on natural law (1795a). These advanced (and according to *Prantl* 1881, plagiarized) Kantian philosophy. He founded and edited the *Annalen der Philosophie* in 1795–97, which featured anonymous book reviews and signed short notes. One of the former – a scathing review (Anonymous 1795) of *Schelling’s* first work (1795), which described it as “a satire on the altogether newly woven and yet-to-be woven spiderweb of overly refined and fruitless speculations . . . in the face of which the most subtle of scholastics must go into hiding” – was undoubtedly by Jakob himself (see footnote 9 below). For a good discussion of Jakob’s later economic contributions see *Pototzky* (1905).

The value of a commodity is determined either by the kind of want which it supplies, and the degree in which it is necessary, or by the number and sort of useful things which may be obtained for it in exchange. One is its intrinsic, real value, value in use; the other its exchangeable value. Or in other words, one is its absolute value; the other its comparative or relative value. One depends entirely on the nature of the commodity itself, and is uninfluenced either by its quantity and the demand for it, or by the quantity of, and demand for any other commodities. Relative or exchangeable value supposes that an operation of barter renders it necessary to compare one commodity or a portion of it, with another, or the portion of another commodity; and this comparison always depends on the proportion between the supply of and the demand for both commodities.

The above-quoted passage from the third edition of Jakob was followed by the following Remark (*Jakob*, 1825, § 40, p. 36):

From the stipulation that the expression *value* designates the magnitude or degree of goodness or utility of a thing, it would appear that this concept is by itself so obvious and clear that it retains its clarity in all of its applications. The distinctions among *positive*, *comparative subjective* and *objective* value etc. appear to me to amount more in the way of scholastic subtleties and fruitless torment than to advance the science.

This barb, directed at Soden, has an interesting history which is worth reporting; I relegate it to a footnote.⁹

⁸ This work is described in the fine study by *Kaulla* (1906, pp. 206–7) as a “reworking of Jakob’s book”. Boileau was self-effacing enough to state (pp. v–vi): “I lay no claim to either originality or invention. My work is merely a compilation, founded partly upon Professor Jacob’s text book for German universities [*Jakob* (1805)], and partly upon additional notes of my own.”

⁹ In a postscript (*Nachschrift*) to Vol. I of his work (*Soden* 1805, p. 328), dated March 1805, Soden had stated: “During the printing of this volume, Professor Jakob . . . was good enough to share with me his just-published compendium on national economics . . . It is certainly flattering to me that this worthy scholar has come upon the idea of recognizing national economics as a *science of its own* at the same time as I. . .” (This reappeared as a Notice (*Nachricht*) in the 1815 reprint of the first four volumes of his work (*Soden* 1815, I, p. XIV).) However, in Vol. IV of his work, *Soden* (1810, p. 10n) remarked: “At the same time that the first volume of my work on national economics was published, so was the textbook by the worthy Herr Professor Jacob on national economics, which he understands to be *Staats-Haushaltung*. The content demonstrates, however, that we have in common only the name, though not the concept, of the science.” (See footnote 3 above.) Jakob protested (1819, § 269, pp. 159–161) that “I cannot let the small honor be taken from me of having perceived and undertaken the exposition of the necessity or usefulness of separating out a science which includes a self-contained theory of national wealth . . .”

The origins of the squabble are to be found in a letter from Jakob to Soden dated 9 May 1805 and published in *Schanz* (1911, letter 5, pp. 67–8). I wish to thank Professor Scheer for tracking this reference down; the letter had been cited – and to a degree misquoted – by *Lenz* (1924, p. 7), who did not supply the source. This letter had been preceded by one of 13 April 1805 in which Jakob asked Soden whether there was any chance of his being able to occupy a vacant chair at the University of Würzburg (*Schanz* 1911, letter 4, pp. 66–7). We may assume that Soden’s reply was not encouraging. In the subsequent letter of May 9th Jakob stated (p. 68): “You have withstood an arduous struggle with the concepts of value and price. In reading my book I think you will perhaps find that I too have envisioned all the difficulties

6. Sartorius

Despite having been the earliest expositor in German of Smith's work, *Sartorius* (1806) was by no means uncritical of his master, starting out his text with the statement concerning Smith's theory of value (1806, p. 1): "Adam Smith's theory appears to be partly obscure and partly defective." Like Schlözer before him, Sartorius proceeded to try to fill the gaps left untreated by Smith. Thus, for example (1806, Ch. I, p. 10):

Water has in most regions either no or very little exchange value; it is produced by nature in such quantities that, as a result, as a rule nearly all the demand is satisfied. But where this is not the case, as in most regions of the orient, the wells there are true treasures and have an exchange value through the need for and scarcity of the thing.

This was followed by a substantial elaboration and a number of illustrations, but the analysis did not go as deep as Schlözer's.

7. Hufeland

The most noteworthy aspect of Hufeland's approach was his emphasis on the role of knowledge in the estimation of value. A good has value because it is a means for a human purpose (1803, § 255, p. 96). Thus, referring to *Sismondi* (1803, Vol. I, p. 30), he stated (1807, Vol. I, § 3, p. 21): "the inhabitants of New Holland, for example, are poor not primarily on account of the fact that they do not work, as Simonde would have it according to Smith's principles, but rather because they don't know any purposes for the things that nature offers them in such abundance (which other better instructed people know to value as means, and thus as goods)."

With regard to the theory of value, however, Hufeland adheres closely to Smith. Thus he says (1807, § 30, p. 121): "If each person merely had purposes and goods for himself alone, then no significant amount of goods, and no significant wealth, is imaginable, either for the individual or for a large number of people." His treatment of the paradox of value does not go significantly beyond that of *Lauderdale*

these concepts give rise to." He continued with a criticism of *Soden* (1805): "The introduction to your work seems obscure to me here and there, although the gist of it emerges clearly enough. For a work that is to gain acceptance by statesmen I would want absolute clarity, and freedom from scholastic terminology, which practical men have a horror of, particularly when it is drawn from the very latest – or even just the more recent – philosophy; and furthermore, for what does a man like you need aids of this kind? Nonetheless, the air of Würzburg seems to have rendered this evil endemic, so that even your work has been unable to remain entirely free of it." The allusion is evidently to Schelling (see footnotes 4 and 7 above). In later years, however, the two men appear to have acquired some respect for each other. *Soden* (1817, p. 26) referred to *Jakob* (1805) as "one of the most thoughtful [*denkensten*] recent economic writers", while *Jakob* (1821, p. 20) for his part referred to Soden's 1811 work as "an original and noteworthy system of public finance."

(1804), which he cited. He did introduce some terminological innovations of his own, though based on *Sismondi's* (1803, I, p. 283) “intrinsic” and “relative” price, namely the “inner price” set by a supplier, and the “outer price” set by a demander (*Hufeland*, 1807, I, pp. 132–136), but these simply correspond to what *Marshall* (1890) later called the “supply price” (Book IV, Ch. I, p. 189) and “demand price” (Book IV, Ch. VII, p. 298) respectively.

8. Lotz

Lotz's work shows the strong influence of Soden and Hufeland. He states (1811, I, § 4, pp. 14–15) that Soden “refers to the value which the human mind assigns to a good on the whole and independently of the value of other goods as the *positive* value of that good; the value, in contrast, which it assigns to a good in comparison with another is called its *comparative value*” (Lotz's emphasis); and that the degrees of positive value “are determined according to the degrees of fitness of a thing as a means for human purposes” (1811, I, § 5, p. 17). However, without apparently realizing it, Lotz departs from Soden in defining comparative value simply as the ratio of two positive values; thus, the comparative value is also independent of quantity. These concepts are thus not intended to provide explanations of market prices. The “actual price” was explained by the interaction of supply and demand (1811, § 33, pp. 112–115), without reference to the concepts of positive and comparative value. Particularly significant in relation to Rau's subsequent work is the following passage from Lotz (1811, I, § 8, p. 30): “For each species, characteristic features must be sought out by which it can be recognized precisely and reliably. The characteristic feature of *use value*, however, can be none other than: *fitness of a good as means for the one or several particular personal purposes of a particular individual* who either possesses, or at least wishes (*desires*) to possess that good”. (Italics in original).

Lotz (1811, I, § 6, p. 21) apparently used the term “absolute” in a different sense than Soden: “It lies in the nature of the case that each determination of the degree of positive value of a good can never be anything other than *absolute*. *The fitness* of a good as a means for human purposes is in this case the only principle which can guide the determination of degree, and this principle is one and the same for all goods.” We see here the remarkable fact that instead of ranking *bundles of goods* (as economists do today), Lotz sought to find a rank-ordering of *individual goods* (or at least, individual species of goods), independently of the quantity of them available to the consumer. This foreshadowed the idea of a hierarchy of wants developed by *Hermann* (1832, pp. 349–350; 1870, pp. 616–617), *Riedel* (1838, §§ 18–22, pp. 15–18), *Friedländer* (1852), and *Knies* (1855); that this is the proper way to interpret Lotz's concept of positive value is confirmed by a remark in his later work (1837, p. 25, note **) that, similarly to his own ideas, “an idea entirely of his own” had been developed by *Louis Say* (1827, p. 29), in a pas-

sage which I quote: “one can obtain quite well a general idea of the utility of each object of consumption by examining those of which one would decide to deprive oneself successively with successive declines in one’s income.”

Lotz was apparently untroubled by the paradox of value (1811, I, § 7, pp. 24–25):

One of the most important factors which must always be scrupulously taken into consideration, both in the determination of the positive value of goods as well as in the ascertainment of their relative value, however, is the *fitness of a thing for the direct satisfaction of human purposes*, and its *fitness for their mere indirect realization*. Goods of the first sort deserve beyond any doubt one of the highest places in the rank-ordering of human goods. Their value is truly the highest which goods can generally have; leaving aside the fact that in human trading activities they do not always appear in this position, but rather, in the rank-ordering of the individual things of value, very frequently many of these goods have been assigned an exceedingly low position, no matter how undeniable it may be that according to their use value they deserves a far higher place. Water and air, two of the most indispensable needs in human life, and indisputably goods of highest value, are conspicuous examples of this. Both are goods having direct fitness for human purposes, and nonetheless in human trading activity they frequently are second to goods of the most indirect fitness. –

No attempt was made to explain this divergence between his theory and the observed facts. Later (1821, p. 42; 1837, p. 41) he made the claim (contrary to all evidence!) that “a thing to which we ascribe a high value *generally* tends to have a high price in trade.”

The same material that is developed in §§ 3–10 of Lotz’s early work (1811, pp. 9–36) is covered in §§ 8–20 of his two later works (1821, pp. 17–74; 1837, pp. 18–73) but with more elaboration. In these Lotz makes the intriguing observation that the concepts “positive value” and “comparative value” are to be found in a work of John Locke,¹⁰ but I have not been able to verify this in any of Locke’s writings.

¹⁰ Cf. Lotz (1821, I, § 10, p. 23, note **; 1837, I, § 10, p. 25, note **), where he states: “With regard to what I have said here about the dependence of the comparative value of goods on their positive value, [see] Locke, *Essay of Government* ch. IV, § 13.” I know of no work of Locke’s with this title, and there is no § 13 in Chapter IV of Locke’s *Second Treatise of Government* (1698) (which deals with slavery) or in any other of his political works that I have consulted. My best guess is that Lotz was referring to Chapter V (Of Property) of the *Second Treatise* where Locke states (in § 37: 1988, p. 294): “. . . before the desire of having more than Men needed, had altered the intrinsick value [Lotz’s ‘positive value’?] of things, which depend only on their usefulness to the Life of Man; . . . Yet this could not be much . . . where the same plenty was still left, to those who would use the same Industry. . . . For the provisions serving to the support of humane life, produced by one acre of inclosed and cultivated land, are . . . ten times more [Lotz’s ‘comparative value’?], than those which are yielded by an acre of Land, of equal richnesse, lyeing wast in common.” Hildebrand (1848, p. 18n), who knew Lotz’s work, quoted a similar passage from § 40 of Locke (but without reference to Lotz).

9. Storch

The last of the German economists prior to Rau that I consider is *Storch* (1815). *Storch's* work is considerably influenced by *J.-B. Say* (1803), especially in its treatment of *utilité* (utility, or usefulness). It is contained mostly in Chapters III and IV of Vol. I of his Treatise. He states (III, p. 57):

It is not enough for a thing to exist or to be useful that it have value; this utility must also be recognized. From this we draw the important conclusion that value springs not from causes that make things exist, but from the judgment of people who wish to make them useful for their needs.

Thus (p. 60), “value is not an inherent quality of things, but it springs from our judgment” (also IV, p. 64). It is “just an *opinion*” (IV, p. 62). “Value has no other source than opinion” (p. 64). It follows that “there are very few things to which one can attribute an absolute value” (p. 64), only essential things that have no substitutes (p. 65). This accords with Soden’s idea of “absolute value”.

Thus, value is very much subject to opinion, climate, and many other things; but one thing *Storch* does not mention is quantity. Hence *Storch* must be counted among the pre-Rau German economists who regarded use value as independent of the quantity consumed.

II. Rau

Karl Heinrich Rau was a towering figure in 19th-century German economics.¹¹ His three-part text went through five editions (1826–1865), and the first part through three more (1855–1869); it was continued by *Wagner* (1876) who dubbed his work the “ninth edition” of Rau’s, which itself went through several editions. *Marshall* (1890) is said to have modelled his text on that of *Roscher*, who in turn followed that of Rau (cf. *Streissler*, 1990, pp. 33, 51), although as we know he failed to complete it.

In the second edition of his treatise, *Rau* (1833, I, § 57a, p. 57) introduced a distinction that was to play an important role in the subsequent development of utility and value theory in German economics: that between two kinds of “use value”: “species value” – an abstract value associated with a class (species) of commodities unrelated to their quantity – and “concrete value” (or “quantitative value”, a function of the quantity) – a concept which may be regarded as a forerunner of marginal utility:

¹¹ Rau was a professor at Heidelberg. *Streissler* (1990, p. 52) has justly described him as “one of the most underrated pioneers in the history of economic thought.” Rau’s papers have been deposited at the University of Michigan, and a good account of his life has been given by *Dickinson* (1958). Rau’s writings are analyzed in detail in *Karl Neumann* (1927).

Upon closer examination of value, two ways appear in which to conceive of it:

1) with reference to a *particular species of goods*, in that one considers their capability to advance human purposes in general. This estimation may be called *species value*, for example, that of a hundredweight of wheat, iron, etc.

2) with reference to a certain amount of a good in its relation to the supplies of it which a particular person possesses and to his requirements of it: *concrete* or *quantitative value*. The satisfaction of needs requires in most cases a more or less precisely delimited quantity of goods of a particular type, so that a supply which exceeds this appears as superfluous. The concrete value of the excess must therefore completely disappear for the owner, notwithstanding its perhaps very high species value, and the estimation of those quantities of goods which no longer serve for personal use will only be able to take place according to their price. Within these limits of the requirement, on the other hand, the concrete value coincides with the species value.

If one interprets the last sentence literally, and if the “concrete use value” is identified with marginal utility, then this implies a utility function of the form

$$(1) \quad U(x_1, x_2, \dots, x_n) = \text{constant} + \sum_{j=1}^n c_j \min(x_j, b_j) \quad \text{for } x_j \geq 0,$$

where the “limits of the requirement” for commodity j are $0 \leq x_j \leq b_j$. This implies that the marginal utility of commodity j is equal to its “species value” c_j for $0 \leq x_j \leq b_j$ and zero for $x_j > b_j$. Appended to the last sentence in the above quotation, however, Rau added an important qualification in an endnote (c) (p. 57):

Further gradations can be imagined here, in that, for example, one keeps on hand a certain supply over and above the requirement, for comfort or as a precaution, the concrete value of which, however, is indeed smaller.

This appears to allow for a more smoothly diminishing marginal utility.¹²

¹² In the final edition of his treatise Rau proposed the following *continuous* form for the concrete value of good j (1868, § 62, note (c), p. 95):

$$u'_j(x_j) = \begin{cases} c_j & \text{for } x_j \leq b_j \\ c_j b_j / x_j & \text{for } x_j > b_j \end{cases}.$$

This is a continuous function (though nondifferentiable at b_j), and it integrates to the subutility function

$$u_j(x_j) = \begin{cases} c_j x_j & \text{for } x_j \leq b_j \\ c_j b_j [1 + \log x_j - \log b_j] & \text{for } x_j > b_j \end{cases}.$$

This defines a total utility function $U(x) = \text{constant} + \sum_{j=1}^n u_j(x_j)$ which is strictly increasing, concave, continuous, and once-differentiable; thus the satiable preferences have become insatiable. This was actually developed as an elaboration of a discussion begun in the second edition (1833, § 57a, note (b), p. 57) and continued in § 57a of the 3rd (1837, note (a), p. 61)

To further reveal what he meant by “species value” Rau added the following observations (1833, § 58, 1, pp. 57–8):¹³ First (and this was fully in accord with Lotz’s rank-ordering of species by their “positive value”), “the means of satisfaction of the urgent needs have the highest value” (p. 58). Secondly, if there are several goods that serve as means of satisfaction of the same purpose, “then the value of any single one of [them] *compared with the other* is determined according to the degree of its suitability for the achievement of its purpose, e.g. according to the strength, duration, certainty, etc., of its effects. This relative value of several means [of satisfaction] in comparison with one another is easily determined in many cases where it is based simply on physical characteristics” (1833, § 58, 2, p. 58). This is followed in an endnote by an interesting illustration (note (b)):¹⁴

Thus, for example, the [species] value of several different foods, kinds of wool, textiles for clothing, and materials for illumination can be conveniently expressed numerically in terms of one another. 1 bushel of wheat is worth approximately as much as $1\frac{1}{2}$ bushels of rye, or 2 bushels of barley, or 3 bushels of oats, etc.

Thus, if the nutritive power of grain could be measured by a single physical attribute (say calories, or carbohydrates, per gram), and no other characteristic (such as taste) were relevant to the consumer, then these grains could be considered as perfect substitutes in consumption, hence their market prices relative to that of wheat would vary inversely with the numbers given by Rau (cf. formula (11) below). As Rau subsequently made explicit in the fifth edition (1847, § 61, 2, note (a), p. 80): “In this regard it is not out of the question that the types [Sorten] of different goods belonging to the same species [Art] also have unequal species value.”¹⁵ Even in the absence of such a unique characteristic, the goods comprising a “species” could be expected to be substitutes, and goods from different species could be expected to be complements. This idea was to be taken up by *Knies* (1855, 1873), as we shall see.

In the third edition of his treatise Rau restated his theory in wording that would continue to undergo slight modifications in later editions. The following passage from the third edition (1837, § 57a, pp. 59–60), accompanied by footnotes I have added indicating changing in wording from the third edition to the fourth (1841a,

and 4th (1841a, note (b), p. 63) editions and in § 61, note (c), of the 5th-7th editions (1847, p. 81; 1855 and 1963, p. 77).

¹³ See also the 3rd edition (1837, § 58, p. 61), 4th (1841a, § 58, p. 64), 5th (1847, § 59, a, p. 76), 6th (1855) and 7th (1863), § 59, a, pp. 72–3, and 8th (1868, § 67, pp. 104–5.)

¹⁴ For the corresponding passages in subsequent editions see the 3rd (1837, § 58, note (c), p. 62), 4th (1841a, § 58, note (c), pp. 64–5), 5th (1855, § 59, note (c), p. 77): “1 volumetric unit of wheat is worth approximately as much as 113 units of rye”, 6th (1855, § 59, note (c), p. 73): “100 volumetric units of wheat are worth approximately as much as 133 of rye or 166 of barley”, 7th (1863, *ibid.*), 8th (1868, § 59, note (c), p. 91).

¹⁵ In the 6th (1855) and 7th (1863) editions this was strengthened to the unequivocal “The types belonging to the same species [Art] of goods have unequal species value” (§ 61, 2, note (a), p. 76). Note that Rau here used the term *Art* (type, or species) instead of *Gattung* (species), but the meaning is clearly that of “species”.

§ 57a, pp. 62–3),¹⁶ shows the continuing and in some cases significant evolution of his ideas:

A more precise examination of value reveals two approaches that can be adopted to understand it.

- (1) If in general one devotes one's attention to the potential of a certain class of goods to promote human purposes, in other words to bring about utility [*Nutzen*] or pleasure [*Vergnügen*], then one finds¹⁷ the *species value*, of, for example, grain or iron. In order to make a comparison¹⁸ of the species values of several goods, one must assume certain¹⁹ quantities of them, for example one pound of wood and one pound of coal.²⁰
- (2) The value of a single particular quantity of a good for a certain subject – for example, a single bushel of grain for a person, to whom it is being offered, or who is offering it, for sale – may be referred to as *concrete* or *quantitative value*. It does not conform solely to the species value which the person accords to the good, but also takes into account the supply on hand that he possesses in addition to the particular quantity, and the amount of his requirement.²¹ In most cases the satisfaction of a need requires only a certain more-or-less precisely limited quantity of a good, and the superfluous supply in excess of this amount, since it does not come into use, cannot express its species value for that particular person.²² Therefore, such a superfluous or indeed easily-dispensed-with portion of the supply of a good commonly has either no or only slight concrete value for its possessor, and its estimation depends in this case solely upon the price²³ which can be received upon exchange with other persons. In the case of goods for which no limit of requirement can be specified – luxury articles, for example – at least the concrete value of a particular quantity is typically less, the smaller is its portion of the entire supply. . . .

The last sentence in this passage provides a peculiar early version of the principle of diminishing marginal utility. What is peculiar about it is that instead of saying that the larger is the total *quantity* of an object that an individual consumes, the smaller is the “concrete value” (marginal utility) of the last unit consumed, Rau states that the smaller the *proportion* of the last unit consumed to the “entire supply” (presumably the entire amount in the possession of the individual),²⁴ the smaller

¹⁶ See also the comparable statements found in the subsequent editions: 5th (1847, § 61, pp. 79–80); 6th and 7th: (1855 and 1863, § 61, pp. 75–6); 8th (1868, § 62, pp. 94–6).

¹⁷ In the 4th edition, “finds” was replaced by “arrives at”.

¹⁸ In the 4th edition, “a comparison” was replaced by “a precise comparison”.

¹⁹ In the 4th edition, “certain” was replaced by “equal”.

²⁰ In the 4th edition Rau added: “and investigate the benefits arising from their respective uses for the intentions and needs of people.”

²¹ The 4th edition adds “as well”.

²² The 4th edition adds “effectively”.

²³ In the 4th edition, the clause starting “its estimation . . .” was replaced by “even though the species value in this case persists unchanged, it nonetheless exerts no influence on the possessor's actions; rather, these are determined solely according to the price . . .”.

²⁴ The word translated as “supply” in the above is *Vorrath*, which (in contrast to the word *Angebot* – which means supply in the sense of the amount offered) means supply in the sense

ler is its “concrete value”.²⁵ As we shall see presently, however (see the passages quoted before and after footnote 39 below), Rau improved upon it considerably in the later editions, removing the proportionality feature altogether.

The above-quoted passage from the third and fourth editions continues with some conceptions that are much closer to the idea of marginal utility (1837, § 57a, p. 60–61):

The sacrifice that one is inclined to make for the acquisition of a thing, when, to be specific, it is provided for one’s own personal use, depends on the concrete value that one accords it, as does one’s degree of reluctance to sell it. It has, therefore, a tremendous influence on the price.

Rau’s distinction between species and concrete value was soon adopted by *Riedel*²⁶ (1838, I, § 52, pp. 38–40):

Each economizing subject apprehends, of course, the value of objects only in their direct or indirect relationship to his own needs, i.e., as *concrete* value, which can be based on both use value and exchange value, instead of estimating the objects only according to their relationship to human needs on the whole and according to their significance for the achievement of the highest goals extant in the nature and destiny of man in general, or according to entirely abstract value. Such an *abstract* valuation of material objects lies, however, partially outside of the boundaries of bare economic reasoning and consequently of economic theory as well, in that it presupposes an examination of all relationships of material objects according to their various influences on the highest human interests and aspirations and a general explanation of all the interactions which exist between the physical and the mental; in part the abstract value coincides, in the majority of cases, with the concrete value as soon as one considers an entire nation as economizing subject, in that in this case the value of most things must be measured according to universal principles valid for all mankind and, by taking into consideration the differences of peoples, comparatively only rarely need a valuation occur which deviates from it.

In the fourth edition, in an endnote to paragraph 1) of the passage quoted above,²⁷ Rau stated that “Riedel . . . took up the distinction between these two

of a stock of holdings (“the supply on hand that he possesses”, as indicated in the second sentence of the quoted passage), so in fact it can be interpreted as the total amount demanded, as contrasted with a particular amount (e.g., one unit), of this demanded quantity.

²⁵ If individual *i*’s total demand for commodity *j* is x_{ij} , and if the “particular quantity” of this is, say, 1 unit, then Rau is saying that the “concrete value” of 1 unit of good *j* to individual *i* varies as $1/x_{ij}$. This passage may be considered as forming the basis of Hildebrand’s subsequent formulation (see section 3 below).

²⁶ Riedel (1809–1872) was a historian who held the title Professor Extraordinary of Political Science at the University of Berlin, where he graduated in philosophy. He became director of the Prussian Archives and historiographer of the early history of Brandenburg and the history of the House of Hohenzollern. He edited a 41-volume *Codex diplomaticus Brandenburgensis* in 1869. His 3-volume treatise on economics contains a superb 80-page bibliography towards the end of Vol. III. In his last years he published a treatise on *The Care of the Fruit Tree in Brandenburg* (1871). For details see *Holtze* (1889).

²⁷ Rau (1841a, § 57a, note (a), p. 63), (1847, § 61, 2, note (b), pp. 80–81), (1855 and 1863, § 61, 2, note (b), p. 77), (1868, § 62, note (b), p. 95).

kinds of value and refers to the species value by the name *abstract value*.” Starting with the fifth edition (1847, § 61, 1, pp. 79–80) Rau adopted Riedel’s terminology in introducing his concept by saying, “This *abstract* or *species value* expresses the relationship of a type of thing to human purposes . . .” Likewise (p. 80), he dropped the terminology “quantitative value” (unfortunately, in my opinion).

As we have seen in the previous section, Rau’s concept of abstract or species value (as opposed to the terminology) was not essentially new, being basically equivalent to Schlözer’s “inner” or “absolute” value, Jakob’s “need value”, Soden’s and Lotz’s “positive value”, etc. Indeed, these were all interpretations of Smith’s “value in use”, and *Louis Say* (1822, pp. 47–50) (whose work was cited by Rau), provided a similar interpretation with his “effective intrinsic value” [*va-leur intrinsique effective*] or simply “intrinsic value” (1836, pp. 32–4).²⁸ But these interpretations were vaguely defined, whereas Rau made the concept precise. Rau’s more novel concept was that of concrete or quantitative value; prior to him, it is difficult to find a work in the German literature that explicitly notes the dependence of use value on quantity, and even those that noted that the scarcity of a good would lead to its having a high value, either did not attempt to provide an explanation, or else attributed this to the extra labor required to procure the good, overlooking the fact that this disutility would be willingly expended only because of the high marginal utility of the scarce good.

Rau apparently had two distinct (but related) purposes in view in introducing his concepts of species versus quantitative, or abstract versus concrete, value. One was evidently the need to provide a solution to Smith’s “paradox of value”;²⁹ some

²⁸ See also *L. Say* (1837, p. 31): “The *utility* of a sack of wheat, as a means of satisfying our needs, as an *object of consumption*, varies very little; but the *utility* of a sack of wheat, as a commodity or *means of acquisition*, is extremely variable.” Rau described Louis Say as “the older brother” of J.-B. Say; cf. § 45 of *Rau* (1826, p. 82; 1833, p. 41; 1837, p. 43; 1841a, p. 45; 1847, p. 55; 1855, p. 53; 1863, p. 53; 1868, p. 62). However, following J.-B.’s death in 1832, *L. Say* (1836, p. II) wrote that he was “very young” when the first edition of *J.-B. Say* (1803) was published; and indeed, *Lutfalla* (1979, p. 392) confirms that Louis was the youngest of the three brothers, seven years younger than Jean-Baptiste, having been born in 1774. It is curious that the *Nouveau dictionnaire* (1893–1892, 1900) coedited by J.-B.’s grandson Léon did not list his great-uncle Louis among its entries, or even mention him, although it listed Léon’s father, *Horace-Émile* (1892, 1900, Vol. II, p. 791), who is not known for any significant contributions to economic theory.

²⁹ Contained in the well-known passage (1776, Book I, Ch. IV, p. 34): “The word *value*, it is to be observed, has two different meanings, and sometimes expresses the utility of some particular object, and sometimes the power of purchasing other goods which the possession of that object conveys. The one may be called ‘value in use;’ the other, ‘value in exchange.’ The things which have the greatest value in use have frequently little or no value in exchange; and, on the contrary, those which have the greatest value in exchange have frequently little or no value in use. Nothing is more useful than water: but it will purchase scarce any thing; scarce any thing can be had in exchange for it. A diamond, on the contrary, has scarce any value in use; but a very great quantity of other goods may frequently be had in exchange for it.” As will be apparent in comparison with the statements of Locke, Montanari, and Law cited below, Smith’s innovation consisted in the introduction of the concepts “value in use” and

concept had to be formulated to correspond to Smith's "value in use"; and this presumably was Rau's "species", or Riedel's "abstract" value. Smith's paradox – previously stated by *Locke* (1668),³⁰ *Montanari* (1683),³¹ and *Law* (1705)³² – involved comparison of incommensurables: diamonds and water. On the other hand, *Lauderdale* (1804) – and much later, *Proudhon* (1846) – was concerned with the prices of identical objects, or the market values of collections of identical objects, at different times. Lauderdale noted that if the demand for a particular grain were inelastic, then (with unchanged money supply) the market value of a bumper crop of this grain would be less than the market value of a smaller normal crop. But obviously the utility of the bumper crop would be larger than that of the normal crop. Therefore, measuring utility by value – as had been proposed by *J. B. Say* (1803–1826) – made no sense. This leads us to Rau's second apparent purpose.

It is important to note that both Rau and Riedel were concerned less with explaining market prices (Rau left this to a chapter on prices, and the famous appendix to the fourth and subsequent editions with supply and demand curves) than with carrying out Adam Smith's program of inquiring into the nature and causes of the wealth of nations. The title of Rau's chapter was "The valuation of the national wealth" (or "national riches" to use an older English term which is not restricted to stocks as opposed to flows). This title brings to mind Hicks's researches in the 1940s into the "valuation of social income", and Samuelson's 1950 article on the "evaluation of real national income". The question which concerned *Hicks* (1940)

"value in exchange", although even these had been introduced earlier by *Quesnay* (1767, Note on the Same Maxim (XVIII), pp. 161–162; *Meek*, 1962, p. 257) under the names *valeur usuelle* and *valeur vénale*.

³⁰ The being of any good and usefull quality in any thing neither increaseth its price nor indeed makes it have any price at all, but onely as it Lessens its quantity or increases its vent, each of these in proportion to one another. for what more usefull or necessary things are there to the being or well being of men then Aire and water, and yet these have generally noe price at all, nor yeild any mony, because their quantity is immensely greater then their vent in most places of the world, but as soone as ever water (for aire still offers its selfe every where without restraint or inclosure and therefore is nowhere of any value) comes any where to be reduced into any proportion to its Consumption, it begins presently to have a price, and is sometimes sold dearer than Wine, and hence it is that the best and most usefull things are Commonly the Cheapest, because though their consumption be greate yet their production is large and suitable to it." – *Locke* (1668: 1991, I, p. 187). This was substantially repeated in *Locke* (1692, p. 187).

³¹ "Thus scarcity makes any commodity dear, as everybody can observe in the case of jewelry and the [precious] metals themselves, and abundance makes them cheap. Water, which is an element of so much importance to human life, is worth nothing because it abounds almost throughout the world . . ." – *Montanari* (1683, Ch. III: 1804, pp. 60–1; 1913, p. 265).

³² "Goods have a value from the Uses they are apply'd to; And their Value is Greater or Lesser, not so much for their more or less valuable, or necessary Uses: As from the greater or lesser Quantity of them in proportion to the Demand for them. *Example*. Water is of great use, yet of little Value; Because the Quantity of Water is much greater than the Demand for it. Diamonds are of little use, yet of great Value, because the Demand for Diamonds is much greater, than the Quantity of them." – *Law* (1705, p. 4).

and *Samuelson* (1950) was whether one could use national income data to measure changes in a country's welfare. This was also the concern of *Lauderdale* (1804) and *Rau* (1826–1868). Already in the first edition *Rau* stated (1826, § 61, 2, p. 44):

From the increase or decrease of a price total [*Summe von Preisen*]³³ a similar change in the amount of goods to which these prices pertain cannot always be inferred, and conversely. Through cost savings the prices of a portion of goods can decline without, for this reason, the influence this has upon the national wealth having to decline in the least relative to people's condition. Further, if the supply of a type of goods decreases, for example with a failed harvest, and consequently total wealth declines, the price of this good can rise so much that in drawing conclusions on the basis of the price total, one would still have to regard the national wealth as equally large or even increased.

Thus, *Rau* was well aware that it made no sense to measure a country's welfare (or "wealth" in Adam Smith's sense of a vector of quantities of goods consumed) by the sum of quantities multiplied by current prices ("concrete values"); some invariant measure of value had to be substituted for current prices, and this was presumably the "species value". Thus, "species value" could be measured by *base-year prices*. *Rau* did not actually make this suggestion, but came close to it in his suggestion that an average of prices over a series of years be used as an empirical estimate of species value (*Rau*, 1841a, § 67, pp. 73–4):³⁴

Although according to the principles [set forth] so far, the mere money prices of goods are little suited to form the basis of the (national) economic valuation of the goods – rather, a preponderance of weight must be given to value and its sharp distinction from price . . . For statistical use one is equally compelled to stay predominantly with price data, though one must seek, in order thereby to render it more meaningful for the conditions of wealth of a people, to investigate at the same time:

- 1) the price in the selected measure (money) at which the kinds of goods of highest value are found, from which one is then to infer the extent of utility and enjoyment that a certain pecuniary amount is able to provide;
- 2) in what quantities the useful goods are contained in the national wealth;

In addition, one must use as a basis not price at a single point in time, but rather an average over a period of time.

Regarding the "quantitative value", *Rau* supplied a few hints regarding the possible decreasing or increasing marginal utility of certain objects (1837, § 57a, notes (a) and (b), p. 61; 1841a, § 57a, notes (b) and (c), p. 63; 1847, § 61, note (c), p. 81; 1855 and 1863, § 61, note (c), p. 77; 1868, § 62 (c), p. 95):³⁵

³³ Here, *Rau* speaks of "sums of prices", but the meaning is clearly the sum of prices times quantities. The proper English expression would normally be "sums of values", but *Rau* in this chapter is intent on distinguishing "prices" from "values".

³⁴ See also § 67 of the 5th (1847, p. 90), 6th and 7th (1855, 1863, p. 85), and 8th (1868, pp. 104–5) editions.

³⁵ One finds an unmistakable allusion to this passage in *Gossen* (1854, pp. 47–8; 1983, pp. 55–6): "It was believed that even this fact [that only a distinct quantity of any object has value] was subject to one exception, namely art and other types of collections. It was thought

The second copy of a most prized book, copper engraving, etc., is almost entirely without concrete value to its owner.

There are, however, cases in which the requirement is infinite, and no satiation of wants appears, for instance in collections for scientific purposes or as a hobby, in which cases the value of each individual piece increases with the completeness of the whole.

Rau also noted – quite likely influenced in this regard by *Louis Say* (1818–1837)³⁶ – the phenomenon of diminishing marginal utility of income (1833, § 63a, p. 63; 1837, § 63a, p. 67; 1841a, § 63a, p. 69):

The more well off someone is, the more abundantly he is in the habit of being provided with everything necessary, [and] the more trivial the items he is capable of purchasing. Therefore, one and the same amount of money for the more wealthy, which counts only as a token of an easily dispensable good, serving, for example, as a luxury, is of less concrete value than for the less well-off, and the value of one and the same sum of money for several owners is, accordingly, roughly in inverse proportion to their entire wealth.

that in these cases, the limitations of the quantity [that is, the decrease of value due to increasing quantity] did not hold – that, on the contrary, with increasing completeness of the collection, the value of the still missing items would actually increase.” He went on to argue: “As long as the new addition is different from the already existing pieces, it represents no increase in the existing quantity, but something novel.” As was his habit, Gossen did not refer to Rau. It is of interest to note that the passage about the increasing marginal utility of components of a collection was withdrawn from the 5th and later editions of *Rau* (1847, § 61a, p. 81; 1855 and 1863, § 61a, p. 77; 1868, § 62 (c), p. 95).

³⁶ 1818, p. 38: “. . . if one deprives a very rich man of a sum of 300 francs, one deprives him of an amount of utility much smaller than if one carries off the same sum from one who is badly off.” 1836, p. 40: “One who has an income of a hundred thousand francs can devote a hundred francs to the purchase of something of very little utility, since he will sacrifice only a thousandth of his income; while another, for the same sum, will sacrifice one tenth of his income, and he could devote such a large portion only for things of extremely high utility, and not for trifles.” See also *L. Say* (1827, Ch. XIV, esp. pp. 139–145).

A later and more precise statement is that of *Bentham* (1831): “The effect of wealth in the production of happiness goes on diminishing, as the quantity by which the wealth of one man exceeds that of another goes on increasing: in other words, the quantity of happiness produced by a particle of wealth (each particle being of the same magnitude) will be less and less at every particle; the second will produce less than the first, the third than the second, and so on.” This was not published until posthumously (1843, III, § 5, I, 4, p. 229). Professor Scheer has drawn my attention to the early work by *Guicciardini* (1526–1529) who states, regarding the burden of an income tax, that (1932, p. 198) “the equality of a burden does not consist in each paying the same rate (*rata*), but that the payment should inconvenience one as much as another”, and goes on to explain that the burden of a tax payment will be greater for low-income than for high-income people. For later precise statements by mathematicians see foot-note 103 below.

In fact, the principle of diminishing marginal utility of income can be traced back at least to *Cicero* (46 B.C.) in explaining his sixth paradox to the effect that “the wise man alone is rich” (1982, pp. 294–303): “For whom are we to understand as being rich, or to what person are we to apply this term? I suppose to the person who owns so much property that for the purpose of living liberally he is easily contented, the person who looks for and aims at and desires nothing further.” Unfortunately, Gossen’s teacher, *Peter Kaufmann* (1830, §§ 32–5, pp. 43–7), who tried to interpret Cicero’s paradox, failed to grasp this point.

This passage, considerably rephrased, reappeared in the fifth edition (1847, § 64, 2, p. 85) as follows, with footnotes indicating slight changes in the sixth and seventh editions (1855 and 1863, § 64, p. 80):

The greater the sums of money of a particular amount someone has at his disposal, i.e., the more well-off he is, the more insignificant and easily dispensable things he may permit himself to acquire. If one thus investigates³⁷ the value of such an amount not just at a single point of time, but for a person's economic situation as a whole, then what results is that the amount³⁸ has a lower concrete value the smaller a portion it constitutes of the entire available quantity of goods; it is worth, for the wealthy, little, for the needy, much.

The precise inverse proportionality has been removed, leaving just the diminishing marginal utility of income.

In the fifth edition of his *Treatise* – one year before Hildebrand, and seven years before Gossen – Rau replaced the statement from the third and fourth editions referred to above as a “peculiar early version of the principle of diminishing marginal utility” (see footnote 25 above) by the following precise statement of the principle of diminishing marginal utility (for the case of goods of insatiable wants) (1847, § 61a, p. 81):

With things of which one does not just at the moment require a particular amount, such as with a number of luxury articles, at least the concrete value of an individual unit or quantity customarily becomes that much smaller, the higher an owner's entire supply rises.

As far as I know this is only the third independent statement to be found in the 19th-century literature of the principle of diminishing marginal utility of goods-consumption.³⁹

The wording was still further improved in the sixth (also the seventh) edition as follows (1855 and 1863, § 61a, p. 77):

³⁷ In the 6th and 7th editions this word is changed to “examines”.

³⁸ In the 5th edition, “the amount” was “it”, while in the 6th and 7th it was “the latter”. I have thought that “the amount” is a clearer translation for both.

³⁹ The first is generally acknowledged to be that of *Lloyd* (1834, pp. 11 – 12). A hint of the principle is certainly to be found in *Schön* (1835, p. 41): “Through speculative purchases a grain profiteer increases the use value of grain for certain people without making the grain more useful.” *Senior*, joint dedicatee with the Belgian statistician Adolphe Quételet of the 5th-8th editions of Rau's *Volkswirtschaftslehre*, provided a second statement (1836, p. 133; 1850, pp. 11 – 12): “Not only are there limits to the pleasure which commodities of any given class can afford, but the pleasure diminishes in a rapidly increasing ratio before those limits are reached. Two articles of the same kind will seldom afford twice the pleasure of one, . . .” A still earlier but vaguer hint may be found in *Malthus* (1820, Book I, Ch. VI, p. 340; 1836, p. 301): “The most useful commodity, in respect of its qualities, if it be absolutely in excess, not only loses its exchangeable value, but its power of supplying the wants of the society to the extent of its quantity, and part of it therefore loses its quality of wealth.” The entire lengthy passage in which this sentence appeared (pp. 337 – 340) was reproduced by *Friedländer* (1852, pp. 9 – 10)

If one does not just at the moment require a particular amount of some goods, such as with a number of luxury articles, at least the concrete value of an individual unit or quantity commonly becomes smaller, the higher an owner's entire supply rises.

In 1841 Rau introduced intersecting demand and supply curves in an appendix to the fourth edition of his *Grundsätze* (1841a, Appendix to § . 154, pp. 525–527), which was followed shortly thereafter by an article published in a Belgian journal (1841b) (together with a short essay on location theory); the Appendix was continued in the subsequent editions,⁴⁰ this analysis was subsequently further developed by *Mangoldt* (1863), as well as later and independently by *Jenkin* (1870). Rau's curves appeared only three years after (and independently of) the first appearance of a demand curve in *Cournot* (1838).⁴¹ An English translation of the essay on location theory in *Rau* (1841b) – but not the one on intersecting demand and supply curves – was published by *Baumol* and *Goldfeld* (1968, pp. 181, 183) with the following comments:

The presence of a piece by Rau is rather surprising. He is remembered primarily as the author of a rather pedestrian textbook. Rau is not generally considered to be an original thinker, let alone a pioneer mathematical economist. . . .

[The second extract describes the elementary geometry of supply-demand curves.]

The editors apparently thought that intersecting demand and supply curves were already well known to the profession in 1841.

In his discussion of market price, *Rau* (1841a-1863, § 147) clearly shows the relationship of the consumer's demand price for a commodity (which he calls "its value to the buyer" [*Werth desselben für den Käufer*] – (1841a, p. 155; 1847,

⁴⁰ The 8th edition (1868, pp. 368–372) reproduces not only the appendix with supply and demand curves, but also an abridged version of the article on location theory, as well as a third geometrical note on prices and rents in spatially separated markets.

⁴¹ For an excellent survey of the history of supply-and-demand curve analysis see *Humphrey* (1992). *Humphrey* points out (p. 5) that in analyzing the effect of an excise tax, *Cournot* superimposed onto his demand curve $F(p)$ (Fig. 1, § 24, p. 57) two supply curves $\Omega(p)$ and $\Omega(p - u)$ (Fig. 6, § 51, p. 103), one of them including a tax, so as to assess the effect of an excise tax on the price. In this respect, then, he preceded Rau. But unlike Rau after him, he did not consider the dynamic stability of equilibrium. *Humphrey* also mentions an unpublished paper by *Hennings* (1979) which pointed out that "neither Rau's library nor that of his university possessed Cournot's book." Even if this is true, however, Rau did list *Cournot* (1838) in § 45, note (e), of the subsequent editions (1847, p. 56; 1855 and 1863, p. 53; 1868, p. 63), and discuss his work in § 63, note (b), of these editions (1847, p. 84; 1855 and 1863, p. 79; 1868, p. 98). There he spoke approvingly of *Cournot's* discussion (1838, § § 2–3) of the fact that when a publisher destroys two-thirds of its inventory of books to gain a larger revenue, this is regarded according to the criterion of "exchange value" as "a veritable creation of wealth in the commercial sense of the term" (pp. 6–7). However, there is no reason to suppose that Rau had already read *Cournot* in 1841 (the formulations are too different), but it seems likely that by 1847 he had read beyond this first chapter, though we have no evidence of it. On a comparison of *Cournot's* and *Rau's* analyses see the interesting discussion by *Schefold et al.* (1997).

p. 183; 1855–1863, p. 166; 1868, p. 197)) to both the marginal utility (concrete use value) of the commodity and the marginal utility of the consumer's income. First of all he stresses that “the price is determined by the *concrete*, not the *species value*” (1841a, § 147, note (a), p. 154).⁴² He then compares the demand prices for a commodity of a rich and a poor man as follows (1841a, § 147, note (c), pp. 154–5; 1847, § 147, note (d), p. 184; 1855–1863, § 147, note (d), p. 167; 1868, § 147, note (c), p. 198):

If, for example, A estimates a good $1\frac{1}{2}$ times as highly as B, and has 3 times as much to consume as the latter, so that he places the value of a certain quantity of money at only $\frac{1}{3}$ that of B, then he will be inclined to pay $4\frac{1}{2}$ times as much for the thing as B.

Assuming Rau to mean that A estimates *a certain quantity* of a good $1\frac{1}{2}$ times as highly as B, and identifying the “amount to consume” with income, Y , where $Y_A = 3$ and $Y_B = 1$, then from the above-quoted dictum (Rau, 1841a, § 63a, p. 69) that “the value of one and the same sum of money for several owners is . . . roughly in inverse proportion to their entire wealth” (see also formula (9) below) we have, for $x_A = x_B$:

$$\frac{\partial U_A}{\partial x_A} = 1.5 \frac{\partial U_B}{\partial x_B} \quad \text{and} \quad \frac{\partial V_A}{\partial Y_A} = \frac{1}{3} \frac{\partial V_B}{\partial Y_B},$$

where $\partial V_i / \partial Y_i$ is individual i 's marginal (indirect) utility of income; hence, denoting individual i 's demand price for x_i units of the commodity by p_i ($i = A, B$), we have for the “value to the buyer” and for the same quantity $x_A = x_B$

$$(2) \quad p_A \equiv \frac{\partial U_A / \partial x_A}{\partial V_A / \partial Y_A} = 4.5 \frac{\partial U_B / \partial x_B}{\partial V_B / \partial Y_B} \equiv 4.5 p_B.$$

Rau gave a detailed explanation of the process of adjustment to equilibrium in his diagram, stressing that “one cannot speak of the amount of the supply and demand as such, but rather only under the assumption of a particular price bid or asked” (1841a, Appendix to § 154, p. 527; 1847, p. 580; 1855, p. 583; 1863, p. 588; also 1863, p. 174; 1868, p. 205).

III. Hildebrand

Hildebrand's sole book, *The Economics of the Present and Future* (1848), published in the same year as the *Communist Manifesto* of Marx and Engels, constitutes a landmark in the history of economic thought. In its breadth of analysis,

⁴² In the 5th to 8th editions one finds instead in a different section (§ 154, note (e): 1847, 1855, and 1863, p. 174; 1868, p. 205) the weaker statement: “in supply as in demand the *concrete value* forms the main driving force.”

originality, and respectfulness and fairness towards those whose doctrines he attacks, it is a gem of a work. While his critique encompasses Adam Smith (whom he describes as “the Kant of national economics” (p. 285)), Adam Müller, Friedrich List, and others, what is of particular interest to us here is his critique of the then leading socialist theorists (whom he describes as “social theorists”), Engels and Proudhon.

In a very sarcastic contribution, *Engels* (1844) had criticized the paradox of value in economic theory as follows (p. 93):

The economist, who lives off antitheses, naturally has a double *value* too: abstract or real value, and exchange value. There was a lengthy dispute between the English writers, who defined the cost of production as the expression of real value, and the Frenchman Say, who purported to measure this value by the utility [*Brauchbarkeit*] of a thing. This dispute has been pending since the beginning of this century, and has died down, undecided. Economists cannot decide anything.

He also pointed out the inconsistency of the Ricardians in relying on Say’s utility to explain why a product whose cost of production exceeded its price could not be sold, and of the followers of Say in relying on Ricardo’s cost of production to explain why necessities are cheaper than luxuries. He concluded that the only way to solve these contradictions between “real” value and observed market value was to abolish private property.

Hildebrand (1848, § 36, p. 166) replied to these criticisms by, first of all, pointing out that Smith did not distinguish between “real value” and exchange value, but rather between “use value” and exchange value, as had already been done by Aristotle.⁴³ He went on to point out that the German economists (of whom Engels was apparently ignorant) – and here he singled out *Hermann* (1832), *Rau* (1841a), *Lotz* (1811), and *Thomas* (1841)⁴⁴ – had carried the Smithian system much further, hence “Engels was entirely in error when he had the national economists seeking out a real or abstract value of all things as opposed to exchange value. Their endeavor was rather the discovery of a fixed, invariable standard and the true basis of determination of exchange value, in other words the value that occurs in exchange itself” (pp. 167–8). Foreshadowing Gossen, he concluded (p. 168): “Engels over-

⁴³ Cf. Aristotle (c322 B.C., Book I, III, 11; 1932, pp. 38–41): “with every article of property there is a double way of using it; both uses are related to the article itself, but not . . . in the same manner – one is peculiar to the thing and the other . . . not . . . Take for example a shoe – there is its wear as a shoe and there is its use as an article of exchange; for both are ways of using a shoe, inasmuch as even he that barter a shoe for money or food with the customer that wants a shoe uses it as a shoe, though not for the use proper to a shoe, since shoes have not come into existence for the purpose of barter.”

⁴⁴ *Hildebrand* (p. 167) described Thomas’s work as “a very astute treatise”. Its most quoted passage is the statement (§ . 2, p. 11): “It is not possible to think of the concept of valuation without thinking at the same time of a subject who evaluates and an object which is being evaluated.” This theme is found repeated in many of Hildebrand’s phrases. *Diehl* (1908, I, p. 49) went so far as to speak of Thomas and Gossen as the “two precursors” of the subjective value theory of the Austrians Menger, Wieser, and Böhm-Bawerk.

looks the fact that a pure absolute value of goods under all circumstances does not exist, and that value is always a relationship of a thing to a person and to human society, and depends upon human estimation.” He also pointed out (p. 169) that even in the absence of private property, “the products of labor and the amounts of consumables are necessarily subject to estimation” and that “some kind of definite formula would have to apply to the turning over of individual contributions of labor to the common good, opposite the share of benefits which fall to the individuals” (pp. 169–170), and even suggested some slogans from *Saint-Simon* and *Fröbel* (1847, II, p. 329) anticipating those of the *Communist Manifesto*.⁴⁵

Hildebrand’s critique of Proudhon was his most interesting and important. Proudhon’s own critique of economics went as follows (1846, Ch. II, p. 37; c1867, p. 63; 1888, p. 78):

If the crop of wheat is double throughout the whole country, twenty sacks will sell for less than ten would have sold for if it had been half as great; so, under similar circumstances, fifty yards of linen will be worth less than twenty-five: so that value decreases as the production of utility increases, and a producer may arrive at poverty by continually enriching himself.

Proudhon followed this by the explanation: “In the preceding examples the use value exceeds the exchange value”.⁴⁶ Thus we are to interpret “production of utility” in the above passage – which presumably means the total utility of the produced output-as corresponding to Proudhon’s “use value”.

The phenomenon illustrated in the above-quoted passage, resulting from inelastic demand, had of course already been noted by *Lauderdale* (1804, 1819).⁴⁷ Proudhon later shifted his assumptions, and commented that use value and exchange value “are inversely proportional to one another” (1846, p. 38; c1867, p. 64; 1888, p. 79), where again by “use value” (*valeur utile*) he apparently meant the quantity produced and consumed (or the total utility of this quantity);⁴⁸ this would then imply unitary price elasticity of demand. He subsequently introduced an example to this effect, invoking the mythical god Prometheus⁴⁹ (1846, p. 60; c1867, pp. 80–81; 1888, p. 100):

⁴⁵ In fact, *Schefold* (1998, pp. 40–41) has made the interesting suggestion that Hildebrand may already have been acquainted with the *Communist Manifesto* when he wrote these words.

⁴⁶ Tucker’s English translation renders Proudhon’s *valeur utile* and *valeur échangeable* more literally as “useful value” and “exchangeable value”.

⁴⁷ Hildebrand had cited Lauderdale earlier in his work (p. 21, note 3; p. 72, note 2) but curiously made no mention of Lauderdale’s similar illustrations in his discussion of Proudhon.

⁴⁸ His definition of “*valeur d’utilité*” was: “the capacity possessed by all products, whether natural or the result of labor, of serving to maintain man” (1846, p. 34; c1867, p. 61; 1888, p. 75).

⁴⁹ “Prometheus, according to the fable, is the symbol of human activity . . . Then let us call society Prometheus.” (Ch. II, § II; 1846, p. 56; c1867, p. 77; 1888, p. 96).

Suppose, then, that suddenly . . . Prometheus finds a way of producing in one day as much of a certain object as he formerly produced in ten: what will follow? The product[’s . . .] relative value will be proportionately diminished, and, instead of being quoted at one hundred, it will thereafter be quoted at only ten. But this value will still and always be none the less accurately determined, and it will still be labor alone which will fix the degree of its importance. Thus value varies, and the law of value is unchangeable . . .

This “law of value” Proudhon enunciates in terms of an interesting chemical analogy (Ch. II, § II; 1846, p. 51; c1867, p. 74; 1888, p. 91):

Let us picture wealth, then, as a mass held by a chemical force in a permanent state of composition, in which new elements, continually entering, combine in different proportions, but according to a certain law: value is the proportional relation (the measure) in which each of these elements forms a part of the whole.

This appears to make the implicit assumption of a unitary price-elasticity of demand, resulting in the value of each commodity always being a constant share of national income.

Hildebrand is known, as we shall see in the next section, particularly for his criticism of Proudhon; what is not so well known is the deep debt his own analysis owes to Proudhon. This we shall now see.

Hildebrand elaborates on Proudhon’s example of unitary price-elasticity of demand as follows (1848, § 56, p. 287):

Use value and exchange value stand in inverse proportion to one another. If all spinners double their labor and each of them spins 100 instead of 50 yards, then the spinners do not receive twice the price for their labor, but rather the products of their labor become cheaper by half, because they are available in twice the amount; and if in lean years the farmer produces half as much grain as previously, then the exchange value of the grain increases, although its use value remains entirely the same.

Here Hildebrand seems to be paraphrasing Proudhon: in the first illustration he follows Proudhon’s definitions, since the exchange value is halved and the output (and therefore consumption) doubles, and this is the measure of Proudhon’s “use value”; in the second illustration, however, he uses “use value” in quite a different sense, namely the *value* of the entire output of the good, relative to the total value of all goods – which turns out to be the sense adopted by Proudhon in his above chemical analogy, and, as we shall see, the sense subsequently adopted by Hildebrand himself as his interpretation of Rau’s “species value”.

Adhering to the hypothesis of unitary price-elasticity of demand, Hildebrand summarizes his position as follows (1848, § 57, p. 290):

Regarding the variability of value, an unchangeable law predominates, which simultaneously eliminates the contradiction between use value and exchange value: the law, namely, *that each product becomes steadily more needful*⁵⁰ *the less does its production*

⁵⁰ The German word used is *notwendiger*, which could be translated as “more necessary” or “more essential”, but here the meaning seems to simply be “in greater demand”; this has therefore been rendered here as “more needful”.

cost in labor, and the smaller, therefore becomes the degree to which it can contribute to the formation of total wealth; or in other words, that the development of society and its wealth consists in a progressive diminution in production costs and in a progressive growth in the needfulness of all products.

This passage is not easy to interpret, but it seems to assert a “law of conservation of value shares” which would hold under unitary price-elasticity of demand. But this is just Proudhon’s “law of value” enunciated in his Promethean example and his chemical analogy! This analogy is no doubt what provided Hildebrand with his interpretation of Rau’s species value of a commodity as the proportion of total expenditure devoted to it.⁵¹ Hildebrand adds (1848, § 57, p. 289), in perfect agreement with Proudhon: “The force which generates the elements and determines their respective proportions in total wealth is the *labor* already celebrated with great eloquence by Adam Smith, and the *proportion* itself, or the *amount* in which each of these elements contributes to form the whole, is value.” (Hildebrand’s emphasis.)

Hildebrand finally comes to his highly significant critique of Proudhon’s antinomy (1848, § 64, p. 318):

The more the quantity of a useful item is increased, the more, in a state of unchanged need,⁵² the use value [Nutzwert] of each individual unit declines. For, since use value is always a relation of a thing to a person, accordingly the measure of use value for each species of goods is found in the sum and ranking of the human needs that it satisfies; and where no person and no needs exist, nor is there any use value. The sum total of the use value which is possessed by each species of goods – so long as the needs of human society do not change – thus remains constant, and is distributed over the individual units of the species according to their quantity. The more the sum total of the units increases, the smaller is the proportion of the species’s use value that is accorded to each unit; conversely, the less the abundance, so much greater is each unit’s proportion of the species’ use value.

Here, Hildebrand alters Rau’s concept of species value by postulating it to be the constant share of consumers’ incomes spent on each species of goods. Suppose that in a society of m individuals it is assumed that a fixed proportion, θ_{ij} , of individual i ’s nominal income, Y_i , is spent on commodity j , for $j = 1, 2, \dots, n$, i.e., $p_j x_{ij} = \theta_{ij} Y_i$, where $0 < \theta_{ij} < 1$ and $\sum_{j=1}^n \theta_{ij} = 1$, and x_{ij} is individual i ’s demand for

⁵¹ Cf. Hildebrand (1848, pp. 288–9). This was also Turgot’s definition of “esteem value”; see footnotes 56, 57, and 70 below.

⁵² The term used by Hildebrand was *unverändertem Bedürfnis*. Without an independent definition of “need”, one might legitimately object that the “need” for something might depend on its price (as indeed is suggested by the above-quoted passage concerning “the progressive growth of needfulness”), and therefore that Hildebrand might be committing the fallacy of implicitly defining “unchanged need” as that hypothesis that is needed for his conclusion to be true. Below I shall argue that this is not the case; but “unchanged need” does need a precise definition. For now we may interpret the assumption to mean “unchanged tastes” in the sense that a person’s indifference map remains unchanged. Below I shall argue that it does have a more precise meaning, namely unchanged tastes plus constant unitary price-elasticity of demand.

good j . Assuming (as is implicitly done by Hildebrand) that all consumers have the same tastes, we have $\theta_{ij} = \theta_j$ for $i = 1, 2, \dots, m$. Accordingly, defining aggregate income by $Y = \sum_{i=1}^m Y_i$ and aggregate demand for good j by $x_j = \sum_{i=1}^m x_{ij}$, we have $p_j x_j = \theta_j Y$, i.e., the community's total expenditure on good j is the same share θ_j of national income Y .

Then, supposing nominal national income to be held constant (say by monetary policy) we may make the identifications⁵³

$$(3) \quad \begin{aligned} \theta_j Y &= \text{"abstract" or "species" use value of commodity } j; \\ \frac{\theta_j Y}{x_j} &= \text{"concrete" or "quantitative" use value of commodity } j. \end{aligned}$$

(Alternatively, we might wish to interpret the species and concrete value as simply θ_j and θ_j/x_j respectively, but for a fixed nominal aggregate income, Y , there is no practical difference.)

The aggregate demand function for commodity j is

$$(4) \quad x_j = \frac{\theta_j Y}{p_j},$$

which is generated by maximizing the aggregate log-linear utility function

$$(5) \quad U(x_1, x_2, \dots, x_n) = \sum_{j=1}^n \theta_j \log x_j$$

subject to the budget constraint $\sum_{k=1}^n p_k x_k = Y$. The marginal utility of commodity j is

$$(6) \quad \frac{\partial U}{\partial x_j} = \frac{\theta_j}{x_j},$$

which decreases with x_j . Substituting (4) into (5) we obtain the aggregate indirect utility function

$$(7) \quad V(p_1, p_2, \dots, p_n, Y) = \log Y + \sum_{j=1}^n \theta_j \log \left(\frac{\theta_j}{p_j} \right),$$

⁵³ I have taken the liberty of employing Rau's term "concrete value" for what Hildebrand describes above as "the proportion of the species's use value that is accorded to each unit." The only use of Rau's term "concrete" that I have found in Hildebrand is contained in a passage criticizing Engels in which he states (1848, pp. 168–9): "The utility of concrete quantities of goods as well as entire species of goods remains constantly fluctuating, depending upon need, moral characteristics, and the capability of people to utilize them, and is always relative." The justification for our appellation is to be found in Knies's 1855 treatment to be discussed in section VI below; Knies owned that "we are admittedly not using the latter word ['concrete'] in quite the same sense as Rau" (*Knies* 1855, p. 440).

whence the marginal utility of income is

$$(8) \quad \frac{\partial V}{\partial Y} = \frac{1}{Y}.$$

(Note that for individual i , writing this formula as

$$(9) \quad \frac{\partial V_i}{\partial Y_i} = \frac{1}{Y_i},$$

it expresses in an exact way Rau's 1833–1841 dictum-quoted above-that "the value of one and the same sum of money for several owners is . . . roughly in inverse proportion to their entire wealth.")

Dividing (6) by (8) we obtain the demand-price for commodity j , or what Knies was later to identify with Rau's "concrete (use) value" of commodity j (see section VI below):

$$(10) \quad \frac{\partial U/\partial x_j}{\partial V/\partial Y} = \frac{\theta_j Y}{x_j}$$

– a special case of Rau's "value to the buyer" (2), which, in view of (4), is equal to the "exchange value" p_j of commodity j .

If commodity j is wheat, a rise in wheat output, x_j , will lead to a proportionate fall in its price, p_j , in accordance with the formula $p_j = \theta_j Y/x_j$. The "sum total of the use value" possessed by the species "wheat" is $\theta_j Y$, and the "amount accorded to each unit" is $\theta_j Y/x_j = p_j$. Accordingly, "the more the sum total of the units" x_j , "increases, the smaller the proportion of the species' use value", $\theta_j Y/x_j = p_j$, "that is accorded to each unit." Thus Hildebrand in 1848 was able, albeit for the special case of loglinear or Cobb-Douglas utility functions – but the same special case that had been employed by *Torrens* (1819) in his dispute with Sismondi, and by *Mill* (1852, p. 155) in his enunciation of the "law of international value" (cf. *Chipman*, 1965, pp. 484, 711–2) – to enunciate the principle of diminishing marginal utility in explaining (and refuting) Proudhon's antinomy. That this passage of Hildebrand's – in particular, the first (emphasized) sentence which was, strangely enough, omitted from *Menger's* quotation (1871, p. 109n; 1950, p. 297) – contained the essence of the principle of diminishing marginal utility, was brought to our attention by *Streissler* (1990, p. 44).

The above quotation from Hildebrand is continued by the following passage which, it seems, few subsequent writers have been able to interpret, because of the special implicit hypotheses imposed by Hildebrand and his related puzzling terminology; it will, I think, be worth while to present a precise explanation.

If the total need [*Gesamtbefürniß*] of a nation is taken to be 100, then it would be possible to express the use value of each species of goods as a certain percentage, and if the use

value of iron were, for example, assumed to be 5 %, then under the assumption that the national need [*Nationalbedürfnis*] does not change in the instant in which the production of iron increases, a new distribution of the 5 % use value over the individual quantities of iron produced takes place as well. Whereas with the production of 500 centners, each centner of iron would possess 1/100 % of the combined national use value, it follows that with the production of 5,000; 50,000; 500,000 – and so forth – centners, the use value of each centner would decline to .001; .0001; .00001 – and so forth – percent of the national total of all use value.

We may interpret the “total need of a nation” as the amount its inhabitants have available to spend, namely national income, $Y = 100$; the species use value of commodity j – iron – is $\theta_j Y = 0.05Y = 5$. This defines the “national need” for iron, $\theta_j Y$; thus, Hildebrand’s concept of “need” for a commodity is precisely the same as his notion of its “species value” in Rau’s terminology. The “distribution of the 5 % [species] use value over the individual quantities of iron produced” is $\theta_j Y/x_j$ where x_j is the quantity of iron consumed, equal to the quantity produced, giving the “concrete value” $\theta_j Y/x_j$. Note that in the first sentence in the above quotation, “use value” refers to the *species* use value, whereas in the second sentence it refers to the *concrete* use value; this is because in his formulation Hildebrand interprets the species value as the total, and the concrete value as the average, use value.⁵⁴ We can now see that by “unchanged need” Hildebrand means not only “unchanged tastes” but also constancy of each θ_j , i.e., unitary price-elasticity of demand (see footnote 52 above).

It is interesting to note that twelve years later, no less a figure than Léon Walras wrote his first full-length book which was devoted to a refutation of Proudhon’s doctrines. Here is what *Walras* (1860, pp. 9 – 10) had to say about Proudhon’s anti-nomy:

It is plainly evident that the general fact of exchange value has its source in the limitation in quantity of the utilities which makes them scarce. . . . One could analyze utility and consider it successively in its *intensity*, according to which it is more or less great or middling; in its *extension*, according to which it is more or less widespread or restricted; in its *direction*, according to which it is more or less mediate or immediate. One would then find that from some of these points of view, utility influences the scarcity, and therefore the value, of things. It would remain no less established that exchange value has its origin in the quantitative limitation of utilities, . . . in a word, in the scarcity of things.

It is quite clear that Hildebrand in 1848 was far ahead of Walras in 1860 in his understanding of the principle of diminishing marginal utility!

⁵⁴ This is presumably what led *Knies* (1855) (see section VI and the quotation following footnote 67 below) to stress this aspect of the concrete value rather than the interpretation given in the important (emphasized) first sentence of Hildebrand’s above-quoted critique of Proudhon’s antinomy.

IV. Friedländer

Friedländer's monograph (1852), prepared for a Jubilee celebration of his university in Estonia (then part of Russia), is concerned with the gap in Smithian economics between use value and exchange value: "Drawing attention to this gap is the purpose of this treatment, which is intended to bring about a more multifaceted and more deeply incisive consideration of use value" (p. 5); he describes his proposed concept as "economic objective use value", by which he appears to mean essentially the same thing as Rau's "species value" (he had apparently not become aware of Hildebrand's work). He affirms (p. 6) that "the true goal of economics is less the pursuit of wealth than that of the general welfare".

The monograph is divided into two parts. The first, preceded by a foreword and an introduction, is a lengthy critical survey of the literature (pp. 9–43), occupying more than half the work. The authors covered are Malthus, Smith, J.-B. Say, McCulloch (whom he had apparently conversed with in London), Turgot, Louis Say, Sismondi, Rossi ("a man of great distinction in the science", p. 24), Lotz, Hermann, Rau (whom he calls "the outstanding master of the science", p. 33), and Riedel (he refers to the last three as "my learned friends" (p. 19)). In each of these he surveys the author's work through paraphrases or outright reproductions of scattered passages,⁵⁵ followed by his own critical response to the author's views; a reader of this monograph must therefore be very careful to distinguish the paraphrased passages from Friedländer's own. The second part of Friedländer's monograph, entitled "On the Theory of Value", is divided into a short introductory paragraph, a section I on subjective and objective aspects of use value (p. 44), a section II on the economic significance of use value, exchange value, and price (p. 52), and a section III on the possibility of a universal expression for use value (p. 59), followed by an epilogue (p. 68). It is section III that contains the most original development.

In his discussion of J.-B. Say, Friedländer rejects Say's idea of consumers' sovereignty (p. 14), retorting (p. 16): "was the Chinese government wrong in its efforts to limit the excessive use of opium?" And with regard to Say's view that exchange value is the only correct indicator of wealth, he cites (pp. 14n–15n) *Lauderdale's* observation (1804, pp. 50–51) that according to Gregory King's rule, a poor harvest would have a higher total value than a normal one. He then argues that "the goal of the economy should be not the production of exchange value, but rather of economic welfare" (p. 16).

Friedländer's discussion of Turgot is of particular interest to us. Turgot had supplied an objective criterion for ranking human needs by his concept of "esteem

⁵⁵ As he says in his discussion of J.-B. Say (p. 13), "I summarize the abbreviated comments, which are scattered over various places, and for our purposes worth taking into consideration, as far as possible in his own words."

value” (*valeur estimative*) of an object for a man in isolation.⁵⁶ Friedländer (p. 21n) quotes the following passage (1769; 1844, I, p. 83; 1919, III, p. 88; 1977, p. 140):⁵⁷

[What then is his measure of value in this case? What is his scale of comparison? It is clear that he has none other than his own resources.] The sum total of these resources is the only *unit* of this scale [,the only fixed point of departure].* It follows from this that the *esteem value* (*valeur estimative*) of an object, for the man in isolation, is precisely that portion of his total resources which corresponds to the desire that he has for this object, or what he is willing to use to satisfy this desire. It might be said, in other words, that it is the ratio of this proportionate part to the total of the man’s resources, a ratio expressed as a fraction whose [numerator is this unit and whose]* denominator is the number of values or equal proportionate parts that the man’s resources contains.

Friedländer comments (1852, p. 21) that “it is a deep idea that the estimation of value is based on the totality of people’s needs, which is compared with their faculties and powers, almost as if they were equivalent.” Turgot’s formula calls to mind Proudhon’s chemical analogy and “law of value” adopted by Hildebrand in his interpretation of “species value” as the ratio of one’s expenditure on the species (in order to satisfy one’s corresponding needs), to one’s total resources (“powers and faculties”) measured by income. Unfortunately Friedländer had not been exposed to this literature, however. He ends up rejecting Turgot’s measure on the following grounds (p. 21):

... indeed if the fraction could be determined, then it would actually be an expression of the price which a person surrenders for the valuable [*werthvollen*] object – not the value itself, whose estimation must have preceded this in order to cause the person to decide to sacrifice exactly *this* proportionate share of his powers for exactly *this* part of his needs.

This identification of the share of a person’s total expenditure devoted to a particular object with the price of that object is of course incorrect. Had Friedländer had a

⁵⁶ In deriving his concept of “esteem value”, Turgot (1769; 1844, I, pp. 83–84; 1919, III, p. 88; 1977, p. 140) acknowledged (albeit critically) the influence of *Graslin* (1767, Part I, Ch. II, pp. 24–58). Indeed *Graslin* (pp. 26–30) made very explicit his postulate that to each need there corresponds a fixed total share of expenditures, and used this to explain how increased scarcity of a good would lead to a higher price: “all the individual parts of a single thing, in whatever quantity, always having as their object just a single need, together have the same value. This value of the object, or of the thing taken solely in its relation to the species, and independently of the quantities of the individual parts, cannot change, so long as the needs stand in the same proportion; but the partial value of this thing must absolutely diminish in proportion to an increase in the number of its parts” (p. 27). He went on (pp. 36–40) to rank-order “relative species” by the relative expenditure shares corresponding to the respective needs.

⁵⁷ The first three (bracketed) sentences were omitted by Friedländer. The starred bracketed passages were omitted (by Du Pont de Nemours) from the Daire edition (1844) cited by Friedländer, and are from the original edition published in *Schelle* (1919); thus they could not have been known to Friedländer. In the quotation I have followed Groenewegen’s translation except that I have substituted “ratio” in place of “relation” for Turgot’s *rappor*t, and made a few other minor changes. Groenewegen’s “resources” corresponds to Turgot’s *facultés*, and was translated by Friedländer as *Anlagen*.

better appreciation of the proportionality between concrete use value (marginal utility) and exchange value (price) from a reading of Hildebrand's work (or indeed from his reading of Rau), he might have been more receptive to Turgot's suggestion; on the other hand, his objection may have been based more on the idea that equilibrium market prices need not correspond to what they might be in a "just society".

With regard to Lotz, Friedländer justly complains (p. 29) that "the piling-up of various distinctions does not promote clearer understanding." He discusses (pp. 30–31) Hermann's rank-ordering of categories of goods: necessities \succ luxuries \succ education \succ lustre (1832, p. 68), as well as Hermann's criteria of "general" versus "particular" use value according to the greater or less dissemination of the need, and "comprehensive" versus "limited" use value according to the number of needs served (1832, p. 69), etc.

In his discussion of Rau's work (pp. 33–38) Friedländer paraphrases (p. 36) the following passage from *Rau* (1847, § 79, p. 104):⁵⁸

One can more easily form a notion of the state of a nation's wealth if one compares it with that of others. In this, one may imagine all the nations being compared with one another as being situated at the same educational level, or in a similar process of development, their needs as equally great – thus leave these entirely out of consideration, and just keep to the average amount of income available for people's well-being. Accordingly a nation is richer than another if there accrues to each of its people a greater amount of goods annually.

Against this Friedländer makes the following objection (p. 38):

The ascertainment of the quantities of goods under the assumption of equal types of needs, cannot thereby suffice. Rather, [the comparison] should depend primarily upon the investigation of the actual amount of needs as they have developed among various peoples in different social classes and in the different stages of national development, in order to arrive at the definition of the average unit of need, tested according to the definition of a reasonable life, which can then become the standard by which individual needs and the use value of things corresponding to them can be measured.

This stance forms the basis of Friedländer's approach in section III of the second part of the monograph, which must be considered the heart of the work.

In section I of Part 2 of the work, Friedländer defends an "objective" conception of use value (p. 46): "The goals which man sets for himself can be evaluated in their objective significance only when one views them as the means for fulfilling

⁵⁸ *Rau* adds (1847, § 81, pp. 105–6): "The degree to which a nation's income contributes to its economic well-being depends not only on its magnitude but also . . . on the manner of its distribution. A nation could have a very large income but such that a small number of people live in wealth bordering on excess, while the majority do not even have quite enough to live on." This is also paraphrased in *Friedländer* (p. 36). These passages of Rau's are also found with slight variations in the other editions: (1826, pp. 56–7; 1833, pp. 77–8; 1837, pp. 82–4; 1841a, pp. 84–6; 1855 and 1863, pp. 96–8; 1868, pp. 117–9.)

the highest destiny of humanity.” Thus he defends an unabashedly paternalistic interpretation of economic welfare (p. 47):

Those distinguished by their capability to render a sound judgment cannot form a majority, for the very reason that they are distinguished, because relative to the masses they are only a few. The subjective judgment of the multitude thus cannot be definitive as to the significance of the secondary human purposes for human needs and the valuation of external things emerging from them, which from the standpoint of the nation and the state can be gained only on the basis of ethics. . . . If, therefore, external goods are to be ordered according to their economic significance, it is then insufficient to examine how . . . the majority of people rank them;⁵⁹ rather, science must rank-order the economic significance of the purposes pursued by people according to ethical principles.

Friedländer then provides his definitions of (use) value and utility (p. 48):

The capability of things to serve a pursued purpose is their utility. . . . When a purpose is recognized as worthy of pursuit, and therefore a need is felt, and the capability of the thing to satisfy that need – its utility – is realized, then value is ascribed to the thing. Value is thus the relationship, recognized in human judgment, according to which the thing can be a means for the fulfillment of a purpose worthy of pursuit.

These definitions are hardly very precise! However, it later seems that Friedländer’s objective is to obtain an estimate of Rau’s *species value* (p. 51):

For the ranking of commodities⁶⁰ by species value, an ethical foundation is indispensable, because only through it can the significance of the various purposes be valued. . . . By relating value to one people, the national-economic value emerges from the indefinite generality of species value, and takes on a concrete character.

Here, Friedländer appears to be using the word “concrete” in a different sense from Rau’s. Thus we might interpret one of Friedländer’s goals in this monograph as that of estimating the appropriate weights to be attached to commodities in lieu of current prices in order to construct, in modern terminology, an index of “real national income”.

In section II of Part 2, Friedländer seeks to show (among other things) that exchange value, which J.-B. Say had upheld as the criterion for measuring wealth, is greatly dependent on use value and bargaining power.⁶¹ This section contains a

⁵⁹ Here Friedländer refers in a footnote to his previous discussion (p. 30) of Hermann’s rank-ordering of categories of goods, which *Hermann* (1832, p. 68) had based on the majority view.

⁶⁰ Friedländer uses the word *Brauchlichkeit* coined by Zachariä (1832, p. 1) as the German equivalent of the English word “commodity” (Friedländer had used this word in his translation (1852, pp. 9–10) of the long passage from *Malthus* (1820, pp. 337–340) – see footnote 39), although he does not refer to Zachariä. Zachariä ruled out the word *Waare* as a translation of “commodity” on the ground that (p. 2): “A ware is a commodity insofar as it is a commodity for its owner owing purely to its exchange value.”

⁶¹ He had already stated, in his discussion of J.-B. Say (p. 16) that: “Say’s assertion that exchange value is the yardstick of utility is . . . entirely untenable. Say refuses to consider use value, because it can only be subject to arbitrary estimation; but . . . , as will be shown below,

very interesting analysis of bilateral monopoly, perhaps stimulated by that of *Turgot* (1769); it goes as follows (p. 53):

... exchange is always to be regarded as a struggle between the parties to it, in that [each of] the two parties to the exchange wishes to give up as little reciprocally transferred use value in the exchange as possible, and is anxious to receive as much of it as possible. This self-seeking desire then causes each of the two traders to estimate the objects of the exchange with regard to their use value both for himself and for his counterpart in the exchange; and if we imagine the simplest case, in which two traders, each appearing opposite the other with one object of exchange, then each, even if not clearly conscious of doing so, ... makes four judgments; of the use value for himself of the thing to be given up and of the thing to be received in exchange, and those use values which they have, in his opinion, for his counterpart in the exchange. The eight judgments which the two parties to the exchange make must then be balanced out among one another if the exchange is to take place.

He even considers the case of unequal numbers of traders (p. 55):

Let us even imagine the case in which the exchange value is at its point of equilibrium – ... then ... the bargaining power is weaker on the side where the number of competitors is greater. To be precise, owing to the fact that each of the competitors wishes to realize a purchase or sale, his bargaining power declines. Ten farmers, each of whom brings 10 bushels of grain to the market, will in the case of otherwise equal exchange conditions be in a less favorable position opposite the purchasers of the grain than would two, who each brought fifty, or one who brought a hundred to the market.

We finally consider the most original part of Friedländer's monograph, section III of Part 2.

Friedländer's proposal is to determine the amounts of needs that must be satisfied to secure subsistence. This could be interpreted as constructing a subsistence-level indifference surface (or alternatively, the boundary of a "consumption set") in commodity space, given information on how specific needs are satisfied by specific commodities.

While Friedländer rank-orders the basic means of satisfying needs (food \succ clothing \succ shelter \succ heating \succ defense) (p. 61), he nevertheless considers each of them essential, and seeks a measure (or measures) of the needs themselves that are required for subsistence. In the case of food, he breaks these needs down into nutritiousness, digestibility, fortification, wholesomeness, and flavorfulness, and seems to suggest that to some extent these are substitutes, that is, that some nutritiousness could be sacrificed in favor of some digestibility. He cites the detailed data provided by *Rau* (1847, § 191, note (c), pp. 240–242)⁶² concerning diets of German

this arbitrary estimation is not eliminated in exchange value, ... so that one is deceiving oneself to believe that in the numerical estimation of price one has found an absolute quantity as a basis for scientific consideration ..."

⁶² This goes back to the 4th edition of *Rau* (1841a, § 191, note (c), pp. 207–208), and is continued in the 6th and 7th (1855, 1863, § 191, note (a), pp. 223–224), and 8th (1868, § 190, note (a), pp. 258–260) editions.

and other agricultural field workers, and those obtained from British poor-relief reports, as well as data from several other contemporary authorities on nutrition and hygiene. As with Rau (see footnotes 14 and 15 above), Friedländer appears to regard foodstuffs which can be characterized by their “nutritive value” (calories?) as in effect perfect substitutes, e.g.: “The nutritive value [*Nährwerth*] of 100 weight-units of rye is equal to [that of] 84 units of wheat, 107 of barley, 110 of oats, [and] 90 of peas” (p. 63). Thus (p. 63):

Where . . . experience shows that definite quantities of foodstuffs have affected the preservation of human life in the same way, then their objective values should be equated, otherwise their values [should be] set proportional to the relative quantities which have contributed to the nourishment. These relative quantities must be found through experience in the determination of practical equivalents. The comparison of these equivalents with the particular units of need [*Bedürfnisseinheiten*] of diverse peoples will help to determine the relationship of the objective value of the diverse food items consumed among diverse peoples under diverse conditions of need [*Bedürfnisverhältnisse*], and facilitate knowledge of the relatively favorable or unfavorable economic conditions.

Friedländer does not suggest any corresponding measures of “units of need” for clothing, but he does so for shelter, asserting (but without citing references) that “according to practical experiences which have been gathered in prisons in England, with continuous occupancy in the same space for a grown man, a minimum of 750 cubic feet has been recognized as indispensable for the preservation of human health, and even then provision for ventilation as still a prerequisite” (p. 64). He then continues:

This spatial extent remains desirable as the lower bound of space limitations even if the person is not continuously present in the living space, instead, for example, passing time there only for the purposes of sleeping and eating. Where the severity of the climate would necessarily cause death without shelter, then shelter should be estimated with the same proportion [*Quote*] of the unit of need as food and clothing; where this is not the case, the degree of endangerment to life which looms determines the proportional amount.

This seems to be the only place where Friedländer indicates explicitly how he estimates the “objective use value” of one object relative to another. But although he ranks food and clothing above shelter, he necessarily equates the minimum cubic capacity of shelter needed for subsistence with the corresponding “need unit” of food (calories or whatever) required for subsistence. In this respect, therefore, he treats his major categories (food, clothing, shelter, etc.) as perfect complements.

A similar analysis is applied to fuels in their thermal capacity for heating (p. 64). And for defense he provides the following interesting analysis (p. 65):

Weapons are necessary for the preservation of life where state institutions have not successfully taken on responsibility for protection of security. Their objective value depends upon the frequency and degree of the menacing danger; since the preservation of life in the face of an enemy’s attack is just as urgent as that in the face of hunger, the value of the weapon may be expressed by a fraction which results from multiplication of the fraction which expresses the probability of fending off the danger by the fraction which designates

the relative justification of the protection provided by weapons as compared with other the necessities of life.

Unfortunately he does not provide further hints as to how he would estimate the second fraction!

Friedländer's contribution is of special interest in the light of later contributions. The study of "need units" characteristic of commodities foreshadowed *Stigler's* pioneering paper on the cost of subsistence (1945), in which he provided data analogous to those relied on by Friedländer. Stigler's objective was different: to calculate the minimum-cost diet at given market prices; it was also one of the first applications of linear programming in economics. Then, of course, Friedländer's "need units" are none other than the "characteristics" introduced by *Lancaster* (1971) in his "new approach" to consumer demand!

V. Roscher

In the first edition of his *Principles*, *Roscher* (1854) showed the influence of both *Rau* (1847) and *Hildebrand* (1848). With respect to the latter, *Roscher* (1854, § 5, note 3, p. 6) provided data from *Cordier* (1823) showing that while the wheat harvest in France steadily increased from 1817 to 1819, its value steadily declined, and he commented (note 5, p. 7) that: "The contradiction which Proudhon . . . attempts to artfully work into the antithesis between use value and exchange value is well put to rest by Hildebrand." However, in his text (1854, § 5, p. 6) *Roscher* had already stated, by way of showing that use value and exchange value were not identical, that "the exchange value of a good can also increase while the use value has decreased, and conversely"; this was to lead to a criticism by *Knies* (1855, p. 454).

The influence of *Rau* was shown in a short section on abstract and concrete value. The first paragraph of his statement is worth quoting in full (1854, § 6, pp. 7–8):

The distinction between *abstract* and *concrete value* was first made by *Rau* (*Lehrbuch* I, §§ 61 ff.). The abstract or species value is based on the relationship which exists between an entire type of goods and the needs of people in general. Hence, e.g., the beech tree has a higher species value than the pine. The concrete or quantitative value, in contrast, is the value that a particular quantity of a type of goods has for a particular person under particular circumstances; thus it depends on the relationship between the requirement and the supply, etc. Thus, e.g., the gold found by Robinson had no concrete value to him whatsoever; duplicates in a private library, etc., also come to mind.

The comment about the beech and the pine as alternative fuels was to have a considerable influence on *Knies*.

VI. Knies

The writings of *Rau* (1847), *Hildebrand* (1848), and *Roscher* (1854) stimulated a brilliant article by *Knies* (1855).

The main contribution, apart from expanding on the doctrines of his three predecessors, may be said to be his use of the concept of species value to define a hierarchy of wants, the species of wants (*Bedürfnisgattungen*) being set into one-to-one correspondence with the species of goods (*Gütergattungen*), and the goods in each species being considered as substitutes, and (by implication) those in different species being considered as complements. He started out this analysis by distinguishing (a) the intensity of a need which a good satisfies, and (b) the intensity with which a good satisfies a need (1855, p. 429).

(a) The first of these is purely subjective; in his words (p. 430):⁶³

... we arrange the species of goods together in accordance with the species of human needs. We can best estimate which rung on the scale⁶⁴ of use value the individual goods-species occupy when we pose ourselves the question: if they were shorn of the possession of all goods, in what order would people supply themselves with the goods-species for consumption and living[?] Or: in what order, conversely, would they abstain from further use, if they were in possession of all imagined goods[?]

To today's readers, the question posed seems to be a puzzling one in the absence of information on market prices; but *Menger* (1871, Ch. II, § 3a, item 3, p. 52; 1950, Ch. II, 3A, item (3), p. 95) posed the problem in exactly the same way! *Menger* (1871, Ch. I, § 1, p. 3; 1950, p. 52) also adopted *Knies's* concept of "goods-character" (*Knies*, 1955, p. 424). It turns out, as we shall see, that *Knies* solved the problem by making use of *Hildebrand's* idea of identifying the "species value" with the "need", both of them being defined as the (assumed constant) share of people's income devoted to the commodity group, or "species", in question.

(b) The second intensity can be ranked objectively, and this is the degree to which a good can satisfy a particular need. The examples are those given by *Rau* and *Roscher* respectively of the relative nutritive powers of different subspecies of grain, and the relative thermal efficiencies of different subspecies of wood to be used as fuel. *Knies* referred to this intensity as the good's "subspecies value" (*Specieswerth*).

To compare the species values of two different species, one needs to take account of both (a) and (b). Thus (1855, p. 440):

⁶³ Note the remarkable resemblance to the passage from *Louis Say* quoted in section I.8 above. *Knies* did not refer to either *L. Say* or *Lotz* in this article, though he may have consulted their writings. It is doubtful that he knew of *Graslin* (see footnote 56 above), at least at that time.

⁶⁴ The mixed metaphor is *Knies's*!

The species value of firewood is far higher for a people in colder climatic regions than for a people in greater proximity to the equator; the same holds true for heat-producing fuels and for wool. The subspecies value of wheat is much smaller for a country which cultivates rice than for one that does not.

In both cases the species value will influence the price. The second case is an example of substitutes. This was later made explicit by Knies in *Das Geld* (1873, p. 126; 1885, p. 163):

Here it is instructive to consider first and foremost the “*surrogates*”, which are to replace the use of other goods. I then indicate goods that I wish to refer to as *substitutable* [*stellvertretende*], in that, for example clothes of cotton, linen, wool, silk, etc., can equally meet the need for clothing; wood, bituminous coal, lignite, anthracite coal, etc., can equally meet the requirement for fuel, the various livestock animals the requirement for meat, etc.

This substitutability was the essential property characterizing *fungibility* (1873, pp. 115–116; 1885, p. 151):

The *fungible goods* (*res fungibiles*) – and *with regard to these*, money has been referred to since ancient times as the most fungible of all goods – have the special property that one quantitative unit of it can function as equal in value to every second, third quantitative unit of equal size.

As *Block* (1890, II, p. 78; 1897, II, p. 77) has remarked, “Mr. Knies does not sparkle with clarity”; however, my interpretation of this passage is that it states that the marginal utility of money is essentially constant, and that the more slowly a species of goods’ marginal utility decreases with increasing quantities, the more fungible the species is. Of course this concept can only be *relative*; thus, two goods are *relatively fungible* if and only if the elasticity of substitution between them remains high, and a fungible good is presumably one with a high elasticity of substitution with respect to all other goods.

Knies provided an illustration of the nature of this substitutability by means of an example of two subspecies of grain: wheat and rye (1855, pp. 450–451). Let ν_j be the nutritive power (e.g., the number of calories per million bushels) of grain j , x_j the consumption of grain j on the market in millions of bushels, and p_j the exchange value (price) of grain j in guilders per million bushels. Then the total quantity of nutritive power produced [*Nährkraftsquantität*] by grain j (e.g., the total output of calories from grain j) is the product $\nu_j x_j$. Now (and this part of the reasoning was not included by Knies), one must have

$$(11) \quad p_{\text{wheat}}/p_{\text{rye}} = \nu_{\text{wheat}}/\nu_{\text{rye}} ;$$

for the total expenditure on grain is also the total expenditure on grain-calories, and may be decomposed as

$$(12) \quad p_{\text{wheat}}x_{\text{wheat}} + p_{\text{rye}}x_{\text{rye}} = \frac{p_{\text{wheat}}}{\nu_{\text{wheat}}} \cdot \nu_{\text{wheat}}x_{\text{wheat}} + \frac{p_{\text{rye}}}{\nu_{\text{rye}}} \cdot \nu_{\text{rye}}x_{\text{rye}} ,$$

where p_j/ν_j is the price per calorie of grain j , so if wheat is a cheaper source of calories than rye (i.e., $p_{\text{wheat}}/\nu_{\text{wheat}} < p_{\text{rye}}/\nu_{\text{rye}}$), the rational consumer will purchase only wheat, and likewise if rye is the cheaper source, all expenditure will be devoted to rye. Since both must be consumed in equilibrium, the equality (11) must hold. Then we may define

$$(13) \quad r_{\text{grain}} = \frac{p_{\text{wheat}}}{\nu_{\text{wheat}}} = \frac{p_{\text{rye}}}{\nu_{\text{rye}}}$$

as the price of a unit of nutritive power of grain. The total expenditure on grain may therefore be expressed as the total expenditure on units of nutritive power of grain:

$$(14) \quad r_{\text{grain}}(\nu_{\text{wheat}}x_{\text{wheat}} + \nu_{\text{rye}}x_{\text{rye}}) = \theta_{\text{grain}}Y,$$

where θ_{grain} is the species value of grain. Knies defines ν_{wheat} and ν_{rye} as the *subspecies values* of wheat and rye. Note that Knies’s subspecies value is defined according to quite different principles from that of the species value. We may note further that Knies’s concept of subspecies value agrees completely with Rau’s concept of “species value” as applied to subspecies (see footnote 15 above).

Thus, Knies generalized the Rau-Hildebrand model to one in which the aggregate consumer preferences may be expressed by a utility function of the form

$$(15) \quad U(x_1, x_2, \dots, x_s) = \sum_{j=1}^s \theta_j \log \left(\sum_{k=1}^{n_j} \nu_{jk} x_{jk} \right),$$

where $x_j = (x_{j1}, x_{j2}, \dots, x_{jn_j})$ is the bundle of quantities x_{jk} of the n_j subspecies of species j (e.g., the number of bushels of wheat, rye, barley, etc., in the species “grain”), ν_{jk} is the subspecies value (e.g., nutritive power) of the k th subspecies of species j , and θ_j the species value or “need” of species j , there being s species and $n = \sum_{j=1}^s n_j$ subspecies (commodities) altogether. The elasticity of substitution is infinite between any two subspecies of the same species, and unitary between subspecies of different species.

Knies (1855, p. 441) next expanded on Hildebrand’s theory of value, expressing it in Rauian terminology (see footnote 53 above):

[Goods] receive their species value for use through the distinguishing features which characterize the type of need that they satisfy; [they receive] their concrete value, however, through the *proportion* in which . . . their available amount stands to the *extent of the quantity* by which need is expressed. . . . the concrete *use value* of each type of goods which a people consumes [is] found only in this *proportional relationship* of the quantity in which they are available and the extent and intensity of the need which is to be satisfied by way of this quantity.

Hildebrand had already defined the “need” for good j as the share $\theta_j Y$ of income devoted to it. In the first sentence of the above passage, we may identify the

“available amount” of good j with x_j ; likewise the “quantity in which they are available” in the second. The phrase “the *extent of the quantity* by which need is expressed” is less clear, but the second sentence’s “the extent and the intensity of the need which is to be satisfied by this quantity” permits us to identify this amount with $\theta_j Y$. Accordingly – despite the equivocation as to what goes in the numerator and what goes in the denominator – the sentence may be interpreted as defining the “concrete use value” of commodity j by the ratio $\theta_j Y/x_j$ as in (10).

In other passages Knies muddies the waters with some perplexing statements. Thus he states (1855, p. 442): “the concrete value is determined by the ratio between the quantity of goods that happen to be available and the quantity of goods that happen to be desired.” To be consistent with his previous definition, “the quantity of goods that happen to be available” would have to refer to x_j , and “the quantity of goods that happen to be desired” to the “need”, $\theta_j Y$. Since constant expenditure shares imply $p_j x_j = \theta_j Y$, this would also identify “the quantity of goods that happen to be desired” with *the amount spent* on these goods, $p_j x_j$, which may indeed be an indicator of “need”, but can hardly be described as a “quantity of goods”. An alternative possible interpretation of the passage is that the quantity that “happens to be desired” is one unit, hence the concrete value varies inversely with the available quantity. Another statement by *Knies* (1955, p. 455) seems to confirm the correct interpretation: “The concrete use value of goods, that is to say, the *degree* of their usefulness [*Brauchbarkeit*] for a people’s consumption, is based . . . not upon *the quantity* in which they are available, but rather upon the ratio of *this quantity* to the quantity of needs which they must satisfy” – except that this inverts the ratio. The phrase “degree of their usefulness” (which could also be translated as “degree of their utility”) certainly provides a hint of marginal utility.

Knies’s article contains an interesting discussion of the “paradox of value” in which he states (p. 443): “. . . it is entirely meaningless to conclude that because the species use value of bread is higher than that of fine linen lace, and the use value of the entire supply of bread is higher than that of the available entire quantity of fine linen lace, therefore the use value of a pound of bread is higher than that of a pound of lace.” In fact, as is clear from the formula $p_j x_j = \theta_j Y$, the statement is correct if the first unqualified “use value” is interpreted as the concrete, and the second as the species, value. Knies then proceeds with a numerical example in which the total quantities of bread-grain and lace are $x_{\text{bread}} = 24,000,000$ and $x_{\text{lace}} = 24$ hundredweight respectively, and their (concrete) use values satisfy $p_{\text{lace}} = 1000p_{\text{bread}}$. Unfortunately he stopped short of showing (as could easily have been done) that this implied that the species use values must satisfy $\theta_{\text{bread}} = 1000\theta_{\text{lace}}$. The gap was soon filled by *Roscher* (1857), as we shall see in section VII.

Finally I consider Knies’s treatment (1855, pp. 451–2) of what he described as the two “stumbling blocks for the recognition of the harmony between use value and exchange value”. The first of these was Proudhon’s antinomy, which had been

answered by Hildebrand. The second was the problem of explaining Cordier's data as cited by Roscher, showing that a bigger harvest can have smaller total value than a smaller one. With respect to the first, Knies's explanation followed Hildebrand's, but it is nevertheless worth quoting in full:⁶⁵

The first [stumbling block] is that it has been perceived *how, through a increase in the quantities of goods which possess exchange value, the exchange values of just such quantities is diminished*. When a malter of wheat had cost 40 guilders in a year of failed harvests, and then climatic conditions and the farmer's labor in the ensuing years of ample harvest placed at the disposal of the hungry human race a rich abundance of wheat with its evident use value, then the exchange value of the malter fell to perhaps 20 guilders! That appeared not only as an admonition against the significance which economic theory assigns to the exchange value of goods, but rather particularly also as an insoluble contradiction between exchange value and use value. However, this is far from being the case, and present here is rather one of the most beautiful proofs of the harmony between the two values. The error is based on the fact that it has been overlooked how, for example, the proportionate use value [of bread-grain], which is depicted by the ratio to its quantity of the total available quantity, is always assigned to the *single* malter of bread-grain. The total quantity of bread-grains, or of a single species, must satisfy the total need for it. If this need remains the same, and in one year it is satisfied by 1000 malters, in the other by 2000 malters, then in the first case, the use value of the single malter is $\frac{1}{1000}$ th of the same total, in the second $\frac{1}{2000}$ th – for it would be simply a contradiction were the exchange value to vary otherwise than in the manner decried [by Proudhon].

Here, by “proportionate use value” (*Quotegebrauchswerth*) of bread-grain Knies apparently means the same thing as Hildebrand's “proportion of the species's use value that is accorded to each unit”, and in turn as Knies's interpretation of Rau's “concrete (use) value” given by (10) above, which declines in proportion to the harvest, x_j .⁶⁶ In accordance with Hildebrand's interpretation, if bread-grain is commodity j , the “total need” for it is $\theta_j Y$, which for given income is constant and independent of prices (this solves the problem of rank-ordering wants independently of prices). The total quantity of bread-grain, i.e., the output x_j , which, to clear the market, must be equal to the consumption of it, “must satisfy the total need for it”; as suggested above, this can only mean that the amount spent on it,

⁶⁵ A similar but much briefer explanation was supplied in *Das Geld* (1873, p. 125; 1885, p. 162), where Rau's “concrete use value” was replaced by Marx's “social use value”. In that work, Knies made this theorem concerning the proportionality of use value and exchange value an important foundation of his doctrine that money has its own use value; cf. *Knies* (1873, p. 139; 1885, p. 185).

⁶⁶ Knies's statement is not free from ambiguity, however. The expression “proportionate use value” appears to be used just in the above-quoted passage and nowhere else in Knies's article. Assuming “its quantity” to be the single unit = 1, then the term could denote the fractions $1/1000$ and $1/2000$ in his illustration (i.e., $1/x_j$) by which the “need” $\theta_j Y$ must be multiplied to give the “concrete value”, or the concrete value itself. I take the second interpretation as more likely, so that the “proportionate use value” is the same as the “concrete use value”. However, for Knies's numerical illustration to be consistent with his definition, he would have to refer to the fraction as “the ratio of its quantity [= 1 unit] to the total available quantity [x_j]”.

$p_j x_j$, must be equal to the “total need” for it, $\theta_j Y$. The average cost to the consumer – the “proportionate use value” – is obtained by dividing both sides of this equality by x_j to get $p_j = \theta_j Y / x_j$. Thus, Knies’s solution to Proudhon’s paradox is not essentially different from, though possibly more persuasive than, Hildebrand’s. Because of the implicit assumption of Mill-Cobb-Douglas preferences, it turns out that this “proportionate” or *average* use value, upon division by income (which in this case is the same as multiplication by the marginal utility of income as in (10) above), coincides with the *marginal* utility. This accounts for Knies’s otherwise puzzling statement (1855, pp. 452–3):⁶⁷

One cannot emphasize enough that the use *value* of goods, in other words the *degree* of their usefulness, is determined by the *proportion* in which objects with particular characteristics are found in relation to certain human needs, and that the concrete use value depends not only on the particular quantities of available goods with certain characteristics, but rather on the proportion of these to the concrete needs of people.

Knies’s solution to the first “stumbling block” assumes that the “need” for a species of goods, implicitly defined as the share of income devoted to that species, remains constant, i.e., that the price-elasticity of demand is unitary. But this

Streissler (1990, p. 49n) has remarked that the “proportionate use value” is Knies’s term for marginal utility; this is certainly suggested by a passage quoted above, although I am inclined to the interpretation (10) rather than (6). Streissler further remarks on p. 49 that Hildebrand was “taken to task by Menger” for assuming that “total utility for every commodity always remained constant.” This probably refers to the passage in Menger (1871, p. 109n; 1950, p. 298) in which he states, in criticism of Hildebrand, that: “A ‘species value’, in the proper sense of the term, therefore has no real nature and does not exist, unless ‘utility’ [*Nützlichkeit*], ‘recognized utility’, or the ‘degree of utility’ is confounded with ‘value’. On the other hand, the species value, in the sense of the totality of the value of the concrete goods of a certain species to the individual members of human society, is not an unchanging magnitude, even if the needs of the various members of society remain unchanged, and hence the foundation on which Hildebrand builds his calculus is disputable.” (I have made some changes to the 1950 translation). This shows that Menger did not follow Hildebrand’s reasoning. Hildebrand did not use the terms “recognized utility” or “degree of utility” (these were Rau’s terms); he spoke of “use value” or “utility value” (*Nutzwerth*), not of “usefulness” or “utility” (*Nützlichkeit*), and he ascribed constancy not to the total value of a species, but to its value relative to total income.

Menger made the same mistake in his criticism of Knies (1871, p. 111n; 1950, p. 300): “Although ... Knies also touches upon the concrete use value in the economy of an individual [*privatwirthschaftlich-concreten Gebrauchswerth*] ([Knies, 1855,] p. 461) this indeed is done only in order to elucidate the {frequent} contrast {in Rau} between the ‘species value’ (in truth, ‘utility’ [*Nützlichkeit*]) of goods and their concrete value, in other words, the proposition – quite correct – that the measure of the utility of things is something essentially different from the measure of their value” (again I have altered the 1950 translation, and I have restored two missing passages in braces). Here, Menger equates “species value” with “utility”. However, for Hildebrand and Knies, it is the “total need” (or expenditure share) θ_j for every commodity that remains constant, but it just so happens that the *average need* θ_j / x_j is equal to the *marginal utility* of commodity j , so Hildebrand and Knies are both exonerated from Menger’s criticism. See also footnotes 75, 79, and 115 below.

⁶⁷ See also footnote 54 above.

assumption is of course at variance with the data cited by *Roscher* (1854, § 5, note 3, p. 5) from *Cordier* (1823) (see section 5 above); this gives rise to the second stumbling block. *Lauderdale* (1804, pp. 68–70; 1819, pp. 69–71) had shown that (with fixed money supply) a rise in output of a commodity could lead to a fall in its total value (the case of inelastic demand). Apparently neither Hildebrand nor Knies had consulted Lauderdale on this particular question. Knies bravely attempted an explanation.

The crux of Knies's argument seems to be contained in the following passage (1855, pp. 456–7):

A greater quantity of wheat has without any doubt a greater *capacity* to perform, a greater *nutritive power*; but this – the intensity with which a quantity of goods *can* satisfy needs – is of course only *one* aspect of the concrete use value; the second is the intensity of the need which stands opposite it. The greater [*sic*] the former and the greater the latter – we see – the greater is the use value. In our case the relationship is *such that the decrease* [*sic*] *in the capacity to perform of the available quantity of goods is surpassed – is more than compensated – by a greater intensification of the need!* Then the effective use value of the smaller quantity is greater than that of the larger quantity.

The demand for a good may just as well be expressed in efficiency units; that is, it is the *effect* which the consumer is presumably interested in. The concrete use value (per efficiency unit) of good j to the community as a whole may then be expressed as $\theta_j Y / \nu_j x_j$. However, since there is no difference between a 10 % increase (or decrease) in ν_j and a 10 % increase (or decrease) in x_j , the discussion of “capacity to perform” seems irrelevant to this argument. Now, from the formula $\theta_j Y / \nu_j x_j$ for the concrete value of good j expressed in efficiency units, it is clear that an equal percentage increase in the numerator and denominator will have no effect on the concrete value. I conclude that Knies must have meant “the *smaller* the former” in the second sentence of the above passage – “the former” being $\nu_j x_j$ and “the latter” θ_j . This is confirmed by the third sentence, since only when the “need” θ_j increases will the concrete use value, $(\theta_j Y / \nu_j x_j) \cdot \nu_j x_j = \theta_j Y$, of the *entire harvest* of grain, $\nu_j x_j$ (measured in efficiency units), increase as $\nu_j x_j$ decreases. This is because the “concrete value” of the *entire* harvest is just its species value. And it is enough that θ_j (the “need”, or equivalently, the species value) simply increase. This interpretation seems confirmed by the passage following the above-cited one (p. 457):

Were the need for the consumption of bread-grains in a year of dearth manifested only just as strongly as in a bountiful year, then the smaller total quantity would have only *the same* use and exchange value as the larger one in the abundant year; . . . Yet this is *not* the fact of the matter. For the common man a more intense need is expressed forthwith; how greatly it has grown we can see from the fact that, conscious of his needs for cereal-grains, he will make room for a far greater percentage of them in the totality of his needs.

Empirically this is no doubt correct; that is, it conforms to *Cordier*'s data. But in the course of his argument Knies has been forced to modify the model he used to tackle the “first stumbling-block”, and express θ_j as a function of the quantities

x_1, x_2, \dots, x_n , or indirectly as a function of the n prices and income. For example, as p_j/Y increases during a dearth, so must θ_j increase if the value of the total harvest is to increase.

Despite this criticism, it must be said that Knies had the great virtue of confronting his theory with historical data. Not till many decades later could one find a performance as impressive as his.

VII. Roscher, 2

Roscher, in the second edition of his treatise (1857, § 4, note 1, p. 6) cited Knies's 1855 article, particularly approving his sharp differentiation between use value [*Gebrauchswerth*] and usefulness [*Brauchbarkeit*], as well as between exchange value and capability of being exchanged. In § 5 (p. 6) he withdrew the two sentences that Knies had criticized to the effect that use value and exchange value could move in opposite directions. And undoubtedly greatly stimulated by Knies's work, especially the latter's incomplete example of bread and lace, he introduced an important application of the Rau-Hildebrand-Knies analysis to the Smithian "paradox of value" (§ 6, pp. 7–10):

Recently reference has been made, especially on the part of the socialists [e.g., Proudhon], to the dubious "contradiction" that is said to exist between use value and exchange value. A pound of gold, it is said, has a much higher exchange value than a pound of iron; and yet the use value of a pound of iron is said be altogether incomparably higher. I dispute the latter. Without question iron has a much higher species-use value than gold: in other words, the need for iron is much more urgent and universal than the need for gold. Despite this, a much greater proportional amount of the need for gold can be satisfied with a pound of gold than can the need for iron be satisfied with a pound of iron. Many a farmer uses annually 100 pounds of iron, while his requirement for gold for his entire life is covered by less than half an ounce in the form of two wedding rings. Now to be sure, these wedding rings are, for him, just as important as any iron tool of a thousand times the volume. Let us imagine that a people would annually require 10 centners of gold and $2\frac{1}{2}$ million centners of iron; then in the first case each individual centner would cover $1\frac{1}{10}$, in the second case only $\frac{1}{2,500,000}$, of the total requirement. If it were then possible to compare the species value of the two metals precisely, and if, accordingly, that of iron were to turn out to be 10 times as great as that of gold, a single pound of gold would still have a concrete use value 25,000 times as high as that of a single pound of iron. This is currently the approximate relation of their exchange values.

This may be given a precise interpretation as follows. The unchanged "need" on the part of a farmer for good j may be identified with the proportion, θ_j , of his income spent on good j (consistently with Hildebrand's and Knies's usage); the "requirement" of good j may be identified with the *demand* for it, x_j (as given by (4)). Roscher assumes that the need for iron is very much greater than that for gold, specifically, $\theta_{\text{iron}} = 10\theta_{\text{gold}}$ (e.g., $\theta_{\text{iron}} = 0.01$ and $\theta_{\text{gold}} = 0.001$); on the other hand, the "requirement" of gold is $x_{\text{gold}} = 10$ centners, while that of iron is

$x_{\text{iron}} = 2,500,000$ centners. In accordance with formula (4), the “concrete values” of gold and iron are related by

$$\frac{p_{\text{gold}}}{p_{\text{iron}}} = \frac{\theta_{\text{gold}}/x_{\text{gold}}}{\theta_{\text{iron}}/x_{\text{iron}}} = 25,000 .$$

On this analysis, cited approvingly by *Knies* (1873, pp. 125–6; 1885, p. 162), *Block* (1890, I, p. 135; 1897, I, p. 154) remarked: “This is very ingenious, but is it the best of explanations?” It was certainly bettered by *Jevons* (1871, p. 62); and presumably *Gossen* (1854) might have been able to provide a better explanation had he considered addressing the “paradox of value”. But I am not aware of a more precise and logically satisfactory explanation of this paradox than Roscher’s prior to that of Jevons.

Thus *Rau* (1847) and the three founding members of the older historical school, *Hildebrand* (1848), *Knies* (1855), and *Roscher* (1857), developed – although the latter three under Hildebrand’s special assumptions concerning consumer preferences – the essential ideas of the marginal revolution later associated with the names of *Gossen* (1854), *Menger* (1871), and *Jevons* (1871).

VIII. Schäffle

Albert Schäffle was one of the most prolific economic (and sociological) writers of the period, was a professor at Tübingen and Vienna (preceding Menger), and served as Minister of Trade in the Austrian government. A very useful summary of his accomplishments is contained in *Fabian-Sagal* (1909).

In the first edition of his textbook *Schäffle* (1861a, Ch. 11, § 52, 2, p. 92) followed Rau and Hildebrand in employing the distinction between abstract and concrete value:

Use value is so-called abstract or species value if the average importance of each item of a species is, accordingly, taken into consideration abstractly; it is so-called concrete use value when one has in view the importance of a single object of a species in its economic application in a particular actual case.

He went on, however, to make a statement of a kind that he was to repeat quite often, and which seems to display a peculiar misunderstanding of the Rau-Hildebrand theory (1861a, § 52, 3, p. 92):

A good has that much more value the greater and more intense is the requirement for it, and the smaller and weaker . . . is the available total supply of the type of good. (Schäffle’s emphasis.)

What is peculiar about it is that unlike Rau’s formulation, in which the “total supply” refers to the amounts already held by the individual (see footnote 24 above), in Schäffle it appears to refer to the amount available on the market. We shall have occasion presently to return to this important distinction.

Schäffle went on (1861a, Ch. 12, § 53, pp. 96–97) to quote (approvingly) the above-cited passage from Hildebrand criticizing Proudhon’s antinomy, and to develop an argument similar to Roscher’s (1857) (but evidently quite independently of Roscher) to explain the paradox of value (p. 97):

When one often hears it said that many things – such as water – have high use value and slight exchange value, this is based on the same confusion between usefulness and the amount of use value. All water is capable of use [*nutzfähig*] in the highest degree. This, however, is value for use [*Werth für den Gebrauch*]; use value [*Gebrauchswerth*] is possessed by a particular quantity (despite higher objective capability of use) only insofar as there is not in practice an unlimited quantity at one’s disposal [*zur Verfügung*] Insofar, however, as the quantity at one’s disposal [*die verfügbare Quantität*] is practically infinite (∞), it results from the theorem that use value stands in inverse proportion to the total quantity of the good, that the amount of use value of one quantity (= 1) is $\frac{1}{\infty}$, i.e. 0. Such is the case with light, air, etc. So long as it is generally not actually related to human economic purposes, one can at best speak of the potential average importance of the species (the so-called *abstract use value*).

This is an unexceptionable statement in all respects: reference is made to the *quantity at one’s disposal*, as opposed to the “available total supply”. Note that the “theorem” referred to by Schäffle corresponds to formulas (6) and (10) above.

The following year saw the publication of Schäffle’s important Inaugural Address as professor of political economy at Tübingen University, “The Ethical Aspect of the Theory of Value in National Economics” (1862). By the “ethical aspect” of the theory of value Schäffle understands the role of individuals with their free will in acting “with a consciousness directed at the complete fulfillment of a morally rational purpose of life” (1862, p. 7), which we may perhaps interpret simply as their optimizing behavior,⁶⁸ which he describes (following Hermann, 1832, p. 3), as “economizing” [*Wirtschaft*]. Thus (1862, p. 10):

Usefulness is the objective aspect; the value of the good is the subjective aspect. Usefulness (serviceability, utility) is a thing’s fitness to serve a human purpose. . . . Value, however, is the importance a good possesses through its usefulness for the economic consciousness of purpose of an economizing individual. Value is thus the ethical aspect of the good To economize is to create value.

This provides at best a qualitative definition of value; however, he does proceed to discuss the factors that can cause value to rise or fall (p. 13):

The more urgent is the personal need for a good and the more difficult it is to obtain this needed good, then the more energetically the activity of economizing will be stimulated. The more these two factors – intensity of desire (demand, need, etc.) and the intensity of the difficulty of procurement (scarcity, lack of supply, etc.) – affect one another, the more

⁶⁸ Schäffle developed this theme in a preceding work (1861b, p. 240): “By ethical (*ἠθικόν*, to set), moral (to set) orientation in the broadest sense we understand the realization (‘setting’) of rational life purposes by acts of human will”, which does not get us much further. He also states (p. 236): “Not the acquired, or to be acquired, *good*, the *chrema* (*χρημα*), but rather *man* (*anthropos*, *ἄνθρωπος*) must be placed at the center of national economics”, etc.

important and meaningful this good becomes in the consciousness of economic activity. . . . the value of an object – its use value and exchange value – decreases as soon as the procurement of the object requires to a lesser degree any sort of difficulty and activity in order to overcome this difficulty.

Note that in its reference to “lack of supply” this does not state that if an individual’s *own supply* of a good diminishes, its use value will increase; the implication seems instead to be that if the good becomes more scarce, i.e., the amount available on the market declines, then the “difficulty of procurement” (the price?) will increase. Until it is explained how scarcity “stimulates” the consumer to attach a higher value to the good, the cause has still not been accounted for.

Referring to Roscher’s gold-and-iron example (section 7 above), *Schäffle* provided the explanation (1862, p. 29) that “that good [whose procurement] would occasion a greater amount of effort (labor, cost, etc.) is more valuable in its particular amount for use.” This is quite different from Roscher’s explanation, which was that there was a greater quantity of iron required for consumption than of gold. In referring to Knies’s explanation for the decline in the use value of grain following a larger harvest, *Schäffle* (1862, pp. 29–30) stated: “This is also easy to explain: The intensity of the need, the main subjective element of value, is much greater in times of dearth, although an equivalent amount of grain of the same quality would be sufficient for the consumer’s satisfaction. Similarly, the effort required to procure the same quantity is greater in times of dearth as compared with times of plenty.” The second of these is quite different from Knies’s own explanation.

Schäffle’s ambivalence regarding the explanation of value is illustrated in the following passage, in which the first sentence provides two alternative explanations, the second of which reverses the direction of causation of the first (1862, p. 35):

A scarce good is of great value because it costs a great deal of labor in order to fill the range of its entire existing requirement, or because much labor is devoted to it owing to its scarcity which therefore makes it valuable. . . . the central point . . . is that owing to its scarcity and the required economic exertion, the importance of an object is especially strong in the economic consciousness of the economically acting subject.

How it is that “scarcity stimulates the consciousness of value whereas plenty leaves it in slumber” (p. 36) still remains unexplained.

Schäffle made much of the distinction (and properly so) between what he called “objective usefulness” [*objective Brauchbarkeit*] (1862, pp. 32–33) and use value (1862, p. 27):

Usefulness in the sense of utility, and use value, are . . . not identical concepts. Usefulness is the general serviceability of a thing for people, while use value is the utility [of a thing] consciously valued by people in their economic activity.

However, this definition of use value does not explain its quantitative aspect: why one use value should be greater than another. As an illustration *Schäffle* contrasted

the unconscious breathing of air with the conscious breathing of a trumpeter (p. 9). But if I consciously eat a second chocolate, there is nothing in Schäffle's definition to distinguish this quantitatively from my conscious eating of a third one; or indeed, from my conscious decision to resist the temptation to eat a fourth one. Yet the latter assuredly has no "use value".

In commenting on Hildebrand's and Knies's principle of diminishing marginal utility Schäffle nevertheless provided the following very interesting observations (1862, pp. 30–31):

The progressive decline – and not the increase – of exchange and use value of equal quantities of goods is the triumph of economizing civilization; because it is the expression of the idea that the more man is emancipated from matter, the less valuable this becomes for him. Therefore, the observation that with a reduction in a quantity of goods, the use value of the remaining quantity may increase, characterizes indeed in each occurring case a deplorable misfortune to be resisted on all accounts. However, it does not demonstrate disharmony in the economic world order; because the task of economic behavior and the token of wealth or success of the progressive, economic conquering of the external world is found not in the rise of use value (although in the rise of usefulness) and of exchange value of equal quantities of goods, but rather in its fall. The misfortune itself is found in the increasing value of that which remains of a quantity of goods after being reduced. To counteract this condition is the goal of economically social institutions.

This indeed is a more felicitous (even if less precise) statement than that provided by what I above called Hildebrand's "law of conservation of value shares".

In his review of *Mannequin* (1863), Schäffle (1864, p. 561) discovered Turgot's definition of "esteem value" (*valeur estimative*) which *Mannequin* (1863, I, p. 31) had quoted from *Turgot* (1769; 1844, I, p. 87; 1919, III, p. 92; 1977, p. 144):

... the esteem value of an object, for the man in isolation, is none other than the ratio between that part of his resources [*facultés*] which a man can devote to the quest for this object and the totality of his resources. ...⁶⁹

This is a much clearer definition than the one quoted by *Friedländer* (1852, p. 21) (see footnote 57 above), since the same units (of "resources" or "faculties" [*facultés*]) are used in both the numerator and denominator, which makes clear the resemblance to Proudhon's concept of value and to Hildebrand's and Knies's interpretation of Rau's species value. However, Schäffle did not notice this connection.⁷⁰

The second edition of Schäffle's textbook (1867) quotes extensively both from the first edition (1861a) and the Inaugural Address (1862). It starts a kind of analysis that he was to emphasize increasingly later on, namely the balancing of "use

⁶⁹ I have substituted "ratio" for "relation" in Groenewegen's translation of Turgot's *rapport*.

⁷⁰ See also Schäffle (1873, I, § 100, p. 173) where this definition of esteem value and the similar definition of value supplied by Proudhon are discussed and compared, but again without reference to Hildebrand's similar particularization of Rau's concept, even though Hildebrand's concept was derived from Proudhon. See footnote 51 above.

value” with “cost value”, although the latter term does not seem to have been introduced until 1870 (see footnote 76 below). Thus, (1867, II, § 17, pp. 51 – 52):

... economic value has its basis partly in needs, the non-satisfaction of which is privation, and partly in the sacrifice which the attainment of the external means of satisfaction costs in the system of social satisfaction of needs. ... Non-satisfaction of the person is negative sacrifice, acquisition of the thing, positive sacrifice.

However, while there is discussion of the fallacy of Proudhon’s antinomy (Ch. IX, § 54, 4, pp. 121 – 122), what is most noteworthy for us is its complete omission of any mention of Hildebrand’s analysis and of the second portion of the passage from the first edition quoted above dealing with abstract and concrete value. He “quotes” from the first edition as follows (p. 122):⁷¹

“When one often hears it said {(Rau)} that many things – such as water – have high use value and slight exchange value, this is based on the same confusion between usefulness and the amount of use value. [All] water is useful [*brauchbar*] in the highest degree, {but is frequently without value}. This, however, is value for use; use value is possessed by a particular quantity ... only insofar as there is not in practice an unlimited quantity at one’s disposal,” {in other words, economic sacrifice is required for its acquisition. }

Note that the added explanation is illogical, since unless a limited quantity at one’s disposal itself implies a high use value, there is no incentive to make a sacrifice to acquire more of the good. And the passage as a whole appears to imply that Rau was “confused” as between usefulness and use value, whereas on the contrary it was Rau who made the careful distinction between “usefulness” (which he called abstract or species use value) and “use value” (which he called concrete or quantitative use value).

In 1870 there appeared two notable contributions, closely related in content: Lecture III of his *Capitalism and Socialism* (1870a), and his review article (1870b) of the second edition of Hermann’s work (1870). The two contributions are quite closely related. The first, whose declared purpose (1870a, p. 29) is to overcome the “neglect of a clear theory of value” in “bourgeois national economics”, by presenting “the correct concept of value” so that students will not be seduced by the “captivating theories of value” offered by the socialists Proudhon and Marx, goes on to provide a lucid exposition for students of the “calculus of pleasure and pain” (1870a, p. 32) involved in equating use value and cost value. Since this material is also covered in his article (1870b), I shall concentrate on that.

This review article (1870b)⁷² is a lengthy critique of both editions of Hermann’s work, liberally combined with the author’s own thoughts. As a critique of Her-

⁷¹ I indicate with braces words or phrases added in the second edition to the passage in the first edition, and by bracketed English words or bracketed ellipses [...] passages expunged from the first edition; changes in wording from the first edition are indicated by the German wording in bracketed italics.

⁷² The occasion for this article, as explained by Schäffle in the opening footnote, was the appearance of the jubilee issue of the *Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft* (of

mann it is difficult to assess, since Schäffle rarely provides page numbers (or even the edition) of the passages he quotes. It is respectful but mostly critical of Hermann. The following passage is interesting in that it reveals what was absent in Schäffle's 1862 work: an explanation of the process by which a shortage "stimulates the consciousness of value" (1870b, p. 149):

... not only the satisfaction capability corresponding to the "need", and the *degree* of this capability, but also the *quantity* of available commodities – the supplies – influences the use value, although in inverse proportion to the amount of the requirement. The larger the supplies that are known to the consumer, the less urgent is his demand, with the same degree and extent of need [*Bedürfnis*]. Hermann himself states: "An increase in scarcity will simply increase the competitiveness of the demander."⁷³ One can observe this with quantity variations of, for example, foodstuffs, due to poor harvests, and has always done so. The degree of the need, the requirement, and the suitability of the good may have remained entirely the same, nonetheless a much more intense scrambling will take place around the smaller quantity; equal amounts of goods have, as is shown here, become higher in use *value*.

Note that Schäffle does not state that "the larger the supplies *that are in the possession of* the consumer, the less urgent is his demand" but that "the larger the supplies *that are known to* the consumer ...". And the explanation provided for this is that there will be less scrambling for these supplies when they are large, and more when they are small. But no explanation is provided for the scrambling, or the lack of it, itself. This could only be because people *expect* the price to fall when supplies are large, and *expect* it to rise when supplies are small.⁷⁴ This, then,

which Schäffle was editor), together with the failure of a number of promised articles to arrive in time for the printing deadline. The hurriedness of the article is quite evident from its content. The article promised a sequel which apparently never appeared.

⁷³ This comes from *Hermann* (1870, pp. 401–2). The complete passage (which is a rewording of the corresponding passage in the first edition (1832, pp. 70–71)) reads as follows:

If the good is of very great and widespread use value, and is difficult to replace, such as foodstuffs are to the greater population, and if it is impossible to suppress the need – indeed, even difficult just to limit it – then an increase in scarcity will simply increase the competitiveness of the demander, which can cause the price to rise without limit. Conversely, amid a surplus of it, the demand for an essential commodity does not increase nearly as much as that of a dispensable one, because even during a period of scarcity one cannot significantly limit its consumption.

Schäffle apparently overlooked the important sentence which immediately followed this passage in the 1870 edition (but which was not present in the 1832 edition), p. 402:

It is of great overarching influence whether the consumption of larger quantities of a product provides enjoyment. With clothing this is the case to a high degree, with beverages, up to a rather narrow limit; with foodstuffs and wood, the increase of consumption beyond the point of satiation is even more limited; in household consumption, table salt surely allows little increase.

This idea – forming the rudiments of a principle of diminishing marginal utility – seems to come much closer to a correct explanation than that provided by Schäffle.

⁷⁴ This would be the case in a market economy, in which the only way information is transmitted to the consumer concerning the increased scarcity of an article is through its high-

is not a theory of *value*, but a theory of *speculation*! And the theory assumes what is to be proved! It seems, therefore, from this passage, that while Schäffle accepted the results of Hildebrand and Knies, he failed to understand their analysis!

In this article (1870b, pp. 150 – 151) Schäffle briefly discusses Rau’s dual concepts of value. With regard to Rau’s concrete value he makes the strange comment: “Rau has probably suggested and named this concept, but does not pursue it. Otherwise he could not refer to his ‘abstract use value’ as use value” (p. 150n). Then he goes on with the following passage, the second sentence of which reiterates even more clearly his misperception that what is of relevance to the consumer is not the supply of goods *in his possession* but the supply available “on particular markets” (p. 151):

... use value is not the “abstract” judgment of a general ability to satisfy, but rather the measure of importance for a concrete-practical desire. Only with regard to the supply of goods on *particular markets* and at *particular points in time* is use value present as a particular amount. It has often been emphasized by many authors, and early on, that for price formation only supply and demand on a particular market and at a particular time are decisive. But this has not happened with the concept of use value, which has remained much too abstract even with Rau, despite his distinction between concrete and species-based use values.

This is said of the author who introduced supply-and-demand curves! In fact, Schäffle’s concept of “usefulness” could be interpreted as corresponding to Hildebrand’s interpretation of Rau’s species or abstract use value, and his concept of “use value” as corresponding to Knies’s interpretation of Rau’s concrete use value⁷⁵ – except that Schäffle forgot that Rau’s “concrete value” was a *quantitative* value, a function of the quantity consumed. It is of interest that in the above passage, Schäffle mentions “the supply of goods on *particular markets* and at *particular points in time*” but does not say “*in particular amounts*”. Evidently Schäffle objected to the use of the word “value” in describing usefulness, but this descends from the tradition of *Quesnay* (1767), *Turgot* (1769), and *Adam Smith* (1776), and is not the fault of Rau.

Schäffle continues in his 1870 article with a development clearly influenced by Hermann, as well as by *Senior* (1836, p. 139; 1850, p. 26), of the equilibrium between use value and “cost value”. He expresses this in the formula $g - k = 0$ where g is the use value (*Gebrauchswerth*) and k the cost value (*Kostenwerth*)

er price. However, Schäffle (and Hermann too) seems often to reason as if one were discussing a small primitive economy in which there is perfect information about available supplies.

⁷⁵ According to such an interpretation, and in terms of the Hildebrand-Knies version of Rau’s theory, the “usefulness” of good j would be the constant expenditure share θ_j , and the “use value” the average of this share over the consumer’s holdings, θ_j/x_j . We shall see later in section XIII.3 that this in fact was Wieser’s interpretation. Note that this would also identify Schäffle’s “usefulness” with Hildebrand’s and Knies’s “need”, and his “use value” with marginal utility (see footnote 66 above).

(pp. 153–155).⁷⁶ This is preceded (pp. 140–141) by a discussion (again influenced by Hermann) of the distinction between the “perception of the sacrifice of labor” needed to procure a good (denoted aO for *Arbeitsopfer*) and the “perception of the sacrifice of privation” in going without the good (denoted eO for *Entbeh-rungsoffer*), which quantities he states must be equal in equilibrium. Now presumably the latter concept (eO) is the marginal utility of a commodity in a negative sense, that is, the marginal disutility of being deprived of a unit of it; then eO is presumably the same as g . The former concept (aO) is presumably the marginal disutility of labor; but this cannot be equal to the “cost value” k or marginal cost of the product unless it is divided by the marginal productivity of labor in producing the product (see the first equation in formula (18) below). But Schäffle does not provide a clear idea of what he means by “cost value”, either in this paper (1870b) or in his book (1870a). He had defined it (1870b, p. 134) as “the amount of personal sacrifice which the good represents”; while this takes account of the labor *ef-fort*, it takes no account of the *productivity* of labor in producing the good.

The main weakness in this symbolism is that it expresses only *quantities* rather than *functions*. Thus, the use value and cost value need presumably to be expressed as *functions* of the quantity consumed and produced, i.e., $g(x)$ and $k(x)$. This failure to perceive these quantities as functional relationships is the overriding weakness of Schäffle’s contributions.

The third and last edition of Schäffle’s textbook (1873) resumes the discussion of the balance between cost value and use value (I, § 95, pp. 166–168), saying that “economic deliberation is directed towards highest utility and least cost”. Here he states (I, § 90, pp. 160–161): “The pain of having to work, or having to do without, and the pleasure of effortlessly having something at one’s disposal, and enjoyment, are magnitudes, primarily of internal valuation and perception, which are comparable and weighable against one another.” Then (§ 95, p. 167): “the practical task of economics [is] the most beneficial balancing of minimal sacrifice and pain, and maximal satisfaction of the basic needs of life”, and, in a statement which finally takes account of the *quantities* of commodities (p. 168): “We define *private-economic value* . . . as the quantitative relationship of utility value [*Nutz-werth*] to cost value of a particular amount of commodities for a particular person at a particular place and at a particular time.”

Some glimpses of diminishing marginal utility are present. Despite the statement (§ 99, p. 172): “A barrel of oil with 10 hundredweights of oil has twice as much use value as one with 5 hundredweights of oil”, we later have (§ 100, p. 174):

I can absolutely require a hundredweight of flour, and require a second one much less, and may no longer be able to pay for it.

⁷⁶ He states (pp. 155–6): “In my *Social System* I have set forth this difference as the decisive one.” However, I have been unable to find this formula, or even the expression “cost value” (*Kostenwerth*), in Schäffle (1867).

Depending upon differences in income (the ability to pay), the same units of goods have very dissimilar effective use value for different persons.

Truffles and champagne have no effective use value for proletarians, while possessing a very high one for a wealthy retiree.

Schäffle does not provide a very satisfactory definition of “effective use value”,⁷⁷ but assuming the expression to mean the marginal utility of a good divided by the marginal utility of income (i.e., the demand price for the good – see formulas (2) and (10) above), and assuming the latter to be decreasing in income, then if proletarians and wealthy retirees have similar tastes, this provides a good explanation for the third of the above statements.

The chief interest for us is his discussion of abstract and concrete use value. He states (1873, I, § 97, p. 171):⁷⁸

... the “abstract use value” is only a theoretical motivation for the “concrete” use value. Considered economically, only *concrete* use value exists; all economic value is *concrete* use value ...

then refers to Schäffle (1862). He repeats (p. 171): “We know no *abstract*, but rather only *concrete* economic value.”⁷⁹ This is fair enough; indeed, Rau himself stated (1841a, § 147, note (a), p. 154), as we saw above, that in the theory of price only concrete value is relevant. But with their “theoretical motivation”, Rau, Hildebrand, Knies, and Roscher were able to make more headway in explaining market prices than Schäffle succeeded in doing, because they understood that the defining property of “concrete value” was its relation to the quantity consumed.

⁷⁷ His definition reads (1873, § 100, p. 173): “the being of value [*Werthsein*] [of a thing] for the use of a person who is inclined to give practical effect to his perception of use value through the sacrifice of his labor or wealth up to a particular amount, beyond which the cost value would outweigh the use value in his comparative perception of value.” This was reproduced verbatim from his previous definition of Rau’s “concrete use value” in Schäffle (1870b, pp. 150–151). Thus we may identify Schäffle’s “effective use value” with Knies’s “proportionate use value” which Knies in turn identified with Rau’s “concrete use value” – both special cases of Rau’s “value to the buyer” – formula (2) above. The expression “effective use value” was also employed by Knies (1855, p. 457).

⁷⁸ He also misquotes Roscher by saying: “Roscher believes that a pound of iron would have less use value than a pound of gold because the latter has higher concrete usefulness than iron” (p. 170). Roscher never used the expression “concrete usefulness”; rather, he used Rau’s terms “abstract” or “species use value” and “concrete” or “quantitative use value”. Besides, if the correct expression “concrete use value” is substituted for “concrete usefulness” in Schäffle’s statement, it becomes a mere tautology. Roscher’s reasoning is not supplied, and one can only suppose that Schäffle was unable to follow it.

⁷⁹ Here we may also record the views of Stein who stated (1858, p. 39): “Rau’s distinction between *concrete* and *species value* §. 57.d is simply the distinction between the utility [*Nützlichkeit*] of the individual object and the average usability [*durchschnittlichen Nutzbarkeit*] of each object of the same species.” This is quite different from Rau’s own definitions! Stein defined the “usability” of a good as its “capability to serve the purposes of another good” (p. 38) – a rather circular definition. This discussion of the theory of value was entirely omitted from the second edition of Stein (1878).

IX. Michaelis

In the third edition of his textbook Schäßle complained quite bitterly regarding his concept of value (1873, I, § 91, p. 162): “This conception of value has already been emphatically asserted in my monograph . . . (1862). In view of repeated flagrant and disguised plagiarism, I draw attention to the ideas of this monograph.” It is not hard to infer that the object of his ire was the paper by *Michaelis* (1863), which appeared one year after the publication of that monograph, and was reprinted in the same year as the third edition of Schäßle’s textbook, and quite likely had already appeared before the latter had gone to press.

Let us, however, analyze Michaelis’s contribution on its merits.⁸⁰ It is essentially a model of a Crusoe economy, developed in order to derive a concept of value independently of and prior to exchange (cf. *Michaelis* 1863, p. 2; 1873, pp. 239–240). It is consistent with a model in which “economic man” maximizes a quadratic utility function

$$(16) \quad U(x_1, x_2, \dots, x_n, l) = \sum_{j=1}^n c_j \left(x_j - \frac{x_j^2}{2b_j} \right) - l - \frac{l^2}{2a} \quad (0 \leq x_j \leq b_j; a, b_j, c_j > 0),$$

where x_j is the quantity of the j th commodity consumed and l the amount of labor supplied by economic man for production, subject to

$$(17) \quad x_j = f_j(v_j), \quad \sum_{j=1}^n v_j = l,$$

where v_j is the amount of economic man’s labor allocated to the production of commodity j , and f_j is the (increasing and strictly concave) production function for commodity j . He adopts an unabashed numerical measure for reckoning the excess of satisfaction over the effort expended in attaining it (1863, pp. 2–4; 1873, pp. 240–243), and employs a peculiar terminology (1863, p. 8; 1873, p. 247), calling the commodities “usefulnesses” (*Brauchbarkeiten*), or sometimes “usabilities” (*Nutzbarkeiten*) or even “utilities” (*Nützlichkeiten*).⁸¹ The reason for this seems to be partly that he sometimes wishes to measure the quantities of these commodities in Rau’s efficiency units (calories, thermal units, etc.); I shall consider an example of this below.

⁸⁰ Michaelis was described by *Lambi* (1963, p. 24) as “one of the leading free trade theorists of Germany”. His two-volume collection of papers (1873), which includes “The Topic of Value” discussed here, contains theoretical papers on paper currency and credit, applied papers on speculative transactions and business cycles, and many papers on railroad rates, but none on trade. According to *Hentschel* (1994), Michaelis’s career was largely political; he was “one of the noteworthy spokesmen of the informal free-trade party”, although less dogmatic and more pragmatic than his mentor Prince-Smith. Thus he could be regarded as a free-trader but not a free-trade *theorist*.

We find a passage containing an explicit enunciation of the principle, or “law” as he calls it, of diminishing marginal utility, although stated negatively rather than positively (1863, pp. 12–13; 1873, pp. 252–253):

It is a law founded on the nature of man that a diminution, by equal quantities, in consumption corresponding to a given need, imposes ever greater pain of privation. Thus if I require 40 bushels of grain and possess only 20, then by the acquisition of the 21st I will spare myself greater pain than if I require only 30 bushels and possess 20. Therefore in the first case I will be inclined to expend greater effort than in the second one.

To follow the explanation given in the second sentence of this passage we may consult the quadratic utility function (16), where the parameter b_j may be interpreted as the “requirement” (*Bedarf*) of commodity j , also interpreted by Michaelis as the “need” (*Bedürfnis*) for it. Let us suppose that $b_{\text{rye}} = 40$ and $b_{\text{wheat}} = 30$, and that $x_{\text{rye}} = x_{\text{wheat}} = 20$; then, evaluated at these latter consumption levels, we have $\partial U/\partial x_{\text{rye}} = \frac{1}{2} > \partial U/\partial x_{\text{wheat}} = \frac{1}{3}$, confirming Michaelis’s statement.

Michaelis goes on to consider the relation of “value” (marginal utility) to “need” and to the productivity of labor. He expresses this in a formula (1863, p. 14; 1873, p. 254):

Thus the value of a usefulness rises with the need, rises with the labor necessary for its production, and declines with an increase in the productivity of human labor. If we wish to express the mutual interaction of these factors in a mathematical formula, then the value-increasing aspects, by their intensification of the elements which increase value, are to be interpreted as multipliers, and by their intensification of the elements which reduce value, as divisors. If we therefore stipulate the aggregate of all usefulnesses of the type which a need requires as B , and the aggregate of all usefulnesses of the same type which a day of labor produces as S , then the value formula is: B/S . If B , the need, rises, then the value rises; if S – the productivity of labor with regard to the usefulness to be valued – rises, then the value declines. If S declines, so that in other words the labor necessary for the production of B increases, then the value increases as well.

A precise interpretation of this result may be obtained by carrying out the maximization of (16) subject to (17):

$$(18) \quad \frac{\partial U}{\partial x_j} = \frac{-\partial U/\partial l}{\partial f_j/\partial v_j} \quad \text{where} \quad \frac{\partial U}{\partial x_j} = c_j \left(1 - \frac{x_j}{b_j}\right) \geq 0, \quad \frac{\partial U}{\partial l} = -1 - \frac{l}{a} < 0.$$

Thus, if the “need” b_j (corresponding to Michaelis’s B) rises (this is of course an exogenous change in tastes), the marginal utility of commodity j rises; and if the productivity of labor rises, i.e., if there is an exogenous increase in the marginal productivity of labor $\partial f_j/\partial v_j$, then the marginal utility of commodity j falls; and if the amount of labor required to produce commodity j rises, then the marginal productivity of labor in the production of commodity j falls, hence the marginal utility

⁸¹ See footnote 79 above. Michaelis did not, however, avail himself of the word *Brauchlichkeiten* coined by Zachariä as the German equivalent of the English “commodities”; see footnote 60 above.

of commodity j must rise. Thus we may interpret Michaelis's parameter S , which he calls the "productivity of labor", as in fact the *marginal* productivity of labor. That he could have arrived at this formula without the above formal optimization procedure must be considered a very impressive achievement.

Of special interest to us are Michaelis's comments on Rau's "species value" (1863, pp. 16–18; 1873, pp. 257–259):

Value is a property which is assigned not to things but to the usefulness represented in them in comparison with other usefulnesses; it is not objectively attached to the usefulnesses; it is, rather, of a subjective nature, that is to say, dependent upon the opinion (valuation) of economic agents. There is, therefore, no absolute but only relative and individual value. An individual thing, as an aggregate of usefulnesses which serve particular needs, has an individual value for a particular economic man. If one wanted to speak of "species value" in the objective sense, then, since the number of members of a species is not limited, the element of need – always limited – goes unconsidered. In contrast, of course, economic man assigns the same value to equal quantities of the same usefulness at each moment, and only in this relative sense may one speak of *species value*. But this is not *species value*, but rather *species usefulness*. Of two goods which are suited to serve the same need, the one which, relative to this need, unifies the greater sum of usefulness in itself therefore has the greater value, because the magnitude of the attribute "value" is dependent upon the extent of the object's usefulness. A bushel of wheat has, for the same reason, more value than a bushel of rye; . . .⁸² The relative value of equal quantities of rye and wheat corresponds to the ratios of their usabilitys for [meeting] nutritional needs.⁸³ If one wished, however, to name this value relationship *species value*, then one would confuse value with usability;⁸⁴ for in this comparison one measures only the usability which is simultaneously valuable. Since, furthermore, nutritional needs are not alone decisive, but rather, simultaneously the need for good flavor, ease of digestion, and so forth also enter in, that abstraction upon which Rau bases his concept of species value leads to numerous errors in its application to concrete cases.⁸⁵ If we speak figuratively of the values of things themselves, what we mean is the usefulnesses for our needs adhering to the things, multiplied by their values. When different economic agents who are not in an exchange relationship with one another or the outer world assign an approximately equal value to things of the same species, then the reason can only be found in the fact that under the same production and need conditions, they reckon the elements B and S more or less equally. A *unit value* based upon this can, for a certain time [and] within a certain

⁸² Here, there appears to be a slip in Michaelis's text, uncorrected in the 1873 reprint. He goes on to say: "consequently two bushels of wheat have more value than one bushel of wheat." He must have meant to say: "consequently two bushels of wheat have more value than two bushels of rye." This is confirmed by the sentence in the above text that immediately follows.

⁸³ Of course, this is just the Rau-Knies formula (11) above.

⁸⁴ Conceivably Schäffle might have regarded this statement as influenced by his monograph (1862); Michaelis is presumably objecting to describing the *right* side of equation (11) as a relative value (Knies's relative subspecies value) when this clearly is the correct term for the *left* side.

⁸⁵ This criticism had also been raised by *Roscher* (1854, § 4, p. 5; 1856, § 4, p. 5, etc.): "Thus, for example, the nutritive power of various dishes may readily be calculated, but not the quality of the taste, the pleasure to the eye associated with them, etc."

area, lay claim to a certain objectivity, similarly to individually paid prices as compared with the market price. A historical manifestation of such an assumed unit value is found in the manbotes [*Wergelder*]⁸⁶ of the ancient Germanic tribes, in the fines which were originally paid to libel victims, and similar estimates of the values of objects which are not subject to exchange even though they represent the result of expended effort, costs, and privations.⁸⁷

I wish to draw attention to the sentence beginning “If we speak figuratively . . .”; this appears to allow a single thing to have several different “usefulnesses” adhering to it. But this is just the “new approach” to the theory of consumer demand introduced by *Lancaster* (1971)! Michaelis’s “usefulnesses”, which are the same as Friedländer’s “need-units” and Knies’s “subspecies values”, are in turn the same as Lancaster’s “characteristics”!⁸⁸

Michaelis’s analysis in this paper is not limited to stationary equilibrium, but is extended to capital and growth. Since there cannot be a stock of satisfaction upon which one can draw in the future, one has to produce and store durable means of satisfaction. Thus production requires division of labor over time; it also requires, along with human effort and the contribution of nature, intermediate goods which Michaelis also describes (1863, p. 8; 1873, p. 247) as “usefulnesses” and “usabilities”. The only thing missing is a concept of time preference.

While undoubtedly there are evidences of stimulus provided by *Schäffle* (1862), it seems equally evident that a considerable influence went subsequently also in the opposite direction, since Schäffle’s formulation in terms of the interaction between “use value” and “cost value” only began to be systematically developed in his two works of 1870.⁸⁹ Formula (18) expresses Schäffle’s “cost value” of commodity j as the ratio of the marginal disutility of labor to the marginal productivity of labor in the production of commodity j . But I have been unable to find a precise definition of this kind in Schäffle’s writings.

⁸⁶ According to *Lyon* (1960, 1980, p. 83), “Primitively all the German tribes based their organization on the kindred (*maegth*). . . . Before artificial protections were devised, the individual secured his protection and rights through the kindred. Should he be slain it was the responsibility of the kindred to avenge his death through feud against the slayer and his kindred. In lieu of such vengeance it became acceptable for the slayer and his kindred to pay compensation to the dead man’s kindred. This was the wergeld (man-price).” (I am much indebted to my colleague Bernard Bachrach for this reference.)

⁸⁷ Five years later there appeared a fascinating study by *Inama-Sternegg* (1878) of the judicial and quasi-judicial determinations of value in Roman and Mediaeval law, in their relationship to Rau’s species value and Hermann’s “general” (later “universal”) use value (1832, p. 69; 1870, p. 108). In particular he discussed (pp. 203, 210–217, 223) the manbotes, hides of land, and other units of measurement of fines employed by the Germanic tribes.

⁸⁸ Lancaster referred to *Menger* (1871) but he evidently was not aware of the earlier German literature.

⁸⁹ See footnote 76 above.

X. Roesler

In *Roesler* (1864) we find one of the best statements of the principle of diminishing marginal utility in the German literature (1864, p. 229):⁹⁰

There is an average use value which develops according to time and place from the average circumstances of need, uses, and knowledge; in practical life, minor deviations scarcely enter into consideration. Two aspects are important above all: 1. The amount of available supply of a good; because with the decline in supply, for each person the danger increases of not being able to satisfy his needs, and this thus becomes more urgent. Thus, use value stands in inverse proportion to supply. 2. Whether the need or the usefulness predominates. Needs are intrinsically capable of much greater and frequent fluctuation than is usefulness, because the judgments of people change more easily than do the characteristics of goods.

True, there is an ambiguity as to whether “with the decline in supply [*mit dem Sinken des Vorraths*]” refers to the consumer’s own supply or the market supply; the ensuing explanation, however, makes clear that the prospect of a reduced supply to the consumer raises the good’s use value. Other passages confirm his understanding of the principle of diminishing marginal utility, e.g. (p. 228): “A loaf of bread for one who would surely die of hunger without consuming it has, of course, incalculable use value; in contrast, it has very little for one who is satiated . . .”.

Roesler also commented on the Rau-Riedel concept of species or abstract value (p. 230):

The distinction between abstract (species) and concrete (quantitative) value is important. The former is the value of goods with regard to their general characteristics as compared with a given need. Thus, in general water has a high use value because it is exceedingly indispensable – for the preservation of life, for health, for cleanliness, etc.; in contrast, a particular glass of water has almost no use value in an area with abundant water, because here the water is available in almost inexhaustible amounts; however, a glass of water in the desert can save one from dying of thirst, and is thus also capable of having a high concrete use value. . . . Informative books have high abstract value, although, for the owner of duplicates, one of them has almost no value at all, and so forth. The species value is the limit of the concrete [value]; it is, however rarely reached by the latter, because the supply rarely declines to a minimum. If the concrete value rises too high, then this could

⁹⁰ *Roesler* (1834–1872) received his training in law and economics in Erlangen and Munich and became a professor of political science at the University of Rostock. His works in economics include an early critique of wage theory (1861). His reputation is based largely on his 2-volume work on jurisprudence, *Soziales Verwaltungsrecht* (Erlangen, 1872–73), which is characterized by his sociological approach to law, influenced (according to Wani (1995)) by the catholic social theory of W. E.v. Ketteler. *Siemes* (1968, p. 8) relates: “Finally Roesler entered the Catholic Church and, by this, lost his teaching chair at the University of Rostock. At about this time, however, he was invited by the Japanese Minister in Berlin, Aoki Shūzō, to become legal adviser to the Foreign Ministry in Tokyo.” There he played a significant role in the writing of the Meiji Constitution, amply described by *Siemes* (1968), and published a 6-volume work in Japanese on constitutional law (1879–83) and a 3-volume work in German on Japanese commercial law (1884).

lower the abstract value, because one might then well change the need; this is particularly the case for all dispensable goods.

Here we have a clear statement of the identification of “species value” with Smith’s “value in use”, and the “concrete value” with Smith’s “value in exchange”. Now Roesler states that “the species value is the limit of the concrete [value]; it is, however rarely reached by the latter, because the supply rarely declines to a minimum.” This may be interpreted to mean that the species value is the limit of the concrete value as $x_j \rightarrow 1$ from above, i.e., in terms of Knies’s interpretation of Rau,

$$(19) \quad \lim_{x_j \rightarrow 1+} \frac{\theta_j Y}{x_j} = \theta_j Y ,$$

in accordance with the definitions (3). This may be compared with the statement in the sixth edition of Rau introducing concrete value (1855, § 61, p. 76): “The use value of a single individual (*concrete*) quantity of a material good, or of a single unit to a certain person (*concrete value*) . . . very frequently does not coincide with the species value of this object, but rather remains far below it or disappears entirely.” In terms of the Hildebrand-Knies formulation this states that

$$(20) \quad 0 \leq \frac{\theta_j Y}{x_j} \leq \theta_j Y \quad \text{for } x_j \geq 1 ,$$

hence the species value is the upper limit as $x_j \rightarrow 1$ from above, and 0 the lower limit as $x_j \rightarrow \infty$.⁹¹

⁹¹ Rau never subscribed to the Hildebrand-Knies extension of his theory; he lists *Hildebrand* (1848) among his references in § 45, note (c), of the 6th-8th editions (1855, 1863, p. 51; 1868, p. 60), and *Roscher* (1866) in the latter, but does not appear to discuss their work. Nor does he appear to mention *Knies* (1855). According to his own 1868 formulation (see footnote 12 above), his statement from the 6th (1855) edition quoted above would correspond to

$$0 \leq \frac{c_j b_j}{x_j} \leq c_j \quad \text{for } x_j \geq b_j ,$$

hence the species value c_j is the upper limit as $x_j \rightarrow b_j$ from above, and again, 0 the lower limit as $x_j \rightarrow \infty$. For low income levels, at which the demands, x_j , fall short of the “requirements”, b_j , Rau’s 1868 demand functions are multivalued and discontinuous, forcing the equilibrium prices to be proportional to the corresponding species values (compare Locke’s statement quoted in footnote 10 above that “before the desire of having more than men needed had altered the intrinsic value of things, which depend only on their usefulness to the life of man . . .”); however, at high incomes, at which demands exceed requirements ($x_j > b_j$ for all j), Rau’s 1868 utility function also leads to constant expenditure shares, $p_j x_j / Y = c_j b_j / \sum_{k=1}^n c_k b_k$ and thus unitary price (and of course also income) elasticities of

Finally, Roesler makes the interesting qualifying statement: “If the concrete value rises too high, then this could lower the abstract value, because one might then well change the need; this is particularly the case for all dispensable goods.” Thus, Roesler is worried that the Rau-Hildebrand theory cannot accommodate elastic demand – the opposite of the case that concerned Knies. That is, if the total supply of grain (commodity j) is reduced to one bushel, it is unreasonable to assume that people will pay the exorbitant price $p_j = \theta_j Y$ when a large stock $x_k \gg 1$ of potatoes (commodity k) remains available at a much lower price $p_k = \theta_k Y/x_k$. Thus if p_j/Y rises too high, one would have to allow the “abstract value” or “need” θ_j to fall in order to explain the decline in expenditure on commodity j , just as Knies, in tackling his “second stumbling-block”, required it to rise to explain the increase in expenditure on grain during a dearth. Knies’s formulation (cf. formula (15) above), apparently not known to Roesler, could accommodate infinite as well as unitary elasticity of substitution, but no other cases. The Rau-Hildebrand-Knies model is thus too rigid to command acceptance.

These doubts raised by Roesler in 1864 evidently grew stronger and led him in 1868 to a negative assessment of the Rauian system.

He started out (1868b) by outlining what he conceived to be the received theory of value, based on the definitions of “value” given by Rau and Roscher. Rau’s definition (1855, § 57, p. 70) was “the recognized degree of utility of a material good in human judgment”; Roscher’s (1861, § 4, p. 6) was “the significance which [a good] has for the consciousness of purpose of economic man.” Neither of these definitions refers to the quantity of the good – an oversight, presumably, on the part of both authors. Roesler went on to present his interpretation (1868b, p. 280; 1871, p. 145):

Let us remain with the last-mentioned definitions for a moment; for they give rise to questions which cannot be passed over lightly. What does “the degree of utility or serviceability of an object” mean? One may understand by this those physical characteristics and aspects of an object which constitute a particular amount of fitness for one or another kind of human life purpose, and which, be they naturally or artificially made, we shall once and for all to refer to as *technical*.

He proceeded to spell this interpretation out so as to make clear that by “technical utility” he meant a property inherent in an object; that (1868b, p. 282; 1871, p. 148) “the technical usefulness of an object is a given once and for all, and does

demand. In an intermediate case where, say, good 1 is unsatiated and the remaining goods are satiated ($x_1 < b_1$ and $x_j > b_j$ for $j = 2, \dots, n$) we find that the demand for the unsatiated good is $x_1 = Y/p_1 - \sum_{j=2}^n c_j b_j / c_1$ whence the own price-elasticity of demand for this good is

$$-\frac{p_1}{x_1} \frac{\partial x_1}{\partial p_1} = \frac{1}{1 - \sum_{j=2}^n \frac{c_j b_j p_1}{c_1 Y}} > 1 ,$$

i.e., the demand is elastic. This could have accommodated Roesler but not Knies.

not permit a rise and fall of its degree. Thus from the starting point of need and usefulness one cannot proceed to an actual concept of value.” For, “since use value is supposed to be the basis of exchange value and the price of things,” if, as he had argued, “use value is not capable of a variety of degrees relative to need and usefulness, how can the exchange value and the price of things change?” Apparently he had overlooked Hildebrand’s and Knies’s contributions, and forgotten his own earlier presentation of Rau’s theory, ending up in effect with Rau’s species value as the only type of use value and forgetting entirely about Rau’s “concrete value”.

Roesler did, however, discuss Roscher’s ingenious attempt to resolve the “paradox of value” by use of Rau’s concepts as interpreted by Hildebrand. His critique proceeded as follows (1868b, pp. 286–7; 1871, pp. 152–3):

It may well be hardly provable that a farmer would compare his gold wedding ring with an iron implement 25,000 times as large. The two are entirely disparate objects, which, even taking into consideration their relative quantities, permit no abstract comparison between them. It has already been demonstrated above that the value relationships which originate from differences in quantity presume the existence of a simple or absolute value, but cannot give rise to it. A wedding ring on one’s finger and a plow in the field have, strictly speaking, nothing in common with one another that could yield a point of comparison between them. This ingenious and seemingly felicitous thought thus cannot exceed the value of an illusory expedient; it also appears that within the sphere of the historical method, the value of gold relative to the value of iron must be explained not arithmetically, but rather historically.

It is clear that Roesler did not follow the details of Roscher’s argument.⁹² The above also brings out the limitations of Roesler’s approach: a farmer is presumably perfectly capable of *choosing* whether to spend a given amount of money on a wedding ring or a tractor, given their prices, even though he might have difficulty estimating his *demand price* for a given quantity of each object. But the last sentence in the above quotation, addressed to the leader of the older Historical School, was a low blow, and must have stung Roscher particularly strongly; presumably as a consequence, he withdrew this brilliant analysis from the ninth (1871) and subsequent editions of his *Principles*.

Having thought that he had successfully rebutted Rau and Roscher, *Roesler* concluded as follows (1868b, pp. 287–8; 1871, pp. 153–5):

The difference between abstract or species value and concrete value touched upon here, and introduced into the theory by Rau, is not capable of helping us past the contradictions in the Smithian theory of value.

... In order to find the abstract value of goods, we must transport ourselves into an order of things which in truth does not exist, although it lies implicitly at the basis of the Smithian economic doctrine.

⁹² In particular, Roscher compared a wedding ring with a tractor that was 250,000 (not 25,000) times as heavy; since he assumed the species value of iron to be 10 times that of gold, he concluded that the concrete value of gold would be 25,000 times that of iron (as shown in detail in section VII above).

Roesler's article was not merely destructive, however; he presented an alternative approach, based entirely on legal concepts (1868b, pp. 297–8; 1871, pp. 160–161):

If there were no ownership of diamonds, then – despite their gleam and their scarcity – diamonds would be worthless; for what value could a thing have for me which at any moment could be taken away by the next person to come along and which finds no place in the order of life? The order of value is therefore an outgrowth of the legal system, especially the system of property rights. No value exists outside of the sphere of property, because outside of this sphere there is no social power which could establish and maintain a relationship of things between one another. If property is eliminated, then all goods – even those to which we assign the highest value – become worthless.

From this Roesler comes to the startling and radical conclusion (1868b, p. 302; 1871, p. 165): “economics cannot claim any independent existence outside of the legal sphere.”

However, in the above reasoning Roesler appears to have confused a *necessary* condition for value with a *sufficient* one; for while it is true that some legal or extra-legal enforcement of property rights is a prerequisite to possession and voluntary exchange of goods, there would be no incentive for societies to establish such property rights, or even for individuals to hire mafias to secure their own property, in the case of economically useless objects. Property rights, where they exist, have their origin in the economic value of property.

This pessimistic article, which was cited by *Menger* (1871), must have made a strong impression on him. Unlike Roesler, Menger succeeded in finding an alternative economic framework to Rau's.

Roesler's last writings continue in this vein. He argues the case (1872, p. 510): “*National economics is a component of the legal order, and the investigation of its laws is a task of jurisprudence.*” Finally (1878, pp. 17–18): “what is to be understood by value is exclusively exchange or wealth value. . . . The explanation of value as the economic significance of goods is . . . meaningless With far greater justification one could instead say that the economic significance of goods is found in their value.”

XI. Gossen

As promised in the introduction, I include (if only as a “placebo”) a discussion of Gossen's work.

In his introduction to the English translation of *Gossen* (1854), *Georgescu-Roegen* (1983) referred extensively to a mimeographed study by Karl Robert Blum of Gossen's life and work, *Hermann Heinrich Gossen: Eine Untersuchung über die Entstehung seiner Lehre*, which was deposited in the Hayek Library of the School of Law at the University of Salzburg (1983, pp. xxvi; cxxxiv, note 17), and a copy

of which was made available to him by Friedrich Hayek and deposited in the Vanderbilt University library (but which has since been lost).⁹³ In the words of *Georgescu-Roegen* (1983, p. lxxii), this study shows Rau's treatise, *Lehrbuch der politischen Oekonomie*, to be the "decisive influence" on Gossen.⁹⁴

There are two aspects of Gossen's work that are of particular interest here: (1) his criticism of the so-called concept of "absolute value", which I argue is his name for Rau's "species value" or what Riedel called "abstract value"; and (2) his simplifying assumption which I show reduces to Hildebrand's basic assumption of constant expenditure shares, which Hildebrand, Knies, and Roscher identified with Rau's "species value".

(1) Gossen included a strong critique of what he called "absolute value" (1854, pp. 45–8; 1983, Ch. 3, pp. 54–6). However, he did not say what he meant by this term, hence his meaning can only be inferred from his criticism of the concept (1854, pp. 46–7; 1983, pp. 54–5):

According to my views of the external world, there exists nothing to which a so-called absolute value may be attributed.

⁹³ I am most grateful to Prof. Werner Tschiderer of the University of Salzburg for his help in arranging for me to receive a photocopy of this manuscript from the Hayek Library there. Included was a page (evidently not included in the copy sent to Georgescu-Roegen) containing the handwritten indication "Giessener Dissertation von 1933". Since a different work was published as Blum's dissertation in 1934 (see Blum 1934, title page; *Jahresverzeichnis* 50 (1934), p. 661), this description must be incorrect, unless perhaps the monograph on Gossen is considered to be a draft of an alternative dissertation. To complicate matters, the unnumbered page 2 of Blum's *Wertlehren* states that Blum's dissertation was accepted by the Faculty of Philosophy, Department II, of the University of Gießen, on 8 July 1931, and this is confirmed in Blum's curriculum vitæ (*Lebenslauf*) (Blum 1934, p. 61). Whether any revisions were made during those three years we do not know. But it is significant that on the first page of the text of the *Wertlehren* (Blum 1934, unnumbered p. 3), Blum states that he has come across some "entirely new sources on Gossen's youth" but that "publication of this material must be reserved for a separate study." If the published 1934 work is unaltered from the approved 1931 dissertation, this is consistent with the "separate study" having been prepared in 1933. The most recent date mentioned in Blum's monograph on Gossen is 12 March 1931 (Blum 1933, footnotes 11 and 13 on pp. 5 and 6), the date of a communication Blum received from Gossen's grand niece Frau Julie Webbe, four months before the date of approval of Blum's dissertation.

⁹⁴ A passage by Rau on the wine tax that Gossen is said to have developed for his civil-service examinations is quoted in *Blum* (1933, p. 65, note 82), and its source is said to be Part II of Volume III, p. 441, of the third edition of Rau's Treatise. However, the third edition of Vol. III.2 (published in 1851) contains just 413 pages, and § 433a on the wine tax (*Weinaufschlag*), which occurs on p. 190, is quite different from the passage quoted by Blum. The passage does agree perfectly, however, with the opening paragraph of § 433 of the *first* edition of Volume III.2, which was published in 1837, the same year of publication as that of the *third* edition of Volume I. To make matters still more complex, this volume has two pages numbered 441, the first (where the passage quoted in Blum appears) being really page 241 (pages 239–242 were misnumbered). Thus Gossen must have been working with a set which contained the third edition of Vol. I and the first editions of the remaining volumes.

This is contrary to what is now assumed more or less explicitly by economists, for whom every object is conceived as having some definite inherent value. . . . The cause for all this undoubtedly has been the fact that without the assumption of [an absolute] value, value seems to become subject to such tremendous fluctuations that it would appear difficult to make practical use of the term. . . . It was believed that one could overcome this elusive-ness of value if one could postulate an absolute value. If such an absolute value existed, it would indeed simplify all calculations. . . . It was believed that absolute value was determined by making inherent physical characteristics of objects an integral part of the concept of value – namely, those physical characteristics that render objects capable of satisfying pleasure to some significant degree, either directly or indirectly.

As we noted in section I.2, the term “absolute value” was used (along with “inner value”) by Schlözer (1805, § 50, p. 40) as a synonym for “use value”, in contrast to “relative value” which was a synonym for “exchange value”; and Schlözer regarded it as independent of the quantity consumed. *Boileau* (1811) – see section I.5 – used “absolute value” in the same sense. This usage was also employed by *Lloyd* (1834, pp. 28–31), apparently with the same meaning. (We recall that *Soden* (1805) and *Lotz* (1811) had used “positive” and “comparative value” for these same concepts, and that *Soden* used “absolute value” for the use value of a necessity, “relative value” for that of a luxury.) *Kraus* (1808, § 16, p. 102), on the other hand, used the term to indicate labor as the standard of value, and *Malthus* (1823) likewise used it to refer to a commodity that could serve as an invariable standard of value. *Ricardo’s* (1823) posthumous tract on the subject (disagreeing with Malthus on the possibility of such an absolute standard) was not published until 1951, and his letters to Malthus on the subject were still unpublished when *Gossen* wrote, having been published for the first time by *Bonar* (1887). It thus seems very doubtful that *Gossen* had *Kraus’s* and *Malthus’s* concept in mind.

Rau pointed out in an endnote⁹⁵ that *Beccaria* had used the term “absolute value” to mean “use value”, suggesting that the concept had preceded “exchange value” historically:

Beccaria referred to these original valuations of things, not entirely fittingly, as *absolute value* as opposed to *relative value* or exchange value, which came later.

Beccaria had used the term in passing without giving it particular significance.⁹⁶ Presumably following *Rau’s* discussion of *Beccaria’s* concept, *Riedel* (1838, § 31, p. 24) adopted *Beccaria’s* terminology:

⁹⁵ *Rau* (1833, § 62, note (a), p. 62; 1837, § 62, note (a), p. 65; 1841a, § 62, note (a), p. 68; 1847, § 63, note (a), p. 84); 1855 and 1863, § 63, note (a), p. 79; 1868, § 63, note (a), p. 98).

⁹⁶ In his words (*Beccaria*, 1769–1770: 1804, p. 339; 1822, p. 237): “And since at first nothing was evaluated except to the extent that it was suitable to satisfy the necessities and conveniences of life, there came the idea of, and the word, value, denoting the power, custom, and ability to fulfill an end; then in this last stage things began to be appraised according to their capability of procuring others. Whence the absolute value thereupon became relative and exchangeable, signifying the power that each thing has of being exchanged for others; and the quantity of each thing that one must give for another was determined, and

The valuation of useful objects may . . . be carried out from two points of view, according to their distinct types of use, namely either: 1. from the viewpoint of the personal or material benefits which a thing affords by retaining it in one's possession, utilizing it in its natural state, or using it materially, or 2. from the viewpoint of the extent of such benefits – and services affording such benefits which one can obtain from others – [obtained] by devoting its possession to relinquishment of the object to others through exchange and purchase. The determination of the degree of utility according to the first point of view, or the original type of use – which forms the basis of all the others – gives the *value as such*, as it is also called, or, for a closer differentiation, the *use value*, *need value* [*Bedürfniswerth*], *utility value* [*Nützlichkeitswerth*], or the *absolute value*. If, on the other hand, the value is determined according to the second above-mentioned point of view – the derived type of use which it is capable of, insofar as it is a means for the acquisition of material objects, or yields personal services from other persons for the possessor, and is surrendered as the price for this – then this leads to the determination of the *exchange value* or the *relative and derived value* which, in keeping with the confusion of the terms “cause” and “effect” common in everyday life, is also simply referred to as the *price*.

However, as *Hildebrand* (1848) showed, there is no reason to expect the (concrete) use value of any object to be free from fluctuation; and Gossen himself made use of the concept of marginal utility which he knew very well would fluctuate in response to changes in supply. Thus, by process of elimination, I am led to conclude that by “absolute value” Gossen must have meant Rau’s “species value”, or what Riedel called “abstract value”.

This conclusion is reinforced by the following additional comment Gossen made regarding the “absolute value” (1854, p. 87; 1983, p. 102):

The reason for not seeing the importance of exchange is obviously the fiction of an absolute value whose scale is conceived in terms of physical properties. With such a concept of value, exchange obviously can have no effect on value since physical properties do not undergo any change through barter.

As we have seen in section I, all of the German economists before Rau conceived of use value as being independent of quantity. But Rau was the first, in identifying this concept with his “species” or “abstract” value, to make specific mention of physical attributes of goods, such as the nutritive power of foods (see footnote 14 above), as being characteristic of this type of value. Thus the evidence is overwhelming that by “absolute value” Gossen meant precisely Rau’s “species value”, renamed “abstract value” by Riedel.

We learn from *Blum* (1933, pp. 59–66) that Gossen’s concern with “absolute value” began already in the course of preparing for the written civil-service examinations for his first government post (see also *Georgescu-Roegen*, 1983). Rather surprisingly, it arose in the course of his study of the theory of rent in connection with his assignment to assess the shifting and incidence of the Prussian tax system.

called the price of the other.” See further *Beccaria* (1769–1770: 1804, pp. 344–5; 1822, p. 241).

He proceeded to outline essentially the Ricardian theory of rent (*Blum* 1933, p. 60) – but without reference to Ricardo – to the effect that rent “is a consequence of the limited amount in which agricultural products can be produced”, in contrast to what he conceived to be the “prevailing opinion” which perceives it to be “a consequence of the absolute value of the products obtained with the aid of land.” It is natural to inquire whether this was Rau’s opinion. One might suspect so, given the surprising statement by *McCulloch* (1845, p. 26), based on the 1839/1840 French translation of Rau’s work: “He rejects the theory of rent, as explained by Ricardo and others He has, in consequence, no clear or accurate ideas in regard to many of the most important departments of the science” Evidently (cf. *Scheffold et al.*, 1997, p. I, n. 2) the translation reviewed by *McCulloch* was of the third edition of Rau, whose section on the theory of rent reads as follows (1837, I, § 212, p. 225):

The *quality* of a piece of land itself has a powerful influence on its yield, so that with equal cost outlay, here more, there fewer raw products can be yielded, and thus on the better lands a given quantity, e.g. 1 bushel, would be obtained with less cost than on the worst. . . . The former therefore yields a rent if the price of the product only just covers the cost of the use of the latter.

This is certainly the Ricardian theory! In an endnote Rau then refers to the classical theories of Malthus, West, and Ricardo, and even to that of *McCulloch*! This is substantially the same as the explanation given by *Gossen* (*Blum* 1933, pp. 60–62), and at no point did Rau invoke his “species value”. Rau also referred to the treatment in *Thünen* (1826, § 5, pp. 13–37).⁹⁷ For his analysis of tax incidence *Gossen* relied, as was indicated in footnote 94 above, on the first edition (1837) of Vol. III.2 of Rau’s *Lehrbuch* (esp. § 433, pp. 241–2 – erroneously numbered 421–2), but this also made no use of Rau’s concept of species value.

Thus, where did *Gossen* get the idea that “absolute value” was involved in the “prevailing theory” of rent? *Blum* (1933, pp. 145–154) made a strong case that *Gossen* must have been influenced by *Soden*’s utilitarianism, which suggests that he may have been influenced by *Soden* in other regards as well. But *Blum* referred only to the first two volumes (1805, 1806) of *Soden*’s *National Economics*. In Vol. 3, where there are also many utilitarian passages, *Soden* deals with what he conceives to be the physiocratic theory of the incidence of a land tax (1808, § 581, pp. 168–9); this is repeated in Volume 4 (1810, § 528, pp. 439–40) – the same section criticized by *Roscher* (1874, p. 674) for its statement that the physiocrats assumed a hermetically sealed economy.⁹⁸ *Soden* offers the following interesting

⁹⁷ *Thünen* maintained that a rise in grain prices would bring about a rise in rent; but there is nothing in this that is inconsistent with the Ricardian theory, and no concept such as “absolute value” was invoked. In the second edition of his work, *Thünen* (1842, § 5a, pp. 13–20) criticized *Smith*’s theory of rent, which did not require further criticism by *Gossen*.

⁹⁸ “The principle of national economics is cosmopolitan. The physiocrats imagine a hermetically sealed state. In this hermetically sealed state many ideas are right which evidently lead to wrong results as soon as the seal is broken.” In Vol. 3 (1808, § 581, p. 168), the second

summary of what he conceived to be the physiocrats' beliefs (Vol. 3, 1808, § 581, p. 169; Vol. 4, 1810, § 528, p. 440):

The primary products – so they conclude – are the most indispensable ones, hence their value is *absolute*. The farmer [*Landbauer*] will of course add the sum total of the taxes onto the price of his primary product; the industrial and commercial producers will add to this price the value of their economic productive power; the industrial product thus *participates* in the payment of the land tax, and the state will thus receive its due share of each product, i.e., of the *entire* national wealth.

We may recall that Soden *defined* as “absolute” the value of any indispensable good; possibly Gossen relied on Soden but failed to consult Soden’s definition, and may have confused Soden’s “absolute value” with Rau’s “species value” and Riedel’s “abstract value”. While Soden cannot be said to have had a theory of rent, the above passage suggests that he thought that the physiocrats’ single tax on land’s net product (rent) would (in a closed economy) be shifted to the purchaser in the form of a higher price of the product, as if it were an indirect tax on the farmer’s product. Of course this is erroneous. But possibly this is what Gossen considered to be the “prevailing theory” of rent.⁹⁹

sentence of the above is the more elaborate “The physiocrats imagine a state surrounded by a Chinese wall, as well as hermetically sealed.” Soden may have relied on *Quesnay* (1767, p. 79; *Meek* 1962, p. 162) who, in his Fifth Observation on his *Tableau économique* explicitly admitted that his analysis had assumed a closed economy. However, Soden’s apparently sole explicit reference to *Quesnay* (*Soden* 1805, § 166, pp. 236–7), in a section in which which he praised the “basis of the physiocratic system” but criticized its restriction of productive power to agriculture, was to his *Maxims* (*Quesnay* 1767, pp. 99–172; *Meek* 1962, pp. 231–262), which certainly deal with an open economy. An alternative (and it seems more likely) explanation for Soden’s views on the physiocratic theory of taxation is that he was influenced by later antiphysiocratic writers such as *Feder* and *Dohm* (see footnote 99 below).

⁹⁹ It is interesting to compare Soden’s reasoning with the reasoning attributed by *Liebel* (1965, p. 51) to *Reinhard* (1772), whom she styles as one of the “enlightened bureaucrats” of Baden-Durlach; according to *Liebel*, referring to the physiocrats’ single tax on the *produit net* of agricultural land, which the Margrave attempted to implement in his principality (see footnote 4): “The new tax would not raise land values as the physiocrats supposed, *Reinhard* argued, because land values depended on prices and prices were not determined by taxes but by the relationship of supply and demand on the world market.” This appears to be a summary of *Reinhard*’s argument as quoted in *Drais* (1816, pp. 325n-326n), which reads as follows: “If, in a country where agriculture is to be fostered, one places all the burdens of the entire state upon it, it will be ruined. It is of course answered [?] that one must see to it that the prices of the agricultural products rise and hence all who use them share in the payment of the burdens. But this rise or fall does not depend upon whether the production and taxation of the farmer [*Ackermann*] costs much but rather upon the surplus or shortage of the product and upon the circumstance of whether it is much or little sought. Since, accordingly, the system itself esteems freedom of trade as its very soul, it follows that one will not want to impede the import of foreign produce. This, however, is brought in from countries in which not all burdens lie on agriculture, and because it is for this reason cheaper, the domestic farmer is compelled to provide his produce cheaply as well, or to keep it and eat it himself. His heavy assessment, however, remains a burden upon him. This holds true particularly in a small country which is surrounded by larger countries rich in crops; and how would it go for those

(2) Gossen himself in the first part of his work introduced a great simplification, namely the hypothesis that marginal utility was linear in each commodity (1854, pp. 9–10; 1983, p. 11). He later admitted that this hypothesis was “incorrect” (1854, p. 123; 1983, p. 147). He therefore replaced it by the assumption that at each income level individuals spend a fixed proportion of their income on any commodity (1854, pp. 126, 136; 1983, pp. 149, 160).¹⁰⁰ He went on to postulate that for each commodity the ratio of expenditure on that commodity to income at first rises as income rises until a maximum ratio is reached, after which it starts to fall (1854, pp. 141–2; 1983, p. 165). However, this is clearly impossible; in the 2-commodity case, for example, if as income rises the proportion of expenditure on commodity 1 rises to a peak and then falls, then the proportion of expenditure on commodity 2 must fall to a trough and then rise. In fact, the assumption that at any positive level of income, the share of that income devoted to any commodity is independent of prices, necessarily implies (if rational behavior is assumed) that this income share is also independent of the level of income, i.e., constant.¹⁰¹ Thus, Gossen’s system reduces to the Hildebrand-Knies development of Rau’s!

farmers who, producing only what their households consume, have no produce to sell?” Thus Reinhard apparently thought that the single tax on the net product (rent) of land would be shifted to the consumer rather than absorbed by the landlord. This of course is the exact opposite of physiocratic theory, according to which the virtue of the single tax is precisely that it is *not* shifted, as opposed to *indirect* taxes – in which they included income and commodity taxes and taxation of the *gross* product – which would lower the prices received by producers (*le prix des ventes de la première main*), leading to layoffs, and ultimately be shifted to the landlords (but with economic loss). Cf., e.g., *Mirabeau* (1760, 3^e Entretien: 12^e, pp. 68–69; 8^e, p. 55), *Du Pont* (1768, §§ XV–XVI: 1910, pp. 21–24).

Reinhard’s tract was most likely provoked by the appearance of the essay by *Schlettwein* (1772) defending physiocracy and explaining how he had implemented the single tax while in the service of the Margrave of Baden (an appointment he held during 1763–1773). In his defense of physiocracy Schlettwein concentrated (pp. 45–47) on explaining the effect of an ad valorem tax on commodities used as inputs by artisans, holding that it would lead to higher market prices of their products (Soden’s Chinese wall?) and thus to higher costs to agriculturalists who needed these products. This made him vulnerable to Reinhard’s criticisms as well as to the remarkably similar ones later made by *Feder* (1778, p. 638) and *Dohm* (1778, p. 315; 1782, p. 59) (cf. *Tribe* 1995, pp. 338–340).

Reinhard went on to say (*Drais*, p. 327n): “Of course the intention is to frequently change the classification of properties as they increase in fertility; but is this a means to promote the improvement of properties, if one imposes doubled or such large assessments on hardworking farmers [*Bauern*]?” This assumes that the differential fertility is due to labor rather than land. The similarity of Soden’s analyses to those of Reinhard and the later German anti-physiocrats such as *Feder* and *Dohm* leads one to suspect that he might have been influenced by these later anti-physiocratic writers.

¹⁰⁰ Cf. *Jolink* and *van Daal* (1998, p. 45), who have called attention to this fact.

¹⁰¹ It is enough to present a formal proof for the 2-commodity case. Let $\theta(Y)$ be the proportion of income, Y , devoted to commodity 1; then $1 - \theta(Y)$ is the proportion devoted to commodity 2. The demand functions for the two commodities are therefore

Georgescu-Roegen (1983, p. lviii) cited the view of *Spiegel* (1968, p. 210) that Gossen's work was "fundamentally un-German" – a judgment with which he agreed, on the ground that "no German economist felt any attraction for utility economics."¹⁰² From these statements I can only infer that, with the exception of Hermann (1832),¹⁰³ neither Georgescu-Roegen nor Spiegel had bothered to read

$$x_1 = \frac{Y\theta(Y)}{p_1} \quad \text{and} \quad x_2 = \frac{Y - Y\theta(Y)}{p_2} .$$

The Slutsky cross-substitution terms are then

$$s_{12} \equiv \frac{\partial x_1}{\partial p_2} + \frac{\partial x_1}{\partial Y} x_2 = \frac{[\theta(Y) + Y\theta'(Y)][Y - Y\theta(Y)]}{p_1 p_2}$$

and

$$s_{21} \equiv \frac{\partial x_2}{\partial p_1} + \frac{\partial x_2}{\partial Y} x_1 = \frac{[1 - \theta(Y) - Y\theta'(Y)]Y\theta(Y)}{p_1 p_2} .$$

The difference between them is

$$s_{12} - s_{21} = \frac{Y^2 \theta'(Y)}{p_1 p_2} ,$$

which vanishes for $Y > 0$ if and only if $\theta'(Y) = 0$, i.e., if and only if $\theta(Y)$ (and therefore $1 - \theta(Y)$) is independent of income, Y .

¹⁰² In case there should linger any doubts concerning Rau's "attraction for utility economics", a passage contained in his discussion of "unproductive consumption" – by which he meant the using up of existing stocks – might help dispel it (*Rau*, ¶ 2 of § 322): 1826, p. 253; 1833, p. 322; 1837, pp. 353–354; 1841a, p. 374): "that unproductive consumption is . . . best which, with the same outlay of goods, furnishes the intended benefit to the greatest number of people [in the fullest measure] and for the longest time . . ." ("in fullest measure" was added in the 4th edition (1841a)). This was repeated in § 322 of the later editions (1847, p. 423; 1855, p. 414; 1863, p. 419; 1869, p. 129), with "unproductive consumption" (*unproductive Consumption*) replaced by "destructive consumption" or "using up" (*Verzehrung*); the version from the 5th edition (1847) was reproduced in Friedländer's monograph (1852, p. 36).

¹⁰³ *Georgescu-Roegen* (1983, pp. lxxv-lxxvi) examined a paragraph containing a numerical example from *Hermann* (1832, p. 73), also found in *Hermann* (1870, p. 404), and concluded that it "could hardly suggest the law [of diminishing marginal utility] itself." The paragraph was preceded by an interesting definition of an individual i 's "ability to pay" for, or purchase, good j , as the ratio of the individual's income, Y_i , to the amount spent on the good, $p_j x_{ij}$, which under the Hildebrand-Knies assumption of constant expenditure shares would be $Y_i/p_j x_{ij} = 1/\theta_{ij}$. The reciprocal of this he called the "relative value" of good j to individual i . This of course corresponds to Hildebrand and Knies's "species value" of (or "need" for) good j , and Schäffle's "usefulness" of good j , θ_{ij} . He applied this definition to subsistence goods such as bread, but did not appear to notice that the same definition would apply to non-subsistence goods, since from individual i 's budget constraint the θ_{ij} s must sum (over the goods, j) to 1. For the latter he instead defined the ability to pay (in the 2-good

the works of the German economists.¹⁰⁴ Gossen's cumbersome and unsystematic mathematical exposition has been a barrier to communication for all economists regardless of nationality.

XII. Non-German critiques of the German economists

Achille Loria (1882, pp. 33–4n) drew attention to some interesting critiques of the writings of German economists, one a Dutch thesis, and one that of a Russian (Ukrainian) economist.¹⁰⁵

The thesis of *van Houten* (1859) refers to many German authors, including Rau, Riedel, Roscher, Knies, Lotz, Hermann, Friedländer, and Wagner. *Houten* (1859, p. 7, note 2) quotes the passage in *Rau* (1841a, § 56, note (b), p. 59) stating: "If value is not to mean the *degree* of utility, but rather the utility itself, then one of the two expressions would be superfluous" then refers to the discussion in the first four pages of *Knies* (1855) on value as the "degree of utility". He then discusses Rau's distinction between species and concrete value (pp. 9–10), and comes to the conclusion that the former of these is "redundant" (p. 12). After covering the distinctions between various types of value in German economics he complains (p. 9): "Many German writers . . . make so many distinctions in their theories of value that we certainly have to admire their acumen, but at the same time have to regret that

case) by $(Y_i - p_1x_{i1})/(p_2x_{i2})$ (where commodity 1 is the subsistence good); but this is necessarily equal to unity. His subsequent numerical example lacks coherence because of this failure to take account of the individual's budget constraint. His concluding sentence, to which he added the footnote stating that *Laplace* (1814, p. 21) had pointed out a similar valuation from *Bernoulli* (1738), seems to state (for the 2-good case) that if individual i has a residual income of $R_i = Y_i - p_1x_{i1}$ (which from the budget constraint is necessarily equal to p_2x_{i2}), then the "value" to him of a bottle of wine (good 2) would be $1/R_i$, i.e., $1/(p_2x_{i2})$. With constant expenditure shares, at least this is proportional to the marginal utility θ_{i2}/x_{i2} (cf. (6)). The example may be compared to the analysis in *Laplace's* basic work (1812, pp. 187, 432) (to which Hermann did not refer) showing that if utility ("*fortune morale*") is a logarithmic function of income ("*fortune physique*" or "*bien total*"), then the marginal utility of income ("*valeur relative*") varies as the reciprocal of income – Rau's formula (9). See also *Poisson* (1837, p. 72).

The passage quoted in footnote 73 above (*Hermann* 1870, pp. 401–2) certainly comes much closer to a recognition of the principle of diminishing marginal utility, but is still very crude by comparison with Rau's statements, even those of the 1837 edition which must have been familiar to Gossen.

¹⁰⁴ An example of this is found in the following statement by *Georgescu-Roegen* (1983, p. lxvi): "Among the German economists, Gossen was the first to distinguish between economic and free commodities." This distinction had already been made by *Hermann* (1832, p. 3).

¹⁰⁵ Loria also attempted to make the case that *Hermann* (1832) had plagiarized the work of *Gioja* (1815), by displaying passages of the two authors in parallel columns (pp. 48–50). *Hermann* (pp. 20–21) had cited *Gioja*, whose work he regarded as somewhat "obscure"; besides, the parallel passages are sufficiently dissimilar that at most they show some influence.

the economic concept of *value* is almost lost because of those distinctions, or at least is blurred in such a way that reading their writings is a very difficult and troublesome task.” Here he quotes *De Quincey’s* (1844, Section II, p. 12) dismissive comment that “German books go for nothing here”, saying that “it is a little too harsh”!¹⁰⁶ Van Houten concludes (p. 16) that the German *Gattungswert*, the English *value in use*, and the French *valeur d’usage* are best dispensed with, but nevertheless he has to return to these concepts to discuss Friedländer’s monograph. He criticizes Friedländer’s morally ranked hierarchy of wants by saying that “economics only studies the laws of society and should therefore take mankind as it is, not as it should be” (p. 18). Thus (p. 19) “Friedländer’s work seems to be somewhat socialistic.”

Loria (1882) also referred to a critique of Hildebrand’s analysis by the Russian economist *Nikolai Ziber* (1871),¹⁰⁷ and *Cossa* (1893, p. 455) drew attention to this work as well as to that of *Antonovich* (1877). Both writers relied on Russian translations of *Hildebrand’s* work (1848); in the one relied on by Ziber, Hildebrand’s *Nutzwert* (use value) was translated as *poleznosti*, which is the Russian for “utility” or “usefulness”; this may well have misled him. Thus, Hildebrand is quoted as saying that “the more the number of useful products increases, the more the usefulness of each separate product decreases, if the existing need for this product does not change. . . . Therefore, the usefulness and exchange value not only do not contradict one another, but on the contrary are in greatest harmony with one another. The utility (usefulness) and exchange value of all products always rise and fall together.” (*Ziber* 1871, p. 38n; 1885: 1959, pp. 64n-65n). In opposition to this, Ziber counters (1871, p. 38n; 1885: 1959, p. 65n):

Bruno Hildebrand is . . . wrong in trying to convince us that the more useful products there are, the lower is the usefulness of each one; who doesn’t know that two socks are more useful than one? Within the limits of need, a new specimen of a product is an extra unit of usefulness. Outside the limits of the need, an extra unit is not needed at all, and therefore the usefulness of the remaining units remains unchanged. If we go backwards, decreasing the number of units, then even though the need is left partly unsatisfied, this does not imply that the *usefulness* of the available products has risen; only the *fear* of leaving part

¹⁰⁶ Indeed, *De Quincey’s* is a strange comment coming from one who puts the German writers to shame with the multiplicity of his different types of value, such as “intrinsic worth” (p. 25), “utility value” (pp. 29, 32), “difficulty value” (p. 34), “affirmative value” (pp. 44, 65–66, 69, 71, 75, 87), “scarcity value” (p. 51), “cost value” (p. 51), “latent value” (p. 53), “resistance value” (pp. 67, 76), “negative value” (pp. 68, 86–87), “power value” (pp. 71, 76), “potential value” (p. 75), “teleologic value” (pp. 75, 103–4), and even “market value” (p. 118) and “actual value” (p. 122)!

¹⁰⁷ Ziber was born in Sudak on the Crimean coast, of a Swiss father and Ukrainian mother, and died in Yalta (cf. *Y.*, 1894; *Mikhailov*, 1916). His 1871 work discussed here was his master’s thesis from Kiev University; it was praised by *Marx* in the preface to the second edition (1873) of *Das Kapital*, and cited by *Luxemburg* (1909–1910: 1925, p. 46; 1975, pp. 564–5). Ziber contributed many articles to journals in the fields of economics and anthropology, as well as articles on Marxian economics, and published Russian translations of Ricardo’s works.

of the need unsatisfied has gone up. This fear is completely foreign to both usefulness and value, even though *in certain circumstances* it can exert such a pressure on the value as to lead Bruno Hildebrand to find a complete harmony between the two.

The passage about fear may well have been influenced by *Roesler* (1864) (see the reference to “danger” in the passage quoted above), since Ziber referred to this work (1871, p. 14, note 2; 1885: 1959, p. 46, note 2). In a further critique, this time of Proudhon himself, he goes on to say (*ibid.*):

Proudhon is wrong when he states that the more of a product is produced, the cheaper it is sold: if the need is already satisfied, then the surplus *will not be sold at all*, and consequently the price of the remaining products will not decline; within the limits of complete unfulfillment of the need and its complete satisfaction, each new unit of a product does indeed cause a drop in the value of the remaining units, but this depends on independent factors.

While the misunderstanding displayed here may be partly accounted for by the bad translation of “use value” by “usefulness” that Ziber relied on,¹⁰⁸ still, it is remarkable that Ziber followed Rau’s early (1833) doctrine to the effect that (“concrete”) use value was positive and constant below satiation levels and zero above, and in holding that any smooth empirical relationship between the quantity supplied and price must be due to unspecified “independent factors”.

Ziber made some other criticisms of the German economists’ work which are of interest. One was a criticism of the various value concepts, in particular the concept of abstract or species value (1871, p. 10, note 10; 1885: 1959, p. 42, note 1):

Another reason that the number of definitions has grown in the modern German literature is that this literature (Roscher, Bruno Hildebrand, Schäffle, Roesler and others) started distinguishing between an abstract value, that is, a property of things to satisfy human needs in general (oak is useful), and a concrete value, that is, a property of things to satisfy needs under certain conditions (two copies of a book are useless). However, no attention was paid to the fact that the first property is not really a property but just an exercise of the mind; that there exist only specific relationships between things and needs, and there are no other relationships.

The inclusion of Schäffle is fair enough, since as we have seen he accepted the concept of species value in the first edition of his textbook (1861, p. 92); but thereafter (1870b), as we have seen, he made essentially the same criticism of the concept as did Ziber a year later.

Ziber’s most favorable comments on the writings of the German economists were reserved for *Friedländer* (1871, pp. 31–32n; 1885: 1959, pp. 59–60n):

If I am not mistaken, Friedländer’s “Theorie des Werthes” is the only attempt in the economic literature to point out the *simultaneous* relationship between different uses and different needs. A person’s existence is assured through the *simultaneous* satisfaction of his

¹⁰⁸ But we have seen in footnote 66 above that even though not suffering from Ziber’s linguistic handicap, Menger made the same misinterpretation of Hildebrand!

various needs. Therefore, the quantity of goods satisfying a certain need makes up a unit of need. The aggregate of all goods satisfying a person's need, for instance the need for food, over a certain time period has the same use value as the aggregate of all goods that satisfy the person's need for clothing over a certain time period – at least in a cold country – because if either need is unmet, the person's life would be equally impossible. Now if different types of goods are ascribed to different needs, then the use value of each particular product is determined by its potential for fulfilling the goal assigned to it. For instance, the use value of a type of food is determined by the relationship between the actual amount of nutrients in this type of food and the average amount a person needs in a given time. The use value of each particular product thus consists of a fraction of the entire unit of need, and the use values of different goods stand in the same relation to one another as do the parts they represent to the different units of need

After this remarkably perceptive summary of a most difficult-to-interpret text, comes Ziber's criticism:

Having recognized that different things that simultaneously satisfy needs have the same value, Friedländer then turns his main attention to the relationship between different use values. In his opinion, this relationship is based on the greater or less correspondence between the quantity of one or another product and the size of the need. Thus, Friedländer avoids the question of how his changes in classification alter the study of value. In addition he makes the mistake (which, by the way, is also shared by many other economists) of assuming that the shortage or excess of a product with respect to the unit of need is the cause of the increase or decrease in a product's use value; whereas it is obvious that a pound of bread or meat satisfies an absolutely equal need, both when there is much of it and when there is little. [!] Therefore, the use value or simply the usefulness of a pound of bread or of meat is always equal. The greater value ascribed to these products when there is not enough to meet demand is simply a way of expressing the fear of remaining without a suitable amount of the needed product. ([!] added.)

The "mistake" made by Friedländer may be contained in the passage he had ostensibly paraphrased but in fact precisely quoted (1852, p. 10) from *Malthus* (1820, p. 340), and which was quoted in footnote 39 above; for I have not found any other passage in Friedländer's text (except possibly a quotation from Rau¹⁰⁹) which could be interpreted as enunciating the principle of diminishing marginal utility. But Ziber's response to such passages shows how hard it was for an extremely intelligent person to accept the idea of diminishing marginal utility!

¹⁰⁹ The passage in question appears in *Friedländer* (1852, p. 34) and comes from *Rau* (1847, § 59, endnote (a)): "... the successive increases in value resulting from continued perfection of a type of good, for example from a wooden bench to the finest sofa, become steadily smaller as each new improvement provides a smaller increase in benefit to human life." This was already in the 3rd edition (1837, § 58, endnote (a), p. 62); see also the 4th (1841a, § 58, (a), p. 64), 6th and 7th (1855, 1863, § 59, (a), p. 73) and 8th (1868, § 59, (a), p. 91), the discussion in the last three editions also containing Rau's comments on Friedländer's monograph. Another passage in *Friedländer* (1852, p. 33), in which he discusses *Hermann* (1832), makes the intriguing observation that "the size of one's holdings modifies one's judgment of their use value" – but without suggesting the direction of the relationship!

Antonovich (1877, pp. 64–5), relying on a different Russian translation of Hildebrand which correctly translated *Nutzwert* as *poleznaya tseennosti* (use value), proceeded with his criticism, responding to Hildebrand's passage by saying that (1877, p. 66):

Any utility, as an economic fact, necessarily requires the presence of objective and subjective elements. Hildebrand declares directly that in this case the subjective element alone is sufficient, that use value is not something objective, that it does not exist outside of the subject who consumes. Obviously, B. Hildebrand is repeating Fichte's famous theory that the whole world is a product of our I, and that outside of this I the external world surrounding us does not exist.

This is certainly a most absurd and misleading statement! After continuing in this vein concerning Fichte, *Antonovich* proceeds as follows (1877, p. 67):

Meanwhile it is precisely on this conclusion that B. Hildebrand bases his thesis that when need remains unchanged, an increase in [the amount of] products is equivalent to a decrease in the utility [*sic: poleznost'*] of each unit of the product. This means that a doubled quantity of bread, given unchanged need, does not mean a doubling of its utility, but on the contrary a decrease in this case of the utility of each unit of the product by half. If each unit of the product satisfied 1 unit of need previously, now it satisfies only $\frac{1}{2}$ of it and therefore the object's utility is $\frac{1}{2}$ as much. But as long as the manufactured product finds consumers, the fact that the consumer can use two quarters of bread instead of one does not change its utility at all. . . . One cannot say that a product's utility decreases just because the given need is more fully satisfied, or because it is satisfied by two products instead of one, although obviously, at the same time, any product that is not consumed is useless.

Here, *Antonovich* inadvertently substituted "utility" or "usefulness" (*Nutzen* or *Nützlichkeit* in German) for "use value" (Hildebrand's *Nutzwert*). For whatever reasons, the statement is a specific denial of the principle of diminishing marginal utility. Although published in 1877, *Antonovich's* book makes no mention of the work of Jevons or Menger. That *Antonovich's* confusion follows (at least in part) from the confusion between these two expressions is clear from the following additional passage (p. 68):

B. Hildebrand proposes a case opposite to that presented in Proudhon. If a nation's total need equals 100 and the utility [*sic: it should be "use value"*] of iron is equal to 5 % of this number, and if the need for iron does not change while its production increases, then the 5 % of iron's use value will be redistributed among its larger quantity, and therefore each unit of iron will have less of this use value.

That Hildebrand himself used "use value" in the same paragraph to denote both the species and concrete use value ("total" and "average" use value in his formulation) obviously contributed to the confusion. However, in the last part of this quotation *Antonovich* did succeed in capturing Hildebrand's basic idea, though he did not seem to see how it successfully confuted Proudhon's antinomy.

Both Ziber and *Antonovich* also criticized Roscher's gold-and-iron illustration in the explanation of Smith's "paradox of value". (Ziber relied on an apparently accurate French translation of Roscher.) Ziber objected that "Roscher is . . . wrong

in thinking that the species use value of iron is higher than that of gold while a certain amount of the former has lower concrete use value. We already know that we cannot compare the usefulness of two objects, as each of them is good in its own place.” (Ziber 1871, p. 39n; 1885: 1959: p. 65n). What Ziber is objecting to is the mere comparison of the use value and exchange value of two disparate commodities, since he holds these to be incommensurable. This is a legitimate stance; but in this case there would be no paradox at all, whereas most commentators, from Montanari to Locke to Law to Smith, have found such examples surprising. And of course, while one might object that comparison of *prices* of unrelated objects is meaningless, it is always possible.

Like Ziber, *Antonovich* did not challenge Roscher’s logic, but criticized Roscher on other grounds (1877, p. 68): “Arguing with Proudhon, Roscher says that the total consumption of iron is greater than the total consumption of gold, and that the species value of iron is greater than the species value of gold. Clearly, Roscher is merely repeating Proudhon’s words, formulating the latter’s idea more precisely using Rau’s theory of abstract and concrete value.” Thus, neither Ziber nor *Antonovich* understood the arguments that Hildebrand and Roscher had put forth.

As is suggested by some of the preceding comments, the German economists were largely ignored in Britain, or else dismissed with contempt, until they received the appreciative attention of *Marshall* (1890).¹¹⁰ In France, *Block* (1890, 1893) gave them excellent treatment; in contrast to most commentators, he actually read and understood the works he discussed.

XIII. Later German-language critiques

A number of critiques of the German theories of value (especially Rau’s) emerged starting in the 1860s. I will only be able to touch on the most important.

1. Lindwurm

Lindwurm’s (1865) paper, which is oriented more towards philosophy than economics, caused quite a stir. Referring apparently to the 6th edition of Rau (1855, § 57, p. 70), Lindwurm (p. 167, note 6) quoted Rau’s definition: “The degree of utility of a material good recognized in human judgment is its value.” He went on to cite the passage from Rau quoted in the previous section that was referred to by van Houten. Lindwurm objected:

¹¹⁰ The Germans “have made careful and profound analyses which add much to our knowledge, and they have greatly extended the boundaries of economic theory” (1890, Book I, Ch. IV, p. 70).

What, however, one may ask, is the degree? To be precise, not the degree of *something*, but rather the degree as such? As I see it, a “degree of utility” can be only a certain amount, more or less, of utility. Thus when one specifies the “degree of utility” of a material good, then what this means is that utility is the general, value the particular [concept]. Since, however, value is then itself something general and requires a predicate for its particular designation, then in fact the case anticipated in advance by Rau arises – namely that one or both expressions become superfluous, or alternatively, since we know that in actual life one designates completely different things by the same thing, value and utility are by no means synonyms; thus a strong suspicion is justified as to the erroneousness of Rau’s definition.

As we have seen in section I.5 above, Rau was simply following the definition given by *Jakob* (1825) of “need value”. In a rare (perhaps unique) instance of his answering a critic, *Rau* replied as follows (1868, § 57, note (c), p. 87):

Lindwurm . . . asks . . . : “what is the degree, to be precise, not of something, but rather the degree as such?” Such a degree surely does not exist, but the degree of utility is indeed no less comprehensible than the degree of warmth, heat retention, heat conduction, fusibility, hardness, transparency, etc., of bodies, and of memory, imagination, of people, etc. The only thing that is characteristic is that for utility in general we possess a word for its measure, for its gradation, and its degree.

That word, from the above definition, is of course “value”. As we have seen, Rau used it to denote the degree of nutritive power, etc., in his discussion of species value, as did *Knies* in his concept of subspecies value. There seems to be no reason to exclude its application to concrete value, where it would mean the degree of utility as a function of the quantity consumed, i.e., marginal utility. This is precisely how Rau used the expression “concrete value”.¹¹¹

2. Neumann

Friedrich Julius Neumann (1872, 1885–1896) was the writer who kept the subject alive for the longest time. In a consideration of the Rauian distinction between species and concrete value, he made a mistake shared by *Lindwurm* (1865), *Roesler* (1868b, 1871), and others of judging a concept by its formal definition rather than by the way it is used. He objected (1872, pp. 293–301) to Rau’s and Roscher’s notion of a one-to-one relationship between species of goods and species of needs (omitting to mention *Friedländer*’s and *Knies*’s development of this theme) on the ground that many goods served not one but a variety of different needs (e.g., wood as fuel, as material for furniture and construction, for paper). It is easier to make such an objection than to provide an alternative framework for analyzing complementarity and substitutability among various goods.

¹¹¹ And as we noted in section VI above, this is exactly how *Knies* characterized Rau’s concrete value.

3. Wieser

Wieser's first work (1884), in which he introduced Jevons's concept of "final degree of utility" into German-language economics under the name of "marginal utility" (*Grenznutzen*) (p. 128), is particularly interesting in that it displays his background as a student of Knies¹¹² and retains many of the traditional German concepts, such as that of "requirement", which of course was also fundamental in Menger (1871) – a concept that requires the assumption of satiable preferences. Thus he speaks (p. 127) of "the basis of value for an individual good from a supply which does not exceed the requirement", and states (p. 130) that "value declines when, under otherwise equal circumstances, the quantity of goods becomes greater, or the desire for them – the requirement – becomes less." This is the same type of comparison as that made by Michaelis on the basis of the implicit utility function (16). Further, Wieser (and perhaps he had already learnt this from his reading of Menger (1871)) shows strong traces of the ranking of wants that one finds in Lotz, Friedländer, and Knies, when in explaining the law of diminishing marginal utility in the case of a man travelling through a desert (p. 126) he says that the first ration is needed "in order to just keep himself alive, an additional ration . . . to keep himself passably strong, and a third ration in order to maintain his complete vigor and mood", and of course a fourth one for his horse.

Of greatest interest to us is his discussion of species value, especially as interpreted by his teachers, Knies, Hildebrand, and Roscher. Wieser makes a distinction between *Nutzen*, which I translate here as "utility", and *Nützlichkeit*, which I translate here as "usefulness". He refers to Hildebrand's and Knies's version of Rau's theory (but without mentioning their names) as the theory of usefulness-value (*Nützlichkeitswerth*). He states (p. 131):

From the facts of experience . . . it is commonly inferred that the assumption that value is derived from utility cannot be upheld. Owing to the fact that an incongruity is observed between value and utility, it is then supposed that the measure of value could in no way be drawn from that of utility. In fact, however, nothing more is to be concluded than that the value of goods is not congruent with their usefulness, and that those numerous theories that have declared usefulness to be the source of value are false, either outright, or in their approach of, for example, sticking with the total utility of the supply, or to its average utility.

Note that in the last sentence Wieser departs from his own terminology in identifying "usefulness" with "utility". As suggested by the interpretation given in footnote 75 above, the Hildebrand-Knies theory could be interpreted as identifying species value with Schäffle's "usefulness" (Hildebrand's and Knies's "need") and concrete value with the "average usefulness"; then the *average usefulness* is congruent with the *marginal utility*, assuming, of course, constant expenditure shares.

¹¹² Knies succeeded to Rau's chair in Heidelberg, and Böhm-Bawerk and Wieser (who were close friends) studied under him there in 1875–1877 as well as with Roscher in Leipzig and Hildebrand in Jena. See *Streissler* (1990, pp. 44–45; 1999, p. 26n.).

The Hildebrand-Knies theory can be legitimately criticized for making this special assumption, and for extending the resulting explanation to cases where the assumption clearly does not hold. But here Wieser seems to be making the same mistake as Menger (see footnote 66 above) in supposing that in the Hildebrand-Knies theory, it is the total *utility* (as opposed to the total *usefulness*) that is constant.

Wieser continues (pp. 131 – 132):

The theories of usefulness-value – or as one can also refer to them, of species value – arose from the obvious idea of adopting a connection between value and utility in a form that was offered by common usage of the language, without having examined the causes which rendered the connection necessary, and without having clarified the nature of the connection through a determination of the economic conditions. One commonly speaks of the values of iron, of gold, and of food, and so forth, which, construed grammatically, mean the value of the species iron, the species gold, and so on. What in fact is meant, however, is not the species, or the quantities occurring over the entire earth or in entire national territories – because there is not the slightest reason to think of these from an economic perspective – but rather, what is meant is the goods-units with which, or with whose totals, one must pursue economic activity almost exclusively. If, for example, one says that the value of gold is greater than that of iron, one can only mean that the unit weight of gold is worth more than the unit weight of iron. This carelessness of expression, which in the course of business misleads no one, has become fatal for those theoreticians who have been under the charm of the common usage of the language, without having any other aids than those of the art of grammatical and logical interpretation. Owing to the fact that they adhered to the common expression instead of investigating the economic facts, they understood value to be species value, and had to point to the usefulness which is peculiar to the species, instead of to the marginal utility, which pertains to the unit – a mistake that never could have arisen if the theory of value had been conceived of from the outset as an empirical one and pursued with all empirical means.

If the first sentence is a criticism of Hildebrand and Knies (“without having examined the causes which rendered the connection necessary”), it is plain wrong, inasmuch as Hildebrand made clear his assumption (which he even called a “law”) of constant expenditure shares. With regard to the second and third sentences, Rau explicitly stated that the “species value” was to be reckoned *per unit*,¹¹³ so it is absurd to imagine that he meant the values of all the stocks in the world.¹¹⁴

¹¹³ This specification was not adhered to by Hildebrand and Knies, since as we have seen, they identified species value with the share of income devoted to the species. Thus, these are two quite distinct notions of “species value”. Nevertheless, Wieser’s suggestion makes no more sense with respect to the Hildebrand-Knies concept than with respect to Rau’s.

¹¹⁴ Here, Wieser seems to be simply following *Menger*, who in his criticism of Hildebrand stated (1871, p. 109; 1950, p. 297): “In the above context, nothing else can be properly understood by the value of a ‘species of goods’ than: the value which the totality of available goods of a species has to human society” (again I have revised the 1950 translation). Rau did not speak of a “value of a species of goods”; rather, the “species value” (*per unit*) of a good. And both Menger and Wieser appear to have overlooked Hildebrand’s assumption of constant expenditure shares.

As for the fourth and fifth sentences, I do not know how a factual statement that the value of gold per ounce is greater than the value of iron per ounce can involve “carelessness of expression”; this criticism seems to be directed towards Roscher, who referred to the facts of his day in saying that the ratio of these two values was 25,000, and for which he supplied a reasonable explanation under the assumption of constant expenditure shares. But the fifth sentence contains the greatest distortion of all: “they understood value to be species value”! Who was it, if not Rau, who first introduced “concrete value”, which is “marginal utility” under another name, and *distinguished* it from species value? Hildebrand’s main result was that marginal utility (“use value”) remains proportional to price (“exchange value”) – a proposition which up to that time had been controverted by most of the profession (although strongly affirmed by Rau – see especially formula (2) above). Finally, Wieser is accusing Rau, Hildebrand, Knies, and Roscher of not conceiving their problem as an empirical one! How anybody can read their works and draw this conclusion, I do not know.

A correct criticism would have been that Rau in the early editions of his work assumed marginal utility to be a discontinuous function of quantity in the case of goods for which demand was satiable – although he made a number of qualifications to this, and ended up with a continuous function (see footnote 12 above). And Hildebrand and Knies could have been legitimately criticized for adopting a model which assumed unitary price-elasticity of demand when the data suggested that demand for foodstuffs was inelastic; further, Knies could have been appropriately faulted for thinking that he could resolve this problem by changing his assumptions midstream, in reasoning that a decrease in consumption of foodstuffs x_j would not only lower the denominator of the quotient θ_j/x_j , but also raise its numerator θ_j , i.e., increase the “need” for food, resulting in an increase in the total value, $\theta_j Y$, of the x_j units – but then Wieser would not be entitled to accuse him of assuming that the “total utility” (his terminology for Knies’s “need”) of the amount consumed remained constant. Knies could also have been fairly criticized for making general statements to the effect that the concrete value of a good was equal to its *average usefulness* (see what I called his “puzzling statement” in section VI above) when Hildebrand’s theorem that *average usefulness* = *marginal utility* was true only in the case of constant expenditure shares (unitary price elasticity), and thus in declaring that *average usefulness* rather than *marginal utility* was the general principle. But Wieser seems to have avoided this real issue.

In his second major work (1889), *Wieser* devoted a chapter to the “Paradox of Value” (1889, § 10, pp. 27–32; 1893, Ch. 10, pp. 27–32); this paradox has come to be known as “Wieser’s paradox” (cf. *Stigler* (1950, p. 316n; 1965, p. 86n)). It amounts to this: if a linear function is postulated for marginal utility (an assumption in accordance with the traditional German conception of satiable wants, but which *Gossen* (1854) – as we have seen – had already rejected, and *Rau* (1868) had already made obsolete), then the product $x_j u'_j(x_j)$ (the “total value” expressed as the quantity times the marginal utility) will rise to a maximum and then fall.

(This product is of course the counterpart of the constant Hildebrand-Knies function $x_j u'_j(x_j) = \theta_j$ resulting from the subutility function $u_j(x_j) = \theta_j \log x_j$ of formula (5) above.) For example, choosing $u'_j(x_j) = c_j(1 - x_j/b_j)$ as in (18), the “total value” reaches a maximum at $x_j = b_j/2$ and becomes zero at $x_j = b_j$.¹¹⁵ What to Wieser was “paradoxical” was the declining portion where demand is inelastic (this of course was Knies’s “second stumbling-block”; the rising elastic portion was what had concerned Roesler). This then is no different from Proudhon’s paradox. While Proudhon’s name was mentioned (1889, § 11, p. 32; 1893, Ch. 11, p. 32), no reference was made to his work, nor was any mention made of Hildebrand, of Knies, or of Cordier’s data cited by Roscher. Indeed, Wieser ignored these data in his statement: “As a matter of fact, human economies move almost entirely in the ascending branch. . . . It is always some unusual accident when individual branches of economy are transferred to the descending branch in the movement of value” (1889, § 10, p. 31; 1893, Ch. 10, pp. 31–32). So much for his censure that the German economics was not “conceived of from the outset as an empirical one and pursued with all empirical means”! As *Stigler* (1950, p. 316; 1965, p. 86) has remarked concerning this work and the one by Böhm-Bawerk next to be discussed: “These men did not improve on the substance of the theory – in fact it deteriorated in their hands – so we shall pass them by.”

4. Böhm-Bawerk

Finally I consider the opinion of Knies’s other illustrious student, Böhm-Bawerk. In his 1886 retrospective he cites *Neumann’s* (1885) survey of value theory quite frequently, and follows Neumann in evaluating various value concepts in terms of their formal definitions rather than according to how they are used. Citing the eighth edition of *Rau* (1868, § 62, pp. 94–5) (the same pages on which Rau introduced the continuous marginal-utility function shown in footnote 12), here is what *Böhm-Bawerk* has to say (1886, p. 17):

I regard the “abstract species value” as a completely misguided conception. It does not exist – to the extent that one understands by value in general an actual significance of goods for people; rather, all value that exists at all is concrete value.

¹¹⁵ Wieser did not display his marginal-utility function in algebraic form, but only in tabular form in terms of an illustration in which he assumed $c_j = 11$ and $b_j = 1$. Nor did he attempt to integrate his marginal-utility function to obtain the (quadratic) total (sub-)utility function $u_j(x_j) = c_j(x_j - x_j^2/(2b_j))$ of (16), which reaches a maximum at $x_j = b_j$ and becomes zero at $x = 2b_j$. In his text he sometimes appears to treat his expenditure formula $x_j u'_j(x_j)$ as if it were the same thing as the subutility function $u_j(x_j)$ (e.g., he refers to the case $x_j > b_j/2$ – as opposed to the case $x_j > b_j$ – as one of “superfluity” (*Ueberfluss*) on p. 31 of both editions); in fact he even describes it as “an abridged utility formula” (1889, p. 34n; 1893, p. 34n). It is perhaps for this reason that he (and Menger) thought that the corresponding value formula $x_j u'_j(x_j) = \theta_j$ under Hildebrand’s and Knies’s assumptions corresponded to “utility”. See footnotes 66 and 75 above.

Then he cites approvingly the passage from *Schäffle* (1873) quoted above following footnote 78. He does not say what he means by value “existing at all”. As we have seen, “species value” was the name given by Rau to the old Smithian concept, while “concrete value” was his own innovation; and Rau himself stipulated that the concept required for explaining market prices is exclusively concrete value. And Böhm-Bawerk does not address the question of whether current market prices are the correct prices to use in evaluating a country’s wealth or welfare, which was one of Rau’s chief concerns.

Böhm-Bawerk goes on to say (pp. 17 – 18):

... mere membership in a species does not accord to the goods anything other than participation in the objective attributes of the species, and therewith in the capability of use characteristic of the species. This is, however, too little to justify some kind of importance for human welfare An actual importance always presumes a dependency of human well-being on goods, and these, in turn, ... presuppose a certain scarcity of supply [*Vorrat*]. This latter element, however, is never specific to a species as such, but rather always emerges only out of a concrete situation in which a species is “scarce”.

Of course, this is what Rau had said himself, and is the reason for his introduction of the “concrete value”. And had Böhm-Bawerk turned the page in his copy of Rau and read the next section, he would have found the following statement (1868, § 62a, p. 96):

The influence of the requirement and [one’s] holdings on the estimation of use value, particularly in the case of luxuries, is most decisive. If, further, one cannot precisely indicate how much one needs of a number of goods which serve for pleasure (luxury items), there is indeed an amount of them the excess over which is perceived as surplus, and even within that amount the concrete value of an individual unit or quantity typically becomes smaller the higher an owner’s total supply rises.

This of course is Rau’s final statement of the principle of diminishing marginal utility, starting with the statements from the fifth and subsequent editions quoted in section II above. It is disappointing indeed that a scientist of Böhm-Bawerk’s stature would so distort the contributions of the one predecessor who, more than any other, made the contributions of the Austrian school possible.

References

- Anonymous* (1795) Tübingen bey Heerbrand: Über die Möglichkeit einer Form der Philosophie überhaupt. Von F. W. J. Schelling. In Jakob (1795b), 29 – 32.
- Antonovich, A*[finogen Iakovlevich] (1877) *Teoriia tsennosti. Kritiko-ekonomicheskoe izsledovanie*. Warsaw: Tipografia K. Kovalevskii. [ii], 197, [1], [2] pp.
- Aristotle* (c322 B.C.) *Politics*. Greek text and English translation by H. Rackham (Loeb Classical Library 264). Cambridge, Mass., Harvard University Press, and London: William Heinemann Ltd, 1977. xxviii, 684 pp.

- Baden-Durlach*, Carl Friedrich, Markgraf von (1772, 1786) "Abrégé des Principes de l'Économie politique." *Éphémérides du Citoyen*, 6 (Tome I, January 1772), 1–51. Reprinted, A Carlsruhe, et se trouve à Paris: Chez Lacombe, 1772. x, 51, [1] pp. Reproduced in Georg Andreas Will, *Versuch über die Physiokratie, deren Geschichte, Literatur, Inhalt und Werth* (Nürnberg: bey Gabriel Nicolaus Raspe, 1782), pp. 73–126, [1]. 2nd edition Carlsruh: Michel Macklot, 1786. viii, 51, [1] pp.
- Baden[-Durlach]*, Karl Friedrich, Markgraf von (1782) *Kurzgefaßte Grundsätze der Staatshaushaltung*. In *deutscher Erklärung* von M. J. Saß. Dessau: Gelehrtenbuchhandlung. 38 pp.
- Baloglou*, Christos (1995) *Die Vertreter der mathematischen Nationalökonomie in Deutschland zwischen 1838 und 1871. Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie, Band 7*. Marburg: Metropolis-Verlag. 387 pp.
- Baumol*, William J./*Goldfeld*, Steven M., eds. (1968) *Precursors in Mathematical Economics: An Anthology*. London: London School of Economics and Political Science. xiii, 389 pp.
- [*Beccaria*, Cesare Bonesana, Marchese di] (1764–1769) *Dei delitti e delle pene*. Livorno: n.p., 1764. 104, [1] pp. Facsimile reprint, with Beccaria's marginal notes and an introduction by Luigi Firpo, Torino: Unione Tipografico-Editrice Torinese, 1964. 191 pp. 5th edition, with a commentary attributed to Voltaire, 1767, Haarlem [i.e., Livorno], n.p., 1766. 318, 128 pp. English translation, *An Essay on Crimes and Punishments*, Translated from the Italian; with a Commentary attributed to Mons. De Voltaire, 1767. 2nd edition, London: Printed for F. Newbury, 1769. xii, 179, lxxix pp. 3rd and 4th editions, 1770, 1775. 5th edition, London: Printed for H. D. Symonds, 1804. vi, 170, lxxvii pp.
- Beccaria*, Cesare Bonesana, Marchese di (1769–1770; 1822) *Elementi di economia pubblica*. First published in Pietro Custodi, *Scrittori classici italiani di economia politica* (50 vols. Milan: Nella Stamperia e Fonderia di G. G. Destefanis, 1803–16), Parte Moderna, vols. 11–12 (1804). Republished as *Elementi di economia pubblica, con varii opuscoli*. Milano: Dalla Società Tipogr. de' classici italiani, 1822. 485 pp., 3 fold-out tables.
- Bentham*, Jeremy (1831) *Pannomial Fragments*. In *Bentham* (1843), Vol. III, pp. 211–230.
- (1843) *The Works of Jeremy Bentham*, edited by John Bowring, 11 vols. Edinburgh: William Tait, and London: Simpkin, Marshall, & Co., 1838–1859. Vols. III and X. Facsimile reprint, New York: Russell & Russell, Inc., 1962.
- Bernhardi*, Theodor von (1849) *Versuch einer Kritik der Gründe, die für grosses und kleines Grundeigenthum angeführt werden*. St. Petersburg: Buchdruckerei der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften. [IV], 666, [2] pp. 2nd (posthumous) edition (reprinted from the plates of the first edition), with an Introduction by Karl Diehl. Leipzig: Ernst Wiegandt, Verlagsbuchhandlung, 1924. XIV, [IV], 666, [2] pp.
- Bernoulli*, Daniel (1738) "Specimen theoriæ novæ de mensura sortis." *Commentarii academiæ scientiarum imperialis Petropolitanae*, 5, 175–192. English translation, "Exposition of a New Theory of Risk Evaluation," in *Baumol & Goldfeld* (1968), 15–26.
- Block*, Maurice (1890, 1897) *Les progrès de la science économique depuis Adam Smith. Revision des doctrines économiques*, 2 vols. Paris: Librairie Guillaumin et C^{ie}. XII, 557; VI, 598 pp. 2nd edition, 2 vols. Paris: Guillaumin et C^{ie}. XI, 679; VI, 581 pp.

- Blum*, Karl Robert (1933) Hermann Heinrich Gossen: Eine Untersuchung über ein Entstehung seiner Lehre. "Giessener Dissertation von 1933." Juridische Fakultätsbibliothek (Bibliothek Prof. Hayek), Universität Salzburg. IV, 175, IV pp.
- (1934) Die subjektivistisch-psychologischen Wertlehren von ihren Anfängen bis auf Gossen. Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde bei der philosophischen Fakultät der Hessischen Ludwigs-Universität zu Gießen. Genehmigt durch die Philosophische Fakultät, II. Abteilung am 8. VII. 1931. Gießen. [4], 5–62 pp.
- Böhm-Bawerk*, Eugen von (1886) "Grundzüge der Theorie des wirtschaftlichen Güterwerts." Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 47 [Neue Folge, 13. Band], 1–82, 477–541. Reprinted, London: London School of Economics and Political Science, 1932. 1–82, 83–147 pp.
- Boileau*, D[aniel] (1811) An Introduction to the Study of Political Economy: Or, Elementary View of the Manner in which the Wealth of Nations is Produced, Increased, Distributed, and Consumed. London: Printed for T. Cadell and W. Davies. xvi, 406 pp.
- Bonar*, James (1887) Letters of David Ricardo to Thomas Robert Malthus, 1810–1823. Oxford: at the Clarendon Press. xxiv, 251 pp.
- Chipman*, John S. (1965–1966) "A Survey of the Theory of International Trade." *Econometrica*, 33 (July, October 1965), 477–519, 685–760; 34 (January 1966), 18–76.
- Cicero*, Marcus Tullius (46 B.C.) *Paradoxa Stoicorum*. In *Cicero in Twenty-Eight Volumes*, IV, Latin with an English translation by H. Rackham. Loeb Classical Library 349. Cambridge, Mass.: Harvard University Press, and London: William Heinemann Ltd, 1982, 251–303.
- Cordier*, J. (1823) *Mémoire sur l'agriculture de la Flandre française, et sur l'économie rurale*. Paris: De l'Imprimerie de Firmin Didot.
- Cossa*, Luigi (1893) *An Introduction to the Study of Political Economy*. London: Macmillan and Co. Translated from the Italian, *Guido allo studio dell'economia politica*, and revised by the author. xi, 587 pp.
- Cournot*, Augustin (1838) *Recherches sur les principes mathématiques de la théorie des richesses*. Paris: Hachette. xi, 198 pp. Facsimile reprint, Paris: Marcel Rivière & C^{ie}, 1938. English translation, with a Foreward and Notes by Irving Fisher, New York: The Macmillan Company, 1927. xxiv, [2], 213 pp.
- Daire*, Eugène, et Hippolyte *Dussard* (1844) *Œuvres de Turgot*. Nouvelle édition classée par ordre de matières, avec les notes de Dupont de Nemours, augmentée de lettres inédites, des questions sur le commerce, et d'observations et de notes nouvelles. 2 vols. Paris: Guillaumin, Libraire. CXVIII, [2], 675; [4], 844 pp.
- De Quincey*, Thomas (1844) *The Logic of Political Economy*. Edinburgh and London: William Blackwood and Sons. xii, 260 pp. American edition, Boston: Ticknor and Fields, 1868. 220 pp.
- Dickinson*, Z. Clark (1958) "The Library and Works of Karl Heinrich Rau." *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 114, 577–593.
- Diehl*, Karl (1908) "Die Entwicklung der Wert- und Preistheorie im 19. Jahrhundert." In S. P. Altmann et al., *Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre in neunzehnten Jahrhundert*. Gustav Schmoller zur siebenzigsten Wiederkehr seines Geburtstages, 24. Juni 1908. 2 vols. Leipzig: Verlag von Duncker & Humblot, 1908. Vol. 1, article II, 1–71.

- Dohm*, Christian Wilhelm von (1778, 1782) "Über das physiokratische System." Deutsches Museum (Leipzig: in der Weygandschen Buchhandlung), 10 St. (October), 289–324. Slightly revised edition published as Ueber das physiokratische System, with an Introduction by Josef von Sonnenfels. Wien: bey Joseph Edlen von Kurzbeck, pp. 9–76.
- Drais*, Carl Wilhelm Friedrich Ludwig, Freiherr von (1816, 1818) Geschichte der Regierung und Bildung von Baden unter Carl Friederich. 2 vols. Carlsruhe: im Verlag der C. F. Müllerschen Hofbuchhandlung. XXVI, 348, 72, [3]; 490, 112, [10] pp.
- Du Pont de Nemours*, [Pierre Samuel] (1768) De l'origine et des progrès d'une science nouvelle. A Londres, et se trouve à Paris: Chez Desaint, Libraire. 85 pp. (Reprinted, Paris: Librairie Paul Geuthner, 1910. X, 40 pp.) German translation by F. M. Vierordt at the behest of Carl Friedrich, Margrave of Baden-Durlach: Von dem Ursprung und Fortgang einer neuen Wissenschaft. Carlsruhe: Druck und Verlag von Michael Macklot, 1770.
- Edgeworth*, Francis Ysidro (1881) Mathematical Psychics. London: C. Kegan Paul & Co. viii, 150 pp. Facsimile reprint, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, 1994.
- Engels*, Friedrich (1844) "Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie." In Arnold Ruge and Karl Marx (eds.), Deutsch-Französische Jahrbücher (Paris: Im Bureau der Jahrbücher, Au Bureau des Annales), 1ste Lieferung, 86–114.
- Fabian-Sagal*, Eugénie (1909) Albert Schaeffle und seine theoretische-nationalökonomischen Lehren. Inaugural-Dissertation der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich zur Erlangung der Würde eines Doctor oeconomicæ publicæ. Zürich: 23. Juli. 175 pp.
- Fechner*, Gustav Theodor (1860) Elemente der Psychophysik. 2 vols. Leipzig: Breitkopf & Härtel. XIV, 336; XII, 571 pp. English translation of Vol. 1, Elements of Psychophysics, New York: Holt, Rinehart and Winston, Inc., 1966. xxxi, [3], 286 pp.
- [*Feder*, J. G. H.] (1778) Review of Ephemeriden der Menschheit. In Göttingische Anzeigen von gelehrten Sachen, 97. St. (2 July), 635–639.
- Friedländer*, Eberhard (1852) Die Theorie des Werths. Dorpat [Tartu, Estonia]: Druck von Heinrich Laakmann. Quarto, 70 pp.
- Fröbel*, Julius (1847) System der socialen Politik, 2nd edition of Neuen Politik. 2 vols. Mannheim: Verlag von J. P. Grohe. X, 3–559; X, 469 pp. Facsimile reprint, with an introduction by Rainer Koch, Darmstadt: Scientia Verlag Aalen, 1975.
- Fulda*, Friedrich Carl (1805) Ueber Nationaleinkommen. Ein Beytrag zu den neuesten Untersuchungen über die Staatswirtschaft. Stuttgart: Franz Christian Löflund. VII, [1], 64 pp.
- Georgescu-Roegen*, Nicholas (1983) "Hermann Heinrich Gossen: His Life and Work in Historical Perspective." In Gossen (1983), pp. xi–cxlv.
- Gioja*, Melchiorre (1815–1817) Nuovo prospetto delle scienze economiche, ossia somma totale delle idee teoriche e pratiche in ogni ramo d'amministrazione privata e pubblica, divise in altrettante classi, unite in sistema ragionato e generale. Folio, 6 vols. Milano: Presso Gio. Pirota. Vol. III (August 1815), [2], 266, LXXVIII pp. In Opere principali di Melchiorre Gioja, Vol. III. Lugano: Presso Gius. Ruggia e C., 1838. 422 pp.
- Goethe*, Johann Wolfgang von (1803) Des neuen Alcinous erster Theil. In Goethes Werke. Hrsg. im Auftrage der Großherzogin Sophie von Sachsen, 5. Band, 1. Abtheilung. Weimar: Hermann Böhlau, 1893. pp. 164–166.

- Gossen*, Hermann Heinrich (1854) *Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs*. Braunschweig: Druck und Verlag von Friedrich Vieweg & Sohn, 1854. VIII, 278 pp. 2nd edition (reissue of 1st edition), Berlin: Verlag von R. L. Prager, 1889. Facsimile reprints of 1854 edition: Amsterdam: LIBERAC N.V. publishers, 1967. Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, 1987.
- (1983) *The Laws of Human Relations and the Rules of Human Action Derived Therefrom*, translated by Rudolf C. Blitz, with an introductory essay by Nicholas Georgescu-Roegen. Cambridge, Mass.: The M.I.T. Press. cxlix, 315 pp.
- [*Graslin*, Jean-Joseph-Louis] (1767) *Essai analytique sur la richesse et sur l'impôt, ou l'on réfute la nouvelle doctrine économique, qui a fourni à la Société Royale d'Agriculture de Limoges les principes d'un Programme qu'elle a publié sur l'effet des Impôts indirects*. A Londres. [On trouvera des Exemplaires à Paris, chez Guillyn, Libraire, et à Nantes, chez la Veuve Vatar, & Fils, Libraires-Imprimeurs du Roi.] [12], xij, 408 pp. Italian translation of Part I, Ch. II (pp. 24–58) in Longhitano (1993), 105–123.
- Größ*, G. (1892) "Soden: Julius Graf v." In *Allgemeine Deutsche Biographie*, Vol. 34 (Leipzig: Verlag von Duncker & Humblot), 532–537.
- Guicciardini*, Francesco (c1526–1529) *Dialogo e discorsi del Reggimento di Firenze*. Reprinted, Bari: Gius. Laterza & Figli, 1932.
- Hennings*, K[laus] H[inrich] (1979) "Karl Heinrich Rau and the Graphic Representation of Supply and Demand." *Diskussionspapier, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Universität Hannover, Reihe C, Nr. 35*.
- Hentschel*, Volker (1994) "Michaelis, Otto." In *Neue Deutsche Biographie*, Vol. 17 (Berlin: Duncker & Humblot), 436–437.
- Hermann*, Friedrich Benedikt Wilhelm von (1832) *Staatwirthschaftliche Untersuchungen*. München: in der Anton Weber'schen Buchhandlung. XVI, 374 pp. Facsimile reprint, Frankfurt/Main-Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, 1987. 3rd (posthumous) edition, reprinted from the plates of the first edition, with an introduction by Karl Diehl. Leipzig: Alfred Lorenz, 1924. [IV], XVI, 374 pp.
- (1870) *Staatwirthschaftliche Untersuchungen*, 2nd edition. München: E. A. Fleischmann's Buchhandlung. XVIII, 637 pp. Reissued, München: Ackermann, 1874.
- Hicks*, J. R. (1940) "The Valuation of the Social Income." *Economica*, N.S., 7 (May), 105–124.
- Hildebrand*, Bruno (1848) *Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft*. Erster Band. Frankfurt am Main: Literarische Anstalt (J. Rütten). XII, 330 pp. Facsimile reprint, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, 1998. Russian translations: *Politicheskaya ekonomia nastoyashchevo i budishchevo* (Political Economy of the Present and Future), n.d., cited in Ziber (1871, p. 38n; 1885: 1959, p. 64n); *Istoricheskoe obozrenie politicheskaya ekonomicheskikh sistem* (Historical Review of Politico-Economic Systems), translated by Bezobrazov, n.d., cited in Antonovich (1877, p. 64n).
- Holtze*, Friedrich Wilhelm (1889) "Riedel: Adolf Friedrich Johann." In *Allgemeine Deutsche Biographie*, Vol. 28 (Berlin: Duncker & Humblot), 514–517.
- Houten*, S[amuel] van (1859) *Verhandeling over de waarde*. (Doctoral dissertation, University of Groningen.) Te Groningen: bij J. B. Wolters. XVI, 139, [4] pp.

Hufeland, Gottlieb (1803) *Institutionen des gesammten positiven Rechts, oder systematische Encyclopädie der sämmtlichen allgemeinen Begriffe und unstreitigen Grundsätze aller in Deutschland geltenden Rechte. Zweyte sehr umgearbeitete und verbesserte Auflage.* Jena: in der akademischen Buchhandlung. XLVI, 566 pp.

- (1807, 1813) *Neue Grundlegung der Staatswirthschaftskunst, durch Prüfung und Berichtigung ihrer Hauptbegriffe von Gut, Werth, Preis, Geld und Volksvermögen, mit ununterbrochener Rücksicht auf die bisherigen Systeme.* Vol. 1: Biesen und Wetzlar: Bei Tasche u. Müller, 1807. XXX, 391 pp. Vol. 2: Biesen: E. F. L. G. Müller, 1813. 466 pp.

Humphrey, Thomas M. (1992) "Marshallian Cross Diagrams and Their Uses before Alfred Marshall: The Origins of Supply and Demand Geometry." *Federal Reserve Bank of Richmond Economic Review*, 78/2 (March/April), 3–23.

Inama-Sternegg, Karl Theodor von (1878) "Werth und Preis in der ältesten Periode deutscher Volkswirtschaft." [Conrads] *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 30 (1878), 197–234.

Jahresverzeichnis der an den deutschen Universitäten und Hochschulen erschienenen Schriften, 50 (1934). Berlin und Leipzig: Walter de Gruyter & Co., 1935.

Jakob, Ludwig Heinrich, Staatsrath und Ritter von (1795a). *Philosophische Rechtslehre oder Naturrecht.* Halle: in der Rengerschen Buchhandlung. XXII, 524, [12] pp.

- ed. (1795b–1797) *Annalen der Philosophie und des philosophischen Geistes von einer Gesellschaft gelehrter Männer.* Halle: in Commission bey dem Königl. Postamte und bey Hemmerde und Schwetschke.

- (1805, 1809) *Grundsätze der National-Oeonomie oder National-Wirtschaftslehre.* Halle: bey dem Verfasser und in Commission der Ruffschen Verlagshandlung, 1805. XVI, 548, [1] pp. 2nd edition, Charkow: bey dem Verfasser, und Halle und Leipzig: in der Ruffschen Verlagshandlung, 1809. 12°, XVI, 534, [2] pp.

- (1819) *Einleitung in das Studium der Staatswissenschaften als Leitfaden für seine Vorlesungen.* Halle: bey Hemmerde und Schwetschke. XXVII, 363, [1] pp.

- (1821, 1824) *Die Staatsfinanzwissenschaft. Theoretisch und praktisch dargestellt und erläutert durch Beyspiele aus der neueren Finanzgeschichte europäischer Staaten.* 2 Bde. Halle: bey Hemmerde und Schwetschke, 1821. XXXIV, 702; 703–1262 pp. 2nd edition, 2 vols. Reutlingen: Druck und Verlag der J. J. Mäcken'schen Buchhandlung, 1824. Reprint of 2nd edition, edited by J. F. H. Eiselen. Halle: bei C. A. Schwetschke und Sohn, 1837. XVI, 912 pp.

- (1825) *Grundsätze der National-Oeonomie, oder Theorie des National-Reichtums.* 3rd edition, 2 vols. Halle: in Kommission bei Friedrich Ruff. 322; XIV, 337–632 pp.

Jenkin, Fleeming (1870) "The Graphic Representation of the Laws of Supply and Demand, and their Application to Labour." In Alexander Grant, ed., *Recess Studies.* Edinburgh: Edmonston and Douglas, pp. 151–185. Reprinted in Sidney Colvin and J. A. Ewing, eds., *Papers Literary, Scientific, &c. by the late Fleeming Jenkin, F.R.S., LL.D., Vol. II.* London: Longmans, Green, and Co., 1887, pp. 76–106. Facsimile of the latter volume reprinted as *Fleeming Jenkin, The Graphic Representation of the Laws of Supply and Demand, and other Essays on Political Economy.* London: London School of Economics and Political Science, 1931.

- Jevons*, W. S. (1871) *The Theory of Political Economy*. London and New York: Macmillan and Co. xi, 267 pp. 2nd edition, London: Macmillan and Co., 1897. Ivii, 315 pp.
- Jolink*, Albert / *van Daal*, Jan (1998) "Gossen's Laws." *History of Political Economy*, 30 (Spring), 43–50.
- Kaufmann*, P[eter] (1829–1830) *Untersuchungen im Gebiete der politischen Oekonomie, betreffend Adam Smith's und seiner Schule staatswirtschaftliche Grundlage*. Erste Abtheilung, Bonn: bei Adolph Marcus, 1829. XVI, 190 pp. Zweite Abtheilung erstes Heft, Bonn: bei Adolph Marcus, 1830. [IV], 48 pp. (No second Heft appeared.)
- Kaulla*, Rudolf (1906). *Die geschichtliche Entwicklung der modernen Werttheorien*. Tübingen: Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung. VI, 282 pp.
- Knies*, Karl (1855) "Die nationalökonomische Lehre vom Werth." *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 11, 421–475.
- (1873) *Das Geld*. Berlin: Weidmannsche Buchhandlung. XI, [I], 344 pp. Facsimile reprint, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 1996.
 - (1885) *Das Geld*. Zweite verbesserte und vermehrte Auflage. Berlin: Weidmannsche Buchhandlung. X, 450 pp. Facsimile reprint, Leipzig: Hans Buske, 1931.
 - ed. (1892) *Carl Friedrichs von Baden brieflicher Verkehr mit Mirabeau und Du Pont*. Heidelberg: Carl Winter's Universitätsbuchhandlung. 2 vols. CLXII, 284; XVI, 398, [2] pp.
- Kraus*, Christian Jakob (1808). "Staatswirtschaftliche Bemerkungen." In *Vermischte Schriften über staatswirtschaftliche, philosophische und andere wissenschaftliche Gegenstände*, Zweiter Theil. Nach dessen Tode herausgegeben von Hans von Auerswald. Königsberg: bei Friedrich Nicolovius. Pp. 85–138.
- Lambi*, Ivo Nikolai (1963) *Free Trade and Protection in Germany 1868–1879*. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag GmbH. XI, 267 pp. In *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Beihefte Nr. 44. [Ph. D. thesis, University of Minnesota, 1958.]
- Lancaster*, Kelvin (1971) *Consumer Demand: A New Approach*. New York and London: Columbia University Press. [10], 177 pp.
- Laplace*, Pierre Simon, Le Comte (1812) *Théorie analytique des probabilités*. Paris: M^{ME} V^E Courcier. [6], 464, [2] pp.
- (1814) *Essai philosophique sur les probabilités*. Paris: M^{ME} V^E Courcier, Imprimeur-Libraire pour les Mathématiques. Quarto, [2], 97 pp.
- Lauderdale*, James Maitland, Earl of (1804, 1819) *An Inquiry into the Nature and Origin of Public Wealth*. Edinburgh: Printed for Arch. Constable & Co., 1804. [viii], 482 pp. 2nd edition, Edinburgh: Printed for Archibald Constable & Co., 1819. x, 467 pp.
- Law*, John (1705) *Money and Trade Considered, with a Proposal for Supplying the Nation with Money*. Edinburgh: Printed by the Heirs and Successors of Andrew Anderson. 120 pp. Facsimile reprint, New York: Augustus M. Kelley, Publishers, 1966.
- [*Le Mercier de la Rivière de Saint-Médard*, Paul-Pierre] (1767) *L'ordre naturel et essentiel des sociétés politiques*. A Londres: Chez Jean Nourse, Libraire; et se trouve à Paris: Chez Desaint, Libraire. 4°, 1 vol., VIII, 512 pp. 12°, 2 vols., xvj, 353; 547 pp.

- Lenz*, Friedrich (1924) "Friedrich List und der Liberalismus." *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche*, 48, 1–33 ([405]-[437]).
- Liebel*, Helen P. (1965) "Enlightened Bureaucracy versus Enlightened Despotism in Baden, 1750–1792." *Transactions of the American Philosophical Society, N.S.*, 55, Part 5, 1–132.
- Lindwurm*, Arnold (1865) "Die Theorie des Werthes." *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 4, 165–218.
- List*, Friedrich (1827, 1931) *Outlines of American Political Economy, in a Series of Letters . . . to Charles J. Ingersoll, Esq.* Philadelphia: Printed by Samuel Parker. Reprinted in Friedrich List, *Schriften / Reden / Briefe*, Band II: *Grundlinien einer politischen Ökonomie und andere Beiträge der amerikanischen Zeit 1825–1832*, herausgegeben von William Notz (Berlin: Verlag von Reimar Hobbing, 1931), 95–156.
- (1841, 1930) *Das nationale System der politischen Oekonomie*. Stuttgart und Tübingen: J. C. Cotta'scher Verlag. LXVIII, 589 pp. Facsimile reprint, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, 1989. Annotated edition in Friedrich List, *Schriften / Reden / Briefe*, Band VI: *Das nationale System der politischen Ökonomie*, herausgegeben von Arthur Sommer. Berlin: Verlag von Reimar Hobbing, 1930, 3–487.
- Lloyd*, William Forster (1834) *A Lecture on the Notion of Value, as Distinguishable not only from Utility, but also from Value in Exchange*. London: Roake and Varty; Oxford: J. H. Parker; and Cambridge: J. J. Deighton, 1834. Reprinted in Lloyd, *Lectures on Population, Value, Poor-Laws, and Rent*, London: Roake and Varty, and Oxford: J. H. Parker, 1837. Facsimile reprint of the latter, New York: Augustus M. Kelley, Publishers, 1968. Lecture reprinted in R. F. Harrod, "An Early Exposition of 'Final Utility'," *Economic History (Supplement to Economic Journal)*, 1 (May 1927), 169–183.
- Locke*, John (1668) "Some of the Consequences that are likely to follow upon Lessening of Interest to 4 per Cent." In Patrick Hyde Kelly, ed., *Locke on Money* (Oxford: Clarendon Press, 1991, 2 vols.), Vol. I, pp. 167–192.
- (1692) *Some Considerations of the Consequences of the Lowering of Interest, and Raising the Value of Money*. London: Printed for Awynsham and John Churchill. 4, 192, [1] pp. Facsimile reprint, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, 1993. 2nd edition, 1695, in John Locke, *Several Papers Relating to Money, Interest and Trade, &c.* London: Printed for A. and J. Churchill, 1696. 4, 192 pp. Facsimile reprint, New York: Augustus M. Kelley Publishers, 1968. Annotated reprint of 2nd edition in Patrick Hyde Kelly, ed., *Locke on Money* (2 vols.), Oxford: Clarendon Press, 1991, Vol. I, pp. 203–342.
 - (1698) *Two Treatises of Government: In the Former. The False Principles and Foundation of Sir Robert Filmer, And His Followers, are Detected and Overthrown. The Latter is an Essay concerning The True Original, Extent, and End of Civil-Government*. London: Printed for Awynsham and John Churchill. In John Locke, *Two Treatises of Government*, edited with an Introduction and Notes by Peter Laslett. Cambridge: University Press, 1988. [viii], 464 pp.
- Longhitano*, Gino (1993) *Ricchezza, valori, società. La "nuova scienza" e i modelli sociali nella Francia del secondo Settecento*. Vicenza: Nera Pozza Editore. [IV], 205 pp.

- Loria*, Achille (1882) "La teoria del valore negli economisti italiani." *Archivio Giuridico* (Pisa), 28, 3–66.
- Lotz*, Johann Friedrich Eusebius (1811–1814) *Revision der Grundbegriffe der Nationalwirthschaftslehre, in Beziehung auf Theuerung und Wohlfeilheit, und angemessene Preise und ihre Bedingungen*, 4 vols. Koburg und Leipzig: In der Sinner'schen Buchhandlung, 1811, 1811, 1813, 1814. XXVI, 532; XII, 331; VIII, 444; XVI, 256 pp.
- (1821–1822) *Handbuch der Staatswirthschaftslehre*, 3 vols. Erlangen: bei Joh. Jak. Palm und Ernst Enke, 1821, 1822, 1822. XXIV, 560, [2]; XIV, 390, [4]; XVI, 460, [2] pp.
 - (1837–1838) *Handbuch der Staatswirthschaftslehre*, 3 vols. 2nd edition. Erlangen: bei Joh. Jak. Palm und Ernst Enke, 1837, 1838, 1838. XVIII, 546; XVI, 432; XII, 508 pp.
- Lueder*, August Ferdinand (1800–1804) *Ueber Nationalindustrie und Staatswirthschaft*. Nach Adam Smith bearbeitet. 3 vols. Berlin: bei Heinrich Frölich, 1800: XXXII, 463 pp.; 1802: VIII, 624 pp.; 1804: VIII, 784 pp. Facsimile reprint, with an Introduction by Hiroshi Mizuta. Bristol: Thoemmes Press, and Tokyo: Kyokuto Shoten Ltd, 1998.
- Lutfalla*, Michel (1979) "Jean-Baptiste Say et les siens: une famille d'économistes." *Revue d'économie politique*, 89 (N° 3), 389–407.
- Luxemburg*, Rosa (1909–1910; 1925, 1975) *Einführung in die Nationalökonomie*, manuscript. Posthumous edition, edited by Paul Levi, Berlin: E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung G.m.b.H., 1925. XII, [4], 293, [3] pp. Reprinted in Vol. 5, *Ökonomische Schriften*, of Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke* (Berlin: Dietz Verlag, 1975), 524–778.
- Lyon*, Bryce [D.] (1960, 1980) *A Constitutional and Legal History of Medieval England*. New York: Harper & Brothers, 1960. xix, 671 pp. 2nd edition, New York: W. W. Norton & Company, 1980. xviii, 669 pp.
- Malthus*, T. R. (1820) *Principles of Political Economy, considered with a view to their Practical Application*. London: John Murray. vi, 601 pp. Facsimile reprint, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, 1989.
- (1823) *The Measure of Value Stated and Illustrated*. London: John Murray. v, 81 pp. Facsimile reprint: New York: Kelley & Millman, Inc., 1957.
- Mangoldt*, Hans von (1863) *Grundriß der Volkswirthschaftslehre*. Stuttgart: Verlag von J. Engelhorn, 1863. XVI, 224 pp. Facsimile reprint, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, 1995. English translation of Book III, Ch. 3, Part 1, §§ 62–74 (pp. 46–73), "Das Tauschverhältnis der Güter im Allgemeinen": "The Exchange Ratio of Goods," *International Economic Papers*, No. 11 (1962), pp. 32–59. English translation of Appendix II, "Von der Gleichung der internationalen Nachfrage" (pp. 185–224): "On the Equation of International Demand," *Journal of International Economics*, 5 (February 1975), 55–97.
- Mannequin*, Th. (1863) *Travail et liberté. Études critiques d'économie sociale*, 2 vols. Paris: Guillaumin et C^{ie}, Libraires. Vol. 1: Valeur et distribution de la richesse, XL, 468, [4] pp. Vol. 2: Problèmes sociaux, [2], 560, [4] pp.
- Marshall*, Alfred (1890) *Principles of Economics*, Vol. I. London: Macmillan and Co. xxviii, 754 pp.
- Marx*, Karl (1873) *Das Kapital*, Vol. I, 2nd edition. English translation from the 4th German edition, *Capital*. Chicago: Charles H. Kerr & Company, 1906. 869 pp.
- McCulloch*, J. R. (1845) *The Literature of Political Economy*. London: Longman, Brown, Green and Longmans. xiii, [3], 407 pp. Reprinted, Fairfield, N.J.: Augustus M. Kelley, Publishers, 1991.

- Meek*, Ronald L. (1962) *The Economics of Physiocracy*. London: George Allen & Unwin Ltd. 432 pp. Reprinted, Fairfield, N.J.: Augustus M. Kelley, Publishers, 1993.
- Menger*, Carl (1871) *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, 1st edition. Wien: Wilhelm Braumüller. XII, 286 pp. Facsimile reprint, with an Introduction by F. A. v. Hayek, in Vol. I of *The Collected Works of Carl Menger* (4 vols.), London: London School of Economics and Political Science, 1934; reprinted, Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1968. Facsimile reprint, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, 1990.
- (1950) *Principles of Economics*. English translation by James Dingwall and Bert F. Hoselitz (with historical footnotes transferred to appendices), with an Introduction by Frank H. Knight. Glencoe, Illinois: The Free Press. 328 pp. Reprinted, Grove City, Pennsylvania: The Libertarian Press, 1994.
- Michaelis*, Otto (1863, 1873) “Das Kapitel vom Werthe.” *Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft und Culturgeschichte*, I (1863), 1–28. Revised version in *Otto Michaelis, Volkswirtschaftliche Schriften* (Berlin: Verlag von F. A. Herbig, 1873, 2 vols.), Vol. II, pp. 239–270.
- Mikhailov* (1916) “Ziber, Nikolai Ivanovich.” *Russkii biograficheskii slovar* (Petrograd: Tipografia Glavnavo Upravleniya Udlov), Vol. 7, 369–371. Reprinted, New York: Kraus Reprint Corporation, 1962.
- Mill*, John Stuart (1852) *Principles of Political Economy with some of their Applications to Social Philosophy*, 2 vols. 3rd edition. London: John W. Parker. xx, 604; xv, 571 pp.
- [*Mirabeau*, Victor de Riqueti, Marquis de] (1760) *Théorie de l’Impôt*. N.p. 12°, viij, 520 pp. Small 8° edition, vj, 426, [2] pp. 4° edition, xii, 336 pp.
- Montanari*, Geminiano (1683) *La zecca in consulta di stato, Trattato mercantile, ove si mostrano con ragioni ed esempj antichi e moderni, e si spiegano le vere cagioni dell’aumentarsi giornalmente di valuta le monete; e i danni sì del principe, come de’ sudditi, che ne succedono, co’ modi di preservarne gli stati*. Reprinted under the title *Della moneta: trattato mercantile*, in *Pietro Custodi, Scrittori classici italiani di economia politica* (50 vols.), Milan: Nella Stamperia e Fonderia di G. G. Destefanis, 1803–16, Parte antica, Vol. III, 1804, pp. 9–285. Original text reprinted in *Augusto Graziani, Economisti del Cinque e Seicento* (Bari: Gius. Laterza & Figli, 1913), pp. 237–379.
- Neumann*, Friedrich Julius (1872) “Beiträge zur Revision der Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre. Preis und Werth und die Frage der Preis- und Werthmessung.” *Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft*, 28, 257–346.
- (1885, 1890, 1896) “Die Begriffe Gut, Werth, Preis, Vermögen, Wirtschaft, Ertrag, Einnahme und Einkommen.” In *Gustav Schönberg*, ed., *Handbuch der Politischen Oekonomie*, 2nd edition, Vol. I (Verlag der Laupp’schen Buchhandlung, 1885), Parts I–V, pp. 156–173. Revised version, “Wirtschaftliche Grundbegriffe. Gut, Wert, Preis, Vermögen, Wirtschaft, Ertrag, Einnahme und Einkommen.” In *Gustav von Schönberg*, ed., *Handbuch der Politischen Oekonomie*, 3rd edition, Vol. I (*Ibid.*, 1890), pp. 133–174. Further revised in *Ibid.*, 4th edition, Vol. I (*Ibid.*, 1896), pp. 145–186.
- Neumann*, Karl (1927) *Die Lehren K. H. Rau’s. Ein Beitrag zur Geschichte der Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert. Dissertation zur Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde bei der Philosophischen Fakultät der Hessischen Ludwigsuniversität zu Gießen*. Gießen. 110, [2] pp.

- Poisson*, S[iméon]-D[enis] (1837). *Recherches sur la probabilité des jugements en matière criminelle et en matière civile, précédées des règles générales du calcul des probabilités*. Paris: Bachelier, Imprimeur-Libraire pour les mathématiques, la physique, etc. Quarto, ix, [3], 415 pp.
- Pototzky*, Hans (1905) Ludwig Heinrich von Jakob als Nationalökonom. Ein Beitrag zur Geschichte der Nationalökonomie Deutschlands im XIX. Jahrhundert. Inaugural-Dissertation, Universität Bern. Strassburg i. E.: Josef Singer, Hofbuchhandlung. 101 pp.
- Prantl* (1881) "Jakob: Ludwig Heinrich von J." In *Allgemeine Deutsche Biographie*, Vol. 13 (Leipzig: Verlag von Duncker & Humblot), 689–690.
- Priddat*, Birger P., ed. (1997) *Wert, Meinung, Bedeutung. Die Tradition der subjektiven Wertlehre in der deutschen Nationalökonomie vor Menger*. Marburg: Metropolis-Verlag. 324 pp.
- Proudhon*, Pierre-Joseph (1846) *Système des contradictions économiques, ou philosophie de la misère*, 2 vols. Paris: Chez Guillaumin et C^{ie}, Libraires. XLIII, 436; 532 pp. Nouvelle édition, 2 vols. Paris: Ernest Flammarion, Éditeur, n.d. (c. 1867). 378, 418 pp. English translation of Vol. I by Benj. R. Tucker, *System of Economical Contradictions: Or, The Philosophy of Misery*. Boston: Benj. R. Tucker, 1888. vii, 469 pp.
- [*Quesnay*, François] (1767) *Physiocratie, ou constitution naturelle du gouvernement le plus avantageux au genre humain*, edited with an introduction by Pierre Samuel Du Pont de Nemours. A Leyde, et se trouve à Paris: Chez Merlin, Libraire. Part I (erroneously dated 1768), cxx, 172 pp. Part 2, *Discussions et développements sur quelques-unes des notions de l'économie politique*. Pour servir de seconde Partie au Recueil intitulé: PHYSIOCRATIE, 173–520 pp. Facsimile reprint, Frankfurt/Main-Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, 1987.
- Rau*, Karl Heinrich (1826–1837, 1997) *Lehrbuch der politischen Oekonomie*. Band I: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Heidelberg: Universitätsbuchhandlung von C. F. Winter, 1826. XIV, 469 pp. Band II: Grundsätze der Volkswirtschaftspflege. Heidelberg: Universitätsbuchhandlung von C. F. Winter, 1828. XIV, 436 pp. Band III.1: Grundsätze der Finanzwissenschaft, Erste Abtheilung. Heidelberg: Universitätsbuchhandlung von C. F. Winter, 1832. VI, 269 pp. Band III.2: Grundsätze der Finanzwissenschaft, Zweite Abtheilung. Heidelberg: Universitätsbuchhandlung von C. F. Winter, 1837. IV, 469, [3] pp. Facsimile reprint, with an Introduction and Appendices, edited by Bertram Schefold. Hildesheim-Zürich-New York: Olms-Weidman, 1997. 4 vols.
- (1833–1851) *Lehrbuch der politischen Oekonomie*. 2nd edition. Band I: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Heidelberg: Universitätsbuchhandlung von C. F. Winter, 1833. XVI, 456 pp. 3rd edition, Band I: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Heidelberg: Universitätsbuchhandlung von C. F. Winter, 1837. XVI, 500 pp. Band II: Grundsätze der Volkswirtschaftspolitik. Heidelberg: Akad. Verlagsbuchhandlung von C. F. Winter, 1844. XVI, 683 pp. Band III.1: Grundsätze der Finanzwissenschaft, Erste Abtheilung. Heidelberg: Akadem. Verlagshandlung von C. F. Winter, 1850. XII, 394 pp. Band III.2: Grundsätze der Finanzwissenschaft, Zweite Abtheilung. Heidelberg: Akadem. Verlagshandlung von C. F. Winter, 1851. VIII, 413 pp. French translation of Vol. I by Frédéric L. E. De Kemmeter, *Traité d'économie nationale de Ch.-H. Rau*, traduit de l'allemand sur la 3^e édition, 1^{re} partie: *Théorie de l'économie politique*, Bruxelles 1839 (as cited by Schefold 1997, I, p. I, n. 2), and Brussels 1840 (as cited by McCulloch 1845, p. 26); also (without place or date) cited by Ziber (1871, p. 28n; 1885: 1959, p. 57n).

- (1841a) *Lehrbuch der politischen Oekonomie*, 4th edition, Band I: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Heidelberg: Akadem. Verlagshandlung von C. F. Winter. XVIII, 528 pp. Facsimile reprint of the Appendix to § 154 in Rau (1997, III.2, 475–477).
 - (1841b) “Applications des théories mathématiques à la solution de quelques problèmes d’économie politique, 2^{me} Extrait” (extract from second letter communicated to Lambert-Adolphe Quételet). *Bulletins de l’Académie Royale des Sciences et Belles-Lettres de Bruxelles*, Tome VIII, 1^{ère} Serie, 2^{ème} Partie, N^o 9, Séance du 9 octobre, 149–152. English translation of the first letter (pp. 148–149) in Baumol & Goldfeld (1968), 182–183. Facsimile of Rau’s handwritten second letter to Quételet in Rau (1997, III.2, 480–483), with German translation (484–486).
 - (1847–1869) *Lehrbuch der politischen Oekonomie*. Erster Band: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. 5th edition, Heidelberg: Akadem. Verlagshandlung von C. F. Winter, 1847. XVI, 581 pp. 6th edition, Leipzig und Heidelberg: C. F. Winter’sche Verlagshandlung, 1855. XVI, 583 pp. 7th edition, Leipzig und Heidelberg: C. F. Winter’sche Verlagshandlung, 1863. XVII, 588 pp. 8th edition, Leipzig und Heidelberg: C. F. Winter’sche Verlagshandlung, 2 vols., 1868–1869. XII, 372; VIII, 345, [1] pp.
- Reinhard*, Johan Jakob (1772) “Landesregierungs Sache in neue Landbau. Die Vorgewesene Einführung des Mirabeau’sche Regierungs System in denen Badischen Landen.” Unpublished posthumous document, Baden Generalia (BG) 74/4853, Badisches Generallandesarchiv, Karlsruhe. Cited by Liebel (1965, p. 51, note 80, and p. 115). Excerpt published in Drais (1816, I, pp. 325n-327n).
- Ricardo*, David (1823) *Absolute Value and Exchangeable Value*. In *The Works and Correspondence of David Ricardo* (edited by Piero Sraffa), Vol. IV, Pamphlets and Papers, 1815–1823 (Cambridge: at the University Press, 1951), pp. 357–412.
- Riedel*, A[dolph] F[riedrich] (1838–1842) *Nationalökonomie oder Volkswirtschaft*, 3 vols. Berlin: F. H. Morin. Vol. I, 1838; XVI, 410 pp. Vol. II, 1839; 422 pp. Vol. III, 1842; 290 pp.
- Roesler*, Carl Friedrich Hermann (1861) *Zur Kritik der Lehre von Arbeitslohn*. Erlangen: Verlag von Ferdinand Enke. IV, 247 pp.
- (1864) *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*. Rostock: Stiller’sche Hofbuchhandlung. XIV, 609 pp.
 - (1868a) *Ueber die Grundlehren der von Adam Smith begründeten Volkswirtschaftstheorie*. Erlangen: Verlag von Andreas Deichert. VIII, 176 pp.
 - (1868b) “Zur Theorie des Werthes.” *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 11 (1868), 279–313, 406–419. Substantially revised version reproduced as Ch. 6 of Roesler (1871), pp. 144–188.
 - (1871) *Ueber die Grundlehren der von Adam Smith begründeten Volkswirtschaftstheorie*. Zweite, neu bearbeitete und sehr vermehrte Auflage. Erlangen: Verlag von Andreas Deichert. VIII, 280 pp.
 - (1872) “Über die Beziehungen zwischen Volkswirtschaftslehre und Rechtswissenschaft in Deutschland.” *Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik*, columns 509–552.

- (1878) *Vorlesungen über Volkswirtschaft*. Erlangen. Facsimile reprint, Frankfurt am Main: Verlag Keip, 1977. XXIV, 469 pp.
- Roscher, Wilhelm* (1854 – 1918) *System der Volkswirtschaft*. Erster Band. Die Grundlagen der Nationalökonomie. Ein Hand- und Lesebuch für Geschäftsmänner und Studierende. Stuttgart und Tübingen: J. G. Cotta'scher Verlag, 1854; X, 512 pp. 2nd edition, Stuttgart und Augsburg: J. G. Cotta'scher Verlag, 1857; X, 565 pp. 3rd edition, Stuttgart und Augsburg: J. G. Cotta'scher Verlag, 1858; X, [2], 570 pp. 4th edition, Stuttgart: J. G. Cotta'scher Verlag, 1861; X, [2], 580 pp. 5th edition, Stuttgart: Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung, 1864; XII, [2], 596 pp. 6th edition, Stuttgart: Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung, 1866; XII, [2], 596 pp. 7th edition, Stuttgart: Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung, 1868; XII, [2], 624 pp. 8th edition, Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung, 1869, XII, 633 pp. 9th edition, Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung, 1871; XII, 641 pp. 10th edition, 1873. 11th edition, 1874; 667 pp. 13th edition, 1877. 25th edition, 1918; 942 pp. French translation, *Principes . . .* (2 vols., Paris, 1866, 1867), cited by Ziber (1871, p. 30n; 1885: 1959, p. 58n). English translation, *Principles of Political Economy*, from the 13th edition, 2 vols., Chicago: Callaghan and Company, 1878; 464, 465 pp.
- (1870) “Die Deutsch-russische Schule der Nationalökonomik.” *Berichte über die Verhandlungen der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaft zu Leipzig, Philologisch-Historische Classe*, 22, 139 – 180.
- (1874) *Geschichte der National-Oekonomik in Deutschland*. München: R. Oldenbourg. VIII, 1085 pp. Facsimile reprint, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, 1992. 2nd edition (from the plates of the 1st edition), München und Berlin: Verlag R. Oldenbourg, 1924.
- Rothkirch, Malve, Gräfin* (1999) *Julius Soden*. Neustädtes: privately printed. [2], 17 pp.
- Samuelson, Paul A.* (1950) “Evaluation of Real National Income.” *Oxford Economic Papers*, N.S., 1 (January), 1 – 29.
- Sartorius, Georg* (1796) *Handbuch der Staatswirtschaft, zum Gebrauche bey akademischen Vorlesungen, nach Adam Smith's Grundsätzen ausgearbeitet*. Berlin: Bey Johann Friedrich Unger, 1796. XXXXIX, 234 pp. Facsimile reprint, Bristol: Thoemmes Press, and Tokyo: Kyokuto Shoten Ltd, 1998.
- (1806) *Abhandlungen, die Elemente des National-Reichtums und die Staatswirtschaft betreffend*. Göttingen: bey Johann Friedrich Röwer. VIII, 519, [1] pp.
- Say, Jean-Baptiste* (1803 – 1826) *Traité d'économie politique*, 2 vols. Paris: Chez Déterville, Libraire, 1803. xlvj, 527; 572 pp. 2nd edition, 2 vols. Paris: Chez Antoine-Augustin Renouard, 1814. lxxvii, 438; 483 pp. 3rd edition, 2 vols. Paris: Chez Déterville, Libraire, 1817. lxxix, 452; 486 pp. 4th edition, 2 vols., Paris: Chez Déterville, Libraire, 1819. lxxxvj, 477; 509 pp. 5th edition, 3 vols., Paris: Chez Rapilly, Libraire, 1826. cvii, 385; 408; iij, 435 pp. English translation from the 4th edition, *A Treatise on Political Economy*, Philadelphia: Claxton, Remsen & Haffelfinger, 1880. lx, 488 pp. Facsimile reprint, New York: Augustus M. Kelley, Bookseller, 1964.
- (1807, 1814) *Abhandlung über die National-Oekonomie, oder einfache Darstellung der Art und Weise, wie die Reichthümer entstehen, vertheilt und verzehrt werden*. Aus dem Französischen übersetzt, mit Anmerkungen und Zusätzen versehen von Ludwig Heinrich Jakob. 2 vols. Halle und Leipzig: Ruff, 1807. XXXII, 486, [2]; VI, 544 pp. 2nd edition, Wien: Bauer, 1814. XXXII, 375; VI, [1], 416 pp.

Say, [Jean-Baptiste] Léon / *Chailley*, Joseph, eds. (1893–1892, 1900) *Nouveau Dictionnaire d'économie politique*, 2 vols., quarto. Paris: Guillaumin et C^{IE}, Éditeurs. Vol. 1 (1893): XX, 1148 pp; Vol. 2 (1892): 1345 pp. 2nd edition, 3 vols. *Ibid.*, 1148, 1195, 271 pp.

Say, Louis (1818) *Principales causes de la richesse ou de la misère des peuples et des particuliers*. Paris: Chez Déterville, Libraire. xxij, 157 pp.

- (1822) *Considérations sur l'industrie et sur la législation, sous le rapport de leur influence sur la richesse des États, et Examen critique des principaux ouvrages qui ont paru sur l'économie politique*. Paris: J.-P. Aillaud, Libraire – Editeur. [iii], 414 pp.
- (1827) *Traité élémentaire de la richesse individuelle et de la richesse publique, et Éclaircissemens sur les principales questions d'économie politique*. Paris: Librairie universelle de P. Mongie aîné. iv, 327 pp.
- (1836) *Études sur la richesse des nations, et Réfutation des principales erreurs en économie politique*. Paris: Chez Renard. III, VI, 173 pp.
- (1837) *Pourquoi l'économie politique est-elle une science si peu généralement étudiée, et quels sont les moyens de répandre les connaissances dont elle s'occupe?* Paris: Typographie de Firmin Didot Frères. 36 pp.

Schäffle, Albert Eberhard Friedrich (1861a) *Die Nationalökonomie oder Allgemeine Wirtschaftslehre*. Leipzig: Verlag von Otto Spamer. XVI, 306 pp.

- (1861b) “Mensch und Gut in der Volkswirtschaft oder der ethisch-anthropologische und der chrematistische Standpunkt in der Nationalökonomie, mit besonderer Rücksicht auf die Grundprincipien der Steuerlehre.” *Deutsche Vierteljahrsschrift*, 4. Heft (October), 232–307.
- (1862) *Die ethische Seite der nationalökonomischen Lehre vom Werthe. Einladung zur akademischen Feier des Geburtsfestes seiner Majestät Königs Wilhelm von Württemberg den 27. September 1862, in Namen des Rectors und akademischen Senats der Königlichen Eberhard-Karls-Universität Tübingen*. Tübingen: Gedruckt bei Ludwig Friedrich Fues. Quarto, 37 pp. Contained in Vol. 1 of *Tübinger Universitätsschriften*, 13 vols., Tübingen: gedruckt bei Heinrich Laupp, 1862–1874.
- (1864) *Review of Mannequin, Travail et liberté*. In *Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft*, 20 (1. Heft), 559–571.
- (1867) *Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft, ein Lehr- und Handbuch der Nationalökonomie*. Zweite, durchaus neu bearbeitete und bedeutend vermehrte Auflage. Tübingen: Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung. XXXII, 584 pp.
- (1870a) *Kapitalismus und Socialismus*. Tübingen: Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung. XVI, 732 pp.
- (1870b) “Ueber den Gebrauchswerth und die Wirtschaft nach den Begriffsbestimmungen Hermann's.” *Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft*, 26, 122–179.
- (1873) *Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft, ein Lehr- und Handbuch der Nationalökonomie*. Dritte, durchaus neu bearbeitete Auflage in zwei Bänden. Tübingen: Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung. XXXIV, 296; 604 pp.

- Schanz*, Georg von (1911) Die Staatswirtschaftliche Fakultät der Universität Würzburg. Festrede zur Feier des dreihundertneunundzwanzigsten Bestehens der Königl. Julius-Maximilians-Universität zu Würzburg, gehalten am 11. Mai 1911. Würzburg: Druck der Königl. Universitätsdruckerei H. Stürtz A.G. Quarto, 74 pp.
- Schefold*, Bertram, with the collaboration of Christos *Baloglou* and Thomas *Gabelmann* (1997) "Einleitung." In Rau (1997, Vol. I, pp. I-LIII).
- (1998) "Bruno Hildebrand: Die historische Perspektive eines liberalen Ökonomen." In *Vademecum zu einem Klassiker der Stufenlehren (Companion volume to the facsimile reprint of Hildebrand (1848))*, 5–55. Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen.
- Schelle*, Gustave (1888) *Du Pont de Nemours et l'Ecole Physiocratique*. Paris: Guillaumin. [6], 456 pp.
- ed. (1913–1923) *Œuvres de Turgot et documents le concernant*. 5 vols. Paris: Librairie Félix Alcan, Maison Félix Alcan et Guillaumin réunies. Vol. I, 1913: 682 pp.; Vol. II, 1914: 719 pp.; Vol. III, 1919: 700 pp.; Vol. IV, 1922: 723 pp.; Vol. V, 1923: 794 pp. Facsimile reprint, Glashütten im Taunus: Verlag Detlev Auvermann KG, 1972.
- Schelling*, Friedrich Wilhelm Joseph von (1795) *Ueber die Möglichkeit einer Form der Philosophie überhaupt*. Tübingen: bei Jakob Friedrich Heerbrant. 12°, 62 pp.
- (1799) *Erster Entwurf eines Systems der Naturphilosophie and Einleitung zu dem Entwurf eines Systems der Naturphilosophie*. In *Sämmtliche Werke*, Vol. 3 (Stuttgart und Augsburg: J. C. Cotta'sche Verlag, 1857), 1–268, 269–326.
 - (1803) *Ideen zu einer Philosophie der Natur*, 2nd edition (1st edition 1797). In *Sämmtliche Werke*, Vol. 2 (Stuttgart und Augsburg: J. C. Cotta'sche Verlag, 1857), 1–343. English translation, *Ideas for a Philosophy of Nature*, Cambridge: Cambridge University Press, 1988. xxvi, 294 pp.
- Schlettwein*, [Johann August] (1772) *Les moyens d'arrêter la misère publique et d'acquitter les dettes des Etats*. A Carolsrouhe: Chez Michel Macklot, Libraire & Imprimeur de la Cour [Fait à Paris le 2° Aout 1771]. 96 pp. Facsimile reprint in Johann August Schlettwein, *Erläuterung und Verteidigung der natürlichen Ordnung in der Politik*. Anhang: *Les Moyens d'arrêter la misère publique*. Vaduz/Liechtenstein: Topos Verlag AG, 1978.
- Schlözer*, Christian von (1805–1807) *Anfangsgründe der Staatswirthschaft, oder die Lehre von dem Nationalreichtume*. 2 vols. Riga: bey C. J. G. Hartmann. 142; 254 pp. + charts.
- Schmidt* (1893, 1901) "von Soden, Reichsgraf, (Friedrich) Julius (Heinrich)." In *Handwörterbuch der Staatswissenschaft* (Jena: Verlag von Gustav Fischer), 1st edition, Vol. 5, 687–691; 2nd edition, Vol. 6, 757–761.
- Schön*, Johann (1835) *Neue Untersuchung der Nationalökonomie und der natürlichen Volkswirtschaftsordnung*. Stuttgart und Tübingen: in der J. C. Cotta'schen Buchhandlung. X, 356, [4] pp.
- Senior*, Nassau William (1836, 1850) *An Outline of the Science of Political Economy*, reprinted from the article "Political Economy" in the *Encyclopædia Metropolitana*. London: Printed by W. Clowes and Sons, 1836. Quarto, [4], 129–224, [1] pp. Facsimile reprint, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 2000. 2nd edition, London: John Joseph Griffin & Co., and Glasgow: Richard Griffin & Co., 1850. viii, 231 pp.

Seraphim, Hans-Jürgen (1924) "Die Deutsch-russische Schule. Ein kritische Studie." *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 122 (III. Folge, 67. Band), 319–336.

Simes, Johannes (1968) *Hermann Roesler and the Making of the Meiji State*. Tokyo: Sophia University, in cooperation with Charles E. Tuttle Company, Tokyo, Japan & Rutland, Vermont. xiv, 252 pp.

[*Sismondî*], J.-C.-L. Simonde [de] (1803). *De la richesse commerciale, ou principes d'économie politique appliqués à la législation du commerce*. Genève: Chez J. J. Paschoud, Libraire, 2 vols. [4], LXXXV, 548; [4], 448 pp.

Smith, Adam (1776) *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. 2 vols. London: W. Strahan and T. Cadell. Quarto, [xi], 510; 587 pp. Facsimile reprints: New York: Augustus M. Kelley, Publishers, 1966; Düsseldorf/Darmstadt: Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, 1986. German translation by Christian Garve, *Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Nationalreichtums*, 3 vols. Breslau und Leipzig: Wilhelm Gottlieb Korn, 1794–1796. 2nd edition, 1799. 3rd edition, 1810.

Soden, [Friedrich] Julius [Heinrich], Reichsgraf von (1782–1783, 1792) *Geist der teutschen Criminal-Gesetze*, 3 vols. Dessau, 1782, 1783, 1783; IV, 132, 144; 259, [9]; 243, [3] pp. 2nd edition, *Geist der peinlichen Gesetzgebung Teutschlands*, 4 vols. (in two). Frankfurt: bei Friedrich Etzlinger, 1792. 400, XV; 334, VI pp.

– (1805–1824). *Die Nazional-Oekonomie*. Ein philosophischer Versuch, über die Quellen des National-Reichthums, und über die Mittel zu dessen Beförderung. 1st edition, 9 vols. Vols. 1–3, Leipzig: bey Johann Ambrosius Barth, 1805, 1806, 1808. XV, 328, [2]; 472, [1]; VII, 250 pp. Vol. 4, *Lehrbuch der Nazional-Oekonomie*. Zum Gebrauch öffentlicher Vorlesungen nach dessen System bearbeitet. Leipzig: bey Johann Ambrosius Barth, 1810. VI, 478, [1] pp. Vol. 5, *Die Staats-Finanz-Wirtschaft nach den Grundsätzen der Nazional-Oekonomie*. Ein Versuch. Leipzig: bey Johann Ambrosius Barth, 1811. VI, 424 pp. Vol. 6, *Die Staats-National-Wirtschaft*. Versuch über Gesetze zu Leitung und Beförderung der National-Produktion, der Landwirthschaft, der Gewerbe und des Handels. Aarau: Heinrich Remigius Sauerländer, 1816. V, 376 pp. Vol. 7, *Die Staats-Polizei nach den Grundsätzen der National-Oekonomie*. Ein Versuch. Aarau: Heinrich Remigius Sauerländer, 1817. XX, 216 pp. Vol. 8, *Die Staats-National-Bildung*. Versuch über die Gesetze zur sittlichen und geistigen Vervollkommnung des Volks. Aarau: Heinrich Remigius Sauerländer, 1821. XII, 244 pp. Vol. 9, *Die Staats-Administration im engeren Sinne*. Nürnberg: bei Riegel und Wießner, 1824. VI, 234 pp. Vols. 1–4 reprinted, Wien: Bey B. Ph. Bauer, 1815.

– (1812) *Die Staats-Haushaltung*. Eine Skizze zum Behuf öffentlicher Vorlesungen; als Vorbereitung und Einleitung zu der Kunde sämtlicher Zweige der Staats-Haushaltung, oder der sogenannten Kameral-Wissenschaften. Erlangen: bey J. J. Palm und Ernste Enke, 1812. VI, 7–94, [1] pp.

– (1825) *Ideen über die Mittel, das Sinken des Preißes der landwirthschaftlichen Erzeugniße, also auch des Grundeigenthums zu hemmen, und jenem und diesem Stätigkeit zu sichern*. Entworfen von dem Verfasser der *National-Ökonomie* Julius Grafen v. Soden. Nürnberg: bei Riegel und Wießner. [2], 78 pp.

Spiegel, Henry W. (1968) "Gossen, Hermann Heinrich." In *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Vol. 6, 209–210.

- Stein*, [Lorenz von] (1858) *Lehrbuch der Volkswirtschaft*. Wien: Wilhelm Braumüller. XVI, 358 pp.
- (1878) *Die Volkswirtschaftslehre*. Zweite, vollständig neue Auflage. Wien: Wilhelm Braumüller. XV, 578 pp.
- Stigler*, George J. (1945) “The Cost of Subsistence.” *Journal of Farm Economics*, 27 (May), 303–314.
- (1950) “The Development of Utility Theory, I, II.” *Journal of Political Economy*, 58 (August, October), 307–327, 373–396. Reprinted in George J. Stigler. *Essays in the History of Economics* (Chicago: The University of Chicago Press, 1965), 66–155.
- Storch*, Henri [Heinrich Friedrich von] (1815) *Cours d'économie politique, ou Exposition des principes qui déterminent la prospérité des nations*, 6 vols. St.-Petersbourg: Imprimé chez A. Pluchart et Comp. XX, 372; XXX, 370; III, 365; III, 358; II, 371; IV, 456 pp.
- Streissler*, Erich W. (1990) “The Influence of German Economics on Menger and Marshall.” In Bruce J. Caldwell (ed.), *Carl Menger and His Legacy in Economics* (Durham, N.C.: Duke University Press), 31–68.
- (1999) “Friedrich von Wiesers wissenschaftliche Grundperspektive.” In *Vademecum zu einem Klassiker der Österreichischen Schule* (companion volume to the facsimile reprint of Wieser (1884)). Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 25–31.
- Thomas*, Karl (1841) *Die Theorie des Verkehres, I. Abtheilung: Die Grundbegriffe der Güterlehre*. Berlin: Verlag von George Gropius. 121 pp.
- Thünen*, Johann Heinrich von (1826–1842) *Der isolirte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie*, Part I. Hamburg: bei Friedrich Perthes, 1826. VIII, [4], 290 pp. Facsimile reprint, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 1986. 2nd edition, Rostock: G. B. Leopold's Universitäts-Buchhandlung, 1842. XV, 391 pp. English translation of the 2nd edition (slightly abridged) included in Peter Hall (ed.), *Von Thünen's Isolated State*. Oxford: Pergamon Press, 1966. liv, 304 pp.
- [*Torrens*, Robert] (1819) “Mr. Owen's Plans for Relieving the National Distress.” *Edinburgh Review*, 32 (October), 453–477.
- Tribe*, Keith (1995) “The Reception of Physiocratic Argument in the German States.” In Bernard Delmas, Thierry Demals, and Philippe Steiner, eds., *La Diffusion Internationale de la Physiocratie (XVIII^e–XIX^e)*, Actes du Colloque International de Saint-Cloud (23–24 September 1993) (Grenoble: Presses Universitaires de Grenoble), 331–344.
- Turgot*, Anne Robert Jacques, Baron de L'Aulnes (1763) “Les impôts en général.” In Schelle (1914), 293–319. English translation of pp. 293–308 in P. D. Groenewegen, *The Economics of A. R. J. Turgot* (The Hague: Martinus Nijhoff, 1977), 96–108.
- (1769) “Valeurs et Monnaies.” In Daire and Dussard (1844), I, pp. 75–93. Corrected edition in Schelle (1919), III, 79–98. Italian translation in Longhitano (1993), 125–144. English translation, “Value and Money,” in P. D. Groenewegen, *The Economics of A. R. J. Turgot* (The Hague: Martinus Nijhoff, 1977), 133–148.

Wagner, Adolph (1876) *Allgemeine oder theoretische Volkswirtschaftslehre. Mit Benutzung von Rau's Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre. Erster Theil. Grundlegung.* Leipzig und Heidelberg: C. F. Winter'sche Verlagshandlung. XXXVIII, 724 pp. Facsimile reprint, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, 1991.

Walras, Léon (1860) *L'économie politique et la justice: examen critique et réfutation des doctrines économiques de M. P. J. Proudhon: précédés d'une introduction à l'étude de la question sociale.* Paris: Guillaumin et C^{ie}. LXIII, 257 pp.

Wani, A. (1995) "Roesler, Hermann (1834–1894)." In Michael Stolleis (ed.), *Juristen. Ein biographisches Lexikon von der Antike bis zum 20. Jahrhundert* (München: Verlag C. H. Beck), 521–522.

Weber, Ernst Heinrich (1834). *De pulsu, resorptione, auditu et tactu.* Lipsiae (Leipzig): Prostat apud C. F. Koehler.

– (1846) "Der Tastsinn und das Gemeingefühl." In Rudolph Wagner, ed., *Handwörterbuch der Physiologie, mit Rücksicht auf physiologische Pathologie*, Vol. III (Braunschweig: F. Vieweg, 1846), 481–588. Published separately by Vieweg, 1849, 1851.

– (1978) *The Sense of Touch.* English translation of the final section, "De subtilitate tactus", pp. 44–174, of Weber (1834); and of Weber (1846). London and New York: Academic Press, 1978. x, 278 pp.

Wieser, Friedrich von (1884) *Über den Ursprung und die Hauptgesetze des wirtschaftlichen Werthes.* Wien: Alfred Hölder. XIV, 214 pp. Facsimile reprint, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, 1999.

– (1889) *Der natürliche Werth.* Wien: Alfred Hölder, K. K. Hof- und Universitäts-Buchhändler. XVI, 240 pp. Facsimile reprint, Frankfurt a. M.: Verlag Sauer & Auvermann, 1968.

– (1893) *Natural Value.* English translation by Christian A. Malloch, edited with a preface and analysis by William Smart. London: Macmillan, 1893. xlv, 243 pp. Reprinted, New York: G. E. Stechert & Co., 1930, and New York: Kelley & Millman, Inc., 1956.

Wundt, Wilhelm (1874, 1880) *Grundzüge der physiologischen Psychologie.* Leipzig: Verlag von Wilhelm Engelmann, 1874. XII, 870, [2] pp. 2nd edition, 2 vols. Leipzig: Verlag von Wilhelm Engelmann, 1880. XII, 500; VIII, 472 pp.

Y, V. (1894) "Ziber (Nikolai Ivanovich, 1844–1888)." In *Entsiklopedicheskii slovar* (St. Petersburg: Tipo-Litografia I. A. Efrona), Vol. 23, p. 581.

Zachariä, Karl Salomo (1832) *Vierzig Bücher vom Staate. Fünfter und letzter Band. Regierungslehre. Dritter und letzter Band. Staatswirtschaftslehre.* (Von den vierzig Büchern vom Staate das 36ste bis 40ste Buch.) Erste, zweite Abtheilungen. Heidelberg: Druck und Verlag von August Osswald. 298, [8], 293–472 pp.

Ziber [Sieber, Siber], Nikolai Ivanovich (1871) *Teoriia tsennosti i kapitala D. Rikardo, v svyazi s pozdneishimi dopolneniyami i razyasneniyami* (D. Ricardo's Theory of Value and Capital in Relation to the Latest Additions and Comments). Kiev: Iz Universitetskoi tipografii. [3], III, 278 pp.

- (1885, 1959) David Rikardo i Karl Marks v ikh obshchestvenno-ekonomicheskikh isslyedovaniyakh. Opyt kritiko-ekonomicheskovo isslyedovaniya (David Ricardo and Karl Marx in their Socio-Economic Investigations. An Attempt at a Critico-Economic Investigation). [2nd edition of Ziber (1871).] St. Petersburg: Tipografiya M. M. Stasishulevicha, 1885. vii, [1], 598 pp. 2nd edition, 1885. 3rd (posthumous) edition, St. Petersburg: Izdanie tovarishchestvo I. D. Sytina, Otdiel N. A. Rubakina, 1897. 546 pp. Reprint of 2nd edition, together with *Istoriya russkoi ekonomicheskoi mysli*, Moskva: Gos. Sotsial'no-ekonomicheskoi Izdatel'stvo, 1937. lxxxii, 570 pp. Reprinted in Vol. I of N. I. Ziber, *Izbraniye ekonomicheskie proizvedeniya v gbukh tomakh* (Selected Economic Works, 2 vols.). Moskva: Izdatelstvo sotsial'no-ekonomicheskoi literatur, 1959, pp. 29–551. Page references are to the latter.